JAHRBUCH

DER

GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE DER JUDEN IN DER ČECHOSLOVAKISCHEN REPUBLIK

—

HERAUSGEGEBEN VON Prof. SAMUEL STEINHERZ

—

ACHTER JAHRGANG · PRAG MCMXXXVI

IN KOMMISSION BEI

TAUSSIG U. TAUSSIG VERLAGSBUCHHANDLUNG IN PRAG

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

REDAKTIONSKOMITEE

—

Bergl Josef, Dr., Sektionsrat, Archiv des Ministeriums des Innern (Prag);
Engel Alfred, Dr., Professor (Brünn);
Kisch Guido, Dr., Univ.-Professor (Halle a. d. Saale);
Lieben Salomon Hugo, Dr., Professor (Prag);
Prokeš Jaroslav, Dr., Universitätsprofessor und Vorstand des Archivs des Ministeriums des Innern (Prag);
Steinherz Samuel, Dr., Universitätsprofessor i. R. (Prag).

Druck von Heinr. Mercy Sohn in Prag

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

INHALTSVERZEICHNIS

Ruth Kestenberg . .	Hussitentum und Judentum	1
B. Suler	Rabbinische Geschichtsquellen	27
Tobias Jakobovits .	Die jüdischen Zünfte in Prag	57
Jaroslav Prokeš. . .	Das Ghetto zu Neu-Bidschow und die sog. Sekte der Bidschower Israeliten um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts. Mit einem Originalplan. (Deutsch von Dr. A. Blaschka.).	147
Wenzel Žáček . . .	Eine Studie zur Entwicklung der jüd. Pesonennamen in neuerer Zeit. (Deutsch von Oberfinanzrat i. R. Dr. et phil. Friedrich Karl Pick)	309
Heinrich Flesch . . .	Aus einem jüdisch-deutschen Lehrbuche für Medizin	399
Simon Adler	Aus den Judizialakten des XVIII. Jahrhundert. (Bilder aus dem täglichen Leben der Juden in Prag)	411
D. Herzog	Ein Steckbrief aus dem Ende des XVIII. Jahrhunderts	423
S. Steinherz	Nachruf.	427

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Hussitentum und Judentum.

Von Dr. Ruth Kestenberg.

—

Die hussitische Bewegung verursacht tiefgreifende Veränderungen — auch in der Betrachtung der Judenfrage. Im Mittelalter ist für das Verhalten zu den Juden die Tatsache maßgebend, daß die Juden Jesus Christus gekreuzigt haben. Darum hat Gott das früher auserwählte Volk aus seinem Herzen und aus seinem Vaterlande verstoßen. Von dieser religiösen Überzeugung aus formt sich die christliche Einstellung gegenüber den Juden im Mittelalter. Die Juden haben nicht nur in der Vergangenheit gefrevelt, sie sündigen ununterbrochen weiter, indem sie die Gottheit Christi und die christliche Religion überhaupt leugnen. Nicht minder als ihre Religion erregt die soziale Existenz der Juden das Mißfallen der christlichen Umwelt. Für die Christen war das kanonische Zinsverbot verbindlich.[1] Der Jude ist der allein zugelassene Geldverleiher, ohne den man auch im Mittelalter nicht auskommen kann. Er macht sich durch diesen seinen Beruf allgemein verhaßt. Je schlechter die Lage infolge des Zusammenbruchs des mittelalterlichen Wirtschaftssystems wird, desto grausamer werden die Judenverfolgungen, und desto mehr sehnen sich die Menschen nach dem Ende der krisenhaften Verhältnisse. Biblische Weissagungen nähren diese Sehnsucht. Die jüdischen Propheten hatten ein messianisches Zeitalter geweissagt. In der Zeit des Messias wird ewiger Friede herrschen, wird das Lamm neben dem Wolf weiden, und niemand wird mehr arm sein. Das Neue Testament, insbesondere die Johannes-Apokalypse, hat diese Prophezeiungen aufgegriffen und die Wiederkehr Christi in der Endzeit in einem tausendjährigen Reich des ewigen Friedens und der ewigen Glückseligkeit verkündet. Vor Beginn der Endzeit aber sollte — ebenfalls in Anlehnung an alttestamentarische Weissagungen — ein schrecklicher Drache mit sieben Köpfen aus dem Meere aufsteigen und alle, die nicht auserwählt sind, um sich versammeln. Mit diesen wird er die Auserwählten bekämpfen und sie überwinden. Nach kurzer Zeit aber wird der Drache in den Abgrund fahren, und die Endzeit wird beginnen. Um zu bezeichnen, daß der Drache das absolute Gegenteil des Erlösers Jesus Christus ist, wird er Antichrist genannt.

Die Juden spielen in der Endzeitvorstellung eine entscheidende Rolle. Nach dem Glauben der Kirchenväter werden sie zum Heer des Antichrist gehören.[2] Der Antichrist selbst wird aus jüdischem Geschlecht hervorgehen. Diese Vorstellung ist — so absurd dies klingt — aus der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

allegorischen Auslegung[3] eines alttestamentarischen Verses entstanden. Der Vers stammt aus dem Jakobsegen und lautet: „Dan wird eine Schlange werden auf dem Wege und eine Otter auf dem Steige, und das Pferd in die Fersen beißen, daß sein Reiter zurückfalle." (Gen. 49, 17.)

Dieser Auffassung steht diametral eine andere Tradition gegenüber, die annimmt, daß die Juden sich in der Endzeit bekehren werden.[4] Das Mittelalter sucht und findet immerfort Symptome für den Beginn der Endzeit. Und ebenso sucht und findet es Anzeichen für die unentbehrliche Voraussetzung der Endzeit, für die Ankunft des Antichrist. Die Bekehrung der Juden war ein Symptom, dem man große Bedeutung beigemessen hat,[5] auch aus wirtschaftlichen Gründen. Die christlichen Theologen glaubten nämlich, daß der Wucher nur eine Folge der jüdischen Bosheit sei und mit ihr verschwinden werde. Eine dritte Richtung teilt die Juden in zwei Gruppen; die eine Gruppe wird dem Antichrist helfen, die andere wird sich bekehren.

Alle drei Anschauungen stimmen darin überein, daß sie den Juden eine wesentliche Bedeutung in der Endzeit zuweisen. Dies mag dadurch zu erklären sein, daß die Juden „aus den Ersten die Letzten" geworden sind, wie es in der scholastischen Ausdrucksweise heißt, und daß durch diese vollständige Umkehr die religiöse Phantasie angeregt wurde. Man glaubte, daß die Juden bei der radikalen Änderung, die man von der Endzeit erwartete, abermals eine extreme Stellung einnehmen würden. Die Endzeit stand im späten Mittelalter im Mittelpunkt des Interesses. Alles, was damit in Berührung steht, ist von Bedeutung. In diesem Zusammenhang sprechen die Quellen am liebsten von den Juden. Über die verachteten Juden der Gegenwart verlieren sie dagegen nur selten ein Wort. Nur dann, wenn ihr Interesse für aktuelle theologische Fragen — dies war z. B. die Vorstellung von der Endzeit und auch die konsequente Ablehnung der Verehrung von Heiligenbildern — durch die Argumentation der jüdischen Gelehrten ihrer Zeit berührt wurde oder bei wirtschaftlichen Fragen machen sie hiervon eine Ausnahme. Gerade für die letzteren finden sich leider nur wenig Quellen. Um die Stellung der damaligen Zeit zu den Juden kennen zu lernen, ist es also vielfach notwendig, den Umweg über die Endzeitvorstellung zu nehmen.

Die endzeitliche Vorstellungswelt ist im Böhmen des XIV. und noch mehr in dem des XV. Jahrhunderts lebendig. Böhmen war im XIV. Jahrhundert das geistige Zentrum von Mitteleuropa. Hier bekamen diese Spekulationen eine eindeutige Form, die vielfach auch außerhalb von Böhmen maßgebend wurde. Um die Stellung der vorhussitischen und hussitischen Zeit zu den Juden zu erfahren, müssen wir uns nun des angedeuteten Umwegs bedienen. Dadurch gewinnen wir ein äußerst anschauliches Bild von der Einstellung gegenüber den Juden, — denn es

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

handelt sich in diesem Aufsatz im wesentlichen nur um die *Einstellung* der Hussiten zur Judenfrage, also um ein geistesgeschichtliches Problem. In Verbindung damit soll aber auch das schon mehrfach erörterte[6] praktische Verhalten der Hussiten zu den Juden, soweit die Quellen uns darüber Auskunft geben, dargestellt werden.

Die Einstellung der christlichen Umwelt zu den Juden ist während des Mittelalters grundsätzlich anders als zur Hussitenzeit. Um diesen Unterschied ermessen zu können, muß zuerst die vorhussitische, mittelalterliche Auffassung dargelegt werden. Ein hervorragendes und zugleich sehr anschauliches Zeugnis der mittelalterlichen Stellung zu den Juden bietet die *Velislavbibel*, die kurz vor der Mitte des XIV. Jahrhunderts entstanden ist.[7] Sie erzählt nicht in Worten, sondern in Bildern von hervorragendem künstlerischen Wert die biblischen Erzählungen und einige Legenden, um auch die des Lesens Unkundigen mit dem Inhalt der Heiligen Schriften bekannt zu machen. Die meisten dieser Bilder werden durch kurze lateinische[8] Überschriften erläutert.

Ein Zyklus von 22 Bildern dieser Bibel behandelt das Leben des Antichrist. Der Antichrist beginnt seine verhängnisvolle Laufbahn bei den Juden in Jerusalem. Sein Wirken unter ihnen ist in den Bildern III bis VIII ausgemalt. Die Juden sind hier nicht durch „rassische Merkmale", sondern durch die damals vorgeschriebenen gelben, zuckerhutförmigen Judenhüte[9] gekennzeichnet, mit Ausnahme eines Juden mit einer krummen Nase und offenem Mund. Die Überschrift des ersten Judenbildes läßt den Antichrist sprechen: „Er wird ihnen sagen, daß er der ihnen verheißene Christus sei, und darum wird das jüdische Volk ihm ganz besonders anhängen." Auf dem Bilde strecken die Juden empfangend die Hände zum Antichrist hin. Das vierte Bild ist besonders hübsch; es stellt dar, wie der Antichrist sich von den Juden beschneiden läßt, „um ihr Gesetz zu bestätigen". Nachdem der Antichrist durch diesen uralten Ritus, der die mittelalterliche Phantasie besonders fesselte, ein Jude geworden sein wird, wird er predigen, „daß das Neue Testament lasterhaft ist und wird das Gesetz Christi, soweit er kann, zerstören". Die Juden „trinken seine Worte", wie ein alter, dem bildhaften Denken entstammender Ausdruck sagt. Diese für das Mittelalter charakteristische Denkform wird durch die Bildersprache der Velislavbibel besonders anschaulich: die Predigt wächst dem Antichrist als Rolle aus dem Mund, und ein Jude in der vordersten Reihe berührt diese Rolle. Die Juden nehmen also die teuflische Predigt des Antichrist willig auf und werden sie in die ganze Welt tragen. Im sechsten Bild setzt der Antichrist seine Predigt fort und fügt hinzu, daß es „vor ihm keinen Christus gegeben habe, sondern daß alle (vermeintlichen Guten, besonders Christus) Antichristen gewesen seien". Das siebente Bild zeigt, wie die Juden diese

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Worte befolgen. Sie knien hin und beten den Antichrist an, der im Tempel sitzen wird, „als wenn er selbst Gott sei". Dieser letzte Zug gehört gleichsam zur Definition des Antichrist bei Paulus (II Thess. 2, 4).

Die folgenden Bilder schildern den Siegeszug des Antichrist durch die ganze Welt und die Methoden, Gewalt und Bestechung, die er anwendet. Die zwei letzten Bilder des Zyklus zeigen den Antichrist in Jerusalem. Er wird den von der jüdischen Legende verheißenen dritten Tempel niederreißen, den die Juden nach der Zerstörung des zweiten Tempels durch die Römer wieder aufgebaut haben werden, dann aber wird er selbst einen neuen, vierten Tempel bauen, in dem er sich als Gott anbeten lassen wird.[10] Die Velislavbibel stellt die allgemein verbreitete, eingangs geschilderte Auffassung von den Juden als Helfer des Antichrist dar. Die Juden wollten nicht durch Jesus Christus, die Inkarnation des Guten, erlöst werden. Der Messias, auf den sie warten, wird darum nicht der Gottessohn, er wird der Widersacher des Gottessohnes, der Antichrist sein. Ein Volk, das seine Erlösung vom absolut Bösen erwartet, muß selbst grundschlecht sein. Diese Vorstellung wird dadurch besonders betont, daß der Antichrist selbst Jude ist oder sich bewußt zum Juden macht. Die Juden und das Schlechte gehören also zusammen! Eindeutig wird dieser Gedanke in einem deutschen Antichristtraktat ausgesprochen: Christus sagt: „Ich pin in meines vatez namb komen und habt mich nicht entpfangen, das ist, ir habt an mich nicht gelawbt. So kumpt ein ander in meinem namb, an den werdet ir gelawbn, und werdet in entpfachen. *Davon kumpt der Antichrist den Juden* und nicht den guten Christen."[11]

Diese für die Juden nicht schmeichelhafte Vorstellung hinderte die christlichen Gelehrten nicht, sich mit der jüdischen Anschauung von der Endzeit auseinanderzusetzen. So erzählt Johann *Marignola*, ein weitgereister italienischer Franziskaner, den Karl IV. im Jahre 1354 mit der Abfassung einer böhmischen Geschichte beauftragt hatte, in dieser Chronik jüdische Legenden. In Anspielung auf die jüdische Alexanderlegende sagt er: Der zweite Tempel war nicht darum ruhmreich, weil der große Alexander ihn betrat, wie es die Juden falsch und lügenhaft erklären,[12] sondern darum, weil Christus ihn betreten hat.[13] In Bezug auf den jüdischen Glauben an den dritten Tempel, den der Talmud prophezeit (vgl. Anm. 10), sagt Marignola: Der dritte Tempel wird darum keine Glorie haben, weil die Juden in dieser Welt niemals einen dritten Tempel haben werden. Die jüdischen Doktoren wollen die Glorie ihres dritten Tempels dadurch beweisen, daß Jakob die Treppe zum Himmel sah. Aber die Treppe interpretiert Marignola als „die Wohnung Gottes, die Pforte des Himmels". Die jüdischen Doktoren selbst deuten ja die Wohnung Gottes auf den salomonischen Tempel. Daher kann die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wohnung Gottes nicht auch zugleich den dritten Tempel bedeuten. Die Pforte des Himmels aber ist der zweite Tempel, und der dritte Tempel ist im Himmel und nicht auf der Erde.

Diese messianische Prophezeiung und die an sie anknüpfende Legende ist hier darum wieder gegeben, weil sie sowohl der Velislavbibel und Marignola als auch, wie wir noch sehen werden, Milič von Kremsier und dem aus England stammenden Taboriten Peter Payne[14] bekannt war. Marignola und Peter Payne halten die Legende vom dritten Tempel überhaupt für unglaubwürdig, während die Velislavbibel und Milič den Inhalt der Legende gewissermaßen mit negativem Vorzeichen übernehmen. Sie glauben, daß der Antichrist als Messias der Juden den dritten Tempel bauen wird. Im Mittelpunkt dieser Legende steht die Vorstellung von der Endzeit, und schon für den von Cola di Rienzo und Petrarca beeinflußten Kreis um Karl IV., dem u. a. Johann von Neumarkt und Marignola angehörte, steht die Endzeit unmittelbar bevor. Für Milič und Peter Payne aber ist die Endzeit schon Wirklichkeit geworden. Was die Juden über die Endzeit, über das messianische Zeitalter, das ihnen zuerst prophezeit worden war, zu sagen haben, wird ernsthaft erwogen, um dann allerdings abgelehnt zu werden. Marignola berührt noch einen anderen Punkt, der in der hussitischen Bewegung große Bedeutung erlangen sollte, die Bilderfrage: „Die Juden, Tartaren und Sarazenen und nicht nur die Heiden, sondern auch manche Christen halten uns für die schrecklichsten Götzendiener besonders wegen der verabscheuungswürdigen Skulpturen."[15] Diesem Argument, das die Juden vielfach benutzten, maß auch das vorhussitische Böhmen große Bedeutung bei.

Der große englische Reformator John *Wiclif*, der bekanntlich auf die hussitische Bewegung großen Einfluß ausgeübt hat, nimmt auch in diesem Zusammenhang verschiedentlich Stellung zur Judenfrage. Er hat gewisse Bedenken gegen Heiligenbilder, trotzdem er sie nicht ganz verbieten will. Er wendet sich nur gegen ihre mißbräuchliche Benutzung.[16] Einen solchen Mißbrauch sieht Wiclif nicht nur in der Bilderverehrung, sondern auch bei vielen kirchlichen Zeremonien. Die Kirche gerät durch die Beobachtung von Äußerlichkeiten in die Gefahr des *Judaismus*. Darunter versteht Wiclif die buchstäbliche Befolgung des Gesetzes, während der innere Sinn der Heiligen Schrift, ein gutes und frommes Leben, vernachlässigt wird. Die wörtliche Beobachtung der Gesetze hat ihre volle Berechtigung im mosaischen Gesetz; dies Gesetz war aber nur eine Vorbereitung auf das „Licht des Glaubens", das Christus gebracht hat, und das nun durch die „Vipern der Tradition"[17] verdunkelt wird. Wiclif schätzt — wie später auch besonders die Taboriten[18] — das Alte Testament, seine religiösen und moralischen Lehren sehr hoch ein. Aber

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

über gewisse – nach Wiclifs Meinung aus der wörtlichen Auslegung des Alten Testaments entspringende – jüdische Gepflogenheiten, wie die Pflege des „Körpers und Bauches am Feiertag" macht er sich lustig.[19]

Am klarsten sehen wir die Einstellung zum Judenproblem wieder daran, wie sich die Juden nach Wiclifs Ansicht in der Endzeit verhalten werden. Wiclif gehört zu der dritten in der Einleitung besprochenen Richtung. Er scheidet die Juden in zwei Gruppen: „Die Einen werden von Gott die Kraft haben, Wunder zu tun, und sie werden sagen, daß sie diese Wunder im Namen Jesu vollbracht haben. Aber in Wirklichkeit werden sie dem Antichrist folgen."[20] Die Anderen werden sich beim jüngsten Gericht bekehren. Auch für Wiclif liegt das nicht mehr fern. Darum muß man die Juden schon jetzt, da man ja nicht weiß, wer zu der einen und wer zu der anderen Gruppe gehört, durch Güte und Geduld zu bekehren suchen. Mit Härte erreicht man gerade das Gegenteil.[21] Da Wiclif ernstlich an die Endzeit und damit an die Bekehrung der „auserwählten Juden", denkt, will er den Juden ebensowenig wie den Christen den Wucher erlauben. Hiermit berührt Wiclif die *soziale* Seite der Judenfrage. Wiclif nimmt an, daß eine Gruppe von Juden dem Antichrist eine wirksame Stütze sein werden. Er wendet sich aber ausdrücklich gegen alle gewaltsamen Bekehrungsversuche – einmal mit der Begründung, daß die Juden auch zum Menschengeschlecht gehören. Wiclifs Verhältnis zu den Juden stellt demnach eine Zwischenstufe zwischen der Auffassung der Velislavbibel und der der Hussiten dar.

Damit ist schon angedeutet, daß die hussitische Bewegung in ihrer Stellung zu den Juden nicht von Wiclif beeinflußt war. Der Initiator der hussitischen Ideologie in Böhmen, *Matthias von Janow*, hat auch zum Judenproblem das entscheidende Wort gesprochen. Vor dem Auftreten von Matthias herrscht in Bezug auf die Judenfrage im wesentlichen noch die mittelalterliche Auffassung, trotzdem schon Matthias' Lehrer Konrad von Waldhauser und Milič von Kremsier seit Palacký mit Recht als „Vorläufer" des Hussitentums bezeichnet werden. Ihre Anschauungen sind charakteristisch für den beginnenden Umschwung der Weltbetrachtung in Böhmen: Das Ende der Zeiten, die Ankunft des Antichrist, liegt nicht mehr in einer – wenn auch nahen – Zukunft. Das Ende der Zeiten, der Antichrist ist gekommen!

Konrad, ein Bußprediger, den Karl IV. aus Österreich hatte kommen lassen, hatte einen ungeheuren Zulauf bei seinen Predigten. Sogar Juden kamen, um ihm zuzuhören. Als dies Konrad vorgeworfen wurde, antwortete er: In der Endzeit bekehren sich die Juden.[22] Konrad war also fest davon überzeugt, daß die Endzeit angebrochen sei, und er nahm die Juden, die seiner Predigt lauschten, als gewichtiges Argument für diese Ansicht.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Mehr noch als Konrad ist der leidenschaftliche Sittenprediger Milič von Kremsier von den religiösen Fragen seiner Zeit erschüttert. Der Kern seines Grübelns war die Frage: Ist der Antichrist schon in die Welt gekommen oder noch nicht? Darüber sprach Milič mit allen Menschen, deren er habhaft werden konnte: Und erst „als niemand von den Juden und Christen mich über diese Frage belehren konnte, sagte ich zu meinem Beichtvater: Siehe, niemand kann von meinem Herzen diese Sache wegnehmen, wenn nicht der Papst. Darum gehe ich nach Rom".[23] Diese Bemerkung zeigt, daß Milič, wie auch Marignola dies getan hatte, mit gelehrten Juden über religiöse Fragen gesprochen hat, und daß es wieder gerade die Frage nach der jüdischen Ansicht über die endzeitlichen Dinge war, die Milič dabei berührt hatte.[24] Milič ist schließlich zu der Überzeugung gelangt, daß der Antichrist schon in die Welt gekommen ist. Aber er hat kein klares und auch noch kein neues Bild vom Antichrist. In der „Predigt vom jüngsten Tag" entwickelt Milič genau dieselben Vorstellungen von der wesensbedingten Zusammengehörigkeit des Antichrist und der Juden[25], wie sie in der Velislavbibel zum Ausdruck kommen. Milič glaubt an die Geburt des Antichrist aus jüdischem Stamm. Er verbindet die Sage von den verlorenen zehn Stämmen mit der Sage von den eingeschlossenen Völkern Gog und Magog[26] und glaubt also, daß die früher eingeschlossenen Juden bei der Ankunft des Antichrist nach Jerusalem strömen und dort den Antichrist als ihren Messias und als Gott verehren werden.[27] Am Tage des jüngsten Gerichts aber werden sie dem Teufel übergeben.

Die für die Hussiten charakteristische Antichristauffassung, aus der sich ihre Haltung zur römischen Kirche und zu den Juden ergibt, hat erst Matthias von Janow geprägt. Matthias hat an der Pariser Universität studiert, ist dort Magister geworden und ist erst 1381 nach Böhmen zurückgekehrt. Matthias macht sich von der Tradition, von den unzähligen Legenden, von denen nur ein kleiner Teil hier mitgeteilt wurde, frei. Er faßt den Antichrist weniger als Person, sondern als die Gesamtheit der schlechten, fleischlichen Christen. Diese Gesamtheit, das ist der Leib des Antichrist; seine Glieder sind die einzelnen, untreuen Christen. Das hindert Matthias allerdings nicht, an die Konzentration alles Bösen in einem „höchsten Antichrist" (summus Antichristus) zu glauben. Das teuflische Werk des Antichrist besteht gerade darin, daß er unter christlichem Deckmantel sein widerchristliches Werk verrichtet. Durch diesen Betrug, dem nur entrinnen kann, wer von Gott selbst belehrt wurde, entsteht erst der absolute Gegensatz zu Christus. Infolgedessen kann der Antichrist nur von *innen* und niemals von außen kommen. „Wenn irgendein Heide oder Jude oder Sarazene einen Christen oder seinen Bruder haßt, kann er, obwohl er ein *äußerer* Feind wäre, trotzdem *nicht*

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Antichrist sein, noch sollte ein solcher Antichrist genannt werden; denn Antichrist bedeutet Christus entgegengesetzt oder ein entgegengesetzter Christus."[28]

Dieser Satz stellt eine Hauptthese in Matthias' Konzeption dar. Matthias hat zwar seinen Gedanken aus französischen Traktaten übernommen, aber erst bei ihm gelangt er zu voller Wirksamkeit.[29] Dieser das ganze damalige Weltbild umwälzende Gedanke bedingt eine grundsätzlich andere Haltung gegenüber den Juden als sie die mittelalterliche Kirche vertritt. Das eigentlich Schlechte, das die ganze Welt und besonders jeder religiös erregbare Mensch fürchtet, die Ankunft des Antichrist, wird nicht mehr als Ankunft eines fremden, feindlichen und vor allem jüdischen Fürsten gedacht. Das Böse sitzt innen, im Schoß der Kirche, im Herzen und im Tun der Christen. Damit vollzieht Matthias von Janow *die* entscheidende Wendung in der mittelalterlichen Judenauffassung. Wer seine Anschauung vom Antichrist teilt, kann sich nicht mehr der Auffassung anschließen, nach der die Juden eine bedeutsame Rolle im Heer des Antichrist spielen werden, und der Antichrist selbst aus jüdischem Stamm hervorgehen wird. Die Indentifikation zwischen dem Bösen schlechthin und den Juden ist damit aufgehoben. Infolgedessen muß sich der Haß, der früher den Juden gegolten hat, jetzt in erster Linie gegen die falschen Christen richten, die man für die Glieder am Leibe des Antichrist hält.

Nach den Regeln der scholastischen Methode untersucht Matthias seine These, er beleuchtet sie von allen Seiten. Matthias' Antichristauffassung wird von allen hussitischen Richtungen übernommen, und bedeutende Vertreter des Hussitentums schreiben Matthias' Thesen und ihre Begründung wörtlich ab, ohne auch nur einen einzigen Gedanken hinzufügen zu können. Wegen dieser starken Wirkung ist es notwendig, auch Matthias' Begründung seiner Anschauung darzustellen: Es hat schon sehr große Tyrannen gegeben, wie z. B. die römischen Kaiser, und doch sind sie nicht für eigentliche Antichristen gehalten worden, sondern eben für gottlose Tyrannen und für Verfolger der Kirche der Heiligen; denn jene hatten noch nicht den höchsten Grad der Gottlosigkeit und Falschheit, da ihre Tyrannei und Grausamkeit noch schlimmer gewesen wäre, wenn sie Päpste oder christliche Kaiser gewesen wären. Wenn er (der Antichrist, der kein Christ wäre) nicht zu derselben Religion gehören würde, wäre er infolgedessen nicht der kontradiktorische Gegensatz zu Christus, weil nach den Gesetzen der Logik die kontradiktorischen Gegensätze derselben Gattung angehören müssen. Daher, wenn der Antichrist ein Jude oder ein Heide oder irgendein Ungläubiger sein würde, wäre er nicht in der vollständigen und äußersten Möglichkeit der Schlechtigkeit zu jeder Art von Täuschung der Heiligen befähigt, und dann wäre seine

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gottlosigkeit der Kirche der Heiligen ganz offenbar. Wenn er nicht Christ wäre, würde er auch keine Autorität besitzen. Diese ist aber das mächtigste Mittel, um die Einfältigen zu besiegen.[30]

Der bedeutendste Theologe nach Hus' Tod war *Jacobellus von Mies*. Jacobell hat einen Antichristtraktat geschrieben, der nichts weiter ist als ein Auszug aus Matthias' Werken.[31] Der Satz, daß der Antichrist kein Heide oder Jude oder Sarazene sein kann und alle diesbezüglichen Erörterungen des Matthias finden sich demgemäß auch bei Jacobell. Das Abschreiben eines Autors – natürlich ohne Quellenangabe – ist im Mittelalter keine literarische Reminiscenz, sondern es bedeutet, daß der Abschreibende sich mit dem Inhalt seiner Vorlage identifiziert. Sicher hat Jacobell diese Gedanken auch mündlich in seinen Predigten verbreitet; denn sie sind in dem religiös erregten Böhmen allgemein bekannt gewesen. Das zweite Dokument, das Matthias' Erörterungen vollständig abschreibt, ist die unter dem Namen von Hus im Jahre 1521 gedruckte und 100 Jahre früher in taboritischen Kreisen entstandene „Anatomie des Antichrist".[32]

Für unser Thema, für die Frage nach der Einstellung der Hussiten zum Judentum gelten dieselben Entwicklungslinien, wie sie für die hussitische Bewegung im allgemeinen festgestellt worden sind. Die Wirkung der „Vorläufer" erstreckt sich vor allem auf die von Hus angefachte Volksbewegung, während auf Hus selbst Wiclif den entscheidenden Einfluß ausübt. Den von zwei bedeutenden Vertretern des Hussitentums nach Hus' Tod zitierten Satz des Matthias von Janow sucht man bei Hus vergeblich. Dagegen verwendet Hus den von Paulus (Gal. 2, 14.) geprägten und von Wiclif vielfach benutzten Begriff des Judaismus[33]: „Die ungläubigen Christen – das sind die, die wie die Juden von Christus Wunder verlangen, um zu glauben – sind dem jüdischen Glauben zugetan (‚iudaizant')."[34]

Hus wendet sich sogar gegen den Satz von Matthias oder eigentlich gegen die Folgerungen, die man offenbar aus ihm gezogen hat: „Aber jetzt behaupten manche, daß die Heiden und Juden keine Häretiker sind, sondern nur die Christen, die nach Empfang der Taufe in Irrtum verfallen sind. Aber wer kann denn leugnen, daß jene Häretiker sind, nämlich die Heiden und Juden, wo sie doch ein falsches Dogma und damit einen der Heiligen Schrift entgegengesetzten Irrtum behaupten, indem sie die Trinität in Gott leugnen, und indem sie leugnen, daß der Sohn Gottes Mensch geworden ist, und wo sie das noch hartnäckig festhalten und unseren Herrn Jesus Christus schmähen?"[35] Hus polemisiert also gegen eine Richtung, die, offenbar von Matthias von Janow beeinflußt, noch über ihn hinausgegangen ist, indem sie die Juden nicht einmal als Häretiker bezeichnen will. Matthias hatte erwartet, daß der Antichrist

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

aus dem Innern der Kirche hervorgehen würde. Die Folge davon war, daß der angesammelte Haß sich nicht mehr auf die Juden konzentrierte. Der Begriff der Häresie, den Hus gebraucht, wird zwar im allgemeinen nur auf die von der Kirche Abgefallenen angewandt, würde also zur Bezeichnung der Juden und Heiden wirklich nicht passen. Aber die Auffassung, gegen die Hus sich wendet, scheint „Häretiker" etwa im Sinne von „Feinde der Kirche" zu gebrauchen und die Juden nicht einmal als solche zu bezeichnen. Diese Ansicht kann nicht lediglich durch Gleichgültigkeit oder Interesselosigkeit der Judenfrage gegenüber erklärt werden; denn die Argumente, die Hus gegen diese Auffassung vorbringt, zeigen gerade, daß darüber disputiert wurde, und daß eine gewisse judenfreundliche Richtung bestanden haben muß, von der leider kein direktes, wohl aber einige indirekte Zeugnisse auf uns gekommen sind.[36] Hus gehört also dieser Richtung nicht an. Seine Äußerungen über die Judenfrage zeigen aber, daß seine Feindschaft nicht den Juden sondern den Nichtchristen gilt. Hus setzt sich, wie das wohl allgemein üblich war, in einer Vorlesung mit der jüdischen Polemik gegen die Menschwerdung des Gottessohnes auseinander.[37] Er scheint auch etwas hebräisch gekonnt zu haben.[38] Hus gehört zu der zweiten im Anfang geschilderten Gruppe, die erwartet, daß sich die Juden beim jüngsten Gericht bekehren werden. Hus erhofft von ihnen – wohl infolge der mittelalterlichen Vorliebe für extreme Wendungen – außerordentliche religiöse Leistungen: „Denn die am Ende der Welt bekehrten Juden werden ein so vorbildliches Leben führen, daß die heilige Kirche sich darüber wundern und ihr Beispiel benutzen wird."[39] Die Juden werden nach ihrer Bekehrung den Kampf gegen die Ungläubigen, die es also nach der Bekehrung der Juden noch geben wird, weiter führen, „und überall werden sie gegen die Sünder kämpfen".[39]

Hus stand mit dieser letzteren Ansicht nicht allein, wie *Symon von Tyšnov*, zuerst ein Mitkämpfer, dann ein Gegner der Hussiten, bestätigt. Symon verfaßte eine kleine Schrift mit dem Titel: „Ob die Sekte der Christen vollkommener ist als die Sekte der Juden und Sarazenen."[40] Die Antwort lautet naturgemäß, daß die christliche Sekte jetzt vollkommener ist,[41] während „in der Zeit des alten Bundes das Gesetz der Juden für Ort und Zeit absolut vollkommen war".[42] Symon hebt besonders die moralischen Lehren des Alten Testaments gegenüber Gott und den Nächsten als für die damaligen Verhältnisse vorbildlich hervor[43] – eine äußerst selten im christlichen Mittelalter ausgesprochene Erkenntnis. Die Kernfrage ist also hier wie immer: War Christus der den Juden verheißene Messias? Symon behauptet das nicht nur, sondern er „beweist" es durch mystisch-allegorische Zahlenoperationen, einer Beweisführung, die im christlichen und jüdischen Mittelalter durchaus als zulässig galt.[44]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Symon zieht zum Beweis mit Vorliebe jüdische Autoren heran. So beruft er sich häufig auf die „Altertümer" von Flavius Josephus und anläßlich eines besonders wichtigen Beweisstückes auch auf „Rabbi Samuel" – einen getauften Juden,[44a], um die Juden von der Richtigkeit seiner eigenen Berechnungen zu überzeugen. Daniel (9, 24) prophezeit, daß nach Ablauf von 62 Wochen der Messias erscheinen wird. Symon legt nun mit Hilfe der allegorischen, d. h. völlig willkürlichen Bibelauslegung, nach der ein Tag in der Bibel je nachdem einen Tag, ein Jahr oder auch eine Woche *bedeuten* kann, dar, daß zwischen dem Auftreten von Daniel und dem von Christus gerade 62 Wochen verstrichen sind. *Also* war Christus der Messias. Da die Juden ihn nicht anerkannt haben, sind sie in Trübsal gefallen, die bis zum Ende der Welt dauern wird.[45] „*Nahe ist aber das Ende der Welt*, wo die Falschheit des Antichrist offenbar wird und die Juden durch Elias und Henoch sich zum Christentum bekehren werden, und viele von ihnen werden standhaft das Martyrium ertragen, wie *unsere Doktoren übereinstimmend* erklären."[46] Einer dieser Doktoren ist sicher Hus, wie seine oben angeführte[47] Äußerung beweist.

Damit sind die rein theoretischen, meist in endzeitlichem Zusammenhang gemachten Bemerkungen der Hussiten zur Judenfrage, soweit sie mir bekannt geworden sind, erschöpft. Ein Vergleich aller Äußerungen vor und aller nach Matthias von Janow bis zu den Taboriten zeigt eine Veränderung der Grundhaltung in einem für die Juden günstigen Sinne. Es drängt sich nun die Frage auf, ob dieser Veränderung im geistigen auch eine Veränderung im tatsächlichen Verhalten gegenüber den Juden entspricht. Um diese außerordentlich wichtige Frage wenigstens teilweise beantworten zu können, muß noch eine bisher nicht berücksichtigte Gruppe von Quellen herangezogen werden. Es sind dies die Quellen zur Wirtschaftsgeschichte, deren es leider nicht sehr viele gibt. Wir besitzen eine kleine Schrift, die diese Fragen im Zusammenhang behandelt, nämlich die kleine Abhandlung von Jacobellus von Mies „über den Wucher der Juden und Christen", ein Anhang zu seiner Schrift „über den Wucher".[48] Jacobellus entwickelt die Geschichte des jüdischen Volkes von der biblischen Zeit bis zur Gegenwart. Er unterbricht seinen Gedankengang häufig durch unflätige Schmähungen gegen die Juden, die hier aber, sofern die Wiedergabe ein richtiges Bild geben soll, nicht fehlen dürfen. Jacobell führt aus:

Die Erlaubnis, die das Alte Testament (Deut. 23, 19.) den Juden gegeben hat, Angehörigen fremder Völker Geld mit Gewinn auszuleihen, ist mit der Ankunft Christi ganz und gar erloschen; denn Christus hat das Zinsnehmen ausdrücklich verboten (Luk. 4, 35). Zur Zeit Christi haben sich viele Juden und Heiden zum christlichen Glauben bekehrt, es sind aber auch viele Juden und Heiden zurückgeblieben, und diese

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

werden mit Recht mit Spreu, Bodensatz oder anderen unbrauchbaren Überbleibseln verglichen, die nur dazu gut sind, verbrannt oder mit den Füßen zertreten zu werden. Vergleicht man diese überflüssigen Überreste, die Juden und die Heiden, miteinander, so sind die Juden noch schlimmer. Sie sind wie Taubenmist, der die Erde nicht fett sondern unfruchtbar macht. Am meisten gleichen sie den Excrementen der Erzväter, weil sie aus dem Körper Abrahams hervorgegangen und doch nicht seine Kinder sind (!). Die Heiden haben sich nämlich da, wo sie unter Christen wohnten, im Laufe der Zeit zum Christentum bekehrt – ganz im Gegensatz zu den Juden. Wenn irgendwelche Heiden unter Christen wohnen wollten, ernährten sie sich nämlich von ihrer *Arbeit*, während die Juden, als sie wegen ihrer Ungerechtigkeit aus ihrer Heimat vertrieben wurden, nirgends so viel Frömmigkeit und Menschlichkeit fanden wie bei dem christlichen Volk, das ihnen erlaubte, in Muße zu leben und ohne Arbeit an allem Überfluß zu haben. Manche Christen haben diese Erlaubnis allerdings auch aus Habgier gegeben! Wie die Juden einst Christus verfolgt haben, so verfolgen sie jetzt sein Volk und geben ihm Schlechtes für Gutes zurück, wie es die Schlangen ihren Ammen und die Mäuse ihren Gastgebern zu tun pflegen.[46] Warum haben die Christen es also den Juden erlaubt, unter ihnen zu wohnen? Einmal, weil sich doch vielleicht einer von ihnen bekehrt ... und dann auch weil zweifellos feststeht, daß die heiligen Schriften dem israelitischen Volk durch göttliche Inspiration gegeben wurden, schließlich, um die vollkommene Feindesliebe zu verwirklichen. Die Christen dürfen aber den Juden nur wegen der Hoffnung auf ihre Bekehrung erlauben, unter ihnen zu wohnen, und nicht etwa um Reichtümer zu erwerben. Wenn die Juden wie die Christen auf dem *Acker*, im Wald und im Wasser, im Handwerk und im Handel *arbeiten* würden, würden sie, da die Plage die Einsicht gibt, sich *schneller* bekehren. Wenn sie sich von ihren früheren Arbeiten und von ihrem Besitz abgekehrt haben, könnten sie angemessen aufgenommen werden. Sie würden auch von den Christen mehr geliebt werden, weil sie mit ihnen die Last der Arbeit tragen und dem Staate dienen würden. Mit Arbeit beschäftigt, würden sie nicht so viel studieren (!) und die heiligen Schriften mit ihrem perversen Verstand glossieren können, und sie würden auf die christlichen Argumente nicht so viel und so mannigfaltig zur Irreführung der einfältigen Laien antworten können. Zum Schluß faßt Jacobell nochmals zusammen: Das christliche Volk arbeitet im Schweiße seines Angesichtes Tag und Nacht, und der gierige Jude frißt seine Arbeit auf. Der Wucher wird von manchen habgierigen Christen nicht einmal für Sünde gehalten.[50] Und die Juden werden sogar von den christlichen Machthabern darin beschützt. Viele Christen beteiligen sich offen oder heimlich am jüdischen Wucher, und diese Christen sind noch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schlimmer, weil sie noch schärfer sind in Bezug auf den Wucher als die Juden, und umso schlauer bemühen sich die christlichen Geldleiher, den Wucher zu verheimlichen, als er den Christen offener und prinzipieller verboten ist als den Juden.

Die hussitische Antichristauffassung, die Jacobell, wie wir gesehen haben, voll und ganz teilt, ist also mit derartigen Äußerungen durchaus vereinbar. Jacobell macht den Vorschlag einer wirtschaftlichen Assimilation. Dieser Vorschlag ist auch für das Mittelalter nicht neu. Schon Thomas von Aquino hatte im XIII. Jahrhundert diese Forderung gestellt. Das wußte man in Böhmen, wie uns der Landedelmann Thomas von Štítný (gest. 1405), der sich auch diese Forderung zu eigen macht, durch das Zitat der betreffenden Stelle von Thomas von Aquino ausdrücklich bestätigt.[51] Jacobellus bringt aber diesen alten Vorschlag in einen neuen Zusammenhang. Er meint, daß die religiöse eine Folge der wirtschaftlichen Assimilation sein wird. Jacobell glaubt zwar nicht, daß die Christianisierung unmittelbar auf die wirtschaftliche Assimilation folgen wird; denn er spricht davon, daß die Juden noch als Juden landwirtschaftliche und handwerkliche Arbeit verrichten werden und schildert die wohltätige Widmung der „Umschichtung". Damit ist zwar noch nicht die Christianisierung erreicht, aber die Bekehrung wird dann – das lehrt das Beispiel der Heiden, die unter den Christen lebten, arbeiteten und zu Christen wurden – schneller erfolgen. Daß Jacobell von der wirtschaftlichen Assimilation ein Abnehmen des religiösen Studiums und infolgedessen auch eine Verminderung der Durchschlagskraft der jüdischen Argumente bei Disputationen erhofft, beweist, daß auch zur Hussitenzeit solche Disputationen öfter stattfanden und daß die Juden dabei nicht schlecht abgeschnitten haben. Das bestätigt uns auch Matthias von Janow, der die jüdische Argumentation bei einer Diskussion über Bilderverehrung wörtlich anführt und dann sagt, daß das „ungebildete christliche Volk durch diese Argumente vollständig besiegt und allzusehr in der Reinheit des christlichen Glaubens beschädigt wird."[52]

Jacobell schließt seine Schrift über den Wucher der Juden und *Christen*, in der er die Juden so beschimpft hat, mit einem Satz, der zeigt, daß Jacobell seinen Antichristtraktat nicht vergessen hat: Die unchristlichen Christen sind noch schlimmer als die Juden. Sie wuchern noch „schärfer", d. h. mit höherem Zinsfuß.[53] Der Satz, daß die schlechten Christen noch schlimmer sind als die Juden, findet sich in diesem oder anderem Zusammenhang bei allen zitierten Autoren, auch bei Hus.[54] Er ist charakteristisch für die Haltung der Hussiten, die nicht die Juden, sondern die Übelstände selbst, insbesondere den Wucher, vernichten wollen.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Mit der bloßen Forderung, die Juden sollen kein Geld mehr auf Zins verleihen, war recht wenig getan, solange den Juden sowohl der Besitz von Grund und Boden als auch der Zutritt zum Handwerk und zum Großhandel verschlossen war. Während im frühen Mittelalter dieses Verbot nicht so streng durchgeführt wurde, sind die Juden im späten Mittelalter ausschließlich auf den Kleinhandel und vor allem auf den Geldverleih angewiesen.[55] Die im XIII. Jahrhundert einsetzende Umwandlung des mittelalterlichen Wirtschaftslebens von der Natural- in die Geldwirtschaft, erzeugt einen gesteigerten Leihverkehr und infolgedessen eine außerordentliche Nachfrage nach Leihkapital von seiten des Handels und des Handwerks. Da den Christen der Geldverleih durch das kanonische Zinsverbot untersagt war, erfüllte das jüdische Geldgeschäft also eine unbedingt erforderliche Funktion in der mittelalterlichen Gesellschaft und konnte ohne eine grundlegende Änderung dieser Gesellschaft durch bloße moralische Forderungen nicht beseitigt werden. Eine grundsätzliche Änderung hat die in Prag herrschende – und darum „Prager" oder nach dem Empfang des Abendmahls unter beiderlei Gestalt Utraquisten genannte – gemäßigte Richtung des Hussitentums nicht herbeigeführt. Die Folge war, daß der jüdische Geldhandel in Prag während der Hussitenzeit, wenn auch in beschränktem Umfange, weiter bestand. Dies beweisen vier uns erhaltene Schuldbriefe, in denen Juden gegen Zins Geld ausleihen.[56] Die Schuldbriefe – der erste ist im Jahre 1427 ausgestellt – stammen allerdings erst aus dem Ende der eigentlichen Hussitenzeit, die mit dem Tode König Wenzels (1419) beginnt und mit der Niederlage der Taboriten bei Lipan (1434) endet. Zu Beginn der zwanziger Jahre finden sich in den Stadtbüchern *keine* Eintragungen über Wucher.

Es gab zwei Arten von Gläubigern, solche, die große Summen auf lange, und solche, die kleine Summen auf kurze Frist verliehen. Die Ersteren waren trotz des kanonischen Zinsverbotes die *Christen*, und die letzteren waren die Juden. Es war also gerade der kleine Mann, der den jüdischen Kredit in Anspruch nahm.[57] Der Handwerker z. B. brauchte unbedingt Kredit und konnte ihn nur beim Juden bekommen. Da er das Kapital mit dem damals üblichen hohen Zinsfuß zurückzahlen mußte und dies sehr oft nicht konnte, haßte er seinen Gläubiger.

Aus diesen Verhältnissen erklärt es sich, daß die Judenverfolgung, die Prag in der eigentlich hussitischen Zeit erlebte, in Zusammenhang stand mit einem Aufflammen der radikalen taboritischen Bewegung in Prag, die naturgemäß von den ärmeren Schichten getragen war. Am 9. März 1422 hatten die gemäßigten „Prager" Johann von Seelau, den Priester der Neustädter Franziskanerkirche Maria Schnee, durch List ins Altstädter Rathaus gelockt und ihn mit zwölf seiner Anhänger

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

enthaupten lassen. Johann von Seelau war der Führer der radikalen Volksmassen, wie sie besonders in der Prager Neustadt vertreten waren.[58] Diese nahmen den Tod ihres Führers nicht ruhig hin, sondern erregten einen solchen Aufruhr, „daß Prag an diesem Tage größeren Schaden erlitt, als von König Sigmund und seinen 100.000 Mann, da sie vor der Stadt lagen".[59] Der Chronist schildert den Hergang des Aufruhrs: „Als die Neustädter sehen, daß sie keinen Widerstand finden, springen sie auf den Ring und plündern das Rathaus und finden dort den Getöteten. Und da rufen sie mit großer und schrecklicher Stimme nach den Mördern. Und sie haben auch die Altstädter Konsuln gefunden und haben ihnen die Häuser zerstört und haben alles tüchtig genommen, auch zum zweiten Male. Und die Konsuln, die sie fanden, haben sie entweder verhaftet oder erschlagen... Dann wenden sie sich gegen die *Juden* und rauben und nehmen ihnen alles. Und als da nichts mehr war, was sie nehmen konnten, gehen sie zu allen Kollegien und besetzen sie, und die Bücher der Magister und der anderen gelehrten Leute und die allgemeinen Bücher aus den Bibliotheken, alle die nahmen sie und zerrissen und verbrannten sie."[60]

Es besteht vielfach die Ansicht, daß zwischen der Empörung über die Hinrichtung von Johann von Seelau und der Beraubung der Juden „keinerlei ursächlicher Zusammenhang" besteht, sondern daß die in Empörung geratenen Volksmassen in blinder Wut gehandelt hätten. Gegen diese Auffassung sprechen schon die geschilderten wirtschaftlichen Verhältnisse, die es wahrscheinlich machen, daß es unter dem Neustädter[61] Volk nicht wenige gab, die Schuldner der Altstädter Juden waren; denn in der Neustadt gab es im XV. Jahrhundert keine Juden. Darüber hinaus aber scheint es, als ob dieser Aufruhr gleichsam die Grundsätze einer gewissen besonders radikalen taboritischen Gruppe verwirklichen wollte. Am Anfang „stand ein armer Junge (chudý pacholek) auf... und schrie mit lauter Stimme: ‚Ich bin arm! Das bin ich! Das bin ich!' (Sem chudino! sem sem!) so daß viele zu ihm hin liefen".[62] Das ist nicht mehr der Ruf nach der freiwilligen Armut (paupertas voluntaria), wie wir ihn von Franz von Assisi kennen, das ist der Ruf eines, der wirklich arm ist, der seine Armut absichtlich betont, und dem die anderen Armen, die sich aufgerufen fühlen, folgen. Sie berauben *alle*, die nicht arm sind, also auch die Juden, soweit sie wohlhabend waren. Sie erschlagen und verhaften einige Konsuln, und sie verbrennen alle Bücher, deren sie habhaft werden können. Gerade dies weist deutlich darauf hin, daß nicht Eigennutz der Hauptantrieb des Aufruhrs war, wenn dieser sicher auch eine nicht unwichtige Rolle spielte. (Die Feindschaft gegen das geschriebene und den alleinigen Glauben an das der eigenen Gegenwart geoffenbarte Wort Gottes

15

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hatte eine bestimmte Richtung der Taboriten von den Waldensern übernommen.) Am 9. März 1422 ist also die Beraubung der Juden im Laufe einer sozial-politisch-religiösen Empörung der unteren Schichten erfolgt, wie das ähnlich auch in deutschen Städten in dieser Zeit vorkam.[63]

Dürfen wir aus dem Vorgehen der taboritischen Massen in Prag auf das Verhältnis der Taboriten zu den Juden im Allgemeinen schließen? In der Stadt Tabor sind die Juden erst am Ende des XVI. Jahrhunderts nachweisbar.[64] Vorher kann es dort also wohl kaum eine Judenfeindschaft gegeben haben. Auch berichten die Quellen nichts davon. Wenn wir uns nun die Frage stellen, warum es in Tabor so lange keine Juden gab, während doch in viel kleineren Städten Juden wohnten, so ist die Antwort darauf wohl, daß bei den Taboriten das Verbot des Geldverleihs mit Gewinn wirklich durchgeführt war. Allerdings läßt sich dies nicht mit Sicherheit behaupten. Zwar gilt der Wucher in Tabor als ein Gewerbe, das „auf keine Weise ohne Sünde betrieben werden kann".[65] Zwar ist die Schrift des Taboriten *Nikolaus von Dresden* „Über den Zins", die ebenso wie Jacobells gleichnamiger Traktat 1415 entstanden ist, radikaler als Jacobells Traktat. (Einen besonderen Anhang über die Judenfrage besitzt diese Schrift leider nicht.) Nikolaus fordert, einen Christen, der den Wucher für erlaubt hält und „hartnäckig in diesem Irrtum beharrt, wie einen Häretiker zu bestrafen", d. h. zu verbrennen. Dieser Satz steht wörtlich in den Verordnungen des ersten Prager Erzbischofs Ernst von Pardubitz von 1349 in dem Kapitel „über den Wucher und die Wucherer". Ernst verbietet den Wucher. Daß dies Kapitel sich in einer Handschrift des XV. Jahrhunderts[66] fast vollständig ins Tschechische übersetzt findet, ist ein Beweis für die Aktualität des Themas. Nikolaus von Dresden geht aber noch weiter als der Erzbischof und als Jacobell. Er verdammt nicht nur den, der Geld verleiht, sondern auch den, der Geld borgt, „weil es niemanden geben würde, der Geld verleihen würde, wenn niemand es sich borgen würde".[67] Aber damit ist noch nicht gesagt, daß Nikolaus' Forderung verwirklicht wurde, wenn dies auch bei den in Tabor herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen eher möglich scheint als bei Jacobells Forderungen, die, wie oben dargestellt, in Prag nicht realisiert wurden. Es bestand in Tabor jedenfalls vorübergehend eine gewisse Gemeinsamkeit an den Konsumtionsgütern. Infolgedessen war der Bedarf an Leihkapital wohl geringer, so daß für das Hauptfeld jüdischer Betätigung kein Raum war. In den taboritischen Städten Laun und Nachod finden wir dagegen Juden im XV. Jahrhundert.[68] Aus Laun haben wir Kenntnis von einem reichen Juden, dem im Jahre 1424 ein Haus gehört. Aus Nachod wird eine Judenaustreibung im Jahre 1455 berichtet. Vorher müssen also dort Juden gelebt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

haben. Quellen über die Betätigung der Juden in diesen Städten fehlen leider.

Die Taboriten stießen aber bei ihren Feldzügen auf jüdische Gemeinden in anderen Städten. Einen Bericht über ein solches Zusammentreffen, in dem die Taboriten allerdings zusammen mit den „Pragern" vorgingen, findet sich bei der Einnahme von Komotau im Jahre 1421. „Sie belagerten die Festung Komotau, die sie auch innerhalb von 3 Tagen erobern ... und sie haben fast das ganze männliche Geschlecht getötet, und auch viele Frauen sind zugrunde gegangen; und die Juden und Jüdinnen haben sich, bevor sie getauft werden würden, freiwillig mit ihren Kindern ins Feuer geworfen."[69] Die Wahl zwischen Taufe und Tod, die hier den Juden gestellt wurde, ist fürchterlich; und doch hebt Bezold[70] mit Recht hervor, daß den Katholiken überhaupt keine Wahl gelassen wurde. Diese Tatsache ist für unsere Beurteilung des Verhältnisses der Hussiten und Taboriten zu den Juden, vor allem aber für die Beurteilung der Zeitgenossen von großer Bedeutung. So wurde von katholischer Seite den Hussiten überhaupt und besonders den Taboriten ihre zu große Duldsamkeit gegenüber den Juden vorgeworfen. Andreas von Brod klagt: „Gegen rechtschaffene Christen, ... gegen Mönche und Nonnen ... wütet ihr, während ihr den Juden, Häretikern und Waldensern verzeiht."[71] Dieselbe Klage erhebt das Konstanzer Konzil in einem Brief an König Sigismund.[72] Bezold hat sich zuerst mit dem Verhältnis der Hussiten zu den Juden befaßt. Er schließt aus der Übereinstimmung der allerdings parteiischen katholischen Quellen auf „eine ganz merkwürdige Richtung der hussitischen Toleranz".[73] Diese merkwürdige Richtung, die Bezold sich nicht erklären kann, ist auf der Grundlage der gekennzeichneten Antichristanschauung der Hussiten möglich und notwendig geworden. Bezolds Satz ist eine Bestätigung unserer These von dem günstigen Einfluß, den die Wandlung der Antichristauffassung in der Einstellung und — wenn man die Zeitumstände berücksichtigt — auch in dem tatsächlichen Verhältnis der Hussiten zu den Juden hervorgebracht hat.

Es erübrigt nun noch, die geistige Einstellung der Taboriten zu den Juden darzustellen. Wir haben gesehen, daß auch die Taboriten, die von Matthias von Janow geprägte Antichristanschauung vertreten, konnten dafür aber nur ein Zeugnis[74] beibringen. Die Ursache dafür liegt wohl darin, daß die Taboriten nicht mehr so viel von der Endzeit sprechen, weil sie für sie in einem viel realeren Sinne als z. B. für Milič von Kremsier Wirklichkeit geworden war, und weil ihnen diese ihre Wirklichkeit so außerordentlich viele Probleme aufgab. Es ist nun äußerst interessant zu sehen, daß die Taboriten sich bei der Lösung dieser Probleme sehr oft des Alten Testaments bedienen und sich überhaupt der Auffassung des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Judentums nähern. Das „Gesetz Gottes" war in dem endzeitlich gestimmten Tabor zum herrschenden Gesetz geworden. Eine zeitgenössische katholische Quelle stellt ein Streitgespräch zwischen einem Katholiken, einem Unentschiedenen und einem Taboriten dar. Darin definiert der Taborit das Gesetz Gottes als das, „was Moses vorgeschrieben hat und die anderen heiligen Propheten".[75] Zur Rechtfertigung des Religionskrieges können sich die Taboriten wohl auf die Makkabäer,[76] aber nicht auf das Neue Testament berufen. Infolgedessen legen sie auch Gewicht darauf, daß „die Bücher der Makkabäer dem Volk erklärt werden".[77] Sogar zur Verteidigung ihrer Plünderungen beriefen sich die Taboriten auf das Alte Testament, nämlich darauf, daß die Juden aus Ägypten große Schätze mitgenommen haben![78] Auch ihre Bilderfeindlichkeit bewirkt eine Annäherung an die jüdische Religionsauffassung. Während die „Prager", während z. B. auch Hus gewisse Übertreibungen der Heiligenverehrung und des Wunderglaubens abgelehnt hatte, befolgen die Taboriten das Gebot „du sollst Dir kein Bildnis machen" wörtlich.[79] Am bedeutsamsten aber ist es, daß Bruder Tabor in dem Streitgespräch dahin zusammenfaßt: „Glaube an einen Gott, das ist das Wichtigste."[80] Nach all dem ist es nicht erstaunlich, daß die Taboriten ernstlich geglaubt haben, die Juden würden sich zu ihrer Religion bekehren; denn daß das nicht der Fall war, hält der Unentschiedene im Streitgespräch dem Taboriten triumphierend vor: „Wo erstreckt sich denn eure Macht auf die Juden und auf die Heiden, die doch offensichtlich dem Glauben und dem Gesetz widerstreben? Kein Jude trinkt aus dem Kelch, das weiß jeder von euch gut."[81]

Trotzdem sagten die Katholiken nicht nur den Hussiten eine judenfreundliche, sondern auch den Juden eine hussitenfreundliche Haltung nach. Dies ist aber vielleicht auch durch das Bestreben veranlaßt, die Einen mit der Bundesgenossenschaft der Anderen zu belasten. Mit der Hussitenfreundschaft wurde die Judenaustreibung aus Bayern[82] (1422) und aus Iglau[83] (1426) begründet. Auch die große Judenverfolgung in Österreich (1421) wird zwar nicht vom Herzog selbst, wohl aber von zeitgenössischen mit der „Konfoederation der Juden und Hussiten" in Verbindung gebracht.

Was sagen nun die *jüdischen* Quellen über das Verhältnis der Juden zu den Hussiten? Einen objektiven Bericht dürfen wir auch hier nicht erwarten. Vielfach mußten die jüdischen Chronisten aus Gründen der Vorsicht zurückhaltend sein, damit nicht ein jüdischer Renegat oder ein des Hebräischen kundiger Christ infolge einer entschiedenen Stellungnahme der Juden für die „Ketzer" Unheil über sie bringen könnte.[84] Die in jüdisch-deutscher Sprache geschriebene „Wiener Geserah von 1421", der Bericht über die schreckliche Judenverfolgung und Juden-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

austreibung aus Österreich, die in den Augen vieler Zeitgenossen eine Strafe für die Waffenlieferungen an die Hussiten war, verwendet nicht einmal das Wort „Hussiten", trotzdem sie dies und nicht die in dem offiziellen Urteil Albrechts V. als Begründung angeführte Hostienschändung für die Ursache des Unglücks hält, das über die Juden gekommen ist. Diese Quelle gebraucht eine unbestimmte Umschreibung für die Ursache der Ausweisung: „Es war ein molt, da kam ein Milchamah (Krieg) auf den Dukas (Herzog), da trachtet er, wie die Juden heten geschikt Kle Sajin (Waffen) seinen feint zu der Milchamah (Krieg)."[85] Das zweite zeitgenössische jüdische Zeugnis, das wir besitzen, ist das Sendschreiben von 1421 des Rabbi Jakob Loew Moeln, genannt *Maharil*, der in Prag geboren wurde und in Mainz wirkte. Es ist an alle jüdischen Gemeinden in Deutschland gerichtet und ordnet ein dreitägiges Fasten zur Abwendung der Judenverfolgungen des gegen die Hussiten ziehenden Kreuzheeres an. Trotzdem schon in einigen Orten Judenverfolgungen stattgefunden hatten, stellt sich Maharil nicht offen auf die Seite derjenigen, gegen die die Kreuzheere zogen, und die doch eigentlich die natürlichen Verbündeten der Juden gewesen wären. Aber er vermerkt doch, daß es auf einem Berg Tabor Hussiten gibt, *„die nicht an Jesus glauben,* und die hatten auch keine Heiligenbilder, keine Kreuze und keine Priester".[86] Die im XVI. Jahrhundert von Rabbi Joseph ha Kohen abgefaßte jüdische Chronik,[87] die auch von den Judenverfolgungen der Kreuzheere berichtet, enthält trotzdem keinerlei Anzeichen von einer Sympathie des Verfassers mit den Hussiten.

Dagegen besitzen wir eine zeitgenössische Nachricht aus dem Jahre 1449[88], die die Ereignisse in Böhmen ausführlich und mit freudiger Genugtuung erzählt. Der jüdische Autor glaubt nämlich nichts weniger, als daß die Hussiten Juden geworden sind; und darum erzählt er mit großer innerer Anteilnahme ihr Schicksal: „Hus lehrte sie (die Einwohner der Stadt Prag) den *wahren Glauben der Einheit Gottes.* Nun zerstörten sie alle Kirchen, und sie verbrannten ihre Bilder im Feuer. Der größte Teil der Bewohner der Provinz strömte ihnen zu, und sie beschlossen, den christlichen Glauben aufzugeben." Der Bericht kommt nun zu Hus' Reise nach Konstanz und zu dem Bruch des Geleitbriefes, „und schließlich verspotteten sie ihn und verbrannten ihn und alle seine Bücher mit ihm, die ein großer Haufen waren". Im Folgenden liegt dem Bericht die Verbrennung des Hieronymus von Prag zu Grunde. Sein Name wird aber nicht erwähnt. Dagegen läßt der Autor, offenbar veranlaßt durch die starke Wirkung des Ereignisses, mehrere Hussiten in Konstanz den Feuertod sterben. Da „sagten alle (Söhne des Staates Pihem)[89], daß sie sterben werden oder daß sie das Blut ihrer Brüder rächen werden, das vergossen wurde, weil er (Hus) nicht Lüge, sondern Wahrheit gesprochen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

hat". Zum Schluß folgen die judenfeindlichen Drohungen des Kreuzheeres.

Die Übereinstimmung zwischen dieser jüdischen und der oben zitierten katholischen Quelle[90] über den Glauben der Taboriten an einen Gott ist außerordentlich interessant. Die Juden haben daraus gefolgert, daß die Taboriten Juden, und die Taboriten, daß die Juden Taboriten geworden sind! Wir müssen uns aber davor hüten, aus dem letzten hussitenfreundlichen jüdischen Bericht allgemeine Schlußfolgerungen für das Verhältnis der Juden zu den Hussiten ziehen. Jüdische Quellen, aus denen sich etwas über das tatsächliche Verhältnis der Hussiten zu den Juden entnehmen ließe, fehlen leider ganz. Aber es scheint doch, daß die Sympathien der Juden eher auf Seiten der Hussiten als auf der der Katholiken gewesen sind.

Die besprochenen christlichen Quellen lassen andererseits keine eindeutig judenfreundliche Einstellung der Hussiten erkennen, trotzdem sich — wie diese Arbeit bemüht war zu zeigen — die hussitische Einstellung gegenüber den Juden wesentlich von der unbedingt judenfeindlichen Haltung des Mittelalters unterscheidet. Es ist bemerkenswert, daß die für die Einstellung der Hussiten zu den Juden so wichtige Endzeitvorstellung auch bei den Juden am Ausgang des Mittelalters als uralter messianischer Glaube lebendig ist. Der berühmte Rabbi Abigdor Kara, dessen Grabstein der älteste auf dem Prager Judenfriedhof ist, bittet Gott in einem Klagelied um den baldigen Anbruch des messianischen Reiches: „Lasse sie nahe sein, die frohen Tage, die einst Isaia verkündigt hat, eile mit der Hilfe und führe der Unschuld Erlösung herbei!"[91]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN

[1] Allerdings hielten sich viele Christen nicht an dieses Verbot. Vgl. S. 14 und Anm. 53 und 57.

[2] Vgl. für alle diese Fragen das ausgezeichnete Buch von K. Chytil, Antikrist v naukách a umění středověku a husitské obrazné antithese: Rozpr. české Akademie tř. I., č. 50, S. 6ff.

[3] Über die allegorische Schrifterklärung vgl. Grundmann, Studien über Joachim von Floris: Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittelalters und der Renaissance, hrsg. von W. Götz, Bd. 32, S. 29ff.

[4] Vgl. Chytil a. a. O., S. 21, und Kampers, Kaiseridee in Prophetie und Sage, S. 14.

[5] s. S. 6 über Konrad von Waldhauser.

[6] Lippert, Die Stellung der Juden in Böhmen vor und nach der Epoche des Hussitenkrieges: M V G D B, V; Bartoš, Židé v Čechách v době Husově: Kalendář Česko-židovský 1915/16; Mendl, Z hospodářských dějin středověké Prahy: Sborník příspěvků k dějinám hl. m. Prahy V, 172–187; Blaschka, Die jüdische Gemeinde zu Ausgang des Mittelalters: Die Juden in Prag, Festgabe 1927.

[7] Vgl. Chytil S. 73–80 und 97–102 und Matejček, Velislavova bible 1926. Chytil bringt ebenso wie Matejček zahlreiche Abbildungen der Velislavbibel. Chytil ediert die Überschriften der „Vita Antichristi" und beschreibt die Bilder eingehend. S. 227–232.

[8] Diese Überschriften gebe ich ebenso wie alle folgenden fremdsprachigen Zeugnisse in deutscher Übersetzung wieder.

[9] Vgl. Jacobowits, Die Judenabzeichen in Böhmen: Jb. f. Gesch. d. Juden in der ČSR. III, 147. Zu den in dieser Arbeit angeführten Handschriften, in denen derartige Judenhüte dargestellt sind, kommt die Velislavbibel hinzu.

[10] Der von den Juden erbaute dritte Tempel erscheint dem Maler also noch nicht schlecht genug, um der Tempel des Antichrist sein zu können. Hier variiert die Velislavbibel die allgemein mittelalterliche Auffassung. Die Kirchenväter und die meisten Scholastiker glauben, daß der Antichrist den Juden zuliebe den von den Römern zerstörten Tempel aufbauen wird. Vgl. Lenz, Učení katolické o Antikristovi: Vlast XII, 524. Der christlichen Legende liegt offenbar die jüdische Legende von dem Wiederaufbau des Tempels zugrunde: Gott selbst wird nach dem Agadoth des Talmud den künftigen dritten Tempel erbauen.

[11] Der anonyme Traktat heißt: „De Antichristo et dicipulis eius" und findet sich in einer Hs. der Wiener Nationalbibliothek (Nr. 2846 fol. 1r–29r) aus dem Ende des XV. Jahrhunderts. Die angeführten Sätze stehen auf fol. 1v. Es könnte sich um eine Übersetzung des ebenfalls anonymen Traktats „De Antichristo et eius ministris" handeln. Vgl. Chytil S. 123, Anm. 145.

[12] Vgl. Kampers, Alexander der Große in Prophetie und Sage: Studien und Darstellungen aus dem Gebiet der Geschichte, hrsg. Grauert I. Bd., 2. und 3. Heft, S. 24.

[13] Fontes Rerum Bohemicarum III, 584.

[14] s. S. 7 und Anm. 74.

[15] a. a. O. S. 512.

[16] Vgl. Lechler, Johann von Wiclif und die Vorgeschichte der Reformation I, 555. Zum Folgenden s. ibid. S. 554 und 556, Anm. 2.

[17] Wiclifs Polemical Works ed. Buddensieg, I, 102.

[18] s. S. 18.

[19] Wiclifs Latin Works ed. Loserth, XX, 224.

[20] Opus Evangelicum, ed. Lechler I, 98.

[21] Polemical Works I, 271, und Latin Works VII, IV, 60.

[22] Tomek, Dějepis města Prahy, III, 287.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[23] Libellus de Antichristo, ed. Menčik: Sb. d. böhm. Ges. d. Wiss. 1890 und danach Kybal im Anhang des III. Bd. der „Regulae veteris et novi Testamenti", S. 370.

[24] Milič war so unbefriedigt von allen Antworten, am meisten allerdings von der des Papstes, der ihn statt aller Antwort einkerkern ließ, daß er uns leider den Inhalt der Antworten nicht mitteilt. Durch Wiclifs Mitteilung erfahren wir, daß die Juden die Päpste als „Antichristen" betrachten, womit Wiclif durchaus einverstanden ist, Wiclifs lateinische Streitschriften S. 461.

[25] Hs. der Prager Univ. bibl. X A 2 fol 66r–69s.

[26] „Im vierten Jahr der Herrschaft des Antichrist werden die Juden, die jetzt eingeschlossen sind, gelöst werden, und sie werden die Krone empfangen und ihre Synagoge zurückerhalten. Und von allen Enden der Erde werden sie zum Antichrist strömen und ihn für den wahren Gott und für den Messias, der dann geboren sein wird, halten." S. darüber Kampers, Alexander, a. a. O., S. 80.

[27] Die Juden bitten den Antichrist, ihren Tempel wieder herzustellen. Milič vertritt hier also anders als die Velislavbibel die allgemein übliche Auffassung. Vgl. S. 4 und Anm. 10.

[28] Regulae III, 177. (Vgl. Anm. 23). 5. Traktat: „De Antichristo".

[29] Vgl. Chytil, S. 123, und ibid. Anm. 145.

[30] Regulae III, 5 ff.

[31] Dies hat Kybal Č Č H 1905, 27 ff. nachgewiesen. Der Traktat findet sich in den Hss. XI D 5 (fol 186r–199r) und X E 24 (fol 233r–240v).

[32] Die ganze Schrift ist so voll von Zitaten von Matthias von Janow und von Hus, daß F. G. Böhringer in ihr eine Kompilation aus Schriften dieser beiden Männer sehen wollte. Novotný und Prokeš weisen die „Anatomie" dem Jacobellus von Mies zu, während Bartoš Č Č M 1920, 52 den den Taboriten nahestehenden Hussitenapostel in Polen Pavel Kravař für den Autor hält. Bartoš nimmt an, daß die Schrift etwa 1420 entstanden ist. Vgl. auch Bartoš, Husitství a cizina, 209 u. dsb., M. Pavel Kravař: Věst. Matice Opavské 1933, 17.

[33] Vgl. S. 5.

[34] Flajšhans, Spisy M. J. Hus „De sanguine Christi", S. 25.

[35] Magistri Johannis Hus Opera ed. Flajšhans 587.

[36] Vgl. S. 18 dieses Aufsatzes und Anm. 81.

[37] Die Vorlesung heißt „Super IV Sententiarum". Vgl. Novotný, Mistr Jan Hus, I, 1, 14, und „Sermones de Sanctis" ed. Flajšhans, S. 153.

[38] Opera Omnia II, 409.

[39] Spisy české I, 274.

[40] Hs. der Prager Univ. bibl. X E 24 fol 226v–333r. Ich möchte glauben, daß diese Schrift noch aus der hussitischen Periode Symons stammt, weil die Nähe der Endzeit so stark betont wird; aber auch wenn das nicht der Fall sein sollte, ist die Schrift von Bedeutung als Zeugnis aus der Hussitenzeit.

[41] Schon daß Symon auch die Christen als Sekte bezeichnet, ist ungewöhnlich. Er definiert eine Sekte als eine „Vielheit von Menschen, die einem Gesetz folgen", fol 226v.

[42] fol. 229v.

[43] ibid.

[44] Im Mittelpunkt der Disputation stand immer diese Frage, und auf der Disputation zu Tortosa im Jahre 1409 wurde ebenfalls mit Zahlenallegorien argumentiert.

[44a] fol. 231v: „Im zweiten Jahre dieses Darius wurde der zweite Tempel gebaut; bis zu dessen Zerstörung durch die Römer vergingen 409 (?) Jahre nach Rabbi Samuel und anderen Hebräern." Symon zitiert hier eine interessante Quelle. Nach Wolfs Angabe (Bibliotheca Hebraea I, 1099) hat sich ein in Afrika lebender Rabbi Samuel im Jahre 1085 taufen lassen und hat an einen jüdischen Gelehrten in arabischer Sprache einen Brief geschrieben, in dem er beweisen will, daß Jesus der den Juden verheißene Messias war. Die Juden hätten diesen Brief absichtlich mehr als 200 Jahre verborgen. 1339 wurde er von dem Dominikaner Alfonsus Boni-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hominis, der hebräisch und arabisch konnte, ins Lateinische übersetzt und erlangte nun eine außerordentlich große Verbreitung. Allein in den Prager Bibliotheken befinden sich 12 lateinische Handschriften dieses Briefes. Die von Symon benutzte Stelle findet sich – allerdings mit einer kleinen Differenz in der Zahl – im 7. Kapitel des Briefes (Hs. der Prager Univ. Bibl. I D 15 fol. 150s): „Von dem Wiederaufbau des Tempels waren es 62 Wochen, das sind 434 Jahre (!), dann wurde Jesus getötet von unseren Vätern. Und danach kam der Führer, nämlich Titus und das römische Volk und taten uns nach dieser Prophezeiung" (vgl. Daniel 9, 26). In Anbetracht des Zustandes der Hss., bei denen von vier verglichenen Hss. nur eine richtig 62 Wochen schreibt, ist Symons Abweichung (409 statt 434) nicht von Bedeutung. Die lateinische Übersetzung diente wiederum als Vorlage zu Übersetzungen ins Spanische, Italienische, Französische, Deutsche – auch die Prager Univ. Bibl. besitzt eine deutsche Übersetzung des Briefes in der Hs. I C 40 fol. 161r–177v – und auch ins Tschechische. Die Bibliothek des böhmischen National-Museums besitzt ein sehr schön geschriebenes Ms. (IV H 19) aus dem Anfang des XV. Jahrhunderts, das lediglich die tschechische Übersetzung unseres Briefes enthält. Das Interesse für diese Schrift war bis ins XVIII. Jahrhundert lebendig. Das beweisen zahlreiche deutsche (vgl. Wackernagel, Literaturgeschichte I, 423, Anm. 14) und auch sechs tschechische Drucke (vgl. Jireček, Rukověť k dějinám literatury české II, 251).

45 fol. 231v.

46 fol. 233r.

47 s. S. 10.

48 Der zuerst von Bartoš a. a. O., dann von Blaschka a. a. O. besprochene Excurs findet sich in den Hss. III G 8 fol. 171v–173v und V G 15 fol. 52r–54r der Prager Univ. Bibl. und nach Bartošs Angabe in der Wiener Hofbibl. Nr. 4520 I 205. Da der Inhalt dieser wichtigen Schrift noch nicht zusammenhängend und vollständig dargestellt wurde, sondern in der angeführten Literatur der knappen Darstellung wegen nur gestreift werden konnte, möge dies hier geschehen.

49 Hier benutzt Jacobell den von Papst Innozenz III. im Jahre 1215 geprägten und dann sehr häufig verwandten Satz. Für die Prager Synode 1348 und für König Wenzel, der diesen Satz als Begründung für die verfügte Befreiung des Adels von Judenschulden anführt, ist er bereits ein „allgemein übliches Sprichwort". Der Satz lautet: „Die Juden pflegen ihren Gastfreunden zu tun wie die Maus in der Tasche, die Schlange im Schoß und das Feuer im Busch."

50 Vgl. darüber die Ausführungen von Nikolaus von Dresden, S. 16.

51 Knížky šestery o obecných věcech křesťanských, ed. Erben IV. Buch, S. 157.

52 Regulae III, 37.

53 Für den christlichen Geldhandel finden sich äußerst zahlreiche Belege. Vgl. z. B. Archiv český IV, 122 und Cancellaria Arnesti, ed. Tadra. Arch. f. österr. Geschichte 61, 420. Vgl. auch S. 14 und Anm. 57.

54 Opera Omnia I, Fasc. 2, 16.

55 Vgl. Heilig, Ziele und Wege einer Wirtschaftsgeschichte der Juden in der ČSR.: Jb. f. Gesch. d. Juden in der ČSR. IV, 16; im Gegensatz zu Engel, Ausweisung der Juden aus den königlichen Städten Mährens und ihre Folgen: ibid. II, 6.

56 Vgl. Mendl a. a. O. S. 184, Anm. 45. Mendl hat die Quellen zur Wirtschaftsgeschichte grundlich untersucht. Seine Ergebnisse sind hier dargestellt.

57 Vgl. Mendl S. 179 und 180 und über die Verhältnisse in Wien auch Stowasser, „Zur Geschichte der Wiener Geserah": Vierteljahrsschrift zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte XVI, 114: „Der kreditfähige Mann lieh bei Christen", und S. 117: „Die Juden traten, das lehren die Grundbücher deutlich genug, gerade der ärmeren Bevölkerung gegenüber als Leiher auf".

58 Chronicon veteris Collegati Pragensis ed. Höfler, Geschichtsschreiber der hussitischen Bewegung I, 86 sagt ausdrücklich, daß sich „nicht die Gesamtheit

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

sondern das niedere Volk beider Städte" an dem Aufruhr beteiligte. Während es aber in der Altstadt auch eine ganze Reihe wohlhabender Bürger gab, hatte in der Neustadt des Kleinbürgertum durchaus das Übergewicht. Die im Folgenden zitierte Quelle, die „Staří Letopisové" stellen es so dar, als ob nur Neustädter an dem Aufruhr beteiligt gewesen seien.

[59] Staří Letopisové ed. Palacký, Scriptores Rerum Bohemicarum III, 51.

[60] ibid.

[61] und Altstädter.

[62] Staří Letopisové a. a. O. Vertreter dieser Richtung scheint der Prediger Wenzel Koranda gewesen zu sein.

[63] Diese Parallele zieht Mendl S. 182/3, bemerkt aber, daß insofern ein Unterschied besteht, als bei den Aufständen gegen das Stadtregiment in den deutschen Städten das Patriziat häufig beschuldigt wird, die Juden zu beschützen. Davon hören wir in Prag nichts.

[64] Vgl. F. Kroupa, Dějiny Židů v Táboře: Die Judengemeinden in Böhmen in Vergangenheit und Gegenwart.

[65] Der Wucher steht unter 32 aufgezählten sündhaften Gewerben an zweiter Stelle. Vgl. Kolář, Řemesla i obchodové, kteří starým Táborům dovoleni i nedovoleni byli: Sborník historických prací prof. M. Koláře o dějinách Tábora, 210. Kolářs Angaben übernimmt auch J. Švehla, V táborské republice před 500 léty 1920, S. 12.

[66] VI E 14 der Univ. Bibl. fol. 11 v–12 r. Die lateinischen Statuten hat Dudik, Arch. f. österr. Geschichte, Bd. 37, 413 ff. herausgegeben.

[67] Der Traktat findet sich in den Hss. X D 10, III G 9 und VIII F 3 der Prager Univ.-Bibl. Die angeführten Stellen stehen in der Hs. VIII F 3 fol. 134 r und 138 r.

[68] Vgl. Linhart, Dějiny Židů v Lounech: Juden und Judengemeinden, S. 349, und J. K. Hraše, Dějiny Náchoda.

[69] Chron. vet. Collegati Pragensis a. a. O. S. 83. Vgl. auch Contin. relationis ibid. 453. Ibid. 449 wird ein Taboritenführer Nikolaus mit dem bezeichnenden Beinamen „Chudý" genannt.

[70] Zur Geschichte des Hussitentums S. 34.

[71] ed. Höfler, Geschichtsschreiber II, 345.

[72] „Der katholische Klerus wird schlecht behandelt, verfolgt, getötet, und niemand wird deswegen bestraft. Und die Juden erfreuen sich einer größeren Freiheit als die Priester." Palacký, Documenta Nr. 649.

[73] a. a. O.

[74] s. S. 9. Außerdem findet sich noch die schon erwähnte Bemerkung von Peter Payne über die jüdische Endzeitvorstellung. Sie lautet: „Daher glauben die Juden fest an die Ankunft ihres Messias, an die Wiederherstellung des Tempels und Jerusalems und an ihre Rückführung dorthin und an vieles andere, das darum (weil die Juden nicht an Christus glauben) niemals geschehen wird", Anglici Tractatus II, „de corpore Christi", ed. Sedlák, Táborské traktáty eucharistické, S. 36.

[75] ed. Palacký Č Č M, V, 379.

[76] Die Zeugnisse dafür sind äußerst zahlreich. Vgl. J. Goll, Quellen und Untersuchungen S. 55.

[77] Goll a. a. O.

[78] Streitgespräch a. a. O. S. 383.

[79] Vgl. darüber auch die jüdischen Quellen S. 18 und 19.

[80] Pekař, Žižka, I, 86.

[81] a. a. O. S. 387. Es muß bei den Taboriten auch eine ausgesprochen judaisierende Sekte gegeben haben, „die lehrt, viele Gesetze des Alten Testaments zu beobachten", wie der Taboritenbischof Nikolaus von Pilgram tadelnd berichtet; ed. Bartoš: Čas. Přátel Starožitností, 1922, 102.

[82] Alberti Krantz, Saxonia, 288; Herrmann Korner, Chronicon ed. Eccard: Corpus historicum medii Aevi II col. 1243; A. Bzovius, Annalium Ecclesiasticorum post Baronium XV, 663.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[83] Vgl. d'Elvert, Geschichte von Iglau S. 52.

[84] Damit wäre der Autor der im XIX. Jahrhundert gefälschten „Ramschackschen Chronik" zufrieden gewesen. Die Chronik enthält nämlich ein Rabbinatsedikt, das entsprechend der allgemeinen Tendenz der Fälschung die Nichteinmischung in religiöse Streitigkeiten empfiehlt und insbesondere den Juden das Mitsingen von hussitischen Liedern verbietet. Vgl. darüber Lieben: Jahrb. d. Ges. f. Geschichte d. Juden in der ČSR. I., 331 ff. Lieben ediert alle auf die Hussitenzeit bezugnehmenden Stücke S. 367.

[85] ed. Goldmann, Das Judenbuch der Scheffstraße zu Wien: Quellen und Forschungen z. Geschichte der Juden in Deutschland I, Anhang. Vgl. S. Krauss, Die Wiener Geserah von 1421, 1920; dazu die Rezension von Stowasser a. a. O.

[86] S. D. Luzzato aus Padua (1818–1865) fand die Handschrift des Maharil und Polak edierte sie in seinem ספר המנהגות קדם oder „Oostersche Wandelingen", Amsterdam 1846, S. 80 ff. Polak fügt seiner Edition einige erläuternde Bemerkungen von Luzzato bei, in denen sich zwei deutsche Zitate aus Karl von Rottecks „Allgemeiner Geschichte" 1813–1818 finden. Polaks Buch befindet sich im Besitz der Bibliothek der jüdischen Gemeinde zu Prag. Dieselbe Bibliothek besitzt auch einen handschriftlichen Auszug aus diesem Stück, der auch die Rotteck-Zitate bringt, also wohl Luzzatos Handschrift oder — was mir wahrscheinlicher scheint — Polaks Edition als Vorlage benutzt haben muß. Der Bibliothekar Herr Dr. Jakobovits hat mir die Benutzung freundlichst gestattet. Für sein liebenswürdiges Entgegenkommen und seine Unterstützung spreche ich ihm hiermit meinen Dank aus.

[87] In deutscher Übersetzung ed. Wiener, 1858.

[88] Der Bericht steht in der Handschrift der Prager jüdischen Bibliothek und in Polaks Edition und offenbar auch in Luzzatos Handschrift unmittelbar vor dem Sendschreiben Maharils. Er kann aber nicht von Maharil stammen; denn er beginnt: „in den Tagen des Maharil" und er weist am Schlusse auf den folgenden Brief hin mit den Worten: „und siehe hier ist ein Brief, der geschickt wurde von Maharil in dieser Zeit". Maharil spricht dagegen in dem Sendschreiben von sich in der 1. Person. Auch Abraham Geiger (Nachgelassene Schriften III, 178 und Anm. 5) meint, daß der Bericht nicht von Maharil stammt. Er setzt ihn für das Jahr 1449 an. Der Autor könnte vielleicht der Rabbiner einer der jüdischen Gemeinden in Deutschland sein, die das Sendschreiben Maharils empfangen haben; denn er war im Besitze dieses Sendschreibens, und er kann über die böhmischen Verhältnisse nur indirekt orientiert gewesen sein.

[89] Wohl aus der damaligen Form Peheim für Böhmen.

[90] s. S. 18.

[91] Das Klagelied auf die bei der fürchterlichen Prager Judenverfolgung von 1389 Ermordeten; ed. in deutscher Übersetzung Bondy-Dworsky, Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien, II, Nr. 1133. Abigdor Kara starb 1439. Der angeführte Bericht von 1449 erzählt, daß Rabbi Abigdor Kara „Gunst in den Augen des Königs Wenzel fand, und er rief ihn zu sich, und er lehrte ihn alles, was er wußte, so daß der König zur Einsicht gelangte und erkannte, daß der christliche Glaube eitel sei".

25

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Rabbinische Geschichtsquellen.

Von Dr. B. Suler.

—

Einleitung

Es ist eine Eigenheit der jüdischen Religion, daß sie nicht nur Glaube, sondern zugleich Gesetz ist, — Gesetz und Verfassung. Sie normiert die Lebenstätigkeit des einzelnen Juden in allen ihren Äußerungen und Beziehungen vom Morgen bis zum Abend, von der Wiege bis zur Bahre und bestimmt auch das Zusammenleben in Familie und Gemeinde. Die Summe der religiösen Normen bildet das Religionsgesetz, das sich nicht nur auf die Beziehungen vom Menschen zu Gott, sondern auch auf die von Mensch zu Mensch erstreckt, und zwar nicht nur auf solche rein ethischer Natur, sondern auch auf die in das Gebiet des Rechts fallenden, sowohl im eigenen Kreise als auch im Verhältnis zur Außenwelt. Wie das Höchste in der Religion durch das Gesetz normiert ist, so ist das Alltägliche im Gesetz durch die Religion geheiligt. Auch die Rechtslehre hat ihren Ursprung in Gott und ist daher Religion. Diese Verquickung von Religion und Wissenschaft in der Rechtslehre mußte zu einer gewissen Gegensätzlichkeit führen. Denn in der Wissenschaft herrscht die Logik, in der Religion aber die Autorität. Die jüdische Rechtslehre, die zugleich Wissenschaft und Religion ist, wird also von beiden beherrscht, von der Logik und der Autorität. Die Logik führt aber zwangsläufig zur Kritik, was der Gegensatz von Autorität ist. Aber nicht nur zwischen Logik und Autorität kann es Gegensätze geben, sondern auch zwischen einer Autorität und der anderen, d. h. zwischen zwei die Autorität besitzenden Personen, die über eine und dieselbe Sache divergierende Meinungen äußern. Diese Gegensätzlichkeit wiegt um so schwerer, wenn die eine Autorität eine ältere ist. Denn in der Religion ist die Größe der Autorität ihrem Alter direkt-proportional, d. h. je älter die Periode ist, der die betreffende Autorität angehört, desto maßgebender sind ihre Meinungen und desto bindender ihre Entscheidungen für die späteren Generationen. Das Suchen nach dem Ausgleich aller dieser Gegensätze beherrscht die talmudische Wissenschaft und wirkt auch mitbestimmend auf ihre Methode, sowie es auch einen integrierenden Teil der nachtalmudischen rabbinischen Forschung bildet, die ihre Methoden vom Talmud übernommen hat. Als Hauptmittel dieses Ausgleichs wird die *Interpretation* angewendet. Diese Methode besteht darin, daß die Meinung der betreffenden Autorität so interpretiert wird, daß sie nicht mehr mit den Schlüssen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Logik oder den fortgeschrittenen Begriffen der Zeit, bzw. mit den Meinungen der älteren Autoritäten in Widerspruch steht. Die Mischnalehrer leiten die Normen für ihre Zeit aus dem mosaischen Gesetz her und interpretieren dabei nach Bedarf die Schrift. Im Talmud interpretiert die jüngere Gemara die ältere Mischna, auf der sie ihre Normen aufbaut. Die nachtalmudischen Gesetzeslehrer (Geonim, Rabbinen) richten sich nach dem Talmud und interpretieren die Talmudlehrer, wenn es nötig wird; unter den Rabbinen selber sind die jüngeren Autoritäten darauf bedacht, mit den älteren nicht in Kollision zu geraten und suchen diese zu interpretieren, wenn deren Meinungen mit ihrer Auffassung nicht übereinstimmen.

Der religiöse Charakter der Rechtslehre brachte es auch mit sich, daß nur diejenigen Normen als absolut bindend von den späteren Generationen anerkannt wurden, die von solchen Autoritäten geschaffen waren, die als heilige Männer und von Gott dazu eingesetzt galten. Das waren die Mischna- und Talmudlehrer, die Träger der sogenannten „mündlichen Lehre", die der schriftlichen des mosaischen Gesetzes zwar nachgeordnet, aber für alle Zeiten verpflichtend war. Nach Abschluß des Talmud (Anfang des VI. Jahrhunderts) durften keine neuen Normen mehr geschaffen werden[1]. Das Leben stand aber nicht still. Es zeitigte nicht nur neue Verhältnisse und Lebensformen, sondern machte auch einen großen Teil der früheren einfachen Lebensformen komplizierter, so daß sie äußerlich von den primitiven alten abwichen. Diese Neuerscheinungen des Lebens brachten neue Probleme hervor, für die es keine festgesetzten Normen und keine klaren Vorschriften bei den alten Autoritäten gab. Es mußten neue Normen und neue Bestimmungen geschaffen werden, die aber, da die Möglichkeit selbständigen Schaffens versagt blieb, nur aus den alten geheiligten Normen und Vorschriften auf dem Wege der Analyse und der Vergleichung deduziert werden konnten. Zu diesen Geistesoperationen gehörte aber nicht nur ein außerordentlicher Scharfsinn und die Gabe tief in die Materie einzudringen und das Gemeinsame zwischen dem alten und neuen Falle herauszufinden, sondern auch eine eminente Belesenheit in der Gesetzesliteratur und die eingehende Kenntnis der Meinungen der maßgebenden älteren Lehrer, gepaart mit der Fähigkeit, diese Meinungen entsprechend zu interpretieren. Es ist klar, daß nur wenige auserwählte Männer in jeder Generation, nur die Koryphäen talmudischer Gelehrsamkeit die aufgezählten Eigenschaften besaßen und imstande waren, in jedem neuen Falle, den das Leben hervorbrachte, eine Entscheidung auf dem Wege der Herleitung vom alten Gesetz zu treffen. Die meisten Rabbiner konnten, wenn Laien an sie Anfragen richteten, nur dann Bescheid erteilen, wenn sie für den betreffenden Fall im Talmud oder später in den Dezisoren eine klare, eindeutige

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Vorschrift vorfanden. War dies aber nicht der Fall und mußte eine Entscheidung auf dem oben dargelegten Wege herbeigeführt werden, so besaßen die meisten Rabbiner weder die Kenntnisse noch die Fähigkeit, noch den Mut dazu. Sie sandten daher die betreffende Anfrage (שאלה) an eine in ihrem Zeitalter anerkannte talmudische Autorität, an einen der großen Rabbiner oder Jeschibahäupter. Diese behandelten dann den Fall nach allen Regeln ihrer Wissenschaft und trafen die Entscheidung, bei besonders schweren und wichtigen Fällen gewöhnlich nach Briefwechsel mit anderen zeitgenössischen Autoritäten. In manchen Fällen wandten sich Laien unter Umgehung des Ortsrabbiners direkt an eine solche Autorität, ganze Parteien und auch Gemeinden wandten sich an sie. Das die Entscheidung enthaltende Antwortschreiben des angefragten Gelehrten wird *Responsum*[2] (תשובה) genannt. Da die Antwort den umfangreicheren und für die Lehre wichtigeren Teil der Korrespondenz bildet, so wird die ganze betreffende Literatur als *Responsenliteratur* bezeichnet. Für die geschichtliche Verwertung dieser Korrespondenzen ist allerdings die Anfrage ebenso wichtig wie die Antwort, ja zuweilen noch wichtiger.

Diese Responsen gleichen in gewisser Beziehung den *responsa prudentium* des römischen Rechts. Denn wie die letzteren das römische Recht fortbildeten, so bewirkten die ersteren die Weiterentwicklung des talmudischen Rechts. Im rabbinischen Responsum geht der Entscheidung eine ausführliche Motivierung voran, die zeigt, aus welchen logischen Schlüssen und auf Grund welcher Deduktion aus dem Talmud oder sonstigen älteren Autoritäten der Autor zu seinem Spruche gelangt ist, so daß jeder Sachverständige an der Entscheidung Kritik üben konnte. Nicht selten geschieht es auch, daß die Motivierung einer Entscheidung von einem anderen Gelehrten angefochten und die Entscheidung umgestoßen wird. Es entsteht dann gewöhnlich eine Korrespondenz zwischen beiden Gelehrten, oder wenn noch andere hinzugezogen werden, zwischen mehreren Gelehrten, und die endgültige Entscheidung wird als Resultat eines lebhaften Meinungsaustausches gewonnen.

In den Motivierungen offenbart sich uns der bewunderungswürdige Tiefsinn, die wie ein lebendiger Quell sprudelnde Dialektik, die überraschenden Einfälle, die erstaunliche Belesenheit und Kombinationsfähigkeit der Autoren. Wir sehen darin, mit welchem Geschick und Feinheit sie ihre Entscheidungen, die grundlegend für die neuen Normen wurden, aus dem Talmud und nachtalmudischen älteren Quellen herleiten und mit welchem Scharfsinn sie etwa gegensätzlichen Meinungen der älteren Autoritäten durch Interpretation den Widerspruch nehmen. Freilich geschieht es auch, daß ein solcher Virtuose der dialektischen Kunst mit seiner Dialektik durchgeht und den Boden der Tatsachen und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der schlichten Logik verläßt. Gegen ein solches Verfahren wendet sich Jakob Weil (Rp. Nr. 164). Das sind aber nur Einzelerscheinungen. Im großen und ganzen sind die Motivierungen in den Responsen von Logik und Sachkenntnis getragen. Schon die fromme Angst vor dem falschen Urteil hielt die Respondenten davon ab, ihre Entscheidungen auf reinem Gedankenspiel übersprudelnder Dialektik, wie sie es in ihren Vorträgen taten, zu bauen.

Die Art der Herleitung von Entscheidungen für die durch die neuen Zeitumstände hervorgerufenen Probleme aus dem Talmud und der Übertragung der Norm aus einfachen auf kompliziertere Verhältnisse mögen folgende zwei Beispiele veranschaulichen.

1. Der Kurfürst hat einen ihm genehmen Juden steuerfrei erklärt. Trotzdem entscheidet R. Simcha b. Samuel aus Speyer (XIII. Jahrhundert), daß derselbe nichtsdestoweniger seinen Beitrag zu den von der Gemeinde an den Kurfürsten zu entrichtenden Steuern leisten muß. Er leitet es von folgender Barajta[3] (Nachtrag zur Mischna) ab: „Wenn eine Karawane überfallen und ausgeraubt wurde, und es gelang einem der Reisenden etwas zu retten, so kommt das Gerettete der ganzen Karawane zugute." (Responsensammlung des Meir Rothenburg, Ed. Prag, Nr. 932[4]). Wenn also dadurch, daß *einem* Juden die Steuer erlassen wurde, die Gesamtsteuer der Gemeinde um diesen Betrag verringert worden ist, so soll die ganze Gemeinde Anteil an dieser Begünstigung haben. Diesem Responsum ist zugleich zu entnehmen, daß die Steuern, welche die Herrscher den Juden im Mittelalter auferlegten, von diesen als Raub betrachtet wurden.

2. Als zur Zeit der durch den Franziskanermönch Johann Capistrano entfachten blutigen Judenverfolgungen in Schlesien (1453) die falschen Anschuldigungen (Hostienschändung u. ä.) gegen die Juden auch nach Böhmen übergriffen, erließen die Ältesten der Gemeinde Prag mit dem Rabbiner R. Elia an der Spitze und unter Teilnahme einiger Abgesandten der Landgemeinden folgende Verordnung für alle Gemeinden Böhmens, die vom Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung der Gemeinden ausging. Es wurde sämtlichen Mitgliedern der Gemeinden eine außerordentliche Steuer auferlegt, um die nötigen Geldmittel zu sammeln und in Bereitschaft zu halten, wenn falsche Anschuldigungen gegen eine Gemeinde erhoben wurden und diese in Gefahr gerät, um diese Gefahr von ihr abwenden zu können. Verschiedene Gemeinden, bzw. Parteien in den Gemeinden wollten sich dieser Verordnung nicht unterwerfen, und Israel Bruna (s. u. seine Respp. Nr. 267), an den wahrscheinlich eine Anfrage in dieser Sache ergangen ist, schließt sich der Prager Verordnung an und liefert dazu die rechtliche Grundlage direkt aus der Mischna. Zunächst führt er folgenden logischen Beweis: da im Falle des Auftauchens einer falschen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anschuldigung in *einer* Stadt sämtliche jüdische Gemeinden des Landes in Gefahr schweben, so ist das ganze Land in dieser Beziehung als *eine* Stadt anzusehen, in der alle Juden des Landes wohnen. Nachdem er diese Prämisse aufgestellt hat, folgert er seine Entscheidung aus der klaren Norm der Mischna[5]: „Es können die Einwohner einer Stadt einander zwingen, eine Mauer mit Tor und Riegeln um die Stadt zu ziehen" (zum Schutz vor dem etwa einfallendem Feinde). Hier sind die falsche Anschuldigungen erhebenden Widersacher der Juden mit dem feindlichen Heere, die zur Abwehr dienenden Geldmittel mit der Schutzmauer verglichen.

Die Responsen blicken auf ein sehr hohes Alter zurück. Bereits im Talmud finden sich Ansätze von Responsen in Form von Antworten der palästinensischen Jeschibahäupter auf Anfragen ihrer Kollegen in Babylonien.[6] Doch sind diese Bescheide sehr kurz gefaßt und bilden keinen besonderen Teil des Talmud, sondern sind in den allgemeinen Lehrstoff eingestreut. Responsen in speziellen Schreiben mehr oder weniger größeren Inhalts beginnen erst in der sogenannten *gaonäischen* Epoche (VII. bis Mitte des XI. Jahrhunderts). Diese Responsen, bekannt unter dem Sammelnamen „Responsen der Geonim" und in verschiedenen Werken niedergelegt, bilden den eigentlichen Anfang der Responsenliteratur und zugleich ihren eigenartigsten, mannigfaltigsten und wichtigsten Bestandteil.

Die in der bezeichneten Epoche lebenden Häupter der Talmudakademien in Sura und Pumbedita in Babylonien, genannt „Geonim",[7] waren die geistigen Erben der Talmudlehrer[8] und erteilten ihre Bescheide nach allen Ländern, aus denen Anfragen in rituellen und rechtlichen Angelegenheiten an sie kamen, und das waren nicht nur die nahegelegenen: Palästina, Ägypten und Nordafrika, sondern auch die Länder Europas, die fernen: Spanien und Italien, und die noch ferneren: Frankreich und Deutschland. Die genannten Akademien, in denen das große und kleine Richterkollegium nach Muster des Synhedrions zur Zeit des zweiten Tempels tagten, waren der religiöse Brennpunkt des gesamten Judentums zu jener Zeit, von dort ging die Lehre aus für die ganze Diaspora. Dies geschah durch die Responsen, die von den Häuptern dieser Akademien oder in ihrem Namen erteilt wurden, durch welche das gesamte religiöse Leben der Juden, einschließlich Rechtswesen und Gebetordnung,[9] organisiert und konsolidiert wurde. Da es zu jener Zeit noch keine Kommentare zum Talmud gab, in vielen Gemeinden die Exemplare des Talmud überhaupt fehlten, geschweige denn die während dieser Epoche von manchen babylonischen Akademielehrern verfaßten Gesetzbücher,[10] so war die Zahl der Anfragen, die an die genannten Akademien ergingen, ungeheuer groß und mannigfaltig. Sie bezogen sich auf Erklärungen von Talmud-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

stellen, auf den Gottesdienst, auf sonstige rituelle und Rechtssachen, auf Probleme, die im Talmud behandelt sind, und auf solche, die durch die Zeitumstände hervorgerufen wurden und im Talmud nicht vorgesehen waren. Da im Talmud die Meinungen der Lehrer vorwiegend nebeneinander in der Diskussion erscheinen und nur verhältnismäßig wenige von ihnen als Norm hingestellt sind, oblag es auch oft den Geonim zu entscheiden, welche Meinung im Talmud als Gesetz maßgebend sei. Auf die gewöhnliche Fälle betreffenden Anfragen antworteten die Geonim kurz und bündig, auf solche, die außerordentliche Fälle zum Inhalt hatten, ausführlicher, ohne jedoch eine so ausführliche Motivierung wie die späteren Rabbinen zu geben. Ihre Entscheidungen bauten sie zwar hauptsächlich auf dem Talmud, der für sie die Quelle des Gesetzes war, auf, behielten sich aber ihm gegenüber noch eine gewisse Selbständigkeit vor und erlaubten sich in manchen Fällen, den Umständen und Bedürfnissen ihrer Zeit Rechnung tragend, auch gegen den Talmud zu entscheiden, sowie Verordnungen (Takkanot) zu treffen, die mit solchen des Talmud im Widerspruch standen. Das konnten sie tun, weil auch sie noch mit einem gewissen Nimbus der Heiligkeit umgeben waren (die Akademien in Sura und Pumbedita wurden die „heiligen Jeschibot" genannt). Ihre Autorität im Judentum war zwar der des Talmud nachgeordnet, aber immerhin groß genug, um für die weitere Entwicklung der Gesetzeslehre entscheidend zu sein, und wenn auch ihre Verordnungen nicht die allgemeine Geltung für alle Zeiten wie die Institutionen des Talmud besitzen, sondern zum größten Teil zeitlich beschränkt blieben, so sind doch ihre in den Responsen geäußerten Meinungen, Entscheidungen und Gutachten zugleich mit denen der Talmudlehrer von den späteren grundlegenden Gesetzeskodices aufgenommen worden.

Die Responsen der Geonim sind in drei Sprachen abgefaßt: in hebräischer, aramäischer und arabischer, je nach dem Lande, aus welchem die betreffenden Anfragen kamen. Von ihren noch erhaltenen Responsen (sehr viele von ihnen, namentlich die von einzelnen Geonim in besonderen Responsenwerken niedergelegten, sind verlorengegangen) ist der größte Teil in vier Sammelwerken[11] veröffentlicht, ein Teil ist in den Responsenwerken späterer Autoren zu finden.

Nach der allgemeinen Verbreitung des Talmuds und Entstehung der Talmudkommentare emanzipierten sich die Juden Europas allmählich von der alleinigen Autorität der babylonischen Geonim, es verbreitete und vertiefte sich unter ihnen das Talmudstudium, sie besaßen selbst große Gelehrte, die die nötigen Weisungen geben konnten. Noch im vorletzten (X.) Jahrhundert der gaonäischen Epoche entstehen zugleich mit den Responsen des R. Chananel in Kairuan (Nordafrika), der letzten der dortigen Autoritäten, die Responsen des R. Kalonymos aus Lucca

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in Mainz'[12] der das Talmudstudium aus Italien nach Deutschland verpflanzt hat, und seines Sohnes R. Meschullam, genannt der Große.[13] Die Responsen dieser drei Männer, die ebenfalls den Titel „Gaon" trugen, ähneln in mancher Hinsicht den gaonäischen und bilden den Übergang von diesen, die im XI. Jahrhundert aufhörten, zu den *rabbinischen* Responsen.

Den Grundstein zu letzteren legten: in Deutschland R. Gerschom b. Jehuda in Mainz (X. u. XI. Jahrhundert), genannt „die Leuchte des Exils" und allgemein bekannt durch seine weisen Verordnungen; in Spanien der erste Gesetzsammler (Kodifikator) aus dem Talmud R. Isaak Alfasi in Lucena (XI. Jahrhundert). Ihnen folgten – hier seien nur die hervorragendsten Autoren, von denen eine beträchtliche Anzahl Responsen vorliegt, genannt –: in Frankreich der berühmte Komentator R. Salomo Jizchaki („Raschi"; XI. Jahrh.), sein Enkel, der hervorragende Tosafist (= Verfasser von tiefgründigen und scharfsinnigen Diskussionen und Erläuterungen zum Talmud, die als gemeinsames Werk von über vierzig Gelehrten unter dem Namen „Tosafot", d. h. Zusätze [zum Talmud], gesammelt sind) R. Jakob Tam und R. Abraham b. David aus Posquière (beide im XII. Jahrh.); in Spanien der Schüler Alfasis R. Josef Ibn Migasch (XI. u. XII. Jahrh.), R. Mose b. Maimon (Maimonides, der zwar in Ägypten wirkte, aber zur spanischen Schule gehört; XII. Jahrh.), R. Salomo b. Adret in Barcelona (XIII. Jahrh.), dessen Responsenwerk zirka 3000 Responsen zählt (allerdings stammen nicht alle von ihm), der aus Deutschland geflüchtete R. Ascher b. Jechiel in Toledo („Rosch"; XIII. u. XIV. Jahrh.) und R. Isaak b. Scheschet (XIV. Jahrh.); in Deutschland – die Tosafisten: R. Elieser b. Nathan in Mainz (XII. Jahrh.), der aus Böhmen stammende R. Isaak b. Mose Or Sarua in Wien (XII. u. XIII. Jahrh.), sein Schüler R. Meir b. Baruch, bekannt unter dem Namen Meir Rothenburg (XIII. Jahrh.), dessen umfangreiches Responsenwerk auch die Responsen anderer zeitgenössischer Größen enthält, ferner: R. Jakob ha-Levi (Maharil) in Mainz (XIV. u. XV. Jahrh.), R. Jakob Weil, R. Israel Isserlein, R. Israel Bruna, R. Mose Menz (sämtlich im XV. Jahrh.)[14]; in Italien R. Josef Kolon und R. Juda Menz (XV. Jahrh.); in der Türkei – einschließlich Palästina und Ägypten – R. Jakob Berab, R. Levi b. Chabib, R. Elia Misrachi, R. Josef Karo und R. David abi Simra (XV. u. XVI. Jahrh.), von denen letzterer allein über 3000 Responsen schrieb.

Da die Responsenliteratur seit dem XV. Jahrhundert in stetem Wachstum begriffen ist, so ist der Rahmen unserer Skizze zu eng, um auch nur die hervorragendsten Respondenten der folgenden Zeit hier zu nennen. Wir beschränken uns daher auf die Länder ihres Wohnsitzes. Mit dem XVI. Jahrhundert tritt auch Polen, das im fünfzehnten noch keine eigentlichen Talmudgelehrten besaß (s. Israel Bruna, Rp. Nr. 55),

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

in die Reihe der Länder (das sind nun: Deutschland, einschließlich Böhmen, Mähren und Österreich, Ungarn, Italien und die Türkei), wo große Rabbinen ihre Responsen schrieben. Und bald stand dort die Responsenliteratur in höchster Blüte, vertreten von vier hervorragenden Autoritäten.[15] Um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts entwickelt sich auch im damaligen Rußland ein solches Schrifttum, das sich allerdings auf den sogenannten Ansiedlungsrayon der Juden, hauptsächlich Nordwestrußland (das heutige Weißrußland, Litauen und den Wilnaer Rayon umfaßend) beschränkt. Nachdem in West- und Mitteleuropa die Responsenliteratur gegen Mitte des XIX. Jahrhunderts (in Italien und der Türkei – mit Ausnahme Palästinas – noch früher) so gut wie erloschen war, ging die Hegemonie auf diesem Gebiet an die russischen großen Rabbiner über, wobei in den ersten Jahrzehnten dieser Periode noch Polen und Ungarn (Preßburg) hervorragende Größen aufweisen.

Die Autoren der rabbinischen Responsen werden eingeteilt in „Rischonim" (die Früheren) und „Achronim" (die Späteren). Unter den Früheren sind jene Autoritäten zu verstehen, die vor Mitte des XIV. Jahrhunderts, oder wie es in den rabbinischen Responsen heißt: „vor den Verfolgungen" gelebt haben, wobei unter den Verfolgungen („Geserot") allgemein die grausamen Judenverfolgungen wegen des „schwarzen Todes" in Deutschland gemeint sind. Während dieser furchtbaren Zeit gingen im eigentlichen Deutschland das Talmudstudium und die rabbinische Wissenschaft bedeutend zurück (das Zentrum talmudischer Gelehrsamkeit verschob sich dann nach Österreich). Als das deutsche Judentum sich nach dem Schrecken des schwarzen Todes erholt hatte und das Talmudstudium bei ihm wieder in Schwung kam, waren die von nun auftretenden Gelehrten nicht mehr als denen ebenbürtig betrachtet, die „vor den Verfolgungen" gelebt haben (s. u. Jakob Weil, Rp. Nr. 146 über den Verfasser des „Aguda"-Buches, der „vor den Geserot" gelebt hat; er, der 1349 den Märtyrertod gestorben ist, zählt auch zu den letzten der „Rischonim". S. a. Rpp. d. Maharil Nr. 71). Sie wurden diesen nachgeordnet, und die Großen unter ihnen bilden den Anfang der über die weiteren Jahrhunderte sich erstreckenden Reihe der „Achronim", der späteren maßgebenden Rabbinen. Wie die Geonim den ihnen nachfolgenden „Rischonim" als Autorität galten, auf deren Responsen sie ihre Urteile gründeten, so waren diese ihrerseits maßgebende Autorität für die „Achronim". Die hervorragendsten unter diesen sind die Respondenten des XV. Jahrhunderts sowie des letzten Viertels des XIV., und viele der Vorschriften des Gesetzeskodex „Schulchan Aruch" des R. Josef Karo (zuerst erschienen 1564/65), namentlich in den Zusätzen des R. Mose Isserls, genannt „Remo", basieren auf den Responsen Jakob Möllns, Jakob Weils und Isserleins ebenso wie auf denen der „Rischonim".

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die Responsen der verschiedenen Epochen und Länder sind zwar von einem und demselben Geiste getragen und verfolgen denselben Zweck: die Belehrung nach dem Religionsgesetz, haben aber ihr eigentümliches Gepräge je nach Zeit und Ort. Wie die gaonäischen Responsen sich von den rabbinischen in Sprache, Stil, Darlegung und Inhalt unterscheiden, so differieren die Responsen der Rabbinen untereinander je nach der Zeitperiode und noch mehr je nach der Schule, der der Autor angehört. Die lichtvollsten sind die Responsen der spanischen Schule, da die hohe Kultur der spanischen Juden auch die rabbinischen Kreise erfaßte und auch die Repräsentanten der talmudischen Schule die profanen Wissenschaften pflegten, oder wenigstens sind diese ihnen nicht fremd geblieben. Diese Responsen tragen den Stempel der Wissenschaftlichkeit und der strengen Logik, zugleich sind sie reich an Mannigfaltigkeit. Die Fragen und Antworten beziehen sich nicht nur auf das rituelle und Rechtsgebiet, sondern auch auf das der Bibelexegese, des Sprachlichen und Etymologischen und der Religionsphilosophie, sowie der Mathematik, Chronologie und Geographie. Der Stil ist klar und durchsichtig und der Inhalt des Responsums für den mit dem Stoffe vertrauten Leser leicht faßbar. Diese Vorzüge finden sich bis zu einem gewissen Grade noch in den Responsen der Rabbinen der französisch-deutschen Schule bis etwa zum XIII. Jahrhundert. Von nun ab verliert sich allmählich in denen der französischen und namentlich der deutschen Schule die Wissenschaftlichkeit und Mannigfaltigkeit und eine auf das rein Talmudische eingestellte Einseitigkeit greift immer mehr Platz. Den Inhalt bilden durchwegs Fragen ritueller und rechtlicher Natur, sowie Erklärungen schwieriger Stellen im Talmud und seinen Kommentaren sowie in den Schriften der nachtalmudischen älteren Lehrer. Der Stil wird immer schlechter und holpriger, die Darlegung unmethodischer und unklarer, die Abbreviaturen werden häufiger, die grammatischen Regeln werden immer weniger befolgt – das alles macht es schwer, den Gedankengang des Autors zu verfolgen. Im XV. Jahrhundert sind die letzten Spuren spanischen Einflusses in Deutschland verschwunden.

Die Sprache der rabbinischen Responsen ist das Hebräisch-Talmudische, ein Gemisch von Hebräisch und Talmudisch,[16] wobei bis zum XIII. Jahrhundert das hebräische Element überwiegt, von da aber vom Talmudischen allmählich zurückgedrängt und überwuchert wird. Sie wird als „rabbinische" Sprache bezeichnet.

Die Responsenliteratur, die noch in der Gegenwart gepflegt wird[17] – und deren Pflege anhalten wird, solange es ein mit intensivem Talmudstudium verbundenes orthodox-religiöses Leben im Judentum geben wird – blickt also gegenwärtig auf ein Alter von dreizehn Jahrhunderten zurück. Die Zahl der veröffentlichten Responsen geht in die Hundert-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

tausende. Es existieren an die tausend gedruckte Responsensammlungen. Dabei gibt es noch eine große Anzahl Responsen, die in den verschiedenen Bibliotheken handschriftlich verwahrt werden. Und das trotzdem, daß viele – vielleicht ebenso viele – Responsen durch Wanderungen, Verfolgungen, Feuersbrünste oder infolge der Bescheidenheit ihrer Autoren verlorengegangen sind. Manche Responsenwerke, nämlich die hervorragender Autoritäten, existieren in mehreren Ausgaben. Dieser Umstand kommt der Forschung zugute, indem er es ermöglicht, namentlich bei den Responsen der mittelalterlichen Epoche, wo viele Fehler und Auslassungen durch die Kopisten – während eines jahrhundertelangen Abschreibens – gemacht worden sind, durch Vergleich der verschiedenen Ausgaben einen richtigen Text herzustellen.

Über den Wert der Responsen für die Geschichtsschreibung sagt Zacharias Frankel[18] folgendes: „Eine nicht unwesentliche Ausbeute verspricht auch das Studium der Responsen der historischen und kulturhistorischen Forschung." Für den jüdischen Historiker namentlich, der die den Hintergrund bildenden Begebenheiten erkennen will, meint er, seien die Responsen „eine wahre Fundgrube". S. L. Rapaport schreibt in seiner hebräischen Einleitung zu den „Responsen der früheren Geonim": „Und wer erfahren will die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Volkes in jener Zeit während der Epoche der Geonim, die sich auf mehrere Jahrhunderte erstreckt, was bisher verhüllt und unbekannt war, wird hier Aufklärung finden." Und in demselben Sinne äußert sich Joël Müller in seinem hebräischen Vorwort zu den „Responsen der Gelehrten von Frankreich und Lothringen"[19]: „Aus diesen Responsen ersehen wir die Lebensführung der Juden und ihre Gewohnheiten, ferner ihre wirtschaftlichen und Gemeindeverhältnisse, sowie die Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren."

Die Responsen als Antworten auf – nach dem Ausdruck Frankels – „aus dem Leben für das Leben ergangene Anfragen" umfassen das ganze Gebiet des jüdischen Lebens in seinen inneren und äußeren Beziehungen. Es gibt keinen Winkel im jüdischen Leben, in den durch die Responsen nicht hineingeleuchtet wird. Wir erfahren aus ihnen alles, was wissenswert ist in bezug auf: das Leben des einzelnen Juden, das Gemeindeleben, das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden. Darunter fallen – um nur das Wesentliche hervorzuheben –: das Leben in der Familie, Sittenreinheit, Ehe, Kindererziehung, Trauung und Scheidung, Freud und Leid; materielle und kulturelle Zustände: Gewerbe und Handel, Besitztum und Armut, geistige Tätigkeit, Frömmigkeit und Aberglauben; die Gemeinde: ihre Verwaltung, ihre religiösen, sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen, das Rabbinat, die Jeschiba, die Gerichtsbarkeit, das Siedlungsrecht, die ordentlichen und außerordentlichen Steuern und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ihre Repartierung unter den Gemeindemitgliedern, die gegenseitige Hilfe der Gemeinden im Notfall; Willkür der Herrscher in bezug auf das jüdische Vermögen, die Schatzungen, allgemeine und spezielle Verfolgungen seitens der Christen, Zwangstaufen, falsche Anschuldigungen, die jüdischen Abwehrmaßnahmen, schließlich die Handelsbeziehungen zwischen Juden und Christen.

Von den aufgezählten Sitten und Zuständen, Beziehungen und Verhältnissen erfahren wir aber aus den Responsen meistenteils nicht direkt, sondern indirekt aus den durch diese Zustände und Verhältnisse hervorgerufenen Rechtsstreitigkeiten, die den Gegenstand des betreffenden Responsums bilden. In dieser Beziehung sind die Rechtsgutachten in den Responsen ebenso lehrreich wie die Gerichtsbücher der alten Justiz. Auch die Verfolgungen der Juden und sonstiges sie treffendes Mißgeschick wird in den Responsen nicht beschrieben, nur nebenbei erwähnt, und wir erfahren die Einzelheiten der traurigen Geschehnisse ebenfalls auf indirektem Wege, dafür aber solche Details, die wir in anderen Quellen nicht finden können. Und nicht nur die Responsen, die Rechtsgutachten enthalten, sind für die Geschichtsschreibung wertvoll, sondern auch die rein rituellen Inhalts.

Wie wir aus einem Responsum rituellen Inhaltes, das von einem Mainzer Rabbiner herrührt, eine für die Geschichte der Juden in Böhmen wichtige Tatsache gewinnen können, soll im Folgenden gezeigt werden. Elieser b. Nathan in Mainz erzählt uns in einem Responsum[20] folgendes: „Und auch als ich im Lande Kanaan (Böhmen) war, sah ich, daß wenn sie Met für das Passahfest kochten, und es geschah, daß sie in diesem oder im Gefäß, in dem er zubereitet worden war, ein Getreidekorn fanden, so tranken sie den ganzen Met vor dem Feste aus... und war mir bekannt, daß es so die *früheren Weisen* sie gelehrt haben, ihre Weisung war mir aber verwunderlich." Nachdem er aber aus Anlaß einer ähnlichen Anfrage in Mainz in den alten Quellen nachgeforscht hatte, fand er, daß die böhmischen Weisen recht hatten, und er beendet sein Responsum mit den Worten: „Und ich lobe meinen Schöpfer, daß er meinen Verstand erleuchtet hat, um die Worte der früheren Weisen zu erklären und zu bestätigen." Wenn also Elieser b. Nathan in seinem vor 1152 abgefaßten Werke von den „früheren Weisen" in Böhmen spricht und solche Ehrfurcht vor ihnen bekundet, so werden diese Weisen spätestens im XI. Jahrhundert gelebt haben. Da die Gelehrten und namentlich die großen Gelehrten gewöhnlich nicht die ersten sind, die in ein neues Land ziehen, sondern zuerst die Kaufleute und Handwerker kommen, denen erst die Gelehrten nachfolgen, so wäre im Falle, daß diese Gelehrten aus anderem Lande nach Böhmen kamen, daraus zu schließen, daß die ersten Siedlungen von Juden in Böhmen bereits im X. Jahrhundert begannen.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Sollten aber die Juden Böhmens selbst diese großen Gelehrten zu jener Zeit hervorgebracht haben, so würde das bedeuten, daß unter den Juden Böhmens bereits im XI. Jahrhundert eine hochentwickelte jüdische Kultur bestanden hat, was erst nach einer Seßhaftigkeit von mindestens einem Jahrhundert möglich wäre. In beiden Fällen ist also anzunehmen, daß die Juden spätestens im X. Jahrhundert nach Böhmen kamen.[21] Daß es zur Zeit Elieser b. Nathans bereits *mehrere* jüdische Gemeinden in Böhmen gab, erfahren wir von ihm in einer anderen Stelle,[22] die ebenfalls von Rituellem handelt, nämlich vom Ritus des Jom-Kippur-Abends. In seiner Vorschrift, nach dem „Kol Nidre"-Stück den Vers „We-nislach" zu sagen, stützt er sich auch auf die Tatsache, daß es so Brauch ist „in allen Kehillot (Gemeinden) des Landes Kanaan", d. h. Böhmens.[23]

Die Vorzüge der Responsen gegenüber anderen Geschichtsquellen sind folgende:

1. Das geschichtlich verwertbare Tatsachenmaterial der Responsen trägt den Stempel *absoluter Wahrheit*. Denn die Responsen sind zum Zwecke strittige Fragen ritueller oder rechtlicher Natur zu entscheiden, geschrieben worden, keineswegs aber für Geschichtszwecke. Infolgedessen sind ihre Erzählungen und Darstellungen von höchster Zuverlässigkeit, frei von jeder legendären Ausschmückung und tendenziösen Färbung. Was wir von den anderen Quellen nicht immer behaupten können.

2. Die Responsen geben uns Aufschluß nicht nur über die Beziehungen der Juden zur Außenwelt, d. h. zur nichtjüdischen Welt, so zu den jeweiligen Herrschern und der Bevölkerung, unter der sie lebten, sondern auch – was noch wichtiger ist – über die innere Struktur des jüdischen Lebens, sei es in der Familie, sei es in der Gemeinde, und zwar sowohl über den jüdischen Alltag als auch über besondere ungewöhnliche Begebenheiten. Von dieser Seite jüdischen Lebens zeigen uns die anderen, nichtjüdischen Quellen herzlich wenig, und von diesem wenigen wird zuweilen ein Zerrbild geliefert. Aber auch hinsichtlich der Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden, zu welchem Kapitel die anderen Quellen das meiste Tatsachenmaterial geliefert haben, sind die Responsen von besonderer Wichtigkeit, da sie diese Beziehungen von der jüdischen Auffassung aus werten. Daß die Responsen die ergiebigsten Quellen für die Kulturgeschichte der Juden sind, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Die Responsen als Geschichtsquellen besitzen aber auch Mängel, die ihre Verwertung nicht unbedeutend erschweren.

1. Das geschichtliche Material der Responsen ist meistenteils nicht leicht greifbar, denn es liegt nicht offen und klar vor uns, sondern muß erst aus dem anderen, es überwuchernden gelehrten (halachischen) Inhalt herausgeschält werden. Zuweilen bringt erst ein in anderen Quellen (z. B.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in archivalischen) vorliegender Bericht über dieselbe Begebenheit volle Aufklärung über das im Responsum Erzählte.

2. Im überwiegenden Teil der Responsen, namentlich in denen des Mittelalters, fehlen die zeitlichen Angaben. Das Datum muß dann auf Umwegen ermittelt werden, wenn es sich überhaupt feststellen läßt. In manchen Responsen fehlt auch die Angabe des Ortes, in welchem sich das im Responsum erwähnte Ereignis zugetragen hat.

Die Bearbeitung des spröden geschichtlichen Stoffes der Responsen bietet also gewisse Schwierigkeiten, doch sind die Vorzüge der Responsen so groß, daß es sich verlohnt, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Die namhaften jüdischen Historiker, wie Zunz, Grätz und Güdemann, haben auch vielfach aus den Responsen für ihre Werke geschöpft, auch nach ihnen sind hie und da Versuche gemacht worden, für einzelne Epochen und bestimmte geschichtliche Fragen die Responsen auszunützen.[24] Aber all diese Verwertung der Responsen für die Geschichte der Juden ist unbeträchtlich im Verhältnis zu den Schätzen, die in ihnen verborgen liegen und von der geschichtlichen Forschung bisher unberührt geblieben sind.[25]

Im Folgenden soll eine systematische Auswahl und Übersetzung der Responsenstücke durchgeführt werden, die sich auf die Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik beziehen, wobei auch die Länder, die früher zum Königreich Böhmen gehört haben, berücksichtigt werden. Wir bringen zunächst die Responsen des XV. Jahrhunderts, von denen Güdemann[26] sagt, daß sie „die bedeutendste Nachlassenschaft des XV. Jahrhunderts" seien, wobei wir mit denen des Jakob Weil beginnen.

RESPONSEN DES R. JAKOB WEIL

Abkürzungen: *Rp.* = Responsum; *T.* = Text (übersetzter); *G.m.D. (i., s.) b.* = Gott möge Dich (ihn, sie) behüten.

R. Jakob b. Juda Weil ist geboren im letzten Viertel des XIV. Jahrhunderts in Weilerstadt (auch Weil genannt, daher der Familienname) am Neckar. Geburts- und Todesjahr sind nicht festzustellen. Es ist aber wahrscheinlich, daß er um die Mitte des XV. Jahrhunderts starb. Er erhielt seine Ausbildung zuerst in der Jeschiba (Talmudhochschule) des R. Salman Runkel in Mainz[1], später ebenda bei R. Jakob Mölln ha-Levi (Maharil), der sein Hauptlehrer war und dessen bedeutendster Schüler er wurde. Er war ein junger Mann, als sich ein älterer bedeutender Rabbiner, R. Abraham Kohen, mit einer Anfrage an ihn wandte[2]. Selbst eine solche rabbinische Größe wie R. Nathan aus Eger sandte Anfragen an ihn.[3] Nach dem Tode des letzteren und des R. Jakob Mölln wird

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

er neben R. Israel Isserlein in Wiener-Neustadt als die größte rabbinische Autorität in Deutschland genannt. Mit Bestimmtheit läßt sich sagen, daß er lange Jahre Rabbiner in Augsburg[4] und seit spätestens 1444 wahrscheinlich bis zu seinem Tode Rabbiner in Erfurt[5] gewesen ist. Daß er auch in Nürnberg Rabbiner war, wie manche behaupten, ist keiner einzigen Quelle mit Gewißheit zu entnehmen.[6] Seine Responsen, 187 an der Zahl[7], wahrscheinlich von ihm selbst gesammelt[8], viel abgeschrieben und mehrfach gedruckt (editio princeps Venedig 1523, Hanau 1616 und an anderen Orten), zeugen von eminenter Gelehrsamkeit, besonderer Tiefe und Klarheit des Urteils, und man sieht aus ihnen, daß der Verfasser mehr zur strengen Richtung neigte. In ihnen zeigt er sich auch bewandert in der Bibel (z. B. Rp. Nr. 72) – was nicht von allen großen Rabbinern seiner Zeit gesagt werden kann – und als Liebhaber eines verschnörkelten Hebräisch, mit dem er Anfang und Ende seiner Responsen oft zu verzieren pflegt (z. B. Nr. 1, 40, 120, 140, 147, 163). Mehrere Responsen, darunter auch solche, die in den Ausgaben seines Responsenwerkes fehlen, befinden sich in den Responsenwerken der zeitgenössischen Rabbiner, mit denen er im gelehrten Briefwechsel stand, besonders in der Responsensammlung des R. Israel Bruna. Die Ausgaben seiner Responsen enthalten auch seine grundlegende und allgemein anerkannte, mehrfach gedruckte und kommentierte Schrift über Schächten und Fleischbeschau, sowie kurzgefaßte Bescheide unter dem Titel „Dinin we-Halachot" (Bestimmungen und Gesetze).

S. über ihn: Grätz, Geschichte d. Juden, VIII, 4. Ausg., S. 209, 218 u. 426; Güdemann, Geschichte des Erziehungswesens und der Kultur der abendländischen Juden, III, S. 20; E. H. Weiß, Geschichte der Tradition, Ausg. Wien, V, S. 248–51; Michael, Or ha-Chajim Nr. 1061; J. Freimann, Einleitung zu Leket Joscher II, Nr. 65.

1 (Rp. Nr. 53). Ein Jude in Breslau, der mit dem städtischen Rate in Konflikt geraten war, wurde von diesem gefangen gesetzt und an Leib und Gut bedroht. Vor seiner Befreiung mußte er einen gewissen Eid ablegen. Er fragt nun bei Weil an, ob dieser Eid, den er in Gewissensnot, um die Gefahr abzuwenden, geschworen habe, für ihn bindend sei. Weil entscheidet, daß er den geleisteten Eid halten müsse.

T. Friede meinem geehrten Freunde Jekuthiel.[9]

In Deiner Anfrage hast Du undeutlich gesprochen, und muß ich diese verdeutlichen. Wenn Du mit Wissen der Ratmänner, die die Geschenke angenommen haben, geschworen und den Bann (für den Fall der Nichteinhaltung des Eides) auf Dich genommen hast, so darfst Du nichts über die Sache verlauten lassen, sogar wenn ein Weiser (Rabbiner) den Bann löst, und zwar wegen der Entweihung des Gottesnamens... Wissen aber

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

die Ratmänner davon nichts, und haben nur diejenigen Juden, welche in ihren (der Ratmänner) Sachen verhandelt haben, Dir ihretwegen den Eid auferlegt, weil sie befürchteten, daß, wenn die Sache ruchbar wird, die Ratmänner gegen sie aufgebracht und sie dadurch Schaden erleiden würden, dann, wenn diese Juden es Dir erlauben werden, die Sache weiter zu verbreiten, kannst Du es auch ohne die Lösung eines Weisen tun, da Du von Anfang an nur ihretwegen den Bann auf Dich genommen hast; in solchen Fällen richten wir uns nach der Meinung des Gelobenden... Aber ohne Entbindung (vom Eide) darfst Du nicht Untreue begehen und den Eid brechen. Und Du darfst nicht die Sache von anderer Seite betrachten und sagen, daß dort, wo der Vereidigte dazu gezwungen und genötigt wird, der Eid ungültig sei, [was bei Dir der Fall war], wie Du geschrieben hast, daß Dein Leben und Gut in Gefahr waren... Aber [gerade] in Deinem Falle, wo Du Dich in der Gewalt von Christen befandest, [die Dich töten könnten], ohne daß jemand Dein Blut von ihnen gefordert hätte, und Du schwebtest auch mit Leib und Gut in Gefahr, gleicht es genau [dem Falle, wo wir sagen], daß er (der Gezwungene) unter dem Zwang sich [wirklich] entschlossen hat, das ihm Gehörige anderen zu übereignen... so ist es gewiß, daß der Eid gültig ist...[10]

2 (Rpp. Nr. 79 u. 115: Nachrichten über R. Nathan aus Eger).

Nr. 79 (Fol. 27, 1, ed. Hanau). R. Nathan wurde in Nürnberg verhaftet.

(Aus einem Responsum Weils an R. Perez)... Und das, was Du geschrieben hast, ich sei zu jener Zeit, als R. N. (= R. Nathan aus Eger) verhaftet wurde, in Nürnberg gewesen, so ist Ihm wegen der starken Beschäftigung meines Herrn die Sache entfallen. Ein ganzes Jahr später [ist es geschehen], daß ich meine Frau [in Nürnberg] geheiratet habe, zur Zeit der Verhaftung R. N.s aber war ich in Mainz[11].

Nr. 115. R. Nathan beteiligt sich an der Rabbinersynode in Nürnberg. Wird von Weil davon abgehalten, einen Kranken am Sabbat zu segnen.

T. ... Als die Rabbiner in Nürnberg [versammelt] waren,[12] und auch R. Nathan zugegen war, traf es sich, daß dort [am Sabbat] ein Kranker war, und R. N. wollte ihn segnen. Da sagte ich ihm, es sei verboten [es am Sabbat zu tun]... Und R. N. und alle Gelehrten, die dort waren, haben meinen Worten zugestimmt...

3 (Rp. Nr. 85). Ein Talmudgelehrter (in Breslau) nimmt Ehescheidungen und Chalizot (Lösungen des Leviratsverbandes) vor, ohne dazu von einer rabbinischen Autorität ermächtigt zu sein, überdies lebt er mit zwei Frauen in einer Art Doppelehe. Weil fordert den Rabbiner (von

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Breslau) auf, die Juden des Landes davor zu warnen, sich diesem Frevler anzuvertrauen; die bereits erteilten Scheidebriefe seien ungültig.

T. Segen ruhe auf dem Haupte meines Freundes R. Jochanan,[13] er lebe.

Dieser Mann mit Namen Abram,[14] der so vermessen ist, Scheidebriefe zu erteilen und Chalizot zu vollziehen, ohne dazu die Ermächtigung von einem großen Manne (Autorität) zu besitzen, so daß wir nicht wissen, ob er Sachverständiger und kompetent in Sachen der Ehescheidung ist — [bezüglich seiner] scheint es [mir], daß sogar nach vollzogener Tat [der Scheidebrief] kein Scheidebrief ist, und alle Scheidebriefe, die er erteilt hat, ungültig sind...um so mehr bei Scheidebriefen, wo es viele Subtilitäten und viele Differenzierungen gibt und einem leicht ein Irrtum unterlaufen kann, wodurch der Scheidebrief seine Gültigkeit verliert. Und wie viele Male haben wir gehört, daß Große in Israel Fehler darin gemacht haben, obgleich sie geübt und vorsichtig und gottesfürchtig waren. Und nicht umsonst machten es die früheren [Autoritäten] zur Regel, daß keiner einen Scheidebrief ausstellen und eine Chaliza vornehmen darf, dem nicht die Erlaubnis dazu von einem großen Manne erteilt worden ist... umso weniger dieser Mann, den viele Großen Deutschlands verwarnt haben, daß er sich mit [der Erteilung von] Scheidebriefen nicht befaße, wie Du eben geschrieben hast. Und dann, da er das mit Bann verbundene Verbot des R. Gerschom[15] übertreten und zwei Frauen geehelicht hat, so ist er ein Frevler und heißt Übertreter (des Gesetzes)... und weil er so verwegen ist, daß er den Bann des R. Gerschom gebrochen hat und öffentlich in Doppelehe lebt, so ist er nicht glaubwürdig, sogar wenn er in den Vorschriften für Scheidebriefe bewandert wäre, da einer, der zwei Frauen heiratet, demjenigen gleichzustellen ist, der der Blutschande verdächtig ist (und als Zeuge unzulässig ist)... Aus all diesen Gründen ergibt sich, daß sogar nach vollzogener Tat sämtliche Scheidebriefe, die er erteilt hat, ungültig sind.[16] Und da er in Deinem Bezirk wohnt, obliegt es Dir, den Anstoß wegzuräumen und den Einwohnern des Landes zu verwehren, daß sie an ihm straucheln. Und scheint es mir, daß ich ihn kenne und in Augsburg gesehen habe. Und ist er daran erkennbar, daß wenn er in einem Buche gelesen hat, er den Inhalt auswendig vortragen kann, sogar wenn es zwei oder drei Blatt sind.

4 (Rp. Nr. 87, R. Jakob an R. Jochanan in Breslau).

Ein Jude hatte einen anderen mit dem Schwerte auf den Kopf geschlagen. Dieser starb nach kurzer Zeit. Zeugen behaupteten jedoch, daß der Tod nicht infolge der Verletzungen eingetreten sei. Weil empfiehlt dem Täter Buße zu tun, und zwar durch Fasten, öffentliche Geißelung und Geldspenden, sowie Abbitte am Grabe des Verstorbenen.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

T. ...Und derjenige, der einen Mann mit einem Schwerte auf den Kopf gehauen hat, so daß der Geschlagene bettlägerig wurde, vier Wochen krank war und starb, wobei Zeugen aussagen, daß er nicht infolge dieser Schläge gestorben sei, auch daß er sich inzwischen erholt und an einem Hochzeitsmahl teilgenommen hätte, nachher aber wieder erkrankte und starb... Wenn der Täter auf mich hören will, soll er auf sich eine Buße nehmen, bestehend in Fasten und Geißelung[17], und wenn er reich ist, soll er Geld spenden, dann wird ihm vergeben werden.

Und habe ich bereits früher über einen Mann im Lande der Mark, der einen alten Mann auf den Kopf geschlagen hat, bis ihm das Blut vom Kopfe rann, mein Urteil gefällt[18], daß er in der Synagoge zwischen Mincha- und Maariwgebet gegeißelt werde, wie es im Or Sarua vorgeschrieben ist, ferner habe ich erkannt, daß er dem Geschlagenen eine feine Mark[19] zahle, wenn dieser arm ist, wenn er aber reich ist, [die Mark] für Thorabeflissene gebe und daß er den Geschlagenen um Verzeihung bitte.[20] Hier aber, da der Geschlagene tot ist, soll er an seinem Grabe Abbitte leisten. Zum mindesten ist er ja eventuell Mörder, deshalb ist ihm viel [Buße] aufzuerlegen, vielleicht ist Hoffnung da (daß die Sünde ihm vergeben wird). So sprach der Geringe, Jakob Weil.[21]

5 (Rp. Nr. 125). Esra, der Beauftragte eines Breslauer reichen Juden, ist bei der Ausführung des Auftrages ermordet worden. Weil legt dem Auftraggeber nahe, zur Buße zu fasten und für etwa hinterbliebene kleine Waisen zu sorgen.

T. Wohlergehen [wünsche] meinem Freunde Jekuthiel,[22] er lebe.

Betreffs dessen, was Du geschrieben hat, daß Esra, Gott räche sein Blut,[23] bei der Ausführung Deines Auftrags ermordet wurde... so ist eine [himmlische] Strafe mit Qualen [für Dich] zu befürchten. Es empfiehlt sich daher, daß Du [selbst] Leiden auf Dich nimmst, etwa Fasten durch 40 Tage. Und falls er kleine Kinder hinterlassen hat, gib ihnen nach Deinem Belieben, so wirst Du vor Drangsal und Unglück geschützt sein.

6 (Rp. Nr. 129). R. Jochanan[24] hatte wegen einer Geldforderung den Bann über den Schuldner Rechl verhängt. Weil ist der Ansicht, daß dieses Vorgehen unzulässig sei. Die Antwort der Frau des Rechl, die von R. Jochanan wegen Denunziation eines Juden gebannt worden war, ist abzuwarten.

T. Betreffs des Mannes[25], gegen welchen mein Herr aufgebracht ist, und hast Du über ihn den Bann verkündet – dieser Mann hat mir alles zugesandt, was R. P.[26], Gott möge ihn behüten, geschrieben hat, ich habe ihm aber nichts geantwortet aus Rücksicht auf Deine Würde, auch möchte ich nicht meinen Kopf zwischen die Berge bringen[27]. Und mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Verlaub meines Herrn, meine Meinung neigt zu der geäußerten Ansicht des R. P., G. m. i. b. Erstens sind... (aufgezählt die Dezisoren) alle der Meinung, daß die Bestimmung (des Talmuds), wonach ein Talmudgelehrter in eigener Sache den Bann verhängen darf, nur für den Fall getroffen ist, daß ein Mann aus dem Volke ihn geschmäht hat, nicht aber um eine Geldforderung zu erhalten... um so weniger dort, wo die Schuld nicht feststeht, da ist es selbstverständlich, daß der Mann nicht in den Bann getan werden darf, wenn er dem Gericht gehorchen will. Soll es auch heutzutage möglich sein, wo es viele Rabbiner gibt, die sich der Rabbinats-Krone bedienen, deren Meinung aber nicht ist, damit Gott zu dienen, sondern um groß zu tun, sich einen großen Namen zu machen, [in der Lehre] sich aber nicht zurecht finden – sollen diese auch berechtigt sein [den Bann zu verhängen]? Und habe ich gehört, daß im Buche „Agudah"[28] geschrieben steht, daß gegenwärtig die Talmudgelehrten nicht das Recht besitzen, zum Schutze ihrer eigenen Ehre den Bann auszusprechen oder jemanden, der einen von ihnen schmäht, eine Strafe von einem Pfund in Gold aufzuerlegen,[29] da der Talmudgelehrte unseres Zeitalters nicht als „Talmid Chacham" (Gelehrter) [im Sinne des Talmud] bezeichnet werden kann, wo die Gelehrten ihrer (talmudischen) Zeit umfassendere Kenntnisse besaßen... Und das, was Du schreibst, daß er (der in Bann Getane) sich weigert [vor Gericht zu erscheinen], so schreibt er doch, daß er bereit sei, zum Gericht zu kommen, und so schrieb auch R. P., G. m. i. b.

Und inbetreff dessen, daß Du über die Frau des Rechl den Bann verhängt hast, weil sie einen Juden denunziert hatte, worauf dieser eine schwere Gefängnisstrafe erhalten hat, so ist mir ihre Antwort unbekannt; vielleicht sagt sie, daß sie bereit sei, sich dem Urteilsspruch der in ihrer Nähe wohnenden Rabbiner zu fügen. So sprach der Geringe, Jakob Weil.

7 (Rp. Nr. 146[30]). Streit der Gemeinde Breslau mit dem Talmudgelehrten R. Salomo, den sie nicht als Gemeinderabbiner anerkennen will. Mehrere Rabbiner von Ansehen geben der Gemeinde Recht. Weil, von beiden Parteien angerufen, entscheidet, daß ein Talmudgelehrter der Jetztzeit kein Recht habe, als einzelner Richter über die Gemeinde gegen ihren Willen zu entscheiden.

T. Es werde Dein Haus zerstört, und es bestehe Dein Gasthaus, und es komme Unordnung auf Deinen Tisch[31], mein lieber R. Salomo[32], G. m. D. b.

Teile meinem Herrn mit, daß die Gemeinde in Breslau einen besonderen Boten an mich gesandt und auf Deine ganze Klage, die Du gegen sie erhebst, eine richtige Antwort gegeben hat. Was das Wesentliche Deiner Klage betrifft, so haben ihnen große ordinierende Männer zuge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

stimmt, die ihre Meinungen und Motive klarlegen. Und da dem so ist, was willst Du über sie (die Gemeinde) klagen und sie in schlechten Ruf bei unseren Lehrern bringen. Und die, die gegen Dich sind, bleiben bei ihren früheren Äußerungen, daß sie Dich weder zum Herrn noch zum Richter über sie aufnehmen wollen, und sie haben ihr Verhalten begründet. Und bezüglich dessen, was ich Dir vorher geschrieben habe, Du sollst mit ihnen nach Schweidnitz[33] [zu Gericht] gehen usw., so schreibt mir eben Alluf[34] R. P[inchas], G. m. i. b., daß er seinen Kopf zwischen euch nicht stecken möchte, weder als Schlichter noch als Richter in der Sache, die Ihr miteinander habt, und er begründet seine Worte, und seine Begründung ist einleuchtend. Und seitdem die Zänkerei zwischen Euch begonnen hat, habe ich davon abgesehen, Euch meine Meinung zu schreiben, wie es mir nach dem Gesetz [richtig] zu sein scheint. Ich habe wohl an beide Parteien geschrieben, jedoch ohne meine Meinung zu äußern, denn ich sagte mir, vielleicht finden sie selber ein Heilmittel, oder daß der Alluf R. P., G. m. i. b., und die Gepanzerten (Gelehrten), die bei ihm sind, einen Weg finden werden, um den Haß und den Zorn aus der Welt zu schaffen. Ich hoffte auf Gutes und Frieden – es kam aber keine Heilung.

Nun ist aber infolge dieses Streites die Provinz (die Gemeinden) in Unsicherheit und Verwirrung geraten, es ist keine Sicherheit da für Ab- und Zuziehende und es gibt keine Ordnung in der Gemeinde (von Breslau), so daß zu befürchten ist, daß viele Unzuträglichkeiten durch diesen Zwist entstehen können. Und da Ihr mir in einem fort einen Boten nach dem anderen sendet und beide Parteien ihre Klagen bei mir vorbringen, so ist nun die Sache einigermaßen von mir abhängig, also habe ich den Bausch meines Gewandes geschüttelt,[35] um vor Gott und vor Israel rein dazustehen und das zu ordnen, was mir zu ordnen möglich ist. Und so teile ich meine schwache Meinung mit...

Eine Barajta (Nachtrag zur Mischna) lehrt:[36] Bei Zivilprozessen sprechen drei [Richter] das Recht; ist aber jemand ein allgemein bewährter Sachverständiger, so kann er sogar als einzelner richten... „Deshalb muß es ein sachverständiger Richter sein, einer, der sich allgemein bewährt hat, und dessen Weisheit offenbar und der weiten Öffentlichkeit bekannt ist, um als einzelner richten zu dürfen, und es kann ein solcher über einen Menschen sogar gegen dessen Willen das Recht sprechen", so der Ascheri.[37] Und jetzt in unserer Zeit sind die Geschlechter entartet, die Fähigkeiten geringer, die Richter fehlbarer geworden, und wir finden nirgends einen Gelehrten, der ein allgemein bewährter Sachverständiger wäre, der es auch verdient hätte, ein allgemein bewährter Sachverständiger genannt zu werden... Und der Mann, der das „Agudah" verfaßt hat,[38] lebte vor den Verfolgungen[39] und trotzdem sagte er, daß es zu jener Zeit keinen [vollendeten] Talmudgelehrten... gab,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

um so weniger in der Gegenwart, wo wir ihnen (d. h. den Gelehrten aus der Zeit vor den Verfolgungen) gegenüber als gering gelten, und ihr Nagel breiter war als unser Wanst (d. h. sie waren um vieles gelehrter). Und aus diesem Grunde schrieb R. J. Mölln s. A., daß man gegenwärtig die „Talmid-Chacham"-Vorschrift, nach welcher demjenigen, der einen Talmudgelehrten beleidigt, eine Strafe von einem Pfund in Gold[40] auferlegt werden soll, auf keinen Talmudgelehrten anwendet[41]... Ebenso habe ich in allen Orten, die ich durchwandert habe, weder gesehen noch gehört, daß irgendein Gelehrter über irgendeinen Menschen gegen dessen Willen Recht gesprochen hat, obgleich unter ihnen Größen des Zeitalters waren, wie R. S[alman] Runkel s. A. und R. J[akob] Mölln s. A.[42]... Aus diesen Gründen ist es augenscheinlich, daß das strikte Recht Dir keine Macht erteilt, über irgendeinen Menschen gegen seinen Willen Recht zu sprechen, insbesondere nicht über die Gemeinde Breslau, da sie Deine Meinung nicht annehmen wollen, wie bekannt ist, daß sie an Dir keinen Gefallen finden und ebenso wie Du ihnen nicht geneigt bist, so bist auch Du ihnen nicht genehm... Und rechne ich es mir als Verdienst an, daß ich Zeit meines Lebens über keinen Menschen gegen seinen Willen ein Urteil gesprochen habe, und bin ich immer unter Anstrengung aller meiner Kräfte bestrebt, der Funktion eines Richters auszuweichen, sogar wenn beide Parteien aus freien Stücken den Wunsch äußern, daß ich sie richte. Und wenn Du meinem Rate folgen und auf mich hören willst, so sollst Du an keiner Gerichtsverhandlung der Gemeinde teilnehmen, denn Du weißt ja, daß die Urteilssprüche der gewöhnlichen Bürger und die der Gelehrten zwei Kontraste bilden... Und geziemt es dem Gelehrten, nicht in die Geschäfte der gewöhnlichen Bürger sich einzumengen, sondern sich mit der geliebten Hindin abzugeben (d. h. sich dem Thorastudium hinzugeben)... So sprach der Geringe, Jakob Weil.

8 (Rp. Nr. 150). In der Nähe von Eger wurde der Leichnam eines erschlagenen Juden aufgefunden. Agnoszierung des Erschlagenen. Was die Frage betrifft, ob der Frau des Erschlagenen die Wiederverheiratung zu gestatten sei, enthält sich Weil der Entscheidung, da ihm die Aussagen der Zeugen nicht einwandfrei erscheinen.

T. Gesegnet sei Dein Born,[43] mein verschwägerter Freund, großer Mann R. Israel,[44] G. m. D. b.

Betreffs der unglücklichen Frau, der Aguna,[45] von der Du geschrieben hast, habe ich die Sache nach allen Seiten gewendet, um für sie (die Frau) eine Erlaubnis (zur Wiederverheiratung) herauszufinden, die Sache ist mir aber nicht klar geworden... Was die Zeugenaussage des Christen betrifft, so scheint es, daß er kein absichtsloser Erzähler ist, weil er sagte, der Kommissar habe ihn gebeten, der Sache nachzugehen und zu erfor-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schen, wo der Erschlagene geblieben ist... Und bezüglich der Zeugenschaft des Juden, der aussagte, daß er ihn (den Ermordeten) zur Beisetzung nach Eger gebracht hat, so ist seine Aussage bedenklich, da er gesagt hat, er hätte ihn erkannt, wobei er so auf deutsch sagte: un was da vas vun dem Parzuf[46] un dem Leibe, d. h. was da war vom Gesicht und dem Körper. Aus diesem ist aber zu schließen, daß sein Gesicht wie sein Körper nicht ganz waren, und wenn dem so ist, wie kann er denn über ihn aussagen?... Und was die Zeugenschaft des Chawer[47] R. J. anlangt [der aussagte], daß er von jenem Juden, der zusammen mit dem Christen gegangen war den Erschlagenen zu holen, gehört hätte, wie dieser gesagt hätte, daß er (der Christ) ihn an seinem Zahne, nämlich am Loche in einem seiner Zähne erkenne – und so sagte auch Jechiel aus, daß er von dem Juden, der ihn (den Erschlagenen) fand, gehört hätte, daß der Christ gesagt hätte, er erkenne ihn an dem Merkmal, das er an seinem Zahne hat – hier stimmt etwas nicht. Dieser Jude ist wahrscheinlich der Zeuge Josefa,[48] Sohn Moses, warum hat er aber dieses Merkmal in seiner Zeugenaussage nicht angeführt?... Auch habe ich noch andere Bedenken. Es sind jetzt über 2 Jahre her, daß Lasen aus Plauen, der Bruder des Ermordeten, hier in Erfurt war und mich bat, die Erlaubnis zur Wiederverheiratung für die Frau seines Bruders herauszufinden. Da fragte ich ihn, ob sie (die Zeugen) die Identität des Erschlagenen mit seinem Bruder festgestellt und auf welche Weise sie ihn erkannt haben, und er sagte, daß er (der Erschlagene) an dem Körper nicht zu erkennen war, denn man habe bloß Knochen gefunden, aber sie haben seinen Hut und seinen Spieß erkannt. Die Aussage des Zeugen stimmt also nicht mit der Darstellung des Lasen überein. Und so kann ich weder ein Verbot noch eine Erlaubnis (der Wiederverheiratung) aussprechen, bis die Sache wieder durch Verhör der Zeugen geprüft und erforscht wird...

Und erinnere ich mich, daß vor mehr als 30 Jahren ein ebensolcher Fall wie der unsrige sich zugetragen hat. Ein Mann Namens David Weißenberg ist, wegen unserer vielen Sünden, im Walde erschlagen worden, und es wurde ein Teil seines Körpers sowie seiner Kleider gefunden, und es hat dort ebenfalls die Zeugenaussage eines Christen vorgelegen, der Hergang der Sache ist mir aber nicht mehr gegenwärtig. Und es haben in ihren (der Frau Weißenberg) Sachen alle großen Rabbiner Deutschlands und Frankreichs verhandelt, sie sind aber nicht zur gleichen Meinung gelangt; ein Teil hat erlaubt (die Wiederverheiratung) und ein Teil hat verboten, und die Frau ist bis auf den heutigen Tag Aguna geblieben. Ich glaube, daß sie in Dillingen wohnte... und wahrscheinlich besitzt sie all die Urteile unserer Lehrer, sende ihr [ein Schreiben], daß sie Dir diese schicken möchte. Und R. N. aus Eger s. A. gehörte zu denen, die für Erlaubnis waren[49]... So sprach der Geringe, Jakob Weil[50].

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

9 (Rp. Nr. 152). R. Elasar, ein Studierender der Jeschiba des Rabbiners R. Pinchas in Schweidnitz, hat sich eine grobe Störung des Gottesdienstes zuschulden kommen lassen. R. Pinchas verwies ihn deshalb auf ein Semester aus der Jeschiba. Danach wendeten sich die vier Vorsteher der Gemeinde an Weil mit der Anfrage, ob sie nicht auch ihrerseits den Störer des Gottesdienstes in Strafe nehmen sollen. Weil entscheidet, daß schon der Ausschluß eine genügende Sühne für das Vergehen sei, daß der Übeltäter aber noch öffentlich Abbitte leisten solle.

T. Den vier Meistern,[51] unseren (mit Wissen und Reichtum) beladenen Fürsten, sie mögen wie der Glanz des Himmels glänzen und leuchten, meinem Freunde R. Jechiel Kohen Zedek, G. m. i. b., und meinem Freunde R. Abraham b. Manoach s. A., und meinem Freunde Abraham b. Juda, G. m. i. b., und meinem Freunde Abraham b. R. J., G. m. i. b.

Was haben Sie an mir gefunden, daß Sie kamen in meinem Hausrat zu suchen und aus einer Grube zu schöpfen, die wasserleer ist, und ich besitze weder Brot noch Obergewand.[52] Und wem jagt der König Israels R. P.[53] nach, um bei mir zu suchen und fragen nach dem Gesetz? Es ist ja seine Weisheit und seine Größe an allen Toren bekannt... und mit Ihrer Güte werde ich Ihnen meine schwache Meinung mitteilen.[54] R. Elasar ist viel zu weit gegangen, daß er den Vorbeter vom Betpult zurückgestoßen hat während des Gebets, er hat damit eine große Sünde begangen: erstens weil der Vorbeter gezwungen war, das Gebet zu unterbrechen, woraus sich ergibt, daß er (Elasar) verursacht hat, daß er (der Vorbeter) dadurch das Verbot von „Du sollst nicht aussprechen" [den Gottesnamen vergeblich][55] bei den früheren Benediktionen, die er vorgetragen hatte, übertrat[56], und dazu kommt noch, daß er (Elasar) keine Rücksicht genommen hat weder auf die Ehre seines Schöpfers noch auf die des R.P., noch auf die der heiligen Gemeinde... Und um so mehr (d. h. um so schwerer ist das Vergehen), als er die Ehre der Gottheit, des R. P. und seiner Schüler öffentlich verletzt hat. Und hätte nicht R. P. ihn bereits [dadurch] beschämt, daß er ihn auf ein ganzes Semester aus der Jeschiba verwiesen hat, so müßte man streng gegen ihn vorgehen, weil er aber eine solche große Schande erlitten hat, ist ihm [die Sünde] ganz vergeben. Da er aber seine Tat öffentlich begangen hat, muß er vor allem Volke ein reumütiges Schuldbekenntnis ablegen und um Verzeihung bitten, und zwar des allgemeinen Wohles wegen, damit sich die Streitigkeiten nicht häufen[57]...

10 („Dinin" Nr. 45). Ein Jude aus Prag ist verschollen. Ein anderer Jude soll ihn erschlagen haben. Entscheidung in der Frage, ob seine Frau sich wieder verheiraten darf.[58]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

T. Der Mann einer Frau in Prag[59] ist verschollen, und man weiß nicht, was ihm zugestoßen ist. Das kleine Kind, das Töchterchen des Sanwil, erzählte in ihrer Einfalt, daß ihr Vater Sanwil Schranz mit ihm (dem Verschollenen) durchs Feld[60] wanderte, wobei der Mann der Frau auf einem Pferde ritt und daß ihr Vater auf ihn so lange einschlug, bis er vom Pferde herunterfiel und daß er ihn in einem Grabe im „Lehm" begrub. Das Kind war ungefähr 6 Jahre alt, und als es die Sache erzählte, war gegen ein Jahr vom Zeitpunkte der [angegebenen] bösen Tat verflossen. Und war ich angegangen worden wegen dieser Frau, der Aguna, worauf ich geantwortet habe, daß da das Kind nicht bald nach dem Geschehen der [angegebenen] Tat ausgesagt hat, man sich auf ihre Erzählung nicht verlassen darf, um die Frau [zur Wiederverheiratung] freizugeben... Und der Sohn des Sanwil Schranz sagte vor Zeugen aus, daß er von seiner Mutter gehört hätte, daß er (der Verschollene) vom Pferde gestürzt und gestorben wäre. Und dieser Sohn des Sanwil Schranz hatte sich taufen lassen und ist zu unserer Religion zurückgekehrt. So schrieb ich, daß seine Aussage wertlos ist, denn da er getauft war, ist er nach dem Thora-Gesetz zeugnisunfähig und in Sachen einer Frau als Zeuge unzulässig...

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN ZUR EINLEITUNG

[1] Ausgenommen von dieser Regel waren die Festhaltung von Bräuchen und Einführung zeitgemäßer Verordnungen (Takkanot), die allerdings meistenteils örtlich und zeitlich begrenzt blieben.

[2] Bei manchen Schriftstellern gehen die Responsen unter dem Namen „Rechtsgutachten". Dieser Name deckt aber nur einen Teil der Responsen, nämlich diejenigen, die sich auf Rechtssachen beziehen, aber nicht alle Responsen, von denen ein mindestens ebenso großer Teil rituelle und andere Fragen behandelt.

[3] Baba Kama 116 b.

[4] Vgl. auch das. Nr. 134.

[5] Baba Batra 7b.

[6] Die Berichte über diese Sendungen beginnen meistenteils mit den Worten: משלחו מתם, d. h. man sandte von dort (aus Palästina), ohne daß wir wissen, ob der Sendbote die Bescheide schriftlich oder mündlich überbrachte (es bestand nämlich ursprünglich ein Verbot, die „mündliche" Lehre niederzuschreiben, welches später aufgehoben wurde). Ausdrücklich als Schreiben wird erwähnt die belehrende Sendung des Amoräers Rabin (Baba Mezia 114a).

[7] Im singul. Gaon, was im Hebräischen Herrlichkeit, hervorragende Größe bezeichnet. S. E. H. Weiß, Gesch. d. Tradition, Ausg. Wien, 4. Teil, S. 6, A. 8. Vgl. a. Grätz, 4. Ausg., V, S. 127, A. 2.

[8] Wir übergehen hier die verhältnismäßig kurze Periode (etwa 150 Jahre) der unmittelbar auf den Talmud folgenden Gelehrten, die den Namen „Saboräer" trugen, von denen nur wenig auf uns gekommen ist.

[9] In diesem Punkte sind besonders hervorzuheben die von den Geonim R. Amram b. Scheschna und R. Saadja b. Josef verfaßten Gebetordnungen. S. dazu J. Elbogen, Der jüdische Gottesdienst, 2. Ausg. S. 359–362.

[10] So, um die bekanntesten zu nennen, die „Scheiltot" des R. Achai aus Schabcha und die „Halachot Gedolot".

[11] Diese vier Sammelwerke sind: 1. „Scheelot u-Teschuwot me-ha-Geonim", 400 Responsen enthaltend, Konstantinopel 1575, Mantua 1596, Prag ohne Jahresangabe. Diese Sammlung enthält weder Namen der Anfragenden noch der Respondierenden. Die Responsen sind ungemein kurz und nur Auszüge aus größeren Responsen, daher bei vielen Autoren הלכות פסוקות benannt. 2. „Sefer Schaare Zedek", 553 Responsen enthaltend, Saloniki, 1792. 3. „Teschuwot Geonim Kadmonim", 152 Responsen zählend, Berlin 1848, mit einem hebräischen Vorwort von S. L. Rapaport und einem deutschen sowie Glossen von D. Kassel, bringt Responsen von vier babylonischen Geonim: Sar Schalom, R. Nachschon, R. Scherira, R. Hai. 4. „Naharot Damesek", Saloniki 1802, Leipzig 1858 und Livorno 1869 (u. d. T. „Schaare Teschuwa"). Diese Sammlung enthält 352 unmotivierte Responsen rituellen Inhalts. Die 1896 von Schechter in der „Genisa" zu Kairo aufgefundenen Responsen der Geonim veröffentlichte Louis Ginzberg, Geonica II, New York 1909. S. a. „Teschuwot ha-Geonim" von A. Harkavy, Berlin 1887, sowie „Teschuwot ha-Geonim" von S. Asaf in „Madoë ha-Jahdut", Jerusalem 1927.

[12] S. Joël Müller, „Teschuwot Rabbenu Kelonimos mi-luka", 1891, sowie unseren Artikel über ihn in Encycl. Judaica, Bd. IX, Sp. 844f.

[13] S. Joël Müller, die Responsen d. R. Meschullam, Berichte der Lehranstalt f. d. Wissenschaft d. Judentums, Berlin 1893. Responsen des R. Meschullam und seines Vaters R. Kalonymos bringen auch die „Teschuwot Geonim Kadmonim" (s. A. 11).

[14] Von den großen Talmudgelehrten Böhmens des 14. und 15. Jahrhunderts, R. Nathan aus Eger und R. Elia aus Prag, von denen wir wissen, daß sie in lebhaftem gelehrten Briefwechsel mit den zeitgenössischen Autoritäten standen, sind leider keine Responsen erhalten.

[15] Das sind: Schalom Schachna, Salomo Luria, Meir Lublin und Mose Isserls.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[16] Der Hauptbestandteil der talmudischen Sprache ist das jüdisch-babylonische Aramäisch.

[17] Nachdem bei den russischen Juden durch den Umsturz in Rußland das religiöse Leben wie das Talmudstudium lahmgelegt worden sind, sind jetzt als Stätten des Responsenverkehrs nur noch verblieben: Palästina, Polen, Litauen und Teile von Lettland. Daß aber auch noch unter der Sowjetherrschaft Responsen hie und da geschrieben werden, beweist das im vorigen Jahre in Jerusalem erschienene Responsenwerk des früheren russischen Rabbiners in Melitopol (Ukraine) Zewi Makowsky u. d. T. „Jechawe Daat". Das für den Historiker Wertvolle dieser Responsen besteht darin, daß sie uns ein Bild vom gegenwärtigen Leben der russischen Juden in religiöser Beziehung bieten. Ein Teil von ihnen hat sich vom Judentum losgesagt, während der andere noch in der Treue zur Tradition verharrt. Die letzteren erleben wahre Tragödien durch die Irreligiosität der anderen, wie das folgende zeigt. Eine Frau, die nach jüdischem Rechte geheiratet hatte, verläßt ihren Mann und geht gemäß den staatlichen Gesetzen mit einem anderen Juden eine Ehe ein, ohne daß die erste Ehe durch den vom jüdischen Religionsgesetz vorgeschriebenen Scheidebrief gelöst worden wäre. Der erste Gatte, der religiös ist, betrachtet sich daher noch als gebunden und kann keine andere Frau heiraten, sonst würde er wegen Bigamie dem Banne des R. Gerschom verfallen. Er will der Frau den Scheidebrief geben, diese verweigert jedoch die Annahme, vielleicht aus Furcht, daß sie dadurch (durch Annahme des traditionellen Scheidebriefes) ihre Stelle im Staatsdienst verlieren könnte. Der Vater des zweiten Gatten, der ebenfalls gesetzestreu ist, wünscht auch, daß die Frau den Scheidebrief annehme, damit sein Sohn nicht mit einer verheirateten Frau zusammenlebe. Der Rabbiner, zu dessen Kenntnis diese Sache gelangt, bemüht sich nun die Scheidung der ersten Ehe durchzuführen, indem der Scheidebrief einer dritten Person für die Frau eingehändigt wird. So wird durch die neue Ordnung im Sowjetstaate wieder Anlaß zu rabbinischen Gutachten und Responsen gegeben. Ähnliche Probleme wie im vorliegenden Falle sind im Mittelalter durch Zwangstaufen geschaffen worden, von denen Responsen berichten.

[18] Entwurf einer Geschichte der Literatur der nachtalmudischen Responsen, Breslau 1865, S. 9f.

[19] Teschuwot chachme zorefat we-lutir, Wien 1881.

[20] Eben ha-Eser, ed. Prag, § 8.

[21] Vgl. Steinherz, Die Einwanderung der Juden in Böhmen, im Sammelbuch „Die Juden in Prag", S. 32.

[22] Eben ha-Eser, S. 70, 1.

[23] Wie es scheint, kannte Elieser b. Nathan den böhmischen Ritus aus eigener Anschauung. Vielleicht hat er dort in der Jugend auf einer Jeschiba studiert. Daß Böhmen im Mittelalter von den Juden wegen des dort blühenden Sklavenhandels „das Land Kanaan" (nach Genes. 9, 25 ist Kanaan Stammvater der Sklaven) genannt wurde, bezeugt der Reisende Binjamin aus Toledo vom XII. Jahrhundert (Massaot Binjamin, am Ende).

[24] Es sei hier hingewiesen auf die Abhandlung M. Hofmanns „Der Geldhandel der Juden im Mittelalter" (bis 1350), Leipzig 1910, die Schrift H. Zimmels „Beiträge zur Geschichte d. Juden in Deutschland im 13. Jahrhundert" (mit den Responsen Meir Rothenburgs als Quelle), Wien 1926, und hinsichtlich Böhmens auf die Veröffentlichung S. H. Liebens „Beiträge zur Kulturgeschichte d. Juden Böhmens im 18. Jahrhundert" (Festschrift des Vereins „Afike Jehuda", Prag 1929/30).

[25] Es sei jedoch bemerkt, daß die Responsen wohl die reichste, nicht aber die einzige Quelle in der rabbinischen Literatur sind, aus der historisches Material geschöpft werden kann. Auch die Sammlungen von „Minhagim" (Bräuchen), Predigten, moralische Schriften und Abhandlungen verschiedener Art enthalten Tatsachen, die sich historisch verwerten lassen.

[26] Geschichte des Erziehungswesens etc., III, S. 14.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Weil = Responsensammlung des Jakob Weil.
Pes. = Pesakim u-Ketawim, 2. Teil der Responsensammlung Isserleins „Terumat ha-Deschen".
Bruna = Responsensammlung des Israel Bruna.

ANMERKUNGEN ZUM TEXT

[1] Rp. Nr. 151.

[2] Rp. Nr. 52.

[3] Rpp. Nr. 4 und 138.

[4] S. Rp. Nr. 97, Minhagim d. Maharil, ed. Offenbach 720, fol. 113b, und Leket Joscher I, S. 97.

[5] S. Nr. 190 („Seder ha-Get"), welche die Ermächtigung eines Boten zur Überreichung eines Scheidebriefes bringt, die auf Anordnung Weils im Jahre 5204 (1444) in Erfurt ausgestellt ist.

[6] Güdemann (s. u.) sagt von Weil, daß er „ein Lehrhaus in Nürnberg hielt" und beruft sich dabei auf Rp. Nr. 151. In diesem Responsum steht aber ausdrücklich, daß er, obwohl er von seinem Lehrer Jakob Mölln die Erlaubnis besaß, dort eine selbständige Jeschiba abzuhalten, davon abgesehen hat. Diesem Fehler verfiel auch Michael. Daß aber Weil mit Rücksicht auf den Rabbiner R. Salomo Kohen, der dort schon vor ihm seit vielen Jahren ansässig war, rabbinische Funktionen nicht ausüben wollte, wie Grätz behauptet, geht aus diesem Responsum nicht hervor, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß er, der eine Zeitlang in Nürnberg wohnte, dort auch ein Rabbineramt versehen hat. Gewißheit besitzen wir aber darüber nicht.

[7] Die Nr. von 188—193 enthalten keine Responsen, sondern nur Ehescheidungs- und rituelle Vorschriften.

[8] Aber nicht geordnet, d. h. nicht der Zeit nach. Denn während R. Abraham Kohen in Rp. 34 als verstorben erwähnt wird, ist Rp. 52 an ihn gerichtet. Auch Weils Sohn R. Josel, der die Responsensammlung erbte (s. Bruna Nr. 253), hat sie, wie ersichtlich, nicht geordnet.

[9] Jekuthiel b. Benusch, genannt Kussiel, der reichste Jude der damaligen Gemeinde Breslau. S. über ihn Brann, Geschichte d. Juden in Schlesien, S. 101ff. und Anhang III, S. LIII, Nr. 68.

[10] Die Erklärung dieses Responsums soll nach Brann in folgender Begebenheit liegen. Kussiel wurde vom Rate der Stadt Breslau, die ihm viel Geld schuldete und von dieser Schuld frei werden wollte, zweimal in den Kerker geworfen: einmal wegen gegen ihn erhobener falscher Anschuldigungen, wobei er, um dem Gericht zu entgehen, der Stadt 800 Mark von der Schuld erließ; ein zweites Mal, als er sich über den Rat beim König von Polen, von dessen Hand er einen Friedensbrief besaß, wegen dieser Erpressung beschwerte. Vor seiner zweiten Befreiung mußte Kussiel (am 30. März 1435), an Leib und Gut bedroht, Urfehde schwören, daß er seine Klage an den König zurücknehmen und niemals wiederholen werde. Kussiel, meint Brann, frage nun bei Weil an, ob er nach dem jüdischen Gesetz verpflichtet sei, diesen ihm abgezwungenen Eid zu halten. Nach dem Wortlaut des Responsums aber handelt es sich hier gar nicht um den Eid der Urfehde, von dem die Ratmänner ja unbedingt wissen mußten, sondern um einen ganz anderen Eid, der von Kussiel Juden gegenüber, die zwischen ihm und den Ratmännern vermittelt haben, geleistet wurde und der darin bestand, daß er über die an die Ratmänner gemachten Geschenke nichts wird verlauten lassen. Es ist also möglich, daß die Ratmänner von diesem Eide nicht wußten. Was für Interesse Kussiel daran hatte, das Schweigen über die Beschenkung der Ratmänner zu brechen, wissen wir nicht. Vielleicht aber dachte er, daß durch die Weiterverbreitung der Nachrichten darüber die Sache zu Ohren des Königs kommen würde. Die Entscheidung Weils geht dahin, daß, wenn

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Ratmänner um den Eid wissen, Kussiel diesen halten muß, auch im Falle, daß die Juden ihn von ihm befreit hätten.

11 Zu welchem Zweck R. Nathan nach Nürnberg kam und was die Ursache seiner Verhaftung war, ist aus dem Responsum nicht zu ersehen.

12 Nach Grätz (VIII, 4. Ausg., S. 426 f.) hat diese Synode vermutlich unmittelbar nach 1438 stattgefunden.

13 Rabbiner in Breslau, wie aus Pes. Rpp. Nr. 255—60—61 hervorgeht. S. a. Brann a. a. O. Anhang III, S. LII, Nr. 60.

14 Isserlein (Pes. Nr. 255) nennt ihn Abram Russia, wahrscheinlich wegen seiner Abstammung aus Reussen, d. h. aus dem Ruthenenlande (Ostgalizien, Karpathorußland, Teile Ungarns und Rumäniens), das in den mittelalterlichen Responsen mit „Russia" (רוסיא) bezeichnet wurde. Aus den Worten: „und da er in Deinem Bezirke wohnt" ist zu ersehen, daß der Abram in Breslau ansässig war.

15 Genannt R. Gerschom Maor ha-Gola (die Leuchte des Exils), lebte im X. und XI. Jahrhundert. Unter vielen anderen weisen und nützlichen Verordnungen schaffte er die Vielweiberei unter den Juden ab, indem er sie mit Bann belegte.

16 Zu demselben Ergebnis kam auch Isserlein (a. a. O.). Aus Rp. Nr. 128, das denselben Fall behandelt, geht aber hervor, daß andere Rabbiner gegen die rigorose Entscheidung Weils waren und meinten, daß wenigstens die bereits erteilten Scheidebriefe ihre Gültigkeit behalten sollen, da sonst ihre Besitzerinnen für ihr ganzes Leben gebunden bleiben könnten.

17 Öffentlich in der Synagoge, s. u.

18 S. Rp. Nr. 28.

19 זקוק כסף. S. Zunz, Zur Geschichte und Literatur, S. 563. Vgl. Weil Rp. Nr. 14, wo dieser Betrag = einem Pfund Silber und = 6 Gulden in guter Münze. Vgl. a. Isserlein, Terumat ha-Deschen, Rp. Nr. 342.

20 Ebenfalls öffentlich in der Synagoge, s. Rp. Nr. 28.

21 Die Vermutung Branns (a. a. O. S. LXI, Nr. 6), daß dieser Vorfall identisch sein könnte mit dem bei Bruna (Nr. 264/5, Ausg. Stettin) erzählten, der nach der Korrektur Branns in Löwenberg i. Schlesien und nicht in Lemberg sich ereignete — ist irrig, schon aus dem Grunde, daß dort der Verletzte in derselben Nacht seinen Wunden erlegen ist, während hier der Verwundete erst nach vierwöchiger Krankheit verschied.

22 S. A. 9.

23 Ein Wunsch, der dem Namen der bei Verfolgungen getöteten Juden beigefügt wurde.

24 S. A. 13.

25 Mit Namen Rechl, s. u. und Pes. Rp. Nr. 255.

26 R. Pinchas, Rabbiner in Schweidnitz, später in Posen. S. über ihn Brann a. a. O. S. 88, A. 8, und Freimann a. a. O. Nr. 115. Die Vermutung Freimanns, daß dieser R. Pinchas später als Nachfolger R. Elias Rabbiner in Prag war, ist unbegründet. Der Grabstein auf dem alten jüdischen Friedhof in Prag (Liebens Gal Ed Nr. 50), der einem R. Pinchas (gest. 1495!) gewidmet ist, enthält nichts darüber, daß der Tote Rabbiner in Prag war.

27 D. h. in den Streit zwischen zwei hochstehenden Männern sich einmengen.

28 Verfaßt von Alexander Süßlein Kohen in Frankfurt a. M., hervorragendem Rabbiner der 1. Hälfte des XIV. Jahrhunderts, gestorben den Märtyrertod 1349. Wie selten die Bücher zu jener Zeit waren, zeigt die Tatsache, daß Weil dieses für die religionsgesetzliche Praxis wichtige Buch nicht besessen, sondern seinen Inhalt von anderen erfahren hat.

29 D. h. bis zu einem Pfund in Gold. In der späteren Praxis eine viel niedrigere Strafe — immerhin von einem hohen Betrag — nach Ermessen des Richters. S. Bruna Rp. Nr. 102.

30 In der Ausgabe Hanau hier fehlerhaft Nr. 133.

31 Ein im Talmud (Moëd Kat. 9b) angeführter scheinbarer Fluch, der durch allegorische und witzige Deutung in einen Segen verwandelt wird. Mit dem Hause

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ist das Grab gemeint, das das eigentliche, weil ewige Haus des Menschen ist (abgeleitet aus Ps. 49, 12), mit dem Gasthaus — das Wohnhaus, das nur die kurze Spanne Zeit des Lebens vom Menschen benutzt wird, und Kindersegen bringt Unordnung auf dem Tische.

32 S. über ihn Freimann a. a. O. Nr. 127 und Brann a. a. O. S. 113, A. 5, ferner Anhang III, S. LVII, Nr. 91. Freimann identifiziert ihn mit dem angesehenen Talmudgelehrten Salomo Schapira, der Rabbiner in mehreren Städten in Deutschland war, während Brann in ihm den in mehreren Breslauer Urkunden als Geldverleiher angeführten „Rabi Salomo" sieht, der 1453 in der Nacht vor den Judenverbrennungen in Breslau Selbstmord begangen hat.

33 Wo R. Pinchas Rabbiner war und sein Beth-Din (Gerichtshof) hatte (s. A. 26).

34 Eigentlich Fürst, hier im Sinne eines Fürsten der Thora. Der Titel stammt aus der gaonäischen Epoche (über diese s. Einleitung), wo er den Jeschibahäuptern beigelegt wurde. Später wurde er auf jeden mehr oder minder bedeutenden Talmudgelehrten angewendet.

35 In Anlehnung an Nehem. 5, 13.

36 Sanhedrin 5a.

37 Ascher b Jechiel, genannt der „Rosch" (XIII. u. XIV. Jahrhundert), Verfasser eines Kompendiums des Talmud.

38 S. A. 28.

39 Vor der Mitte des XIV. Jahrhunderts, als die bekannten grausamen Judenverfolgungen wegen des schwarzen Todes begannen (wenn in den folgenden Jahrhunderten von Verfolgungen [geserot] ohne nähere Bezeichnung gesprochen wird, so sind eben diese Verfolgungen gemeint). Damit will der Verfasser gesagt haben, daß der Autor des „Agudah"-Buches noch in der Zeit lebte, wo die talmudische Gelehrsamkeit unter den Juden in Deutschland in voller Blüte stand, während sie durch die Verfolgungen stark gelitten hat und seitdem sich nicht mehr auf derselben Höhe befindet.

40 S. A. 29.

41 Ausführliche Begründung s. in Rp. Nr. 168.

42 Beide Lehrer Weils, s. o. Biographie.

43 Prov. 5, 18.

44 Bruna. Vgl. seine Responsen Nr. 53 und 216, wo derselbe Fall von ihm und Isserlein behandelt wird.

45 Eine an ihren verschollenen Mann gebundene Frau.

46 Hebraisiertes griechisches Wort, im Talmud und Midrasch für Gesicht gebraucht. Die Juden pflegten ihre deutsche Sprache mit hebräischen und talmudischen Wörtern zu untermengen.

47 Titel erster Stufe für einen Talmudgelehrten.

48 Zeuge vor Bruna in Regensburg. S. Bruna Rp. Nr. 53.

49 R. Nathan wird hier von Weil zu den großen rabbinischen Autoritäten Deutschlands gezählt. Vgl. Bruna Rp. Nr. 227. Da Weil dieses Responsum 1446 schreibt (s. folgende Anm.) und darin R. Nathan als Verstorbenen erwähnt, so ist dieser vor 1446 gestorben (in Jerusalem; s. Pes. Rp. Nr. 161 u. Bruna Nr. 278).

50 Nach Bruna Nr. 53 haben er und Isserlein der Frau die Erlaubnis zur Wiederverheiratung erteilt. Da sich nachweisen läßt, daß Bruna in dieser Sache im Jahre 1446 korrespondierte, und, wie aus diesem Responsum zu ersehen ist, der Bruder des Ermordeten zwei Jahre früher Weil in derselben Angelegenheit aufsuchte, so wird sich die Begebenheit im Jahre 1444 zugetragen haben.

51 Diese „vier Meister" bildeten den Vorstand der Gemeinde. Über diese Einrichtung s. Brann a. a. O. S. 70 und dazu A. 5 sowie a. a. O. S. 88f.

52 D. h. kein Wissen, in Anlehnung an Jes. 3, 7.

53 R. Pinchas, Rabbiner in Schweidnitz, s. o. A. 26.

54 Diese Einleitung voll demütiger Bescheidenheit und überschwenglicher Lobpreisung des Adressaten ist bei Weil — ebenso wie bei seinem Lehrer Jakob Mölln — sehr häufig anzutreffen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

55 Ex. 20, 7 in den Zehn Geboten.

56 Wie es scheint, war es das Achtzehngebet, das der Vorbeter hat unterbrechen müssen, in welchem die 18 Benediktionen eine Einheit bilden, die nicht unterbrochen werden darf.

57 Da der hier behandelte Vorfall sich in Schweidnitz abgespielt hat, so spricht die schlichte Logik dafür, daß der die Anfrage an Weil richtende Gemeindevorstand der der Gemeinde Schweidnitz ist, um so mehr, als wir die obrigkeitliche Anordnung über die Vertretung der jüdischen Gemeinde durch die „Vier" nur für das Herzogtum Schweidnitz kennen. Brann aber verlegt auf Grund gewisser von ihm angeführter Beweise diesen Gemeindevorstand nach Breslau, wozu er die folgenden zwei sonst durch nichts begründeten Annahmen machen muß: daß die Gemeinde Breslau die Institution des Vierer-Vorstandes nach dem Muster der Schweidnitzer Gemeinde bei sich eingeführt hat und daß Elasar in Breslau beheimatet war. Die Beweise Branns sind aber nicht so unumstößlich, daß sie die Last dieser Annahmen tragen könnten.

58 Über diese Angelegenheit vgl. Isserleins Pes. Rpp. Nr. 218—19—20. S. a. Weil Rp. Nr. 164 und Bruna Rp. Nr. 32.

59 Der Name des Mannes ist David Kuntel, der der Frau — Esther.

60 Zwischen Budweis und Neuhaus.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die jüdischen Zünfte in Prag.

von Dr. Tobias Jakobovits

—

Mit der vorliegenden Arbeit über die Prager jüdischen Zünfte beginnen wir einen wichtigen Abschnitt aus der tausendjährigen Vergangenheit der Prager Juden zu behandeln. Der ehedem von den Juden mit Vorliebe gewählte Beruf eines Handwerkers war ihnen durch die weitreichende Macht der christlich-konfessionellen Zünfte fast unzugänglich. Nur in den Grenzen der Ghettomauern führte er ein schwaches Dasein. Erst im Laufe des XVI. Jahrhunderts begannen die Erzeugnisse der jüdischen Handwerker die Prager Ghettogrenzen zu überschreiten und von diesem Zeitpunkte an entfaltete sich das jüdische Handwerk trotz heftigster Gegenwehr der christlichen Zunftmeister mit unentwegter Zähigkeit. Die Prager Juden bekundeten in ihrer Handwerkstätigkeit einen Bienenfleiß und scheuten vor den schwierigsten und mühseligsten Arbeiten nicht zurück, so daß im XVIII. Jahrhundert über die Hälfte der erwerbstätigen Prager Juden von der Erzeugung und dem Vertrieb der Handwerksprodukte ihren Lebensunterhalt fristeten. Die Entwicklung des Kleiderhandels im XVII. Jahrhundert zur Konfektionsindustrie, die aufsteigende Schuhfabrikation von der Mitte des XVII. Jahrhunderts an, sowie der Aufschwung des gesamten Prager Handels im XVIII. Jahrhundert, ist nicht zum geringen Teile den Prager Juden zu verdanken.

Alle Schichten der christlichen Bevölkerung und mit ihnen auch die Fiskalämter zogen Nutzen von der jüdischen Handwerkstätigkeit, was an höchster Stelle auch zumeist anerkannt und gewürdigt wurde. Nur die bürgerlichen Zünfte richteten ununterbrochen gehässige und feindselige Angriffe gegen die Prager Juden wegen der Ausübung ihres Handwerkes. Diese Angriffe überschritten bei weitem den Rahmen eines Konkurrenzkampfes und zogen auch alle behördlichen Instanzen in ihre Kreise, so daß sogar das Verbleiben der Juden in der Prager Judenstadt in Frage gestellt war. Die Ältesten der Prager Judengemeinde sahen jedoch die Interessen der jüdischen Handwerker und Kaufleute als die ihrigen an und waren jederzeit bemüht, sie mit ganzer Kraft zu schützen.

Das in unserer Darstellung benützte Aktenmaterial ist zumeist ein Ergebnis dieser dauernden Streitigkeiten und informiert uns daher über die Tätigkeit und Leistungen der jüdischen Handwerkszünfte vielfach nur einseitig. Der von den Juden vertretene Rechtsstandpunkt gegenüber den Klagen der christlichen Zunftältesten ist daraus nicht immer ersichtlich und nichts erfahren wir daraus über die menschlichen Vor-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

züge dieser zumeist armen Schichte der Prager jüdischen Bevölkerung. Nur die Zeugnisabgaben der bürgerlichen Zunftältesten, die nach zweijähriger jüdischer Verbannung im Jahre 1747 erfolgten, lassen auch schöne und gütige Züge der Prager Juden erkennen und widerriefen viele ihrer Anklagen, die sie im Laufe der Jahrhunderte gegen diese Juden vorgebracht hatten.

Das Handwerk der Prager Juden ist mit dem Schicksale ihres Handels und ihrer ganzen Wirtschaftstätigkeit eng verknüpft, demzufolge mußten wir in unserer Abhandlung zuweilen auch diese Gebiete berühren. Das in den Prager Archiven über die jüdischen Zünfte vorhandene Aktenmaterial konnten wir nicht ganz verwerten und waren genötigt, einige Zünfte, namentlich die Fleischerzunft, zunächst auszuschalten und unsere Darstellung mit der Rückkehr der Prager Juden aus ihrer Verbannung (1748—1749) abzuschließen.

Inhaltsangabe.

I. Das Prager jüdische Handwerk im XVI. Jahrhundert. . S. 59
II. Die Privilegien für die freie Ausübung des jüdischen Handwerkes. (Erste Hälfte des XVII. Jahrhunderts.) . . . „ 68
III. Die Zünfte in der 2. Hälfte des XVII. Jahrhunderts. . . „ 74
1. Die Kämpfe der einzelnen Zünfte.
a) Die Seifensieder und Lichtzieher. . . . . „ 75
b) Die Kürschner. . . . . „ 79
c) Die Schuster. . . . . „ 81
d) Die Glaser. . . . . „ 84
e) Die Strumpfstricker. . . . . „ 85
f) Die Tuchscherer (Tuchhändler). . . . . „ 86
g) Die Zinngießer.. . . . . „ 87
2. Kampf der christlichen Zunftorganisationen . . . „ 90
IV. Die Zünfte im XVIII. Jahrhundert.
a) Die Bäcker. . . . . „ 98
b) Die Schuster. . . . . „ 100
c) Die Schneider . . . . . „ 108
V. Die Zünfte während der Austreibung der Juden aus Prag . „ 111
VI. Die Organisation der jüdischen Zünfte. . . . . „ 118
VII. Das Stärkeverhältnis der jüdischen Zünfte. . . . . „ 125
Anmerkungen . . . . . „ 132
Beilagen . . . . . „ 135

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

I.

DAS PRAGER JÜDISCHE HANDWERK IM XVI. JAHRHUNDERT.[1]

Das Handwerk war bei den Juden in biblisch-talmudischer Zeit, ebenso im frühen Mittelalter, eine beliebte und gesuchte Ernährungsquelle. Die talmudische Vorschrift[2]: „Jeder Vater ist verpflichtet, seinen Sohn ein Handwerk zu lehren; wenn er ihn kein Handwerk lehrt, lehre er ihn Raub", besagt, welche Würdigung das Handwerk bei den Juden von jeher gefunden hat. Es kann uns daher kein Wunder nehmen, daß große Talmudlehrer als Handwerker ihr Leben fristeten und auch nach ihrem Handwerke benannt wurden; Rabbi Isak der Schmied, Rabbi Jochanan der Schuster u. a. m. Diese Vorliebe für das Handwerk war bei den Juden noch lange vorhanden. Im Orient, in Byzanz, Süditalien, Südfrankreich und in Spanien widmeten sich die Juden in den ersten Jahrhunderten des 2. Jahrtausends vorwiegend manuellen Berufen.[3] Anders allerdings gestalteten sich die Verhältnisse in West- und Mitteleuropa, wo den Juden durch die im 12. Jahrhundert entstandenen christlichen Handwerksgilden jede Betätigung eines Handwerkes unmöglich gemacht wurde.[4] Zu diesen Ländern gehörte auch das Königreich Böhmen, namentlich die Hauptstadt Prag, wo die Handwerkszünfte das Stadtgewerbe bildeten und in den Stadtbehörden stets ihre mächtigen Beschützer fanden. In den drei Prager Städten war daher den Juden jede freie Ausübung der Handwerke Jahrhunderte lang verboten.

Wenn auch den Prager Juden die Handwerkstätigkeit untersagt war, wurde es ihnen in einigen Berufen dennoch frühzeitig gestattet, ihre jüdische Kundschaft mit ihren eigenen Handwerkserzeugnissen zu versehen. Es gab von jeher aus religionsgesetzlichen Gründen jüdische Fleischer (carnifex) und auch jüdische Schneider. Für den Verkauf an die christliche Kundschaft am Tandelmarkt, im Ghetto und an den öffentlichen Jahrmärkten durften die Juden nur ihre Trödelware, etwa alte Kleider und gebrauchte Schuhe, ausbessern. Sie richteten allerdings zuweilen die alten Sachen wie neu her oder verfertigten sogar neue Handwerksprodukte, wogegen zu Beginn des XVI. Jahrhunderts bereits Klagen der christlichen Zünfte laut wurden. Aus dem Beschlusse der Altstädter Schwertfeger im Jahre 1509,[5] die Juden dürften weder Schwerter machen, noch verkaufen, geht hervor, daß einzelne Juden das Schwertfegerhandwerk auszuüben versuchten, wie sie auch andere von ihnen erzeugten Waren an Christen zu verkaufen trachteten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Deswegen ordneten im Jahre 1515 die Schöffen der Prager Altstadt an, daß die christlichen Gewerbebeflissenen jede bei einem Juden vorgefundene neue Ware wegnehmen könnten.[6] Damit gaben sich die christlichen Handwerker noch nicht zufrieden und verlangten im Jahre 1518 durch ihren Vertreter den Kürschner Kardinal die völlige Vertreibung der Juden aus Prag, was jedoch die Stadtväter ablehnten.

Daß die Prager Juden bereits zu Beginn des XVI. Jahrhunderts das hebräische Buchdruckergewerbe ausübten, wäre nicht weiter verwunderlich, da es als eine rein interne jüdische Angelegenheit angesehen wurde. Das älteste aus dem Jahre 1512 erhaltene hebräische Prager Druckwerk und das aus dem Jahre 1514, das als Unikum sich im Besitze der Bibliothek der Prager jüdischen Kultusgemeinde befindet, zeigen eine solche vollendete buchtechnische Ausführung, daß auf eine bereits längst vorhandene hebräische Buchdruckerei in Prag geschlossen werden kann. Die Prager Juden übten jedoch bald auch andere Handwerke aus. Im Jahre 1525 wird der jüdische Glaser Jakob Koplmann erwähnt.[7] Aus einem Berichte der Prager Kannengießerzunft vom Jahre 1534 geht hervor, daß ein Prager Jude ihre Handwerksartikel erzeugte und vertrieb. Der Jude Vlach, heißt es in diesem Berichte, habe Kannenware in und außerhalb der Prager Städte verkauft, bis ihn die Zunftmeister ausspähten, seine Ware als minderwertig erkannten und mit ihr nach den Rechten verfuhren.[8] Dieser Fall scheint nicht vereinzelt dagestanden zu haben.

Zu dieser Zeit wurde sogar der Plan erwogen, den Juden irgendwelche Handwerkstätigkeit zu gestatten. Der Obersthofmeister des Königreiches Böhmen unterbreitete dem König Ferdinand I. einen Vorschlag, daß es nicht schaden möchte, wenn man den Juden irgendein Gewerbe erlauben würde („že by nebylo škodné, aby se jim nějaká živnost obmislila a vyměřila"). Ferdinand I. antwortete ihm d. d. Insbruck den 20. Mai 1536, daß dies ohne Landtagsbeschluß nicht erledigt werden könne.[9] Wenn wir auch weiter über einen solchen Beschluß nichts hören, geht doch aus dem Verzeichnis der mit oder ohne Geleitsbrief sich in Prag aufhaltenden Juden hervor, daß sie um 1546 verschiedene Handwerke ausübten.[10] Wenn in diesem Verzeichnis unter verschiedenen Handwerkern der Prager Juden acht Glaser (sklenář) und sechs Würfelmacher (kostkář) genannt werden, kann wohl angenommen werden, daß sie dieses Handwerk nicht für das Prager Ghetto allein betätigten. Es mag sein, daß diese Freizügigkeit Ferdinand I. den Prager jüdischen Handwerkern gegenüber mit seinem Bestreben zusammenhängt, die übermäßige Macht der Zunftmeister zu brechen, wie er dies im Jahre 1547 durchzuführen beabsichtigte.[11] Als sich jedoch Ferdinand I. nach jahrelangen Verhandlungen entschloß, die alten Innungsartikel fast unverändert zu bestätigen, was er von 1558 bis 1564 durchführte,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wurden scheinbar die Prager Juden wieder zu ihrer früheren Untätigkeit verurteilt. Eine Entwicklung oder Ausbreitung des jüdischen Handwerkes war daher bei der ängstlichen Wachsamkeit der christlichen Zünfte unmöglich. Die Zünfte betrachteten die jüdischen Handwerker als Pfuscher, die außerhalb ihrer Innung standen, demgemäß behandelten sie die jüdischen Handwerkserzeugnisse auch als Pfuscherware und verboten den Juden den Verkauf von Handwerksartikeln. Eine Änderung in diesen Verhältnissen trat erst mit dem Regierungsantritte Kaiser Maximilian II. im Jahre 1564 ein. Nach den letzten Leidensjahren der Juden unter Kaiser Ferdinand I., der sie dauernd mit der Austreibung bedrohte und diese teilweise auch durchführte,[11a] erscheint Maximilian II. den Juden als milder Herrscher, der sie im allgemeinen beschützte, wenn er auch so manche ungerechtfertigte Angriffe gegen die Juden guthieß. Kaiser Maximilian II. bestätigte am 4. April 1567 den Juden ihre Privilegien,[12] worin er ihnen seinen Schutz zusagte und sie versicherte, sie nicht aus Prag und dem Königreiche zu vertreiben und nicht zuzulassen, daß ihnen in ihrem Gewerbe, Handel und Geschäften (v živnostech, handlích a obchodích jejích) Hindernisse gemacht würden.

Gestützt auf die ihnen erteilten Privilegien erweiterten die Juden ihren Handel und ihr Gewerbe, sie ließen alte Pelzwaren und mit Rauchware besetzte Kleider zum Nutzen des armen Volkes, wie dies aus den Akten hervorgeht, von jüdischen und christlichen Gesellen umarbeiten und führten ausländische Ware ein, die von ihnen die Bürgersleute mit Vorliebe kauften. Dadurch begann aber der heftige Kampf der Prager Kürschner- und Schneiderzunft gegen sie einzusetzen,[13] der ohne Unterbrechung bis Ende des Jahrhunderts andauerte. Die Kürschner der drei Prager Städte reichten im Jahre 1571 beim Kaiser eine Beschwerde gegen die Juden ein, die billige polnische und russische Felle einführten und sie durch nichtbefähigte Gesellen verarbeiten ließen und ihnen durch deren Verkauf einen großen Schaden zufügten.

Kaiser Maximilian II. entscheidet in Erledigung der Beschwerde der Kürschnerzünfte im Jahre 1571 gegen die Juden, die entgegen den Privilegien, die König Vladislav dieser Zunft erteilt hat, zum Schaden des Gewerbes mit ihren Erzeugnissen Geschäfte betreiben. Der Kaiser verbietet dieses den Privilegien widerstrebende Gebahren und erneuert gleichzeitig der Prager Kürschnerinnung die alten Privilegien des freien und ungehinderten Verkaufes ihrer Waren und verspricht ihnen Schutz gegen die Störer dieser Zunftordnung. Nur den Personen höheren Standes, Herren, Rittern und Geistlichen stehe es frei, für ihre Arbeiten Kürschner zu halten, ohne von den Stadtkürschnern daran gehindert zu werden. Die Juden dürfen nur an Jahrmarktstagen ihre Artikel verkaufen. (Vergleiche Beilage I.)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Durch die Bestätigung ihrer Privilegien ermutigt, forschten die Kürschner aus, welche Bürger und Bürgerinnen von den Juden Pelze gekauft hätten, und eines Tages schnitten sie gemeinsam mit ihren Gesellen allen Leuten die von den Juden gekauften Pelze am Rücken mit Messern auf. Die Juden ließen daraufhin keine Pelze, wohl aber mit Fell gefütterte oder verbrämte Kleider zum Verkaufe arbeiten, was ihnen nach ihren Privilegien erlaubt zu sein schien. Die Kürschnerzunft betrachtete jedoch auch dieses als einen Eingriff in ihr Gewerbe und führte darüber beim Kaiser Beschwerde. Infolge dieser Beschwerde verbietet Kaiser Maximilian II. im Jahre 1575 den Juden unter Hinweis auf die Zunftprivilegien jeden Eingriff in die Rechte der Kürschnerinnung unter Androhung von Strafen, die in den Privilegien vorgesehen sind.

Die Kürschnermeister ließen nunmehr die Prager Judenältesten vor den Altstädter Magistrat vorladen, wo ihnen das kaiserliche Dekret vorgelesen wurde. Der Bürgermeister und der Rat der Prager Altstadt, Verfechter der Rechte des Stadtgewerbes, publizierten überdies ein „Erkenntnis", das jedem Kürschnermeister das Recht einräumte, jederzeit den Laden und die Werkstatt eines Juden zu kontrollieren und damit auch dessen Handelstätigkeit stark zu beschränken. Dieses Erkenntnis[14] lautet in Übersetzung:

> Ein Erkenntnis des Herrn Bürgermeisters und Rates der Altstadt Prag zwischen den Zunftältesten des Kürschnergewerbes und den Judenältesten.
>
> Den Parteien wird nach Erwägung des Rechtes bekanntgegeben: Da von seiner Gnaden unserem allergnädigsten Herrn eine bestimmte Entscheidung zwischen den Ältesten des Kürschnergewerbes und den Judenältesten ergangen ist, wie sie sich zueinander benehmen sollten, so soll es hiebei bei den Parteien sein Bewenden haben und wenn irgendeiner der Kürschnermeister, der einen Verdacht hätte, friedlich kommen sollte und die Sachen, welche zu seinem Gewerbe gehören, entweder draußen oder in den Kellern in Augenschein nehmen wollte, so sollen die Juden, indem sie ihnen die Keller öffnen, darin nicht hinderlich sein.

Das kaiserliche Dekret in Verbindung mit der Publikation des Magistrats übte auf die Prager Juden einen niederschmetternden Eindruck aus, da ihnen damit abermals die Möglichkeit zum Erwerb ihres Lebensunterhaltes genommen zu werden drohte. Die Judenältesten entschlossen sich daher, an den Kaiser, der zu dieser Zeit in Regensburg weilte, ein ausführliches Bittgesuch einzureichen. Die Prager Judenältesten wenden sich darin gegen das Diktat des Altstädter Rates, das keinen Unterschied zwischen gefütterten und ungefütterten, noch überzogenen Kleidern mache und den Kürschnern freistelle, ihre Räumlich-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

keiten jederzeit aufzusuchen, was weder im kaiserlichen Dekrete noch in ihren Zunftprivilegien begründet sei. Sie hätten dagegen beim königlichen Appellationsgericht ob dem Prager Schlosse Berufung eingelegt und die dafür zu zahlende Gebühr von 30 Thalern bereits beim Rat erlegt.

Nach dem kaiserlichen Dekrete sei den Juden jeder Eingriff in die Handwerksprivilegien der Kürschner untersagt. Diese Privilegien beziehen sich jedoch nur auf „aufgeliederte" Rauchwaren, auf genähtes Pelzwerk und Futter, deren Einfuhr und Verkauf, außer an freien Jahrmärkten, den Juden verboten sei. Die Kürschner wollen aber dieses Verbot auch auf die mit Rauchwerk gefütterten minderwertigen Stoffe, die sie selbst niemals verarbeiten, ausdehnen, obwohl sie den Kürschnern diese Kleider zum Füttern geben und diese davon einen Nutzen ziehen. Die Judenältesten schreiben dann in ihrem Bittgesuche: „Und dieweil, allergnädigster Kaiser und Herr, wir arme Juden auch Gottes Geschöpf seiend und unsere arme Weiber und Kinder ernähren mogen, und doch kein Acker, Feld, noch Weingarten Bau, noch sonst keine bürgerliche Nahrung nicht haben, sondern uns dermaßen mit Kaufen und Verkaufen unterhalten müssen". Sie bitten daher den Kaiser flehentlich, seine Sentenz dahin zu erläutern, daß die Juden die mit Rauchwerk gefütterten Kleider zum Verkaufe machen lassen dürften. (Vergleiche Beilage II.)

In Erledigung dieses Bittgesuches wendet sich der Kaiser in einem Dekrete de dato Wien am 6. Feber 1576 gegen die Verordnung des Altstädter Rates, nach der die Juden verhalten wären, den Kürschnern ihre Läden und Gewölbe zur Durchsuchung jederzeit zu öffnen. Diese Bestimmung sei für die Juden sehr drückend. Der Kaiser wende sich daher an die Altstädter Bürger, die Juden nicht zwecklos zu belästigen. Dieses war das letzte Dekret Kaiser Maximilian II. in Prager Judensachen, da er am 12. Oktober 1576 starb.

Mit dem darauffolgenden Regierungsantritte Rudolf II. brach für die hartbedrängten Prager Juden ein gerechtes und freiheitlicheres Zeitalter an. Bald nach seinem Regierungsantritte bestätigte Rudolf II. den Prager und böhmischen Juden ihre alte Privilegien (am 14. Feber 1577),[15] die er auch während seiner ganzen Regierungszeit getreu einhielt. Ein sehr wichtiges Dekret erließ er am 22. Oktober 1580 in Erledigung einer Beschwerde der Prager Juden. Rudolf II. anerkennt darin die bedrängte Lage der Prager Juden, die keine andere Erwerbsmöglichkeiten hätten als den Handel. Der Kaiser ordnet an, daß solange die Juden im Königreiche wohnen und sich aufhalten, sollen sie in ihrem Handel und Gewerbe weder belästigt, noch in ihren alten Rechten verkürzt werden. Ohne jedes Hindernis dürfen die Juden alle Krämer-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und Handelswaren auf Elle und Gewicht, als auch Fellsachen und Kleider verkaufen. Die Juden müßten jedoch richtiges Gewicht und Maß und gute Handelsware geben, sowie die gebührenden Abgaben und Zoll entrichten. (Vergleiche Beilage III.)

Die Prager Kürschner gaben sich jedoch mit dem vom Kaiser den Juden erlaubten Verkauf von Rauchwaren nicht zufrieden, sie beschwerten sich bald über die Juden, daß sie alle Arten von Fellen und Häuten aufkauften, sie verarbeiteten und in ihren Kellern, Kramläden und Häusern aufbewahren und sie zum großen Schaden des Kürschnergewerbes und zum Nachteil der den Prager Bürgern erteilten Privilegien frei verkauften. Diese Beschwerde veranlaßte den Kaiser zu einer Verordnung vom 10. Jänner 1581, darauf strenge zu achten, daß sich die Juden ihren Privilegien entsprechend verhalten sollten, wie er dies auch von der Kürschnerzunft verlange.

Den Kürschnern schlossen sich auch die christlichen Schneider und Kaufleute im Kampfe gegen den Handel und das Gewerbe der Juden an und versuchten dabei, den Juden alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. In einer Eingabe an den Kaiser schildern die Prager Judenältesten die unausgesetzten Angriffe dieser Zünfte, wie schwer es sei, die Anschläge ihrer Mißgönner zu vereiteln und welche ungeheure Arbeit und Mühe sie aufwenden müßten, um ihre Frauen und Kinder ernähren zu können. „Dieweil wir Arme sonst keine Klag nit haben" und sie auf die Gerechtigkeit des Kaisers vertrauen, bitten sie ihn, an die Landes-Offiziere, Appellation und an den Rat der Altstadt einen Befehl ergehen zu lassen, damit sie die Kaufleute, Schneider und Kürschner ernstlich beauftragen, mit ihren Anschlägen bis zur Ankunft des Kaisers in Prag aufzuhören. Der Kaiser, den sie als „ein Liebhaber der Gerechtigkeit" bezeichnen, werde dann von den aus Mißgunst und Neid erfolgten Gewalttaten und von ihrem unbilligen Verlangen erfahren. Dieser Bitte entsprechend, ordnete der Kaiser im Jahre 1583 von Wien aus an, daß die Juden bis zu seiner Ankunft in Prag in ihrem Handel und Gewerbe nicht behindert werden sollten.

Ein ähnliches Dekret erließ der Kaiser am 13. September 1585, welches die böhm. Kanzlei am 5. Oktober 1585 den Bürgermeistern der drei Prager Städte in Erinnerung brachte. Am 11. Juli 1584 erläßt Rudolf II. einen Befehl, die Juden der Prager Altstadt dürften auf allen Jahr- und freien Märkten der königlichen Städte, mit Ausnahme der Bergstädte, ihre Gewerbs- und Handelsartikel frei verkaufen, ohne daß sie jemand daran hindern sollte.

Zwei für die Ausübung des jüdischen Handwerkes vielbesagende Dekrete erließ Rudolf II. Am 16. März 1677 erlaubte er dem jüdischen Goldschmied Josef de Cerui in den Prager Städten und auf dem Prager

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Schlosse das Goldschmiedhandwerk ohne Verhinderung seitens der Zechmeister und der Meister dieses Handwerkes oder seitens der Prager Juden frei zu betreiben.[16] Am 14. Mai 1586 erteilte Kaiser Rudolf II. dem Jakob Goldscheider, einem Juden der Prager Altstadt, die Erlaubnis, ebenso wie sein verstorbener Vater Isak Goldscheider, mit seinen Brüdern das Goldschmiedegewerbe in Prag und in den von Juden bewohnten königlichen Städten frei ohne jedes Hindernis auszuüben und auch Gesellen zu halten. Ähnliche Privilegien durfte die Juden auch in anderen Handwerksberufen erhalten haben.[17]

Auf dem Ende 1586 in Prag abgehaltenen böhm. Landtag, der einige Beschlüsse über zu entrichtende Steuer gefaßt hat, wird der Verkauf „von Zobeln und Luchsfutter, so also von Christen oder Juden verkauft wirdet" erwähnt, woraus zu ersehen ist, daß deren Verkauf den Juden selbstverständlich freistand.[18]

Unterdessen waren die Streitfälle zwischen den christlichen und jüdischen Gewerbsleuten an der Tagesordnung, jede der streitenden Parteien berief sich auf die ihr erteilten Privilegien und glaubte, im Rechte zu sein. Um diese fortwährende Streitfragen einer Lösung zuzuführen, ernannte Rudolf II. am 16. Juli 1586 eine fünfgliedrige Kommission mit Nikolaus von Lobkowitz, Hauptmann der Prager Alt- und Neustadt, an der Spitze, welche nach Anhörung der bürgerlichen Zünfte und der Prager Juden die Rechtslage untersuchen und die Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigen sollte.

Die Ernennung der Untersuchungskommission hinderte die Prager Schneider und Kürschner nicht, den Juden in ihrem Erwerbe große Hindernisse zu machen, sie zu überfallen und ihnen ihre Waren wegzunehmen, worüber sich dann die Juden beim Kaiser beschwerten. Im Namen des Kaisers erließ die böhmische Hofkanzlei in Prag an den Richter, Bürgermeister und die Schöffen der Prager Altstadt einen Befehl, bei den bürgerlichen Gewerbsleuten unverzüglich die Verfügung zu treffen, den Juden bis zur Erledigung der Kommission in ihren Geschäften keine Hindernisse zu bereiten, sondern sie in Ruhe leben zu lassen, die weggenommenen Waren seien ihnen zurückzugeben.

Die Kürschner und Schneiderzunft legte daraufhin ihre Klagen gegen die Juden dem Kaiser vor. Ausländer und Pfuscher verrichten ihre Arbeiten in den Herrenhäusern, die von ihren Privilegien ausgenommen seien. Die Juden hielten daselbst ihre Arbeiter und „eine nicht kleine Anzahl jüdischer Lehrlinge", wo sie für die Juden alles arbeiten. Da diese Herrenhäuser nicht dem Stadtrechte unterstehen, hätten sie kein Recht, dort dagegen einzuschreiten. Sie erhalten Dekrete und mit den Dekreten verteidigen sie ihre Ansprüche und gehen gegen ihre Zunftordnung vor. Sie bitten daher, sie bei ihren Privilegien zu schützen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kaiser Rudolf sah aber diese Klagen als unbegründet an und trägt den Prager Zünften am 27. Oktober 1588 abermals auf, den Juden bei ihrem Verkaufe von Kaufmannswaren auf Elle und Gewicht, ebenso von Rauchwaren und Kleidern keine Hindernisse zu bereiten. Es sei hier auf ein kaiserliches Dekret aus dem Jahre 1587 verwiesen, aus dem hervorgeht, daß die Juden auf den Prager Jahrmärkten ihren Platz neben den Fremden zugewiesen erhalten haben.

Die christliche Kaufmannschaft, Kürschner- und Schneiderzunft richtet unaufhörlich wegen Beeinträchtigung ihres Gewerbes durch die Juden Beschwerde über Beschwerde an den Kaiser. Dieser verwirft jedoch diese Beschwerden in einem Dekrete d. d. Wien den 16. August 1593 und befiehlt ihnen, die Juden bis zu seiner Ankunft in Böhmen unbehelligt zu lassen und ihnen keine Schwierigkeiten zu machen.

Die Prager Judenältesten wenden sich im Feber 1595 wieder in einem Bittgesuch an den Kaiser. Obwohl die Verhandlungen über die Klagen der christlichen Zünfte von den verordneten Kommissären beendet wären, sei doch noch keine Entscheidung getroffen worden. Die Prager Zünfte wollten den ganzen Handel allein führen und die Juden sollten davon entgegen ihren Privilegien und Begnadigungen ganz ausgeschaltet werden. Wenn das Verbot des jüdischen Handels erlassen werden möchte, würden die Einkünfte aus den Judensteuern, Ungelt und Zöllen beträchtlich sinken, die Stände, Stadt- und Landleute stark geschädigt werden und ein Mangel an allen möglichen Waren im Lande eintreten. Die Juden bitten daher den Kaiser, er möge sich der armen Juden annehmen und sie vor ihren bösen Feinden beschützen.

Unterdessen waren die Kürschner- und Schneidermeister nicht untätig, sie wandten sich an den Vorsitzenden der Kommission Nikolaus von Lobkowitz, der Hauptmann der Alt- und Neustadt war, damit er ihre Sache vertrete und sich auch durch Hertwig Zejdlitz von Schönfeld beim Vicekanzler verwende, daß die Entscheidung des Kaisers zu ihren Gunsten ausfalle und sie ihr Handwerk ohne Beeinträchtigung der Juden betreiben könnten. Den Juden aber drohten sie mit dem Verluste jeder Erwerbsmöglichkeit, wenn sie sich ihren Anordnungen nicht fügen sollten. Nach Angabe der christlichen Schneidermeister vom 10. März 1595 sei bereits zwischen ihnen und den Juden ein Übereinkommen getroffen worden.[19]

Die Entscheidung in diesem langwierigen Streite fällte Kaiser Rudolf II. am 26. Mai 1595.[20] Die kaiserliche Resolution setzt folgende Ordnung fest: Die Juden dürfen auch weiterhin Fellware und Kleider verkaufen, das Nähen und Füttern dieser Kleider sollen sie jedoch nicht durch Stöllner oder andere unbefugte Kürschner und Schneider, sondern durch die Prager Kürschner- und Schneidermeister besorgen lassen. Die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Ältesten dieser beiden Zünfte sollen binnen zwei Wochen bestimmte Meister namhaft machen, die bereit wären, den Juden gegen entsprechende Bezahlung ihre Arbeiten zu verrichten. Dagegen dürfen die Kürschner den Juden beim Verkaufe von Fellwaren und Futter keinerlei Hindernisse in den Weg legen. Auch das polnische Futter, das nach Angabe der Zunftmeister zwar nicht so gut, aber billiger als das hiesige sei, mögen die Juden mit Rücksicht auf die ärmeren Schichten der christlichen Bevölkerung unverwehrt verkaufen, ebenso die fertigen Schürzen und Mützen. Es solle jedoch nicht geduldet werden, daß die Juden diese Sachen zum Verkaufe selbst erzeugten und dadurch das Kürschnergewerbe beeinträchtigten. Ferner dürfen die Juden keine gestohlene Sachen, um sie unkenntlich zu machen, verarbeiten lassen. (Vergleiche Beilage IV.)

Diese Entscheidung Rudolfs II. stellt eine Kompromißlösung dar. Die christlichen Zünfte sollten nicht um ihre Arbeit, die Juden nicht um den Gewinn ihres Handels gebracht werden. Die bürgerlichen Zunftmeister waren mit dieser Lösung keineswegs einverstanden, weil sie den Verkaufsgewinn ihrer Handwerkserzeugnisse selbst einstecken wollten. Für die Juden hatte diese kaiserliche Resolution eine Schädigung ihrer jüdischen Handwerker zur Folge und machte sie ganz von dem Wohlwollen der christlichen Meister abhängig.

Der erwünschte Friede war dadurch noch lange nicht hergestellt. Bald darauf beschuldigte die Kürschnerinnung die Juden, sie würden ihre Fellsachen mit Hilfe von Kommissionären verkaufen. Rudolf II. befiehlt nun am 30. Jänner 1596, der Altstädter Richter solle den Juden einstweilen den Verkauf dieser Waren verbieten, bis die Kommission in dieser Sache beschließen würde. Dieser neuerliche Streit ist zu Gunsten der Juden entschieden worden. Noch nach fast neunzig Jahren (im Jahre 1682) weisen die Kürschnermeister darauf hin, daß der Protest ihrer Vorfahren gegen diese Resolution Rudolf II. erfolglos geblieben sei.

Das Verhältnis der Judenschneider zu den christlichen Schneidermeistern hat sich im Laufe der Zeit friedlich gestaltet, so daß die jüdischen Schneider im Jahre 1610 den Versuch unternahmen, in die christliche Schneiderzunft aufgenommen zu werden.[21] Das Angebot enthielt für die christliche Zunft so manche Vorteile. Die jüdischen Schneider waren bereit, sich ganz den Zunftgesetzen zu unterwerfen und weiterhin keine Pfuscher im Ghetto zu dulden. Sie wollten zu diesem Zwecke in den Synagogen ausrufen lassen, niemand möge die das Schneiderhandwerk schädigenden Pfuscher bei sich beherbergen und einen jeden bei der Schneiderzunft angeben. Sie versprachen auch, Mitgliedsbeiträge der Zunftkassa zuzuführen. Für ihre Aufnahme gewannen die Juden den deutschen Zunftmeister Lukas Tanczer und den tschechischen Meister

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Král, die in beiden Sprachen für die Aufnahme der Juden in ihre Gilde eintraten. Der tschechische Schneider Václav Schindler wandte sich schroff dagegen und rief aus: „Sollen Heiden unter uns treten und in die Innung aufgenommen werden? Um Gottes Willen bitte ich euch, meine Herren Brüder, gebet nicht eure Zustimmung dazu, denn wie sollten es uns die anderen Zünfte auslegen, weil es nirgends erhört ist, daß Juden in der Zunft sein sollten". Auch fügte er noch hinzu, lieber wollte er, die Mutter hätte ihn im ersten Bade ertränkt, als er diesem Vorschlage beitreten würde.

Diese Rede tat ihre Wirkung. „Alle anderen Meister waren dagegen, es wäre keine geziemende Sache, daß Juden Mitbrüder der Schneiderzunft sein sollten".

Dies dürfte der erste und letzte Versuch der Prager Juden gewesen sein, in eine christliche Zunft aufgenommen zu werden.

II.

DIE PRIVILEGIEN FÜR DIE FREIE AUSÜBUNG DES JÜDISCHEN HANDWERKES[22]

(1. Hälfte des XVII. Jahrhunderts)

König Mathias, der Nachfolger Rudolf II., war den Juden ebenso gewogen wie sein Vorgänger. In die am 15. August 1611[23] erfolgte Bestätigung ihrer Privilegien nahm er alle von den böhmischen Königen zu Gunsten der Juden erteilten Privilegien und Resolutionen auf, darunter auch den von Rudolf II. am 26. Mai 1595 gefällten Schiedsspruch. Er fällte auch am 3. Mai 1617 eine Entscheidung im Streite zwischen den Juden und den christlichen Kaufleuten, Kürschnern und Schneidern, die sich jedoch nicht erhalten hat.[24]

Ein wesentlicher Fortschritt in der freien Betätigung des jüdischen Handwerkes erfolgte unter der Regierung Kaiser Ferdinand II. Schon in seiner Bestätigung der Privilegien für die Prager und böhmischen Juden d. d. Regensburg, den 23. Jänner 1623 erweiterte Ferdinand II. ihre Rechte ganz erheblich und gewährte ihnen fast eine vollständige Freizügigkeit in ihrer Handelstätigkeit.[25] Die Weiterführung des großen Krieges erforderte große Summen, zu denen auch die Prager Juden einen entsprechenden Teil beitragen sollten. Diese verpflichteten sich im Jahre 1627 zu einer jährlichen Kontributionsleistung von 40.000 fl., bei Befreiung von allen anderen Abgaben und Steuern, gegen eine Erweiterung ihrer Privilegien auf wirtschaftlichem Gebiete.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Diesem Übereinkommen entsprechend erteilte Ferdinand II. d. d. Wien, am 12. August 1627[26] den Prager Juden ein Privileg, in dem er sie „zu Beförderung ihres Nutzens und desto besserer Zusammenbringung obbemelter jährlicher Contribution" betreffs ihrer Handelstätigkeit auf allen Jahr- und Wochenmärkten des böhmischen Landes, sowie bezüglich der Maut- und Zollgebühren den christlichen Kaufleuten gleichstellte. Von ganz enormer Bedeutung aber ist die Bestimmung über das Handwerk der Juden, das jedem freistünde zu erlernen und zu betreiben. Der Wortlaut dieser Bestimmung lautet:

„Da auch unter ihnen Juden ein oder das andere Handwerk lernen und begreifen wollte, so solle ihnen nicht allein dasselbe gleichfalls passiert und zugelassen sein, sondern Wir verwilligen ihnen auch solch erlernte Handwerk unter ihnen zu ihrem Nutzen frei zu üben und zu treiben und damit doch, wie sichs gebühret, ehrbar, aufrecht und redlich ihre Nahrung und Gewerb zu suchen, von denen christlichen Handwerkern und sonsten allmäniglich unverhindert".

Nach dem Wortlaute dieses Privilegs war es den Prager Juden zum erstenmal gestattet, nicht nur ihr Handwerk frei auszuüben, sondern auch die von jüdischen Handwerkern verfertigte Arbeiten an die christliche Bevölkerung frei zu verkaufen.

Die christlichen Zünfte waren begreiflicherweise mit diesem weitgehenden Privileg der jüdischen Handwerker nicht einverstanden und wehrten sich dagegen mit ganzer Kraft, was ihnen durch dessen nicht ganz klare Fassung umso leichter möglich war. Einige Handwerkszünfte der Prager Altstadt, denen sich auch die der Kleinseite und der Neustadt anschlossen, baten den Kaiser, daß der Wirkungskreis der jüdischen Handwerker auf das Prager Ghetto allein beschränkt werden möge, da die Juden verbotene, von christlichen Störern und Pfuschern verfertigte Waren an Christen weiterverkauften und sich dazu sogar christlicher Dienstboten bedienten. Dieses verursache den eigenen Zünften einen umso größeren Schaden, als die Juden ohnehin schon ihre Waren zu einem billigeren Preise absetzten. Durch vielfache, auch tätliche Angriffe der christlichen Meister sahen sich die Prager Juden auch selbst genötigt, an den Kaiser bittlich heranzutreten, eine Resolution mit der ausdrücklichen Erklärung zu erlassen, daß die Juden ihre Handwerkserzeugnisse an allen Orten auch an die christliche Kundschaft verkaufen dürften.

Nach langem Schriftwechsel nahm Ferdinand II. in einem Dekrete vom 17. Juni 1635 an die Statthalter gegen die von den Juden beschäftigten Pfuscher, ebenso gegen die bei den Juden sich aufhaltenden christlichen Dienstboten Stellung. In diesem Dekrete erwähnt auch der Kaiser, daß das den Juden in Bezug auf das Handwerk erteilte Privileg sich nur auf die Deckung des jüdischen Bedarfes beziehe. Diese

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

getroffene Entscheidung hatte jedoch nur einen provisorischen Charakter, da der Kaiser bereits am 29. Mai 1635 alle auf das jüdische Handwerk bezughabenden Schriften an das Appellationskollegium in Prag eingesandt hatte. Diesem erteilte er den Auftrag, ein Gutachten abzugeben, wie es möglich sei, das Handwerksprivileg der Juden aufrechtzuerhalten, ohne hiedurch den christlichen Handwerkern einen Schaden zuzufügen.

Bei den Räten des Appellationsgerichtes herrschte betreffs des abzugebenden Gutachtens keine einheitliche Meinung vor. Deswegen gab nur ein Teil der Räte am 23. Mai 1637 das erwünschte Gutachten dahin ab, daß die christlichen Zünfte nur dann vor einer Schädigung bewahrt werden könnten, wenn die jüdischen Privilegien auf die „Notdurft" der Juden allein beschränkt werden möchten.

Der Dreißigjährige Krieg hat an Handel und Gewerbe oft sehr große Anforderungen gestellt, wodurch auch die Juden zu Lieferungen aller Art herangezogen wurden. Das für die Juden erstattete ungünstige Gutachten einiger Appellationsräte mußte daher ohne besondere Folgen bleiben, zumal inzwischen auch durch den Tod Ferdinand II. (15. II. 1637) ein Regierungswechsel eingetreten war. Dies geht auch einwandfrei aus den vielfachen Beschwerden einzelner christlicher Zünfte hervor, die Juden und die Störer, die nicht nur keine Bürger, sondern auch keine Meister seien, nähmen ihnen alle Arbeiten, die „ein Herr oder Cavalier" zu vergeben habe, vom Munde weg. Die Juden trügen die Kleider in die christlichen Häuser und besorgten auch die Arbeiten für die Störer. Immer und immer wieder heben die christlichen Zünfte in ihren Eingaben hervor, daß die jüdischen Privilegien das Handwerk nur „zu ihrer eigenen Notdurft" gestatten und stützen sich auf den Wortlaut im Privileg: „unter ihnen zu ihrem Nutzen".

Um die andauernden Streitigkeiten zwischen den bürgerlichen Zünften und den Juden bis zur endgültigen Regelung durch Interpretierung der jüdischen Privilegien vorerst Einhalt zu gebieten, erließ Kaiser Ferdinand III. am 8. April 1642[27] und am 6. Oktober 1646 eine Resolution, die besagt: die Juden in Ausübung ihres Handwerkes auch außerhalb ihrer eigenen Notdurft, wie dies bisher geschehen sei „ruhiglich verbleiben zu lassen" und niemandem zu gestatten, sie in ihrem Gewerbe irgendwie zu behindern. Unrechtmäßige Arbeiten dagegen seien wegzunehmen, zu verkaufen und an die Armen zu verteilen.

Ferdinand III., in dem Bestreben, dem Handwerksparagraphen im jüdischen Privileg eine klare, endgültige Fassung zu geben, erbat sich von der Prager Appellationskammer über folgende Fragen ein „rätliches" Gutachten: 1. Ob die jüdischen Privilegien, soweit sie das Handwerk betreffen, confirmiert werden sollten. 2. Wie die im jüdischen Privileg von 1628 gebrauchten Ausdrücke: „unter ihnen zu treiben" zu verstehen seien.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das abgeforderte Gutachten erstattete die Appellationskammer am 23. Dezember 1647 durch ein ausführliches Elaborat über alle damit in Zusammenhang stehenden Fragen. Sie gibt zuerst einen Überblick über die verschiedenen Phasen des Streites zwischen den beiderseitigen Zünften und kann schließlich, auf die gestellten Fragen eingehend, keine Ursache erblicken, warum den Juden ihre bisherigen Handwerksprivilegien, die sie schon so lange besäßen, nicht wieder confirmiert werden sollten. Wenn auch das Privileg vom Jahre 1627 den Juden hauptsächlich wegen der zu entrichtenden jährlichen Kontribution von 40.000 fl. erteilt worden sei und diese Kontributionssumme nur noch 15.000 fl. jährlich betrage, könne der Kaiser dennoch die Bestätigung nicht verweigern, da der Kaiser am 9. Feber 1645, zu einer Zeit also, wo das jährliche Steuerquantum der böhmischen Judenschaft bereits herabgesetzt worden war, ausdrücklich erklärt hätte, den Juden ihre Handwerksprivilegien erneut zu bestätigen.

Die zweite Anfrage des Kaisers müsse, wie die Appellationskammer in ihrem Gutachten ausführt, auch zu Gunsten des jüdischen Handwerkes beantwortet werden. Der von den christlichen Zünften vertretene Standpunkt, daß sich das Privileg des jüdischen Handwerkes auf den alleinigen Konsum der Juden beziehe, stütze sich auf die darin enthaltenen Worte „unter ihnen zu treiben" und wollen demgemäß den freien Verkauf der jüdischen Erzeugnisse keineswegs zulassen. Die Appellationskammer erklärte dagegen, bei Interpretierung eines Privilegs dürfe nicht ein Wort oder ein Paragraph aus dem ganzen Texte herausgegriffen werden, da dieses ein einheitliches Ganzes bilde. Es müsse vielmehr auch der ganze Wortlaut und die dabei obwaltende Absicht des Gesetzgebers in Betracht gezogen werden. Diese bestand seinerzeit darin, den Juden für die bereitwillig auf sich genommene hohe Steuerleistung das erweiterte Handwerksgesetz zu geben, zur „besserer Zusammenbringung obbemelter jährlicher Kontribution" werde im Privileg ausdrücklich hervorgehoben. Da den Juden von altersher gestattet gewesen sei, für ihren eigenen Gebrauch Handwerksartikel zu erzeugen, könne sich die Erweiterung des Privilegs nur auf den Verkauf der jüdischen Erzeugnisse für die christliche Bevölkerung auf dem Tandelmarkte und der Judenstadt beziehen. Die Worte „unter ihnen" seien so zu verstehen, daß nur die Juden „unter ihnen (= sich)", keineswegs aber die oft schon verbotenen christlichen Störer und Pfuscher zum Schaden der christlichen Meister in der Judenstadt das Handwerk ausüben dürften.

Bei der beabsichtigten Konfirmation der jüdischen Privilegien sei es überflüssig, die einzelnen Privilegien der christlichen Zünfte, auf die sich diese stets beriefen, in Betracht zu ziehen, weil diese nur gegen die Störer oder die außerhalb der Prager Städte wohnenden Meister, die

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

kein Recht zur Ausübung des Handwerkes hätten, gerichtet seien, worunter die Juden, die hiezu ihre Privilegien hätten, nicht inbegriffen seien.

Die in den Eingaben der christlichen Zünfte oft wiederkehrende Klage, die Juden verkauften ihre Handwerkserzeugnisse viel wohlfeiler als sie die ihrigen, könne umso weniger Berücksichtigung finden, als dies dem Wohle der Allgemeinheit entspräche, „indem die Zünfte, wie es oft geschicht, aus Mangel an Meistern und Verkäufern mit ihrer Arbeit nicht teuer genug den gemeinen Mann aufs höchste überschätzen". Schließlich wüßten die christlichen Käufer und das durch Prag reisende Publikum genau, bei wem es einkaufe oder seine Arbeiten verfertigen lasse. Das Gutachten der Appellationskammer schließt mit den Worten: „Diese eingeratene Deklaration ist auf die Beförderung des boni publico angesehen, zumal hiedurch teils arme Christen, die die mehr kostbare Arbeit bei den christlichen Handwerkern zu erkaufen nicht vermögen, die Gelegenheit bekommen, dieselben bei denen Juden um einen geringeren Wert und ehender zu überkommen. Jedoch wird alles der Mtt. Wohlgefallen anheimgestellt."

Dieses scharfumrissene Gutachten zeugt vom Gerechtigkeitssinn der damaligen obersten Richter Böhmens. Das warme, juristisch begründete Eintreten für die jüdischen Handwerker im Vereine mit den großen Verdiensten der Prager Judenschaft bei den Kriegshandlungen am Ausgange des Dreißigjährigen Krieges konnte nicht ohne Wirkung bei der bevorstehenden Konfirmation des Judenprivilegiums bleiben. Ferdinand III. gab tatsächlich d. d. Prag, den 8. April 1648[28] den Juden ein sehr bedeutsames Privileg, das über hundert Jahre die Grundlage für die Rechtsstellung der Juden in Böhmen bildete.

Das aus achtzehn Punkten bestehende Privileg bestimmt in seinen ersten Punkten alle Einzelheiten über die Freiheit des Gewerbes und des Handels der Juden im ganzen Königreiche, während der neunte Punkt die Rechtsbestimmungen für das Betätigungsgebiet des Handwerkes enthält. Die Ausübung des von Ferdinand II. am 30. Juni 1628 den Juden erlaubten Handwerkes, worüber ein jahrelang andauernder Disput zwischen den christlichen Handwerkern und den Juden geführt worden sei, solle auch weiterhin den Juden gestattet sein und dürften sie darin von Niemanden gehindert werden. Die Juden dürften jedoch keine christliche Gesellen, Störer oder Pfuscher halten oder ihnen Unterkunft geben. Die von ihnen verfertigte Arbeit dürften sie nicht auf den Gassen oder in den Häusern zum Kaufe anbieten (damit hausieren gehen), es sei denn, daß ein Jude von einem Christen in seine Wohnung bestellt werde. Ihre Erzeugnisse dürften die Juden auf dem Tandelmarkte oder in der Judenstadt zweimal in der Woche, und zwar am Dienstag und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Freitag, auf den kein christlicher Feiertag falle, für Christen und Juden feilhaben. Mit der Aufsicht und Inspektion über das Judenhandwerk werde der Hauptmann und der Rat der Altstadt betraut. Sollten diese bei der von Juden verfertigten Arbeit ein „unehrbare Vorteilhaftigkeit oder Betrug" vermuten, so müßten sie zur Untersuchung ehrliche, gewissenhafte und sachverständige Meister heranziehen. Im Falle einer Verfehlung sei dem Juden die Arbeit wegzunehmen und er unnachsichtlich zu bestrafen. Das Büchsenmacher-Handwerk, ebenso das Schwertfeger-, Plattner- und andere militärische Handwerke seien den Juden gänzlich verboten. (Vergleiche Beilage V.)

Dieses Handwerksprivileg stellte die christlichen und jüdischen Zünfte fast auf gleiche Stufe, was bei der Judenschaft eine große Genugtuung hervorrief, keineswegs aber bei den bürgerlichen Meistern. Diese fühlten sich durch die befürchtete Konkurrenz in ihren Rechten geschmälert und unternahmen sogleich dagegen bei den Altstädter Stadtvertretern die entsprechenden Schritte. Um aber jede unreelle Konkurrenz seitens der Juden, welche die christlichen Zünfte zu befürchten vorgaben, unmöglich zu machen, ließ der Kaiser am 8. Mai 1648 an den Altstädter Hauptmann Ferdinand Lobstinsky von Kolowrat ein Dekret ergehen, worin er ihm, dem Bürgermeister und dem Rat der Altstadt die Inspektion über das jüdische Handwerk übertrug und strenge anbefahl, die Kontrolle fleißig durchzuführen und jede sich zutragende kleinste Unzukömmlichkeit bei den Juden unnachsichtlich zu ahnden. Obwohl dadurch den dem Stadtgewerbe stets wohlgesinnten Stadtbehörden die Möglichkeit jeder beliebigen Kontrolle des jüdischen Handwerksbetriebes eingeräumt worden war, gaben sich die christlichen Meister damit nicht zufrieden, sie trachteten vielmehr durch Gewaltanwendungen die Juden zu schädigen und jede Arbeit unmöglich zu machen.

Kaum waren zwei Jahre vorbei, mußten die Prager Judenältesten die Statthalter um ihren Rechtschutz ersuchen, weil die christlichen Zünfte ungeachtet aller Privilegien durch Gewaltmittel jede ehrliche Betätigung der jüdischen Meister zu stören versuchten. In ihrem Bittgesuche vom 8. August 1650 führen sie an: 1. Die Altstädter und Kleinseitner Glaser verhindern die armen Judenglaser in der Ausübung ihres Handwerkes. 2. Die Altstädter Seifensieder wollen den Juden das Lichtziehen nicht gestatten, sie überfielen die Juden, nahmen ihnen den Kessel und andere zum Lichtziehen benötigte Sachen weg. 3. Wollen die Neustädter Gerber den Juden den rohen Lederhandel nicht gestatten. Bei den früheren Beschwerden hätte ihnen der Kaiser versprochen, sie bei ihren Privilegien zu schützen, sie bäten daher, die Statthalter möchten den armen Juden bei dem schweren Erwerb ihres kärglichen Brotes beistehen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Als sich die Überfälle auf die jüdischen Handwerker und Kaufleute immer mehr häuften, sah sich Kaiser Ferdinand III. am 6. Juni 1651 veranlaßt, an die Statthalter einen strengen Befehl ergehen zu lassen, die Juden unbedingt bei dem Erwerb ihrer Nahrung zu schützen. Die den Juden erteilten Privilegien seien ohnehin soweit restringiert worden, daß die Juden dadurch nur ihren notdürftigen Unterhalt, sowie die ihnen auferlegten Steuer-Schuldigkeiten aufbringen könnten, ohne aber jemandem zum Schaden zu gereichen. Keiner habe das Recht, sich gegen die Privilegien zu beschweren, viel weniger darüber zu disputieren, „oder uns in derlei Concessionibus einig Ziel und Maß vorzuschreiben". Die Statthalter dürfen es nicht gestatten, daß den Juden in ihrem ehrlichen Gewerbe und „Hantierung", die ihnen nicht verboten worden seien, „zu Verschimpfung unserer Kais. Königl. Autorität und Hoheit" ein Schaden zugefügt werde, sondern müßten mit aller Strenge dagegen einschreiten.

Diese entschiedene Haltung Ferdinand III. in der Verurteilung aller Ungesetzlichkeiten gegen die Juden hat ihre Wirkung getan, denn während seiner weiteren Regierungszeit sind die Überfälle auf Juden nur selten vorgekommen.

III.

DIE ZÜNFTE IN DER 2. HÄLFTE DES XVII. JAHRHUNDERTS.

Das christliche Zunftwesen stellte ein Monopol für die Ausübung des Handwerkes durch die in ihrer Zunft organisierten Mitglieder dar, während die Judenprivilegien dieses Recht auch den außerhalb dieser Organisation stehenden Judenhandwerkern zusprach. Dieser Gegensatz in den Rechtsverhältnissen wurde vom Gesetzgeber durch Aufnahme von besonderen Klauseln in einigen christlichen Zunftprivilegien bezüglich der Einschränkung der jüdischen Handwerkstätigkeit noch verschärft und mußte eine dauernde Reibungsfläche zwischen den beiderseitigen Handwerksgruppen bilden. Trotzdem wäre noch ein friedliches Zusammenleben möglich gewesen, wenn die christlichen Meister auf die elementaren Lebensbedürfnisse ihrer jüdischen Genossen Rücksicht genommen und die stetige Entwicklung der Handelsmethoden in Betracht gezogen hätten. Die christlichen Zünfte machten aber für alle in Handwerkssachen eingetretene Rückschläge die Juden verantwortlich und hatten es daher vor allem auf die rücksichtslose Drosselung und Niederringung des jüdischen Handwerkes abgesehen, wodurch es zu jenen unerquicklichen Kämpfen kam, die zum Nachteile

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der ganzen Wirtschaft das Verhältnis zwischen Juden und Christen vergifteten.

Die geführten Kämpfe wickelten sich zu dieser Zeit in zweifacher Weise ab: 1. In Kämpfen einzelner Zünfte gegen die jüdische Gegenpartei. 2. Im Kampfe der bürgerlichen Zunftorganisationen gegen die Juden überhaupt. Demgemäß verfolgen wir auch in unserer Darstellung den Verlauf dieser Kämpfe.

1. Kämpfe der einzelnen Zünfte.

a) Die Seifensieder und Lichtzieher.

Dieses Gewerbe haben die Juden, wie bereits erwähnt, schon im Jahre 1650 ausgeübt und ohne jeden Rechtsgrund sind sie darin schon damals behindert worden. Als Begnadigung für erfolgreiche Beteiligung am Kriege erteilte Ferdinand III. am 1. Feber 1653 den christlichen Seifensiedern und Lichtziehern ein Privilegium, das in einigen Punkten auch die Juden berührt. Die auf die Juden bezughabenden Punkte lauten in ihrer Übersetzung etwa:

§ 8. Keiner der Seifensieder und Lichtzieher darf Unschlitt von den Prager Städten nach auswärts, noch dürfen es Auswärtige daselbst verkaufen. Nur die Seifensieder und Lichtzieher dürfen damit in Prag handeln und es verkaufen. Besonders aber die Juden, die es durch ihre Geschicklichkeit verstehen, Unschlitt zu kaufen und es unter verschiedenartige Vorteile von Prag nach auswärts zu verkaufen, indem sie das Unschlitt zu Hause auf ihrer Wage mit ihren Gewichten zum Nachteil des königlichen Ungelt und zu unserem großen Schaden wiegen.

§ 10. Dabei soll aber jeder von diesen Seifensiedern und Lichtziehern am Lande zur Jahrmarktszeit ihre eigenen und nicht fremde Erzeugnisse verkaufen, damit diese nicht durch Wiederverkauf verteuert werden. Besonders was die Höckler und Juden betrifft dürfen diese keine Seife und Kerzen auf Gewicht verkaufen. Kein Seifensieder soll diesen Seifen und Kerzen auf Gewicht (Stein) verkaufen.

§ 12. Wer diese Ordnung nicht einhält und sich ihr nicht unterwirft, darf, als ob er keinen Freibrief hätte, keine Seifen, Kerzen, Unschlitt- und Wachserzeugnisse verkaufen, erzeugen, wie überhaupt dieses Handwerk ausüben.

Aus dem Wortlaute dieser Paragraphen geht keineswegs eindeutig hervor, ob den Juden die Erzeugung von Seife und Kerzen verboten gewesen sei, sicherlich aber haben dadurch die Judenprivilegien ihre Rechtsgültigkeit weiter behalten. An diese hielt sich der Prager Jude

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mendel Taussig, als er Seifen und Lichter in der Prager Judenstadt erzeugte. Die christlichen Meister fielen aber ins Ghetto ein, nahmen ihm die rohe und fertige Ware, sowie alle dazugehörigen Werkzeuge weg. Über Beschwerde Mendel Taussigs und der Prager Judenältesten teilten die Statthalter am 6. September 1662 dem Rat, den Landrechtsbeisitzern und dem Hauptmann der Altstadt Wentzel Grafen von Weitzenhofen mit: Den Seifensiedern stehe es nicht frei, die den Juden erteilten Privilegien zu interpretieren, noch derlei Eigenmächtigkeiten vorzunehmen. Dem Mendel Taussig sei alles zurückzuerstatten und der Stadthauptmann solle auf die Judenprivilegien feste Hand halten.

Mendel und sein Anverwandter Jüdel Taussig erhielten am 17. September 1670 vom Altstädter Magistrat einen strengen Befehl, ihr Seifenhandwerk unverzüglich einzustellen, da sie sonst in den Schachtei-Arrest geworfen werden möchten. In einer Eingabe an die Statthalter vom 12. Jänner 1671 bringen der Bürgermeister und der Rat der Altstadt zur Begründung ihres Vorgehens gegenüber den jüdischen Seifensiedern und Wachsziehern folgendes vor. Die jüdischen Privilegien hätten nur für die zur Zeit ihrer Bestätigung bereits bestehenden Handwerke Gültigkeit, keineswegs aber für die erst nachträglich entstandenen Handwerke, zu denen die erst nach dem Dreißigjährigen Kriege entstandene gewerbsmäßige Erzeugung von Seifen und Kerzen gehöre. Das Seifensieden sei den Juden trotz ihrer Privilegien selbst zu ihrem notwendigsten Unterhalte nicht erlaubt und auch deren Verkauf sei verboten. Dem Mendel Taussig wären im Jahre 1662 die weggenommenen Gegenstände erst dann zurückgegeben worden, als er sich verpflichtete, das Handwerk nicht mehr auszuüben. Jetzt fange er und der nicht aus Prag, sondern aus Rakonitz stammende Jüdel Taussig damit wieder an.

Der Altstädter Rat begnügt sich aber mit diesen Feststellungen noch nicht, sondern versucht durch andere Argumente das erwünschte Verbot zu erwirken. Die Juden, führt er an, verfertigten ihre Ware aus untauglichem Material, aus verendetem Vieh, ja sie kaufen sogar vom Schinder das Inslet (Unschlitt), verbreiten dadurch einen Gestank in den Gassen und infizieren die Luft, wodurch leicht eine Seuche ausbrechen könne. Diese Ausführungen der Stadtvertreter scheinen die Statthalter von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit abgehalten zu haben.

Nach dem Tode von Mendel Taussig bat Jüdel Taussig im Namen der zurückgebliebenen unmündigen Waisen den Kaiser um die Erlaubnis der Seifenerzeugung, da sie sonst ihren Lebensunterhalt nicht finden könnten. Die Durchführung der Erzeugung sei durch Wegnahme der Materialien seitens der Meister unmöglich geworden. Kaiser Leopold I. schrieb am 23. Juli 1677 an die Statthalter, wegen des den Waisen Mendel

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

Taussigs weggenommenen Inslet und der Kerzen Erkundigungen einzuziehen und beide Teile zu vernehmen. Der Altstädter Rat führte in seinem Berichte darüber aus, das Seifensieden sei für die Juden ein unerlaubtes Gewerbe. Jüdel Taussig, ein 50jähriger Verwandter des Mendel, der für die Waisen die Erzeugung durchführe, sei ein Fremder. Das Verbot sei auszusprechen.

Das Appellationsgericht, um ein Gutachten ersucht, trat am 25. Jänner 1678 für ein Verbot des Seifensiedens durch die Juden ein, da das christliche Zunftprivilegium *nach* dem Inkrafttreten der jüdischen Privilegien vom Kaiser bestätigt worden sei. Zufolge dieses Gutachtens verbot auch die Statthalterei am 15. Feber 1678 den Juden die Ausübung des Seifenhandwerkes.

Wie sehr die christlichen Seifensieder einem Juden nicht den kärglichsten Gewinn beim *Verkaufe ihrer eigenen Erzeugnisse* gönnten, zeigt ein Vorfall, der sich am 9. Dezember 1686 ereignete. Wolf Pan, ein Prager Jude, verkaufte in seinem Laden an Juden die von christlichen Meistern der Altstadt erstandenen Kerzen. Ohne ihn vorher vorzuladen, drangen, angeblich über Befehl des Bürgermeisters, der Stadtrichter, der Stadtschreiber, Seifensiedermeister und Gesindel in seinen Laden ein und trugen seine ganze darin befindliche Ware in drei Körben weg.

Die Judenältesten beschwerten sich gleich bei den Statthaltern gegen diesen Vorgang und wiesen auf die Judenprivilegien hin, nach denen den Juden das Lichtziehen gestattet sei. Wolf Pan hätte trotzdem die Kerzen von christl. Meistern erkauft. Die Statthalter verfügten am 13. Jänner die Zurückgabe der entwendeten Kerzen. Als diese Verfügung keinen Erfolg hatte, reichte Wolf Pan am 21. Jänner selbst ein Gesuch bei den Statthaltern ein und wies auf den Umstand hin, daß die jüdischen Höklerinnen seit undenklichen Zeiten Lichter verkauften, ohne jemals daran gehindert worden zu sein. Am gleichen Tage gaben auch die Judenältesten abermals eine Beschwerdeschrift in dieser Angelegenheit ein. Nach den jüdischen Privilegien sei ihnen jedes erlernte Handwerk und jede ehrliche Nahrung, die ihnen nicht speziell verboten worden sei, gestattet. Wenn die christlichen Seifensieder auf ihre eigenen Privilegien hinwiesen, laut denen den Juden das Seifenhandwerk verboten sein solle, müssten sie dagegen darauf hinweisen, daß ihnen hievon nichts mitgeteilt worden sei und sie auch hievon keine Kenntnis hätten. Seit ewigen Zeiten sei der Lichterverkauf von den Juden praktiziert worden. Die christlichen Seifensieder verdienten einige tausend Gulden jährlich an den Juden. Sie kauften das Inslet sehr billig und verkaufen hingegen ein Pfund Lichter um 9 kr. Wenn ein Jude abends nach schwerer Tagesarbeit ermüdet nachhause komme, kaufe er beim Juden die von Christen erzeugten Kerzen, weil sie bei diesen nicht mehr zu erhalten

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

seien. Der Kerzenverkauf solle daher den Juden weiterhin gestattet, dem Wolf Pan die ohne Befehl der Obrigkeit weggenommenen Kerzen zurückgegeben werden.

Mit Nachdruck weisen die Judenältesten auf ähnliche „Attentate" hin. So hätte ein Jude von einem christlichen Meister zum Weiterverkauf an einen Cavalier ein Roßgeschirr gekauft, doch hätten es ihm die Zunftmeister weggenommen. Der Stadthauptmann-Leutnant gehe gegen die jüdischen Kaufleute besonders rigoros vor. Den zugelassenen Fischverkauf hätte er an einem christlichen Feiertage verboten, die Juden verprügelt und in den Schachtei-Arrest geworfen. Auch der Bierschank sei untersagt worden. Den vielgeplagten, armen Juden könne doch nicht jeder ehrliche Nahrungszweig abgeschnitten werden, wovon sollten sie sonst ihr Brot verdienen und die hohe Kontribution zahlen. Sie bäten daher, sich ihrer zu erbarmen und die Übelstände zu behcben.

Die Ältesten der christlichen Seifensiedermeister wendeten dagegen ein, sie hätten ihr Privileg von Ferdinand III. als Anerkennung ihrer Aufopferung im Kriege gegen die Schweden erhalten. Der Inslet-Handel, wie jede Hantierung mit Seifen und Kerzen, sei darin ausdrücklich verboten und den Meistern sei es untersagt, den jüdischen Höklerinnen diese Ware zu verkaufen, weil zu befürchten sei, sie könnten auch von Pfuschern Kerzen beziehen. Im selben Sinne äußerte sich auch der Altstädter Magistrat. Wolf Pan hätte in einem christlichen Haus einen Kramladen gemietet und darin eine Menge Kerzen aufbewahrt. Die Exekution und Verarrestierung der Juden sei notwendig, da man sie zwei bis dreimal vergeblich beschicke (vor Gericht lade). An christlichen Feiertagen spazierten sie schon um 8 Uhr morgens herum und selbst zur Adventzeit versuchten sie noch um 9 Uhr nachts in den Wirtshäusern ihre Ware zu verkaufen.

Die eingelaufenen Schriften wurden der Appellationskammer zur Entscheidung vorgelegt. Diese ordnete am 20. Mai 1689 an, dem Wolf Pan seien die weggenommenen Lichter zurückzugeben, da das Altstädter Gericht in seinem Laden keine größere Menge vorgefunden hätte. Er hätte die Kerzen nur einzeln, aber nicht pfund- oder halbpfundweise verkauft. Es blieb daher den jüdischen Höklerinnen unbenommen, auch weiterhin einzelne Kerzen in der Judenstadt zu verkaufen.

Wie schwer sich die Juden mit dem als Unrecht angesehenen Verbot des Seifensiedehandwerkes abfinden konnten, zeigte sich in einem Gesuch des Manele, Sohn des verstorbenen Mendel Taussig, vom 13. Dezember 1685 an die Statthalter, worin er um die Erlaubnis zur Seifenfabrikation bat. Er hätte das Handwerk gut ausgelernt und wolle es, wie sein Vater, ehrlich und redlich ausüben. Die erzeugte Seife wolle er nur unter den Juden verkaufen, was ihm gemäß den Privilegien und den Statt-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

halterei-Dekreten gestattet sei. Gestützt auf diese Privilegien begann Manele Taussig, ohne einen Bescheid abzuwarten, Seifen zu produzieren. Drohungen seitens der Seifensiedermeister veranlaßten ihn, am 7. September 1687 den Kaiser um Bewilligung zur Ausübung seines erlernten Handwerkes und um Schutz gegenüber den bürgerlichen Zunftmeistern zu bitten. Der Kaiser gab sogleich Auftrag, die Seifensiedermeister und die zuständigen Behörden darüber zu vernehmen und ihm Bericht zu erstatten. Die Appellationskammer und die Statthalter gaben ihren Bericht im Sinne der Seifensieder auf ein Verbot ab. Darauf wies der Kaiser am 12. Dezember 1691 den Manele Taussig mit seinem Gesuche ab. Somit blieb die Seifen- und Kerzenerzeugung ein rein christliches Gewerbe.

b) Die Kürschner.

Die jüdischen Kürschner und Rauchwarenhändler haben, nach den zu ihren Gunsten erledigten Feindseligkeiten der bürgerlichen Zunftmeister am Ende des XVI. Jahrhunderts, ihr Handwerk und Gewerbe, wenn auch oft nicht ungestört, weiterhin ausüben können. Erst als die judenfeindliche Strömung innerhalb der christlichen Zünfte im letzten Drittel des XVII. Jahrhunderts die heftigsten Formen annahm, lebte der alte Streit wieder auf und die christliche Kürschnerzunft erstrebte die gänzliche Einstellung des jüdischen Kürschnerhandwerkes und Gewerbes, worin sie natürlich von der Altstädter Stadtobrigkeit tatkräftig unterstützt wurde. Der erste wiederauflebende Streit wurde zunächst durch ein Gutachten des Appellationsgerichtes im Jahre 1679 beigelegt, das für den Schutz des jüdischen Kürschnergewerbes eintrat.

Als jedoch Kaiser Leopold I. am 21. Jänner 1681 der Kürschnergilde ihre Privilegien erneuerte, ohne dabei die erlaubte Handwerkstätigkeit der Juden besonders zu erwähnen, legten dies die Zunftältesten zu ihren Gunsten aus und der Kampf begann erneut aufzulodern. Am Freitag den 8. Mai 1682 ließ der Altstädter Magistrat die jüdischen Kürschner und Rauchwarenhändler vorladen und teilte ihnen im Beisein der christlichen Kürschnerzunftältesten mit, daß sie von nun ab ihr Handwerk und ihren Handel gänzlich einzustellen hätten.

Gleich wandten sich die jüdischen Kürschner und Rauchwarenhändler an die Judenältesten und baten sie als ihre vorgesetzte Obrigkeit, bei den Behörden gegen diese Gesetzwidrigkeit Schritte zu unternehmen, da sie mit ihren Weibern und Kindern ohne Nahrung bleiben und ihre Kontributionsleistung einstellen müßten. Die Judenältesten schritten am 14. Mai bei den Statthaltern dagegen ein und baten sie, unter Berufung auf ihre Privilegien, um ihren Schutz. Schon am 15. Mai 1682 trafen die Statthalter die Verfügung, der Altstädter Hauptmann solle

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Angelegenheit beim Altstädter Magistrat ordnen. „Da beim klaren Aussatz der Privilegien und den wiederholten Verordnungen des Kaisers, der sich von Niemandem vorschreiben lasse, die Juden geschützt werden müssen. In Ansehung, daß die hiesige Judenschaft in dem allgemeinen Kontributionsbeitrag mit einem namhaften Quanto begriffen, auch unter Ihr Mtt. Spezial-Schutz gehören, die sonst per expressum nicht verbotene Handwerke, Gewerbe und Handel ferners frei zu treiben gestattet werde". Die Statthalter erbaten sich einen Bericht über den Erfolg seiner unternommenen Schritte.

Als das für das Kürschnerhandwerk der Juden ausgesprochene Verbot am 16. Juli 1682 noch nicht aufgehoben worden war und die Zunftkürschner weiterhin versuchten, beim Altstädter Magistrat unter Hinweis auf die ihnen von Kaiser Maximilian II. in den Jahren 1571 und 1575 erteilten Privilegien die Aufrechterhaltung des Verbotes zu erwirken, reichten die Judenältesten ein ausführliches Memorandum an die Statthalter ein. Diese beriefen sich darin auf das Dekret Rudolf II. vom 27. Oktober 1588 und auf dessen offenen Brief oder Begnadigung bezüglich des Rauchwarenhandels der Juden vom 26. Mai 1595, ebenso auf die Konfirmation Kaiser Mathias v. J. 1611 und 1617. Diese Resolutionen, Dekrete und Majestätsbriefe seien sämtlich confirmiert und bestätigt worden *nachdem* die christlichen Kürschner ihre Privilegien erhalten hätten. Auch in den Judenprivilegien der Kaiser Ferdinand II. und Ferdinand III. sei das Kürschnerhandwerk nicht ausgeschlossen und verboten worden. Nur militärische Handwerke seien ausgenommen worden, das Kürschnerhandwerk könne jedoch als solches nicht angesehen werden. Wenn auch die bürgerlichen Kürschner einst vom Kaiser ihre Privilegien erhalten hätten, berühre dies in keiner Weise die Rechte der Juden. Den Zunftkürschnern käme es ausschließlich auf die Verhinderung des jüdischen Handwerkes an.

Dagegen behaupten die christlichen Kürschner in ihrer Eingabe, die von Maximilian II. 1571 und 1575 ausgesprochene Sentenz, die den Juden das Kürschnerhandwerk und das Gewerbe mit Rauchware ausdrücklich verboten habe, hätte noch seine Gültigkeit. Denn die christlichen und jüdischen Privilegien hätten nichts Gegensätzliches. Den Juden seien zwar alle ehrlichen Handwerke und Handlungen im Allgemeinen gestattet, dieses habe jedoch keine Anwendung bei einem Handwerk, das ihnen speziell verboten worden sei. Die Juden könnten daher alle Handwerke ausüben, nur nicht das Kürschnerhandwerk, das ihnen in den christlichen Privilegien ausdrücklich untersagt worden sei. Bezüglich der Resolution Rudolf II. vom Jahre 1595 weisen die Kürschnermeister daraufhin, daß ihre Vorfahren damit niemals einverstanden gewesen seien und deren Protest niemals eine Erledigung gefunden hätte.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Allenfalls seien ihnen ihre Privilegien um 20 Jahre früher erteilt worden, als die Juden das ihrige von Rudolf II. erworben haben. Ihre Zunftordnung sei ihnen nicht als eine Begnadigung, sondern als eine Gerechtigkeit gegeben worden. Würde man den Juden das Handwerk frei ausführen lassen, hätten ihre Privilegien keinen „Effekt".

Der langwierige Streit fand durch ein Gutachten der Appellationskammer sein vorläufiges Ende. Nach Darlegung der von beiden Parteien vertretenen Standpunkte weist die Appellationskammer auf ihre in derselben Angelegenheit abgegebenen Gutachten vom Jahre 1647 und 1679, nach denen die Juden in der Ausübung ihres Handwerkes bei ihren Privilegien zu schützen seien. Weil jedoch der Kaiser bei der neuerlichen Konfirmation der christlichen Zunftprivilegien i. J. 1681 das Kürschnerhandwerk der Juden nicht erwähne und sich beide Parteien auf ihre Privilegien berufen, so stehe es allein dem Kaiser zu, die Privilegien zu interpretieren und die Entscheidung darüber zu treffen. Bis zur durchgeführten Entscheidung aber seien – nach Ansicht des Präsidenten und der Räte des Appellationsgerichtes – die jüdischen Kürschner bei ihren Privilegien zu schützen, ebenso wie sie bei jeder Übertretung mit einer entsprechenden Strafe belegt werden müßten.

c) Die Schuster.

Das Schusterhandwerk wurde schon frühzeitig von den Juden gepflegt, ohne daß sich weitgehende Zwischenfälle mit den christlichen Schustern ergeben hätten. Als jedoch bald nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges der *Schuhhandel* rasch emporkam und die jüdischen Schuhhändler massenhaft Schuhe fürs Lager anfertigen ließen und diese auch Absatz fanden, begann auch hier ein scharfer Konkurrenzkampf einzusetzen. Die christlichen Schuhmacher überfielen wiederholt die jüdischen Zunftgenossen in ihren Häusern und nahmen ihnen alle Werkzeuge und die vorhandene Ware fort. Ein Einschreiten der Statthalter bei einem solchen Vorfalle ist uns vom 18. August 1662 bekannt. Über Vorsprache der Judenältesten beauftragten sie den Bürgermeister und den Rat der Altstadt, die Juden in solchen Fällen gegenüber den christlichen Schuster und Kupferschmiede in Schutz zu nehmen.

Mit der fortschreitenden Entwicklung der Schuhfabrikation nahmen auch die Differenzen zu und die Überfälle auf jüdische Schuster und Schuhgeschäfte häuften sich. Die Schuhmacherzunft forderte energisch die Einstellung der jüdischen Schuhgeschäfte. Am 29. März 1677 erhoben die Judenältesten bei den Statthaltern Beschwerde gegen diese Forderung der christlichen Schusterzunft, die damit den jüdischen Privilegien eine Interpretion zu geben versuchen, was allein dem Kaiser zustünde.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Jede Partei sollte in den Schranken ihrer Privilegien gehalten werden. Die Juden schaffen mit ihrem Schuhhandel den armen Christen bei 2 bis 3 Kreutzer Nutzen ein Paar Schuhe, wofür nicht jeder einen Reichsthaler oder Gulden geben könne. Die christlichen Meister erleiden daher gar keinen Schaden. Würde man den Schuhmachern auf Einstellung des Judenschuhhandels nachgeben, möchten auch die anderen Handwerker ähnliches verlangen, wovon sollten dann die Juden ihren Unterhalt verdienen.

Die Altstädter Schuster, die auf ihre Innungsprivilegien vom 30. März 1629 hinwiesen, begründeten ihre beim Altstädter Magistrat kategorisch vorgebrachte Forderung, den jüdischen Schuhhandel zu verbieten, damit, daß diese Schuhhändler ihre Stiefel und Schuhe bei den zahlreichen Soldaten-Störern und anderen Pfuschern, die in den Freihäusern bei Prag wohnen, verfertigen lassen. Die Juden brächten diese Ware verstohlener Weise in Fässern und in Säcken vom Land herein. Die Schuhe sehen zwar äußerlich schön aus, seien jedoch unbrauchbar und die kaufenden Bürger, Soldaten und Bauersleute werden damit betrogen. Damit den Käufern und den christlichen Meistern kein Schaden geschehe, sollte der Schuhhandel verboten werden. Um aber ihren Worten größeren Nachdruck zu verleihen drangen sie mit großem Tumult in die Judenstadt ein und plünderten die jüdischen Schuhgeschäfte. Bald darauf teilte der Altstädter Magistrat der Judengemeinde mit, daß diejenigen Juden, die keine gelernte Schuster seien, auch mit Schuhen nicht handeln dürften.

Die Judenältesten verlangten daraufhin, den Schuhhändlern den freien Handel zu gestatten und sie bei ihren Privilegien zu schützen. Die christlichen Schuhmeister seien in ihren Eigenmächtigkeiten zu verhindern, damit sie nicht uneinbringlichen Schaden stiften und jede Kontributionsleistung unmöglich machten.

Der Altstädter Hauptmann Johann Wentzel Graf von Kolowrat wurde nun beauftragt, die Streitigkeiten zu schlichten. Über seinen Auftrag lud am 30. März 1678 der Altstädter Richter die Ältesten der christlichen und jüdischen Schusterzunft, ebenso die jüdischen Schuhhändler zu sich, um ihren Standpunkt darzulegen. Der richterlichen Vorladung leisteten jedoch von den gegen 30 Prager jüd. Schustern nur 6 und von den über 30 jüd. Schuhhändlern nur 3 Folge. Die Zunftschuster wandten sich gegen die Pfuscherei, die durch den jüdischen Schuhhandel gefördert werde. Dieser bedeute ihren Ruin und ihr Verderben. Auf die Frage des Altstädter Richters, ob die jüdischen Schuhmacher mit dem jüdischen Schuhhandel einverstanden seien, antwortete der Älteste Schemaje Popper, der jüdische Schuhhandel hätte erst vor 14 bis 15 Jahren begonnen, die jüdischen Schuster könnten sich durch

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ihr Handwerk nicht mehr ernähren. Mehr wollte er und keiner der Erschienenen, wie der Altstädter Hauptmann hinzufügt, „scheinbar über Veranlassung" der Judenältesten nicht aussagen. Der Schuhhändler Isak Lux (Lucka)[18], dem kurz zuvor 100 Paar Schuhe, nach Behauptung der Zunftältesten jedoch nur $17^1/_2$ Paare, weggenommen wurden, und die anderen Händler wollten nicht bekennen, woher sie ihre Schuhe bezögen. Sie antworteten nur, man bringe sie ihnen ins Haus. Sie kaufen sie jedoch, fügt der Hauptmann hinzu, von Störern, Pfuschern und Dorfflickern, wodurch die christlichen und auch die jüdischen Handwerker ins Verderben gestürzt würden. Um diese zu schützen, seien die jüdischen Schuhhändler gänzlich zu kassieren.

Die Entscheidung der Statthalter ist aus den Akten nicht ersichtbar, sie dürfte jedoch nicht ganz zu Ungunsten der Schuhhändler ausgefallen sein. Die Eigenmächtigkeiten der christlichen Schuster nahmen jedoch auch weiterhin ihren Fortgang. Dem jüdischen Schuster Sanwill Nessanel nahmen sie im Jahre 1688 eine Anzahl Schuhe weg, woraufhin die Statthalter den Neustädter Hauptmann Harrich Graf v. Guttenstein beauftragten, für die unweigerliche Zurückgabe der abgenommenen Schuhe Sorge zu tragen. Ein abermaliger Exzeß würde an den Übertretern ernstlich geahndet werden. Der Hauptmann habe darauf zu achten, daß ein derartiger Unfug und solche Tätlichkeiten abgestellt werden.

Um aber die Berechtigung ihrer Angriffe zu beweisen, legten die Ältesten der Altstädter Zechmeister zwei Bestätigungen vom 1. Juni 1688 vor. Christian Sin, Bürger der Altstadt, und Christian Mörschl bestätigen, bei der Altstädter Hauptwache gesehen zu haben, wie zwei Juden aus dem Hause des Salomon von Friedberg Stiefel und Schuhe heraustrugen. Sie vermuteten darunter Pfuscherarbeit und versuchten sie ihnen zu entreißen; der ältere konnte zwar entkommen, dem jüngeren nahmen sie jedoch die Stiefel weg und übergaben sie den Zunftältesten. Der Schuhknecht Blasius Aschlitz bestätigt, daß die Judenschuster bei Pfuschern Schuhe verfertigen lassen: In Friedbergs Behausung, beim goldenen Briegl in der Plattnergasse und bei der goldenen Gans in der Karpfengasse. Besonders die Judenschuster Sanwill Nessanel und sein Bruder Jakob Nessanel und Jochanan in der goldenen Gasse. Er habe dies gesehen, als er noch bei den Pfuschern Arbeit verrichtete. Aus diesen Zeugenaussagen, schreiben die Zechmeister, gehe klar hervor, daß die Judenschuster gegen unsere und ihre eigenen Privilegien handeln. Da sie den Nessanel gerichtlich belangen wollten, möge alles in statu quo belassen werden.

Der Neustädter Hauptmann berichtete am 10. Juni über seine Rücksprache mit dem Altstädter Magistrat und sandte die Eingabe

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Altstädter Zunftältesten ein, die sich trotz Ermahnungen und Zureden zur Zurückgabe der abgenommenen Schuhe nicht entschließen wollen. Ein ausdrücklicher Befehl sei hiezu nochmals notwendig. Am 12. Juni 1688 erging von den Statthaltern der erwünschte abermalige Befehl, dem dann Folge geleistet wurde.

d) Die Glaser.

Die Glaserhandwerker der Prager Juden fanden schon frühzeitig in den adeligen Häusern auf der Kleinseite vielfache Beschäftigung. Die christlichen Glasermeister verfolgten dies mit Mißgunst und als sie ihre Zunftartikel erhielten, nahmen sie auch folgende Punkte gegen die Juden auf:

„Von einem löblichen Magistrat der königl. Kleinen Stadt Prag, denen gesambten zünftigen Glasermeistern alldorten von anno 1629 den 11. August erteilten Handwerks Privilegien oder Articulus.

§ 8. Ein Störer oder Jud, so mit Glas handelt, hausieren oder Glas in Häusern herumbtragen wollte, soll allhier nicht passiert, noch gestattet werden, er sei denn ein ehrlicher Meister, eines ehrlichen Meisters Wittib oder eines Meisters Kinder und Nachkommen.

§ 10. Wenn ein Glaser, er sei ein Christ oder Jud, welcher dem Handwerk gebührlich nicht zugetan ist, Arbeit ergreifen würde, wie ingleichen auch die Hausierer, daß sie Glas in Häusern herumtragen, soll ihnen, mit Vorwissen des Gerichts und der Aeltesten-Meister, dergleichen Arbeit oder Hausieren-Kram hinweg genommen werden und der eine Teil dem Gericht und der andere Teil dem Handwerk zugehören."

In diesem Privilegium wird allerdings nur gegen jene Juden Stellung genommen, die keine gelernten Glasermeister sind. Diese Artikel boten jedoch den christlichen Glasermeistern Handhabe genug, um gegen jede jüdische Glaserarbeit vorgehen zu können. Sie haben jedoch die jüdischen Glaser viele Jahre ihre Arbeit unbehindert verrichten lassen, was die Judenglaser mit Anerkennung hervorhoben. Differenzen entstanden im Jahre 1650, wie bereits erwähnt, in der Altstadt. Am 7. Oktober 1675 beschwerten sich die Juden gegen die Neustädter Glaser, sie hätten ihnen alles weggenommen und sogar die jüdischen Meister verhaften lassen. Es dürfte hier ein äußerer, mit dem Zunftwesen nicht zusammenhängender Anlaß vorgelegen haben, wie ja häufig Angriffe christlicher Meister von einer plötzlich eingetretenen judenfeindlichen Stimmung veranlaßt worden sind. Ein energischer Befehl der Statthalter vom 6. Dezember 1675 half den Judenglasern zu ihrem Rechte.

Größeren Umfang hatte das Vorgehen der Kleinseitner Glaser im Jahre 1682 gegen die Judenglaser, als diese auf der Kleinseite ihre Arbeit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

verrichteten. Die Zunftglaser griffen sie tätlich an, zerschlugen ihnen ihre Ware, verletzten sie durch heftige Schläge und untersagten ihnen jede weitere Arbeit auf der Kleinseite. In der Klage der jüdischen Glaser gegen die christlichen Meister heben sie die Tatsache hervor, daß sie bis zur Pestseuche im Jahre 1680 von den alten christlichen Meistern stets unbehindert ihr Handwerk ausüben konnten. Die alten Meister seien jedoch zumeist in der Contagion umgekommen und die jetzigen jungen und fremden christlichen Meister gingen sehr rigoros gegen die Juden vor, obwohl sie nur die bei ihnen von Christen bestellte Arbeit verrichtet hätten.

Die Kleinseitner Meister beriefen sich dagegen auf ihre Privilegien und behaupteten, die Juden hausierten von Haus zu Haus und kauften ihnen das Glas „von der Nase weg". Sie müßten viel Kontribution zahlen und hätten auch sonst große Lasten auf sich. Erst das Eingreifen der Statthalter stiftete wieder Frieden und beruhigte die aufgeregten Gemüter.

e) Die Strumpfstricker.

Der Strumpfhandel bildete eine wichtige Ernährungsquelle der Prager und böhmischen Juden, die zum Teile die Strümpfe selbst gestrickt haben. Differenzen zwischen den christlichen Strumpfstrickern und den Juden in Prag dürften kaum vorgefallen sein, dagegen bestanden solche in Pilsen und Kralowitz. Die Juden kamen im Jahre 1675 zum Jahrmarkte nach Kralowitz, um dort ihre Strickware zu verkaufen. Dieses wollten jedoch die Meister des Strumpfstrickhandwerkes nicht erlauben, weil die Juden, wie sie am 26. März 1676 angeben, zu ihrem „großen Abbruch und merklicher Verkürzung" mit untauglicher Ware handelten und ehrliche Leute betrögen. Über Beschluß des Bürgermeisters und des Rates der Stadt Kralowitz wurde den Juden die Ware weggenommen. Diesem Beschlusse schlossen sich auch die Strumpfstrickmeister der Stadt Pilsen an.

Nach vergeblichen Schlichtungsversuchen sah sich der Prager Jude Moses Abeles am 19. August 1677 veranlaßt, gegen dieses Vorgehen bei den Statthaltern einzuschreiten. Den Juden, führt er aus, sei es nach den Privilegien gestattet, sowohl in Prag als auch in allen Orten des Königreichs während der Marktzeit sowie die Christen Tuch und Strickware zu verkaufen, was auch im ganzen Lande stets ohne Störung vor sich gehe. Nur in Pilsen, wo die Juden schon über 20 Jahre zum Nutzen der Königl. Regalien handeln, würden sie im Strumpfwarenverkauf gehindert. Die Juden hätten stets erstklassige Ware geführt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Dagegen behaupteten die Strumpfstrickermeister in ihrer Gegenschrift vom 27. September 1677 an die Hauptleute des Pilsner Kreises, die Juden verkaufen zum Schaden des gemeinen Pöbels unbrauchbare, von Pfuschern verfertigte Ware, was sie nicht gestatten könnten. In ihren Privilegien sei von den Juden keine Rede, weshalb ihnen das Handeln mit Strumpfstrickwaren nur in dem Falle erlaubt sei, wenn sie von den eigenen Zunftmeistern stammende Ware auf die Jahrmärkte brächten und dort verkauften.

Aus den vorhandenen Akten geht hervor, daß dieser Streit mit den Pilsner Strumpfstrickern am 15. Oktober 1687 noch andauerte.

f) Die Tuchscherer (Tuchhändler).

Eine bedeutende Erwerbsquelle für die Prager Juden war der Tuchhandel. Sie bezogen zumeist Reichenberger Tuch, das für die jüdischen Kaufleute seit jeher zum „Ungelt", später in das Altstädter Wirtshaus „Zum goldenen Storch" gebracht wurde. Eine Änderung dieser alten Gepflogenheit wollte das Altstädter Sechsherrenamt am 26. Jänner 1682 herbeiführen. Zu diesem Zwecke berief es den Prager Juden Hirschl Jonas Pohlin, den Unterhändler zwischen den Prager jüdischen Kaufleuten und den Reichenberger Tuchmachern, und trug ihm unter Androhung einer strengen Strafe auf, fernab das Reichenberger Tuch nur zum Altstädter „Kotzen" zum Verkaufe bringen zu lassen.

Aus einer Eingabe der jüdischen Tuchhändler vom 29. Jänner 1682 ist die Ursache dieser neuen Maßnahme zu ersehen. Bis zur Pestseuche im Jahre 1680 hatten nämlich die Prager christlichen Tuchscherer nicht mit Tuch und Wolle gehandelt. Erst nach dieser Zeit hatten sich einige christliche Tuchscherer am Kotzen Tuchläden aufgemacht und trieben einen Tuch- und Wollhandel. Um sich nun von dem hereinkommenden Tuche gleich das Beste aussuchen zu können, bewirkten sie beim Altstädter Sechsherrenamt die erlassene Verfügung. Die jüdischen Tuchhändler beschwerten sich dagegen, da ihnen die christlichen Tuchscherer in ihren Häusern nur das minderwertige Tuch übrigließen. Es möchte bei der bisherigen Observanz bleiben, um auch weiterhin die hohe Kontribution aufbringen zu können.

Die böhmische Kammer ordnete sogleich eine Untersuchung an, damit „die Kontribution keinen Eintrag" erleide. Am 7. März 1682 traf sie folgende Entscheidung: Das Tuch solle sowohl zum Kotzen als auch an eine von den Juden gewünschte Stelle gebracht werden, damit aber keine „Unterschleife" geschehe, solle die Ware von einem Zunftmeister und einem Vertreter des Sechsherrenamtes stets geprüft werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

g) *Die Zinngießer.*

Zumindest seit Beginn des XVI. Jahrhunderts haben sich die Prager Juden als Zinn- und Kannengießer betätigt. Sie durften zwar ihre Ware nicht in die Christenhäuser tragen oder damit hausieren gehen, sie konnten sie jedoch scheinbar an öffentlichen Jahrmärkten verkaufen. In der christlichen Zunftordnung vom Jahre 1509 wird jede Kannengießerware an Jahrmärkten zu verkaufen erlaubt, wenn sie vorher von den Zunftmeistern auf ihre Brauchbarkeit untersucht worden sei. Der von uns erwähnte Prager Jude Vlach wurde von den Zunftmeistern im Jahre 1534 nur deswegen bestraft, weil er mit der Ware hausieren ging und diese als unbrauchbar bezeichnet worden war.

Durch die Judenprivilegien im Dreißigjährigen Krieg stand den Juden das Zinnwarenhandwerk und Handel offen. Erst im Jahre 1690 kam es zu folgenden Zwischenfällen. „Die Ältesten geschworene Zech- und andere Meister des Zinngießerhandwerkes aller drei Prager Städte" brachten beim Altstädter Magistrat folgende Beschwerdepunkte gegen die Prager Juden vor: 1. Die Juden verwenden schlechtes, fremdes Zinn, worauf die Prager Zunftprobe eingeprägt sei. 2. Sie schmelzen das von den Prager Meistern stammende Zinn und vermengen es mit Blei. 3. An allen in den letzten Jahren vorgekommenen Diebstählen hätten die Juden schuld, weil sie jede Diebsware aufkaufen. Hätten jedoch die Zunftmeister das alleinige Recht zum Zinneinkauf, würden sie die Diebe gleich anzeigen. 4. Die Judenstörer verkaufen das Zinn beim „Goldenen Angesicht", „Goldenen Straußen", „Weißen Rosen" und beim „Heiligen Grießmüller". In der Eisengasse hätten die Juden in einem Gewölbe über 100 Zentner geschmolzenes Zinn, welches sie verarbeiten wollen. 5. Die Zunftmeister könnten das vom Oberamte in Schlackenwert erkaufte Zinn nicht anbringen, weil die Juden ihr verfälschtes Zinn um einen Spottpreis verkaufen.

Um den Betrug der Juden und der Landmeister zu verhindern, hätten sie, berichten die Zinngießer, beschlossen, vom Jahre 1690 an eine neue Zinnprobe einzuführen und das mit der alten Probe versehene Zinn als falsch zu erklären. Die Geschäfte der Juden sollten gesperrt und die bei Christen hausierenden Juden mit Arrest belegt werden.

In ihrer Gegenäußerung bestreiten die jüdischen Zinnhändler, fremdes Zinn zu verwenden oder damit hausieren zu gehen. Sie verwahren sich gegen die Beschuldigung der Beihilfe zum Diebstahl seitens der „Kandlgießer", die hiezu keinen einzigen konkreten Fall nennen könnten, und verlangen dafür die billigmäßige Satisfaktion. In der Christenstadt besäßen sie keine Gewölber, infolge der Feuersbrunst halten sie sich dort nur vorübergehend mit Bewilligung der Behörden auf. Das vorhandene

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zinn rühre von der Brandkatastrophe her, für das die christlichen Kannengießer den um ihr Habe gekommenen Leuten nur 9–10 Kreutzer geben wollten, während sie ihnen dafür 16–18 Kreutzer gegeben hätten. Die Juden verwendeten nur das mit dem Prager Meisterzeichen versehene Zinn. Die Meister verfälschten jedoch selbst das Zinn und gäben ihr Zeichen darauf, was sie beweisen könnten. Es wäre gegenüber den Juden und Christen ein Unrecht, wenn alles nicht mit der neuen Probe versehene Zinn als falsch angesehen werden möchte, da die Meister selbst dieses in Handel gebracht hätten. Schließlich ersuchen die jüdischen Zinnhändler, die Statthalter möchten eine Untersuchungskommission einsetzen.

Bald darauf fügten die Zunftzinnmeister ihrem früheren Memorandum folgende Erklärung hinzu. Sie verlangen nicht die Einstellung des jüdischen Zinnhandels, nur die Auflassung ihrer Zinngewölber in den christlichen Häusern und am Tandelmarkte. Vom Lande sollten die Juden nur solches Zinn hereinbringen dürfen, das ihrer Probe entspreche. Sie würden kein Zinn verwerfen, das mit ihrer oder ihrer Vorfahren Probe versehen sei.

Der Altstädter Hauptmann Heinrich Friedrich Graf von Guttenstein erhielt von der Statthalterei den Auftrag, mit Zuziehung des Altstädter Richters eine gründliche Untersuchung vorzunehmen und sich zu bemühen, den Juden zu helfen. Sollte eine Beilegung der Differenzen nicht erfolgen, solle er einen Bericht einsenden.

Der Magistrat ließ die christlichen und jüdischen Zinngießer vorladen und erklärte ihnen, von jetzt ab sei beim Schmelzen 9 Pfund Zinn und 1 Pfund Blei zu verwenden. Am 16. März 1690 beschloß jedoch der Magistrat in völliger Ratssession, den Juden das Schmelzen des Zinnes zu verbieten und den Verkauf auf die Judenstadt zu beschränken, da die jüdischen Zinngießer den vielfältigen Zinndiebereien Unterschleife gäben. Der Altstädter Hauptmann gab den erbetenen Bericht ganz im Sinne des Magistrates ab.

Bevor noch dieser Streitfall erledigt worden war, ereignete sich ein zweiter Zwischenfall: Der Prager Jude Abraham Eidlitz [30a] ließ sich aus Komotau außerhalb der Jahrmarktszeit Zinn bringen, das bei der Untersuchung die Meisterprobe nicht bestand. Der Altstädter Magistrat konfiszierte daraufhin das Zinn und übergab es den Zunftmeistern, obwohl Abraham Eidlitz behauptete, dieses von christlichen Meistern als richtiges Zinn gekauft zu haben. Die Statthalter vertraten nun den Standpunkt, bis zur Entscheidung des Appellationstribunals, dem die ganze Streitfall mit den Zinngießern vorgelegt worden war, könne dem Abraham Eidlitz gegen eine Kaution das Zinn zurückgegeben werden, um ihn vor einem völligen Ruin zu retten. Als nun Eidlitz sein Haus als Kaution zur Verfügung stellte, erhielt er einen Teil seines Zinnes zurück.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Das Appellationstribunal fällte kein entscheidendes Urteil, sondern gab nur ein Gutachten ab, weil die zu behandelnde Angelegenheit keine rein wirtschaftliche, sondern auch eine politische Frage sei. Dieses Gutachten der Obersten Richter vom 11. Juni 1693 fiel ganz zu Gunsten der Juden aus. Damit der dem Gemeinwesen zum Nachteile gereichende Zwiespalt verhütet werde, sagt das Appellationsgericht im Gutachten, sei den Juden das Zinngießerhandwerk den jüdischen Privilegien entsprechend zu gestatten. Sie dürften daher nicht nur unausgearbeitetes Bergzinn auch außerhalb der Jahrmarktszeit nach Prag einführen, sondern dieses auch, ebenso wie die Christen, nach den allgemein geltenden Bestimmungen mit einem Zusatz von Blei in der Judenstadt verarbeiten. Die Juden sollten jedoch 1. keine christliche Gesellen, Störer und Pfuscher beschäftigen; 2. kein ausgearbeitetes Zinn außerhalb der Jahrmärkte nach Prag führen; 3. kein Zinn außerhalb der Judenstadt in den christlichen Gewölben verkaufen; 4. nicht damit in christlichen Häusern hausieren gehen, es sei denn, daß sie ein Christ in sein Haus bestelle; 5. sei den Juden strenge zu verbieten, gestohlenes Zinn wissentlich zu zerschmelzen und zu verkaufen. Dem Abraham Eidlitz solle das Zinn zurückgegeben werden.

Es ist anzunehmen, daß sich die Statthalter in ihrer getroffenen Entscheidung nach diesem Gutachten gehalten haben werden.

Anschließend wollen wir noch einzelne das Handwerk betreffende Vorfälle verzeichnen. Israel Baroch,[31] jüdischer *Matratzenmacher*, beschwert sich am 1. September 1678 gegen den neugetauften Thomas Augustin, einen Verwandten, der ihm alle Arbeit, die er immer in „vornehmen Cavalier-Behausung" bekommen hätte, fortgenommen, ihn geschlagen und am Leben bedroht hätte.

Am 4. September 1682 bitten die jüdischen *„Knopfhölzlmacher"*, den christlichen Knöpflmachern unter Androhung einer Strafe zu verbieten, fremde Hölzlmacher nach Prag zu berufen und aus anderen Orten die Hölzl anher zu bringen. Scheinbar hatten die jüdischen Knopfhölzlmacher in Prag eine Monopolstellung eingenommen.

Abraham Bassewi ersucht am 27. November 1687 um die Bewilligung zur Eröffnung einer Barbier-Stube und berief sich hiebei auf die Privilegien seines Ahnen Jakob Bassewi von Treuenberg.

Jakob Isak Brandeis beschwert sich am 5. April 1691 gegen die christlichen *Lohgerber* in Pilsen, sie hätten ihm am Jahrmarkte 3 Stück geschnittenes Leder weggenommen und sie um einen hohen Preis verkauft.

Naftali Gerstel Brandeis führt Häute von Ungarn nach Böhmen, läßt sie hier verarbeiten, um sie dann nach Sachsen zu liefern.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

2. Kampf der christlichen Zunftorganisationen.

Nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges folgte eine Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. Die großen Lieferungen von allen möglichen Handwerksartikeln fürs Militär wurden stark reduziert und die allgemeine Verarmung griff stark um sich, so daß in den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkte innerhalb von 20 Jahren eine wesentliche Veränderung eintrat. Hiezu kam noch die allmähliche Verbreitung der Konfektionsware, wodurch in erster Reihe die Zunfthandwerker betroffen wurden. Die christlichen Zünfte erblickten jedoch in der Konkurrenz der Juden die einzige Ursache für den Niedergang ihres Handwerkes, was eine heftige judenfeindliche Strömung zur Folge hatte. Als nun im Jahre 1670 die Austreibung aller Juden aus Wien erfolgte, glaubten die Prager christlichen Zünfte, daß nunmehr auch für sie die Zeit gekommen sei, um sich die verhaßte Konkurrenz der Juden vom Halse zu schaffen.

Die Bürger und Handwerksleute von zwölf christlichen Zünften reichten im Jahre 1670 zur Statthalterei ein Memorandum ein, worin sie in bewegten Worten den „unaussprechlichen" Schaden schildern, den ihnen die jüdischen Handwerksleute auf allen Gebieten zufügten, so daß sie kaum mehr ihre bürgerliche Nahrung finden könnten. Jede einzelne Zunft brachte gegen die Juden eine Beschwerde ein und bat die Statthalter um Remedur. Die Statthalter ließen diese Beschwerden den amtlichen Weg gehen. Am 28. November 1670 übersandten sie diese an den Altstädter Magistrat, damit er beide Parteien vernehme und dann darüber ein Gutachten einsende. Das vom Magistrat erstattete Gutachten befriedigte jedoch die Statthalter in keiner Hinsicht, weshalb sie sich vom Altstädter Magistrat am 29. Juli 1671 über folgende Fragen einen Bericht erbaten: 1. wodurch die Juden den einzelnen Zünften einen Schaden zufügten; 2. womit die Juden ihre eigenen Privilegien überträten; 3. auf welche Weise dem Übel abgeholfen werden könne. Den daraufhin abgegebenen Bericht übersandten die Statthalter mit allen anderen eingelaufenen Schriften am 18. April 1673 an die Appellationskammer zur Begutachtung.

Bei seinem Prager Aufenthalt empfing Kaiser Leopold I. am 7. September 1673 die Vertreter der christlichen Zünfte in Audienz. Sie schilderten dem Kaiser ihre mißliche Lage und baten ihn fußfallend, gegen die ihnen großen Schaden zufügenden Juden einzuschreiten. „Mit höchsten Freuden" vernahmen sie vom Kaiser, daß er das „hochschädliche jüdische Übel" abstellen werde. Der Kaiser verlangte daraufhin von den Statthaltern einen beschleunigten Bericht, wieweit die Juden gegen ihre Privilegien gehandelt hätten. Diese übergaben das kaiserliche Schreiben am 8. Mai 1674 der Appellationskammer.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main UB DFG

Als die Appellationskammer das verlangte Gutachten nicht erstattete, übersandten die zwölf Zünfte dem Kaiser ein neues Memorandum. Sie schildern darin ihren seit 1670 geführten Kampf gegen die Juden und beschuldigen die Statthalter wegen Sabotierung des abzugebenden Gutachtens. Die Verschlechterung ihrer Lage schreite von Jahr zu Jahr fort, sodaß von den christlichen Meistern und Gesellen nicht einmal mehr der fünfte Teil vorhanden sei, wie vor 30 Jahren. Die Verarmung der christlichen Zünfte zeige sich auch darin, daß diese früher reichliche Summen zu kirchlichen Zwecken und zur Erbauung von Spitälern hergeben konnten, wozu sie jetzt außerstande seien. „Hingegen prangen die Juden in ihren Synagogen mit Edelgestein, Messing, Silber und Gold. Keiner von ihnen bettelt, wenn jemand was braucht, ein Alter oder Krummer, wird er von der Anlage erhalten. Sie senden sogar nach auswärts für ihre Brüder Geld".

Die Juden halten sich gar nicht an ihre Privilegien, da nicht der tausendste Jude das Handwerk erlernt hätte. Sie üben ihr Handwerk gar nicht unter sich, sondern in Christenhäusern aus. Es sei schon soweit, daß die christlichen Gotteshäuser durch jüdische Arbeit versehen werden. Ein Verzeichnis der christlichen Handwerker, die durch die jüdischen ganz ins Verderben geraten seien, zählt folgende Zünfte auf:

1. Goldschmiede
2. Strumpfstricker
3. Schnürmacher
4. Hutter (Hutmacher)
5. Hutschmucker
6. Tuchmacher
7. Tuchhändler
8. Leinwandhändler
9. Sattler und Wagenmacher
10. Glaser
11. Messerschmiede
12. Kürschner
13. Seidenwirker
14. Perlhefter
15. Schneider u. a. m.

Die Zünfte wenden sich in ihrem Memorandum auch scharf gegen die stetige Zunahme der Prager Juden, die sich nicht nur durch ihren natürlichen Zuwachs vermehren, sondern auch durch die vertriebenen und „entloffenen" Juden aus Portugal, Italien, Polen, Ungarn und Österreich. Alles käme nach Prag und Böhmen. Dagegen sei eine Abnahme nicht zu erwarten, „massen ein Jud in kein Kloster und in keinen Krieg gehet".

Die Prager Judenältesten werden sicherlich die notwendigen Schritte zur Entkräftung der vorgebrachten Anklagen unternommen haben. Wir wissen, daß sie sich am 29. März 1677 dagegen beschwerten, daß die christlichen Zünfte die kais. Privilegia interpretierten und disputierten, was nach der kais. Resolution vom Jahre 1651 niemanden zustehe. Die Statthalter beauftragten auch gleich (30. März) den Altstädter Richter, beide Parteien durch die hiezu ernannte Kommission vernehmen zu lassen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

und die Streitigkeiten zu schlichten, damit keine Überfälle vorkommen, die Kontribution ordentlich abgeführt und unnötige Behelligung höheren Ortes vermieden werden sollten.

Die Untersuchungskommission wird sicherlich ihre Aufgabe gründlich durchgeführt haben; wenn sie dennoch nichts gegen die jüdischen Gewerbetreibenden unternommen hat, so lag eben kein Grund zum Einschreiten vor. Die Ältesten und Meister der zwölf Zünfte der drei Prager Städte wollten aber unbedingt ihre jüdische Konkurrenz ausschalten, sie reichten daher im Jahre 1680 abermals an den Kaiser ein Memorandum ein, das an Angriffen und Pauschalbeschuldigungen der Juden alles bisherige durch Schärfe und Rücksichtslosigkeit übertraf.

Die Zünfte schildern in ihrer Eingabe ihre bisherigen vergeblichen Schritte und bringen statistische Daten, die den Niedergang ihres Handwerkes darlegen sollten. Darin stellen sie die Zahl der Zunftmeister vor 20 bis 30 Jahren in allen drei Prager Städten der gegenwärtigen Zahl gegenüber. Diese lautet:

Hutschmucker	früher	28	jetzt	2
Posamentiermacher	„	18	„	2
Sattler	„	20	„	4
Weißgerber	„	30	„	5
Kupferschmiede	„	15	„	6
Glaser	„	30	„	6
Strumpfstricker	„	40	„	8
Hutmacher	„	40	„	9
Kürschner	„	100	„	27
Schneider	„	über 400	„	130
Schuster	„	500	„	150

Als Gesamtzahl der früheren Meister geben sie 1245 gegenüber der gegenwärtigen 355 an. Dementsprechend hätte sich auch die Zahl der Gesellen vermindert, wo früher bei einem Handwerker 100 Gesellen gewesen seien, befinden sich jetzt nur 10. An den Niedergang seien allein die Juden schuld, die den ganzen Handel und die Handwerksnahrung an sich gezogen hätten und die christlichen Meister fünf bis sechsfach übertreffen. Den Juden sei ihre Stadt viel zu eng und hätten daher über 40 angrenzende Christenhäuser besetzt, wo sie sogar eine Synagoge gemacht hätten. In den Läden, Ständen und Gewölbe im Ungelt, St. Jakob, bei St. Galli und am Tandelmarkte, wo sie ihren Handel treiben, seien an 2000 Juden. Der Reichtum der Prager Juden sei bei ihrem festlichem Aufzuge anläßlich des Freudenfestes des Erbprinzen Josephus (der nachmalige Kaiser Joseph I. ist am 26. Juli 1678 geboren) erst recht zu Tage getreten. „Was für eine Pracht an Gold, Silber und Kleinodien sie dabei haben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sehen lassen, weiß die ganze Stadt". Die christliche Bürgerschaft wäre solches nicht imstande aufzuführen, selbst wenn „man 10 Prager Städte zusammenschmieden" sollte.[32]

Die Juden würden überall den christlichen Meistern, die laut ihrer Zunftordnung dauerhafte Ware anfertigen müßten, vorgezogen. Die Ausstaffierung der angeworbenen Soldaten zu Roß und zu Fuß, die Lieferung für ganze Regimenter von Haupt bis zu Füßen geschehe durch die Juden. Die Klage- und die meisten Hochzeitskleider, ebenso die Livreen würden von den Juden verfertigt. Kein Fremder, kein Offizier, kein Student lasse mehr bei den Christen arbeiten. Dieses sei allein der Taktik der Juden zuzuschreiben, die darin bestehe, daß sie ihre umherlaufenden Spione und Zuträger bei allen Stadttoren, auf allen Straßen, in allen Wirts- und Herrenhäuser, die Klöster nicht ausgenommen, hielten, die alles ausforschten und der Judenstadt zuführten.

Früher hätten die Juden mit alten Kleidern und schlechten Krämereien gehandelt, jetzt verfertigten sie lauter neue Ware. Gegen den 9. Punkt ihres Privilegiums vom Jahre 1648 verstoßen sie durch folgende Tatsachen: 1. Seien sie keine gerlernten Handwerker. 2. Hielten sie christliche Gesellen, Störer und Pfuscher und gäben ihnen bei Tag und Nacht Unterkunft. 3. Trügen sie die von ihnen verfertigte Arbeit in den Gassen und Häusern zum Verkaufe herum. 4. Hätten sie ihre Läden auf dem Tandelmarkte und in der Judenstadt nicht nur 2 Tage in der Woche, sondern das ganze Jahr geöffnet. 5. Übe der Altstädter Hauptmann die ihm übertragene Aufsicht über ihre Handwerksarbeit nicht aus. 6. Werde ihnen eine in unehrbarer Vorteilhaftigkeit, in betrügerischer und untüchtiger Weise gemachte Arbeit nicht weggenommen und sie würden hiefür nicht bestraft. 7. Sollten sie der kais. Begnadigung verlustig erklärt werden.

Die ehrsamen Zunftmeister begnügen sich jedoch noch nicht mit den vorgebrachten Beschuldigungen, sondern werfen den Juden solche ungeheure Laster vor, deren Unstichhältigkeit sofort zu erkennen sind, um nur ihr angestrebtes Ziel zu erreichen. Die katholischen Handwerksgesellen, führen sie an, seien gezwungen bei den Juden Nahrung zu suchen, „aber was sie dort sehen und lernen, weiß Gott. Wie manches Handwerksbürschel, wie mancher fremder ehrlicher Mann, ist mit seinem Ranzen frisch und gesund in die Judenstadt gegangen, aber niemals wieder gesehen worden". Die grausamen Judenlaster seien: „Diebstahl, Sakrilegien, Wucher, Ehebrüche, Kupplereien, Mordtaten, Gotteslästerung, Vergiftungen, Verfluchung Christi, Maria, alle Heiligen im Himmel und alle Christen auf Erden". Als Zeugen hiefür bringen sie den böhmischen Chronisten Hajek und den gewesenen Juden Christian Gerson, der 1659 zu Erfurt ein Buch über den Talmud schrieb.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Durch die Juden sei in Prag die Pest entstanden. Sie kaufen durch Pest infizierte Betten, Decken und Kleider und verkaufen sie den Christen. In einer Nacht hätten die Juden alle Brunnen vergiftet, um alle Christen auf einmal wegzuräumen, als zahlreiche Christen daran starben, seien die Brunnen gesperrt worden. Die Juden sollten aus allen Erbländern vertrieben werden, zumindest müßten sie durch Abschaffung der Müßiggänger und Zuträger reduziert werden.

Die Folge dieses Memorandums war, daß der Kaiser am 26. März 1680 ein Dekret erließ,[33] wonach die Juden von Prag nach Lieben transferiert werden sollten. Die Kommission verständigte am 7. Mai 1680 hievon den Altstädter Magistrat, fügt jedoch hinzu, bisher sei noch kein annehmbarer Vorschlag gemacht worden, woher die Mittel zum Bau der Wohnungen genommen werden sollten.

Bis zur Brandkatastrophe der Prager Judenstadt am 21. Juni 1689 haben die Zünfte nichts weiter gegen die Prager Juden unternommen. Dieses über die Juden hereingebrochene Unglück veranlaßte sie jedoch, mit neuer Kraft und neuen Anwürfen den Sturm gegen die Juden zu entfachen. Die geschworenen Ältesten und sämtliche Meister von 31 Zünften aller drei Prager Städte (zu den 12 früheren kamen noch 19 Zünfte hinzu) reichten am 14. Dezember 1689 an den Kaiser ein Gesuch ein, worin sie ihm für seine Resolution vom 26. März 1680 die Juden nach Lieben zu transferieren, ihren Dank aussprachen. Der Plan sei wegen angeblichem Mangel an Mitteln nicht ausgeführt worden, die Juden besäßen jedoch so viel Geld, um drei solche Judenstädte aufzubauen. In den letzten neun Jahren hätten die Juden in Prag und auf dem Lande um viele tausende Köpfe zugenommen und seien viel mächtiger und freier geworden. Dieses „furchtbare Nattergezücht" hätte so überhandgenommen, daß sie die Christen zu ihren Dienern und Sklaven machen und diese schon aus ihren Händen das Bettelbrot nehmen müßten.

Die Juden müßten aus der Stadt und dem ganzen Königreiche vertrieben werden, da sie weder durch Gesetz, noch durch Ringmauern von ihrer Bosheit abzubringen seien. Im Falle ihrer Vertreibung versprächen sie dem Kaiser nicht nur das Kontingent der Judensteuern zu zahlen, sondern noch viel mehr Steuern aufzubringen[34]. Künftighin würde ihr Steuerquantum immer größer sein. Damit aber der Kaiser die ersehnte Judenvertreibung sicher durchführe, fügen die Zünfte die Drohung hinzu: „Gott behüte das ganze Königreich vor dem Zorn Gottes, welcher hiedurch gar leichtiglich erweckt werden dürfte".

Zu dieser Eingabe legten die neuhinzugekommenen 19 Zünfte eine Beschwerde bei, worin jede Zunft ihre durch die Juden erlittene Beeinträchtigung vorbringt. Wenn diese auch vielfach übertrieben erscheinen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

werfen sie doch ein interessantes Schlaglicht auf die Verhältnisse jener Zeit. Der Inhalt dieser Beschwerden ist:

Barbierer: Die Juden fügen ihnen großen Schaden zu, indem sie sich in Christenhäusern Bartscherstuben aufrichten. Sie schicken Spione in die bürgerliche und Wirtshäuser, ziehen Fremde und Cavaliere an sich. Sie kurieren christliche Patienten und hätten schon oft solche um ihre Gesundheit und ihr Leben gebracht, die dann ohne katholische Versehung gestorben seien. Die Juden hätten schon 14 Bartscherstuben mit je 8 bis 10 Mitgehilfen, wogegen die christliche Barbierer aller drei Prager Städte nur 18 besäßen, von denen nur 4 etwa 3 bis 4 Gesellen hätten.

Goldschmiede: Zur Zeit des Münzmeisters Tobias Schuster von Goldberg gab es in Prag 70 christliche Goldschmiede mit je 8 bis 10 Gesellen und 2 bis 3 Lehrjungen. Ihr Gold und Silber kauften sie ehedem bei der Königl. Münze. Seitdem die Juden das Schmelzen von Gold und Silber in Böhmen erlaubt sei, müssen sie von ihnen das durch Beimischung von Kupfer und Messing verfälschte Silber und Gold kaufen und gehen dabei zugrunde. Es gebe nurmehr 15 christliche Goldschmiede ohne Gesellen, dagegen über 60 jüdische, die sich stets vermehren. Überdies befinden sich auf dem jüdischen Tandelmarkte über 50 jüd. Läden für Gold, Silber und Edelsteine, woselbst auch Kelche, Kreuze, ebenso aus Gotteshäusern und Klöstern geraubte Diebstücke zu haben seien.

Geschmeidler: In ihren Kramläden lösen sie in 2 bis 3 Wochen kaum 1 bis 2 fl., dagegen hätten die jüdischen Kramläden auf dem Tandelmarkte einen derartigen Zulauf, „daß man sich mit Gewalt bei ihren Läden durchdringen muß".

Gürtler: Seit der Contagion 1680 hätten die Juden ihre Pfuscherei so sehr das Gürtlerhandwerk an sich gerissen, daß kaum ein Zehntel der ehemaligen Gürtler vorhanden sei. Die Juden geben den christlichen Gesellen zum Stehlen Dittrich und Schlüssel, das Geraubte verkaufen sie weiter. Sie gingen dabei zugrunde und müßten den Bettelstab ergreifen.

Nagelschmiede und 7 andere Handwerke: Früher hat es in Prag 20 bis 30 christl. *Plattner* gegeben, jetzt existiert kein einziger mehr. Vor wenigen Jahren waren noch *8 Rotgießer* gewesen, jetzt gebe es nur einen, der sich schwer erhalten kann, da die Juden das Metall und Erz aufkaufen und es heimlich aus dem Lande führen. Zum Glockengießen ist daher hierzulande nicht genügend Metall vorhanden und muss um das Doppelte im Auslande gekauft werden. Die christl. *Nadler* und *Zeugschmiede* leiden stark unter den Juden, die in der Judenstadt und auf dem Tandelmarkte alles verkaufen und öffentlich pfuschen, wogegen die christlichen Meister nicht aufkommen können. Die *Nagelschmiede*, *Ringelschmiede*, *Flaschner und Feilenhauer* haben in kurzer Zeit stark

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

abgenommen und gehen dem Ruine entgegen, da die Juden sie ganz überwältigen.

Lohgerber: Die Juden kaufen in Prag und auf dem Lande von den Fleischern, Schäfern ja selbst von Schindern die rohen Häute und lassen sie von den aus der Zunft ausgeschlossenen christlichen Gesellen ausarbeiten. Bei Mníšek und anderen Orten haben die Juden von den Landherren und Landmännern Lohgerber-Werkstätten gegen Überzahlung gepachtet, woselbst sie christliche Meister, die sich nicht mehr ernähren können, beschäftigen. Das Leder lassen die Juden heimlich nach Prag bringen und verkaufen es den Schustern um 1 bis 2 Kreutzer billiger. Früher hat es in Prag 50 christliche Lohgerber gegeben, jetzt sind nur noch 10 vorhanden, von denen nur wenige Gesellen halten können. Ehedem haben die Gerber auf der Altstadt zum täglichen Verkaufe des Leders einen abgesonderten Markt gehabt.

Riemer: Die Juden betreiben das Handwerk viel stärker und besitzen an Riemerzeug einen größeren Vorrat als die Christen. Überall lassen die Juden durch Pfuscher und Pfrötter das schlechte Leder und die Stückel zusammenpfuschen, um es am Tandelmarkte feilzubieten. Ihre Spione bringen die Kriegsoffiziere zu ihnen, die ihnen für ganze Regimenter Aufträge geben. Die Juden sind mit Arbeit überladen und fahren überdies im Lande herum, um von den christlichen Meistern die Erzeugnisse billig zu kaufen oder für Waren einzutauschen. Sie kaufen auch von den Soldaten altes Gezeug, das sie überschwärzen und den Offizieren wieder verkaufen. Die christlichen Lehrjungen reizen sie zum Diebstahle an, um für billige Preise die Ware zu erhalten. Früher hat es in jeder Prager Stadt 10 bis 20 Meister gegeben, jetzt können sich kaum 3 bis 5 ernähren.

Schuhmacher: Die Judenstadt und der Tandelmarkt ist den Judenschustern schon zu klein und sie errichten daher in Christenhäusern ihre Kramläden und bieten die Schuhware in der ganzen Stadt zum Kaufe an. Zu ihrer Arbeit nehmen sie christl. Pfuscher und Soldaten auf, die sie auch beherbergen. Ein jüdischer Schuster hat durch die Pfuscher in 20 Tagen 5000 Paar Schuhe anfertigen lassen. Sie verwenden zu den Schuhen von verendetem Vieh verfertigtes Leder, geben Filz und unsaubere Kleiderstücke hinein und betrügen somit die Soldaten, die einfältigen Bauern und die Dienstboten. Sie geben zwar die Schuhe um $^1/_4$ Kreutzer billiger, die dauern jedoch nur 8 bis 14 Tage.

Licht und Seifensieder: „Die Juden kaufen Inslet von den Pragern Metzgern, bevor es noch erkaltet ist, führen es heimlich hinaus aufs Land, verfertigen dort Licht und Seifen, damit es keinen Gestank mache, dann lassen sie diese wieder nach Prag bringen und verkaufen sie hier.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Wenn wir christliche Meister von Inslet oder Garn haben wollen, müssen wir es von den Juden um teures Geld kaufen".

Tuchscherer: Die Juden streifen im ganzen Lande herum und überreden die christlichen Tuchscherer, für sie nur billige Ware zu verfertigen, mit der sie dann die Bauern betrügen. Die Meister gehen ihrem Ruine entgegen, von denen es noch vor wenigen Jahren 40 gegeben hat, jetzt gibt es kaum 5. Im christlichen Tuchhaus „Kotzen" ist kein feilhabender Christ zu sehen, dagegen ist der Tuchhandel der Juden sehr stark.

Schnürmacher: Von den Juden geht alles mit allerhand Schnüren, Borten, Fransen, Quasten und sonstiger Krämerware aus Seide, Gold und Silber in der ganzen Stadt hausieren, geben sie um 1 oder $^1/_2$ Kreutzer billiger und betrügen die Leute. Ehedem waren 20 bis 30 Meister mit je 4 bis 5 Gesellen gewesen, jetzt gibt es in allen 3 Prager Städten nur 4 mit einigen Gesellen.

Buchbinder: Die Juden beschäftigen Pfuscher und schicken ihre Spione überallhin. Nicht allein weltliche Bücher, sondern auch Missalia und Breviaria binden sie ein, obwohl sie die heiligen Sachen mißachten. Tausende Juden laufen in die Jesuiten-Collegia, Klöster und in die vornehmen Häuser und machen den Meistern daselbst, ja sogar in der Stadtbuchdruckerei alle Arbeit abspenstig. Neue und alteingebundene Bücher tragen sie von Haus zu Haus und richten sich in den Christenhäusern völlige Buchläden ein.

Dieses Memorandum hat für die Meister solche Folgen gehabt, die sie sicherlich nicht erwartet haben. Die nachteiligen Auswirkungen der Austreibung der Wiener Judenschaft haben den Kaiser veranlaßt, diesmal vorsichtiger zu sein und so erließ Leopold I. gleich nach Empfang dieser Beschwerde am 31. Dezember 1689 an die Statthalter ein Dekret, daß sie die böhmische Kammer und die Prager Judenschaft vernehme und darüber ein Gutachten einsenden möge.

Die Statthalter waren jedoch über diese eigenmächtige Eingabe der Zünfte sehr aufgebracht und befragten den Altstädter Hauptmann, wer denn den Zünften die erfolgten Zusammenkünfte erlaubt hätte und wie sie solche Beschwerden an den Kaiser ohne vorherige Fühlungsnahme mit dem Magistrate hätten abgeben können. Der Altstädter Hauptmann Graf von Guttenstein antwortete daraufhin, die zu ihm vorgeladenen Zünfte hätten angegeben, sie hätten hierzu die Erlaubnis des Altstädter Richters erhalten. Übrigens hätte ihr Rechtsberater, der die Schrift verfaßt habe, auch wissen müssen, was sie tun dürften.

Der Altstädter Richter Georg Ludwig Kučera von Osterberg, zur Verantwortung gezogen, verantwortete sich damit, daß die Meister dreier Zünfte, der Tuchscherer, Schuster und Schneider, sich von ihm die Er-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

laubnis erbeten hätten, bei ihrer Lade zusammenzukommen, um gegen die Pfrötter und die im Handwerk schädlichen Juden beim Kaiser einzukommen. Er hätte ihnen aber geraten, sich vorher beim Altstädter Magistrate zu beschweren. Er sei seit 26 Jahren im Dienste der Altstädter Gemeinde, als Richter sei er jedoch von der böhm. Kammer abhängig, die ohnehin mit Bewilligung des Kaisers die Judenschaft reduzieren wolle, ja selbst die Prager Judenältesten machten sich erbötig, die pfrötterischen Handwerksjuden, die keine Kontribution zahlten, von Prag abzuschaffen. Der langjährige Kampf der christlichen Zünfte hat somit mit einem Mißerfolg sein vorläufiges Ende gefunden.

IV.

DIE ZÜNFTE IM XVIII. JAHRHUNDERT.

a) Die Bäcker.[35]

Das Bäckergewerbe wurde von den Juden in Prag in sehr beschränktem Umfange ausgeübt. Der Grund hiervon ist nicht bei den Juden zu suchen, die stets eine besondere Vorliebe für diesen Beruf bekundeten, sondern bei den Christen, die die Juden von diesem Gewerbe mit der stets wiederkehrenden Verleumdung fernzuhalten versuchten, sie könnten durch das Backwerk die Christenheit vergiften. Mag dieses Argument noch so widersinnig gewesen sein, der Erfolg war für die christlichen Zünfte nicht zu unterschätzen. Sie hatten sich dadurch die Konkurrenz der Juden vom Halse geschafft und überdies an der jüdischen Kundschaft hübsche Summen verdient. Aus religionsgesetzlichen Gründen war es für die Juden nicht einfach, jedes Gebäck von den Christen zu beziehen, es dürfte daher ein Teil der Judenschaft für den eigenen Gebrauch selbst gesorgt haben. Im übrigen muß hervorgehoben werden, daß ein eigentliches Verbot für Backwarenerzeugung der Juden niemals bestanden hat und auch kaum ganz durchgeführt worden ist.

Während der Regierungszeit Kaiser Karl VI. wurde eine ganze Reihe von judenfeindlichen Gesetzen ins Leben gerufen. Die christlichen Zünfte nützten die günstige Zeit rasch aus, um ihren alten Kampf gegen die jüdische Konkurrenz wieder aufzunehmen. Zuerst richtete sich ihr Kampfgeist gegen vier jüdische Bäcker, die für den ausschließlichen Konsum der Juden Brot gebacken haben. Ihr Vorrat an Brot wurde ihnen entrissen und ihre Werkstätte zerstört. Meyer Günzburg, Eisik Lieben, Herschel Isak Lieben und Dwore Salomon Mannes Weib, die vier Prager jüdischen Bäcker, beschwerten sich im August 1721 gegen den Überfall der christ-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

lichen Bäckermeister und behaupteten dabei, die Prager Juden hätten seit undenklichen Zeiten für ihren eigenen Gebrauch das Brot gebacken.

Die Statthalter gaben am 26. August 1721 dem Neustädter Hauptmann Wenzel Graf Černin von Chudenitz, an Stelle des abwesenden Altstädter Hauptmanns, den Auftrag, die christlichen und jüdischen Bäcker vorzuladen und ihnen zu erklären, daß es den Juden unbenommen sei, für den Verbrauch der Juden in der Judenstadt das Brot zu backen. Die christlichen Bäcker müßten den Juden das abgenommene Brot bezahlen. Mit Strafandrohung solle er jedoch den Juden untersagen, nur das mindeste an Backwerken an Christen zu verkaufen.

Mit dieser Entscheidung der Statthalter waren die christlichen Bäckermeister keineswegs zufrieden und richteten daher d. d. praes. 2. Oktober 1721 eine Eingabe an den Kaiser. Eingangs heben die Bäckermeister ihre Bereitwilligkeit hervor, für die Pragmatische Sanktion das Jurament abzulegen. Eine Beschwerde richten sie dann gegen die Statthalter, die sie unverhört verurteilt hätten. Die Angabe der Juden, sie hätten seit undenklichen Zeiten Brot gebacken, sei unwahr, da dies stets ausschließlich Sache der Christen gewesen sei. Den Prager Juden könne das Brotbacken nicht erlaubt werden, weil sie in dichten Massen in Häusern aus Lehm und Holz nebeneinander wohnen, wodurch auch jedes Jahr in der Judenstadt die vielen Brände entstünden. Durch das zum Brotbacken erforderliche starke Feuer läge bald die ganze Stadt in Feuer und Asche.

Die Juden pflegen das Wasser, das Brot, sogar die Luft zu vergiften, um einen großen Teil der Christenheit zu töten, weswegen sie auch aus vielen Ländern vertrieben worden seien. So berichte auch der böhmische Geschichtsschreiber Bartholomäus Paprocký in seinem Diadochus de successione Regum et Statuum, folio 234 et 235, Art. 42, daß im Jahre 1161 die Juden das Wasser, das Brot und Futter vergiftet hätten, ebenso wollten sie König Wladislav töten, weswegen auch 86 Juden an einem Tage lebendig verbrannt worden seien. Mit der Erlaubnis zum Brotbacken würde man den Juden auch die Mittel zum Morden der Christen in Händen geben.

Das Verbot der Statthalter, Judenbrot an Christen zu verkaufen, sei illusorisch, weil nicht jede Judenhöklerin bewacht werden könne, auch würde eine große Anzahl von Christen, die bei den Juden esse und trinke, somit von ihnen abhängig sei, das Judenbrot kaufen. Die 17 christlichen Brotbäcker, die um die Judenstadt wohnen, und zwar 7 in der Karpfengasse, 5 beim heiligen Geist und 5 beim heiligen Kreuz, würden beim Weiterbestehen der jüdischen Brotbäcker den Bettelstab ergreifen müssen. Die christlichen Bäcker hätten seit jeher die Judenstadt mit Weiß- und Schwarzbrot versehen, wurde jedoch irgendwo ein jüdisches Brot bemerkt,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sei es gerichtlich konfisziert und den armen Gefangenen im Schachtei-Arrest gegeben worden.

Zur Unterstützung ihrer Angaben legten die Bäcker eine in ihrem Sinne gehaltene Bestätigung des Stadtgerichtes der Altstadt bei. Zufolge dieser Eingabe ordnete Kaiser Karl VI. am 10. April 1722 an: Die Statthalter sollen eine sachkundige Kommission mit Zuziehung zweier Appellationsräte beauftragen, beide Parteien mit ihren Rechtsvertretern zu vernehmen. Auf Grund des abzufassenden Protokolls sei ein wohlüberlegtes Gutachten abzugeben.

Das Ergebnis der Untersuchung scheint für die Prager Juden nicht günstig ausgefallen zu sein, da in der Konsignation der Prager Judenschaft vom Jahre 1729[36] von den 19 Männern und 18 Frauen, die vom Brotverschleiß lebten, nur ein einziger als Brotbäcker angeführt wird, wobei es noch fraglich ist, ob er tatsächlich Brot gebacken oder nur das von christlichen Bäckern stammende Brot verkauft habe.

b) Die Schuster.[37]

Durch den entschiedenen Erfolg der Bäckerzunft ermutigt, nahmen auch die Ältesten der christlichen Schuhmacherzunft erneut den Kampf gegen das jüdische Schuhgewerbe auf. In einer Beschwerdeschrift an Karl VI. führen sie gegen die Juden Klage, daß ungelernte Juden im Schuhhandel tätig seien und sie während der ganzen Woche ihre Ware verkauften, damit hausieren gingen und christliche Pfuscher beschäftigten. Der Kaiser beauftragte nun am 21. Feber 1724 die Statthalter, den Magistraten der 3 Prager Städte und den Nebenrechten den Wortlaut der Judenprivilegien, soweit sie die jüdischen Schuster und Schuhhändler beträfen, zu übergeben und ihnen zu befehlen, die Juden in den Schranken ihrer Privilegien zu halten und jede Übertretung zu ahnden. Das Kommerzialkollegium habe die Aufgabe, von vier zu vier Wochen eine Überprüfung durchzuführen.

Überdies wendet sich der Kaiser gegen den Handel der Juden an Sonn- und Feiertagen in der Judenstadt, wo das Volk von auswärts zusammenkomme und ein förmlicher Markt abgehalten werde.[38] Fernab solle dieser weder vor- noch nachmittags geduldet werden.

Die Durchführung der Kontrolle brachte viele Härten mit sich, die in der Judenstadt schwer empfunden wurden. Aus einem Berichte des Bürgermeisters und des Rates der Altstadt vom 7. April 1724 entnehmen wir, daß am 4. April 6 christliche Schuster-Älteste mit dem Blutschreiber und 6 Soldaten der Wache zur Kontrolle der Schuhhändler in die Judenstadt gingen und im Beisein des Judenältesten Wolf Lichtenstadt einigen Schuhhändlern ihre angeblich von Pfuschern verfertigte Ware weg-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

nahmen, wobei es zu einem solchen Tumult kam, daß die Kommission fluchtartig die Judenstadt verlassen mußte.

Wiederholte Beschwerden der christlichen Schuster veranlaßten den Altstädter Magistrat, den jüdischen Schustern die Durchführung folgender drei Punkte aufzuerlegen: 1. Konsignation der erlernten jüdischen Schuster und Schuhflicker. 2. Angabe der Verkaufsstelle für Schuhe, die nur an den zwei Wochentagen (Dienstag und Freitag) verkauft werden dürfen. 3. Bekanntgabe der Anzahl der bei den jüdischen Schuhhändlern befindlichen Schuhe.

Die jüdischen Schuster[39] beschweren sich in einem Bittgesuche vom 20. Mai 1726 gegen die christlichen Schuster, die ihnen gegen ihre Privilegien neue Gesetze aufdrängen wollen. Die Auslieferung der in ihren Werkstätten verfertigten Schuhe wollen sie nur an den beiden privilegierten Tagen gestatten und verbieten ihnen, die bei den armen christlichen Meistern bestellten Schuhe zu verkaufen. Sie wollen die armen Meister, die sich keinen Laden halten können, zwingen, entweder bei ihnen um einen geringen Arbeitslohn zu arbeiten, oder das Handwerk aufzugeben, während die Juden ihnen einen Lebensunterhalt verschaffen. Die Abgabe eines Verzeichnisses der jüdischen Schuster halten sie für unnötig, da die beiden Zünfte vollständig von einander getrennt seien. Die Judenschuster bitten den Kaiser: 1. die bestellten Schuhe auch außer den privilegierten Tagen aushändigen zu dürfen; 2. die von ihnen selbst angefertigten Schuhe an Wochen- und Jahrmärkten und 3. die bei den christlichen Meistern bestellten oder erkauften Schuhe continuierlich verkaufen zu dürfen.

Auch die christlichen Schuster wandten sich an den Kaiser. Die Juden hätten einen großen Vorrat an Schuhen, die sie von Sachsen hereingebracht hätten und in den kleinen Städten arbeiten ließen. Sie verkauften in der Judenstadt und am Tandelmarkte und gingen damit hausieren. Die für die Juden arbeitenden Meister würden mit ihrem eigenen Gewerbe besser fortkommen. Die Meister verlangen nun vom Kaiser: 1. Die Juden sollen das Verzeichnis beim Magistrat abgeben. 2. Entscheidung über den Standort des Schuhladens. 3. Verbot des Hausierens. Noch zweimal wandten sich die Zunftältesten an den Kaiser, um ihre Forderungen gegen die Juden durchzusetzen.

Der Erfolg der wiederholt unternommenen Schritte der Zunftmeister, ständig vom Altstädter Magistrat unterstützt, zeigte sich im Reskripte des Kaisers vom 10. Mai 1729: Die Juden dürfen zwar die bei ihnen bestellten Schuhe auch außerhalb der bestimmten Tage abliefern, doch dürfen sie keine Schuhe an Wochen- und Jahrmärkten verkaufen. Die Freiheit des Verkaufes der von den christlichen Meistern erstandenen Schuhen, was zum Unterschleife Anlaß geben könnte, sei in den Juden-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

privilegien nicht enthalten und sei auch nicht darauf auszudehnen. Damit die Schuharbeit nur von gelernten jüdischen Schustern durchgeführt werde, sei zeitweise eine Liste von diesen dem Altstädter Magistrat einzuhändigen. Der Schuhverkauf könne in der Judenstadt oder am Tandelmarkte erfolgen, doch müssten die jüd. Schuster erklären, wo sie in den erlaubten zwei Tagen feilhalten wollten. Die Juden seien gemäß den Privilegien zu schützen, andererseits bei jeder Übertretung strengstens zu bestrafen.

Dieses kais. Dekret brachten die Statthalter am 25. Juni 1729 dem Altstädter Magistrat zur Kenntnis und trugen ihm auf, hievon die christlichen und jüdischen Schuhmacher zu verständigen und darauf zu achten, daß die christl. Schuster in keiner Weise die jüdischen kränken sollten.

Zufolge des kais. Dekretes übergaben die Ältesten der jüdischen Schuhmacherzunft am 26. September 1729 dem Altstädter Magistrat ein Verzeichnis, das in drei Gruppen (Columnen) eingeteilt ist.[40] In der ersten Gruppe sind 30 gelernte jüdische Schuster mit Ortsangabe ihres Ladens, in der zweiten sind 49 Schuhflicker, die keinen Laden besaßen, in der dritten sind 20 Schuhhändler mit dem Standorte ihres Ladens verzeichnet. Dieses Verzeichnis enthält folgende Namen:

„Columna prima. Gelernte jüdische Schuster:

Hertzka Pisek in der Judenstadt
Löbl Selig Tausig in der Judenstadt
Moyses Todters in der Judenstadt
Nathan Stallmacher, Moyses Schöpkes } haben keine Stelle
Mayer Meiseles in der Judenstadt
Löbl Nathan Stallmacher hat keine Stelle
Lazar Hakler in der Judenstadt
Samuel Itzeles in der Judenstadt
Elias Samuel Elkeles in der Judenstadt
Karpel Schuster in der Judenstadt
Berl Hertz Schuster, Jokel Elkoym Kollenstepper, Salomon Josef Thein } haben keine Stelle
Schmül Küche in der Judenstadt
Nosse Thein, Herschel Thein und dessen Sohn Joseph, Mändl Fischl, Markus Gräger } haben keine Stelle

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Antschel Feiwel Kemperer
Hirschl David Sänger
Mändl Chaimb Fischeles
David Aron Storcheles
Selig Mattes Grab
Josef Baroch Weiseles
Ephroyim Träger
Baroch Löbl Offner
} haben keine Stelle

Löbl Hoschmann Schneider im Tandelmarkt im Myslikischen Haus
Schmuel Fanta hat keine Stelle

Columna secunda.

Jüdische Schuhflicker, welche keine Stelle haben und selbte die christliche Meister praecario zugclassen.

Löbl Hoschmann
Josef Pinkas Fanta
Chaiemb Schmelkes
Schmuel Elkones
Wolf Salomon Schuster
Mordechai Greger
Löbl Wahle
Nathan Jekef Thein
Ekive Löbl Taussik
Josef Schuster
Salomon Deklmacher
Löbl Harpner
Cheim Schleiffer
Josef Mendelinkes
Wolf Jona Joss
Schlomo Pascheles
Aaron Fischeles
Moyses Samuel Buchbinder
Abraham Jampeles
Mayer Schürmer
Bermann Lemeles
Pessach Raudnitz
Wolf Elias Goldschmidt
Schmuel Altschul
Moyses Porges
Hirschl Mayer Lieben
Löbl Mamnes
Hirschl Laschkes
Mayer Bass Schuster
Ephroim Träger
Samuel Neustädtl
Libermann Eberle Pass
Raffel Auerbach
Löbl Köpl Schuster
Josel Juda Trager
Gadel Benjamin Thorsch
Samuel Joseph Reissel
Hirschl Isaak Porges
Moyses Cheyemb Fischl
Moyses Berl Beck
Josef Aron Schuster
Berl Jekeff Perles
Salomon Melitz
Elia Berl Simeles
Abraham Ruben Goldschmidt
Cheimb Joseph Träger
Selig Moyses Grab
Esriel Chaimb Warter
Hersch Schmelkes

Columna tertia.

Jüdische Schuhandler, so gar nicht gelernt und ihnen der Handel verboten worden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Herschel Marodes hat seinen Laden an der Ecke der goldenen Gasse
Löbl Stang hat das dritte Gewölb in besagter Gasse
Herschl Rudtzke Küche hat daselbst das 4. Gewölb
Moyses Löb Graf hat sein Gewölb daselbst
Mathes Graf daselbst an der anderen Seiten
Abraham Kotzerad daselbst
Josef Fanta im Tandelmarkt
Löb Hoschmann im Tandelmarkt
Mathes Moyses Affner
Herschl Wahl
Jekef Löbl Mikowitz
Schmeie Küche sein Weib in Myslikischen Haus im Tandelmarkt
Salomon Joachim Tekelmacher in Myslikischen Haus
Markus Prosetitz in Tandelmarkt und in der goldenen Gasse
Ester Torna in der goldenen Gasse
Die Wittib Judes Schuster im Myslikischen Haus
Die Wittib Israle Schusters im Myslikischen Haus
Des David Sacerdoths Schuster Weib in Pitzinischen Haus im Tandelmarkt
Schaul Abraham Schauls im Myslikischen Haus
Josef Fanta im Frischmanischen Haus im Tandelmarkt"

Der Altstädter Magistrat ließ das kais. Dekret publizieren und ernannte eine Kommission, die den jüdischen Schuhflickern verbot, außerhalb der 2 Wochentage, ebenso an Wochen- und Jahrmärkten ihre Ware feilzubieten, damit sie nicht besser als die ausgelernten jüdischen Schuster gestellt seien. Den jüdischen Schuhhändlern, welche die Profession nicht erlernt hätten, sei der Handel gänzlich untersagt und ihr vorhandener Vorrat an Schuhen müsse außer Land geschafft werden. Den erlernten Schustern wurde jede Bestellung bei den armen christlichen Meistern verboten. Der Altstädter Hauptmann schloß sich in seinem Berichte an die Statthalter dieser Verfügung des Magistrates an.

Die jüdische Schusterzunft protestierte am 20. Oktober 1729 gegen diese Verfügungen bei der Statthalterei. Diese wandte sich daraufhin am 27. Oktober 1729 gegen einige Verordnungen des Altstädter Magistrates. Aus dem kais. Reskripte sei nicht zu ersehen, daß die Schuhhändler ihre Ware außer Land schaffen müßten. Ebenso verbiete es nicht, die Bestellungen bei den christlichen Meistern, sondern nur den Handel damit an den unerlaubten Tagen.

Den christlichen Schuhmachern war es jedoch nicht um die Herstellung eines Rechtszustandes, sondern um die möglichst völlige Verdrängung der Juden vom Schustergewerbe zu tun, dieses glaubten sie durch Gewalttaten und durch Hervorrufung von Zwischenfällen am

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

chesten erreichen zu können. Die Beschlagnahme von Schuhen und Sperrung jüdischer Schuhläden war nun an der Tagesordnung. Selbst am Sabbat veranstalteten die Zunftschuster Überfälle auf die geschlossenen Läden der jüdischen Schuster. Vergeblich beriefen sich die jüdischen Schuhhändler auf ihre Privilegien und auf die Vorteile des kaufenden Publikums, das bei ihnen gute und billige Schuhe erhalte.[41] Die Meister wiesen auf die jüdische „Kammeradschaft" hin, wonach sich die Schuhhändler mit den Schustern assoziieren.

Die Statthalter wandten sich wiederholt gegen die Exekutionen der christlichen Schuhmacher und verlangten vom Stadthauptmann mehreremal anzugeben, auf welcher Rechtsgrundlage er das Warenlager der jüdischen Schuhhändler außer Land zu schaffen angeordnet habe. Der Altstädter Hauptmann erklärte schließlich, diese Bestimmung sei vor 5 Jahren von der Kommission getroffen worden, die jedoch seinerzeit der Statthalterei nicht mitgeteilt worden sei. Einige Beispiele von jüdischen Handelskonsorten, die er namentlich anführt[42], machten jede Kontrolle des Schuhhandels unmöglich. Unter den angegebenen gelernten jüdischen Schustern befänden sich solche, die nicht einmal einen Schuh flicken, viel weniger einen neuen anfertigen könnten. Jeder jüdische Schuster sollte zur Probe einen Schuh im Beisein der christlichen Meister anfertigen müssen.

Auf diesen Bericht hin wünschten die Statthalter die Anlegung eines neuen Verzeichnisses der jüdischen Schuster. Sie stellten sich jedoch gegen eine Prüfung der jüdischen Schuster, ihre Angaben seien nur nachzuprüfen. Die bei den jüdischen Händlern befindlichen Schuhe sollten aufgenommen und ein Termin für ihre Veräußerung angegeben werden.

Eine Anzahl jüdischer Schuster erklärte, zur Probe Schuhe anfertigen zu wollen, obwohl sie hiezu nicht angehalten werden könnten, da sie Lehrbriefe besäßen. Dieses Angebot wurde aber von ihnen nicht angenommen.

Der Altstädter Magistrat berichtete am 14. September 1731 seinem Hauptmann: Das vorige Verzeichnis der jüdischen Schuster sei genau verfaßt worden, nur hätten sich einige Fehler eingeschlichen, die verbessert worden seien. Jeder hätte seine Lehrzeit nachweisen müssen, wodurch einige von der 1. in die 2., manche von der 2. in die 1. Kolumne versetzt worden seien. Die jüdischen Schuhflicker hätten wehmütigst angesucht, auch an den nichtprivilegierten Tagen verkaufen zu können, da sonst der ohnehin geringe Verdienst zu ihrem Lebensunterhalte nicht ausreiche. Die Meister wendeten sich zwar dagegen, der Hauptmann solle jedoch selbst darüber die Entscheidung treffen. Der Vorrat bei den jüdischen Schuhhändlern betrage 3480 Paar Schuhe, für deren Abverkauf eine halbjährige Frist zu stellen sei. Die Statthalter erklärten sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

am 3. Juli 1732 mit der zugunsten der jüdischen Schuhflicker ausgesprochenen Entscheidung des Stadthauptmannes einverstanden, so daß diese während der ganzen Woche ihre Läden geöffnet haben durften. Den Schuhhändlern gaben sie zum Verkaufe ihres Vorrates eine halbjährige Frist; diese wurde jedoch immer hinausgeschoben.

Auch in den folgenden Jahren kam es wegen angeblicher Pfuscherei und Verkaufs an den nichtprivilegierten Tagen zu Überfällen, die mit der Wegnahme von Schuhen verbunden waren. Von den vielen Fällen seien hier folgende verzeichnet. Am 4. September 1737 drangen die christlichen Meister in Begleitung des Stadtgerichtes in den Laden des Selig Grab ein, nahmen daraus 140 Paar Schuhe, die sie ins Altstädter Rathaus bringen ließen, während sie 600 Paar im Laden ließen, den sie versiegelten. Als der von den Juden herbeigerufene Stadthauptmann sah, wie die Frau Grabs von einem Meister geschlagen worden sei, ließ er die entwendeten Schuhe zu sich bringen, und setzte auf den versiegelten Laden auch sein Petschaft auf. Dasselbe wiederholte sich gleichzeitig bei Moyses Scheberles und Selig Schuster, dem sie 135 Paar wegnahmen. Es entstand nun ein Kompetenzstreit zwischen dem Stadtgericht und dem Stadthauptmann, der behauptete, nach den Privilegien allein berechtigt zu sein, die Wegnahme von Schuhen anzuordnen.

Als nach monatelanger Vermittlung der Statthalterei der Kompetenzstreit zugunsten des Stadthauptmannes ausgefallen war, wurden die noch immer mit doppeltem Petschaft versehenen jüdischen Schuhläden geöffnet. Sie waren jedoch ganz leer, die Schuhe waren verschwunden. Die herbeigeeilten christlichen Meister stellten fest, Selig Grab hätte Ziegel aus der Wand herausgehoben und durch die entstandene Öffnung die Schuhe entwendet, während Moyses Scheberles dies durch die Bretterwand getan hätte. Beide wurden dafür zu einem vierwöchigen Schachtei Arrest verurteilt, die beschlagnahmten 275 Paar Schuhe wurden dem Armenhause überwiesen.

Diese Verurteilung hatte auch zur Folge, daß 100 Paar Schuhe, die den jüdischen Schustern im Jahre 1735 hinweggenommen worden waren, einer Untersuchung unterzogen und, da sie im Innern nicht gut ausgearbeitet gewesen waren, als Kontrebande erklärt wurden. Dagegen protestierten die Schuster Selig Grab, Löbl Harpner, Löbl Taussigs Witwe und Löbl Hoschmann Schneider am 3. Feber 1738 beim Gubernium. Nach dem Statthaltereidekret vom 27. Oktober 1729, erklärten sie, sei ihnen der Ankauf der Schuhe von den christlichen Meistern gestattet, nur müsse deren Verkauf an den privilegierten Tagen erfolgen. Die als minderwertig erklärten Schuhe stammten von den christlichen Meistern, die sie damit betrogen hätten, wofür sie nun nicht zur Verantwortung gezogen werden könnten. Sie bäten daher, ihnen die abgenommenen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Schuhe zurückzuerstatten und ihnen fernerhin die von den christlichen Meistern verfertigten Schuhe nicht wegzunehmen.

Diese Zuschrift scheint die christlichen Schuhmacher veranlaßt zu haben, den Behörden einen Beweis zu liefern, daß die jüdischen Schuhhändler auch außer Dienstag und Freitag Schuhe verkauften, gleichzeitig sollte dadurch die Frage der Schuhhändler abermals ins Rollen gebracht werden. Zwei von ihnen gedungene Christen sollten zu diesem Zwecke von den jüdischen Händlern Schuhe kaufen. Dem Maurergesellen Franz Paržilowsky gelang es tatsächlich, bei Löbl Hoschmann, dem Kutscher Matej Sobotka wieder bei Josef Fanta an einem nichterlaubten Tage Schuhe zu erstehen. Die Meister brachten sogleich die corpora delicti zum Altstädter Stadthauptmann, woselbst sie einer Untersuchung unterzogen und als Pfuscharbeit erklärt wurden. Über die Läden der beiden Schuhhändler wurde sofort die Sperre verhängt. Am 14. März 1738 erstattete der Altstädter Hauptmann der Statthalterei darüber Bericht, darin wendet er sich gegen die Forderung der christlichen Meister, den jüdischen Händlern, „diesen blutarmen Kontribuenten", die ganze Ware zu pfänden. Es sollte vielmehr der von den jüdischen Händlern angebotene Vergleich bezüglich der Verkaufstage angenommen werden.

Löbl Hoschmann und Josef Fanta wandten sich am 24. März 1738 in einem Bittgesuche an die Statthalterei, worin sie erklärten, die Zunftmeister hätten absichtlich eine besondere List ausgesucht, um sie ins Unglück zu stürzen. Sie bitten, die seit sechs Wochen gesperrten Läden wieder zu eröffnen und verpflichten sich, mit den christlichen Meistern einen Vergleich abzuschließen.

Kaiser Karl VI. hat am 9. Juli 1737 der christlichen Schuhmacherzunft neue Innungsartikel verliehen, die gleichzeitig die Bestimmungen für die jüdischen Schuster enthalten. Der 30., 31. und 32. Paragraph enthält die Vorschriften für die Schuherzeugung und Schuhhandel der Juden. Es ist hauptsächlich eine Zusammenfassung der bisherigen Verordnungen des Kaisers. Sie entsprechen ganz den Wünschen der Zunftmeister. Der 32. Punkt enthält Vorschriften, welche die Juden schon 1575 als für sie untragbar bezeichneten.

Paragraph 30 enthält, außer den bereits bekannten Bestimmungen für das Handwerk der Juden aus dem Jahre 1648, daß ein ungelernter Schuster keinen Handel mit neuen Schuhen treiben darf und die Juden von einem armen christlichen Schuhmacher keine Schuhe zum Verkaufe erwerben dürfen. Dem Altstädter Magistrat sei von Zeit zu Zeit eine Liste der gelernten jüdischen Schuster zu übergeben.

Paragraph 31 enthält die Strafbestimmungen für einen Juden, der gegen obige Bestimmungen handelt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Paragraph 32 gibt der christlichen Schusterzunft das Recht, mit Vorwissen des Altstädter Magistrates die Arbeiten und Läden der jüdischen Schuster zu kontrollieren. Für christliche Meister, die für Juden arbeiten, werden ansteigende Strafen vorgesehen. (Vergleiche Beilage VI.)

c) Die Schneider.

Wesentlich günstiger gestalten sich die Verhältnisse zwischen den beiden Schneiderzünften, wenn auch hier Zwischenfälle nicht ausgeschlossen waren; sie erlangten jedoch niemals ein solches Ausmaß wie bei den Schustern. Es mag dies einerseits in dem bereits durchfochtenen Kampf im XVI. Jahrhundert begründet sein, andererseits hatte sich die Kleiderkonfektion, ein Hauptherd für Streitfälle, schon am Anfang des XVII. Jahrhunderts durchgesetzt, sodaß sich damit die christlichen Schneider abgefunden hatten. Es gab auch in der Prager Judenstadt stets eine genügende Menge jüdischer Schneider, die alle Arbeiten für die jüdischen Kleiderhändler selbst schaffen konnten. Der Kampf der christlichen Schneider war daher mehr auf Einschränkung der jüdischen Arbeit und des jüdischen Kleiderhandels eingestellt. Natürlich versuchten auch sie, ihr Ziel durch Überfälle zu erreichen. So beklagte sich der Judenschneider Löbl Sparkl am 9. Mai 1678 gegen die Neustädter Schneider, sie hätten ihn bei Ablieferung eines bestellten Kleides mit lebensgefährlichen Schlägen übel zugerichtet.

Am 13. Oktober 1726 beklagen sich die christlichen Schneider über die christlichen Tandlerinnen, die dauernd mit jüdischer Ware herumhausieren, sowie über die jüdischen Kleiderhändler, die die ganze Woche hindurch ihre Geschäfte offen hielten und in der Stadt hausieren gingen. Die Hauptleute der drei Prager Städte schränkten daraufhin die übermäßige Anzahl der christlichen Tandlerinnen auf 21 ein und verboten ihnen, mit neuen Kleidern zu handeln und damit hausieren zu gehen. Den jüdischen Kleiderhändlern verboten sie, außerhalb der zwei Wochentage neue Kleider zu verkaufen oder diese an den Läden auszuhängen, es sei denn, daß sie ins Haus berufen werden möchten.

Die Schneiderzunft aller drei Prager Städte führte am 30. September 1734 abermals gegen die Juden Klage, wegen Hausierens, Verkaufs und Aushängung der Kleider an den nichtprivilegierten Tagen. Als trotz wiederholter Beschwerde jahrelang keine Antwort kam, sandten sie der Statthalterei eine Bestätigung der christlichen Tandlerin Marjandel Pohlin vom 20. September 1737 ein. Darin erklärt diese, daß sie im Auftrage des Prager Juden Israel Marle von ihm verfertigte Mieder zum Verkaufe herumtrage und schon 40 Stück abgesetzt hätte. Ein christlicher Schneidermeister hätte in einem solchen statt der Fischbeine lauter Schilfrohr

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gefunden. Marie hätte ihr auch Pelz- und Schlafröcke, sowie Carmisolen zum Weiterverkaufe angeboten, was sie abgelehnt hätte. Nach ihrer Behauptung hätte er 20 Tandlerinnen, die für ihn Kleider verkauften.

Die Statthalterei gab am 16. Jänner 1738 dem Altstädter Richter Wenzel Graf Černin von Chudenitz den Auftrag, den bürgerlichen Schneiderzünften hilfreiche Hand zu leisten und die Kleiderhändler in die Schranken ihrer Privilegien zu weisen. Der Altstädter Richter berief daraufhin die christlichen Schneidermeister und die jüdischen Männer- und Weiberkleiderhändler zu sich und ging mit ihnen alle Punkte der Beschwerde durch, wobei sich, nach seinem Berichte vom 31. März 1738, folgendes einwandfrei herausstellte. Die Juden verkaufen nur am Dienstag und Freitag die von den Judenschneidern verfertigten neuen Kleider; außer diesen Tagen verkaufen sie nur an Fremde und an Leute, die sie zu sich berufen. Sie tauschen bereits getragene Kleider mit einem Preisaufschlag gegen neue ein. Die Beschäftigung christlicher Tandlerinnen stellten die Juden in Abrede, da sie ja selbst neue Kleider bei Bestellungen in die christlichen Häuser tragen dürfen. Im Beisein ihrer Inspektoren erklärten die bürgerlichen Schneidermeister, gegen den jüdischen Altkleiderhandel während der ganzen Woche und den Neukleiderhandel an den erlaubten Tagen nichts einzuwenden. Bei Ablieferung eines bestellten Kleides in ein Christenhaus, kamen die beiden Parteien überein, sollen die jüdischen Händler einen Bestellschein bei sich tragen, um sich damit über Verlangen der christlichen Meister auszuweisen; bei Ermanglung eines solchen solle es diesen erlaubt sein, mit dem Kleiderhändler mitzugehen, um sich von der Wahrheit seiner Angaben persönlich überzeugen zu können.

Dieses Übereinkommen hat jedoch die Juden vor wiederholten tätlichen Überfällen nicht geschützt. David Löbl Bischitz, Abrahamb Kl ue, Mayer Raudnitz und Salomon Kleiderhändler, „sämtliche jüdische Prager Kleiderhändler", brachten am 15. April 1738 bei der Statthalterei folgende Beschwerdeschrift gegen die christlichen Schneidermeister ein. Obwohl sich die Schneidermeister der drei Prager Städte vor einer Kommission verpflichtet hätten, den jüdischen Kleiderhändlern mit Gewalt keine Kleider wegzunehmen, hätten die Neustädter Schneider den Salomon Kleiderhändler überfallen; sie entrissen ihm gewaltsam die Kleider und versetzten ihm solche Prügelschläge, daß ihm ein Finger gebrochen worden sei. Bei der Untersuchung dieses Vorfalles durch den Neustädter Hauptmann stellte sich heraus, daß eine Rauchfangkehrerin den Kleiderhändler zu sich bestellt hätte, um für ihren Gesellen ein Kleid zu kaufen. Eine Beschwerde richteten sie auch gegen einen Neustädter Schneidermeister, der ein von einem jüdischen Händler erkauftes Kleid, das ihm die christliche Käuferin zur Abschätzung des Wertes gezeigt hätte, nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wieder herausgeben wollte. Durch solche Überfälle entstünden Tumulte, da sich niemand mit Gewalt was wegnehmen lasse.

Die jüdischen Kleiderhändler wenden sich in ihrer Eingabe auch gegen die ganz unbegründeten Beschwerden der Schneiderzunftältesten, denen sie keinen Schaden zufügten. Sie beschäftigten keine Pfuscher, sondern ließen „alle Mannskleider" bei den jüdischen Schneidern anfertigen, die sie nur an den erlaubten Tagen verkauften und gingen auch nicht hausieren. Nur wenn ein fremder Durchwanderer oder Handwerksmann zu ihnen komme, verkauften sie ihm auch außerhalb der bestimmten Zeit, da dieser nicht auf einen Tag warten könne, an dem sie auf dem Tandelmarkte öffentlich verkaufen dürften, ebensowenig wie ein solcher auf die Anfertigung eines Kleides durch den christlichen Meister warten möchte. Die christliche Kundschaft kaufe bei ihnen lieber ein, weil bei ihnen ein ganzer Anzug nicht soviel koste, wie die christlichen Meister für Macherlohn und „Bedürfnisse" allein berechnen.

Die Statthalterei übersandte diese Beschwerdeschrift an das Kommerzialkollegium mit dem Bemerken, daß den Juden wohl der Kleiderhandel, wenn er den gesetzlichen Rahmen nicht überschreite, nicht verwehrt werden könne. Der Neustädter Hauptmann erhielt daraufhin den Auftrag, die jüdischen Beschwerden zu untersuchen. Sollte der Sachverhalt ihren Angaben entsprechen, müßten die abgenommenen Kleider den Juden „ohne Entgelt" zurückgegeben werden.

Für die Ausübung des jüdischen Schneidergewerbes waren die zuweilen einsetzenden Angriffe der Christenschneider von untergeordneter Bedeutung. Folgenschwerer waren für die Juden die neuen Zunftartikel, die die neue Königin Maria Theresia am 19. Dezember 1740 der christlichen Schneider- und Tapeziererzunft verliehen hat.[34] Im 19. und 21. Paragraphen dieser Zunftordnung sind für die Juden solche Verbote enthalten, die die christlichen Zunftmeister nur ein einzigesmal in einer Eingabe erwähnten, sonst aber nicht mehr gefordert hatten.

§ 19 bestimmt, daß unausgebildete Schneider, ob Christen oder Juden die keine Zunftmitglieder sind, am Tandelmarkte und anderwärts, mit Ausnahme der Jahrmarktszeit, keine neuen, ungetragenen Kleider verkaufen und auch nicht damit hausieren gehen dürften. Mit alten, bereits getragenen Kleidern dürfen aber auch diese handeln. Den Zuwiderhandelnden würden die Kleider abgenommen und zugunsten der Zunft verkauft.

§ 21 besagt: kein Prager jüdischer Tapezierer darf außerhalb der Judenstadt in Christenhäusern Tapezierarbeit verrichten, widrigenfalls ihm seine Arbeit weggenommen und er selbst vom Magistrate eine entsprechende Strafe erhält. (Vergleiche Beilage VII.)

Im Begleitschreiben zu diesem Innungsartikel erklärt Maria Theresia:[44] „gleich wie wir durch diese unsere allergnädigste Bestätigung Niemanden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

seine anderwärtigen Rechte und Gerechtigkeiten einigen Nachteil oder Praejuditz zugezogen haben wollen".

Dieses Begleitschreiben mit den Judenartikeln wurde an die Prager Judengemeinde gesandt, womit wohl gesagt sein sollte, daß die Prager Judenschaft in ihren althergebrachten, verbrieften Rechten niemals verkürzt werden sollten. Wieweit die Kaiserin ihr Versprechen den Prager Juden gegenüber eingehalten hat, soll der nächste Abschnitt zeigen.

V.

DIE ZÜNFTE WÄHREND DER AUSTREIBUNG DER JUDEN AUS PRAG.

Im Verlaufe unserer Darstellung konnten wir die Bestrebungen und Schritte der christlichen Zünfte verfolgen, die sie zur Verdrängung des Handels und des Gewerbes, besonders auch zur Austreibung der Prager Juden gemeinsam unternommen haben. Durch die verheerenden Folgen der Austreibung der Wiener Juden belehrt, gab Leopold I. ihren Bitten und Versprechungen nicht nach, er trat vielmehr als Beschützer der Juden auf. Sein Sohn Karl VI., der den Juden viel feindlicher gesinnt war, schenkte den Anklagen der Zünfte mehr Gehör und war bemüht, das jüdische Gewerbe möglichst einzuschränken. Über die Stellungnahme seiner Tochter Kaiserin Maria Theresia, die ihre Judenfeindschaft gerne öffentlich demonstrierte, zu den dauernden Beschwerden der christlichen Zünfte über die Schädigung ihrer Gewerbsinteressen durch die Juden, kann kein Zweifel bestehen. Wir müssen der Ansicht des Staatsarchivars Sektionsrat Dr. Josef Bergl[45] beipflichten, daß ihre jahrzehnte alten Klagen bei der Kaiserin auf fruchtbaren Boden gefallen sind und die Zünfte einen wesentlichen Anteil an dem Ausweisungsdekret vom 18. Dezember 1744 hatten. Demzufolge wurden alle Juden ausnahmslos im Jahre 1745 aus Prag vertrieben. Leid, Not, Elend und Tod hatte diese grausame Austreibung für die Judenschaft zur Folge.[46] Das unermüdliche Bestreben der bürgerlichen Zunftmeister ging nun in unverhoffter Weise in Erfüllung.

Haben sich jedoch ihre daran geknüpften Hoffnungen auf Verbesserung ihres Gewerbes erfüllt? Erwiesen sich die Prager Juden wirklich als die Schädlinge ihres Handwerkes, die ihren Untergang und ihr Verderben herbeiführten, wie es die Zunftmeister in ihren Eingaben ununterbrochen zum Ausdrucke brachten? Zur Beantwortung dieser Fragen lassen wir die Zunftmeister selbst zu Worte kommen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Die während der Emigration zumeist auf dem böhmischen Lande zerstreut lebenden Prager Juden versuchten, auf alle mögliche Art ihr dürftiges Brot zu verdienen.[47] Ihre Geschäftstüchtigkeit bewirkte es, daß sie allmählig den ganzen Handel auf dem Lande an sich zogen. In den Prager Städten fing man gar bald an, den Abzug der Juden unangenehm zu verspüren. Handel und Gewerbe begannen zu stocken, eine große Teuerung griff um sich, die christlichen Gewerbetreibenden vermochten nicht die notwendigen Waren zu beschaffen und gingen mit dem kaufenden Publikum schroff um, ihre Steuern liefen viel schwächer ein als ehedem.[48] Einzelne Juden fingen an, tagsüber in Prag Handel zu betreiben und richteten sogar für ihre Waren daselbst Niederlagen ein. Im März 1747[49] verfaßte eine Anzahl christlicher Kaufleute und Gewerbetreibender eine Eingabe an den Fürsten Lobkowitz, worin sie ihn baten, bei der Statthalterei ein Handelsverbot der Juden und Schließung ihrer Niederlagen zu erwirken. Die Beschwerdeführer wurden vor die Hauptleute zitiert und mußten wegen ihres Geschäftsgebahrens manchen Tadel anhören.

Im Sommer 1747 wurde bei der Hofkanzlei eine anonyme Beschwerde gegen den jüdischen Handel von Prager Handelsleuten und Professionisten eingebracht. Mit dem Reskripte vom 18. September 1747 befahl die Kaiserin der Statthalterei, die Beschwerdeführer festzustellen, ihre Beschwerden zu untersuchen und über das Ergebnis der Hofkanzlei zu berichten. Die Statthalterei gab nun den Magistraten der drei Prager Städte den Auftrag, alle Zünfte und Kaufleute vorzuladen, sie vor einer Kommission wegen der Beschwerdeschrift zu vernehmen und ihre Aussage zu protokollieren.

Am 3. November 1747 haben einundsechzig Zünfte der Prager Altstadt ihre Urteile über die Judenfrage zu Protokoll gegeben und sie durch die Unterschrift ihrer Zunftältesten bekräftigt.[50] Diese sind für unsere Darstellung deswegen wichtig, weil sie uns einen Einblick in die Handels- und Gewerbetätigkeit der Juden gewähren und wir auch ihre jetzigen Aussagen mit ihren früheren vergleichen können.

Vier Fragen hatten die Zunftmeister zu beantworten. Die ersten drei bezogen sich auf die Abfassung und Absendung des Memorandums an die Hofkanzlei, die vierte lautete: „Ob sie als Professionisten durch die Juden wirklich hier einen Schaden erleiden", speziell welchen. Die Antwort auf die ersten drei Fragen lautete fast allgemein: Sie hätten keine Beschwerde eingebracht und nichts unterschrieben, ihnen sei von einem Memorandum nichts bekannt. Einen Auszug aus der Beantwortung der vierten Frage führen wir der Reihenfolge an.

Bäckermeister: Wenn die Judenschaft nicht hätte emigrieren müssen, würden sie die Kontributionen und die anderen öffentlichen Abgaben eher

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

leisten können. Durch die Emigration sei der Konsum so geschwächt worden, daß die Meister, die früher 4 bis 5 Gesellen gehalten hätten, jetzt kaum einen halten könnten. Sollte die Austreibung länger andauern, müßten die Bäckermeister zum Bettelstabe greifen.

Müller: Durch den verminderten Konsum erleiden sie großen Schaden, sodaß sie bei längerer Dauer unfähig wären, die Kontribution zu bezahlen und den Betrieb ihrer Mühlen aufrecht zu erhalten.

Bierverleger: 300 Bräuereien sind infolge des geschwächten Konsums abgefallen, weshalb sie kaum mehr Abgaben leisten können. Früher konnten sie sich nötigenfalls bei den jüdischen Bierschenkern Geld ausborgen und es mit Bier bezahlen, was bei den christlichen Schenkern nicht der Fall sei.

Fischhändler: Der Fischkonsum ist stark verringert worden. Ihr Schaden ist deswegen so groß, weil die Juden die abgestandenen Fische gekauft haben, die ihnen jetzt zurückbleiben. Bei längerer Dauer würden sie ihre Kontribution nicht abführen können.

Apotheker: Sie sind geschädigt, weil die Judenschaft auch von ihnen die Medikamente gekauft hat.

Fleischhacker: Die den Juden verkauften Schafhäute sind jetzt nicht an den Mann zu bringen. Die Juden haben ihnen auf die Häute bares Geld vorgestreckt, wodurch sie sich in ihrer Nahrung behelfen konnten. Bald würden sie in Armut verfallen und keine Kontribution zu zahlen imstande sein.

Kaufleute: Wenn die Juden wieder nach Prag kämen, würde ihr Handel wie vordem geschwächt werden, was besonders jene Kaufleute schädigen möchte, die sich auf ergangenen obrigkeitlichen Befehl hin zur Versorgung des Publikums mit verschiedenen „Zeug-Waren" versehen haben.

Wachszieher: Sie erleiden durch den Aufenthalt der Juden auf dem Lande einen merklichen Schaden, weil diese zu den jüdischen Feiertagen die Wachskerzen von den Landmeistern und nicht von ihnen kaufen. Andererseits kaufen die Juden das auf dem Lande vorrätige Wachs auf und verkaufen es weiter.

Maler und Stricker: Die Maler erleiden durch die Juden keinen Schaden. Die Stricker haben dagegen durch die jüdische Pfuscherei auf dem Lande einen Schaden, den sie auch vor der Emigration erlitten hätten.

Gold- und Silberarbeiter: Früher haben ihnen die Juden Bruch- und Pagament-Silber verkauft. Jetzt verschleißen sie es im Lande oder außerhalb des Landes, während sie hier aus Mangel an Silber keine Arbeiten verfertigen können.

Maurer: Durch Entgang der Arbeit bei den Juden erleiden sie von Jahr zu Jahr immer größeren Schaden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Geschmeidler: Der Aufenthalt der Judenschaft auf dem Lande verursache ihnen Schaden, da diese draußen ihre Ware verschleißen und niemand hereinkomme, ihnen ihre eigene Ware abzukaufen. Es wäre nützlicher, wenn die Juden wieder nach Prag kommen möchten.

Schneider: Die Juden verfertigen auf dem Land Arbeit, sodaß kein Fremder nach Prag komme, sich was anzuschaffen. Sie würden es lieber sehen, wenn diese in Prag oder ganz aus dem Lande wären.

Schuster: Ihr Schaden durch die Emigration besteht darin, daß sie den Prager Handelsleuten für die von ihnen benötigten Waren einen höheren Preis zahlen müssen als früher den Juden.

Riemer: Die Juden kaufen auf dem Lande das Leder ein, verfertigen und verkaufen dort das Riemerzeug, während sie keine Landarbeit mehr erhalten und das Leder hier um das Doppelte einkaufen müssen. Es wäre nützlicher, wenn die Juden in Prag wären.

Strumpfstricker: Vom Lande kaufe keiner ihre Ware, da die Juden das Land damit versehen.

Zimmerleute: Durch die Abwesenheit der Prager Juden erleiden sie einen Schaden, weil ihnen in der großen und weiten Judenstadt viel Arbeit und Nutzen entgehe.

Gürtler: Der Landaufenthalt der Juden schadet ihnen mehr, als wenn sie in Prag wären. Sie verkaufen dort ihre Ware und kein Landmann kommt herein, ihnen Ware abzukaufen.

Ziegeldecker: Sie haben weder Schaden noch Nutzen.

Binder: Die Abschaffung der Juden verursachte ihnen großen Schaden, da sie von ihnen viel Arbeit und Nutzen gehabt haben.

Barbierer-Confraternität: Durch ihre Abwesenheit erleiden sie einen merklichen Schaden. Bei den Juden war alles wesentlich wohlfeiler zu haben gewesen.

Glaser: Sie erhalten in den umliegenden Ortschaften keine Arbeit mehr, die Juden sollten wieder nach Prag kommen oder in ihrer Nahrung eingeschränkt werden. Im übrigen ist es allgemein bekannt, daß man bei den Juden alles billiger erhalten kann.

Kleinuhrmacher: Wenn die Juden in Prag wären, würden sie zwar einen Schaden in der Handlung, nicht aber in der Arbeit erleiden.

Lebzeltner: Die Vertreibung der Juden verursachte ihnen den größten Schaden. Wenn die Juden noch zwei Jahre ausblieben, würden sämtliche bürgerliche Lebzeltner außerstande sein, die öffentlichen Lasten zu tragen, ja sie müßten zum Bettelstabe greifen. Auch ihrer Majestät entgehe dabei für den eingeführten Sirup ein bedeutender Aufschlag, dessen Verbrauch jetzt 100 Zentner gegenüber von 300 Zentner von früher ausmache. Es wäre ihnen sehr lieb, wenn ihre Majestät den Juden erlauben möchte, wieder nach Prag zu kommen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kürschner: Als die Juden in Prag waren, hatten sie Schaden, jetzt sei er noch größer, indem zu Brandeis die Jüdin Chaie Wällischin 18 Gesellen beschäftige und die verfertigte Kürschnerware nicht allein auf dem Lande, sondern auch in Prag verkaufe. Ihr Schaden ist noch umso größer, als sie sich auf Grund der erfolgten Publizierung mit Kürschnerware versehen hätten, die ihnen jetzt liegen bleibe.

Schlosser: Sie hätten nur Nutzen, wenn die Juden wieder in Prag wären, da sie ihnen viele Arbeiten gegeben haben.

Handschuhmacher: Wenn die Juden in Prag wären, würden sie in ihrer Profession durch deren Handel einen Schaden erleiden.

Sattler: Ihrer Profession wäre die Anwesenheit der Juden schädlich, weil sie ihnen in einem und anderem Eingriffe machen möchten.

Tuchscherer: Bei ihrer Prager Anwesenheit haben sie mehr zu arbeiten gehabt, da sie ihnen durch ihren Handel viel zu verdienen gegeben haben.

Kaminfeger: Durch die Emigration erleiden sie 750 fl. jährlich Schaden. Sie könnten ihr tägliches Brot weiter verdienen und die öffentlichen Abgaben leisten, wenn die Juden wieder in Prag wären.

Zeigschmiede: Seit der Emigration komme niemand vom Lande herein. Der Prager Judenaufenthalt brachte ihnen Nutzen, weil sie einem „zu verdienen etwas zuschanzen" und arbeiten ließen. Vorher war ein größerer Verdienst gewesen als jetzt.

Lohgerber: Die Juden gereichen ihnen zum Schaden ob sie auf dem Lande oder in der Stadt sind. Draußen kaufen sie alle Häute auf, sodaß keine hereingebracht werden und sie auf ihre eigene Unkosten hinausfahren müssen. Mit dem ausgearbeiteten Leder hausieren sie herum und verkaufen es den Schustern.

Perückenmacher: Die hereinkommenden Juden bereiten ihnen großen Schaden. Die Juden sollten entweder aus dem Lande abgeschafft oder wieder nach Prag gelassen werden.

Siebemacher: In einer an das Magistrat gerichteten Eingabe haben sie ihren durch die Emigration erlittenen Schaden, der 350 fl. jährlich betrage, geschildert. Sie können ihre Handwerksprodukte nicht verkaufen.

Bader: Sie leiden durch die Abwesenheit der Juden wegen der ausbleibenden Kuren einen namhaften Schaden.

Schwertfeger: Durch die Emigration kommen wenig Landsleute herein einzukaufen, daher können sie auch ihre Degenwaren nicht anbringen. Es ist auch kein Silber zu erkaufen.

Posamentierer: Nach der Emigration haben sie sich auf Kredit einen großen Vorrat an Seide angelegt und 10 neue Meister aufgenommen. Jetzt bleibt ihnen alles zurück, weil die Juden damit hausieren gehen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Bürstenbinder: Sie erleiden nicht durch die Juden, sondern durch die jüdischen Lieferanten einen Schaden, die von den Pfuschern die Ware kaufen und sie den Regimentern liefern.

Kartenmaler: Sie haben geglaubt, es werde durch die Emigration besser werden, es sei jedoch ärger, weil die Juden alle Landsleute mit ihrer Ware versehen.

Landkutscher: Durch die Abwesenheit der Juden erleiden sie einen großen Schaden.

Musikanten: Sie leiden durch die Emigration großen Schaden.

Seiler: Die Juden auf dem Lande kaufen von den Meistern die Stricke und gehen damit hausieren. Sie verkaufen auch den Hanf.

Töpfer: Die von den Juden ehedem erhaltene Arbeit bleibt gänzlich aus, was ihnen zum Schaden gereiche.

Mesulanmacher: Die Juden machen ihnen keinen Schaden. Solange die Juden in den Prager Städten waren, kamen viele Leute herein, die auch bei ihnen was einkauften.

Tischler: Sie leiden durch die Emigration großen Schaden, weil die von den Juden erhaltene Arbeit aufhörte, auch müssen sie Leim, Farbe und andere Materialien bei den Christen teurer kaufen.

Wagner: Sie leiden durch die Juden weder jetzt noch vorhin Schaden.

Weißgerber: Die Juden machen ihnen beim Einkauf des rohen Leders als auch beim Verkaufe des ausgearbeiteten Leders, mit dem sie hausieren gehen, großen Schaden. Nach der Emigration machen sie ihnen noch größeren Schaden als vorher.

Drechsler: Die Juden machen ihnen keinen Schaden, wohl aber ihre Abwesenheit, da ihnen jetzt der Verdienst ihrer Arbeit entgeht. Die Meisterswitwe Katharina Malnowski hätte bei Anwesenheit der Juden einen Gesellen halten können, jetzt ist sie eine aufgelegte Bettlerin.

Klempner: Sie haben einen Schaden, der aber nicht so groß ist, um sich bei Hofe zu beschweren. Die Juden gehen mit Kleinigkeiten als mit blechenen Löffeln u. a. hausieren und unterstützen die Pfuscherei.

Hofschmiede: Früher haben sie Arbeit von den Juden gehabt, besonders diejenigen, die ihre Werkstatt in der Nähe der Judenstadt gehabt haben.

Kammacher: Sie erleiden durch die Juden Schaden, da sie alle Kommis-Arbeit liefern, sie führen auch das Horn aus der Stadt, das für sie unentbehrlich ist.

Zinngießer: Sie haben von den Juden keinen Nutzen und keinen Schaden.

Schwarzfärber: Die Juden kaufen auf dem Lande die Leinwand und versehen damit das Land, während die Meister mit ihrer Ware sitzen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

bleiben. Die Juden sollten entweder aus dem Lande oder wieder nach Prag kommen.

Gelbgießer: Sie haben von den Juden keinen Schaden gehabt, sondern sind durch sie mit Messing besser versehen worden.

Hutmacher: Früher haben die Meister ihre Produkte nach dem Lande verkauft, das jetzt von den Juden versorgt werde. Ihre Arbeit bleibt ihnen im Laden liegen und sie müssen zugrunde gehen. Die Juden sollen entweder ganz aus dem Lande geschafft, oder in die Prager Städte wieder aufgenommen werden.

Seifensieder: Durch die Abschaffung der Juden ist ihre Zunft ganz ruiniert und ins Verderben gestürzt worden, weil sie die meiste Nahrung von den Juden hatten, besonders die ihre Häuser bei der Judenstadt gehabt haben. Neun Meister haben schon ihre Profession niederlegen müssen und wenn dies länger andauere, werden ihnen die anderen ins Verderben nachfolgen. Früher hatten die Altstädter Meister bis zu 20 Gesellen gehabt, jetzt haben sie nur 6, die sie nach den Feiertagen entlassen müssen. Sie klagen ihre äußerste Not und im Falle die Juden nicht bald wiederkämen, müssen sie alle verderben und können keine Steuer leisten.

Stöckelschneider: Jetzt bereiten ihnen die Juden keinen Schaden, nur einmal wurde ihnen ein Korb mit Ware abgenommen.

Tuchmacher: Durch die Juden leiden sie folgenden Schaden. Sie kaufen bei ihnen Tücher, die sie dann in der Stadt teuer verkaufen, sodaß die Käufer teuer kaufen und sie selbst den Juden einige Groschen nachlassen müssen. Die Juden kaufen auch in den Wirtshäusern die vom Lande hereinkommenden Tücher und gehen damit in der Stadt hausieren.

Flaschner: Gegenwärtig leiden sie durch die Juden keinen Schaden, sonst aber haben sie ihnen mit der Störerei und Pfuscherei in der neuen Arbeit großen Eintrag getan.

Diese Urteile der Altstädter Zünfte, ebenso die Erklärung der Neustädter Zünfte,[51] „daß sie wider die Juden sich zu beschweren keine Ursach hätte", sowie die Aussagen der Kleinseitner Handels- und Gewerbsleute, die ebenfalls hauptsächlich zugunsten der Juden ausgefallen ist, bewirkten u. a., daß Maria Theresia im Jahre 1748 wieder die Juden nach Prag zurückkehren ließ.

Aus den angeführten Erklärungen ist zu ersehen, daß der größte Teil der christlichen Zünfte durch die Vertreibung der Juden einen Schaden erlitt, sei es durch Entgang des jüdischen Konsums, sei es durch die eingetretene Teuerung, durch Ausbleiben der Landkundschaft oder durch Mangel an Vorrat. Mit Ausnahme der Kaufleute hat keine Zunft an der Prager Judenemigration profitiert, sondern alle sind unwillkürlich schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Jetzt erst nach ihrem Abgang hatte sich gezeigt, mit welcher Menschenliebe die Juden ihren

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

christlichen Mitbewohnern begegneten und mit wieviel Herz sie ihnen einen Verdienst zukommen ließen. Jetzt erst hatte es sich offenbart, daß die jahrhunderte alten Beschuldigungen der christlichen Gewerbe- und Handelsleute falsch waren und das Grundübel nicht erfaßt hatten, welches vielfach in der Fortentwicklung und im Fortschritte der Zeit lag, dem sich die konservativen Zünfte nicht anzupassen vermochten.

VI.

DIE ORGANISATION DER JÜDISCHEN ZÜNFTE.

Die jüdischen Handwerker haben sich nach dem Muster der christlichen in Zünfte mit strengen Innungsgesetzen, die jede Umgehung ihrer Ordnung unmöglich machen sollte, zusammengeschlossen. Es bestand ein Zunftzwang, so daß nur ein Mitglied der Zunftorganisation ein Anrecht auf Ausübung des Handwerkes hatte. Diese gesonderte Zunftbildung der Juden erwies sich aus mehrfachen Gründen als notwendig. Bei dem streng konfessionellen Charakter der christlichen Zünfte war natürlich jede Aufnahme eines Juden in die bürgerlichen Zünfte im Vorhinein ausgeschlossen. Ein Versuch der jüdischen Schneider in die christliche Schneiderzunft aufgenommen zu werden ist uns bereits aus dem Jahre 1610 bekannt, der natürlich scheitern mußte. Ohne Organisation wären die einzelnen jüdischen Handwerker der Übermacht der christlichen Handwerker bald erlegen und wären von ihnen auch niemals als Meister und Gesellen, sondern als Pfuscher und Störer angesehen und behandelt worden.

Bereits am Anfang des XVII. Jahrhunderts dürften die jüdischen Handwerker einzelne Zunftorganisationen gebildet haben, spätestens 1627 sind jedoch diese entstanden. In der Mitte des XVII. Jahrhunderts standen die jüdischen Zünfte schon in voller Blüte, aus dieser Zeit sind uns einige jüdische Zunftälteste bekannt.

Ursprünglich bildeten die jüdischen Zünfte eine interne Organisation, die unter Aufsicht und unter Schutz der Prager Judenältesten gestanden sind, die auch ihre Rechte bei den Behörden unentwegt zur Geltung gebracht haben. Auch die Zunftordnungen kamen vorerst ohne behördliche Genehmigung zustande. Wie bei allen Angelegenheiten der Prager Judenstadt hat allerdings die böhmische Kammer auch hier gar bald von ihrem Aufsichtsrecht Gebrauch gemacht. Zuerst mußten ihr die neugewählten Zunftältesten, die im jüdischen Gebrauche immer Starší genannt wurden, zur Bestätigung vorgelegt werden und gegen Ende des XVII. Jahrhunderts konnte die Neuwahl dieser Starší nur

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

unter Aufsicht des Altstädter Richters vor sich gehen. Nachdem Kaiser Karl VI. im Jahre 1731 die Generalzunftordnung erlassen hatte, mußten auch die jüdischen Zünfte ihre Zunftartikel der böhmischen Kammer zur Genehmigung vorlegen.

Nicht jede Kategorie der jüdischen Handwerker konnte, wegen ihrer geringen Anzahl, eine eigene Zunft bilden, sie dürften sich jedoch einer in ihr Fach einschlägigen Zunft angeschlossen haben. Jede jüdische Zunft hatte ein Zunftabzeichen, ein Symbol ihres Handwerkes, und zumeist auch eine Fahne. In der Judenstadt gab es: eine Barbierer-Zunft, eine Fleischhacker-Zunft mit einer privilegierten Fahne und Schlüssel,[52] sie hatten auch einen böhmischen Löwen mit der Fleischerhacke, worunter die hebräischen Worte „Koscher" standen, eine Kürschner-Zunft, eine Schneider-Zunft mit einer Schere und eine aus Resteln zusammengesetzte Fahne, eine Schuster-Zunft mit einem Pokal in Stiefelform, eine Posamentier und Knopfmacher-Zunft, eine Spielleute-Zunft mit einer Kanne als Zunftabzeichen,[53] eine Bierschenker- und Schnürmacherzunft. Die Zünfte trugen ihr Zunftabzeichen bei Aufzügen und Festlichkeiten in der Judenstadt. Der Festaufzug vom 24. April 1741, der anläßlich der Geburt des nachmaligen Kaiser Joseph II. in der Judenstadt stattfand, ist bildlich erhalten und zeigt den Aufmarsch der jüdischen Zünfte mit ihren Fahnen und Abzeichen.[54] Jede Zunft hatte ihr eigenes Amtslokal, das die „Lade" genannt wurde. Daselbst waren die Zunftordnungen, die Zunftbücher und andere Dokumente, die Insignien und die Kassa der Zunft aufbewahrt. Da wurden die Sitzungen der Zunftältesten und Vorträge abgehalten und hier amtierte der Monatshalter mit den Angestellten.

Von den Zunftordnungen (Statuten) der Juden lagen uns nur drei verschiedene Exemplare vor. 1. „Polizei von der jüdischen Schneider-Zunft, so im September 1690 sind aufgerichtet worden" (Vergleiche Beilage VIII), diese stellt eigentlich nur eine Abschrift einer alten Schneiderzunftordnung dar, die bei der Brandkatastrophe im Jahre 1689 vernichtet wurde. Sie enthält 25 Paragraphen.[55] 2. „Copia der Prager Jüdischen Schneider-Polizei", die am 4. April 1732 vom Präsidenten der böhmischen Kammer Filipp Graf v. Kolowrat bestätigt wurde. Diese ist viel weitschweifiger als die erstgenannte und weicht auch in vielem von ihr ab. Sie umfaßt 22 Punkte. 3. Eine Polizei für die jüdische Schusterzunft, die undatiert ist. Sie stammt aber aus den dreißiger Jahren des XVIII. Jahrhunderts und ist in 18 Punkte eingeteilt.[56] (Vergleiche Beilage IX).

Zur Schneiderzunft gehörten ursprünglich nur die Schneidermeister für neue Kleider, die Gesellen und Lehrjungen, um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts sind auch die Hosenmacher als gleichberechtigte Mit-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

glieder aufgenommen worden, die sogar einen Starší stellten.[57] Die Flicker standen jedoch außerhalb der Zunft, da sich ein organisierter Schneidermeister nicht mit Trödel abgeben durfte. Anders war es bei der Schusterzunft, in der auch die Flicker und Absatzmacher organisiert waren. Nach den erwähnten drei Zunftstatutenordnungen ergeben sich folgende Bestimmungen.

Die Meister. Die Erlangung eines Meisterranges war an folgende Voraussetzungen geknüpft: Das Prager Inkolat (Wohnrecht), eine Bestätigung von den Zunftältesten über sein Wohlverhalten innerhalb der Zunft, er mußte verheiratet sein und dürfte mit seinen Geldleistungen bei der Zunft nicht im Rückstande sein. Waren diese Vorbedingungen erfüllt, meldete er acht Tage nach seiner Hochzeit seinen Anspruch auf die Meisterschaft bei den Zunftältesten an, die ihn als Meister ins Amtsbuch eintrugen und diese Eintragung mit ihrer Unterschrift bekräftigten. Hiefür war eine Einschreibegebühr von 3 Rth. zu entrichten, und zwar 1 Rth. für die Zunftlade, 2 Rth. für die Zunftältesten. Die Eheschließung wurde zum Schutze der Familienväter gefordert und konnte bei einem als Gesellen tätigen Sohne seines verstorbenen Vaters wegfallen. Dieser durfte zur Ernährung der Familie das Handwerk seines Vaters weiterführen und einen Gesellen und Lehrjungen halten, wozu jedoch stets die Zustimmung der Zunftältesten einzuholen war. Ebenso durfte die Witwe nach einem Meister, solange sie keine weitere Ehe einging, mit einem Gesellen das Handwerk ihres verstorbenen Mannes weiterführen, wobei der Gewinn zu gleichen Teilen geteilt wurde.

Ein neuer Meister durfte im ersten Jahre seiner Ehe nur einen Gesellen, aber gar keinen Lehrjungen halten, *einen* solchen durfte er erst im zweiten Jahre annehmen. Auch die alten Meister durften nicht mehr als einen Lehrjungen haben, damit die Zahl der Berufsgenossen nicht übermäßig zunehme. Die Meister durften einander keine Konkurrenz machen und die Arbeit eines andern nicht als minderwertig bezeichnen. Befand sich ein Meister in einem Hause, um Maß zu nehmen, muß der hinzukommende andere Meister sofort das Haus verlassen.

Im Falle eines Streites in Zunftangelegenheiten hatten die Zunftältesten allein das Recht zur Fällung eines Urteiles, keineswegs durfte sich ein Meister damit an die Tandelmarkt-Inspektoren wenden, denen nur eine Jurisdiktion über Maß, Gewicht oder bei einem Tumult am Tandelmarkte zustand, ebenso durfte er sich nicht an die Gassen-Inspektoren wenden, denen die Aufsicht über die Säuberung der Judenstadt und die Rechtssprechung bei Gassentumulten, gleich dem christlichen Sechsherrenamt, zustand, auch die Unterjuristen hatten in Zunftsachen keine Entscheidung zu treffen.[58] Ein Rekurs gegen die Entscheidung der Starší mußte binnen 24 Stunden eingebracht werden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und wurde an die Oberstarší oder an die Judenältesten geleitet. Die Beschwerde eines nicht zünftigen Juden wegen eines Preises oder einer Lieferung gegen einen Meister wurde von den Zunftältesten mit Zuziehung eines Beisitzers der Judengemeinde erledigt. Über Wunsch der Partei konnte der Streitfall auch den Juristen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Schusterordnung bestimmt auch, daß jede Arbeit gediegen ausgeführt sein mußte, damit keine Beschwerde gegen die Meister vorkomme. Kein Schuster durfte gleichzeitig zwei Geschäftslokale besitzen. Einem Schneidermeister war es verboten, für Tandler und Kleiderhändler, die billige Arbeit verlangten, zu arbeiten.

Die Gesellen. Bei der Aufnahme eines Gesellen durfte ihn der Meister nur 3 Tage zur Probe behalten, dann mußte er beim Amt angemeldet und ins Zunftbuch eingetragen werden. Die Einschreibegebühr betrug 49 (48) Kreutzer, die Meister und Gesell zu gleichen Teilen trugen. Der Gesell mußte sich durch Handschlag beim Amtsschreiber zur gewissenhaften Arbeit verpflichten. Die Aufnahme eines Gesellen erfolgte auf ein halbes Jahr, beim Verlassen der Stelle mußte der Gesell 4 Wochen vor Ablauf der Frist dem Meister durch den Amtsschreiber und Diener kündigen. Stand ein Gesell ein Jahr lang im Dienstverhältnis zu einem Meister, so hatte dieser ein weiteres Jahr auf den Gesellen Anspruch, wenn er ihm die gleichen Zahlungsbedingungen bot als ein anderer Meister. Die Bezahlung des Gesellen, die mindestens 6 kr. pro Tag betrug oder pro Stück geschah, erfolgte wöchentlich oder täglich, je nachdem es die Starší bestimmten. Gleichzeitig durfte sich ein Gesell nicht bei zwei Meistern verdingen, es sei denn, daß der eine Meister ein halbes Jahr lang keine Arbeit gehabt hätte. Er durfte nicht auf eigene Rechnung arbeiten, seine eigenen Kleider, selbst sein Hochzeitskleid, mußte er beim Meister machen lassen. Der Meister hatte nicht das Recht einem Gesellen die Arbeit nach Hause zu geben, noch viel weniger durfte ein Meister die Arbeit seines Gesellen unrichtigerweise als seine eigene bezeichnen. Bei einem diesbezüglichen Verdacht mußte der Meister seine Aussage vor 3 anderen Meistern durch einen Eid erhärten. Er durfte seinen Meister wegen des rückständigen Lohnes oder wegen einer anderen Schuld nicht pfänden, selbst wenn er das Pfand bei den Starší erlegen wollte. Der Gesell mußte täglich, besonders aber am Montag und Donnertag, weil da aus der Thora vorgelesen wurde, in die Synagoge gehen. Zur Hochzeit erhielt jeder Gesell aus der Zunftskassa ein entsprechendes Hochzeitsgeschenk.

Nach der Schneiderzunftordnung vom Jahre 1690, Punkt 14, war jeder Gesell verpflichtet, sechs Jahre lang vor seiner Hochzeit bei einem Meister zu arbeiten. Diese Bestimmung sollte bewirken, daß jeder Gesell

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

vor seiner Eheschließung eine Fertigkeit in seinem Handwerke erlange und sollte gleichzeitig den christlichen Meistern jeden Grund zu einer Beschwerde[59] wegen der frühzeitigen Eheschließungen und der damit bedingten vorzeitigen Erlangung des Meisterranges nehmen.

Die Lehrjungen. Nach achttägiger Probezeit ließ der Meister den Lehrjungen gegen erlag von 48 kr., die beide Teile bezahlten, in die Zunftsbücher eintragen. Der Meister erhielt ein Lehrgeld, und war verpflichtet, dem Lehrjungen die Kost, eventuell auch die Wohnung, zu geben und ihm das Handwerk beizubringen, damit er nach den erfolgten Lehrjahren, die 2–3 Jahre betrugen, als Gesell mit mindestens 6 kr. Tageslohn tätig zu sein. Hatte ein Meister den Lehrjungen im Handwerksfache nicht genügend ausgebildet, mußte er ihm das Lehrgeld zurückgeben und durfte als Strafe 3 Jahre lang keinen Lehrjungen annehmen. Bei entsprechender Ausbildung durfte der Meister nach Abgang des Lehrjungens ein Jahr lang keinen anderen annehmen, nur in Ausnahmsfällen konnten die Starší diese Wartezeit auf ein halbes Jahr, gegen Erlag von 3 fl. reduzieren. Der Meister hatte auf den bei ihm ausgelernten Lehrjungen ein halbes Jahr lang anderen gegenüber das Vorrecht.

Bei Erkrankung des Lehrjungen waren dessen Eltern oder Verwandte verpflichtet, für seine Heilung zu sorgen. In Ermangelung eines Verwandten mußten die Zunftältesten mindestens einen halben Thaler monatlich zu seiner Krankenpflege beisteuern. Im Todesfalle ist das dem Meister bezahlte Lehrgeld verfallen. Stirbt der Meister, zahlten die Erben nur im ersten Lehrjahre das Lehrgeld zurück. Ein Gesell erhielt im Krankheitsfalle von der Zunftskassa 30 kr., bei andauernder Krankheit 20 kr. monatlich. Ebenso bekam ein dürftiger Meister bei einer Erkrankung sogleich 1 fl., bei längerer Krankheit 30 kr. monatlich.

Die Arbeitszeit für Gesellen und Lehrjungen war von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends (nach der Schneiderzunft von 1732 von 5 Uhr morgens). Täglich bekamen sie eine halbe Stunde zur Übung im Schreiben und Lesen frei. Am Freitag Nachmittag und an den Rüsttagen zu den jüdischen Feiertagen mußte die Arbeit im Sommer um 3 Uhr, im Winter um 1 Uhr eingestellt werden. An den Halbfeiertagen durfte keine Arbeit verrichtet werden. Sämtliche Meister, nach der Schneiderzunft von 1690 auch die Gesellen und Lehrjungen, waren verpflichtet, am Samstag einen Lehrvortrag eines jüdischen Gelehrten[59] anzuhören, bei unberechtigter Abwesenheit mußte eine Strafe von $^1/_2$ Pfund Kerzen für die Synagoge oder für das Armen-Kinder-Studierhaus (Waisenhaus) erlegt werden.

Die Meister und Gesellen leisteten zur Bestreitung der Zunfterfordernissen einen wöchentlichen Mitgliedsbeitrag von 1 kr., die Schuster von 3 kr. oder ein Gröschel.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die Zunftältesten. Die Leitung der Zunft hatten die Zunftältesten oder Starší inne, sie mußten auf die strenge Einhaltung der gesamten Zunftordnung wachen, in Zunftangelegenheiten Recht sprechen und auch Strafen verhängen. Die Oberaufsicht über die Starší der einzelnen Zunftorganisationen führten die aus der Mitte der Judenältesten gewählten Oberstarší, die auch die Zunftkassa in Verwahrung hatten. Jede Zunft hatte 4—6 von den Meistern gewählte Starší; nebst den Starší gab es einen Zunftschreiber und einen Diener. Jede drei Jahre fand eine Staršíwahl statt, bei der auch in der Regel die notwendigen Änderungen an den Zunftsstatuten vorgenommen wurden. Bei der Wahl waren einige Meister, die bereits zwei Jahre verheiratet sein mußten, als Schreiber tätig. Aktives Wahlrecht hatte nur ein Meister, der bereits als Schreiber gewirkt hatte, passives Wahlrecht erlangte man erst zehn Jahre nach der Hochzeit.

Den Vorsitz bei den Zunftältesten führte abwechselnd der Monatshalter, der auch jeweilig der verantwortliche Leiter der Zunft war. Er mußte jeden Sonntag die Starší zur Sitzung einberufen und mußte nach Ablauf seines Monates dem nachfolgenden Monatshalter die Bücher, Verrechnungen und die Kassa übergeben. Erst wenn die Starší und die Revisoren die Übergabe in den Büchern bestätigt hatten, wurde sie als gültig angesehen. Besondere Ausgaben für Zunftzwecke mußte der Monatshalter bei der Übergabe anmelden. Vor Durchführung einer Neuwahl mußte der Monatshalter, mit Zuziehung von zwei Meistern einen Kostenvoranschlag für die Wahlausgaben dem Oberstarší unterbreiten. Die Einkünfte von den Einschreibegebühren, die zum Teile den Starší gehörten, wurden nach jedem Quartal aufgeteilt. Ebenso mußte das Geld der Zunftlade nach jedem Quartal dem Oberstarší übergeben werden.

Die Strafen. Um die Innungsordnung aufs genaueste einzuhalten, mußten für jede Übertretung Strafen, zumeist Geldstrafen, verhängt werden. Die Strafen wurden in der Höhe von 45 kr. bis 5 fl., 3 Reichsthaler oder 2 Dukaten zu Gunsten der Zunftlade, der Gemeindekassa, der Gefangenen oder eines anderen wohltätigen Zweckes festgesetzt. Das Ausmaß der Strafen ist in den Zunftordnungen genau angegeben.

Daß trotz der angedrohten Strafen Unregelmäßigkeiten und Umgehungen der Zunftordnung vorkamen, ist aus dem ersten Absatz der Schneiderzunftordnung vom Jahre 1732 zu ersehen. Darin wird ausdrücklich verfügt, daß alle Meister und Gesellen, die ohne Unterschrift der Zunftältesten in die alten Zunftbücher eingeschrieben worden waren, sich abermals in das Amtsbuch einschreiben lassen und die Einschreibegebühr bezahlen müssen. Die unrechtmäßig zu Meister ernannten ledigen Personen sei der Meisterrang wieder zu nehmen. Ebenso müsse die bisherige Aufnahme von Lehrjungen einer Revision unterzogen werden.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Auch die neue Zunftordnung vermochte jedoch nicht alle Meister und Gesellen zu befriedigen, denn schon am 14. Jänner 1733 beschwerten sich „Sämtliche Prager jüdische Meister und Gesellen" der Schneiderzunft bei der böhmischen Kammer gegen die Zunftältesten, daß diese gegen die neue Zunftordnung verstoßen hätten. Die Wahl der vier Ältesten: Samuel Jampeles, Schlome Falkenau, Mayer Teller und Hertzka Moyses Wagenmacher sei wegen Mangel des Inkolats, erlittener Bestrafung oder Unkenntnis des Schreibens und Lesens, ungesetzlich gewesen. Raphael Trebitsch hätte schon $^1/_2$ Jahr lang einen Lehrjungen, ohne ihn beim Zunftamte angemeldet zu haben. Nur wenige Meister könnten eine genügende Anzahl von Gesellen erhalten, dagegen hätte Mayer Teller 15 und Schlome Falkenau 12 Gesellen. Die derzeitigen Zunftältesten gingen zu rigoros vor, sie hätten viele Schneider wegen Rückstandes in der Bezahlung des Mitgliedsbeitrages zum Teile arrestieren, zum Teile durch das Stadtgericht pfänden lassen. Vor einigen Tagen hätten die Starší alle Gesellen des Isak Jüstebnitz, eines hohen Kontribuenten, arrestieren lassen. Die Vorträge des jüdischen Gelehrten werden am Samstag für die gegen 250 Personen umfassenden Schneiderzunft in einem Raume der Judenstadt abgehalten, so daß viele wegen der Enge des Raumes wegbleiben müßten, dennoch belegen die Starší jeden Fehlenden mit einer Strafe. Es sei auch ganz unbekannt, für welche Zwecke die Starší das einlaufende Geld verwenden. Sie bitten daher um Anordnung einer Neuwahl, bei der nur wirkliche Fachleute zu Zunftältesten gewählt werden sollten.

Diese Anklageschrift zeigt, wie schwer es für die Zunftältesten war, die Zunftordnung restlos durchzuführen und allen Mitgliedern gerecht zu werden.

Eine Klage gegen eigenmächtiges Vorgehen der Oberstarší brachte am 16. Juli 1739 der Altstädter Richter Johann Gottfried Brosy bei der böhmischen Kammer ein. Die jüdischen Bierschenker und Schnürmacher hätten eigenmächtig, ohne seine Bewilligung, ihre Starší gewählt. Darüber hätte er den Monatshalter und Gemeindeältesten zur Rede gestellt, der ihm darauf antwortete, dieses sei schon öfter der Fall gewesen. Diese Vermessenheit, befürchtet der Richter, könne auch die übrigen Zünfte zu ähnlichen Schritten verleiten, wodurch die Autorität des Oberstburggrafen weiterhin verletzt werden möchte. Er schlage daher vor, die erwählten Starší ihres Amtes zu entheben und den einreißenden Eigenmächtigkeiten der Oberstarší beizeiten zu steuern. Diese Schrift wurde von der böhmischen Kammer einer Kommission überwiesen.

In einer weiteren Eingabe des Altstädter Richters und seines Adjunkten Antonius Fellmann vom 11. Jänner 1740 wendet er sich gegen die Prager Judenältesten, die sich an die auf drei Jahre konfirmierte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Polizei nicht halten und sogar die Zunftältesten von ihrem Amte entheben und ohne Bestätigung der böhmischen Kammer eine Neuwahl vornehmen wollten. Nach uraltem Brauch sei die Neuwahl der Zunftältesten alle drei Jahre vom Königl. Richter durchgeführt worden, wobei gleichzeitig die Polizei den Umständen entsprechend verbessert worden sei. Seit 6 bis 7 Jahren hätte jedoch keine Neuwahl stattgefunden, weil sich die Prager Judenältesten gegen jede Einmischung des Richters wehren. Dem Richter stehe aber die Einsicht in die christlichen und jüdischen Zunftangelegenheiten zu, daher schlage er die Vornahme einer Neuwahl unter seiner Aufsicht vor. Das Amt der Oberstarší solle gänzlich abgeschafft werden, da sich die junge Generation über die Köpfe der Starší hinweg gleich an die Oberstarší wenden, weswegen sie auch vor ihre vorgesetzten Starší keinen Respekt hätten und öfter Schlägereien vorkämen. Der Altstädter Richter schlägt auch vor, über die Ausfertigung und Einhändigung der Steckzettel (Vorladung) durch den Diener ein in deutscher Sprache ordnungsgemäß geführtes Register anzulegen, damit die herrschende Unordnung aufhöre.

Die vorliegenden Statuten haben auch späterhin ihre Gültigkeit behalten und bildeten noch eine Zeitlang die Richtschnur im jüdischen Zunftwesen, obwohl sie ihre Bedeutung durch die allgemein gültigen General-Zunftprivilegien eingebüßt hatten. Die Statuten der anderen jüdischen Zünfte dürften im gleichen Sinne gehalten gewesen sein, wie die vorliegenden. Was mit diesen Zunftordnungen geschehen ist, kann aus einer Antwort der Prager Judengemeinde an den Prager Magistrat im Jahre 1786 geschlossen werden. Dieser verlangte von der Judengemeinde die „Beibringung der in Ansehung der Schusterzunft erflossenen Privilegia". Die Prager Judenältesten berichteten, daß sie trotz eifrigen Nachsuchens nichts finden konnten, „weil durch die vielen der hiesigen Judenschaft zugestoßenen Unglücksfälle, an Feuersbrünsten und Emigration die Urkunden verloren gingen".[61]

VII.

DAS STÄRKEVERHÄLTNIS DER JÜDISCHEN ZÜNFTE.

Haben wir bisher die Entwicklung, die Existenzkämpfe und die Organisation der Prager jüdischen Zünfte behandelt, so wollen wir nunmehr auch ihre numerische Stärke kennen lernen. Von einer fortlaufenden Statistik kann natürlich hiebei keine Rede sein, weil hierfür die notwendigen Unterlagen fehlen, und müssen wir uns daher in unserer Feststellung auf gewisse Zeitperioden beschränken. Dabei kommt in Betracht:

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

1. das Verzeichnis der Prager Juden aus dem Jahre 1545. 2. Die Angaben der christlichen Zünfte über die Ausbreitung des jüdischen Handwerkes im Jahre 1680. 3. Die Prager Judenkonskription vom Jahre 1729. 4. Das Verzeichnis der zurückgekehrten jüdischen Familien in den Jahren 1748 bis 1749.

Die erste Prager jüdische Volkszählung stammt aus dem Jahre 1545. Als Kaiser Ferdinand I. im Begriffe war, alle Juden aus Prag auszuweisen, bestimmte er, daß nur die mit einem „Geleitsbrief" versehenen Juden das Aufenthaltsrecht in Prag haben sollten. Diese Geleitsbriefe wurden auf den Namen des Familienhauptes mit Angabe der Familienmitglieder für eine beschränkte Zeit ausgestellt, wofür nicht unbedeutende Beträge zu entrichten waren. Es wurde nun ein gesondertes Verzeichnis[62] der im Besitze eines Geleitbriefes sich befindenden und der ohne eines solchen sich in Prag aufhaltenden Juden angelegt, wobei bei einer kleinen Anzahl der Konskribierten auch der Beruf angegeben wurde. Wenn dieses Verzeichnis auch in jeder Hinsicht als unvollkommen bezeichnet werden muß, ist es für uns doch wertvoll zu wissen, welche Handwerke oder Beschäftigungen zu jener Zeit bei den Prager Juden verbreitet waren. An der Spitze stehen acht Glaser (sklenář[63]), denen nur die Metzger (řezník) mit derselben Anzahl gleichkommen. Es gab fünf Würfelmacher (kostkář), drei Spielleute (hudec), von denen einer als Lautenbläser (lutnista) bezeichnet wird, und fünf Ärzte. Diese verhältnismäßig große Anzahl läßt darauf schließen, daß sie ihre Tätigkeit nicht allein auf die Juden beschränkten, vielmehr auch auf die christliche Bevölkerung ausdehnten. Überdies werden noch folgende Berufe angeführt: Bader (lazebník), Bartscherer (brady stříhá), Buchbinder, Buchdrucker, Drechsler (soustružník), Futteralmacher (pouzdrovník), Gänsehändler (husář), Graber (hrobník), Huthändler, Kantor, Krämer, Kuttenmacher, Lehrer, Mäusefallenmacher, Pferdehändler (koníř), Prediger (kazatel), Probierer (probyr), Schleifer (šlejfíř), Schuldiener (školník), Schwertfeger (mečíř[64]) und Weinbrenner (vínopal, pálí víno). Wie mangelhaft die Berufsangabe ist, kann schon daraus geschlossen werden, daß kein einziger als Schneider oder als Geldverleiher, im Ghetto stark vertretene Berufe, angegeben ist.

Am Ende des XVI. Jahrhunderts dürfte die Zahl der jüdischen Handwerker ganz beträchtlich gewesen sein, da bereits, wie wir früher erwähnten, eine große Anzahl jüdischer Lehrlinge vorhanden war, als Beweis kann auch der Versuch der jüdischen Schneider, in die christliche Zunft aufgenommen zu werden, dienen. Ein mächtiger Aufstieg des jüdischen Handwerkes erfolgte im Laufe des Dreißigjährigen Krieges, was durch die jüdischen Handwerksprivilegien bewirkt wurde.

Im letzten Drittel des XVII. Jahrhunderts befindet sich das jüdische Handwerk bereits in vollster Entfaltung. Die zwölf christlichen Zünfte,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

die sich die Niederringung der jüdischen Handwerker und der Prager Juden zum Ziele gesetzt hatten, behaupten im Jahre 1680, daß die jüdischen Handwerksmeister ihre *eigenen* Meister, die sie mit 355 beziffern, um das fünf- und sechsfache übertreffen und geben die außerhalb der Prager Judenstadt handeltreibenden Juden mit 2000 an. Diese Angaben der Zünfte sind natürlich aus durchsichtigen Gründen stark übertrieben. Die Prager Judenstadt umfaßte damals gegen 10.000 Personen[65], was bei der großen Population der Prager Juden einer Familienzahl von etwa 2500 entspricht. Würde nun die Behauptung der 12 christlichen Zünfte richtig sein, hätten sich alle Prager Judenfamilien ausschließlich vom Handel und Gewerbe ernähren müssen. Nach unserer Schätzung dürften damals im Prager Ghetto höchstens 350 bis 400 Handwerksmeister gewesen sein. Über eine Gruppe der jüdischen Handwerker sind wir durch die Angabe des Altstädter Hauptmannes genau informiert. Danach gab es im Jahre 1678 gegen 30 jüdische Schustermeister und über 30 jüdische Schuhhändler, ohne Gesellen und Lehrjungen.

Im Verzeichnis der während der Pestseuche im Jahre 1680 verstorbenen Prager Juden, daß sich im Archive der Prager israelitischen Beerdigungsbrüderschaft befindet, sind viele Namen verzeichnet, die in der damaligen Zeit noch als Berufsnamen anzusehen sind. Ein Teil dieser Namen ist auch in den „Familien Prags" von Hock-Kaufmann, ebenso in dem Berufsverzeichnis von Moriz Popper zu finden, welche diese Namen aus den Grabinschriften des alten Prager Judenfriedhofes entnommen haben, die zumeist aus der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts stammen. Von diesen in unserer Abhandlung sonst nicht genannten Berufen seien hervorgehoben: „Collier-Stepper", Decklmacher, Fidler, Harfner, „Hecklmacher", Holzhacker, Kellner, Klappzimmerer, auch „Klesmer" (Musiker) genannt, Klempfner, Kohlenbrenner, Maler, Nagelschmied, Perlhefter, Perlzupfer, Pulvermacher, Schnürdreher, Silberbrenner, „Stahlmacher" auch „Stellmacher", Steinschneider, „Streichholz", Visiermacher, Wagenmacher und Zimmermann. Neben Schuster kommt auch der Name Švec vor. Das Vorkommen des Namens „Bäck" läßt darauf schließen, daß der Bäckerberuf in jener Zeit doch von den Prager Juden ausgeübt wurde.

Das Verhältnis der jüdischen Handwerker zur Gesamtbevölkerung der Prager Juden hat sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte entschieden zugunsten der Handwerker geändert, da das jüdische Handwerk noch in aufsteigender Entwicklung begriffen war. Der dauernde Druck der christlichen Zunftältesten und der Behörden, namentlich des im Jahre 1705 eingesetzten Kommerzkollegiums,[66] zur Eindämmung der jüdischen Handwerkstätigkeit, konnte diesen Aufstieg wesentlich nicht verhindern.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Eine wichtige Quelle zur Feststellung des Stärkeverhältnisses der Prager jüdischen Handwerker stellt die Judenkonsignation vom Jahre 1729 dar. Sie zählt 2335 selbständige Familien mit 10.507 Einzelpersonen als gleichzeitige Bewohner des Prager Ghettos auf und gibt den Beruf oder die Beschäftigung der Familienhäupter an. Diese Judenkonsignation wurde bereits vom Direktor des Staatsarchivs Dozent Dr. Jaroslav Prokeš veröffentlicht,[67] so daß wir auf Grund dieser Arbeit die Ausbreitung des jüdischen Handwerkes bis ins einzelne verfolgen können. Eine Zusammenzählung der daselbst genannten Handwerker ergab, daß es im Jahre 1729 etwa 660 selbständige jüdische Handwerksmeister gegeben hat, was ein Drittel der erwerbstätigen Prager Juden ausmachte.

Diese Konsignation gibt uns allerdings über die Berufsschichtung der jüdischen Gesamtbevölkerung keinen vollständigen Aufschluß, da die darin verzeichneten Beschäftigungen sich nur auf die verheirateten Familienvorsteher beziehen, während wir über den Beruf der herangewachsenen Jugend nichts erfahren, so daß wir nicht wissen, wieviel Gesellen und Lehrjungen im Prager Ghetto vorhanden waren. Eine andere Schwierigkeit ergibt sich durch die unklare Ausdrucksweise bei der Berufsangabe, so daß häufig die Unterscheidung zwischen Handwerker und Händler schwer möglich ist. Wenn sich auch die Begriffe des Erzeugers und des Händlers meistenteils decken, da der jüdische Meister seine Handwerksprodukte zumeist selbst feilbot, wie dies übrigens auch bei den christlichen Meistern der Fall war, so gab es doch überdies jüdische Händler, die ausschließlich fremde Handwerkserzeugnisse verkauften, deren Zahl allerdings durch die wiederholten behördlichen Verfügungen stark eingeschränkt wurde. Zählen wir diese zweifelhaften Professionisten zu den Handwerkszünften, so erhöht sich die oben angegebene Zahl ganz beträchtlich.

Eine bisher unveröffentlichte, aber nicht minder wertvolle Konsignation der Prager Judenschaft besitzen wir aus den Jahren 1748—1749. Bei der Rückkehr der Prager Juden aus ihrer Verbannung mußte jeder Familienvorsteher ein gedrucktes Formular ausfüllen und eigenhändig unterschreiben, worin er anführte, welches Gewerbe oder welche Profession er betreibe, wie seine Frau heiße, ebenso gab er gesondert die Namen und die Zahl seiner ledigen Söhne, ledigen Töcher, der verheirateten Söhne und verheirateten Töchter und der Dienstboten an. Darin vermerkte er auch, im welchen Viertel er ein Haus besitze oder in wessen Hause er wohne und verpflichtete sich gleichzeitig, außer den angegebenen Personen keine anderen nach Prag zu bringen. Zuletzt befindet sich der Tag der Rückkehr verzeichnet. Nach diesen Formularen oder „Fassionen" kehrten vom 28. August 1748 bis zum 22. Oktober

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

1749 im ganzen 1418 Familien mit 6061 Personen ins Prager Ghetto zurück.[68]

Diese Familienaufnahme hat sich in zweifacher Form erhalten: 1. In der erwähnten Einzelblättern,[69] die in Büchern zusammengebunden in der Matrik der Prager jüdischen Kultusgemeinde aufbewahrt werden. 2. In einem 39 × 48 cm großen Buche, das sich im Archiv der Prager Kultusgemeinde befindet. In diesem Verzeichnisse sind bei jeder Familie 12 Rubriken ausgefüllt, die sich mit den Angaben in den „Fassionen" decken. Diese Familienkonsignation gewährt uns einen tiefen Einblick in die Berufsgruppierung der Prager Judenschaft. Wir führen nun die darin enthaltenen Daten, soweit sie zu unserem Thema gehören, an und fügen zum Vergleiche in Klammern die Zahlen aus der Judenkonsignation von 1729 hinzu. Hierbei ist zu beachten, daß im Jahre 1748 gegenüber dem Jahre 1729 nur 60% der jüdischen Bevölkerung im Prager Ghetto vorhanden war. Die Ursache dieser verminderten Bevölkerungszahl liegt darin, daß viele Juden während der $3^1/_2$jährigen Emigration in Elend zugrunde gegangen, viele dauernd auf ihrem Landaufenthalte geblieben oder außer Landes gezogen sind. Manche von ihnen dürften erst in den späteren Jahren nach Prag zurückgekehrt sein.

Das größte Kontingent der jüdischen Handwerker bildete das Schneidergewerbe. Es gab im Prager Ghetto 80 (158) Schneider, 11 (17) Schneiderinnen, 8 (2) Hosenmacher, 1 (1) „Flicker" und 1 „Flickerin". Mit dem Vertrieb von Kleidern befaßten sich 34 (49) Juden, außerdem verkauften 3 „Weiber Kleider", 3 „Alte Weiber Kleider" und 1 Schlafröcke. Vom Schneidergewerbe ernährten sich somit 142 Familien. Zu dieser Kategorie gehören 11 (36) Wäschenäherinnen, 3 verkauften Hemden, 1 hievon „Leibel und Hemden". An zweiter Stelle stehen 50 (100) Schuster, 11 (5) Schusterinnen, 1 (4) führte einen Schuhhandel, 12 (11) Absatzmacher und 1 (4) verkaufte Absätze. Insgesamt 75. Eine starke Zunahme erfuhr das Kürschnerhandwerk, es gab 47 (33) Kürschner und 1 (3) Kürschnerin, 1 hielt Rauchware feil. Eine dominierende Stellung haben in Prag die jüdischen Knopfmacher eingenommen, von diesen gab es 30 (18) Knopfmacher und 7 (9) Knopfmacherinnen, überdies ist bei 4 als Beschäftigung angeführt „Knöpf", wobei es sich um Knopfhändler handeln dürfte. Als Schnürmacher ernährten sich insgesamt 30 (37), davon sind 19 Männer und 11 Frauen. Schwächer an Zahl waren die 13 (10) Posamentierer, 11 davon waren Männer, 2 Frauen. Mit dem Verkauf von Bändern schafften sich 13 (5) Personen ihren Lebensunterhalt, 1 verkaufte „Schnirband", 2 Zwirn und Bänder.

Das Hutgewerbe bot 37 (43) Juden ihre Nahrung: 7 Männer und 2 Frauen erzeugten Hüte, 22 betrieben einen Huthandel, außerdem gab es 3 Hutfärber, 1 Hutstepper, 1 verkaufte Hutschnüre und 1 war ein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

„Kaplmacher". Im Ghetto befanden sich 5 (7) Seidendreher und 7 (33) Seidenhändler. Hier lebten 8 (20) Goldschmiede, 6 Goldsticker, 1 Goldstickerin; 14 (12) Gold- und Silberhändler, 26 (39) „Geschmeidler" und 7 (16) Juweliere. Zur Fleischerzunft gehörten 17 (37) Fleischhacker und 3 (7) Fleischhackerinnen. Hiezu gehören 4 (4) „Acderer" auch „Ausaederer", welche das Fleisch von den religionsgesetzlich ungenießbaren Teilen „reinigten". Von Brodverschleiß lebten 3 (19) Personen; es gab auch einen „Zucker-Bäcker". Zur Wein- und Bierschänkerzunft gehörten die 12 (28) Bierschänker und 1 Weinschänker, einer handelte mit Wein und Wolle, 16 (14) verabreichten Brantwein. Es gab 7 Kaffeesieder und eine Kaffeesiederin, 3 (6) Garköche und eine (5) Garköchin.

Zur Barbiererzunft gehörten 13 (28) männliche und 2 weibliche Per-Personen. Die Judenstadt hatte einen (1) Arzt (Doktor), 2 (2) Hebammen 4 (4) Krankenwärter und 6 (4) Krankenwärterinnen. 2 (1) Apotheker.

Wir kommen nunmehr zu den schwächer vertretenen Handwerken. Im Prager Ghetto lebten: 4 (4) Tapezierer, 3 (8) Glaser, 4 (4) Gehängemacher, 1 wird davon als Degen-Gehänge-, 1 als Gewehr-Gehängemacher bezeichnet. Es gab 3 Schrottgießer, 1 Schrottmacher und 1 Schrötter; 2 (7) Matratzenmacher, 2 Schlosser, 2 (3) Schabrakenmacher, 1 Sattler, 1 Riemer, 1 Taschner, 1 Töpfer, 1 Sesselmacher, 1 Weißgerber, 1 Spitzenmacher, 1 Mesulanmacher, 1 Helzlmacher, 3 (1) Handschuhmacher, 3 (3) Leinwanddrucker, schließlich 7 (9) Spielleute. Es waren vorhanden 3 (7) Buchdrucker, 2 (5) Buchbinder, 5 Buchhändler, 2 Buchhändlerinnen und ein „Kalendermacher".

Aus den Reihen der Händler seien hier verzeichnet: Der Strumpfhandel ernährte 21 Personen, mit Leder handelten 50 (63) Personen, von diesen handelte einer mit rohem Leder und 4 mit Häuten. Mit dem Zinnverschleiß befaßten sich 3 Personen, 1 verkaufte auch Messing; den Federnhandel übten 14 (15) Prager Juden aus. Stark zurückgegangen war die Zahl der jüdischen Wechsler, diese betrug jetzt insgesamt 29 gegenüber von 74 im Jahre 1729, und zwar 23 (64) Wechsler und 6 (10) Wechslerinnen. Dieses war auch bei den Hausjuden der Fall, es existierten nunmehr 13 (100) Hausjuden und 17 (23) Hausjüdinnen.

Außer der zahlreichen Dienerschaft, die in den Haushaltungen tätig waren, gab es 21 (27) Ladendiener, 4 (5) Ladendienerinnen, 12 Träger, 2 Trägerinnen, 1 Wasserträger, 1 „Ungelt-Träger", 1 „Thein-Träger", schließlich auch einen Fuhrmann. Um mit den geistigen Berufen zu schließen, erwähnen wir, daß diese durch einen Land-Rabbiner, 12 Juristen und 54 Schulmeister im Ghetto vertreten waren.

Als Resultat der erfolgten Aufzählung ergibt sich, daß von den 1418 zurückgekehrten Familienoberhäuptern über 500 dem Handwerksfache angehörten und sich über 250 Ghettobewohner mit dem Verkaufe von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Handwerkserzeugnissen beschäftigten. Die Emigration der Prager Judenschaft hat also den Prozentsatz ihres Anteiles an dem vom Boden oder vom festen Wohnsitz am wenigsten abhängigen Handwerke nur erhöht. Diese Vorliebe der Prager Juden für das Handwerk hat auch in den folgenden Jahrzehnten, von den christlichen Zünften ziemlich ungehindert, angedauert, sie flaute jedoch im XIX. Jahrhundert zugunsten des Handels ganz wesentlich ab.

*

In der vorliegenden Darstellung konnten wir den Entwicklungsprozeß des Prager jüdischen Handwerkes bis zu seiner vollsten Entfaltung, wenn auch nicht immer in seinen Einzelheiten, drei Jahrhunderte hindurch verfolgen. Durch Fleiß, Energie, Anspruchslosigkeit und durch ihr oft selbstloses Entgegenkommen haben die Prager Juden alle in ihrem Existenzkampfe sich ihnen entgegentürmenden Hindernisse hinweggeräumt. Als Träger des kommerziellen Geistes haben die Prager Juden es verstanden, nicht nur das konsumierende Publikum für sich zu gewinnen, sondern schließlich auch die ihnen feindlich gesinnten christlichen Zünfte von dem Wert und Nutzen ihrer Existenz und ihrer Arbeitstätigkeit zu überzeugen. Ein Ausspruch Werner Sombarts[70] hat sich schon damals im Bewußtsein aller Freunde und Feinde der Juden als Wahrheitsregel erwiesen: „Wie die Sonne geht Israel über Europa: wo es hinkommt, sprießt neues Leben empor, von wo es wegzieht, da modert alles, was bisher geblüht hatte".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN.

[1] Faszikel: st. m. J 4/51, K 165/1, S 268/1; n. m. P 1–7/2 im Archiv des čsl. Innenministeriums – AMI.

[2] Lehrsatz des Rabbi Jehuda im Traktat Kiduschin 29 a.

[3] Vgl. Encyclopaedia Judaica. VII. Bd. Berlin 1931, Spalte 947 ff. unter „Handwerk".

[4] *Otto Stobbe*, Die Juden in Deutschland während des Mittelalters. Braunschweig 1866. S. 105.

[5] Vgl. *Zikmund Winter*, Dějiny řemesel a obchodu v Čechách v XIV. a v XV. století. Praha 1906. S. 410.

[6] Vgl. *Anton Blaschka*, Die jüdische Gemeinde zu Ausgang des Mittelalters. In „Die Juden in Prag", Prag 1927, S. 75 f.; *I. Herrmann*, *J. Teige* und *Z. Winter*, Das Prager Ghetto. Prag 1903. S. 33 f.

[7] Archiv český 33. S. 531. Vgl. *Alfred Engel*, Die Ausweisung der Juden aus den königlichen Städten Mährens und ihre Folgen. In Jahrbuch GJČ. II. S. 71 f.

[8] „1534. Kdež jest nějaký žid příjmí Vlach, dílo kove po domích a hospodách zde v městě i jinde prodával, páni mistři obojího cechu, vyšpehovavše toho žida, kde a v kterém domě to jest dílo choval, přišli jsou na něho s právem, a to jest dílo, což jest ho bylo, jemu jsou je pobrali a do cechu odnesli, potom jsou to dílo probovali i nalezeno některé ..., některé horší nesli konce."; n. m. P 17/2.

[9] *Bondy-Dworský*, Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien. Prag 1906. S. 988 f.

[10] Veröffentlicht von Gerson Wolf in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland. I. Band. Braunschweig 1886. S. 178 ff.; Dieses Verzeichnis wurde im čechischen Originale veröffentlicht von *Bondy-Dworský* a. a. O. S. 372 ff.

[11] Vgl. *Zdeňka Karlová*, Změny v cechovním zřízení měst pražských po r. 1547. Praha 1934.

[11a] Siehe: *Samuel Steinherz*, Mordechai Kohens Reise nach Rom. Im B'nai B'rith, Prag 1934. S. 8 f.

[12] *Jaromír Čelakovský*, Privilegia měst Pražských, Praha 1886. č. 259.

[13] Vgl. *Zikmund Winter*, Židé a kožešníci. „Zvon" IX/744, Praha 1909.

[14] „Diktum pana purkmistra a rady starého města Pražského mezi staršími řemesla kožíšnického a staršími židy.

Stranám z uvážení práva jest oznámeno, poněvadž JMti. pána našeho nejmilostivé jista výpověd mezi ními staršími řemesla kožíšnického a staršími židy, jakož se k sobě chovati měli, jest se stalo, protož přitom strany se zůstavují a kdyby koliv starší kožíšníci, majíce jistý potah, pokojně přišli a ty věci, které k jejich řemeslu náleží, buď to ven ancbo ve sklepech ohlédati chtěli ony židé, otevřouce sklepy, jim toho brániti nemají.

Aktum in consilio ff ý potřídie konardy 1575".

[15] *J. Čelakovský* a. a. O., č. 269. Vgl. auch *M. Grünwald*, Die Juden unter Rudolf II. im: Das jüdische Centralblatt, VI. Jg. (1887), S. 141 ff.

[16] *Bondy-Dworský* a. a. O., S. 555 f.

[17] Ebenda S. 630 f.

[18] Ebenda S. 631 f.

[19] Ebenda S. 689 f.

[20] *J. Čelakovský* a. a. O., č. 284. In der Beilage veröffentlichen wir eine Übersetzung dieser wichtigen Resolution Kaiser Rudolfs II.

[21] Manuskriptenbuch Nr. 1067, folio 343–357 im Prager Stadtarchiv. Vgl. *Zikmund Winter*, Krejčí pražští a židé. „Zvon" XI/112, Praha 1910; Das Prager Ghetto a. a. O., S. 71 f. Wir zitieren hier nach dieser Ausgabe.

Es ist meine Pflicht, Herrn Schriftsteller Jaroslav Polák-Rokycana für so manche Behelfe zu diesem Abschnitte meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[22] Faszikel st. m. S 268/1, J 4/51; n. m. P 1–7/2 im AMI.

Wir verweisen hier auf einige instruktive Arbeiten, die mit unserer Darstellung eng zusammenhängen: *Bernhard Heilig*, Die Vorläufer der mährischen Konfektionsindustrie in ihrem Kampf mit den Zünften (Jahrbuch GJČ. III. 1931); Derselbe, Ziele und Wege einer Wirtschaftsgeschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik (JGJČ. IV. 1932); *Jaroslav Prokeš*, Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit (JGJČ. I. 1929). Gleichzeitig sei verwiesen auf: *Heinrich Flesch*, Urkundliches über jüdische Handwerker in Mähren (Monatsschrift GWJ. Frft. M. 1930, S. 197 ff.); *Sigmund Mayer*, Die Wiener Juden, Kommerz, Kultur, Politik 1700–1900. Wien und Berlin 1917.

[23] *J. Čelakovský* a. a. O., č. 296.

[24] Ebenda č. 304.

[25] Ebenda č. 305.

[26] Ebenda č. 312. Kaiser Ferdinand II. bestätigte dieses Privileg abermals am 30. Juni 1628, ebenda č. 315.

[27] Die Prager Judenschaft hatte i. J. 1642 um Bestätigung ihrer Privilegien angesucht. Vgl. *Käthe Spiegel*, Die Prager Juden zur Zeit des dreißigjährigen Krieges. (Die Juden in Prag.) S. 131 f.

[28] J. Čelakovský a. a .O. č. 324. Vgl. auch *Käthe Spiegel* a. a. O. S. 133 f.

[29] Seine Frau Gütele war auch im Geschäfte tätig.

[30] Unterschrieben von Abraham Eidlitz, Mordechai Fauwers, Selig Bidschow und Aberl Küche.

[30a] Über einen Prozeß in Komotau siehe: *Rudolf Wenisch*, Beziehungen Komotaus zu den Juden der Umgebung im 16. und 17. Jahrhundert, JGJČ. VII. S. 169 f.

[31] Vgl. *Michael Rachmuth*, Zur Wirtschaftsgeschichte der Prager Juden, Jahrbuch GJČ. V. 1933. S. 45.

[32] Diese oft wiederholten prunkvollen Festaufzüge der Prager Juden haben immer bei der christlichen Bevölkerung einen Neid hervorgerufen. Der vom Primator Simon Wolf Frankl veranstaltete Festaufzug im Jahre 1741 soll durch seine Prachtentwicklung viel zur Austreibung der Juden aus Prag beigetragen haben.

[33] Vgl. *Michael Rachmuth*, Der Plan einer Verlegung des Prager Ghettos nach Lieben 1680. JGJČ. VI. S. 145 f.

[34] Ein ähnliches Angebot hatten auch die Wiener christlichen Kaufleute und Gewerkschaften für die Vertreibung der Juden aus Wien gemacht. Vgl. *David Kaufmann*, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederösterreich. Wien 1889. S. 119 f.

[35] Faszikel st. m. J 4/48 im AMI.

[36] *Jaroslav Prokeš*, Die Prager Judenkonskription vom Jahre 1729. JGJČ. IV. 1932.

[37] Faszikel st. m. S. 269/2 im AMI.

[38] Am 26. November 1725 verbietet Kaiser Karl VI. den Prager Juden die Verwendung von christlichen Dienstboten in der Judenstadt. Bei Krankheit und anderen Notfällen dürfen sie jedoch christliche Ärzte, Apotheker und Hebammen, keineswegs aber christl. Saugammen, in Anspruch nehmen. Am Sabbath dürfen ihnen christliche Mannspersonen, keineswegs Weibsleute, die Zimmer heizen und die Kerzen auslöschen. Die christlichen Fuhrmänner dürfen ihre Ware befördern und die Arbeiter für sie Handlangerdienste verrichten. Die Judenstadt müsse zur Abendzeit gesperrt werden und kein Christ dürfe in derselben übernachten.

[39] Unterschrieben von Selig Matisjahu Grab, Löb Selig Taussig, Baruch Löb Ofner und Moses Mordechai Toters.

[40] Diese Listen sind unter Kontrolle der Behörden zusammengestellt worden. Wir geben die Namen nach dem Manuskripte wieder.

[41] Die jüdischen Schuhhändler wiesen auch darauf hin, daß ihre Zahl nur fünf, und nicht, wie in der abgegebenen Liste, zwanzig betrage.

[42] Als die neuen jüdischen Handelskonsorten werden angegeben: Josef Fanta mit Löbl Harpner, Itzik Sattler mit Löbl Hoschmann, Elias Elkeles mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Herschel Marle, Anschel Klemperer mit Marcus Prosstitz, Schmule Fanta mit Mendel Osser, Löbl Taussig mit Herschel Küche, Löbl Taussig Eheweib mit Josef Foges Wein- und Bierschenk, letzterer sei ganz neu und ungelernt und sei dennoch ein Starší bei der jüdischen Schusterzunft.

43 Regis Nr. 684 im Archiv der Prager jüdischen Kultusgemeinde.

44 Regis Nr. 693 ebenda.

45 Die Ausweisung der Juden aus Prag im Jahre 1744. In „Die Juden in Prag". S. 219.

46 Vgl. *Josef Bergl*, Das Exil der Prager Judenschaft von 1745—1748 im JGJČ. I. S. 263 ff.

47 Über die Geschäftstätigkeit der Prager Juden während der Emigration siehe: *Michael Rachmuth*, Die Juden in Neuhaus. JGJČ. IV. 1932. S. 186 ff.

48 Vgl. *Julius Max Schottky*, Prag, wie es war und wie es ist. Prag 1831 I. S. 344 ff.

49 *J. Bergl* a. a. O. S. 311.

50 Ebenda S. 314 f.; *Gerson Wolf*, Die Vertreibung der Juden aus Böhmen im Jahre 1744 und ihre Rückkehr im Jahre 1748, im „Jahrbuch für die Geschichte der Juden in Deutschland". Leipzig 1869. IV. Band, S. 247.

51 *J. Bergl* a. a. O.

52 Abgebildet bei: *Käthe Spiegel* a. a. O. S. 180.

53 Über die Prager jüdischen Handwerker siehe: *Moritz Popper*: Aus Inschriften des alten Prager Judenfriedhofes. Culturhistorisches und Historisches. In „Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland." V. Band, Braunschweig 1890. S. 348 ff.

54 Die Abbildung ist veröffentlicht worden von *Guido Kisch* im JGJČ. VI. 1934.

55 Über die Nikolsburger jüdische Schneiderzunftordnung siehe: *Bernhard Heilig*, Die Vorläufer etc., a. a. O. S. 351 f.; Die Zechartikel der jüdischen Schneider in Ung.-Brod veröffentlicht: *B. Bretholz*, Die Judengemeinde von Ung.-Brod etc. JGJC. IV. S. 161 f.

56 Regis Nr. 486 im Archiv der jüdischen Kultusgemeinde in Prag. Vgl. *Simon Adler*, Die jüdische Schusterzunft in Prag. „Selbstwehr", 1932. Nr. 20.

57 In Cam. R 7/25 im AMI. erliegt vom 15. März 1780 eine Bestätigung der Prager jüdischen Schneiderzunft, unterschrieben von Joachim Tausk, Hosenschneider, Sanwel Abeles, Manns Schneider, und Israel Daussk, Weiber Schneider, daß die jüdischen Hosenschneider in der Schneiderzunft incorporiert seien und Anrecht auf eine Starší-Stelle haben.

58 Nach einem Bericht des Altstädter Richters vom Jahre 1740.

59 Vgl. *J. Prokeš*, Der Antisemitismus der Behörden etc., a. a. O. S. 220.

60 Die Zünfte hatten in der Regel einen Zunftprediger.

61 Berichtenbuch Nr. 168, folio 57 im AJG.

62 Vgl. Note 10.

63 Wir fügen die čechischen Originalausdrücke hinzu, weil bei deren Übersetzungen große Widersprüche hervorgetreten sind.

64 *Bondy-Dworský* a. a. O. S. 379 verzeichnet einen Jakob Širmer. Der čechische Ausdruck „Širmer" entspricht einem „Fechter"; es ist nun eine Frage, ob er selbst den Beruf eines Fechters ausübte oder der Sohn eines Fechters gewesen ist.

65 Über die Zahl der Prager Judenschaft im Jahre 1680 vgl. *J. Prokeš*, Der Antisemitismus der Behörden etc. S. 101 und S. 107, Note 12.

66 Ebenda S. 201.

67 Im JGJČ. IV. S. 297 ff.

68 Über die Einwohnerzahl des Prager Ghettos vor der Emigration siehe: *J. Bergl*, Die Ausweisung der Juden aus Prag im Jahre 1744 a. a. O. S. 247.

69 Diese Fassionszettel mußten alle Prager jüdischen Neuvermählten auch weiterhin bis zum 24. Mai 1809 ausfüllen. In 17 Bänden wurden alle diese Fassionszettel zusammengebunden und stellen durch die darin befindlichen eigenhändigen Unterschriften etwas Einzigartiges dar.

70 Die Juden und das Wirtschaftsleben. Leipzig 1911. S. 15.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

BEILAGE I. (Zu Seite 61.)

st. m. K 165/1 und n. m. P 1–7/2 im AMI.

Privileg Maximilians II. für die christl. Kürschnerzunft im Jahre 1571.

K jejich ponížené prosbě milostivě nakloněni jsouce a v dotčená obdarování a privileje jejich celá a neporušená nahlédnouti davše, milosti a štědroty naší císařské je jsme s dobrým rozmyslem našim, jistým vědomím, s radou věrných našich milých, mocí královskou v Čechách schváliti, obnoviti a jich potvrditi, a tímto listem našim císařským jakožto král český ve všem jejich znění, položení, punktech, klausulích, artykulech jakožby v tomto listě naše slova od slova vepsána byla, schvalujeme, obnovujeme a potrvzujeme, chtíce tomu konečně, aby při tom od jednoho každého člověka drženi a neporušitelně nyní i na časy budoucí a věčně zachovány byly a od žádného člověka nad to od nadepsaných židů a proti týmž obdarováním a starobylým pořádkům jejich v tom řemesle a chudých živnostech takových překážek učiněno nebylo, nýbrž kdo by cokoli o to pokusiti a taková díla kožišnická, chlupatá, vydělová kromě syrových, mimo ně kožišníky, kteříž by v jich pořádku byli a díla užitečná měli, kromě jarmarečného času, kteryž se vymiňuje, prodávati směl, tomu každému aby táž díla pobrána a k užitku jich obrácena byla, však tak a s tou při tom výminkou, aby osoby vyšších stavů panského a rytířského, též duchovní při své svobodě starodávní zůstali a kožešníky pro potřeby jejich sobě chovati mohli a to aby nadepsani kožišníci těm, kteříž by týmž vyšším stavům v tom propůjčovati chtěli, týmž ani zjevně brániti, ani proto žádné těžkosti činiti nemohli a moci neměli.

Dán na Hradě našem Pražském v pondělí, den sv. Řehoře, léta od narození syna Božího tisícího pětistého sedmdesátého prvního, a království Římského devátého Uherského osmého a Českém třináctého,

Maximilian m. p., Vratislav z Pernštýna
supremus regni Bohemie cancellarius m. p.

Ad mandatum S. C. Majestatis proprium
M. Walter m. p.

—

BEILAGE II. (Zu Seite 63.)

st. m. K 165/1 im AMI.

Bittgesuch der Prager Judenältesten an Kaiser Maximilian I. im Jahre 1575.

Aller durchlauchtigster, grossmächtigster und unüberwindligester Römischer Kaiser, auch zu Hungarn und Böheimb König, allergnädigste Herr, Euer römischen kaiserlichen Majestät können wir arme beraubte Juden, unsere obliegende Beschwer ganz untertänigst vorzubringen nicht umgehen.

Welcher Massen bald hernach wie Euer Majestät von Prag auf Regensburg gnädigst verrückt sind, haben die Meister des Kürschner Handwerks uns Älteste Juden für den ehrbaren Rat der alten Stadt Prag beschickt und allda eine von Eurer Majestät ergangene Sentenz vorlesen und publizieren lassen, dessen Euer Majestät eine Copia hiebeiliegend gnädigst zu ersehen, gehorsamst tun überschicken. Wir arme können vor Kaiserl. Majestät gehorsamst nicht verhalten, daß nach Überlesung der Sentenz ein Diktum von einem ehrbaren Rat beschehen und ergangen, wie hiebeiliegend Euer Kais. Majestät auf desselben Abschrift, auch gnädigst zu vernehmen haben, und dieweil aber solch Diktum uns arme zum Höchsten beschwerlich, und sonderlich indem, daß es verdunkelt und nicht erklärt, weder von gefütterten, noch ungefütterten Kleidern, noch von überzogenen, gar nichts darin bemelt wird, dazu noch darin ausdrücklich begriffen, daß die gedach-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ten Kürschner unser Gemach, Zimmer, Kammere, Gewölber in der Zeit, wenn es ihnen gefällig, aufmachen und besuchen lassen sollen, welches doch weder in ihren Privilegien, noch in Euer Majestät Sentenz nicht zu finden ist. Der Ursachen halben wir arme solch Diktum nicht annehmen mögen. Denn es uns, so es daGott für sei, dermaßen seinen Fortgang erreichen solle, müssen wir arme große Gefahr, ärglichen Nachteil und Schaden gewärtig sein. Und uns hierinnen auf die hohe Obrigkeit nach ordentlichen Rechten und Gebrauch, nämlich auf Euer Kais. Majestät Appellations Räte auf Prager Schloß berufen und die Gebühr zur Appellation, nämlich dreißig Thaler einem ehrbaren Rat erlegt.

Und dieweil denn, allergnädigster Kaiser und Herr, wir arme Euer kais. Majestät obberührte Sentenz, unserem einfältigen Verstande nach, allein dahin erstrecket, daß wir in derselben Kürschner habenden Freiheiten und Privilegien in ihr Handwerk gar kein Eingriff noch Irrung tun sollen, und ihre Privilegien auf nichts anderes noch mehreres lautet, allein daß niemand aufgeliederte rauhe Waren, auch keine genähte Pelzwerk, Futter hieher führen noch verkaufen darf, allein in freien Jahrmärkten, so wollen doch über das ernennte Kürschner indeme ferner vielmehr (als in derselben Privilegien und Euer Mtt. ergangene Sentenz, begriffen und in sich hält) bei neben mit einziehen. Nämlich indeme, daß wir arme noch niemand weder überzogene mit Forstad, Harres, Barchend, Schamler und andere ungefütterte Kleider mit Rauchwerk nicht verkaufen, noch auf den Kauf machen sollen lassen, noch Gewerbe damit zu treiben, da doch vielgedachte Kürschner solche überzogene und gefütterte Kleider von schaulen Mentlik und andere nie zu verkaufen in Kotzen und Kürschner Krämen, gehabt noch haben, wie denn meniglich bewußt.

Wiewohl doch wir arme das untertänige erbitten, dass wir solche überzogene, untergefütterte Kleider, so wir auf den Kauf machen lassen, ihnen den Kürschnern, damit sie ihren Nutzen auch darbei haben mogen, zu unterfüttern zu stehen wollen lassen.

Und dieweil denn, allergnädigste Kaiser und Herr, wir arme Juden auch Gottes Geschöpf seiend und unser arm Weib und Kind ernähren mogen, und doch kein Acker, Feld, noch Weingarten Bau, noch sonst keine bürgerliche Nahrung nicht haben, sondern uns dermaßen mit Kaufen und Verkaufen unterhalten müssen, so gelanget deshalbten an Euer Königl. Kaiserl. Majestät unser alleruntertänigste umb Gottes und seiner Barmherzigkeit Bitten, Euer Kais. Majestät geruhen und wollen gnädigst verordnen und befehlen, damit derselbig Euer Kais. Majestät ergangene Sentenz erläutert und erklärt mocht werden, auf daß wir arme in solchen überzogenen und mit Rauchwerk untergefütterten Kleidern, die wir auf den Kauf lassen machen, von gedacheten Kürschnern unbeschwert und unverhindert sein möchten.

Um solche wollen wir Gott dem Allmächtigen treulich bitten, mit samt unser Weib und Kind, daß Gott für Eure Kais. Majestät lang Leben, frohliche und glückselige Regierung verleihen und geben wolle. Tun uns arme ganz verlassene Juden E. Kais. Mtt. zu gnädigsten Schutz demütigst durch Gott befehlen.

Euer röm. Kais. Majestät untertänigste gehorsamste

Aelteste Juden anstatt der Gemein Jüdischheit zu Prag.

—

BEILAGE III. (Zu Seite 64.)

st. m. J—4/51 im AMI.

Kaiser Rudolf II. erlaubt den Prager Juden Handel und Gewerbe.
(22. Oktober 1580.)

Jak jsou opět suplikace jeho milosti Římskému císaři a Uherskému a Českému etc., Králi etc. Panu našemu nejmilostivějšímu, všecka obec židovská Pražská ze strany jim činěných překážek v prodejich a handlech jejich po správě poctivých

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Purkmistra a Konšelův Starého města Pražského na dekret jeho milosti císařské na předešlou suplikaci a stížnost jich židů vyšlé, podali, tu jeho milost císařská, vyrozuměvši též všecky věci, jim Pražanům všech tří měst Pražských odesílati ráčí, a poněvadž sobě nadepsani všichni židé to, že by mimo předešlý způsob a obdarování jejich od kupců, kramářů a některých řemeslníků nad privilegia týchž řemesel stěžováni býti měli a tady velkou záhubu, nemajíce žádných jiných mimo své handle židovské živnosti, nésti museli, vysoce stěžují a Jeho milost císařskou v tom za spravedlivé opatření poníženě prosí.

A poněvadž dotčené židé od Jeho milosti císařské a předků jeho milosti slavných paměti, jisté obdarování a nadání, dokud by v tom království byli a trvali, ze strany provozování živnosti a obchodů svých mají, nechtíc Jeho milost císařská, aby proti těm v živnostech svých utiskováni býti měli, nýbrž jak až posavad bez překážky je provozovali, proto Jeho milost cís. nadepsaným Pražanům všech tří měst Pražských ráčí poručiti, přikazujíc, aby před jmenovaných židů Pražských mimo předešlý starodávný způsob a jejich židův obdarování, které jak dotčeno od slavných a svatých paměti Jich milosti císařův a králův Českých nadané a od Jeho milosti císařské potvrzené mají ze strany prodávání všelijakých věcí krámských a kupeckých na lokty a váhu, též chlupatých věcí a šatstva, žádné překážky nečinili a činiti žádnému nedopouštěli, však aby na spravedlivou váhu a míru a také hodné věci kupecké prodávali, z nich také náležitý Ungelt a clo spravovali, pod propadením takových kupeckých věcí a uvarováním skutečného trestání jináč nečiníc.

Decretum per Imperatoriam Majestatem in consilio Bohemico Pragae 22. Octobris Anno etc. 80.

—

BEILAGE IV. (Zu Seite 67.)

J. Čelakovský, Privilegia měst Pražských č. 284.

Resolution Rudolf II. vom 26. Mai 1595 (Übersetzung).

Kaiser Rudolf II. entscheidet Stritte zwischen den Prager Juden und den Meistern der Kürschnerei- und Schneiderzünfte über den Geschäfts- und Handwerksbetrieb.

Wir Rudolf II. von Gottes Gnaden gewählter römischer Kaiser, allezeit Mehrer des Reiches, König von Ungarn, Böhmen und Dalmatien, Erzherzog von Oesterreich, Markgraf von Mähren, Herzog von Luxemburg und Schlesien, Markgraf der Lausitz geben mit diesem Schreiben allen bekannt, welche nicht geringe Processe und Stritte zwischen den Altmeistern des Kürschnerei und des Schneiderhandwerks in unseren Prager Städten einerseits und den Judenältesten und anderen Juden Prags andererseits wegen des Verkaufes von Fellwaren und anderen gangbaren Kleidern entstanden sind, weshalb wir oft von der einen oder der anderen Seite in Anspruch genommen wurden und um gnädige und gerechte Verfügungen diesbezüglich ersucht wurden.

Da wir gnädig wollten, daß eine bestimmte Ordnung, wonach beide Parteien sich gegeneinander zu verhalten verpflichtet wären, verordnet und verfaßt werde und von dem immerwährenden Heranlaufen mit Beschwerden und Inanspruchnehmen endlich einmal Abstand genommen werden könnte, haben wir, nachdem wir die Sache nach den Relationen unserer Komissäre mit Fleiß und gründlich erwogen haben mit dem Rate unserer treuen Lieben und kraft der königlichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Macht in Böhmen auf die unten angeführte Art zwischen den oben erwähnten Parteien, wie sie in diesem allen nun und künftighin sich zu verhalten und ihren Handel resp. ihre Geschäfte zu führen und zu betreiben hätten, zu verordnen geruht:

Vor allem sollen, nach vorangegangener Entscheidung, welche für jene Zeit in den Appellationen von unseren ernannten Räten ergangen ist, die Juden keine Stöllner, d. h. nicht ihre unbefugten Kürschner und Schneider, haben, die ihnen die Kleider nähen und füttern, sondern, falls sie etwas zu nähen, oder zu füttern geben wollen, so sollen sie dies den Prager Schneidern und Kürschnern zu nähen und herzustellen geben. Dagegen sollen auch die Prager Schneider und Kürschner binnen 2 Wochen von dieser unserer Kaiserlichen Resolution bestimmte Meister in jedem dieser Gewerbe beauftragen, daß sie den Juden für anständiges Geld zu nähen verpflichtet sind und auch die Prager Kürschner sollen laut den hierauf von unserer böhmischen Kanzlei erlassenen Dekreten den Juden beim Verkaufe der Fellwaren sei es der Breite nach, sei es auf verschiedene Art, wie auch beim Verkaufe verschiedener Futter keinerlei Hindernisse bereiten.

Bezüglich der polnischen Futter, welche wie die Prager Kürschner berichten, nicht so gut sind wie die hier erzeugten, wird dem stattgegeben; aber da wir davon bestimmten Bericht zu haben geruhen, daß man vom gemeinen Volke für viel billigeres Geld kaufen kann als die Futter der hiesigen Kürschner sind und vielleicht auch nicht jeder imstande ist, sich ein gutes und teueres Futter kaufen zu können, so sollen die Prager Kürschner den Juden auch solche billigere Futter zu verkaufen nicht verwehren, zumal sie den Kürschnern das, was nicht verarbeitet ist, zu verarbeiten geben müssen. Was den Verkauf von Schürzen und Mützen und anderer Fertigware anbelangt, so sollen die Juden, da sie hievon selbst nichts in Arbeit geben, als was sie von den Kürschnern auf Schuld, oder für andere im Freimarkt zu nehmen gezwungen sind, solche Sachen gleichfalls frei verkaufen dürfen. Wenn jedoch die Juden diese Sachen selbst zum Verkaufe erzeugen und daher die Kürschner in ihrem Gewerbe beeinträchtigen wollten, das sollte und soll ihnen nicht geduldet und nachgesehen werden. Auch wenn die Juden etwas gestohlenes und zu ihnen gebrachtes jemandem von den ihrigen in Eile zu übermachen geben würden und somit den Diebstahl verbergen wollten und einer von ihnen wegen einer solchen Sache schuldig werden sollte, so soll dieser und so einer gebührend bestraft werden. Und deshalb ordnen wir allen Einwohnern und unseren Untertanen aller Stände des Königreiches Böhmens insbesondere den ehrlichen und umsichtigen Bürgermeistern und Schöffen unserer aller drei Prager Städte sowohl den jetzigen, als auch den künftigen unseren treuen Lieben, an, daß sie die oft genannten Kürschner und Schneider und auch die Prager Juden zur Befolgung dieser Anordnung und unserer Bescheide jetzt und für künftige Zeiten ohne Unterbrechung anhalten und dabei belassen und daß sie tatsächlich ihre schützende Hand darüber halten, daß die Parteien sich so und nicht anders zu einander verhalten, indem sie ihnen keinerlei Hindernisse in den Weg legen und auch dies von Keinem anderen bei Vermeidung unseres kaiserlichen Zornes und Ungnade, sowie der unserer Erben und unserer künftigen böhmischen Könige.

Urkund dessen geruhten wir zu befehlen, daß unser kaiserliches Siegel dieser Urkunde angehängt werde.

Gegeben auf unserer Prager Burg am Freitag nach dem Andenken der Feier des Frohnleichnams des Jahres 1595, und im 20. Jahre unseres römischen Königreiches, im 23. des ungarischen und gleichfalls des 20. Jares des böhmischen Königreiches.

Rudolf.

Ad mandatum Sacrae Caesareae
Majestatis proprium
J. Millner.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE V. (Zu Seite 73.)

J. Čelakovský, Privilegia měst Pražských, č. 324.

Judenprivileg vom 8. April 1648.

(Handwerksartikel.)

Neuntens, schließlich befindet sich in höchstgedachten Unsers höchstgeehrtesten Herrn Vater, weiland Kaiser Ferdinand des anderen, christmildester Gedächtnis, unterm dato den 30. Juni 1628. Jahres ihnen Juden aus der königlichen Böhmischen Hofkanzlei erteilten Konfirmation, daß ihnen Juden auch ihr erlerntes Handwerk unter ihnen zu treiben erlaubt worden; dessentwegen dann zwischen den Christenhandwerkern und den Juden ein starkes Disputat entstanden und viele Jahre lang gewehrt; daher Wir zur gänzlichen Abhelf- und Aufhebung dieser Differenzen Uns endlich hierauf zu resolvieren bewogen worden, und lassen es zwar aus gewissen erheblichen Ursachen bei solch der Juden erlangten Begnadung verbleiben, doch mit dieser Interpretation, Restriktion und Limitation, daß sie Juden ihr erlerntes Handwerk von mäniglich ungehindert exercieren und treiben, doch keine Christen-Gesellen, Störer oder Pfuscher halten, noch denselben Unterschleife geben, die von ihnen verfertigte Arbeit nicht auf der Gasse oder in Häusern (es wäre denn, daß einer oder der andere solcher Sachen zu seiner Notdurft sich zu bedienen, einen Juden in sein Haus, Zimmer oder Wohnung zu sich erfordern lassen würde) hausieren, herumtragen, sondern auf ihrem Tandelmarkt oder in der Judenstadt in der Woche zwei Tage, als Erichstag und Freitag, ausgenommen wenn auf selbigen Tag ein Fest oder Feiertag einficle, öffentlich feilhaben, auch Christen und Juden ohne Unterschied verkaufen mögen, darüber aber Unser Altstädter Hauptmann und der Rat die Inspektion und Aufsicht haben und da sie etwa bei solcher von ihnen Juden gemachter Arbeit einige unehrbare Vorteilhaftigkeit und Betrug vermerken und sich solches in Besichtigung derselben, welche er Hauptmann oder der Rat, da etwa derentwegen auf ein- oder den anderen eine Suspition, Argwohn und Verdacht fallen würde, durch ehrliche, gewissenhafte, dasselbe Handwerk verständige Leute vorzunehmen anordnen werden, und also die Sachen nicht tüchtig, noch richtig befunden würden, neben Wegnehmung solcher von dem Juden also verfertigte Sachen, der oder diejenigen, die sich damit betreten lassen würden, nach Gestalt und Gelegenheit des Verbrechens mit ernstlicher, unnachlässlicher Strafe belegt werden, ja noch überdies derselbe oder dieselbigen dieses Unseres der Judenschaft gnädigst erteilten Privilegii ipso facto verlustig sein und desselben nicht mehr zu genießen haben solle. Das Bücksenmacher-Handwerk aber wie ingleichen auch Schwertfeger-, Plattner- und andere militärische Handwerke unter ihnen zu treiben, solle ihnen ganz und gar inhibiert, eingestellt und verboten sein.

—

BEILAGE VI. (Zu Seite 108.)

st. m. S. 269/2 im AMI.

Die Bestimmungen für die jüdischen Schuster in der allgemeinen Schusterzunftsordnung, verliehen am 9. Juli 1737 von Kaiser Karl VI.

Für das dreissigste. Die der Prager Judenschaft erteilte Privilegia unter anderem auch dieses enthalten, wienach zwar denen Juden ihre erlernte Handwerk von mäniglichen ungehindert zu exercieren und zu treiben gestattet, jedannoch ihnen einige Christen-Gesellen, Störer oder Pfuscher zu halten, oder denenselben Unterschleif zu geben und die von selbten verfertigte Arbeit auf den Gassen oder

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

denen Häusern, hausieren, herumbtragen nicht erlaubt seie, sondern sie die verfertigte Arbeit auf ihrem jüdischen Tandelmarkt, oder in der Judenstadt in der Wochen nur zwei Täge offentlich feilhaben, denen Christen und Juden ohne Unterschied verkaufen sollen, dahero wird (gleich es unsere unterm dato Wien den 21. Feber 1724, als auch de dato Laxenburg den 10. Mai 1729 allergnädigst erlassene Rescripta des mehreren ausmessen) kein Jude, so das Schuhmacher-Handwerk nicht erlernet, mit neuen Schuhmacher-Arbeit zu handeln nicht unterstehe, hingegen solle denen sothanes Handwerk erlernten Juden, nicht nur der neue Schuhhandel in der Judenstadt oder in dem Tandelmarkt, dann ihre Arbeiten durch die Wochen zwei Tage hindurch offentlich zu verkaufen und zu handeln, nicht minder die bei ihnen gelernten jüdische Schustern bestellte Schuhe auch aussen sothanen zweien Tägen zu dem Besteller zu tragen, keineswegs aber mit anderen als von ihnen Juden selbst gemachter Schuhmacher-Arbeit zu handeln, viel weniger von armen christlichen Schuhmachern einige Schuhe zum Handeln zu erkaufen verstattet werden, zu dem Ende dann der Magistrat unserer königl. Altstadt Prag von Zeit zu Zeit die Lista deren gelernten jüdischen Schuhmachern zu exhibieren und unweigerlich abzulegen sein wird. Wann nun also

Einunddreissigstens: Ein Jud sowohl wider diese der Judenschaft in oft besagten unserer Erbkönigreich Böheimb allergnädigst erteilte Privilegia zum Nachteil der christlichen Schuhmacher-Zunft zu handeln betreten, und von gedachter Zunft dem Magistrat unserer oberwehnter königl. Altstadt Prag angezeuget würde, so wird derselbe einen ungelernten, oder auch einen mit der gearbeiteten neuen Schuhmacher-Arbeit herumbhausierenden, oder solche außer obigen zwei Tägen in jeder Wochen in den jüdischen Tandelmarkt oder in der Judenstadt verkaufenden Juden die bei ihme angetroffene neue Schuhmacher-Arbeit durch das Gericht hinweggenommen und annebest den hierinnen betretenen Juden ernstlich abstrafen lassen, dann hierüber feste Hand halten, die Judenschaft respectu des Schuhhandels in die Schranken ihrer Privilegien setzen und die christliche Schuhmacher-Zunft wider die Uebertretere alle hilfreiche Hand leisten. Wie denn ingleichen

zum *Zweiunddreissigsten:* Sothane christliche Schuhmacher-Zunft in unserer königliche Altstadt mit Vorwissen des daselbstigen Magistrats die von den Juden gemachte Arbeit in ihren Gewölben durch gewissenhafte und unparteiische dieses Handwerk verständige Leute öfters besichtigen zu lassen berechtiget, und da einige von einem christlichen Meister, oder einem Pfuscher gefertigte Arbeit, oder sonsten einige unehrbare Vorteilhaftigkeit und Betrug vermerket, mithin sothane Arbeit nicht tüchtig und richtig befunden wurde, der oder diejenige, so sich damit betreten lassen möchten, nebst Hinwegnehmung solcher Arbeit von unweit gedachten Magistrat nach Gestalt und Grösse des gebrauchten Betrugs, Vorteils und Verbrechens annoch mit einer ernsten und unnachlässlichen Straf angesehen, ja über dieses (wie es allschon in mehrberührter der Präger Judenschaft allergnädigst erteilten Privilegiis versehen ist) unsere durch selbe verliehnen kais. Begnadigung ipso facto verlustiget sein, und derselben nicht mehr zu genießen haben. Ein Schuhmacher-Meister aber, welcher zu Handen deren Juden zu ihrem Handel und Verkauf zu arbeiten betreten werden möchte, sollte das erstemal mit Hinwegnehmung der Arbeit, dann da ferner er sich dergestalten annoch das andertemal verginge, von dem Magistrat über die Hinwegnehmung der Arbeit mit einem vierwöchentlichen oder auch längeren Arrest bestrafet und da annoch keine Besserung erfolgte, nach Erkenntnis gedachten Magistrates über alles dieses ihme auch keinen Gesellen mehr zugelassen werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE VII. (Zu Seite 110.)

Regis Nr. 684 im AJG.

Die Bestimmungen für die jüdischen Schneider und Tapezierer in den Privilegien der christl. Schneider und Tapezierer-Zunft, verliehen am 19. Dezember 1740 von Kaiserin Maria Theresia.

Artikel 19. Weilen viele sowohl Christen als auch Juden nicht gelernet haben dieses Handwerk, neue Kleider in dem Tandelmarkt verkaufen und dadurch in ihrem Handwerk nicht einen geringen Schaden und Ruin, dann Verkürzung verursachen; Als solle keiner aus denen Christen und Juden dieses Handwerk nicht gelernet und mit ihnen in der Zunft nicht ist, außer denen Schneidern sich unterstehen, neue Kleider, die nicht getragen worden, auf dem Tandelmarkt oder wo anderwärtig, außer an offentlichen Jahrmärkten; Jedoch mit denen alten Kleidern ist keinem verboten zu handeln, verkaufen. Welcher aber, es seie wer er immer wolle (außer denen Jahrmarkt Tägen) ihnen Schneidern zu schaden, Ruin oder Verkürzung ihren Handwerk und Nahrung deren neuen Kleidern Verkauf, und solcher in die Häuser Hausierung sich unterstehen möchte, und solcher in diesem ertappet wäre, diesen und sollichen selbte weggenommen, verkauft und das Geld von diesem gelöst laut General Patenten mit der Rechnung verrechnet und zum Guten der Zunft angewendet werden solle.

Artikel 21. In diesen Prager Städten sich befindende Judenschaft in die Tapezierer-Handwerk sich mischet, und diese Profession hin und her treibet, daher kein Judt ausser der Judenstadt in christlichen Häusern unter Wegnehmung aller Arbeit und folglichen unter der Straf, welche von dem Magistrat erkennet wird, nicht arbeiten solle.

—

BEILAGE VIII. (Zu Seite 119.)

n. m. P 1–7/2 im AMI.

Polizei von der jüdischen Schneider-Zunft, so im September 1690 sind aufgerichtet worden, als

1. Es solle sich keiner vornehmen, anzuhalten ein Meister zu werden, insonder derselbe schriftlich von denen Prager Juden Aeltesten zu docieren vermag, daß er ein hiesiger Prager Judt sei und zuvorhero solle derselbe ein Zettel denen Juden Aeltesten von denen Schneider Staršen vorzeigen, wie er sich bei der Zunft verhalten hat.
2. Und wenn derselbe von vier Staršen schriftlich die Erlaubnis bekommt, ein Meister zu werden, so solle er aufs wenigste bis ein Jahr nach seiner Hochzeit keinen Lehrjungen annehmen, sondern nur mit einem Gesellen arbeiten, nach dem ersten Jahr kann er einen Lehrjung (aber nicht mehrere) annehmen.
3. Wenn einer wollte Meister werden, ist er schuldig vor dem Staršen Amt zu erscheinen und in ihr Amtsbuch einschreiben zu lassen, worunter das ganze Amt unterschrieben sein solle. Ingleichen bei der Aufnehmung eines Lehrjungen sollen die mehrere Staršen unterschrieben sein.
4. Wenn ein Schneider möchte bei einem, es sei in oder außer der Judenstadt, ein Mass nehmen, wozu ein anderer Schneider kommen sollte, ist der andere Schneider sogleich zu weichen schuldig, wenn aber der andere nicht weichen wollte und die Arbeit annehmen möchte, so ist derselbe der Prager jüdischen Gemeinde-Cassa 2 Dukaten Strafe ohne Nachlas zu geben schuldig.
5. Jeglicher Monatshalter ist alle Sonntag das Staršen Amt zu beschicken (vorzuladen) schuldig, unter Straf 45 kr. in die Schneider Kassa, ohne Nachlas.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

6. Keiner solle sich unterstehen das Monatsamt länger als 4 Wochen zu behalten, unter Straf ein Dukaten in die Prager jüdische Gemeinde Kassa. Und wenn derselbe einige Unkosten in sein Monatsamt ausgelegt hat, so solle derselbe das Monatsamt nicht abgeben dürfen, bis der nach Monatshalter, demselben solches Geld vorhero erleget.
7. Wenn einer das Monatsamt übergibt, so müssen die Mehrste vom Staršenamt darauf unterschrieben sein, widrigens ist sothane Monat-Abgebung nicht gültig.
8. Wenn ein Schneider mit dem anderen, es sei was es immer wolle (was eine Schneidersache ist), ein Streit hatte, ist derselbe schuldig vor dem Schneider Staršen Amt zu erscheinen und ihren Ausspruch anzuhören, wenn einer oder der andere nicht darauf verbleiben wollte, ist derselbe schuldig ein Pfand auf ein halbes Schock beim Monatshalter zu erlegen, nachgehends kann derselbe binnen 24 Stunden zu den Oberstaršen appellieren.
9. Wenn ein Schneider einen Gesellen annimmt, so solle er demselben (unter Straf 2 Dukaten in die jüdische Gemeinde Kassa) nicht länger als 3 Tage probieren, nachgehends ist er schuldig denselben Gesellen beim Amt in ihre Bücher einschreiben zu lassen und jede Parth ist davon 24½ kr., so zusammen 49 kr. betraget, zu geben schuldig.

   Item ist für gut angesehen worden, daß sich betreffen tuet, daß ein oder andere von denen Prager Juden sich gegen den Schneider wegen des Arbeitslohnes zu beschweren hat, daß von demselben zuviel verlanget worden, oder zuviel geliefert haben solle, so sollen solche Zwistigkeiten von dem Staršenamt, nebst einem Beisitzer aus der Prager jüdischen Gemeinde, welcher von den Ober-Inspektoren zugesetzt worden ist, ausgemacht werden. Im Falle, daß derselbe Prager Jude hierauf nicht zufrieden sein möchte, so solle auf Recht und Unrecht von den jüdischen Juristen einer oder zwei dazu genommen werden, daß selbe zwischen denenselben auszumachen.
10. Welcher Schneider, der einen Lehrjungen auf seiner Arbeit angenommen hat, ist derselbe schuldig den Lehrjungen das Handwerk rechtschaffen auszustellen (— lernen), wie gebräuchlich ist, damit derselbe nach den Lehrjahren einen Gesellen abgeben kann.
11. Und wenn sich einer oder anderer finden möchte, der einen Lehrjungen nicht wie gebräuchlich ausgelernt hat, so solle der Meister nicht allein das daraufbekommene Lehrgeld restituieren müssen, sondern auch binnen drei Jahren keinen Lehrjungen anzunehmen befugt sein.
12. Wenn aber ein Schneidermeister seinen Lehrjungen wie gebräuchlich ausgelernt hat, so solle derselbe Meister bis zu einem Jahre (unter ein Dukaten Straf) keinen Lehrjungen annehmen.
13. Der Meister hat auch die Vorhand zu geniessen, den Gesellen, den er gelernt hat, drei Jahre zu behalten, wie auch wo sonsten einen Gesellen, der ein Jahr bei einem Meister gearbeitet hat, die Vorhand auf ein Jahr, was ein anderer geben wolle, haben solle.
14. Der Gesell ist schuldig sechs Jahre bei einem Meister, ehe er heiraten tut, zu arbeiten und ehe er bei denen Prager Judenältesten um die Erlaubnis anhalten tut, solle er solchen Zettel von denen Schneider Staršen zu producieren haben, wie er sich verhalten hat.
15. Und wenn einer von den Gesellen ein Bräutigam wird, ist er bis zu seiner Hochzeit beim Meister (es sei auch sein eigenes Hochzeitskleid) zu arbeiten schuldig.
16. Jeder Gesell ist schuldig alletag, in specie Mon- und Donnerstag, in Schul (Synagoge) zu gehen.
17. Item hat jeder Gesell und Lehrjunge alle Tag eine halbe Stunde frei, um Schreiben zu lernen.
18. Die Gesellen und Lehrjungen sind schuldig von 6 bis 8 Uhr zu arbeiten, wie gebräuchlich.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

19. Ein jeder Gesell ist schuldig bei seinem Verbündnis zu einem Meister, einen Handschlag dem Amtsschreiber zu tun, daß er aufrichtig und getreu arbeiten will und seine Arbeit zu absolvieren.
20. Wenn ein Gesell oder Lehrjunge während seines Contraktes krank werden möchte, ist alles auf dessen Vaters Kosten.
21. Wenn von demselben einer sterben möchte, ist die Draufgab, was der Meister bekommen hat, als auch was man dem Schneider Meister schuldig wäre, verfallen.
22. Wenn ein fremder Gesell anhero kommt, darf er auf keiner Werkstatt arbeiten, unter 3 Reichthaler Strafe, es sei denn, daß er sich vorhero anmelden wird bei dem Staršen Monatshalter, ingleichen ist der Meister auch schuldig zutun.
23. Es darf sich kein Gesell den Meister selbst pfänden, sondern ordentlich beschicken, wenn solches aber aus Unwissenheit geschehen wäre, solle solches Pfand beim Monatshalter der Staršen deponiert werden.
24. Wenn man die Staršen renovieren möchte, solle keiner kein Schreiber dabei sein bis zwei Jahre nach der Hochzeit und solle keiner kein Wähler sein, bis er zuvor ein Schreiber gewesen, und keiner kein Starši werden können, bis zehn Jahre nach der Hochzeit.
25. Wenn man Starši vernenert hat, sind selbe befugt, ein Anlag der Unkosten mit Vorwissen der Oberinspektoren zu machen.

Item ist für gut angesehen worden, daß jeder Meister, Gesell und Lehrjunge alle Samstag zusammenkommen und eine Information in der Lehre und heiligen Schrift von ihrem Zunft Predikanten anzuhören. Bei Vermeidung dessen unter Strafe jedesmal $^1/_2$ liter Licht in die Juden Schulen.

Lasser Bezallels	Beer Juda
Moyses Juda	Simche Ausch
Juda Löbl	Löbl Brandeis

Moyses Wehle, Amtsschreiber

Abschrift aus dem Schneider Zunftsbuch Folio 169.

—

BEILAGE IX. (Zu Seite 119.)

Regis 486 im AJG.

Pollicey

welche die sammentliche sowohl Meistere, Flickere, Gesellen, Lehrjungen und Absatzmacher der jüdischen Schusterzunft festiglich nachzuleben verbunden seyend.

1mo Ist vor (für) gut befunden worden, dast ein jeder Meister, Flicker, Gesell, Lehrjung und Absatzmacher jede Woche in die Schusterzunfts-Cassam zu Bestreit- und Verpflegung der Armen und kranken Schustere, auch sonst erforderliche Benötigungen 3 kr. abführen sollen, hergebrachter massen.

2do Ist vor gut angesehen, falls sich zwischen wiederholten Schustere einiger Disputat oder Zwistigkeit in punkto Schusterey eräussern sollte, dieselben zu Beilegung dessen zu ihren Staršen, und sonsten zu kein anderen Amt, als respective Gassen- oder Tandelmarkts Inspectoren, viel weniger zum Unterjuristen recurriren, außer bei ihren Oberstaršen oder Aeltesten, auf dass eine hochlöbliche Königl. böhm. Kammer und sonsten andere hohe Dicasterien des unnötigen Anlaufs verschont werden mögen, zu erscheinen schuldig.

3tio Solle kein Meister oder Schuhandler dem anderen in seiner Arbeit oder Handlsschaft, sonderist wenn einer in seinem Gewölb oder habender Cramstelle einen Käufer hätte, einen Eingriff oder Geringmachung des Werts, viel weniger denjenigen von der Stelle hinweg berufen und abspänstig machen, unter ausmessender Straf sich unterfangen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

4to Solle sich keiner gelüsten lassen, einige kleine oder grosse Schuech, Pantoffel und Stiefel auf seine Hand zu machen, wobei ein Betrug zu verspüren wäre, sondern alles aufrichtig gearbeitet und gehandelt werden solle, damit keine Beschwerde wider dieselben einlaufen möge, unterstehen, die dawider handelnde mit einer Straf beleget werden sollen.

5to Wenn (sich) ein Gesell mittelst Verbündnis zu einem Meister auf gewisse Zeit verdungen hätte, so solle sothaner Gesell während der Zeit sich zu keinem anderen Meister in die Arbeit begeben dürfen, und zwar dergestalten, wenn auch schon die Zeit des Verbündnisses exspiriren sollte und der Gesell von seinem Meister hinwegzugehen intentionirt wäre, so solle derselbe von seinem Meister ehender nicht aus der Arbeit treten dürfen, ehe und bevor er eine ordentliche Aufkündigung durch den Schuster—Staršen—Schreiber und Diener gewöhnlicher massen hat tun lassen.

6to Es solle sich kein Lehrjunge zu einem Meister, ohne dass derselbe bevor bei denen Staršen in aldasigen Büchern gegen der Gebühr 45 kr. vermerken, (Nachdem derselbe ausgelernt und zur Gesellen-Stelle gelanget, wiederum 45 kr. ernannten Staršen abzuführen, wenn aber er bereits ein Gesell ist und sich zur Zeit von ein zum anderen Meister begeben wollte, je und allezeit 6 kr. zu geben schuldig) begeben dürfen.

7mo Keine ledige Person, welche annoch kein Meister ist, solle die Erlaubnis haben die Schuster-Profession in proprio zu führen, um so minder einen Gesellen zu halten. Dafern aber einige Umstände obhanden, wegen welcher mit ein oder dem anderen ledigen Juden zu dispensiren und ihm die freie Arbeit zu verstatten wäre, dieses aber ohne Vorwissen der Oberstaršen nicht geschehen, damit keine Consequenz daraus erfolge, hingegen bei Entstehung eines und anderen gravirten Teils der Recours zur hochlöblichen Königl. Böhm. Cammer jederzeit offen verbleiben.

8vo Ist vor gut angesehen worden, daß kein Meister, Gesell oder Lehrjung weder am Freitag oder sonsten ein Tag vor Antreten einiger jüdischer Feiertage nachmittags, und zwar Sommerszeit bis 3 und Winterszeit bis 1 Uhr insonderheit an denen jüdischen halben Feiertagen einige Arbeit vorzunehmen sich unterfangen soll. Die Renitenten sollen von denen Staršen mit einer Straf angehalten werden.

9vo Es solle kein Meister seine Ware nicht auf zwei Kramstellen oder Gewölber unter Straf zu verkaufen befugt sein.

10mo Wenn ein Schuster sich vereheligt hatte und das Gewerb vor sich führen wollte, selbter vorhero denen Staršen 3 fl., wovon zwei Gulden denen Staršen und ein Gulden in die Zunfts-Cassa, und also auf gleiche weis mit allen Einschreib Gelder verhalten werden solle, abzuführen schuldig sein, und solle derselbe bis nach Verfliessung eines Jahres zwar nur ein Gesell, hingegen keinen Lehrjung annehmen dürfen. Sofern aber der Meister nach Endigung des Jahres einen Lehrjung aufnehmen sollte, derselbe sothamen Lehrjung die Profession, gleich einem Meister zustehet, wohl zu informiren schuldig seie.

11. Es solle sich kein Gesell an seinem Meister einer Schuld halber selbst pfänden dürfen, sondern selbten zu denen Staršen conveniren, alsdann den Bescheid alldort anhören.

12. Es solle einem jeden Gesellen und Lehrjung des Tages $^1/_2$ Stunde aus der Arbeit zur Informirung des Schreibens und Lesens zu gehen freistehen.

13. Es soll keiner zum Meister erwählt werden, außer derselbe mittelst attestati von denen Aeltesten dartut, dass ein hiesig geborenes Kind ist, auch sollen die sämmtlichen Staršen zu Aufnehmung eines Meisters eigenhändig unterschrieben sein.

14. Es solle kein Schuster weder zu einem Meister, viel weniger Wähler applicirt werden, bevor derselbe seinen rückständigen Rest oder wochentlich 3 kr. oder 1 gröschl abgeführt haben wird. Wenn aber ein Gesell oder Lehrjung

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

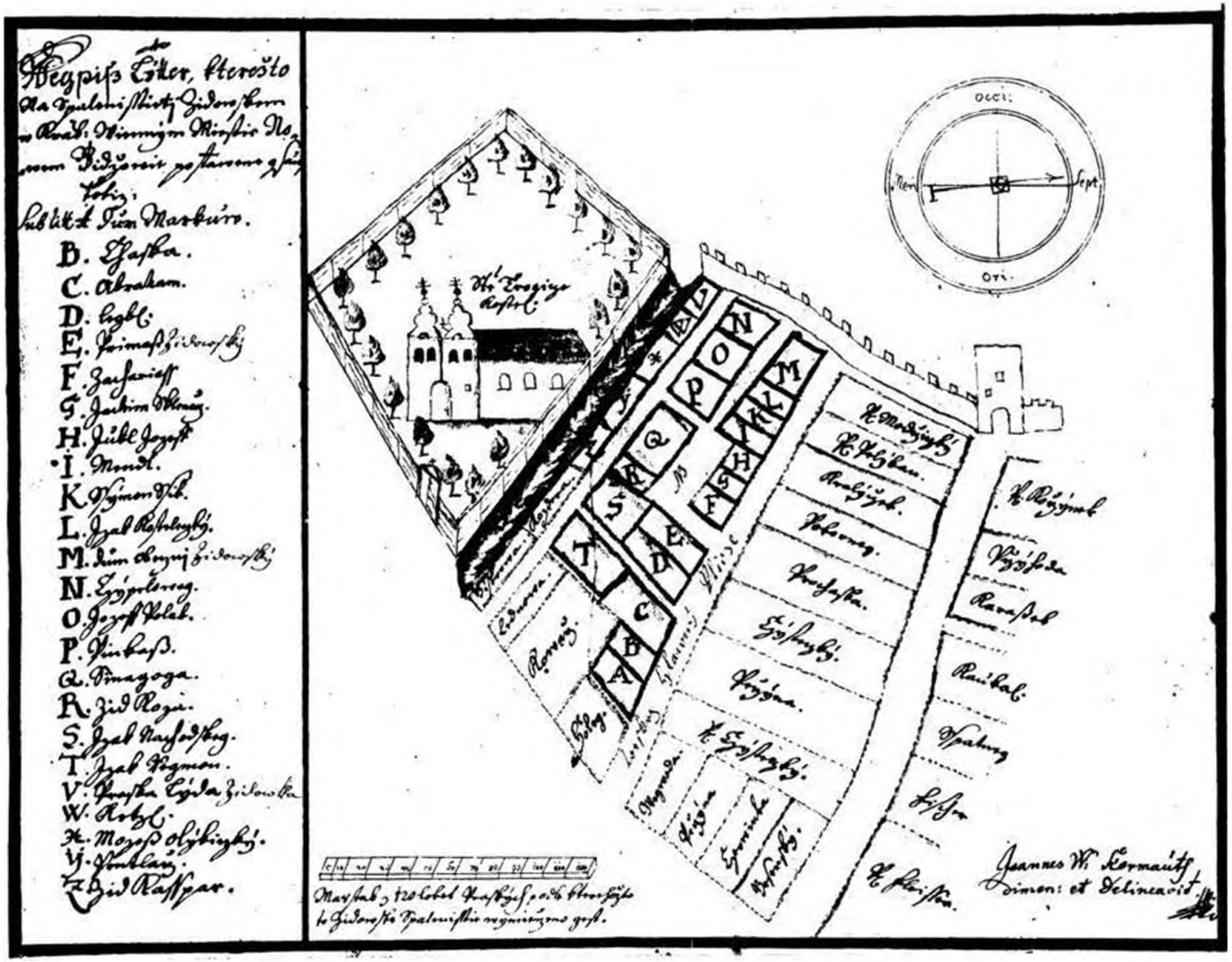
einigen Rest vergessen wäre, und man seinen Meister intimiret hatte, dass dessen Leute die wochentlichen 3 kr. vergessen, als dann der Meister davon zu haften schuldig.

15. Es sollen die sämtlichen Schuster, weil dieselben die ganze Woche hindurch in ihrer Arbeit befliessen, einen jüdischen Gelehrten, welcher ihnen alle Samstag die jüdischen Gesetze dociret, zu halten und selbte beizuwohnen schuldig sein, in Ausbleibung ein oder des andern mit $^1/_2$ Pfund Lichter ins Armen-Kinder-Studier-Haus zur Straf abzuführen verbunden seie.
16. Solle kein Starši das Monat-Amt länger als 4 Wochen behalten dürfen, bei Abgebung dessen selbter dem nachfolgenden sowohl die Berechnung des einkommenden Geldes, als auch die Überantwortung der bei sich habenden Polizei einräumen sollen, mit diesem annexo, dass die Staršen von Quartal zu Quartal die Berechnung wohin selbe appliciret worden ist, sowohl die eingehenden wochentlichen Gröschel als fallenden Strafgelder denen Oberstaršen abzugeben schuldig.
17. Diese vorgesetzten Schuster Gesetze sind eben die Absatzmacher und alles was durch der Kneipp geschnitten und tentiret wird, zu observiren und genau nachzukommen schuldig.
18. Und schliesslich solle alle 3 Jahre die Neuerung der Schuster Wahl vorgenommen, dann in denen jüdischen Schuelen publicirt werden, jedoch alles mit Ratifikation einer hochlöblichen Königl. böhm. Kammer.

Pollizey für die jüdische Schuster Zunft.

Regis 486

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main



Plan der Brandstätte des Neubidschower Ghettos v. J. 1718.

Archiv des Ministeriums des Innern in Prag: Sammlung der Karten u. Pläne. Inv. Zl. 2382.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das Ghetto zu Neu-Bidschow und die sog. Sekte der Bidschower Israeliten um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts.

Mit einem Originalplan.

Von Dr. Jaroslav Prokeš, deutsch bearbeitet von Dr. Anton Blaschka.

Einleitung.

In den letzten Jahren des Erbfolgekrieges, den Maria Theresia um das väterliche Erbe, vor allem um die böhmischen Kronländer führte, wurde unter der christlichen Bevölkerung in Nordostböhmen, namentlich auf dem Herrschaftsgebiete der königlichen Leigedingstadt Neu-Bidschow und auf der benachbarten Herrschaft Chlumetz eine Religionssekte festgestellt, die sogenannten Bidschower Israeliten. Es ist dies keineswegs eine völlig unbekannte historische Erscheinung. Sie wird von der historischen Forschung in die Kategorie der sogenannten Religionsschwärmer Böhmens eingereiht, deren alttestamentliche Anschauungen nach der Behauptung ihres Hauptstifters, des Chudonitzer Schneiders Johann Pita, auf dessen Verkehr mit den Bidschower Juden zurückgingen, und ein anderer Sektierer, der Zadražaner Wenzel Janeček, bezeichnete neben Pita geradezu den Neubidschower Rabbiner Mendl als seinen Lehrer. Die Bidschower Israeliten riefen bei ihrem Auftreten nicht bloß an Ort und Stelle eine bemerkenswerte Erregung hervor, die begreiflich wird, wenn man bedenkt, daß der Aufdeckung monatelange Untersuchungen und diesen drei Hinrichtungen folgten, eine in Neubidschow und zwei in Königgrätz, ja sie erregten auch die Aufmerksamkeit der Regierung und veranlaßten sie zu scharfem Einschreiten. Und die Erinnerung an diese Sekte erhielt sich umso zäher, als sich trotz exemplarisch grausamer Bestrafung der festgestellten Führer ein Teil der Sektierer durchaus nicht einschüchtern ließ und die Sekte in der Gegend, wo sie gegen Ende des Jahres 1746 aufgetaucht war, weiterbestand, mochte sich auch hiebei das Zentrum von der Bidschower Herrschaft auf die Herrschaft Chlumetz verlagern, wo sie bereits in den Vierzigerjahren des XVIII. Jahrhunderts zahlreiche Anhänger gezählt hatte.

Zur Zeit Josefs II., in den Achtzigerjahren des XVIII. Jahrhunderts, gab die Sekte neuerdings ein Lebenszeichen. Nach der Kundmachung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

des Toleranzpatentes meldete sie sich mit einer großen Anzahl von Anhängern an. Und als dann Kaiser Josef entschied, die Sektierer, die sich damals teils als „Israeliten", teils als „Abrahamiten" bezeichneten, seien ähnlich wie die sogenannten Deisten, die namentlich auf der Pardubitzer Herrschaft zahlreich aufgetaucht waren, zu assentieren und samt ihren Weibern in die ungarischen Garnisonen abzuschieben, da erregte diese Verfügung Josefs II. in weiteren Kreisen Aufmerksamkeit und forderte auch die öffentliche Kritik heraus, die durch die weitgehende Lockerung der Pressebestimmungen in jener Zeit ermöglicht worden war. Und so erscheint bereits im Jahre 1783 eine Broschüre (von Winnkopp) in Druck, betitelt: „Geschichte der Abrahamiten, Israeliten und Deisten in Böhmen, nebst ihrem abgelegten Glaubensbekenntnis. Ein Beitrag zur Toleranzgeschichte"; gleichzeitig erschien im zweiten Bande der Zeitschrift „Ephemeriden der Menschheit oder Bibliothek der Sittenlehre, der Politik und der Gesetzgebung" (Verlag Weygand in Leipzig, Juli bis Dezember 1783, S. 449–463) eine analoge Nachricht unter dem Titel „Kurze Geschichte des im vorigen Jahre im Chrudimer Kreise ausgebrochenen Deismus"; es war dies eine Ergänzung zu dem in denselben Ephemeriden S. 69–84 veröffentlichten Artikel „Von den sogenannten Abrahamiten, Adamiten oder Deisten in Böhmen" und Jos. Ant. Riegger übernahm sie in den III. Band (S. 420–427) seiner bekannten Edition unterschiedlicher Materialien und Nachrichten „Archiv der Geschichte und Statistik insbesondere von Böhmen", das 1795 in Dresden bei Walther erschien.

Dabei handelte es sich freilich um bloße Reminiszenzen ohne ausführliche und unmittelbare Gewähr. Die „Ephemeriden der Menschheit" und nach ihnen Riegger bringen über unsere Sekte nur zwei Sätze: „Man weiß auch, daß schon beiläufig vor 40 Jahren die Juden mit den Christen an verschiedenen Orten des Biczower Kreises versteckte Versammlungen gehalten, in denen sie das Gesetz Mosis gepredigt und mehrere Menschen hiezu selbst durch die Beschneidung einverleibt haben. Vielleicht hat man unter dem Vorwande des Mosaischen Gesetzes schon damals einige Grundsätze der Deisten unter das Volk ausgestreut."[1] Eine Analyse der archivalischen Quellen, die wir im dritten Kapitel dieser Studie bringen, zeigt, inwiefern selbst dieser magere Bericht mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Der Nachricht ist dann eine typisch aufklärerische Erläuterung angeschlossen, wie das israelitische und deistische Sektentum entstanden sei; der Grundton ist: Intoleranz der Priester und der Gesetze.[2]

Bei dieser Reminiszenz blieb es dann, soviel mir bekannt, bis in die Sechzigerjahre des XIX. Jahrhunderts.[3] Die erste ausführlichere Nachricht über die Sekte der sog. Bidschower Israeliten, die aus Archivmaterial schöpfte, findet sich in dem chronikalischen Abriß einer Stadtgeschichte von Neu-Bidschow, der den Neubidschower Hauptschullehrer *Cölestin*

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Říha zum Autor hat und im Selbstverlage im Jahre 1868 erschienen ist.[4] Es ist zwar das Werk eines Dilettanten, hat aber bis zum heutigen Tage einen Wert, da es sich zu einem Großteil wörtlich auf urkundliche Nachrichten aus dem Bidschower Stadtarchiv stützt, namentlich auf die Bidschower Stadt- und Gedenkbücher,[5] welche die Grundlage für die Erkenntnis der Vergangenheit Neu-Bidschows bilden, die noch ihres Bearbeiters harrt. Auch der Bericht Říhas über die Sekte der Israeliten – Říha gebraucht diesen Ausdruck nicht – im Anschluß an das Datum der Hinrichtung ihres Führers, Johann Pita aus Chudonitz (18. Dezember 1748),[6] beruht auf archivalischer Quelle, nämlich auf dem lateinischen Eintrag im Bidschower Stadtgedenkbuch, der zwar aus viel späterer Zeit stammt, aber auf einer alten, fast zeitgenössischen Eintragung im Gedenkbuche des Bidschower Dekanalarchives beruht.[7] Ganz in Übereinstimmung mit dem Gesamtcharakter seiner fleißigen Arbeit reproduziert Říha auch hier seine Quellenvorlage in der Hauptsache sozusagen wörtlich: „Im Jahre 1748 am 18. Dezember wurde Johann Pita in Bidschow hingerichtet. Dieser Johann Pita, von seinen Eltern in der katholischen Religion erzogen, war Schneider im Dorfe Chudonitz. Sowohl er als auch einige andere Insassen aus Chudonitz und benachbarten Dörfern standen mit den Bidschower Juden längere Zeit in Verbindung, er besuchte fleißig die Synagoge, und als er von dem Bidschower Rabbiner Mendl in der jüdischen Religion unterwiesen war, trat er schließlich ganz zum jüdischen Glauben über. Daraufhin wurde er von dem Königgrätzer Bischof Grafen Wratislaw von Mitrowitz als Ketzer exkommuniziert und vom Halsgericht zum Tode verurteilt." Weiters erwähnt Říha nach derselben Quelle ein Bild Johann Pitas, das im Bidschower Rathause aufbewahrt wurde, zitiert die darauf befindliche Inschrift und spricht von den Anhängern der Sekte, namentlich jenen, die schwere Strafen erhalten hatten.

Říhas Angaben über die Bidschower Sekte der Israeliten entzogen sich jedoch der Kenntnis von *Jos. Alex. Helfert*, der im Rahmen seiner Studie über die sogenannten Religionsschwärmer in Böhmen und Mähren unter Kaiser Josef II.[8] auch die Sekte der Israeliten erwähnt, sich aber bloß auf die josefinische Zeit beschränkt. Über die Sekte der Bidschower Israeliten bringt er nur in einer Anmerkung nach den „Ephemeriden der Menschheit", 1783, II, S. 76, das (irrige) Zitat, etwa um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts hätten an unterschiedlichen Orten im Bidschower Kreise Christen und Juden geheime Zusammenkünfte gehabt, wo das Gesetz Mosis verkündet worden und die Bekehrten durch die Beschneidung dem Judentum einverleibt worden seien.[9] Bemerkenswert ist jedoch Helferts Aufschluß über die Entstehung des sogenannten Judaismus im christlichen Sektenunwesen. Viele von den geheimen Akatholiken seien jedoch durch Verfolgung auf andere Wege gekommen. Man habe ihnen

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

die Bücher, die heiligen Schriften des Neuen Testamentes weggenommen, während sie sahen, daß das Alte Testament den Juden anstandslos belassen wurde. Warum hätten sie sich also nicht auch an das Alte Testament halten sollen? Denn auch jenes sei Gottes Wort. Und so hätten sie es unternommen, mit den Juden in Fühlung zu treten, heimlich mit ihnen zu verkehren, sie in ihre Versammlungen zu locken, um von ihnen das Alte Testament zu lernen. Ja, sie hätten den einen oder andern jüdischen Brauch angenommen, dem Genuß des Schweinefleisches entsagt, den Samstag als Sabbat geheiligt, weil ja selbst Gott der Herr am siebenten Tage nach der Erschaffung der Welt geruht habe. Es sei nicht unmöglich, daß sich unter ihnen vereinzelt auch Leute jüdischer Herkunft befunden, die sich um weltlicher Vorteile willen oder zur Vermeidung unterschiedlicher Zurücksetzungen äußerlich dem Christentume angeschlossen, in ihrem Herzen aber und in ihrer Häuslichkeit ihre ererbten Anschauungen nicht aufgeben wollten. Nur ein einziger Umstand hätte den neuen Bekennern am alten Glauben nicht gefallen wollen: die Beschneidung. Und sie hätten in den alttestamentlichen Büchern nachzuforschen begonnen, ob man die Beschneidung stets beobachtet hätte, und sie hätten gefunden, Abraham sei ein Gott gefälliger Mann auch vordem gewesen, bevor diese Zeremonie gesetzlich eingeführt worden sei, und sie hätten sich also gesagt: Warum sollten nicht auch wir uns ganz gleich verhalten?[10]

Die Helfertsche Erklärung, der Hauptgrund für die Entstehung der Sekte der Israeliten sei die Verfolgung der geheimen Akatholiken im Zuge der Gegenreformationsbestrebungen gewesen und namentlich die Konfiszierung und Vernichtung religiöser Bücher (darunter auch der Bibel), die mit der katholischen Orthodoxie nicht vereinbar gewesen seien, stieß jedoch auf den entschiedenen Widerstand des Jesuiten P. *Josef Svoboda*, der in einem Artikel über die sogenannten Religionsschwärmer in Böhmen unter Josef II. (Časopis katolického duchovenstva 1878) auf Helferts Studie zurückkam.[11] Zum Unterschiede von Helfert hatte sich P. Svoboda über die Bidschower Sekte der Israeliten ausführlichere Nachrichten verschafft, einerseits aus dem schon von Říha benützten Neubidschower Gedenkbuche – Svoboda zitiert jedoch Říhas Schrift nicht und kannte sie wohl kaum –, andererseits aus „der großen Handschrift vielleicht des verstorbenen Priesters Švenda in Königgrätz", wo sich eine Nachricht über Pita findet, die sich offenkundig mit jener deckt, die im Gedenkbuche der Bidschower Dechantei und im Liber memorabilium III des Bidschower Archives eingetragen ist. Svobodas Artikel bedeutet also im Hinblick auf quellenmäßige Erkenntnis unserer Sekte keinen Fortschritt, mag er auch im Vergleiche zu Helfert eingehender informiert sein. Neu ist freilich, wie Svoboda den Ursprung der Bidschower Israeliten erklärt, indem er einen völlig anderen Weg einschlägt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

als Helfert. Svoboda behauptet, nicht in dem Umstande liege der Anfang der Sekte, daß man den geheimen Akatholiken ihre religiösen Bücher (Bibeln) weggenommen, sondern – in den Juden, denn die Juden hätten: 1. jede Spaltung und jede Revolte gegen die heilige katholische Kirche begünstigt; 2. die Juden hätten auch jegliches feindliches Kriegsvolk begünstigt, das in Böhmen eingebrochen sei, namentlich wenn dieser Krieg auf Unterdrückung der katholischen Kirche ausging (so das sächsische Kriegsvolk im Jahre 1631, das schwedische Kriegsvolk und das preußische Heer unter Friedrich II.); dabei hätten sie viel Geld verdient und sich den Christen gegenüber gerühmt, welch reiche Belohnung Gott den Beobachtern des Gesetzes Mosis verheißen habe; 3. die Juden hätten die katholischen Christen durch gotteslästerliche Bücher und Reden, durch Lüsternheit, Diebstahl, Wirtshäuser verführt; 4. aus den Verführten hätten sie keineswegs eigentliche Israeliten oder rechtschaffene Juden gemacht, sondern es hätte ihnen genügt, sie zur Lästerung und Mißachtung Christi, der Jungfrau Maria und überhaupt aller heiligen katholischen Einrichtungen verführt zu haben. Dieser Haß und diese Lästerung sei mitunter geradezu satanisch gewesen.[12] Von Pita, dem ersten dergleichen Israeliten und Rädelsführer aller anderen, behauptet Svoboda, er sei zum israelitischen Glauben von dem Rabbiner Mendl aus Neu-Bidschow verleitet worden; er selbst habe dann andere verführt. Svoboda findet es schließlich auffallend, daß sich unter den übrigen Führern der „Israeliten" vom Jahre 1748 neben Pita zwei weitere Schneider, mehrere Schäfer, Häusler und viele Witwen fanden, durchwegs Leute, die angeblich mit Vorliebe über die Religion spekulieren. Wie ersichtlich, ist P. Svoboda gegen die Juden streitbar eingestellt: die Sekte der Israeliten ist eine Frucht durchtriebener jüdischer Proselytenmacherei. Die Quellen Svobodas berechtigen jedoch keineswegs zu einer ähnlichen Behauptung.

Gleichzeitig mit P. Svoboda erwähnte unsere Sekte, ohne seine Quelle zu nennen, *K. Adámek* in seiner Schrift „Doba poroby a vzkříšení. Rozhledy v kulturních dějinách království Českého v XVII. a XVIII. stol."[13] folgendermaßen: Im Bidschower Kreise kamen schon im Jahre 1743 geheime Akatholiken mit den Juden zusammen, denen die Lesung des Alten Testamentes nicht verwehrt war, und neigten sich den israelitischen Einrichtungen zu, ja viele sollen sich sogar haben beschneiden lassen. Der berüchtigte jüdische Agitator Mendl, der das gemeine Volk zum Übertritt zu den Israeliten mit beredten Worten aufmunterte, wurde ergriffen und in Prag verbrannt. Diese Schwärmer, „Israeliten" und auch „Abrahamiten" genannt, glaubten nicht an die heilige Dreifaltigkeit, glaubten aber an die Unsterblichkeit der Seele, anerkannten die Zehn Gebote, beteten das Vaterunser, glaubten an die Prophezeiung Mosis und an die Ankunft des Messias, feierten den Samstag usw. Adámek vermengt offen-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bar Nachrichten über die Bidschower Israeliten aus der Mitte des XVIII. Jahrhunderts mit Nachrichten über jene Israeliten bzw. Abrahamiten, welche nach Kundmachung des Toleranzpatentes im Chrudimer Ländchen auftraten.

Helferts Erklärung, der Grund für das Auftreten der Sekte der Israeliten sei darauf zurückzuführen, daß man der böhmischen akatholischen Bevölkerung die religiösen Bücher gewaltsam wegnahm, greift *Tomáš Bílek* auf. Obwohl er sich sonst in seiner Studie „Reformace katolická v Čechách 1650–1781"[14] auf neues Quellenmaterial stützt, bereichert er in diesem Punkte unsere Kenntnisse keineswegs; er bemerkte lediglich, schon im Jahre 1747 sei im Königgrätzer Kreise, besonders in der Umgebung von Bidschow, eine gewiße neue jüdische Sekte aufgetaucht, deren Anhänger sich „Israeliten" nannten, ihre Kinder nicht taufen ließen (auch diese Behauptung ist zweifellos den Nachrichten über die Israeliten bzw. Abrahamiten aus der Zeit nach der Kundmachung des Toleranzpatentes entlehnt), und sie erhielt sich jahrelang, trotzdem sie mit allen Mitteln, mit Gefängnis, Schwert und Feuer verfolgt und gestraft wurde.

Im Jahre 1885 wurden die bisherigen Nachrichten über die Sekte der Bidschower Israeliten um einen sehr kurzen (und allgemein gehaltenen) Vermerk in den Erinnerungen des ehemaligen Líbeznitzer Vikars und Pfarrers *J. V. Paroubek* (1740–1774) vermehrt, herausgegeben von V. B. Třebízský. Die Nachricht ist zum Jahre der Hinrichtung des Rabbiners Mendl (1750) gesetzt und lautet (in Übersetzung): 7. Martii wurde bei Prag ein Jude, ein Rabbiner, verbrannt, alt, aber klein, etwa 1½ Elle hoch. Er verlockte in der Gegend von Jitschin Schäfer und anderes gemeines Volk zum jüdischen Glauben und unterwies es darin. Diejenigen, welche diesen Glauben angenommen hatten, sind vordem in Königgrätz hingerichtet worden.[15]

Doch auch das grundlegende Werk zur Geschichte des böhmischen Akatholizismus und der Religionsschwärmerei in der Zeit nach der Schlacht auf dem Weißen Berge bis zur Kundmachung des Toleranzpatentes im Jahre 1781, „Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách od vydání tolerančního patentu až na naše časy" von *Antonín Rezek*, erschienen 1887,[16] hat bei Erwähnung der Sekte der Bidschower Israeliten kein neues Quellenmaterial herangezogen und sich darauf beschränkt, die in der bisherigen Literatur verstreuten Bemerkungen über diese Sekte zusammenzufassen (die Notiz von Říha übergeht er jedoch gleichfalls). Dabei mußte freilich Rezek seinen Standpunkt zu den beiden bereits erwähnten Erklärungsversuchen über den Ursprung der Sekte präzisieren, zur These von Helfert und zur These von P. Svoboda. Die These Svobodas hat Rezek abgelehnt, und zwar mit der sicherlich richtigen und auch heute noch gültigen Begründung: Eine Sache *einzig und*

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

allein durch jüdischen Einfluß erklären zu wollen, wie dies J. Svoboda getan hat, scheint mir nicht hinreichend. Denn gerade damals ging es den Juden sehr schlecht. Maria Theresia war ihnen aus Überzeugung abgeneigt; und als dann das vaterlandsverräterische Verhalten der Juden, namentlich der Prager, im Kriege mit Friedrich II. allzu augenfällig wurde, faßte Maria Theresia einen raschen Entschluß und wies sie aus Böhmen überhaupt aus. Die Juden hatten dann Mühe, die Rückgängigmachung des Gesetzes zu erwirken. Das Auftreten des Rabbiners Mendl im Bidschower Kreise und die Gründung der Sekte der „Israeliten" kam den Juden damals entschieden sehr ungelegen, weil ihre Lage dadurch nur verschlechtert wurde. Und anderseits hätte ja weder Mendl noch irgendein anderer Jude beim Volke in religiöser Hinsicht irgendwelchen Erfolg erzielt, wenn nicht andersgeartete Umstände dazu beigetragen hätten.[17] Rezek schloß sich im Gegenteil der Helfertschen Erklärung an: Für diese und andere ähnliche Erscheinungen scheint mir die Erklärung näherliegend, daß man ihre Ursache vor allem ... in der Verfolgung aus religiösen Gründen suchen solle und was damals damit zusammenhing. Ein großer Fehler war auch das systematische Entziehen und Vernichten des Neuen Testamentes, wenn es kein anderes gab, das entsprechend katholisch bearbeitet gewesen wäre. Die Lust und das Verlangen unseres Volkes nach Lesestoff ist allgemein bekannt; und namentlich unter den Lutheranern und Brüdern war das sogenannte „Literatentum" entwickelt. Nahm man ihnen das Neue Testament, griff man zum Alten, das selbst den Juden erlaubt war und das sie bei diesen leicht haben konnten. Das bahnte den ersten Verkehr der geheimen Akatholiken mit den Juden an.[18] Dabei gilt jedoch auch für Rezek der Neubidschower Rabbiner Mendl als der moralische Urheber der Sekte und Johann Pita als ihr Führer und in Übereinstimmung mit Svoboda bemerkt er, die Mitgliederschaft habe sich aus armen Leuten, Chalupnern, Schäfern und Witwen aus der Umgebung von Bidschow und Jitschin zusammengesetzt.[19]

Gleichzeitig mit Rezek druckte *Ant. Knapp* in seinen „Paměti král. věnného města Jaroměře nad Labem"[20] aus der Jaroměřer Sterbematrik eine keineswegs belanglose Nachricht ab, im Jahre 1748 sei in das Jaroměřer Gefängnis gekommen „Wenzel Janeček, ein 80jähriger Greis aus dem Dorfe Zadražan, Untertan der Stadtgemeinde Bidschow. Dieser Mensch gehörte zur Zahl jener Religionsschwärmer, die damals besonders in der Umgebung von Bidschow auftraten, vom katholischen Glauben abgefallen und zum Judentum übergetreten waren. Wegen dieses Abfalls vom Glauben hier arrestiert, tat er Buße; er erlangte auch die kirchliche Lossprechung, als er aber am 8. Juli dieses Jahres starb, wurde sein Leichnam trotzdem, angeblich zum abschreckenden Beispiel für andere, am 12. d. M. auf dem Schindanger verbrannt."

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Erst zehn Jahre später wurde für unsere Sekte von *Jos. Svátek* in seiner Geschichte der Regierung Maria Theresias[21] eine neue Quelle herangezogen, vermutlich ein Einschreibebuch der Bidschower Dechantei, über dessen Charakter noch später gehandelt werden wird und das im Vergleich zu dem Bidschower Gedenkbuche über die Sekte der Israeliten etliche neue Angaben und Nachrichten bringt, namentlich die genaue Kunde, wann und wie die neue Sekte entdeckt wurde. Wiewohl aber Svátek bei der Schilderung des Ursprungs der Sekte und des Prozesses mit ihren Anhängern den Eindruck erwecken will, als beruhe seine Darstellung durchwegs auf neuen Forschungen des Autors,[22] so ist sie doch zum Großteil eine unverschämte Ausgeburt der Phantasie des Autors, die sich in Sváteks historischen Werken überhaupt ungemein breitmacht. Trotz einiger neuer richtiger Angaben ist also Sváteks Gesschichte der Bidschower Israeliten-Sekte im Vergleich zu Rezek ein Rückschritt in der Erkenntnis dieser interessanten Erscheinung auf dem Gebiete der böhmischen Religions- und Geistesgeschichte. Svátek verquickte vor allem die beiden entgegengesetzten Erklärungen über die Entstehungsursachen der Sekte, die wir bereits kennengelernt haben, die Erklärung von Helfert und jene von P. Svoboda: „Die akatholischen Schwärmer in Böhmen, länger denn ein Jahrhundert ihrer Bibel und anderer religiöser Bücher beraubt, was unter Maria Theresia in den Jahren 1743 und 1744 von den Missionären mit neuem Eifer betrieben wurde, nahmen dabei wahr, daß man den Juden unbedenklich das Alte Testament belasse, das als Gottes Wort von ihnen doch auch für eine heilige Schrift angesehen werden mußte wie das Neue Testament. Daraus entwickelte sich die erste Fühlungnahme der Religionsschwärmer mit den Juden: da sie ihre eigene Heilige Schrift nicht hatten, liehen sie sich von den Juden das Alte Testament aus, grübelten darin und lasen auf ihren geheimen Versammlungen daraus vor. Daß es unter den Juden seit jeher genug Eiferer gibt, die für ihr Bekenntnis unter den Christen gern Proselyten machen, haben wir schon im Jahre 1689 wahrgenommen, als den Prager Juden nach dem Brande ihrer Stadt gestattet war, mitten unter den christlichen Familien zu wohnen; sie suchten sie dann zum Übertritt zum israelitischen Glauben zu überreden, so daß dagegen auch der damalige Prager Erzbischof und das Amt der königlichen Statthalter nachdrücklich einschreiten mußten. Ebenso suchten auch im Jahre 1743 und 1744 viele Juden auf ungebildete böhmische Akatholiken durch Überredung einzuwirken, um sie — wenn nicht gar zum Übertritt zum Judentum, so doch wenigstens zur Annahme einiger Zeremonien des jüdischen Glaubens zu veranlassen. Solche Reden blieben bei Leuten beschränkten Geistes, die damals den größten Teil aller Religionsschwärmer in Böhmen bildeten, nicht ohne Wirkung, so daß diese Närrchen binnen kurzem wirklich viele jüdische Gebräuche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main UB DFG

zu beobachten begannen; sie genossen nämlich kein Schweinefleisch, feierten statt des Sonntags den Samstag als Sabbat, weil auch Gott am siebenten Tage nach Erschaffung der Welt geruht hatte, ja sie ließen ihre Kinder nicht mehr taufen und schlossen sich den jüdischen Gebräuchen immer enger an."[23]

Doch nach Svátek „gab den Hauptanlaß zur Entstehung der israelitischen Sekte in Böhmen Maria Theresia selbst, als sie im Jahre 1745 alle Juden aus Prag und aus dem Lande Böhmen auswies. Wir haben bereits geschildert, wie inkonsequent man bei Durchführung dieses Befehles vorging, wie man anfänglich den Juden den Aufenthalt auf dem Lande gestattete, wie man sie später wieder nach Prag und in die Städte zurückkehren ließ und wie sie von da in kurzer Zeit wieder abziehen mußten. So geschah es, daß eine Menge Stadtjuden ihre Zuflucht in den Dörfern suchten, wo ihnen das Dorfvolk Obdach und gegen gute Bezahlung allen Lebensunterhalt gewährte. Dieser direkte persönliche Verkehr der Juden mit dem einfachen Landvolk, der seit dem Frühjahr 1745 angeknüpft war, gab den jüdischen Eiferern wiederum Anlaß zur Proselytenmacherei wie im Jahre 1689, daß sie sich bemühten, Christen zum jüdischen Glauben zu verlocken. Da, wie gesagt, unter den naiven akatholischen Schwärmern das Alte Testament nunmehr eifrig gelesen wurde, waren sie unschwer für den alttestamentarischen Ausspruch einzunehmen, es gebe keinen Gott außer Jehowah, womit die Gottheit Jesu Christi bestritten war und überhaupt der Glaube an die allerheiligste Dreifaltigkeit, so daß die so verwirrten Leute vollends jede Bindung mit dem Christentum aufgaben. Nur die Zeremonie der Beschneidung schied sie noch vom Judentum, aber sie fanden in den alttestamentlichen Büchern das Gebot hierzu und schickten sich an, demselben nicht bloß bei ihren neugeborenen Kindern, sondern auch bei sich selbst nachzukommen. Es war schon geradezu ein religiöser Wahn, verursacht durch die rücksichtslose Gegenreformation, deren unselige Folgen jetzt auch die jüdischen Fanatiker für sich auszunützen verstanden."[24]

Dementsprechend schildert dann Svátek, ein solcher Hauptagitator sei der Rabbiner in Neu-Bidschow namens Mendl (Mendel) gewesen, der in seiner Einflußnahme auf die geheimen Akatholiken in der Umgebung von Bidschow, Chlumetz, Königgrätz und Königinhof so eifrig zu Werke ging, daß er Hunderte von Anhängern für die „böhmische Judensekte" gewonnen habe. Diese veranstalteten dann geheime Zusammenkünfte, bei denen sowohl an ungetauften Kindern als auch an Unerwachsenen die Beschneidung vorgenommen und andere jüdische Zeremonien ausgeübt wurden. Mendls regster Mitarbeiter war Johann Pita, ein Schneider aus dem Dorfe Chudonitz, Untertan der Stadt Neu-Bidschow, der unter dem einfachen Landvolk am meisten Anhänger für die neue Judensekte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gewann und sie in ihren Grundsätzen unterwies. Diese Agitation spielte sich bereits während des Preußeneinfalles im Jahre 1744 ab, als die Landes- und Staatsbehörden das Unwesen nicht schon im Keime ersticken konnten; noch reger wurde sie erst 1745 betrieben, als die aus Prag ausgewiesenen Juden auf dem flachen Lande auf das ausgiebigste mitwirkten. Da wuchs die Sekte, überhaupt schon „böhmische Judensekte" genannt, auf tausende Köpfe an und konnte sich demnach nicht der Aufmerksamkeit der geistlichen Behörden entziehen, denn viele Neugeborene wurden nicht zur Taufe gebracht und es liefen Nachrichten ein, daß sich viele Leute des Genusses von Schweinefleisch enthalten, den Samstag heiligen und andere jüdische Einrichtungen und Gebräuche beobachten."[25] Anschließend schildert Svátek, in offenbarer Anlehnung an das Einschreibebuch der Bidschower Dechantei, wie die Sekte aufgedeckt wurde, und den Prozeß mit ihren Anhängern.[26]

Eine eingehende Analyse der Svátekschen spannenden Erzählung zeigt freilich, daß keine der Behauptungen Sváteks auf archivalischer Grundlage beruht, namentlich nicht der behauptete Zusammenhang zwischen dem Ursprung der Sekte und der Ausweisung der Juden vom Jahre 1745, sondern daß es sich hier um eine phantastische Kombination Sváteks handelt, die vermutlich ihre Hauptanregung in der Nachricht bei Adámek und Paroubek gefunden hatte (vgl. auch die Wendung Adámeks: „der berüchtigte jüdische Agitator Mendl" und bei Svátek: „ein solcher Hauptagitator war der Rabbiner in Neu-Bidschow namens Mendel"). Übrigens wird der aufmerksame Leser bemerkt haben, daß sich Svátek selbst widerspricht: er behauptet, den Hauptanlaß zur Entstehung der Sekte habe Maria Theresia durch die Ausweisung der Juden im Jahre 1745 gegeben, aber vorher sowohl als nachher behauptet er wieder, bereits 1743 und 1744 hätten viele Juden angefangen, auf die ungebildeten böhmischen Akatholiken einzuwirken und die Tätigkeit Mendls und Pitas falle schon in die Zeit des Preußeneinfalls im Jahre 1744. Ebenso besteht auf den ersten Blick ein offenkundiger Widerspruch zwischen der Behauptung Sváteks, die Sekte, auf tausende Köpfe angewachsen, habe der Aufmerksamkeit der kirchlichen Behörden nicht entgehen können, als man viele Neugeborene nicht zur Taufe brachte und Nachrichten einlangten, daß viele Leute sich des Schweinefleischgenusses enthalten, den Samstag heiligen und auch andere jüdische Einrichtungen und Gebräuche beobachten, und daß der Rabbiner Mendl nicht bloß in der näheren, sondern auch in der weiteren Umgebung von Bidschow bis gegen Königgrätz und Königinhof agitierte – und daß die kirchlichen Behörden, konkret der Bidschower Dechant Escherich, von der Existenz der Sekte erst von dem Bidschower Wirtschaftsbeamten Kunde erhielt; setzen wir noch das Datum ein, das jedoch Svátek nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

angibt, wann es zur Aufdeckung der Sekte kam: zweite Dezemberhälfte des Jahres 1746. Im dritten Kapitel dieser Studie kommen wir auf Sváteks Phantasien noch des näheren zurück.

Mit einer knappen, nur auf der Literatur beruhenden Bemerkung nahm nach Svátek auf unsere Sekte Bezug *F. J. Čečetka* in einem Artikel über die religiösen Bewegungen auf dem Gebiete von Dymokur und Chlumetz[27]: „In den Zeiten schwerster Persekution des Bauernvolkes tauchten in Böhmen geheime Religionssekten auf. Im Bidschower und Chlumetzer Ländchen stiftete um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts der Bidschower Rabbiner Mendl die religiöse Sekte der Abrahamiten oder Israeliten. Arme Leute aus weitem Umkreis traten ihr zahlreich bei. Im Jahre 1747 oder zu Beginn des Jahres 1748 wurden die geheim und in der Nacht stattfindenden Versammlungen verraten, die Teilnehmer strenge bestraft und die Rädelsführer zum Tode verurteilt. Doch die Warnung wirkte nicht, die Sektierer setzten ihre Zusammenkünfte fort, allerdings mit größerer Vorsicht, und lasen zu Hause eifrig die Schrift. Daher hielt der Dymokurer Hauptmann im Jahre 1780 mit den Richtern eine strenge ‚Visitierung' von Haus zu Haus und suchte nach verbotenen ketzerischen Büchern." Was die Visitation vom Jahre 1780 betrifft, so unterliegt es sicher keinem Zweifel, daß sie mit der Sekte der Israeliten nichts zu tun hatte.

Kein gutes Zeugnis für Sváteks Fabulierlust war es, daß sich ihr der Katechet des Bidschower Gymnasiums *Jos. Kašpar* nicht anschloß, als er in seiner wertvollen Studie über die Seelsorge in der königl. Leibgedingstadt Neu-Bidschow[28] naturgemäß auch der Sekte der Bidschower Israeliten eingehende Aufmerksamkeit schenkte. Kašpar bezieht sich auf die uns bereits bekannte Eintragung über diese Sekte im Gedenkbuche der Bidschower Dechantei, die schon vor ihm durch Vermittlung des Bidschower Stadtgedenkbuches für die Nachricht des Cöl. Říha Quelle gewesen war. Das schon erwähnte Einschreibebuch der Bidschower Dechantei, das über die Sekte wichtige neue Nachrichten enthält, ist Kašpar jedoch entgangen. Bei der Erklärung der Gründe für das Auftreten der Sekte lehnt er nicht bloß die phantastische Behauptung Sváteks ab (bis auf das eine, daß er sich die Anschauung zu eigen macht, schon anfangs der Vierzigerjahre des XVIII. Jahrhunderts hätten die Juden ihre ersten religiösen Zusammenkünfte mit den Christen gehalten), sondern er weist auch die Behauptung Svobodas zurück und hält sich an die Erklärung von Helfert, bzw. Rezek: „Das Volk, namentlich das ländliche Bauernvolk, blieb immer noch zu einem Großteil, wenn auch nicht äußerlich, so doch im verborgenen akatholisch. Da es nun keine rechte Unterweisung in der Religion hatte, in der es geboren war, sei es im Luthertum oder im Brüdertum, und da es sich zum Katholizismus

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nicht bequemen wollte, verfiel das gemeine Volk der Religionsschwärmerei, bildete sich selbst seine dogmatischen Systeme, seine eigene Religion und hielt daran mit einer bewundernswerten Zähigkeit fest, ungeachtet der schweren Folgen, wenn die Sache den Staatsbehörden verraten wurde. Auf solche Weise entstand auch der sogenannte Israelitismus oder das Abrahamitentum um Bidschow, zur Zeit, als in der Stadt der Dechant Escherich wirkte. Nähere, bestimmte Nachrichten über die Entstehung und die Entwicklung dieser religiösen Sekte haben wir nicht; mit Sicherheit wissen wir nur so viel, daß im Bidschower Ländchen zu Beginn der Vierzigerjahre des achtzehnten Jahrhunderts die Juden mit den Christen zu gemeinsamen religiösen Zusammenkünften sich zu versammeln begannen. Von welcher Seite der Antrieb ausging, läßt sich nicht genau bestimmen, doch kann man annehmen, daß er von den Christen ausging, nämlich von den geheimen Nichtkatholiken, die es damals noch in dieser Gegend gab, denen man im Auftrage der Regierung das Neue Testament wegnahm und verbrannte, während den Juden gestattet war, sich des Alten Testamentes zu bedienen. So begannen denn die geheimen Nichtkatholiken unter die Juden zu gehen und lasen darin, was erlaubt war. Bei diesen Zusammenkünften begann sich eine eigene alttestamentliche Dogmatik mit einigen neutestamentlichen Anhängseln zu entwickeln. Zunächst einmal ließen die Christen, welche diese Zusammenkünfte besuchten, ihre Kinder nicht taufen und ließen an sich selbst, wie sehr wahrscheinlich scheint, die Beschneidung vornehmen. Dann wurde nach dem alttestamentlichen Ausspruch ‚Es gibt keinen Gott außer Gott' die Gottheit Jesu Christi und überhaupt der Glaube an die Dreieinigkeit abgelehnt und nach der Prophezeiung Mosis an eine Wiederkunft des Messias geglaubt und die Heiligung des Samstags eingeführt. Vom Neuen Testamente blieb wie bei den Sekten allgemein der Glaube an die Geheime Offenbarung und dann das Gebet des Vaterunsers."[29]

Wie ersichtlich, wurde zwar der Sekte der Bidschower Israeliten in der Literatur eine recht bedeutende Aufmerksamkeit geschenkt, die sicherlich der Beachtlichkeit dieser religiösen Erscheinung entspricht, doch muß hinzugefügt werden, daß die gewonnene Erkenntnis weder lückenlos noch unstreitig ist. Der Hauptgrund liegt sicherlich darin, daß den bisherigen Forschern wenig Quellen zur Verfügung standen, was freilich Vermutungen, Kombinationen und Phantasien Tür und Tor offen ließ. Selbst die neue grundlegende und umfassende Quellenpublikation, „Listář k dějinám náboženských blouznivců českých v století XVIII. a XIX.", herausgegeben durch den Fleiß von *Ant. Rezek* und *J. V. Šimák*,[30] druckt zur Geschichte der sog. Bidschower Israeliten kein einziges Dokument ab, sondern verweist nur auf die Arbeiten von J. Svoboda, F. J. Čečetka und Ant. Rezek.[31]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Diese Lücke in der zitierten Edition, die sonst eine Masse neuen Materials zur Geschichte der Religionsschwärmerei in Böhmen bringt, führte mich zu dem Versuche, diese Lücke wenigstens teilweise zu schließen. Doch hat mein Versuch allerdings ältere Wurzeln. Kašpars Denkwürdigkeiten über Seelsorgeangelegenheiten in der kgl. Leibgedingstadt Neu-Bidschow waren nur kurze Zeit vor meinem Eintritt in das Bidschower Gymnasium erschienen (Kašpar selbst war durch mehrere Jahre mein Lehrer und hat mich zu dankbarer Erinnerung verpflichtet) und ich las sie schon als Primaner mit Interesse. Die Erwähnung der Sekte der Israeliten hat mich wegen ihrer Beziehung zu dem alten Bidschower Ghetto eingenommen (es war Ende des XIX. Jahrhunderts abgebrannt und wurde nicht mehr erneuert, bzw. nicht in der alten Form erneuert; der letzte Rest seiner Tradition hat mich noch erreicht). Nach Jahren gesellte sich dann zu diesem Lokalinteresse noch die Vorliebe für die böhmische Religionsgeschichte in der Zeit ihres höchsten Glanzes und ihres tiefsten Niederganges. Daß ich dann schließlich zu einer Art Abschluß gelangte, dafür bin ich für die außerordentlich aufopfernde Hilfe zu Danke verpflichtet, die mir bei meinem Studium im Bidschower Stadtarchiv mein Freund Herr Anton Šašina, Professor am Bidschower Gymnasium, angedeihen ließ, und durch dessen Vermittlung ich dank des Entgegenkommens des Bidschower Herrn Dechants Mádle auch die Quellen des Bidschower Dekanalarchives zur Verfügung gestellt bekam.

Ich habe aber schon angedeutet, daß mein Versuch die Lücke in Bezug auf die Sekte der Bidschower Israeliten in Rezek-Šimáks Diplomatar nur zum Teil ausfüllen will (und kann). Die Aufdeckung unserer Sekte zu Ende des Jahres 1746 erregte große Aufmerksamkeit, nicht minder ihr Epilog, die abschreckend harten Urteile, die gefällt wurden; und die Untersuchung wurde an verschiedenen Orten geführt, in Bidschow, in Königgrätz beim Kreisamt und beim bischöflichen Konsistorium, in Prag (hier vorwiegend beim Appellationsgericht) und in Wien, wo die Entscheidung über die Strafen fiel. Doch von alldem gelang es mir nur den kleineren Teil zusammenzubringen und gerade die allerwichtigsten Akten kamen mir nicht zu Handen. Es gilt dies namentlich von den Akten des Böhmischen Appellationsgerichtes (bzw. der mit der Untersuchung der Sektierer betrauten besonderen Appellationskommission), dessen umfangreicher Schriftennachlaß (wiewohl dieser Nachlaß nur Ruinen des ursprünglichen Materials darstellt) noch beim Prager Obergerichte erliegt, wo meine Nachforschungen nach den Akten des Prozesses mit den Anhängern der Sekte der Bidschower Israeliten leider erfolglos geblieben ist; es ist nicht ausgeschlossen, daß bei einer archivarischen Neuordnung des Schriftennachlasses des Appellationsgerichtes

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

diese Akten denn doch noch zum Vorschein kommen. Hinsichtlich der Akten des Königgrätzer Konsistoriums genügt es, ohne Bemerkung auf die Klage von Prof. J. V. Šimák hinzuweisen, dem das Königgrätzer Konsistorialarchiv ebenfalls verschlossen blieb.[32] Von positivem Erfolg war denn meine Forschertätigkeit nur begleitet im städtischen und im Dekanalarchive zu Bidschow, wo sich die Zeugnisse für die Aufdeckung der Sekte und die Untersuchung ihrer Anhänger finden, und im Archiv des Ministeriums des Innern zu Prag, wo sich neben der Entscheidung Maria Theresias vom 12. Jänner 1748 über die Strafen einige Schriftstücke über Regierungsverfügungen erhalten haben, die mit dem Sektiererprozeß in engem Zusammenhang standen.

Dessenungeachtet bringen die Dokumente, die es mir gelang aufzufinden und von denen ich die allerwichtigsten in den Beilagen abdrucke, entgegen der bisherigen Forschung neue Angaben, die zur Revision der ganzen Frage berechtigen. Und diese Revision soll in dieser Studie versucht werden. Sie gliedert sich in drei Kapitel, deren erstes in die Umwelt des Bidschower Ghettos einführt und dessen Verhältnis zur Christenheit erläutert (freilich nur an der Hand der uns erhalten gebliebenen spärlichen Nachrichten); das zweite versetzt (auf derselben Grundlage) in die Umwelt des geheimen Akatholikentums im Bidschower Ländchen; das dritte Kapitel schließlich ist dem eigentlichen Thema gewidmet, der Sekte der sog. Israeliten im Gebiete von Bidschow und Chlumetz und ihrem Fortleben bis zur Kundmachung des Toleranzpatentes. Von der Zeit an sind wir dann über die Sekte der sog. Israeliten bzw. Abrahamiten, welche zweifellos, besonders was das Gebiet von Chlumetz anlangt (die Angehörigen der Familie Vrbický in Žiželitz), die Fortsetzung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten darstellen, dank der ergiebigen Quellen des Rezek-Šimákschen Diplomatars eingehend informiert.

I.

DAS BIDSCHOWER GHETTO BIS ZUR MITTE DES XVIII. JAHRHUNDERTS.

Ansiedlung der Juden in Neu-Bidschow. — Gründung des jüdischen Friedhofs. — Verbot der Stadtverwaltung, Häuser am Ringplatz an Juden zu verkaufen. — Johanns von Pernstein Verordnung gegen die Juden vom Jahre 1536. — Errichtung der Synagoge. — Zahlenmäßige Schätzung der Juden vom Jahre 1570, ihre öffentlichen Pflichten und ihre Gesamtlage in vorweißenbergischer Zeit. — Zahlenmäßiger Rückgang der Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und ihrer Häuser während des Dreißigjährigen Krieges. — Anteil der Juden an der Erneuerung der Stadtmauer nach dem Dreißigjährigen Kriege. — Bau der neuen Synagoge im Jahre 1660. — Wiederherstellung des Ghettos in nachweißenbergischer Zeit und dessen Zustand im Jahre 1718. — Konkurrenzspannungen zwischen Christen und Juden; Vergleich zwischen den christlichen Fleischern und den Juden im Jahre 1691. — Beschwerde der Bidschower Stadtältesten bei der Visitationskommission wegen übermäßigen Anwachsens der Juden vom Jahre 1718. — Vernichtung des Bidschower Ghettos durch Feuer am 6. Juli 1718. — Die Frage einer Reduktion der Bidschower Juden und die Erneuerung des Ghettos. — Erneuerung der Synagoge. — Anlegung des Liber Hebraeorum I. — Aufenthaltsbedingungen für Juden in Bidschow nach dem Jahre 1718. — Vergeblicher Widerstand der Stadt gegen die Erweiterung des jüdischen Friedhofes. — Umfang des Ghettos im Jahre 1737. — Folgerungen.

Die Anfänge einer Judensiedlung in Neu-Bidschow fallen in das letzte Viertel des XV. Jahrhunderts.[1] Damals hatte die bis dahin geteilte Herrschaft über die Stadt — zwar ursprünglich als königliche Stadt gegründet, doch bald, im Jahre 1325, von König Johann von Luxemburg dem Benesch von Wartenberg auf Groß-Skal und Turnau geschenkt — Hermann von Wartenberg und auf Zwifetitz in seiner Hand vereinigt und er war eifrig darauf bedacht, die Stadt materiell aufblühen zu lassen, wovon der Umstand zeugt, daß er im Jahre 1473 bei König Wladislaw einen neuen Jahrmarkt zu St. Ägidi erwirkte. Die näheren Bedingungen und Umstände der jüdischen Ansiedlung in Bidschow sind nicht bekannt, doch ist kaum daran zu zweifeln, daß es sich ursprünglich — wie auch anderwärts in Böhmen — nur um einige wenige Personen handelte, die den Grund zu der später bedeutend angewachsenen Neubidschower Judengemeinde legten. Man darf auch annehmen, daß sich die Obrigkeit bei ihrer Bewilligung zur Ansiedlung der Juden in Neu-Bidschow durch wirtschaftliche Rücksichten bestimmen ließ; es scheint, daß der Entschluß mit der wohl kurz vorher erfolgten Zerstörung und dem Untergang des Bidschower Minoritenklosters zusammenhing[2] und daß durch Zuteilung des Standortes an die Juden der ausgedehnte Bauplatz des Klosters, der bis dahin brachlag, verwertet werden sollte. Jedenfalls aber entstand das Neubidschower Ghetto an der Stelle, wo vorher das Minoritenkloster gewesen war. Auf das Kloster selbst nimmt die bekannte Parodie von den Bidschower Schustern und ihrem Klostersturme während der allgemeinen Verwirrung nach dem Tode Hussens Bezug;[3] der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Platz führte in der Folge nach Schleifung des Klosters den Flurnamen „na klášteřišti" (= Klosterflur). Hier blieb das Ghetto – wie anderswo auch hier lange Zeit „Judengasse" genannt – jahrhundertelang bis zu seiner Aufhebung, die in verhältnismäßig junger Zeit erfolgt ist.[4]

Es steht fest, daß diese Judensiedlung in Neu-Bidschow nicht als vorübergehend, sondern als ständig angesehen wurde. Dafür und gleichzeitig bereits für ein gewisses Anwachsen des Urghettos zeugt der Umstand, daß im Jahre 1520 die Bidschower Gemeinde den Juden gegen einen Jahreszins von zehn Groschen meißnisch ein Stück Gemeindegrund in der Richtung gegen das Dorf Chudonitz zu einem Friedhof verpachtete[5] und daß sie zehn Jahre später den Juden unter gewissen Bedingungen und gegen eine jährliche Zahlung von 32 Groschen meißnisch bewilligte, ihren Friedhof zu umfrieden.[6] Dieser Friedhof, von dem sich Reste bis auf die Gegenwart erhalten haben, lag hinter der Stadtmauer inmitten der Vorstadtgärten am entgegengesetzten Ende der Stadt, als das Ghetto lag.

Die Errichtung und Umfriedung des jüdischen Friedhofes erfolgte bereits unter der neuen Obrigkeit, denn im Jahre 1516 hatte Gallus von Wartenberg aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herrschaft und Stadt Bidschow dem bekannten Wilhelm von Pernstein und auf Pardubitz verkauft.[7] Die neue Obrigkeit nahm eine weniger judenfreundliche Haltung ein als ihre Vorgängerin. Den Anstoß hiezu mochte die Bidschower Bürgerschaft gegeben haben, da sie wohl die ungünstige Auswirkung der jüdischen Handelstätigkeit am eigenen Leibe zu spüren bekam, denn auch die Bidschower Juden widmeten sich, wie man aus den spärlich vorhandenen Nachrichten sowie aus der öffentlichen Stellung der böhmischen Judenschaft in jener Zeit schließen muß, hauptsächlich dem Handel.[8] Auf die Ungunst der Stadtverwaltung gegen die Juden stoßen wir gleich im Jahre 1531. Eine große Feuersbrunst hatte damals mehrere Häuser vernichtet, darunter auch das Haus des Juden Rouchal und namentlich das städtische Brauhaus in der Nachbarschaft des Ghettos. In seltsamem Zusammenhange mit den Maßnahmen, welche die Stadtverwaltung gleich danach gegen die Feuersgefahr ergriff, beschloß die Gemeinde auch das Verbot, auf dem Ringplatze weder Juden noch Brüdern Häuser zu verkaufen unter Strafe von einem halben Schock Groschen meißnisch. Die Häuser am geräumigen „Ring" lagen natürlich für den Handel am günstigsten, denn hier spielten sich vor allem die Jahrmärkte ab und die Juden äußerten vermutlich die Absicht, sich auch hier dauernd niederzulassen (vielleicht hatten sie hier schon damals wenigstens Läden in Pacht, wie dies auch später der Fall war), ungeachtet dessen, daß ihre „Gasse" gleich um die Ringplatzecke ihren Anfang nahm. Diesen Beschluß der utraquistischen Stadtgemeinde, mochte er auch die Juden und die Böhmischen Brüder in einem Atem nennen, kann

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

man sicherlich als die erste bekannte Kundgebung von wirtschaftlichem Antisemitismus der Bidschower christlichen Geschäftsleute auffassen, um so mehr, als er mit dem Brande vom Jahre 1531 sachlich nichts zu tun hatte.[9]

Wie soeben angedeutet, war das Verbot, Häuser am Bidschower Ringplatze an Juden zu veräußern, zweifellos eine charakteristische Kundgebung von Antisemitismus. Fünf Jahre später, im Jahre 1536, sollte er noch nachdrücklicher zum Durchbruch kommen, und zwar bei der damaligen Bidschower Obrigkeit, Herrn Johann von Pernstein. Die Initiative zum Befehle des Herrn von Pernstein freilich, kraft dessen die Aufenthaltsbedingungen für die Juden in Bidschow in einem für diese recht ungünstigen Sinne neugeregelt wurden, wird man wohl am sichersten wieder in der Stadt selbst suchen müssen, vor allem in den Schichten der Handelstreibenden. Der genannte Befehl wurde vom Neubidschower Stadtrate am 22. Mai 1536 kundgemacht und zu ewigem Gedenken ins Stadtbuch eingetragen;[10] er verbot den angesessenen Bidschower Juden („Wirten") unter Strafe von zehn Schock Meißner Groschen, in ihren Häusern Inleute oder Schwiegersöhne zu beherbergen, und falls sich solche bei ihnen befänden, sollten sie sie binnen vier Wochen ausquartieren; dasselbe galt mit Bezug auf ihre verheirateten Söhne oder Töchter, wobei die Ausquartierungsfrist sogar auf die Hälfte verkürzt war; fremde Juden schließlich sollten im Ghetto ohne Vorwissen der Stadtbehörde höchstens drei Tage beherbergt werden. Ebenso streng war auch der Befehl, dem Juden stehe kein Recht zu, sein Haus einem andern Juden zu verkaufen oder zu verpachten; nach dem Tode eines angesessenen Juden sollte das Haus keinem andern Juden eingeantwortet werden, sondern es sollte in jedem Falle nur an einen Christen verkauft werden. Ja, es sollte einem verwitweten ansässigen Juden oder einer ebensolchen Jüdin verboten sein, sich neuerlich zu verheiraten; wofern sie heiraten wollen, sollen sie ausheiraten und das Haus soll mit einem Christen besetzt werden.

Die Entscheidung der Pernsteiner Obrigkeit betreffs der Bidschower Juden war also für sie sehr ungünstig und hätte ihre Zahl in Neu-Bidschow wesentlich herabgesetzt, ja hätte sie mit der Zeit ganz aus der Stadt verdrängt. In Wirklichkeit aber geschah nichts dergleichen, wenigstens nicht in größerem Umfange, und der Befehl blieb lediglich auf dem Papier, wiewohl die Entscheidung Johanns von Pernstein samt den übrigen Stadtprivilegien automatisch bestätigt wurde, so noch 1782 durch Josef II.[11] Die Juden verblieben in Bidschow und in ihren Häusern auf der Klosterflur auch weiterhin und im Stadtbuche aus jener Zeit findet sich keine Spur davon, daß auch nur ein einziges Judenhaus in christliche Hände übergegangen wäre. Im Gegenteil scheint es, daß die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zahl der Juden in Neu-Bidschow stieg und daß sich ihre Position festigte, mit anderen Worten: es blieb alles wie unter den Wartenbergern. Ein besonders beredtes Zeugnis dafür ist der Umstand, daß sich die Bidschower Juden um die Mitte des XVI. Jahrhunderts eine Synagoge errichten konnten, ja sie wurde sogar im Jahre 1569 vom Stadtrate befreit und den Juden dahin freier Zutritt zugesichert[12] und schließlich wurde mit der Befreiung der Synagoge vom Stadtrate auch der Judenfriedhof befreit.[13] Diese wertvollen Zugeständnisse des Bidschower Stadtrates an die Juden hingen vielleicht mit dem Loskauf der Stadt vom Lehensbande zusammen, in das Neu-Bidschow im Jahre 1547 geraten war, und mit der Wiederherstellung seines Charakters einer freien Stadt (königlichen Leibgedingstadt), wozu es nach dem Vertrage vom 6. Jänner 1569 kam;[14] die Ablösung kostete freilich Bidschow die schwere Summe von 10.000 Schock böhmischer Groschen, was auch bei der Wohlhabenheit der Stadt ein beträchtlicher Betrag war, so daß man gezwungen war, selbst zu den Waisengeldern zu greifen. Unter diesen Umständen ließen sich die Juden sicherlich die günstige Gelegenheit nicht entgehen, der Stadt mit einer gehörigen Summe beizuspringen, um sich zumindest faktisch eine gewissere Stellung in der Stadt zu sichern.

In dieser Zeit kann man sich schon eine wenigstens annähernde Vorstellung von der Größe des Bidschower Ghettos, bzw. von der Zahl seiner Einwohner machen, und zwar aus dem, wenngleich unvollständigen, Verzeichnis der Landjuden in Böhmen. Diese Liste wurde im Jahre 1570 von den Judenältesten der Prager Gemeinde für Steuerzwecke der Böhmischen Kammer angelegt. Es sind darin die Orte vermerkt, wo Juden ansässig waren, mit zahlenmäßiger Angabe der steuerpflichtigen Personen, oder genauer gesagt, der Steuereinheiten. Insgesamt sind in dem Verzeichnis 74 Orte eingetragen und Neu-Bidschow mit 9½ Kontributionseinheiten steht an dreizehnter Stelle; es gehörte demnach damals schon zweifellos zu den größeren Judensiedlungen in Böhmen.[15] Man kann weiter annehmen, daß die 9½ Bidschower jüdischen Steuereinheiten etwa 9–10 Häusern im Ghetto entsprechen[16] und einer etwa doppelten Anzahl angesessener Judenfamilien („Wirte"), was mindestens 80–100 Personen ergäbe; die Inleute (Aftermieter), von denen man schlechterdings auch eine gewisse Anzahl voraussetzen muß, sind da allerdings nicht mit inbegriffen. Das Steuerregister vom Jahre 1570 zeigt also wiederum mit Sicherheit, daß die Verordnung weiland Johanns von Pernstein vom Jahre 1536, abzielend auf eine allmähliche Reduktion der Bidschower Juden, ohne Wirkung geblieben war, wiewohl es seitens der Stadt nicht an Versuchen fehlte, die Anzahl der Juden zu vermindern.[17] Die Juden blieben in Bidschow in ungeschwächter Zahl und sie und ihre Häuser im Ghetto nahmen vielmehr zu, und zwar in dem Grade, daß es

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wohl zu Anfang des XVII. Jahrhunderts schon an freiem Baugrund für neue Judenhäuser zu mangeln begann, so daß man die Gärten heranzog, die zweifellos wenigstens bei einigen ursprünglich jüdischen Häusern vorhanden waren.[18] Trotzdem sich das Ghetto auf dem Raum des ehemaligen Minoritenklosters konzentrierte, standen die Judenhäuser an einigen Stellen in enger Nachbarschaft mit den Christenhäusern, und zwar nach allen Anzeichen ohne irgendwelche Absonderung.[19] Einige fragmentarische Nachrichten schließlich weisen darauf hin, daß sich der Handel der Bidschower Juden, ihre Hauptbeschäftigung und die Quelle einträglichen Gewinns, damals nicht auf die Stadt allein beschränkte, sondern sich auch über die nähere und weitere Umgebung der Stadt erstreckte.[20]

Dabei hatten allerdings die Bidschower Juden keine geringen öffentlichen Verbindlichkeiten zu erfüllen. Aus den zitierten Nachrichten haben wir bereits erkannt, daß die Bidschower Juden seit dem Jahre 1569 für die Verleihung des Rechtes, das Gäßchen bei der Synagoge einzufrieden, 8 (vermutlich Meißner) Groschen jährlich zahlten und für das Benützungsrecht ihres Friedhofes jährlich 1 Schock 20 Groschen meißnisch. Das waren freilich unbedeutende Beträge. Daneben hatten die Juden jedoch zur Stadt von ihren Häusern das Schoßgeld und das Schutzgeld zu entrichten, unbekannt in welcher Höhe; dazu kamen sicherlich noch andere städtische Taxen und Gefälle, namentlich vom Fleisch, wiewohl wir für diese Zeit nicht wissen, ob sich die Juden das Fleisch selbst beschaffen konnten oder ob sie sich dazu der Vermittlung der christlichen Fleischhauer bedienen mußten. Anfangs des XVII. Jahrhunderts, im Jahre 1605, erfahren wir schließlich aus dem Berichte der Kommissäre zur Entgegennahme der Landesrechnungen auch die Höhe der Berna, welche die Bidschower Juden damals zahlten: 25 Dukaten pro Jahr betrug die Kopfsteuer (von 11 „älteren" Juden je 2 Dukaten und von 3 „jüngeren" je 1 Dukaten) und 24 Schock meißnisch die Haussteuer (von 6 Häusern je 4 Schock), also ein sicherlich ansehnlicher Betrag;[21] es ist jedoch kaum zu bezweifeln, daß die wirkliche Zahl der jüdischen Häuser und der angesessenen Juden („Wirte") höher lag, wiewohl die Bekenntnisbögen von der Stadt ausgefertigt wurden. Einen indirekten Beweis hiefür bildet auch der Umstand, daß sich die Juden in dieser Zeit für ihre Armen ein Armenhaus, ein Spital einrichten, was eine recht bedeutende Bevölkerung des Ghettos zur Voraussetzung hat. Endlich erforderte auch die Verwaltung der Judengemeinde, an deren Spitze die Judenältesten standen, namentlich die Erhaltung der Synagoge, einen gewissen und keineswegs nur unbedeutenden Aufwand.

Obwohl die Nachrichten über die Neubidschower Juden aus der Zeit vor der Schlacht auf dem Weißen Berge sehr spärlich fließen, lassen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sie doch erkennen, daß es trotz der feindseligen Verordnung des Herrn von Pernstein vom Jahre 1536 den Juden in Neu-Bidschow gelungen war, sich hier im Laufe des XVI. Jahrhunderts fest anzusiedeln und eine recht zahlreiche Gemeinde zu bilden, die sich um die Synagoge an einer für die Handelstätigkeit vorteilhaften Stelle „auf der Klosterflur" zwischen dem Ringplatze und den Stadtmauern zusammendrängte. Vor der Schlacht auf dem Weißen Berge konnten sich die Neubidschower Juden„wirte" mit vollem Recht für Altangesessene halten, die auch gefühlsmäßig mit der Stadt fest verbunden waren, in der ihnen, soweit man es beurteilen kann, in Wirklichkeit keine sonderliche Gewalt oder Demütigung widerfuhr und deren günstige wirtschaftliche Bedingungen auch ihnen zugute kamen. Diesem verhältnismäßigen Wohlstand machte jedoch der Dreißigjährige Krieg ein Ende. Er zog die Stadt schwer in Mitleidenschaft und somit auch die dortigen Juden, mögen uns auch Nachrichten über Einzelheiten wiederum fehlen.

Wie in anderen königlichen Städten Böhmens, hatte auch in Neu-Bidschow der Dreißigjährige Krieg einen Rückgang der jüdischen Bevölkerung und der bewohnten Judenhäuser zur Folge. Diese Verluste im Bidschower Ghetto gehen, soweit die erhaltenen Quellen einen Schluß zulassen, vor allem auf feindliche Einfälle zurück, namentlich während der letzten Kriegsjahre, die einen Teil der Juden veranlaßten, die Stadt zu verlassen. Bei der Konskription des Bidschower Ghettos, die im Auftrage der Prager Statthalter im Jahre 1638 vorgenommen wurde, zählte man da 11 Häuser und 86 erwachsene Personen und Kinder, während acht Jahre später, im Jahre 1646, die Kreiskommissäre Adam Rodovský von Hustiřan und auf Zvíkov und Dietrich Myška von Žlunitz und auf Radikowitz 7 Wirte und 30 Familienangehörige (Frauen und Kinder ohne Unterschied des Geschlechts) zusammenbrachten.[22] Und diese wurden nach den Worten der im Jahre 1650 vom Bidschower Magistrate angestellten Konskription der Bidschower Juden bei dem damaligen feindlichen Incurs, der bis hieher in die Stadt Neu-Bidschow vorstieß, hierhin und dorthin versprengt und einige davon sind in auswärtigen Orten verstorben. Aus den ersten Kriegsjahren verblieb auch den Bidschower Juden eine Schuld von 300 Gulden rheinisch an Militärbeitrag und Kontribution; im Jahre 1633 verpflichteten sich die Juden, diese Schuld ab 1634 mit 15 fl. jährlich abzuzahlen und daneben die Umsatzsteuer und den Akzis vom geschlachteten Vieh pflichtgemäß ordentlich abzuführen. Noch sechs Jahre nach Kriegsschluß leisteten die Bidschower Juden Abzahlungen auf diese ihre Kontributionsschuld.[23]

Das Ende des langwierigen und erschöpfenden Krieges, der über die gesamte Bevölkerung unermeßliches materielles und moralisches Elend

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

brachte, setzte jedoch ebenso wie anderswo auch dem weiteren Verfall des Bidschower Ghettos ein Ziel und die nachweißenbergische Zeit brachte ihm allen Reduktions- und Exstirpationsbestrebungen jener Zeit zum Trotz[24] im Gegenteil einen nicht unbedeutenden Aufschwung. Den Epilog des Kriegszustandes und gleichzeitig den Eintritt in eine neue Epoche bildete die Konskription der Bidschower Juden vom 6. Mai 1650, verfaßt vom Bidschower Magistrat auf Befehl des General-Proviantmeisters und zugleich Unterkämmerers der Leibgedingstädte der Königin-Witwe Eleonora im Königreich Böhmen, des kaiserlichen Rates Heinrich Kustosch von Zubří, Lipka und auf Neu-Straschitz, im Zuge der Konskription der böhmischen Judenschaft, welche von der Prager Statthalterei auf Grund des kaiserlichen Reskriptes vom 2. April 1650 angeordnet worden war.[25] Die Aktion bezweckte eine Reduktion der Juden auf den Stand vor der böhmischen Rebellion. Das Bidschower Ghetto freilich konnte von den Reduktionstendenzen dieses kaiserlichen Reskriptes und von dem auf Grund des erwähnten Reskriptes zustande gekommenen Landtagsschluß des Königreichs Böhmen vom Jahre 1650 nicht berührt werden, da in Bidschow die Juden schon lange vor dem Jahre 1618 angesessen waren.

Der erhaltene ausführliche Konskriptionsakt der Bidschower Juden,[26] datiert vom 12. Mai 1650, zeigt, daß sich die Juden von den Kriegsschäden nur sehr langsam erholten, namentlich daß die Wiederherstellung der während des Krieges zerstörten Häuser nur langsam vonstatten ging. Gegen den Stand von 1638 war die Zahl der bewohnten Häuser im Bidschower Ghetto fast auf die Hälfte gesunken, denn „während der kriegerischen Einfälle waren andere Häuser ruiniert worden"; neben sechs bewohnten Häusern wird im Ghetto noch die Synagoge (Schule) mit einem von dem Mesner bewohnten Häuschen erwähnt und das Spital, wo die jüdischen Kinder unterrichtet wurden und das dem Rektor nebst Familie zur Wohnung und außerdem als Armenhaus diente. Insgesamt zählte man 73 Juden, erwachsene und Kinder, so daß auf ein Haus mehr als 9 Einwohner kamen; sogenannte „Wirte" (Angesessene) gab es darunter 16.[27]

Die Liquidierung der Folgen des Dreißigjährigen Krieges dauerte in Neu-Bidschow ebenso wie anderswo lange Jahre. Der Stadt hatte der Krieg eine ungeheure Schuldenlast und eine verheerte Wirtschaft, den Bürgern halbzerstörte und geplünderte Häuser hinterlassen, und ebenso auch den Juden. Die Wiederherstellung des Vorkriegszustandes war bei der allgemeinen Verarmung sehr schwierig, ja fast unmöglich. Erst zu Beginn des zweiten Jahrzehntes nach Friedensschluß ging man daran, die öffentlichen Schäden zu heilen; auch die Stadtbefestigung war zu reparieren und das ging auch die Juden an. Sowohl das ehemalige Mino-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ritenkloster als auch das an seiner Stelle in der Folge entstandene Bidschower Ghetto stieß in der Richtung gegen das Dorf Sloupno an den Stadtwall, der eine Bekrönung trug, an dieser entlegeneren Stelle nach allen Anzeichen nicht von Stein, sondern nur aus Holz, und hier, durch die sogenannte Sloupner Pforte, ging über die Wiesen ein Seitenweg nach Sloupno; auf dem Anger hinter der Sloupner Pforte, also schon außerhalb des ursprünglichen Weichbildes, war dann unmittelbar vor dem böhmischen Aufstande noch eine zweite Stadtkirche zur hl. Dreifaltigkeit erbaut und ringsum ein Friedhof angelegt worden. Es findet sich keine Spur davon, daß in vorweißenbergischer Zeit die Juden zur Stadtbefestigung an diesen Stellen beigetragen hätten, so daß man dafürhalten kann, daß die Reparaturen auch hier auf Stadtkosten ausgeführt wurden. In der wirtschaftlichen Notlage nach dem Dreißigjährigen Kriege zwang jedoch die Stadt im Jahre 1659 ihre Juden unter der Drohung, das Ghetto werde seine Bauplätze an den Stadtwällen verlieren, die im Krieg vernichtete hölzerne Umfriedung aus eigenem wieder herzustellen (die Juden bezahlten 6 Gulden rheinisch und lieferten tausend Schindelnägel); dafür wurde ihnen stadtbücherlich verbürgt, sie würden sich an der fraglichen Stelle ihre Häuser erneuern dürfen.[28] Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Juden zur Rettung ihres Besitzstandes einen noch größeren Betrag aufgewendet hätten.

Die Erwähnung eines unverbauten jüdischen Bauplatzes an der Stadtmauer zeugt sicherlich dafür, daß auch der Wiederaufbau des Bidschower Ghettos nach dem Dreißigjährigen Kriege nicht rasch vonstatten ging. Zweifellos aber begann die Judenschaft gleich nach dem Jahre 1650 im Bidschower Ghetto wieder zuzunehmen und sicherlich kam es schon damals zur Erneuerung einiger Judenhäuser, wozu auch die Befürchtung drängte, es könnten die wüsten Baustellen unter dem Vorwande, sie seien nicht besetzt, den Juden entzogen werden oder es könnten von den Juden wenigstens auf dieses Konto, wie dies im Jahre 1659 geschah, besondere Beiträge und Abgaben eingetrieben werden. Und auch wirtschaftlich begann sich das Ghetto sicherlich wieder zu heben. Beweis dafür ist vielleicht auch der Umstand, daß es im Jahre 1660 die Juden mit Genehmigung des Stadtrichters und des Rates wagen konnten, ihre Synagoge zu erneuern; sie war allerdings schon äußerst baufällig. Die Namen von Enoch Schick, Isaak Král und Salomon Marek, Mesner, den damaligen Ältesten der Bidschower Judengemeinde, die man in dem Stadtbucheintrag über die Bewilligung zum Neubau der Synagoge liest und die in der Konskription der Bidschower Juden vom Jahre 1650 nicht vorkommen, deuten ebenfalls darauf hin, daß sich das Bidschower Ghetto nach dem Dreißigjährigen Kriege bald wieder zu entfalten begann.[29]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Über die Fortschritte im Wachstum des Bidschower Ghettos während der folgenden Jahrzehnte des XVII. Jahrhunderts haben wir zwar keine nähere Nachrichten, doch war das Tempo zweifellos verhältnismäßig rascher als in der Christenstadt. Im Jahre 1718 bietet sich die Gelegenheit, den Zustand, ja den Lageplan des Bidschower Ghettos genauer kennenzulernen;[30] da sehen wir, daß es sich um einen zusammenhängenden Komplex von 24 Häusern mit der Synagoge in der Mitte handelte, klar begrenzt durch die ursprüngliche Judengasse, die Stadtmauern sowie die Friedhofsmauer der Kirche zur hl. Dreifaltigkeit. Die ehemalige hölzerne Einfriedung vom Jahre 1659 war gefallen, bzw. durch die Friedhofsmauer zur hl. Dreifaltigkeit ersetzt worden. Dadurch war auf dieser Seite die Baufläche des Ghettos etwas vergrößert worden. Nur der Stadtmitte, dem Ringlatz zu stieß es an die restlichen fünf Christenhäuser, die es hinderten, den ganzen ausgedehnten Häuserblock in dem „zur hl. Dreifaltigkeit" („u sv. Trojice") genannten Stadtviertel einzunehmen. Im Gegensatz zu anderen Ghettos in Böhmen gab es im Bidschower Ghetto in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts keine christlichen Enklaven, ebenso gab es hier auch keine Judenhäuser mitten unter den Christenhäusern.[31] Für Zwecke ihrer Handelstätigkeit hatten freilich die Juden einige Läden in Christenhäusern in Pacht, wohl namentlich in der Nachbarschaft des Ghettos und am Ringplatze. Auch an Kopfzahl war das Ghetto mit der Zeit wesentlich angewachsen. Es ist mir zwar keine bestimmte Zahl für die jüdische Bevölkerung im Bidschower Ghetto aus der Zeit nach der Schlacht auf dem Weißen Berge bekannt, doch kann man mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß hier im Jahre 1718 mindestens 400 Personen wohnten.[32]

Diese zahlreiche Judengemeinde hatte in nachweißenbergischer Zeit die Funktionen ihrer Selbstverwaltung erweitert. Es kam ihr in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts der Kompetenzstreit zwischen der Böhmischen Kammer und dem Unterkämmereramte der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte um die Jurisdiktion über die Bidschower Juden zustatten. Dieser Kompetenzstreit war recht verwickelt: bevor Neu-Bidschow Leibgedingstadt geworden war, war es untertänige Stadt gewesen und damals, unter der Wartenberger Herrschaft, waren die Juden wie wir bereits erfahren haben, in die Stadt zugelassen worden und hatten sich hier fest angesiedelt. Der angedeutete Streit bildet nicht bloß eine interessante Episode in der Geschichte der Bidschower Juden, sondern er ist von weiterreichender Wichtigkeit für die Kenntnis der öffentlichen Verwaltung in Böhmen in nachweißenbergischer Zeit. Den näheren Verlauf des Streites kann man leider den Dokumenten, die ich in Händen hatte, nicht entnehmen.[33] In das Wesen der Sache gestattet aber einen guten Einblick ein ausführliches Gutachten ohne Datum, in welchem die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kompetenzansprüche des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte sowohl als auch der böhmischen Kammer untersucht werden, worauf der eigene Standpunkt festgelegt wird.[84]

Das Gutachten spricht zunächst den Rechtsgrundsatz aus, die Oberherrschaft über die königlichen Leibgedingstädte in Böhmen gebühre von altersher den böhmischen Königinnen und kraft dieser Oberherrschaft würden von den böhmischen Königinnen in den Leibgedingstädten die christlichen Magistrats- und Gerichtsstellen besetzt; das Gutachten leitet hieraus das Recht für das Unterkämmereramt der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte ab, auch die Ämter der Neubidschower Juden zu besetzen, da diese ein Bestandteil der Leibgedingstadt seien. Dem gegenteiligen Standpunkt der Böhmischen Kammer stellt das Gutachten die Tatsache entgegen, während der Zeit der Pernsteiner Herrschaft in Neu-Bidschow habe die Jurisdiktion über die Neubidschower Juden den Pernsteinern gebührt und sei auch von diesen ausgeübt worden, wie dies auf allen Privatherrschaften der Fall sei, wo die öffentliche Lokaladministrative (politicum et publicum), darunter auch die Judenadministrative, von den Ortsobrigkeiten besorgt werde; die Befugnis der Böhmischen Kammer in Steuersachen habe mit dieser Jurisdiktion nichts zu tun. Dem Hinweis der Böhmischen Kammer gegenüber, in anderen königlichen Städten Böhmens übe sie das Recht über die Juden aus, macht das Gutachten im Gegenteile geltend, im Bidschower Falle handle es sich um eine Leibgedingstadt, königliche Leibgedingstädte hätten eine andere öffentliche Stellung als gewöhnliche königliche Städte und über die Bidschower Juden übe das Unterkämmereramt der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte die Jurisdiktion seit dem Jahre 1650 aus, und zwar keineswegs mißbräuchlich (per abusum), wie die Böhmische Kammer anführt, sondern mit Recht. Wie ersichtlich, leitete das Unterkämmereramt der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte seine Jurisdiktion über die Bidschower Juden aus seiner unbestrittenen Jurisdiktion über die königlich-böhmischen Leibgedingstädte ab.

Die Böhmische Kammer versuchte zwar, wie angedeutet, diesen Standpunkt zu erschüttern, doch das Gutachten stellte sich in diesem Punkte auf die Seite des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte. Die Böhmische Kammer jedoch hatte andere, viel triftigere und wirksamere Argumente für sich, namentlich jenes, daß die Juden in Böhmen ein königliches Regal bilden – ähnlich wie im Deutschen Reiche nach der Goldenen Bulle Karls IV. und nach der Augsburger politischen Reformation Karls V. die Juden ein kaiserliches Regal bildeten (mit der Bezeichnung: Fiscal-Knechte); in dieser Eigenschaft seien sie von den böhmischen Königen der Jurisdiktion der Böhmischen Kammer unterstellt worden (daher ihre Bezeichnung: Cammerknechte),

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wie dies auch im zehnten Absatze der Privilegien-Konfirmation der böhmischen Juden durch Ferdinand II. im Jahre 1648 ausgesprochen worden sei. Das Gutachten stimmte zu, daß aus dieser öffentlichen Stellung der böhmischen Juden in der Tat ihre Zuständigkeit unter die Jurisdiktion der Böhmischen Kammer folge. Die Böhmische Kammer verwies auch darauf, daß sie wirklich in allen königlichen Städten die Jurisdiktion über die Juden ausübe, und zwar nicht bloß die Jurisdiktion in Finanzsachen, sondern auch in politischer Hinsicht (Besetzung der jüdischen Ämter), da man die beiden Jurisdiktionen ja gar nicht gut voneinander trennen könne, zumal die politische Jurisdiktion das Mittel zum Hauptzweck, nämlich zur Judensteuer darstelle. Die Böhmische Kammer gab zwar zu, daß auf den Privatherrschaften die Jurisdiktion über die Juden (Besetzung der jüdischen Ämter) von den Lokalobrigkeiten ausgeübt werde, bemerkte aber, daß dieser Umstand nicht präjudizieren könne, da die Böhmische Kammer diesen Zustand bloß dulde, ohne dadurch ihr Recht zu schmälern (salvo jure suo) oder darauf zu verzichten, aus dem Grunde, weil es in diesen Orten keine königlichen Beamten (Richter) gebe und die Entsendung besonderer Kommissionen zu den Erneuerungen der jüdischen Ämter durch die Böhmische Kammer überflüssige Ausgaben verursachen würde, ganz abgesehen davon, daß die Zahl der Juden auf den Privatherrschaften größtenteils gering sei; die Böhmische Kammer gestand endlich ein, daß sie auch in einigen königlichen Städten (Tabor, Rokytzan, Klattau, Rakonitz, Wodnian und Písek) ihre politische Jurisdiktion nicht ausübe, da dort nur eine geringe Anzahl Juden wohne; aus demselben Grunde habe sie auch in Bidschow zur Zeit der Pernsteiner Herrschaft ihre Jurisdiktion nicht ausgeübt.[36] Das letzte Argument der Böhmischen Kammer schließlich war, der König könne auch in Bidschow nicht in seiner Herrschaft (dominium utile) eingeschränkt werden und das Interesse der Judensteuer werde besser wahrgenommen werden, falls die gesamte Judenjurisdiktion in einer Hand vereinigt sein werde, nämlich in den Händen der Böhmischen Kammer, als bei geteilten Gewalten (die politische in den Händen des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leidgedingstädte und die finanzielle in den Händen der Böhmischen Kammer).

Ohne Zweifel überwog der fiskalische Standpunkt der Böhmischen Kammer den formalen Gesichtspunkt des Unterkämmereramtes der königlichen Leibgedingstädte; die Judentoleranz in Böhmen ruhte in der Tat seit den ältesten Zeiten bis ins XVIII. Jahrhundert einzig und allein auf fiskalischer Grundlage. Auch das Gutachten neigte sich unter dem Gewichte des fiskalischen Arguments grundsätzlich auf die Seite der Böhmischen Kammer, mochte es auch bestrebt sein, mit seinem Kompromißvorschlag auch dem Unterkämmereramte der kgl.-böhmischen Leib-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gedingstädte entgegenzukommen. Vor allem war es freilich notwendig die Prestigefrage abzuschwächen, die Verbindung der Machtbefugnis über die Leibgedingstädte mit der Person der Königin; diese Frage suchte das Gutachten mit dem Hinweis aus der Welt zu schaffen, die Königin übe ja ihre Jurisdiktionsgewalt nicht direkt aus, sondern im Wege der Hofkommission, und dadurch wollte es ihre Person aus dem Kompetenzstreit ausschalten. Übereinstimmend mit der Wirklichkeit betonte dann das Gutachten, es sei vor allem um die Judensteuer zu tun, und aus diesem Grunde solle die Jurisdiktion über die Bidschower Juden der Böhmischen Kammer zustehen, so zwar – und hier handelt es sich um ein formales Kompromiß –, daß die Böhmische Kammer dem Unterkämmereramte der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte diejenigen Personen zur Kenntnis brächte, die sie zur Besetzung der jüdischen Ämter bestätigt hätte, und daß an der Erneuerung der jüdischen Ämter neben dem Bidschower Königsrichter als Vertreter der Böhmischen Kammer und Leiter des Aktes auch zwei Vertreter des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte teilnähmen.

Ein nachträglicher Vermerk auf dem Gutachten beweist, daß die empfohlene Regelung – aus Gründen des Prestiges der Königin – nicht genehmigt wurde. Das Gutachten war dann in einem weiteren Nachtrage bemüht, wenigstens einen Teil der Kompetenz der Böhmischen Kammer über die Bidschower Juden zu retten mit dem Antrage, die Wahlen der jüdischen Funktionäre in Bidschow sollten wenigstens nicht ohne Beisein des Bidschower Königsrichters stattfinden, die Listen der gewählten und bestätigten Personen sollten der Böhmischen Kammer eingesandt werden und der Böhmischen Kammer sollte die Besorgung der jüdischen Kontributionsangelegenheiten obliegen, darunter auch die Verpachtung des Judenperdons und die Revision der einschlägigen Rechnungen der Judenschaft. Die Art der endgültigen Regelung ist nicht bekannt; fest steht jedoch, daß das Unterkämmereramt der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte auch in der Folgezeit in die Verhältnisse des jüdischen Ghettos eingriff und daß es also, wenigstens im Prinzip, seine Jurisdiktionskompetenz, die es notorisch seit dem Jahre 1650 ausübte, behauptet hat. Dafür zeugt unter anderem namentlich der Umstand, daß das Unterkämmereramt in den mehrjährigen Streit zwischen den Bidschower Juden und den christlichen Fleischhauern eingriff, der im Jahre 1691 beigelegt wurde.

In der verhältnismäßig kleinen Stadt, wie es Neu-Bidschow zu Ende des XVII. und zu Anfang des XVIII. Jahrhunderts war, wo es um das Jahr 1720 nur etwa 130 Häuser mit kaum anderthalb tausend Einwohnern gab, begann das verhältnismäßig sehr stark besiedelte Ghetto der christlichen Einwohnerschaft, besonders den christlichen Handelsleuten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

unbequem zu werden, zumal die unangenehmen Folgen der jüdischen Konkurrenz auf dem Gebiete des Handels und der Produktion durch die allgemein judenfeindliche Stimmung jener Zeit noch verstärkt wurden. Die Juden hatten Kaufläden in christlichen Häusern in Pacht, namentlich im eigentlichen Handelszentrum der Stadt, am Ringplatz, hatten einen Großteil des städtischen Handels an sich gerissen und ihre Unternehmungslust beherrschte nach wie vor auch die weitere Umgebung der Stadt.

Bidschow machte da in der Gesamtlage in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Zuerst äußerten sich Unstimmigkeiten zwischen den Bidschower Fleischhauern und den Juden bezüglich der jüdischen Viehschlachtung, doch wurden diese nach einigen Jahren und nach einer ursprünglich für die Juden ungünstigen Entscheidung vom Jahre 1681 beigelegt. Es gelang dies unter Vermittlung des Unterkämmerers der königlichen Leibgedingstädte in Böhmen Grafen Johann Karl von Waldstein auf Kammerburg an der Sazawa wenigstens auf einige Zeit durch den umfassenden, ausführlichen Vertrag, der am 15. Jänner 1691 abgeschlossen wurde.[37] Doch damit hörte die Spannung aus Konkurrenz zwischen den christlichen Handelsleuten und den Juden nicht auf und die Antipathie der Bidschower christlichen Handels- und Handwerksleute wurde besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1718 laut, als ihr die Tätigkeit der Visitationskommission im Königgrätzer Kreis (dem das Bidschower Gebiet administrativ zugeteilt war) Gelegenheit bot, sich mit mehr Nachdruck geltend zu machen. Diese Kommission hatte die Elaborate des vorbereiteten böhmischen Steuerkatasters zu revidieren und instruktionsgemäß auch den Juden ihr Augenmerk zuzuwenden, namentlich ihrer Anzahl und der Zeit ihrer Ansiedlung.[38]

Vor dieser Visitationskommission führten etwa im April oder Mai 1718 die Bidschower Gemeindeältesten namens der Neubidschower Gemeinde Klage über das Überhandnehmen der Juden in der Stadt; vor neunzig oder hundert Jahren hätte ihre Zahl etwas über zehn betragen, jetzt aber hätten sie sich auf sechshundert Personen vermehrt und hätten in der Stadt auch eine große Siedlung zum größten Verderb der Christen eingerichtet, treiben nach den Worten der Beschwerde eine starke Gewerbe- und Handelstätigkeit sowohl in der Stadt selbst als auch über die Stadt hinaus auf den umliegenden Dörfern, tragen Gewürz und alle sonstigen Waren aus, kaufen auch durch ihr Hausieren auf den Höfen und bei den Bauern die Wolle, den Flachs, das Geflügel, den Schmalz und alles andere auf, tun demnach den bedauernswerten Nachbarn in ihrem Handwerk und den städtischen Gewerben nicht geringen Abbruch und verursachen bei den Städten die äußerste Teuerung, so daß man die ganze Woche über von auswärts und vom Bauernvolke kaum einen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kreuzer für Ware lösen könne, die Wochen- und Jahrmärkte brächten sie in ärgsten Verfall, schleppten alles Schlechte in die Stadt ein, und die armen Kontribuenten könnten ebendarum ihre Handwerke und Gewerbe nicht betreiben, um davon zu leben, geschweige denn sich selbst samt Weib und Kind ernähren, Sr. Majestät die königlichen Kontributionen entrichten und sonstige städtische Onera tragen und befriedigen; deshalb seien viele solche Handwerker und Mitbürger gezwungen, zur Erntezeit um Taglohn zu arbeiten, anderen Mitbürgern in den Scheunen Getreide zu dreschen und mit dieser Taglöhnerarbeit sich selbst zu ernähren. Die Beschwerde klang in die Bitte aus, die Visitationskommission möge Abhilfe schaffen und geruhe sie arme Nachbarn, die durch die vielen Juden in ihrem Gewerbe großen Abbruch litten, gnädig in ihr Gedächtnis und ihren Schutz zu nehmen.[39]

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Beschwerde der Neubidschower Gemeinde gegen die Juden in vielem aus durchsichtigen Gründen übertreibt, doch zeigt sie deutlich, daß auch in Bidschow wie anderswo die Juden in nachweißenbergischer Zeit den Handel und die handwerkliche Produktion zu einem Großteil an sich gerissen hatten und so ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor geworden waren, der Handel und Gewerbe der Christen ziemlich in Schatten stellte. Allerdings wurde die Schuld an der geringen Beschäftigung der Bidschower Handwerker in der Beschwerde — zum Teil wenigstens sicherlich mit Unrecht — den Juden in die Schuhe geschoben, denn die Stadt verfügte über kein ausgedehntes Absatzgebiet für seine Gewerbeprodukte und es ist ganz natürlich, daß bei dem Halbagrarcharakter der Stadt die Handwerker auch in der Landwirtschaft eine Nahrungsquelle suchten. Und schließlich muß noch beachtet werden, daß die Beschwerde gegen die Juden durchwegs nur mit wirtschaftlichen Argumenten operiert, nicht auch mit ideellen und religiösen Momenten, wie dies übrigens zu einem Großteil auch in anderen böhmischen Städten der Fall war.

Die Visitationskommission sah sich durch die vorgeschriebene Instruktion und ihre judenfeindliche Gesinnung veranlaßt, auf die Beschwerde der Neubidschower Gemeinde hin die Verhältnisse im Bidschower Ghetto genauer zu untersuchen. Das Ergebnis gab sie in der Zuschrift vom 24. Mai 1718 dem Bidschower Magistrate bekannt. Darin machte sie ihm im Hinblick darauf, daß sich die Juden in Bidschow der angeordneten Beschränkung zum Trotz von Jahr zu Jahr zum großen Schaden der Stadt vermehren, so daß sich ihrer nunmehr in Bidschow sicher über 600 Seelen befinden, den Vorwurf, daß der Magistrat nichts dagegen getan, daß man die jüdischen Fleischer zum Schaden der christlichen Fleischhauer begünstige und den Juden Kramläden verpachte, zum größten Ärgernis in den allerbesten Ringhäusern und zur großen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Schande der Stadt um irgendein schnödes Interesse. Der Magistrat wurde gleichzeitig aufgefordert, auf diese Ausstellungen binnen acht Tagen zu antworten und dabei aufzuklären, warum man die Juden habe so anwachsen lassen und warum die Juden von vielen ihrer Häuser, deren Besitzrecht für sie in den Stadtbüchern einverleibt ist, keine Kontribution entrichten; endlich war auch der zwischen den christlichen und jüdischen Fleischern getroffene Vergleich vorzulegen.[40]

Der Neubidschower Rat hatte es trotz der kurzen Befristung mit der Antwort durchaus nicht eilig und brachte sie erst am 29. August 1718 ein; es ergibt sich daraus unter anderem, daß bei den mündlichen Kommissionsverhandlungen in Bidschow auch andere Fragen betreffs der Juden angeschnitten wurden. Die Antwort war bereits unter völlig veränderter Sachlage abgefaßt. Am 6. Juli 1718 war in unmittelbarer Nähe der Judengasse in dem Christenhause des Wenzel Čistecký in der Metličaner (Königgrätzer) Gasse ein Schadenfeuer ausgebrochen, da bei dem herrschenden Winde und dem Umstande, daß in der Stadt und in der Judengasse die Häuser vorwiegend von Holz und in der Sommerzeit ausgetrocknet waren, das ganze Stadtviertel ergriff, in welchem das Ghetto samt der anstoßenden Niederstadt lag, so daß ihm gegen 80 Häuser samt dem Metličaner Tore zum Opfer fielen, darunter auch alle Judenhäuser samt der Synagoge.[41] Das war für die Bidschower Juden ein schwerer Schlag, denn sie hatten dadurch ihr Obdach und einen großen Teil ihrer beweglichen und unbeweglichen Habe eingebüßt, ein umso schwererer Schlag, als er den Anlaß bot, einen Druck auf die Juden auszuüben und ihre Zahl im Sinne der jüngst erfolgten Aufforderung der Königgrätzer Visitationskommission zu reduzieren.

Nach dem Brande bildete freilich die dringendste Frage die vorläufige Unterbringung der Juden, da sie ohne behördliche Bewilligung nicht in Christenhäuser aufgenommen werden durften und die ersten Tage nach der Katastrophe auf der Gasse wohnen mußten.[42] Die Frage war bald gelöst. Gleich nach der Vernichtung des Bidschower Ghettos schritten die jüdischen Landesdeputierten in der Böhmischen Kanzlei mit dem Ersuchen ein, es möge den abgebrannten Bidschower Juden zeitweilig, bis zur Wiedererbauung ihrer Häuser, die Unterbringung in Christenhäuser gestattet werden.[43] Die Prager Regierung traf ungesäumt am 12. Juli 1718 ihre Entscheidung und sandte sie samt der jüdischen Supplik an den Königgrätzer Kreishauptmann Karl Ferdinand Dobřenský von Dobřenitz. Das vorgelegte Gesuch wurde darin genehmigt, wenn auch nicht wörtlich. Das Begehren der Juden, auch nur zeitweilig unter einem Dache mit Christen zu wohnen, wurde allerdings abgewiesen, doch wurde dem Kreishauptmann aufgetragen, im Einvernehmen mit dem Bidschower Magistrat den Juden zu ihrer ausschließlichen Unterkunft

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gegen einen entsprechenden Pachtzins einige Häuser entweder in der Stadt selbst bzw. in der Bidschower Niederstadt oder in der näheren Umgebung der Stadt einzuräumen. Dabei ordnete die Prager Regierung an, bei Erneuerung des Ghettos sei darauf zu achten, zum Unterschied von dem bisherigen Zustande die neuen Judenhäuser von den Christenhäusern abzusondern und die Judenwohnungen von den Christenwohnungen zu isolieren.[44]

Trotzdem nun – wie angedeutet – der Feuersbrunst auch ein bedeutender Teil der Christenhäuser in der Stadt und der Niederstadt zum Opfer gefallen war, so fanden sich doch, vermutlich in der Niederstadt, einige Chalupen, deren Eigentümer in der Lage und geneigt waren, sie den Juden auf einige Zeit zu überlassen. Als der Kreishauptmann Karl Ferd. Dobřenský am 15. September 1718 über die Erfüllung des Auftrags der Böhmischen Kanzlei vom 12. Juli 1718 berichtete, schloß er ein Verzeichnis von 16 Christenhäusern (Chalupen) bei, die an 43 Judenfamilien auf die Dauer eines Jahres verpachtet worden waren, doch unbekannt, unter welchen Zinsbedingungen.[45]

So war für die Bidschower Juden auf ein Jahr für Obdach gesorgt und sie konnten sich der Erneuerung des niedergebrannten Ghettos zuwenden. Dieses Bestreben stieß jedoch auf Schwierigkeiten, die keineswegs vielleicht im Auftrage der Böhmischen Kanzlei, das neue Ghetto zu isolieren, zu suchen waren. Das war, wie der Kreishauptmann Dobřenský in seinem Berichte vom 15. September 1718 unter Anschluß eines Planes[46] anführen konnte, bereits vor dem Brande isoliert gewesen. Diese Schwierigkeiten ergaben sich vielmehr aus dem bereits erwähnten Einschreiten der Königgrätzer Visitationskommission vom 24. Mai 1718, das die Bidschower Stadtverwaltung bisher nicht beantwortet hatte.

Wie bereits erwähnt, beantwortete der Bidschower Magistrat die Einwände der Visitationskommission vom 24. Mai 1718 erst am 29. August dieses Jahres mit der Erläuterung, er tue es „in möglichster Kürze". Die Antwort nahm an erster Stelle Bezug auf das Ersuchen der Juden, das sie schon der Visitationskommission vorgetragen hatten, aber eine Ablehnung erfahren hatten, nämlich, auf ihrem ordentlich erkauften Friedhof ein Häuschen für ihre kranken Glaubensgenossen bauen zu dürfen, wie ihnen zur Pestzeit aufgetragen worden.[47] Der Magistrat bemerkte zwar, zweifellos wohl nur pro forma, in dieser Hütte würden sich wohl größtenteils nur lauter auswärtige und verdächtige Leute, auch Diebe aufhalten, die nur alles Schlechte in die Stadt einschleppen würden; sonst stellte sich der Magistrat jedoch gegen das jüdische Gesuch nicht so entschieden ablehnend wie die Visitationskommission und war geneigt ihm zu entsprechen unter folgenden Bedingungen: 1. anstatt eines einzigen Häuschens sollten die Juden auf einer kommis-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sionell festgesetzten Stelle zwei selbständige Gebäude errichten und in dem einen, dem vorderen, einen Christen unterbringen, der vom Magistrate unter Eid die nötige Instruktion hätte, in dem andern, dem rückwärtigen, einen Juden; 2. die Judenältesten würden unter Strafe von zehn Schock unbekannte oder auswärtige Juden in diesem Häuschen nur nach vorheriger Anmeldung beim Bürgermeisteramte, und zwar längstens nur auf die Dauer von 24 Stunden unterbringen können (ausgenommen in einer Krankheit oder am Sabbat, bzw. an jüdischen Feiertagen) und 3. die Juden würden verpflichtet sein, von dem Standgrund der beiden Gebäude die Kontribution zu zahlen, bzw. auch andere darauf entfallende städtische Lasten zu tragen.

Die Frage der Judenreduktion verband der Bidschower Magistrat mit der Frage der Ghettoerneuerung. Unter Anschluß eines Planes des niedergebrannten Ghettos wies der Magistrat vor allem darauf hin, es habe im Ghetto zwar vor dem Brande 24 Häuser, aber dabei gegen 70 Wirte (Angesessene) gegeben, so daß also die Frage des vorgeschriebenen Hausbesitzes in der Weise umgangen wurde, daß manche nur einen Hausanteil besaßen.[48] Weiter führte der Magistrat an, der Baugrund der Judenhäuser habe vor Jahren Christen gehört, die davon Kontribution zahlten, was bei den Juden nicht zutraf, so daß die christlichen Kontribuenten der Stadt die Kontribution für sie tragen mußten; dieser Zustand sollte nach dem Erkenntnis der Visitationskommission aufhören und die Juden sollten künftighin von ihren Häusern den auf sie entfallenden Teil der städtischen Kontribution tragen. Zweifellos war an diesem Zustand die Stadtverwaltung schuld, welche es zugelassen hatte, daß die von den Juden in den Jahren 1634—1654 gezahlte jüdische Kontribution in der Folge in Vergessenheit geriet; und es war vermutlich das Bewußtsein eigenen Verschuldens, das den Magistrat bewog, in diesem Punkte einen stark judenfeindlichen Ton anzuschlagen: daraus könne man abnehmen, welchen Schaden durch eine solche Menge Juden viele Jahre her die armen Christen und Kontribuenten an ihrer Nahrung gelitten und wie sie in ihrem Handwerk ruiniert worden, weshalb man auch befürchten müsse, die Judenschaft könne in ziemlich kurzer Zeit über die Christengemeinde die Oberhand gewinnen. Doch der Magistrat war dessenungeachtet weit davon entfernt, etwa die Beseitigung der Juden aus der Stadt zu fordern, sondern er begnügte sich damit, wenn die Juden künftig neben ihren bisherigen Abgaben (dem Marktgelde, den Zinsen, dem Akzis und Schoß) auch alle übrigen Stadtlasten trügen, besonders die Kontribution, soweit auf ihre Häuser eine solche entfallen würde, wie sie sich dazu durch den Vertrag v. J. 1633 verpflichtet hatten.

Entsprach also in der Frage der jüdischen Kontribution der Bidschower Magistrat dem Drängen der Visitationskommission, so war er

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in der Frage der Ghettoerneuerung wieder dem Drucke des Königgrätzer bischöflichen Konsistoriums ausgesetzt. Dieses drang im Wege des Bidschower Dechants darauf, daß fünf jüdische Häuser über dem Graben der Friedhofsmauer an der Kirche zur hl. Dreifaltigkeit nicht mehr erneuert würden,[49] sondern daß man den Juden dafür andere Plätze anweise. Diesem Wunsche wollte der Magistrat durch den Vorschlag entsprechen, man solle die Mehrzahl der Judenhäuser in der jüdischen Hauptgasse etwa sechs Ellen herausrücken[50] und hinter ihnen um dasselbe Stück auch die übrigen Häuser nachrücken, wodurch sich zwischen der Kirche zur hl. Dreifaltigkeit und den Judenhäusern die Entfernung auf 40 Ellen vergrößern würde; die tatsächliche Durchführung dieser Verschiebung sollte durch die Maßnahme verbürgt werden, daß jeder Jude vor dem Neubau seines Hauses den Bauplatz vom Bürgermeisteramte vermessen lasse, wobei er sich auch verpflichten müßte, das Haus nicht übermäßig in die Höhe zu treiben. Während also die Ausdehnung des Ghettos unverändert bleiben sollte, so daß es auch künftig 24 Häuser und eine Synagoge enthalten sollte, so sollte nach der Vorstellung des Magistrats eine wesentliche Änderung im Eigentumsrechte der Judenhäuser eintreten. Der Magistrat beantragte, künftighin solle der massenhafte Mitbesitz an den Judenhäusern aufhören und jedes Haus solle bloß einen einzigen Wirt haben, der Alleinbesitzer des ganzen Grundes sein und von den übrigen Teilbesitzern ihre Anteile oder Erbstücke aufkaufen solle. Die Durchführung dieses Antrages hätte eine sehr einschneidende Reduktion der jüdischen Angesessenen (Wirte) bedeutet, und zwar auf ein Drittel des bisherigen Standes. Daneben verlangte der Magistrat die Entfernung aller Juden aus dem Ghetto, die weder daselbst geboren noch darin ansässig bzw. nicht angenommen wären, und daß künftig auswärtigen Juden nicht gestattet sein solle, in das Bidschower Ghetto einzuheiraten.[51]

Es ist kein Zweifel, daß die Durchführung besonders der letzteren Anträge des Bidschower Magistrates die Zahl der Judenschaft in Neu-Bidschow nicht unbeträchtlich herabgesetzt hätte, und es ist kein Wunder, daß sich die Juden dagegen wehrten, zunächst beim Königgrätzer Kreishauptmann Herrn Dobřenský von Dobřenitz, der in seinem Berichte an die Prager Statthalter d. d. 15. September 1718 über den bisherigen Erfolg der Verhandlungen betreffs des Wiederaufbaus des niedergebrannten Ghettos auch kurz den Standpunkt der Juden zu den Anträgen des Bidschower Magistrates kennzeichnete. Die Juden waren vor allem damit einverstanden, daß die Bauplätze von Kommissären des Bürgermeisteramtes vermessen würden, desgleichen damit, daß sie in ihr Ghetto keinen Fremden ohne Einwilligung des Bidschower Magistrats aufnehmen sollten. Hinsichtlich der Kontribution und anderer öffentlicher Lasten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gaben zwar die Juden ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, ihren Teil zu tragen, falls es ihnen von den Statthaltern anbefohlen würde, sie erklärten aber gleichzeitig, für diesen Fall die Zahlung des Schutzgeldes einzustellen; dieses betrug jährlich 60 Gulden. Auch gegen die Vorschiebung ihrer Häuser wehrten sie sich zum Schein nicht grundsätzlich, doch wiesen sie auf die großen Verluste hin, die sie dadurch erleiden würden, da sie ihre kostspieligen Kellerräume unter den niedergebrannten Häusern, die vom Feuer verschont geblieben waren, und ihre Brunnen nicht würden benützen können, und behaupteten, die Verwirklichung des Planes würde unter den Juden ein Chaos in den Eigentumsrechten hervorrufen. Sie stellten daher den Gegenantrag, bei den fünf Häusern an der Friedhofsmauer zur hl. Dreifaltigkeit jene Front, die der Kirche zugekehrt ist, ohne Fenster zu lassen, nur mit kleinen Türen, damit die Einwohner in dem Graben unter der Friedhofsmauer ihr Holz lagern könnten; im übrigen stellten sich die Juden die Erneuerung ihrer Häuser in der bisherigen Art vor und im Einklange mit den Einträgen in den städtischen und jüdischen Büchern. Entschieden aber lehnten die Juden das Ansinnen ab, ihnen das Recht zu entziehen, ihre Häuser ihren Schwiegersöhnen abtreten oder vermachen zu dürfen — der Antrag des Magistrats war, wie wir gesehen haben, etwas anders formuliert. Auf den Antrag einer Neuregelung des Eigentumsrechtes an den Judenhäusern finden wir in dem Berichte des Kreishauptmannes Dobřenský keine direkte Antwort; eine indirekte, natürlich ablehnende Antwortder Juden war freilich der Hinweis, daß beim Brande auch ihre sämtlichen alten Verschreibungen zugrunde gegangen seien und jede Veränderung gegen den vorigen Zustand die Verwirrung nur steigern müßte.

Der Königgrätzer Kreishauptmann selbst gab nur in knappen Worten seinen Standpunkt zur eigentlichen Restaurierung des Ghettos kund, und zwar in dem Sinne, den vorigen Zustand völlig wiederherzustellen, mit der einzigen Ausnahme, daß in jenen fünf Judenhäusern an der Friedhofsmauer zur hl. Dreifaltigkeit in der Richtung zur Kirche weder Türen noch Fenster gemacht und künftighin auf gemeinsame Kosten aller Besitzer zwischen den vier Judenhäusern und den drei Christenhäusern,[52] wo sich das Ghetto dem Ringplatze näherte, eine Feuermauer errichtet und so die Trennung des Ghettos von den Christenhäusern vervollkommnet werde. Der Kreishauptmann wies noch darauf hin, daß die Juden in den Christenhäusern nur auf ein Jahr untergebracht seien und vor der definitiven Entscheidung über die eingebrachten Anträge durch die Statthalter mit dem Neubau ihrer Häuser nicht beginnen könnten; er wollte so die baldmöglichste Lösung der Wiederaufbaufrage des Bidschower Ghettos betreiben.[53]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die Bidschower Juden hielten jedoch ihre dem Kreishauptmann Dobřenský vorgetragenen Einwände gegen die Vorschläge des Bidschower Magistrats nicht für hinreichend wirksam und wandten sich daher in den nächsten Tagen, in der zweiten Septemberhälfte 1718, mit einem neuerlichen schriftlichen Protest unmittelbar an die Böhmische Kanzlei.[54] Für sie stand in der Tat sehr viel auf dem Spiel und es ist daher kein Wunder, daß sie sich aus allen Kräften bemühten, ein neues drohendes Unheil von sich abzuwenden. Ihr neuerlicher Protest verdolmetschte natürlich im Wesen ihren Standpunkt, den der Königgrätzer Kreishauptmann in seinem Berichte vom 15. September 1718 angedeutet hatte, nämlich den Grundsatz einer Restitution des vormaligen Zustandes. Die Juden stimmten zunächst zu, daß ihnen vor dem Baue ihrer Häuser nach einer Anmeldung beim Bürgermeisteramte die Bauplätze kommissionell vermessen würden, ja sie zeigten sich sogar bereit, für diese Vermessung irgendeine Taxe zu entrichten, jedoch unbeschadet ihrer Rechte. Was die Forderung betraf, einen verhältnismäßigen Anteil an der städtischen Kontribution zu nehmen, so wiesen die Juden einerseits darauf hin, es könnte sich da nur um einige vorher christliche Häuschen an den Wällen handeln, die jedoch vor etwa zehn Jahren in jüdischen Besitz übergegangen seien durch Tausch gegen jüdische Häuser, die am Stadttore standen, um eine vollständige Abtrennung des Ghettos zu erzielen,[55] wie sich aus den Eintragungen der Stadtbücher beweisen lasse, – anderseits machten sie geltend, sie zahlten schon jährlich 60 fl. Schutzgeld und 30 fl. Schoßgeld neben noch anderen Gebühren,[56] und wehrten sich gegen die Zahlung der Kontribution als gegen eine Neuerung, die ihren stadtbücherlich verbrieften Rechten zuwiderlaufe; die Drohung, die Juden würden die Zahlung des Schutzgeldes und des Schoßgeldes einstellen, falls man sie zur Kontribution zwinge, war verschwunden. Der Forderung gegenüber, jedes Judenhaus solle nur einen einzigen Besitzer haben, wies der Protest auf das stadtbücherlich verschriebene Eigentumsrecht der Juden hin – wir wissen bereits, daß dieses Recht dank eines reichverzweigten Teilbesitzes sehr kompliziert war –, ferner auf das Recht der jüdischen Eigentümer, mit ihrem Eigen nach freiem Ermessen zu schalten, bzw. es ihren Schwiegersöhnen zu schenken. Dem Antrag des Bidschower Magistrates, es solle künftig einem auswärtigen Juden nicht erlaubt sein, in das Bidschower Ghetto einzuheiraten, stellte der Protest die Tatsache entgegen, bisher habe der Bidschower Magistrat solchen Juden das Ansässigkeitsrecht anstandslos erteilt und dafür auch eine Taxe erhoben, wie dies unter Vermittlung des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte zwischen dem Bidschower Magistrat und den Bidschower Juden vereinbart worden war.[57] Und gleicherweise wehrten sich die Juden gegen die beantragte Vorschiebung der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Judenhäuser mit dem Hinweis auf die wesentliche Steigerung des Bauaufwandes für ihre Häuser; dabei berief sich der Protest darauf, daß im Jahre 1690 den Prager Juden ebenfalls die Erneuerung ihrer abgebrannten Häuser auf den alten Grundmauern gestattet worden war,[58] ferner darauf, daß dadurch ihr stadtbücherlich verschriebenes Eigentumsrecht verletzt werden würde. Schließlich lehnten es die Juden ab, Kontribution von der Hütte auf ihrem Friedhof zahlen zu müssen. (Die Unstimmigkeit zwischen dem obenerwähnten Magistratsbericht, daß die Juden erst ein Häuschen auf dem Friedhofe zu erbauen beabsichtigen, und dieser Äußerung der Juden, daß die Hütte auf ihrem Friedhofe schon stehe, läßt sich am wahrscheinlichsten so erklären, daß diese Hütte umgebaut werden sollte.) Auf die Forderung des Magistrats, auf dem Judenfriedhof zwei Gebäude aufzuführen, eines für den christlichen Wächter, das andere für den jüdischen, gingen die Juden in ihrem Proteste nicht ein.[59]

Am gleichen Tage, an dem der jüdische Protest in der Böhmischen Kanzlei einlief, fiel auch die Entscheidung der Statthalter, die merkwürdigerweise für die Bidschower Juden keineswegs ganz ungünstig ausfiel.[60] Der Wiederaufbau des Ghettos auf den alten Grundmauern wurde genehmigt,[61] doch unter der Bedingung, daß die Bauplätze vorher von einer viergliedrigen Kommission vermessen würden, die vom Königgrätzer Kreisamte bestellt werden und aus zwei Mitgliedern des Bidschower Stadtrates und zwei Judenältesten bestehen sollte, – dagegen hatten auch die Juden, wie wir gesehen haben, nicht protestiert. In der Frage der jüdischen Kontribution wurde dem Antrage des Bidschower Magistrates nicht stattgegeben. Den Vertrag vom Jahre 1633 hielten die Statthalter durch den Kataster (Steuerrolle) vom Jahre 1654 für überholt und in Erwägung des Umstandes, daß die Bidschower Juden jährlich 90 fl. Schutzgeld und Schoßgeld zahlten, entschieden sie, die Juden seien zur Kontribution lediglich von jenen Häusern bzw. anderen städtischen Realitäten verpflichtet, die sie zu eigen haben und auf denen im Jahre 1654 die Kontributionspflicht ruhte. Dem Kreishauptmanne Dobřenský wurde daher aufgetragen, verläßlich festzustellen, ob die Juden vor der Feuersbrunst Kontribution gezahlt hätten, von welchen Häusern und in welcher Höhe.[62] In der Eigentumsfrage der Judenhäuser stimmten jedoch die Statthalter dem Bidschower Magistrate zu, ebenso darin, daß die Juden nicht berechtigt seien, fremde Juden ohne Bewilligung des Magistrates unter sich aufzunehmen, und daß der Magistrat nicht verpflichtet sei, mehr Juden zu dulden, als im Jahre 1654 vorhanden waren.[63] In der Frage der Ghettoseparation genehmigten die Statthalter wieder den Antrag des Kreishauptmannes Dobřenský, zwischen den Juden- und Christenhäusern in der Richtung auf den Ringplatz zu auf Kosten ihrer Eigentümer eine Feuermauer aufzurichten und in den

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Judenhäusern in der Richtung gegen die Kirche zur hl. Dreifaltigkeit weder Fenster noch Türen anzubringen.[64] Wie man sieht, entschieden die Statthalter die Wiederaufbaufragen des Bidschower Ghettos durch ein Kompromiß zwischen den gegenläufigen Auffassungen des Bidschower Magistrates, bzw. des Königgrätzer Konsistoriums, und der Bidschower Juden.

Obwohl nähere Nachrichten nicht auf uns gekommen sind, ist nicht zu zweifeln, daß nach der statthalterischen Entscheidung die Juden unverzüglich an den Wiederaufbau ihres Ghettos schritten. Sie waren sich sicherlich gut bewußt, daß die Einäscherung ihrer Häuser ihre Stellung erschüttert hatte und den judenfeindlichen Bestrebungen gefährlichen Anlaß geboten, sich bemerkbar zu machen und durchzusetzen. Es lag daher in ihrem eigensten Interesse, die Wiederherstellung des Ghettos, das ihre Feste bildete, so bald als möglich durchzuführen. Der Wiederaufbau war übrigens dadurch wesentlich erleichtert, daß sie die alten Grundmauern verwenden konnten; die angeordnete vorherige Vermessung der Baustellen durch eine viergliedrige Kommission mit paritätischer Vertretung der Juden war eigentlich eine bloße Formalität. Wohl noch im Herbst dieses Jahres 1718 wurden die notwendigen Bauvorbereitungen getroffen, insbesondere das Vermessen der Grundstücke, und das Frühjahr und der Sommer 1719 waren zweifellos von fleißiger Bautätigkeit im Bidschower Ghetto ausgefüllt; etwa gegen den Herbst dieses Jahres mochte die Wiederherstellung des Ghettos im Wesen abgeschlossen sein. Es ging alles ohne ernstliche Zwischenfälle vonstatten. Nur diejenigen Juden, die im Widerspruch zur statthalterischen Verordnung d. d. 26. September 1718 ihre Gebäude übermäßig in die Höhe getrieben oder gegen den früheren Zustand Bauänderungen vorgenommen hatten, wurden vom Stadtrat mit mehrtägigem Arrest bestraft; dabei hören wir nichts davon, daß die Juden etwa gezwungen worden wären, ihre vorschriftswidrig erbauten Häuser umzubauen.

Mit der Erneuerung ihrer Wohnhäuser schritten die Juden auch an den Wiederaufbau ihrer vernichteten Synagoge. Am 19. Juni 1719 trat auf der Brandstelle der alten Synagoge eine zahlreiche und man kann wohl sagen feierliche Kommission zusammen, wenn man die Namen ihrer Mitglieder berücksichtigt: der Neubidschower Dechant und Vikar Alexius Kwětoň von Rosenwald, der Bidschower Königsrichter Nikolaus Pacovský, der Bürgermeister Johann Koukal, der Primator Martin Kezlar und die Ratsherren Simon Pelikán und Martin Růžický, außerdem die zur Vermessung der neuen Judenhäuser bestellte viergliedrige Kommission, um die Baustelle für die neue Synagoge zu vermessen. Aus Sicherheitsgründen sollte sie ganz von Stein aufgeführt werden. Die Kommission setzte fest, die neue Synagoge sollte 16 Ellen breit und 28½ Ellen lang

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

sein und ringsum eine Gasse von 8 Ellen Breite erhalten. Die Höhe der neuen Synagoge sollte die Höhe der alten nicht überschreiten und vor dem Eingang wurde die Errichtung eines Vordachs (Laube) bewilligt. Und am 8. Juli 1719 nahm sogar der Königgrätzer Kreishauptmann Karl Dobřenský von Dobřenitz eine Revision des Bauplatzes für die neue Synagoge vor und gestattete den Juden überdies, in einer Nische an der Stirnwand der Synagoge die Zehn Gebote anzubringen.

Die Protokolle der beiden erwähnten Kommissionsverhandlungen wurden vorn in das neue, vermutlich erste Bidschower Judenbuch eingetragen. Seine Entstehung hängt gewiß unzertrennlich mit der Vernichtung aller Eigentumsdokumente durch den Ghettobrand zusammen, worauf die Juden selbst vor dem Kreishauptmann Dobřenský hingewiesen hatten,[65] desgleichen mit der begreiflichen Rechtsunsicherheit, die nach dem Brande entstanden war, und vielleicht auch mit der Überzeugung, die Eigentumsverhältnisse der Judenhäuser würden im Sinne des vom Bidschower Magistrat erstatteten Antrags[66] wesentlich umgestaltet und vereinfacht werden. In Wirklichkeit beginnen jedoch die Eigentumsverschreibungen in diesem Buche erst mit dem Jahre 1733 und laufen dann ununterbrochen bis zum Jahre 1784.[67] Die einzige ältere Eintragung – neben der erwähnten Verbuchung des Protokolles über die Vermessung des Bauplatzes für die neue Synagoge – bildet der Kaufvertrag vom 19. September 1726, demzufolge die Bidschower Judengemeinde zur Vergrößerung ihres Friedhofes (des Čenkovschen Gartens) von den Vormündern der Martin Koukalschen Waisen einen Talgrund von 90 Quadratellen um 45 fl. rh. gekauft und beim Abschluß des Kaufvertrages bar bezahlt hatte.[68]

Fast drei Jahre vergingen, bevor die Statthalter Bericht erhielten, daß ihrem Befehl vom 26. September 1718 entsprochen worden sei; am 10. Mai 1720 hatten sie auf die Beantwortung gedrängt, aber erst nach mehr als Jahresfrist, am 26. Juni 1721, erstattete der Bidschower Stadtrat den Bericht dem Königgrätzer Kreishauptmann Dobřenský, der ihn mit einer Einbegleitung d. d. 22. August 1721 nach Prag sandte.[69] Der Bidschower Rat brachte zunächst zur Kenntnis, vor dem Wiederaufbau der Judenhäuser seien die Baustellen von der vorgeschriebenen viergliedrigen Kommission vermessen worden, ferner sei darauf geachtet worden, daß die neuen Judenhäuser nicht mehr als ein Stockwerk hätten, und daß überhaupt der Zustand vor dem Brande beibehalten werde.[70] Die der Kirche zur hl. Dreifaltigkeit zugekehrte Front der Judenhäuser war dann vorschriftsgemäß ohne Türen und Fenster hergestellt worden. Die anbefohlene Mauer zwischen den Juden- und Christenhäusern auf den Ringplatz zu war jedoch nicht aufgeführt worden. Der Stadtrat suchte dies durch großen Ziegel- und Steinmangel zu entschuldigen, doch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

war der Hauptgrund zweifellos, daß die christlichen Hausbesitzer sich an dem Mauerbau nicht beteiligen wollten; und so hatte der Stadtrat aus städtischem Geld zum Neubau des Markusischen Judenhauses am Eck,[71] das „von Ziegel und Stein" erbaut war, tausend Ziegeln „zwecks besserer Festigung" (pro lepší upevnění) beigesteuert.

Sonst kam der Bericht auch auf andere Resolutionspunkte der Statthalter vom 26. September 1718 zurück. Wir haben gesehen, daß der Bidschower Rat mit seinem Anspruch, daß die Juden auch mit der Stadt kontribuieren sollten, nicht durchgedrungen war; jetzt bat er lediglich resigniert um gnädige Manutenierung, daß die Juden, was sie jährlich in den Stadtsäckel abzuführen verpflichtet seien, abführen sollten. In der Eigentumsfrage der Judenhäuser versprach dann der Stadtrat, sich nach dem Befehl der Statthalter einzurichten, daß auf künftige Zeiten in einer Stube oder nach ihrer Ausdrucksweise in einem Hause immer nur ein Wirt oder Possessor mit Weib und Kind wohne, ferner, daß kein auswärtiger Jude von der hiesigen Judenschaft ohne Wissen und Willen des Magistrats aufgenommen werde und andere verdächtige Juden nicht beherbergt würden; sie würden auch auf künftige ewige Zeiten fremden und auswärtigen Juden keine Possession gestatten, und eher dafür sorgen, daß die Zahl der Judenschaft gesenkt werde. Schließlich versprach der Stadtrat, dem Befehle nachzukommen, daß nicht mehr Juden geduldet werden würden als im Jahre 1654 vorhanden waren, und man wolle sich bemühen, sie nach der höchsten Möglichkeit auf den früheren Zustand zu reduzieren; der Stadtrat erklärte, alle Juden, die nach den Stadtbüchern keinen Posseß hätten oder gegen sein Wissen und Willen von den Juden aufgenommen worden wären, von der Stadt zu weisen und zu verjagen; der Stadtrat bat um gnädige Protektion und Assistenz, auf daß dieser sein Vorsatz von niemandem turbiert oder ins Gegenteil gekehrt werde.

Den Bericht des Bidschower Stadtrates ergänzte dann der Königgrätzer Kreishauptmann Dobřenský durch die Meldung, er habe mit Johann Wenzel Klusák von Kostelec persönlich das Bidschower Ghetto visitiert und gefunden, daß die neuen Judenhäuser zwar laut Vorschrift aufgebaut seien,[72] doch hätten die Juden bisher ihr Gemeindehaus nicht erneuert und für dessen Bewohner eigene Häuschen an der Stadtmauer errichtet, wo vorher kein Bauplatz gewesen wäre, so daß sich die Fläche des jüdischen Ghettos vergrößert hätte.[73] Der Kreishauptmann mußte allerdings dazu bemerken, die Juden hätten hiebei nicht eigenmächtig gehandelt, sondern hätten dazu vom Bürgermeisteramte die Erlaubnis auf drei Jahre erhalten, und er habe angeordnet, nach Ablauf der genehmigten Frist diese Häuschen wirklich abzutragen. Und Hauptmann Dobřenský kam auch auf die Frage zurück, welche der Bidschower Stadt-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

rat, wie wir gesehen haben, aus Verlegenheit übergangen hatte, die Frage der jüdischen Kontribution. Er stellte fest, er habe gelegentlich seines Besuches in Bidschow auch untersucht, welche Häuser die Juden nach dem Jahre 1654 erworben hätten, doch mit negativem Erfolg. Mit Dekret vom 23. September 1721 nahmen denn die Statthalter beide Berichte zur Kenntnis und trugen dem Königgrätzer Kreisamte gleichzeitig auf, über den Juden feste Hand zu halten und ihnen keine Verletzung der erlassenen Befehle zu dulden.[74]

Der Bidschower Magistrat ließ beide Dekrete der Prager Statthalter vom 26. September 1718 und 10. Mai 1720 in seine Stadtbücher eintragen und begann in der Tat über die Juden feste Hand zu halten. Im Feber 1722 erwirkte er beim Unterkämmereramte der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte die Ermächtigung, die Juden wegen langjähriger Rückstände des Schoßgeldes und Schutzgeldes zu exequieren;[75] drei Monate später erwirkte er ebenfalls beim Unterkämmereramte eine umfassende Verordnung, die eine Beschränkung der Judenzahl und die Einführung einer straffen Ordnung im Bidschower Ghetto bezweckte. Das Dekret des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte vom 9. Mai 1722, hervorgegangen aus mündlichen Vorverhandlungen des Unterkämmereramtes mit dem Bidschower Magistrate, ja selbst mit den Bidschower Juden, bestimmte zunächst, es seien aus dem Bidschower Ghetto binnen kurzer und genau festgesetzter Frist nach einer vorgelegten Liste alle fremden Juden zu entfernen, die sich in Bidschow unter dem Vorwande eines Dienstes oder aus einem anderen vorgeschützten Grunde aufhielten. Im weiteren wurde eine Judenordnung festgesetzt, deren Hauptziel es war, ein weiteres zahlenmäßiges Anwachsen des Bidschower Ghettos unmöglich zu machen oder wenigstens zu beschränken. Daher verbot diese Ordnung an erster Stelle eine weitere Teilung bzw. Zersplitterung des jüdischen Realbesitzes (der Judenhäuser), ob nun unter dem Titel von Vermächtnis oder Widmung oder Verkauf oder Hypothek, damit so eine Vermehrung der Zahl der jüdischen Eigentümer und somit der angesessenen Juden unmöglich sei. Zweck der Judenordnung war, im jüdischen Realbesitz, was die Zahl der Possessoren betraf, wenigstens den status quo aufrechtzuerhalten. Damit hing auch die Bestimmung zusammen, daß den elterlichen Realbesitz nur eines der Kinder erben dürfe, während die übrigen Kinder aus der Erbmasse nur durch eine entsprechende Geldsumme oder einen anderen Anteil abgefunden werden sollten, ferner die Bestimmung, daß sich die Juden ohne Realbesitz entweder anderswo ansiedeln oder durch Verheiratung mit einer Bidschower Jüdin, bzw. einem Bidschower Juden, nach dem Vorbilde anderer Ghettos Inleute werden sollten. Was die Aufnahme fremder Juden unter die Bidschower jüdischen Inleute betraf, so sollte sie

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

von der Entscheidung des Bidschower Stadtrates abhängen (nicht mehr bloß vom Bürgermeister, wie vordem). Die übrigen Artikel der Bidschower Judenordnung regelten dann die sonstigen Aufenthaltsbedingungen der Juden in Bidschow. Am empfindlichsten traf die Juden sicherlich das Verbot, die Juden dürften in Christenhäusern weder Läden haben noch hier verkaufen und sollten sich in dieser Hinsicht auf ihre Häuser beschränken; Warenlager in Christenhäusern waren den Juden jedoch erlaubt. Dieses Verbot wurde mit dem Hinweis auf Beschwerden des Bidschower Dechants motiviert. Außerdem wurde den Juden untersagt, ohne Bewilligung des Stadtrichters an christlichen Sonn- und Feiertagen und am jüdischen Sabbat das Ghetto zu verlassen, desgleichen in der Zeit, während die Christen Prozessionen und Andachten vor der damals gerade bei der Hauptkirche zu St. Laurentii aufgestellten Martersäule halten. Im vorletzten, neunten Artikel der Ordnung wurde bestimmt, die Judenstadt solle nach Möglichkeit von einer Mauer oder wenigstens von einem hölzernen Zaune umgeben sein und abgesperrt werden, und im letzten Artikel wurde den Juden untersagt, fremde fahrende Juden zu beherbergen.[76]

Wenn das Dekret des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte im Schlußsatze erklärte, die Judenordnung werde zum Nutzen der angesessenen Bidschower Juden erlassen, so muß man annehmen, daß die angesessenen Bidschower Juden wohl kaum dieser Meinung waren und sicherlich zu all dem, was angeordnet wurde, bei den mündlichen Vorverhandlungen kaum ihre Zustimmung gegeben hatten. Man muß allerdings zugeben, daß die Angesessenen im Bidschower Ghetto nichts dagegen hatten oder sich wenigstens so stellten, daß aus dem Ghetto diejenigen Juden entfernt würden, die ihnen so oder so nur zur Last fielen, doch so weit wie das Dekret wollten sie sicher nicht gehen. Und durch die wichtigsten Vorschriften der neuen Ordnung wurden sie selbst in Mitleidenschaft gezogen, mochte es sich um das Verbot handeln, den Eigenbesitz an Judenhäusern noch weiter zu zersplittern, das auch die jüdischen Eltern in ihren Gefühlen verletzte, oder um das Verbot jüdischer Kramläden und des Feilhaltens in Christenhäusern. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die neue Bidschower Judenordnung eine stark judenfeindliche Tendenz hatte und daß dieser letzte Reflex des Ghettobrandes vom Jahre 1718, der den Anlaß bot, durchgreifender die Judenfrage in Neu-Bidschow zu lüften, von allen Leiden, die der Ghettobrand für die Bidschower Juden nach sich zog, der schmerzlichste war.

Der Bidschower Magistrat war allerdings der Meinung, so eine kräftige und wirksame Waffe erlangt zu haben, um die Juden schwer treffen zu können; er versah sich dessen gewiß nicht, daß man ihm diese Waffe sofort entwinden werde, sobald er sie nur anfange zu gebrauchen. Kaum

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

war das Dekret des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte vom 9. Mai 1722 in Neu-Bidschow eingelangt, als der Magistrat unverzüglich daranging, den ersten Punkt desselben auszuführen, und die unangesessenen und fremden Juden aus der Stadt wies. Die Juden versuchten jedoch sofort, am 3. Juni 1722, das Vorgehen des Magistrats zu vereiteln, und legten gegen die eigenmächtige Verdrängung der Juden Protest bei den Prager Statthaltern ein; der Widerstand des Magistrats war nutzlos, die Juden hatten Erfolg. Mochte auch sonst in dieser Zeit die Böhmische Kanzlei einen radikal judenfeindlichen Standpunkt einnehmen, der Beschwerde der Bidschower Juden entsprach sie unverzüglich insofern, als sie die Durchführung der Verfügung des Bidschower Magistrates sistierte und bis auf weitere Entscheidung die Beobachtung des status quo anordnete. Der Böhmischen Kanzlei lagen für ihre Entscheidung kaum sachliche Gründe vor und es war offenbar nur die Prestigefrage maßgebend. Die Böhmische Kanzlei, die sonst bereit war, die Juden auszuweisen, gestattete nicht, daß dies ohne ihre Resolution und Genehmigung geschehe, mochte auch der Bidschower Magistrat in der Tat nicht eigenwillig vorgehen und nur den Auftrag des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte ausführen; vermutlich legte die Böhmische Kanzlei nur deshalb ihr Veto ein.

Nachdem die Böhmische Kanzlei die Durchführung des Dekretes vom 9. Mai 1722 sistiert hatte, sandte sie die Beschwerde der Bidschower Juden der zuständigen politischen Behörde, dem Königgrätzer Kreisamte mit dem Auftrage zu, sie zu untersuchen. Das Kreisamt pflog zwar zu Ende 1722 die befohlenen Erhebungen,[77] doch die Böhmische Kanzlei schwieg auf seinen Bericht und schwieg auch dann, als im Mai 1724 der Bidschower Stadtrat auf eine Entscheidung drängte, indem er darauf hinwies, daß die Judenältesten einer Geldeinnahme zuliebe viel fremde Juden aus den umliegenden Ortschaften in ihre Judengemeinde aufnehmen und sich dadurch stark vermehren, so daß die armen Christen und Sr. Kais. Maj. Kontribuenten in ihren Gewerben aufs höchste verfallen und zur Unterdrückung kommen und durch die Menge der Juden in jeglichem Handel Schaden leiden.[78]

Und diese Verhältnisse änderten sich nicht einmal nach dem Jahre 1726, als für die Juden der Numerus clausus eingeführt wurde. Wir finden keine Spur, daß die Judenzahl in Bidschow zurückgegangen wäre, im Gegenteil, und so erfuhr auch der örtliche Antisemitismus keine Schwächung. Dafür zeugt insbesondere der Widerstand des Stadtmagistrates im Jahre 1735 gegen die Erweiterung des Judenfriedhofes, der für die angewachsene Bevölkerung des Bidschower Ghettos nicht mehr genügte. Sein Widerstand war vergeblich, das Unterkämmereramt der kgl. Leibgedingstädte genehmigte die Erweiterung des Bidschower

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Judenfriedhofes und gestattete auch, daß daselbst fremde Juden begraben würden, allerdings gegen eine bestimmte Taxe an die Stadt, ferner regelte es auch die Taxen für die Ausfolgung von amtlichen Inkolatsbescheinigungen.[79] Zur selben Zeit wurde auch endgültig der alte und uns schon bekannte Streit in der Jurisdiktionsfrage der Bidschower Juden beigelegt, und zwar zugunsten der Machtbefugnis des Unterkämmereramtes der kgl.-böhmischen Leibgedingstädte.[80]

Welch großen Umfang das Bidschower Ghetto vor der Mitte des XVIII. Jahrhunderts angenommen hatte, trotz der offenkundig steigenden judenfeindlichen Stimmung und trotz der Bemühung, seine Population herabzudrücken, das beweist das Verzeichnis der Neubidschower Häuser und Einwohner vom Jahre 1737, welches gelegentlich der Erhebungen über den Tabakverbrauch angelegt worden war.[81] Laut dieses Verzeichnisses stellte die Judenschaft fast ein Drittel der Bidschower Stadtbevölkerung, denn es gab in der Stadt dieses Jahr 139 Häuser (groß und klein), auf der Vorstadt 83, Meierhöfe mit Pächtern 23, Mühlen 4, Schankhäuser 3 und 27 Judenhäuser, Juden über 15 Jahre 105 Personen. Es scheint, als ob die Zahl der christlichen Bevölkerung im Verhältnis zur Wirklichkeit doch nur niedrig angegeben wäre, oder handelt es sich vielleicht nur um die Bevölkerung, die im eigenen Hause wohnte. Die Zahl der jüdischen Bevölkerung wird wohl, wenigstens annähernd, richtig sein. Danach kann man sich eine Vorstellung machen, welche Rolle die Juden im örtlichen Handel spielten – denn auch jetzt bildete der Handel ihre Hauptbeschäftigung – und welche Spannung, ja welcher Haß aus diesem entschiedenen Übergewicht des jüdischen Elementes in den Christenkreisen, namentlich unter den Handelsleuten entsprang. Und schließlich: ein Vergleich der Bevölkerung des Bidschower Ghettos und der Zahl ihrer Häuser zeigt klar, wie beschränkt um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts die Wohnverhältnisse im Bidschower Ghetto waren, besonders im Vergleich mit den Verhältnissen in den Christenhäusern; denn man muß bedenken, daß sich durch Hinzuzählung der Judenkinder unter 15 Jahren die Bevölkerung sicher fast um 100% steigern würde. Auch darin unterschied sich übrigens das Bidschower Ghetto infolge Unterbindung des baulichen Wachstums keineswegs von den Ghettos in anderen Städten Böhmens, ja nicht einmal von dem Prager Ghetto jener Zeit...

Die spärlich erhaltenen Quellen haben uns den Ursprung und die Entwicklung des Bidschower Ghettos vom Anfang der theresianischen Zeit an nur in den gröbsten Grundzügen zu verfolgen gestattet, und auch hiebei nicht ohne bedeutende Lücken; doch ergibt sich daraus, daß sich die faktische (allerdings nicht überall auch die rechtliche) Stellung der Bidschower Juden grundsätzlich keineswegs von der Stellung der Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in der Mehrzahl der königlich-böhmischen Landstädte unterschied und daß sie in mehr denn einer Hinsicht auch mit den Grundlinien des Zustandes übereinstimmte, wie sie sich in der größten Judengemeinde Böhmens, im Prager Ghetto, zeigen. Auch aus der Entwicklung des Bidschower Ghettos ergibt sich ganz klar, wie der Dreißigjährige Krieg, mochte er den Juden auch zeitweise Leiden und zahlenmäßige und wirtschaftliche Einbußen bringen, in der Geschichte der böhmischen Juden einen sehr wichtigen Grenzstein bedeutet, der zwei recht verschiedene Entwicklungsstufen scheidet. Bis zur Schlacht auf dem Weißen Berge überschritt der Zuwachs der jüdischen Bevölkerung im Verhältnis zur christlichen nicht gewisse Grenzen und hielt sich grundsätzlich auf dem Niveau der allgemeinen Populationsdynamik in Böhmen, die sanft ansteigende Tendenz zeigte. Allerdings kann man schon vor der Weißenbergschlacht deutlich eine ziemlich entwickelte judenfeindliche Stimmung wahrnehmen; sie war vor allem im Wirtschaftlichen begründet, ging hauptsächlich von den Kreisen der christlichen Handelstreibenden bzw. Handwerker aus und griff dort um sich, wo das jüdische Unternehmertum als Konkurrent auftrat. Wir haben gesehen, daß sich in Neu-Bidschow diese judenfeindliche Stimmung bereits unter der Pernsteinschen Herrschaft Luft machte, ohne sich jedoch wesentlicher oder dauernder auszuwirken.

Der Dreißigjährige Krieg führte nun einen ziemlichen Umschwung herbei. Im Gegensatz zur christlichen Bevölkerung hatten die Juden rasch die im Kriege erlittenen Einbußen an Zahl und Besitz ersetzt und begannen dank einer großen Natalität und Immigration verhältnismäßig schnell anzuwachsen. Das hatte ganz natürlich eine bedeutende Erweiterung in der Sphäre des jüdischen Unternehmungsgeistes in Handel und Industrie zur Folge; das jüdische Element gewann während des allgemeinen Verfalles der nachweißenbergischen Zeit nie dagewesene Bedeutung und riß einen Großteil des christlichen Konsums an sich. Mitunter traten Pestseuchen auf und dezimierten in nachweißenbergischer Zeit sehr stark die Bevölkerung der Ghettos, denn hier mußte sich eine wesentlich angewachsene Volkszahl auf derselben Baufläche zusammendrängen wie in vorweißenbergischer Zeit; aber auch diese Einbußen konnten den stetigen Zuwachs der jüdischen Bevölkerung nicht hemmen. In Bidschow hat das Ghetto, soviel bekannt, in nachweißenbergischer Zeit nicht einmal größere Volksverluste durch Pest erlitten und so wurde der natürliche Volkszuwachs höchstens durch den beschränkten Umfang des Ghettos gehemmt, wo es wohl bald nach dem Dreißigjährigen Kriege keinen freien Bauplatz mehr gab.

Unter diesen Umständen war es nur natürlich, daß bei den christlichen Handelstreibenden und in Handwerkerkreisen die vorweißen-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bergische Stimmung gegen die Juden mit größerem Nachdruck und mit mehr Ungestüm zum Durchbruch kam. Diese judenfeindliche Stimmung erreichte ihren Höhepunkt in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts. Damals drangen ihre Forderungen vernehmbar selbst in die Regierungskreise und riefen bei der Böhmischen und bei der Hofkammer, die aus fiskalischen Gründen die Juden weitestgehend schützten, den zähesten Widerstand hervor. Diese umsichgreifende judenfeindliche Stimmung der nachweißenbergischen Zeit finden wir auch in Bidschow: hier suchte sie sich namentlich im Zusammenhang mit den Arbeiten der Visitationskommission einerseits und mit der völligen Einäscherung des Ghettos im Jahre 1718 geltend zu machen. Doch diese offiziellen Aktionen, obwohl innerlich mit der Allgemeinstimmung zusammenhängend, erzielten keinen greifbareren Erfolg; auch der für die Juden in Böhmen im Jahre 1726 allgemein festgesetzte Numerus clausus erzielte keinen.[82] Das Verzeichnis der Bidschower Häuser und Juden vom Jahre 1737 läßt dies ganz deutlich erkennen.

Man sieht also, daß die offizielle Haltung Bidschows zu seinem Ghetto in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, also gerade vor der Zeit, bevor im Sprengel der Bidschower Herrschaft die Sekte der sog. Bidschower Israeliten auftrat, keineswegs freundlich war und daß die höheren städtischen Schichten auf das Ghetto mit Haß und Verachtung herabsahen, wiewohl auch diese Stadthonoratioren sich nicht dem wirtschaftlichen Verkehr mit den Juden entzogen und bei ihnen einkauften. Leider haben sich aus Bidschow keine Nachrichten erhalten, die uns einen Einblick in das Verhältnis der unteren Schichten der Stadtbevölkerung und besonders in das Verhältnis des Landvolks aus der Umgebung zu den Bidschower Juden gestatten würden. Wir erfahren nichts über das christliche Hausgesinde unter den Juden, wiewohl man ein solches mit großer Wahrscheinlichkeit voraussetzen darf und obwohl bei der verhältnismäßigen Kleinheit der Stadt eine gegenseitige Kontrolle stets möglich war; und wir wissen auch nichts davon, wie oft aus den untertänigen Bidschower Dörfern die Einwohnerschaft ins Ghetto billig einkaufen und verkaufen kam. Es ist aber nicht zu zweifeln, daß solche Geschäftsverbindungen bestanden, und zwar in bedeutendem Umfang, und daß nicht bloß die Landbevölkerung geschäftehalber ins Ghetto ging, sondern auch die Juden aus demselben Grunde auf die Dörfer. Aus dem Fehlen von Nachrichten über einen solchen vorauszusetzenden Verkehr muß man schließen, daß es sich um Handelsbeziehungen handelte, die zwar den christlichen Handelsleuten ein Dorn im Auge waren, die sich aber ausschließlich auf das Gebiet des Handelsmäßigen beschränkten. Es ist nicht zu zweifeln, daß man jeden intimeren Verkehr der Judenschaft mit der christlichen Bevölkerung unter der obwaltenden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Stimmung in den Beschwerden gegen die Juden in gehöriger Weise ausgenützt hätte; in Wirklichkeit findet sich jedoch keine Spur davon. Die allgemeine Analyse des Verhältnisses zwischen der christlichen und der jüdischen Bevölkerung in Neu-Bidschow während der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts führt daher zu dem Schlusse, daß die Sekte der sog. Bidschower Israeliten ihre Basis durchaus nicht im Bidschower Ghetto hat. Diese Sekte ist, wie in dem dritten Kapitel dieser Studie eingehender dargestellt werden wird, aus dem geheimen Akatholikentum erwachsen, das sich in der Umgebung von Neu-Bidschow und auf der Nachbarherrschaft Chlumetz gehalten hatte; dieser Erscheinung soll nun das Augenmerk zugewandt werden.

II.

DAS CHRISTLICHE SEKTENUNWESEN IM GEBIET VON BIDSCHOW UM DIE MITTE DES XVIII. JAHRHUNDERTES.

Die Stellung des Bidschower Gebietes im geheimen Akatholikentum des nordöstlichen Böhmen in nachweißenbergischer Zeit und dessen vorweißenbergische Grundlage. — Das Gebiet von Bidschow in der Einwohnerkonskription nach dem Glauben vom Jahre 1651. — Nachrichten über geheime Akatholiken im Bidschower Lande und dessen Umgebung. — Akatholiken unter Karl VI.: Andreas Stantzl, Georg Řehounek und Lukas Volný. — Das Akatholikentum auf dem Gebiet von Bidschow und Chlumetz in theresianischer Zeit (1747—1760); das Dekret des Grafen Leopold Kinsky gegen die „Ketzer" auf der Herrschaft Chlumetz vom Jahre 1759.

Das Gebiet von Bidschow, am südwestlichen Rande des Riesengebirgsvorlandes ausgebreitet, gehörte zum klassischen Lande des geheimen Akatholizismus in Böhmen, dem nordöstlichen Böhmen, und spielte eine Art Mittlerrolle zwischen dem „im Gebirge" fest verwurzelten Akatholikentum und dessen bereits „im Lande" liegenden Ausläufern, die in diesen Gegenden besonders durch die Herrschaftsgebiete von Chlumetz, Dymokur und der kaiserlichen Herrschaft Poděbrad dargestellt wurden. Durch das Bidschower Land nahmen ihren Weg die Emissäre des geheimen Akatholizismus aus dem Nachoder, Opotschner und namentlich dem Starkenbacher Ländchen, hier nahmen sie Aufenthalt auf ihren Reisen, auf denen sie insbesondere verbotene akatholische Bücher verbreiteten, die in deutschen und schlesischen Druckereien her-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

gestellt waren, hier schlossen sie eventuell auch ihre mit Gefährdung der persönlichen Freiheit und des Lebens unternommenen Botengänge ab und vertrauten die Vollendung ihrer Sendung den Akatholiken im Bidschower Lande an, dessen natürliche Beschaffenheit nicht mehr so viel sichere Verstecke bot wie die Gegend von Hořitz weiter ins Gebirge.

Dieses geheime Akatholikentum im Gebiete von Bidschow ist freilich eine Fortsetzung des vorweißenbergischen Akatholikentums. Unkatholisch, hussitisch war Neu-Bidschow samt Umgebung schon unter dem Herrschaftsbesitzer Czenko von Wartenberg geworden und blieb unkatholisch bis zum gewaltsamen religiösen Umsturz während des Dreißigjährigen Krieges; damals wurde es notgedrungen wieder katholisch. Das Einwohnerverzeichnis der Stadt Neu-Bidschow und dessen untertäniger Dörfer (Zachrašťany, Vysočany, Chudonice, Prasek und Zechovice) nach dem Glaubensbekenntnis, angelegt im Jahre 1651 im Zusammenhange mit der im ganzen Lande veranstalteten Konskriptionsaktion, welche die Grundlage für eine vollständige katholische Restauration in Böhmen bilden sollte, führt zwar an, alle Einwohner der Herrschaft Bidschow seien bis auf einen katholisch und bemerkt: „und so seien Gott sei Dank alle Nachbaren, Insassen, Quartierleute sowohl in dieser Stadt Neu-Bidschow so auch die untertänigen Leute, soviel sich deren in unseren Dörflein immer finden mögen, mitsamt ihren Kindern, samt ihrem Gesinde ohne Unterschied des Geschlechtes in Erfüllung des Willens Gottes und in gehorsamer und untertäniger Entsprechung des Willens seiner Kaiserlichen Majestät des Königs, unseres allergnädigsten Herrn, katholisch."[1] Doch die Angaben und Behauptungen des Untertanenverzeichnisses sind offenkundig falsch. Der Unwahrheit zeiht es vor allem der Bericht der Reformationskommission selbst, welcher anzeigt, die Kommissäre hätten in den Jahren 1651—1652, demnach erst nach vollzogener Konskription, auf dem Gebiete von Bidschow 675 Personen zum Katholizismus bekehrt.[2] Es ist daher mehr als wahrscheinlich, daß bei der Verfassung des Einwohnerverzeichnisses der Herrschaft Bidschow nach dem Glaubensbekenntnisse vom Jahre 1651 eine große Rolle das Bestreben der Stadtverwaltung spielte, der Herrschaft ihren Eifer in der Verbreitung der katholischen Religion zu beweisen. An der Spitze der Stadtverwaltung stand damals der berüchtigte Kaiserrichter Johannes Dentulin, ein gewalttätiger und gewinnsüchtiger Mann, der während des Krieges große Veruntreuungen an Widmuts- und Stadtgut verübt hatte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch im Bidschower Ländchen in nachweißenbergischer Zeit geheime Akatholiken verblieben waren, mag auch ihre Zahl nicht bekannt sein und mag es auch leider an Anhaltspunkten fehlen, sie annähernd abzuschätzen. Soviel kann man jedoch mit Recht annehmen, daß ihrer nicht allzuviele waren, wie ja

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

überhaupt die gesamte Einwohnerzahl infolge des geringen Umfanges der Herrschaft und infolge der wirtschaftlichen Auswirkung des langen Krieges in nachweißenbergischer Zeit ziemlich gering war. Zur Stärkung dieser geheimen Akatholiken im Bidschower Ländchen trugen vielleicht auch die Emigranten bei, die namentlich in den Siebzigerjahren des XVII. Jahrhunderts unter dem Dechant Franz Pintary von Gidersberg von Zittau nach Bidschow und seinen untertänigen Dörfern zurückkehrten,[3] desgleichen sicherlich auch zahlreiche geheime Akatholiken auf den Nachbarherrschaften, insbesondere auf der Herrschaft Chlumetz, mit der das Bidschower Gebiet äußerst regen Verkehr unterhielt. Geheime Akatholiken blieben dann im Bidschower Ländchen selbst noch in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts, trotz der erneuten Missionstätigkeit zur Regierungszeit Karls VI. und trotz des Umstandes, daß die Seele dieser Missionen der bekannte P. Konias S. J. bildete,[4] der sogar eine Zeitlang dem Bidschower Dechant in der Seelsorge aushalf. Dieses Amt bekleidete damals Johann Josef Escherich, dessen Namen uns noch begegnen wird.[5]

Über die geheimen Akatholiken im Bidschower Ländchen berichten zunächst die schriftlichen Denkmäler im städtischen und im Dekanalarchive zu Bidschow, die jedoch offenkundig unvollständig sind. Zweifellos wird die künftige Forschung auch nach dem zitierten Buche Neumanns noch manche unbekannte Nachricht selbst im Königgrätzer Konsistorialarchive aufdecken und vielleicht wird auch in dem Schriftennachlaß des Prager Appellationsgerichtes mehr denn eine wertvolle Ergänzung zu Tage kommen. Die bisher bekannten Nachrichten gestatten leider nicht, ein vollständiges Bild zu zeichnen, sondern es kann sich höchstens nur um Andeutungen handeln, die man heute noch nicht zu einem zusammenhängenden Ganzen verbinden kann. Die erwähnten Quellen erlauben mitunter nicht einmal ein genaues Urteil darüber, ob es sich um geheimen Akatholizismus oder bloß um unbedachte Äußerungen handelt. Die Nachrichten des Stadt- und Dekanalarchives zu Bidschow beschränken sich dann auch nicht bloß auf die Nichtkatholiken im Gebiete von Bidschow, sondern betreffen auch Nichtkatholiken aus anderen Nachbarherrschaften, bzw. nichtkatholische Emissäre aus entfernteren Herrschaften, die auf dem Gebiete von Bidschow betroffen und festgenommen oder in das Bidschower Stadtgefängnis eingeliefert worden waren. Einige dieser Nachrichten sind von großer Wichtigkeit unmittelbar für die Sekte der sog. Bidschower Israeliten, welche sich, wie wir noch genauer erfahren werden, nicht bloß auf das Gebiet von Bidschow beschränkte, sondern auch auf den Nachbarherrschaften verbreitet war, besonders auf der Herrschaft Chlumetz. Für den Zweck unseres ersten Versuches, der aus seinen Lücken kein Hehl macht,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

genügt es schließlich, eine eingehendere Aufmerksamkeit dem geheimen Akatholizismus im Bidschower Ländchen zu widmen, bzw. den in Bidschow inhaftierten und inquirierten geheimen Akatholiken von den Dreißiger- bis in die Siebzigerjahre des XVIII. Jahrhunderts.

Die angedeutete Übersicht kann man vielleicht am besten mit *Andreas Stantzl* eröffnen, der mit Urteil des Prager Appellationsgerichtes vom 10. Mai 1729 wegen Gotteslästerung auf ein Jahr zu öffentlicher Zwangsarbeit in Band und Eisen verurteilt wurde, und mit *Georg Řehounek*, der ursprünglich mit Urteil des Prager Appellationsgerichtes vom 12. April 1731 wegen Lästerreden gegen den jüngst heiliggesprochenen Johann von Nepomuk zur Todesstrafe durch das Schwert verurteilt wurde und dem die Strafe dann im Gnadenwege gemildert wurde zu vier Jahren strenger Fronarbeit mit dem Zusatz, daß der Delinquent während seiner Haft von der Geistlichkeit im alleinseligmachenden katholischen Glauben unterrichtet und so von einem weitern ähnlichen Irrtum abgelenkt und in der Heiligenverehrung bestärkt werde.[6]

Doch gleich die weitere Untersuchung mit *Lukas Volný* und dessen Familie, zu der es im Jahre 1732 kam, führt uns unmittelbar zur Vorgeschichte der sog. Bidschower Israeliten, denn die Mitglieder dieser Familie werden uns später, im Jahre 1747, als Anhänger dieser Sekte entgegentreten. Lukas Volný war allerdings kein angesessener Bidschower, sondern Untertan der Nachbarherrschaft Chlumetz, wo er in der herrschaftlichen Schäferei zu Číhar wohnte. Daß sich die Abschriften der Untersuchungsakten mit Volný, dessen Gattin Katharina und dessen Sohne Karl im Bidschower Dekanalarchive finden, dürfte darin seinen Grund haben, daß der Bidschower Dechant Escherich zugleich Vikar des Bidschower Kreises war.[7] Eine nicht ferne Zukunft zeigte jedoch, daß auch ein innerer Zusammenhang vorliegt. Mochte auch Lukas Volný, der im Jahre 1732 schon ein Achtziger war, von sich behaupten, Katholik zu sein, so ist nur allzu offenkundig, daß es sich um einen geheimen Akatholiken, ja vielleicht um eine Art „Verbindungsmann" in der Verbreitung akatholischer Bücher handelte. Denn in der Chudeřitzer Schäferei fand man im Heu einen halben Sack voll „lutherianischer" Bücher und eines trug gar seine Unterschrift; übrigens hatte kurz zuvor der bekannte Missionär P. Franz Mateřovský in Žiželic ein „böses", „ketzerisches" Buch entdeckt, auf welchem Volný ebenfalls unterschrieben war, und der Lovčicer Pfarrer fand fast gleichzeitig bei Volný dem Leben Adams zwei „sehr schädliche Bücher" beigebunden, „von demselben Nikolaus Konáč und das andere ein erzketzerisches von Stibor von Cimburg und Tobitschau". Lukas Volný mit Familie war nach Ausweis der Verhörsprotokolle zweifellos eine der führenden Persönlichkeiten des geheimen Akatholikentums auf dem Gebiete von Chlumetz,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und diese Bewegung stand offenbar in unterirdischer Verbindung nicht bloß mit den Glaubensgenossen der nächsten Umgebung, sondern auch auf anderen Herrschaften. Die Familie Volný stand schließlich in direkten verwandtschaftlichen Beziehungen mit Neu-Bidschow, wo die Schwester von Volnýs Gattin Marie verheiratet war.[8]

Welche Strafe den Lukas Volný und dessen Familie für die Verwahrung von unkatholischen Büchern ereilt hat, erfahren wir aus den Schriften des Bidschower Dekanalarchives nicht. Sicher ist jedoch, daß weder diese Untersuchung noch auch eine eventuelle Strafe diese Familie dem Akatholikentum abspenstig gemacht, sondern sie vielmehr darin noch bestärkt hat.

Gleichzeitig mit der Untersuchung gegen Lukas Volný und dessen Familie wurde wegen Ketzerei auch ein gewisser *Wenzel Souček* bestraft, der in Bidschow gefangen gehalten wurde.[9]

Leider versiegen nach dem Falle Souček in dieser Hinsicht die Quellen im städtischen und im Dekanalarchive zu Bidschow auf fünfzehn Jahre lang völlig, sicherlich jedoch nicht deshalb, daß in dieser Zeit, besonders in den letzten Regierungsjahren Karls VI., in Bidschow kein einziger Fall von „Ketzerei" vorgekommen wäre; den Quellenmangel muß man zweifellos dem Umstande beimessen, daß die Dokumente in späterer Zeit in Verlust geraten sind.

Die ersten Regierungsjahre Maria Theresias, die durch den vorwiegend um die böhmischen Kronländer geführten Krieg ausgefüllt waren, machten auf eine Zeitlang der Verfolgung von Nichtkatholiken ein Ende; diese fühlten sich im Gegenteil durch den häufigeren und gefahrloseren Verkehr mit ihren Landsleuten gleichen Glaubens in den Ländern des Preußenkönigs gestärkt, denn dieser Herrscher galt als Protektor der böhmischen Akatholiken. Doch schon in der letzten Zeit des achtjährigen Krieges kam es neuerlich zu einer Verfolgung der Nichtkatholiken, und zwar sowohl aus religiösen Gründen wie aus politischen Rücksichten. Wir werden noch genauer erfahren, daß zur Wiederaufnahme der Religionsverfolgung in theresianischer Zeit, und nicht in allerletzter Hinsicht, auch die Aufdeckung der sog. Bidschower Israeliten beitrug, aber die Verfolgung beschränkte sich keineswegs auf sie. Das spiegelt sich auch im Bidschower Dekanalarchive, denn es finden sich dort vom Jahre 1747 an ziemlich zahlreiche Dokumente, die auf die geheimen Akatholiken im Bidschower Ländchen und Umgebung Bezug nehmen und die zum Teil mit der bereits erwähnten Vikarfunktion des Bidschower Dechants im Bidschower Kreise zusammenhängen.

Gleich das älteste erhaltene Dokument im Bidschower Dekanalarchive über geheime Nichtkatholiken aus theresianischer Zeit – es stammt aus dem Jahre 1747, da die Sekte der Israeliten verraten wurde –

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

führt uns, wie wir noch sehen werden, in den Hauptmittelpunkt der Sekte der Bidschower Israeliten, in das Städtchen Žiželitz auf der Herrschaft Chlumetz, wo sich auch, in der Familie Vrbický, unsere Sekte um Bidschow am längsten gehalten hat. Es handelte sich um die Einleitung des Verfahrens gegen den Matthäus Koupílek wegen Verdachtes der Ketzerei und Lästerung gegen Johann von Nepomuk. Einige Jahre später, im Jahre 1756, wurde auf denselben Verdacht hin und wegen der Äußerung, der Papst sei der Antichrist, auch Koupíleks Bruder Georg, Schmied in Žiželitz, in Untersuchung gezogen. Trotzdem Matthäus seinen Bruder anzuschwärzen und sich zu entlasten versuchte, wurden schließlich beide Brüder vom Königgrätzer Konsistorium als gefährliche Ketzer erkannt und Matthäus Koupílek wurde zum abschreckenden Beispiel für andere im Jahre 1759 von seiner Obrigkeit, dem Grafen Leopold Kinsky, sogar von der Chlumetzer Herrschaft verwiesen.[10]

Die Entschließung Graf Leopold Kinskys d. d. 13. August 1759, jeder seiner Untertanen, der der Ketzerei überführt würde, sollte sein Vermögen einbüßen und samt seiner Familie von der Herrschaft verwiesen werden, blieb jedoch wirkungslos, wohl deshalb, weil deren Durchführung dem Herrschaftsbesitzer eine ziemliche Einbuße an Untertanen verursacht hätte. Wir werden gleich wahrnehmen, daß sich die Prozesse mit den Chlumetzer Untertanen wegen „Ketzerei" immerzu wiederholten und daß die Akatholikenbewegung auf dem Gebiete von Chlumetz eher zunahm denn abflaute, bzw. daß die geheimen Akatholiken ihre Überzeugung nicht so vorsichtig verbargen wie vordem.

Doch der Bidschower Dechant hatte – von der Sekte der Israeliten abgesehen – geheime Nichtkatholiken auch in dieser Zeit unmittelbar in seinem Pfarrsprengel. Im Jahre 1752 untersuchte er gleich zwei Fälle, den *Georg Vlastník*[11] und die *Magdalena Roček;* die Ročkin war ein vom katholischen Standpunkt besonders bedenklicher Fall: man wies ihr nach, sie hätte sich nicht bloß über die Zwecklosigkeit der Anrufung der Heiligen, gegen die Prozessionen und gegen die Reliquienverehrung ausgelassen, sondern auch die Sekte der Bidschower Israeliten verteidigt.[12] Im Jahre 1753 inquirierte dann der Bidschower Dechant die *Dorothea Volejník*[13] und den akatholischen Emissär *Matthäus Voloun*.[14]

Von Chlumetzer Untertanen wurde in Bidschow eine Zeitlang gefangen gehalten der Žiželitzer *Georg Vrbický*, der schon im Jahre 1747 wegen Zugehörigkeit zur Sekte der sog. Bidschower Israeliten in Untersuchung war, den man jetzt mit dem uns schon bekannten Matthäus Koupílek in Verbindung brachte und der im Dezember 1758 vom Königgrätzer Konsistorium wegen seiner Auslassungen gegen Johann von Nepomuk als der Ketzerei verdächtig erkannt wurde.[15] Zugleich mit Georg Vrbický wurde vom Königgrätzer Konsistorium wegen Lästerung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

des Altarsakramentes der Žiželitzer Einwohner *Josef Ždánský*[16] der Ketzerei für verdächtig erklärt; er stammte vermutlich aus der Familie Ždánský, von der schon bei Georg Koupílek die Rede war;[17] der dritte Žiželitzer, *Georg Steckel*, der wegen Ketzereiverdacht zu Smidar gefangen saß, wurde dagegen an dem gleichen Tage von einer weiteren Untersuchung freigesprochen.[18] Im Jahre 1758 betraute das Königgrätzer Konsistorium den Bidschower Dechant mit der Untersuchung des *Wenzel Bendas* und *Michael Mára*, wieder aus Žiželitz, und des *Johann Vytlačil* aus dem Dorfe Hradišťko wegen Ketzereiverdachtes.[19]

Im Jahre 1759 untersuchte der Bidschower Dechant wegen Ketzereiverdachtes auch die Bidschower Untertanin Katharina, Witwe nach *Georg Polický* aus dem Dorfe Zachrašťan, der vor zehn Jahren wegen seiner Bibel in Untersuchung stand; der Katharina Polický wurde zur Last gelegt, sie habe am Sonntag Brot gebacken, sowie ihre angebliche Äußerung, die Beichte sei zwecklos und die Priester seien auch sündige Menschen; man konnte ihr jedoch die genannten Verfehlungen nicht nachweisen und so wurde sie von dem Königgrätzer Konsistorium nur dazu verurteilt, vor zwei Zeugen das Glaubensbekenntnis abzulegen, und sie wurde unter Aufsicht gestellt.[20]

Ein beredtes Zeugnis dafür, wie tief und in wie weitem Umfange der geheime Akatholizismus auf der Herrschaft Chlumetz eingewurzelt war und wie wirkungslos die erwähnte Entschließung des Herrschaftsbesitzers Grafen Leopold Kinsky d. d. 13. August 1759 war, sind sicherlich die folgenden fünf Urteile des Königgrätzer Konsistoriums d. d. 5. März 1760 gegen Chlumetzer Untertanen wegen Ketzerei: *Johann Klečka* aus Žiželitz wurde verurteilt wegen Verwahrung von ketzerischen Büchern und wegen seiner Äußerungen, es gebe nur zwei Sakramente, es gebe kein Fegefeuer, die Heiligen könnten keine Fürbitte leisten, der Ablaß sei eine bloße Fiktion usw.[21] *Johann Janouch* aus dem Dorfe Loukonos, ein Žiželitzer Pfarrkind, war der Verwahrung von ketzerischen Büchern und verschiedener ketzerischer Äußerungen beschuldigt.[22] *Daniel Kubánek* aus dem Dorfe Groß-Vyklek hatte bei sich ketzerische Bücher verwahrt und gelesen, namentlich Luthers Katechismus.[23] *Maria Haltuf* aus dem Dorfe Žehuň hatte ein ketzerisches Buch verwahrt und glaubte, man solle das Altarsakrament unter beiderlei Gestalten empfangen.[24] *Martin Horák* (Johann Hlava) schließlich aus dem Dorfe Žehuň hielt bei sich ketzerische Bücher verwahrt und glaubte, es gebe nur zwei Sakramente, es gebe kein Fegefeuer und die Heiligen könnten keine Fürbitte leisten usw.[25]

Nach dem Jahre 1760 ist in den Dokumenten über geheime Akatholiken im Bidschower Dekanalarchive wieder eine mehrjährige Lücke zu verzeichnen, die sicherlich zum Teil mit dem siebenjährigen Kriege

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

zusammenhängt, denn während desselben ließ die Verfolgung der Nichtkatholiken wieder etwas nach. Die kirchlichen und weltlichen Gerichte nahmen ihre Tätigkeit gegen die Ketzer in den Sechzigerjahren des XVIII. Jahrhunderts wieder auf. Doch wäre es für unseren Zweck bedeutungslos, die Spuren des Akatholizismus auch in dieser Schlußperiode der theresianischen Zeit zu verfolgen.

Die angeführten Belege zeugen sicherlich trotz ihrer Unvollständigkeit und Lückenhaftigkeit dafür, daß im Bidschower Ländchen und in dessen näherer Umgebung, insbesondere aber auf der Herrschaft Chlumetz, der geheime Akatholizismus ziemlich stark war. Aus diesem geheimen Akatholizismus um Bidschow und Chlumetz erwuchs dann zu Anfang der Vierzigerjahre des XVIII. Jahrhunderts die Sekte der sog. Bidschower Israeliten.

III.

DER PROZESS MIT DER SEKTE DER SOG. BIDSCHOWER ISRAELITEN IN DEN JAHREN 1746–1748.

Das Datum des Ursprungs und der Aufdeckung der Sekte. — Die erste Nachricht über die Sekte vom 9. Jänner 1747; der Beginn der Untersuchung und ihr Ergebnis. — Der Chudonitzer Schneider Johann Pita. — Die Namen der ersten Inhaftierten. — Die Errichtung einer besonderen Appellationskommission zur Untersuchung der Sekte und die Spuren ihrer Untersuchungstätigkeit zu Königgrätz im April 1747. — Verzeichnis der Sektierer und ihre Zuständigkeit; der Mittelpunkt der Sekte. — Die inquirierten Juden. — Bericht der Appellationskommission vom 27. Juni 1747 nach Wien samt dem Strafantrag. — Das Urteil vom 12. Jänner 1748. — Die Bilanz des Urteils. — Die Anschauungen des Johann Pita und der übrigen Hauptsektierer nach der kirchlichen Untersuchung. — Das Endurteil vom 7. November 1748. — Der erfolglose Versuch der kirchlichen Gewalt um eine intensivere Anteilnahme an dem Prozeß. — Die Vollstreckung des Todesurteiles an den verurteilten Sektierern. — Die Hinrichtung des Bidschower Rabbiners Mendl. — Die Erklärung für das Aufkommen der Sekte. — Die Folgen der Aufdeckung der Sekte (Erneuerung der Religionskommission und Bemühungen um eine Absonderung der Juden von den Christen).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Bereits in der Einleitung zu dieser Studie wurde in der Literaturübersicht über die Sekte der sog. Bidschower Israeliten bemerkt, daß die bisherigen Versuche, die Entstehung und das Wesen dieser Sekte darzustellen und aufzuhellen, durch eine geringe, bzw. unzureichende Kenntnis der Originalquellen und -berichte charakterisiert sind. Diesen wesentlichen Mangel suchen sie durch mehr oder minder subjektivgefärbte Auslegungen und Vermutungen über die Grundlagen und den Ursprung der religiösen Anschauungen des Chudonitzer Schneiders Johann Pita und dessen Anhänger wettzumachen. Es läßt sich zwar nicht verhehlen, daß nicht einmal die unmittelbaren und der bisherigen Forschung unbekannten Quellen, die ich mir zu verschaffen in der Lage war, voll hinreichen, um den Prozeß mit den Anhängern der Sekte der sog. Bidschower Israeliten restlos darzustellen und das Wesen der Sekte über jeden Zweifel erhaben aufzuklären, mag der Grund nun in der Lückenhaftigkeit oder vielfach in der Tendenz der vermittelten Nachrichten liegen. Nichtsdestoweniger bieten sie eine tragfähigere Basis für einen neuen Versuch, diese interessante Erscheinung in unserer Religionsgeschichte aufzuklären. An erster Stelle wird es uns daher darum zu tun sein, den Inhalt der Akten über den Prozeß mit unserer Sekte kennenzulernen, zu dem es in den Jahren 1747–1748 kam, sowie den Inhalt der Nachrichten über ein späteres Auftreten von Anhängern dieser Sekte in theresianischer Zeit.

Vor allen Dingen ist darauf zu achten, inwiefern sich aus den Prozeßakten ein *Datum* für den wirklichen oder mutmaßlichen *Ursprung* der Sekte feststellen läßt. In einer ausführlicheren Anmerkung zu seiner Darstellung über die sog. Bidschower Israeliten hat bereits *Ant. Rezek* darauf aufmerksam gemacht,[1] daß die Nachrichten über die Ursprungszeit der Sekte, die seiner Analyse zur Grundlage dienten, voneinander abweichen, und daher verlegte er ihren Ursprung ohne genauere Festlegung in die Vierzigerjahre des XVIII. Jahrhunderts. Wie wir schon erfahren haben,[2] hat sich nach Rezek J. Svátek mit Berufung auf „eigene Forschung" in dieser Hinsicht bestimmter ausgesprochen. Doch nur scheinbar, nicht aber in Wirklichkeit. Nach Svátek begannen im Jahre 1743 und 1744 viele Juden auf ungebildete böhmische Akatholiken einzuwirken, entweder ganz zum Judentum überzutreten oder wenigstens gewisse jüdische Zeremonien anzunehmen. Etwas weiter behauptet jedoch Svátek, indem er als Hauptgrund für die Entstehung der „israelitischen Sekte in Böhmen" die Ausweisung der Juden aus Prag und aus Böhmen durch Maria Theresia im Jahre 1745 annimmt, daß sich *nach dieser Ausweisung* eine Menge Juden auf die Dörfer zurückgezogen hätten und daß diese direkten persönlichen Berührungen der Juden mit dem Dorfvolk, die vom *Frühling des Jahres 1745* datierten, jüdischen Eiferern den Anlaß zur Prosely-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

tenmacherei unter den Christen gaben, wie dies im Jahre 1689 der Fall gewesen. Endlich macht Svátek geltend, daß die vermeintliche Agitation des Bidschower Rabbiners Mendl und des Chudonitzer Schneiders Johann Pita unter den geheimen Akatholiken zugunsten der jüdischen Sekte in der Umgebung von Bidschow, Chlumetz, Königgrätz und Königinhof schon während des Preußeneinfalles im Jahre 1744 stattfand. Es ist noch darauf hinzuweisen, daß bei den ersten beiden Daten Svátek ganz allgemein spricht, ohne seine Darlegung ausdrücklich auf die Sekte der sog. Bidschower Israeliten zu beziehen.

Sváteks Zwiespalt im Datum für den Ursprung unserer Sekte ist nicht etwa im Widerspruche von Originalquellen begründet, sondern rührt daher, daß Svátek unbedenklich an die völlig verschiedene Erklärung über die Kardinalursache des Aufkommens der Sekte noch seine eigene Erklärung über den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Auftreten der Sekte und der Ausweisung der Juden aus Prag und Böhmen im Jahre 1745 anschließt; dabei deckt er sich freilich inhaltlich mit der Erklärung Svobodas, daß die Sekte auf jüdische Proselytenmacherei zurückgehe. Das Jahr 1743 und 1744 als Ausgangspunkt für die Entstehung der Sekte entspricht dann Sváteks Hinweis, daß im Jahre 1743 und 1744 die katholischen Missionäre in Böhmen mit erneutem Eifer dem Volke unkatholische Religionsbücher wegnahmen, wodurch sich angeblich der erste Verkehr der Religionsschwärmer mit den Juden anbahnte, weil sich diese Schwärmer mangels eigener Religionsbücher von den Juden das Alte Testament ausliehen, das den Juden nicht abgenommen wurde.

Sváteks Angaben über die Entstehungszeit der Sekte der sog. Bidschower Israeliten zeigen deutlich, daß Svátek die Hauptprozeßakten nicht in Händen hatte und daß man daher seine Behauptung über „eigene Forschung" im Punkte der Sekte der sog. Bidschower Israeliten mit großer Vorsicht aufnehmen muß, bzw. daß man ihm vielmehr überhaupt nicht glauben darf. Im Excitatorium an den Königgrätzer Bischof, ebenso wie das Haupturteil über die Bidschower Sektierer d. d. 12. Jänner 1748, machte Maria Theresia dem Bischof heftige Vorwürfe: laut Bericht des Prager Appellationsgerichtes habe sich die Sekte in seiner Diözese *schon vor mehr als fünf Jahren* gezeigt und es sei unglaublich, daß die geistliche Verwaltungsbehörde so lange von ihr keine Ahnung gehabt hätte.[3] Der erwähnte Bericht des Prager Appellationsgerichtes, der zweifellos eine Hauptquelle für die Kenntnis der Sekte wäre, ist mir leider nicht bekannt, doch was daraus das zitierte Excitatorium vom 12. Jänner 1748 über die Entstehungszeit der Sekte mitteilt, ist völlig klar. Das Appellationsgericht gelangte um die Mitte des Jahres 1747 auf Grund eines umfassenden Untersuchungsmaterials zum Schlusse, die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Sekte sei vor mehr als fünf Jahren entstanden, d. h. im Jahre *1742*. Die Nachricht in den Ephemeriden der Menschheit vom Jahre 1783 und der von ebendort übernommene Bericht im III. Bande von Rieggers Archiv, die Sekte sei „*beiläufig*" *(ohngefähr)* vor 40 Jahren entstanden, beruht sehr wahrscheinlich auf dem Untersuchungsergebnis des Prager Appellationsgerichtes, aus dem sich allerdings das Jahr 1742 ergibt als das Jahr, zu dem als der Entstehungszeit der Sekte die gerichtliche Untersuchung gelangt war, nicht 1743 (wie Adámek, Doba poroby, S. 83, die angeführte Zeitangabe in den Ephemeriden der Menschheit, bzw. die Angabe Rieggers interpretiert).

Ebenso kann man mit Hilfe der Originalquellen zu einer genaueren Bestimmung der Zeit gelangen, *wann die Sekte aufgedeckt wurde*. Wie bereits bemerkt, machte Maria Theresia in ihrem Excitatorium vom 12. Jänner 1748 dem Königgrätzer Bischofe zum Vorwurf, daß die Sekte schon „viele Jahre" bestanden habe, ohne daß die geistliche Administrative eine Ahnung davon gehabt; das Excitatorium spricht sogar zwischen den Zeilen den Verdacht aus, die geistliche Verwaltung habe wohl von der Sekte schon früher gewußt, aber nicht die erforderlichen energischen Schritte eingeleitet, denn es sei doch unglaublich, daß die geistlichen Leiter besonders jener Orte, wo es Anhänger der Sekte gab, von ihrer Existenz keine Kenntnis erlangt hätten, trotzdem man von derselben im ganzen Kreise gewußt hätte. Es besteht kein Zweifel darüber – und wir kommen darauf noch zurück –, daß dieser Vorwurf im Excitatorium der Landesfürstin an die katholische Kirchenverwaltung in Königgrätz völlig ungerechtfertigt war. Es kann keine Rede davon sein, als hätte sie den Anhängern der Sekte irgendwie Vorschub geleistet. Jedenfalls aber bestand die Sekte in der Tat schon einige Jahre, bevor sie – durch einen Zufall – aufgedeckt wurde. Es erübrigt noch den Hinweis, daß der Eindruck, als ob die Sekte landbekannt gewesen, den das Excitatorium aus dem Bericht des Prager Appellationsgerichtes geschöpft hatte, aus den Aussagen der Parteigänger der Sekte hervorging, welche natürlich mehr oder weniger genau über die Sache unterrichtet waren, sicher aber entspricht die Vorstellung, als ob im Königgrätzer Kreis alle Welt von der Sekte gewußt hätte, keineswegs den Tatsachen. Mochte die Sekte auch verhältnismäßig zahlreiche Anhänger zählen, so hielt sie sich sicherlich ebenso wie sonst das Akatholikentum vor der Öffentlichkeit verborgen.

Die Bemerkung des Excitatoriums, zwischen Entstehung und Aufdeckung der Sekte seien „viel" Jahre verstrichen, ist allerdings unbestimmt und die bisherige Literatur führt die Zeit ihrer Aufdeckung unterschiedlich an. P. Svoboda,[4] der sich auf eine Eintragung im Gedenkbuch des Bidschower Dekanalamtes stützt, wo lediglich zwei genaue

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Zeitangaben stehen – das Datum des Exkommunikationsurteils des Königgrätzer Konsistoriums (3. Dezember 1748) und das Datum von Pitas Verbrennung (18. Dezember 1748) –, gibt keine Zeitbestimmung, wann die Sekte verraten wurde, erweckt aber den Anschein, als sei es zur Aufdeckung (und Untersuchung) der Sektierer erst im Jahre 1748 gekommen. Dagegen führt Bílek an, die Sekte sei im Königgrätzer Kreise, insbesondere in der Umgebung von Bidschow, schon im Jahre 1747 „vorgekommen".[5] Rezek kombiniert beide Daten in der Weise,[6] die Zusammenkünfte der Sektierer seien irgendwann im Jahre 1747 oder anfangs 1748 verraten worden, was nach ihm dann F. J. Čečetka wiederholt,[7] ebenso auch J. Kašpar.[8] Dagegen erinnert J. Svátek,[9] der zwar kein Datum für die Aufdeckung der Sekte anführt, die Untersuchung der Sektierer vor dem weltlichen und geistlichen Gericht habe das ganze Jahr 1746 und 1747 gedauert.

Wenn, wie bemerkt, in Wien das Haupturteil über die Anhänger der Sekte am 12. Jänner 1748 gefällt wurde, so ergibt sich daraus, daß die Aufdeckung derselben nicht erst zu Beginn des Jahres 1748 oder in den letzten Monaten des Jahres 1747 erfolgt sein konnte. Wann dies in der Tat geschehen ist, gestatten uns die Sitzungsprotokolle des Königgrätzer Konsistoriums, soweit sie sich auf die Sekte der sog. Bidschower Israeliten beziehen, ganz genau zu bestimmen; eine Abschrift (bzw. ein Auszug) findet sich im Bidschower Dekanalarchive.[10] Diese Protokolle werden durch die Aufzeichnung über die Sitzung des Konsistoriums vom 9. Jänner 1747 eröffnet, daß an diesem Tage der Bidschower Dechant Johann Josef Escherich im Konsistorium erschien und über die Aufdeckung der Sekte berichtete. Nach diesem Berichte wurde dann eine Relation für den Königgrätzer Bischof verfaßt und demselben vom Konsistorium gleich am folgenden Tage, am 10. Jänner 1747, eingehändigt. Aus dieser Relation ergibt sich, daß man auf die ersten Spuren der Sekte vor den Feiertagen, vermutlich vor den Weihnachtsfeiertagen gestoßen ist. Im Hinblick auf die Feiertage hat der Bidschower Dechant seine vorher eingeleitete Untersuchung unterbrochen.[11] Daraus folgt daher als sicheres Datum, wann die Sekte aufgedeckt wurde, die Zeit unmittelbar *vor den Weihnachtsfeiertagen des Jahres 1746.*

Der Bericht des Bidschower Dechants Johann Josef Escherich,[12] erstattet am 9. Jänner 1747 vor dem Königgrätzer Konsistorium und gleich am anderen Tage dem Königgrätzer Bischof vorgelegt, ist das zeitlich erste mir bekannte Dokument über die Sekte der sog. Bidschower Israeliten und zugleich über den mit ihnen eingeleiteten Prozeß. Sein Inhalt ist zweifellos sehr wertvoll und sein Wert wird sicherlich dadurch noch gesteigert, daß er unter dem unmittelbaren Eindruck der Auf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

deckung der Sekte und der Ergebnisse des ersten Stadiums der kirchlichen Untersuchung entstanden ist.

Der Bericht beginnt mit der Feststellung, daß am Donnerstag vor den Weihnachtsfeiertagen (offenbar am 22. Dezember 1746) der Bidschower Dechant von dem Bidschower Ökonomieverwalter darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ein gewisser Schäfer – von anderswo erfahren wir, daß er Johann Vacek hieß – aus dem der Stadt Bidschow untertänigen Dorfe Prask des jüdischen Irrtums verdächtig erscheine. Der Dechant vereinbarte mit dem Verwalter für den kommenden Tag, Freitag abends, wenn der jüdische Sabbat beginnt, eine Visitierung der Behausung des Schäfers, ob man den Schäfer nicht etwa entweder in flagranti bei der Verrichtung jüdischer Zeremonien überraschen würde oder ob man nicht wenigstens irgendwelche Spuren fände, welche zur Einleitung der Untersuchung berechtigen würden. Doch die von vier Ratsmännern durchgeführte Visitierung verlief resultatlos. Nach dieser amtlichen Visitierung nahm jedoch der Prasker Kantor allein eine Besichtigung in der Behausung des Schäfers vor und fand im Tische ein Buch, in welchem er einen lasterhaften Satz über Christus las; er zeigte es dem Bidschower Ökonomieverwalter und dieser dem Bidschower Dechant an. Dechant Escherich schob jedoch die weitere Untersuchung der anbrechenden Feiertage halber auf. Inzwischen aber erfuhr davon, unbekannt wie, der Königgrätzer Kreishauptmann Baron Vančura von Řehnitz, der die sofortige Einleitung der Untersuchung anordnete.[13]

Diese von der weltlichen Macht durchgeführte vorläufige Untersuchung hatte laut Meldung des Dechants Escherich vor dem Königgrätzer Konsistorium am 9. Jänner 1747 folgendes Ergebnis gezeitigt: der erwähnte Schäfer leugnete zunächst, gestand aber schließlich ein, „von solchem jüdischen Irrtum angesteckt worden zu sein"; er schob die Schuld einem gewissen Johann Pita zu aus dem Dorfe Chudonitz, von dem er in dieser Sekte unterwiesen worden sei. Dieser Pita war vordem durch nichts anderes aufgefallen, als daß er kein Schweinefleisch genoß, doch gab er als Grund hiefür an, er vertrage es nicht. Als dann Pita ebenfalls zum Verhör vorgeladen wurde, soll er sich gleichfalls zu diesem „jüdischen Irrtum" bekannt haben, indem er behauptete, man solle kein Schweinefleisch essen und man solle nach dem göttlichen Gebote den Samstag heiligen. Auf die Frage, ob er sich auf jüdische Art beschneiden lassen würde, verwies er auf die Epistel des hl. Paulus an die Römer, wo dieser im vierten Kapitel den bekannten Standpunkt zur Beschneidung einnimmt: wir könnten Söhne Abrahams werden durch den bloßen Glauben –; daraus folgt, daß Pita die Beschneidung nicht für notwendig hielt. Endlich berief sich Pita auf die Neubidschower Juden, von denen er seinen „Irrtum" geschöpft haben wollte. Drei der-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

selben wurden sofort verhaftet und überdies Wenzel Vaněček und Vacek aus dem Dorfe Zadražan in Untersuchung gezogen, eine Person aus dem Dorfe Prask, eine oder zwei aus dem Dorfe Vysočan, der Sloupner Jäger vom Gute des Neubidschower Dechants – von anderswo erfahren wir auch dessen Namen: Matthias Švejda – und acht Personen aus dem Chlumetzer Vikariat.[14]

Aus der Relation des Bidschower Dechants ist ersichtlich, wie es zur Aufdeckung der Sekte kam und was für ein Ergebnis die erste Untersuchung brachte. Die Sekte wurde in der Tat auf dem Gebiete von Bidschow entdeckt, aber gleich von allem Anfang an zeigte es sich, daß sie sich keineswegs darauf beschränkte, sondern daß sie auch auf dem benachbarten Gebiete von Chlumetz Gesinnungsgenossen hatte. Zunächst wurde eine Seitenspur der Sekte gefaßt, doch führte die Untersuchung bald zur Hauptperson, dem Chudonitzer Schneider Johann Pita. Der Bidschower Dechant, ein fast siebzigjähriger Greis, legte im ersten Augenblick, als es zur Aufdeckung der Sekte kam, keine derart rasche Entschlußkraft an den Tag, wie man sie damals in ähnlichen Fällen gewohnt war. Er hatte dafür allerdings einen plausiblen Grund, die Weihnachtsfeiertage, doch steht fest, daß durch seinen Aufschub die erste Untersuchung den Händen der Kirche entzogen wurde und daß die Initiative hiezu sowie deren Leitung von der weltlichen Macht ausging, vom Königgrätzer Kreishauptmann, der unabhängig von den kirchlichen Behörden von der Sekte Kenntnis erhalten hatte. Es kann auch sein, Dechant Escherich hatte ursprünglich gar keine Ahnung davon, daß es sich um eine Sache von weittragender Bedeutung handle. Jedenfalls aber gewann so die weltliche Macht einen Vorwand zu scharfem Tadel gegen die kirchliche Macht; wir haben dies bereits in dem an den Königgrätzer Bischof adressierten Excitatorium Maria Theresias vom 12. Jänner 1748 gesehen. Aus der ersten Untersuchung lernen wir auch zwei „jüdische" Grundsätze der Sekte, bzw. ihres Hauptrepräsentanten Johann Pita kennen: die *Abneigung gegen den Genuß von Schweinefleisch*, *die Sabbatheiligung* sowie auch die Einstellung Pitas zur *Beschneidung*. Zum Schluß schob Pita die Urheberschaft seines „Irrtums" den Bidschower Juden zu, deren drei sofort verhaftet wurden – ihre Namen erfahren wir vorläufig nicht –; er verriet auch einige seiner Gesinnungsgenossen aus dem Bidschower und Chlumetzer Gebiete.

So wurde der Chudonitzer Schneider Johann Pita zu einer „historischen" Persönlichkeit, da er – wie es in der tschechischen Legende auf seinem Bilde hieß, das jahrelag im Bidschower Rathause hing – in seinem Streben, über die Nadel hinaus Dinge zu verstehen, mit der (Heiligen) Schrift sich so verstrickte, daß er sich bei den Juden Rat erholte und selbst in den jüdischen Irrtum verfiel und einige andere dazu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

verführte.[15] Die zitierte Aufschrift besagt auch, daß zur Zeit seiner Hinrichtung (18. Dezember 1748) Pita 45 Jahre zählte; in Wirklichkeit war er ein wenig älter. Johann Pita war der erstgeborene Sohn des gleichnamigen Vaters, der auf den Gründen der Stadt Bidschow bedienstet war, und der Maria, der Tochter des Matthias Klos, Nachbars in Chudonitz, und wurde am 31. Oktober 1701 getauft.[16] Er war also äußerlich Katholik, konnte übrigens damals auch keiner anderen Konfession angehören; aber man kann kaum daran zweifeln, daß er schon vorher, bevor er zu seinen alttestamentlichen Religionsvorstellungen gelangt war, ein geheimer Akatholik war.

Es ist sehr zu bedauern, daß sich uns die Akten des Königgrätzer Kreisamtes nicht erhalten haben. Denn dieses riß gleich anfangs die Untersuchung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten an sich und diese Akten würden uns daher zweifellos viel eingehender informieren als die Relation des Dechants Escherich, die sicher auf einer abgeleiteten Information beruht. Es scheint, daß diese Akten für immer verloren sind, falls sie nicht etwa den heute allerdings ebenfalls verschollenen Akten des Prager Appellationsgerichtes beigeschlossen worden sind. Und so verbleiben für diese Zeit nur kleine Bruchstücke im Bidschower Stadtarchive, mit deren Inhalt wir uns nun vertraut machen müssen.

Am 15. Jänner 1747 befahl der Königgrätzer Kreishauptmann d. d. Barchuwek dem Neubidschower Richter und Stadtrat, die Chlumetzer Untertanen Karl Volný, Lukas Volný, Georg Volný, Georg Veselý, Johann Vrbický und Johann Baura, die in Bidschow inhaftiert waren, mit sicherem Geleit dem Chlumetzer Hauptmann zu überstellen. Im Dekrete des Kreisamtes wird allerdings nicht davon gesprochen, daß es sich um Gesinnungsgenossen unserer Sekte handle, doch ergibt sich dies ganz sicher aus den Sektiererlisten, die wir noch kennenlernen werden.[17] Vierzehn Tage später, am 30. Jänner 1747, befiehlt das Königgrätzer Kreisamt, wieder aus Barchuwek, dem Bidschower Stadtrate, den uns bereits bekannten Prasker Schäfer Johann Vacek, der damals in Smidar arrestiert war und einige bisher nicht verratene Sektierer genannt hatte, für den Fall einer erforderlichen Konfrontation mit ihnen sowie aus Gesundheitsrücksichten in das Gefängnis nach Bidschow zu überstellen.[18] Über Pita erfahren wir aus diesen Akten nichts; er wurde vermutlich gleich zu Beginn der Untersuchung von Bidschow nach Königgrätz überführt.

Die erwähnten beiden Verfügungen des Königgrätzer Kreisamtes erfolgten sicher erst nach Abschluß der Voruntersuchung, die das Kreisamt gleich um die Weihnachtszeit 1746 in Eile durchführte und über deren Ergebnis es zweifellos unverzüglich nach Prag berichtete. Der Fall war außerordentlich bedeutsam und die Zahl der angezeigten Sektierer allzu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

groß, als daß Prag sich getraut hätte, selbst eine Entscheidung zu treffen. Und so wurde seitens der Prager Statthalterei ohne Verzug nach Wien berichtet. Wien entschied sehr rasch. Mit Reskript vom 26. Jänner 1747 wurde angeordnet, aus Mitgliedern des Prager Appellationsgerichtes eine eigene Kommission zur Untersuchung dieses Falles zu bilden.[19] Wann sich diese Kommission konstituiert hat, ist zwar nicht bekannt, es geschah jedenfalls bald; im April 1747 erschien die Untersuchungskommission des Appellationsgerichtes unmittelbar in Königgrätz, wo sie etwa drei Wochen tagte.

Über die Tätigkeit der Appellationskommission in Königgrätz erfahren wir heute allerdings wieder nur indirekte Kunde aus einigen Akten des Bidschower Stadtarchives. Der erste Akt ist das Dekret des Königgrätzer Kreisamtes vom 7. April 1747, kraft dessen dem Bidschower Richter und Stadtrat anbefohlen wird, die Verhaftung und Eskortierung folgender Gesinnungsgenossen des Johann Pita vor die Appellationskommission nach Königgrätz[20] zu veranlassen, und zwar Wenzel Janeček, Georg Pšenička und Georg Chaloupka samt seinem Weibe für den 9. April, Matthias Hušek, Jakob Šmidrkal und Matthias Šebek für den 11. April und Jakob Janeček, Johann Janeček, Martin Vacek, Johann Vacek und Wenzel Šebek für den 13. April.[21] Nachträglich[22] wurde dann für den 11. April vom Kreisamte vor die Appellationskommission noch der Bidschower Weber Matthias Hladík vorgeladen, der bei dem Bidschower Richter Bergmann bedienstet oder doch wenigstens wohnhaft war.[23] Schließlich wurden dann durch Dekret des Königgrätzer Kreisamtes vom 20. April 1747 im Wege des Bidschower Magistrates „cito citissime" vor die Appellationskommission nach Königgrätz drei Bidschower Juden beordert: der Bidschower Rabbiner Mendl, Salomon Caspar und Vlček, sowie das Weib des Prasker Schäfers Johann Vacek, und zwar auf die siebente Morgenstunde für den 21. April 1747.[24]

Aus den zitierten Dokumenten haben wir bereits einige Gesinnungsgenossen Pitas kennengelernt, durchwegs aus dem Gebiete von Bidschow und Chlumetz, wo sich zwar der Mittelpunkt der Sekte befand, ohne daß sie sich jedoch auf diese Herrschaften beschränkte. Das beweisen einige erhaltene Listen von Parteigängern der Sekte, bzw. von Personen, welche der Anhängerschaft verdächtigt und deshalb inquiriert wurden, doch erschöpfen diese Verzeichnisse einerseits wohl nicht alle, die sich zum „Judaismus" bekannten, anderseits aber enthalten sie auch Personen, welche nur verdächtig waren, ohne vielleicht in Wirklichkeit Anhänger der Sekte zu sein. Aber auch so ist klar, daß die Sekte eine bedeutende Gefolgschaft zählte, die sich — wie bereits angedeutet — keineswegs auf das Gebiet von Bidschow und Chlumetz beschränkte, wo sie allerdings am zahlreichsten war; vereinzelte Vorkommen wurden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

auch auf den Herrschaften Smidar, Dymokur, Königgrätz und Přím festgestellt.

Nach der eben angedeuteten Zuständigkeit dem Wohnsitze nach klassificiert die Parteigänger des Chudonitzer Johann Pita eine Liste, welche in der Sitzung des Königgrätzer Konsistoriums am 14. April 1747 vorgelegt wurde und die dem Konsistorium vermutlich von der Appellationskommission zugekommen war, die gerade damals in Königgrätz amtierte. Das Verzeichnis[25] zählt an erster Stelle die Sektierer von der *Bidschower Herrschaft* auf, deren Namen uns größtenteils bekannt sind: Johann Vacek, Matthias Hušek, Jakob Šmidrkal (aus dem Dorfe Vysočan), Jakob Janeček (aus dem Dorfe Vysočan), Johann Janeček (aus dem Dorfe Vysočan), Matthias Šebek (aus dem Dorfe Vysočan), Wenzel Šebek (aus dem Dorfe Zadražan), Georg Pšenička, Matthias Hladík (aus dem Dorfe Zadražan), Georg Polický (aus dem Dorfe Zachrašťan), Martin Vacek (aus dem Dorfe Zadražan), Georg Vacek (aus dem Dorfe Zadražan), Georg Krčmařík vulgo Chaloupka, Wenzel Janeček (aus dem Dorfe Zadražan), Jakob Holman (aus dem Dorfe Prask) und Johann Pita aus Chudonitz, also insgesamt 16 Personen. Eine doppelte Anzahl von Personen (32) führt die Liste von der *Herrschaft Chlumetz* an, darunter finden sich einige uns bereits bekannte Namen: Karl Volný, Lukas Volný, Georg Volný, Johann Baura (aus dem Dorfe Lužec), Georg Veselý, Johann Vrbický, Anna Zimka, Anna Bartoušek, Johann Šourek, Johann Vlk, Johann Kvasnička, Johann Mikulášek, Johann Veselý, Wenzel Veselý, der Sohn des Žiželitzer Hirten, Magdalena Vaníček, Schafferin aus dem Levíner Hofe, der Schaffer von Chlumetz, die Hirtin Magdalena Vaníček, zwei Witwen Sýkorka (bzw. Sýkora Elisabeth und Anna), Johann Veselý, der Gehilfe des Hammelknechts aus dem Třesitzer Hof, Wenzel Polák aus Lužec, Anton Boura aus Lišitz, die Mydlářin aus dem Dorfe Zvíkov, der Invalide Matthias Dohnal, dessen Vetter Martin Otava samt Magd, der Invalide Josef Hájek aus Převýšov, der Schäfer aus Chudeřitz, der Schäfer von Hradištko und die Schäferin von Žiželitz, vormals in Levín. Von den *Herrschaften Smidar* und *Dymokur* führt das Verzeichnis sechs Personen an: Wenzel Černý, Johann Kněz, Johann Vyleťal, den Hirten Wenzel Čerstvý und zwei Einwohner aus dem Dorfe Chotělic, Matthias Kopecký und Johann Havránek; von der *Herrschaft Königgrätz* zwei Personen: Karl Hroneš (bzw. Hronek) und Johann Krejčí (alias Školník), und von der *Herrschaft Přím* sechs Personen: Johann Koštál, Johann Naiman (Neumann), den Sloupner Jäger Matthias Švejda, Georg Litman, Ludmila Vacek und Katharina Kakl. Insgesamt nennt diese Liste sechzig Personen, die wegen Verdachtes der Gefolgschaft bei der Pitaschen Sekte in Untersuchung standen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Das Verzeichnis der inquirierten wirklichen oder angeblichen Sektierer, das in der Sitzung des Königgrätzer Konsistoriums am 14. April 1747 vorgelegt wurde, erschöpft allerdings nicht alle Personen, die untersucht wurden, bzw. verdächtig waren. Das ergibt sich aus anderen erhaltenen Listen,[26] in welchen überdies angeführt werden: Paul Janeček (aus dem Dorfe Zadražan auf der Herrschaft Bidschow), Elisabeth, die Gattin des Johann Pita (aus dem Dorfe Chudonitz), Katharina Vackin, die Gattin des Martin Vacek (aus dem Dorfe Zadražan), Katharina Janečkin („die alte Janečkin"), die Gattin des Wenzel Janeček (aus dem Dorfe Zadražan), Elisabeth (bzw. Magdalena) Holmanin, Gattin des Jakob Holman (aus dem Dorfe Prask), Anna Šebkin, Tochter des weiland Matthias Šebek (aus dem Dorfe Prask), Dorothea Chaloupkin, Gattin des Georg Chaloupka alias Krčmařík, Dorothea, Tochter des Georg Chaloupka, Ludmila Černá, Gattin des Wenzel Černý, Georg Vrbický, Matthias Vlk, Ludmila Bourin, Gattin des Johann Boura (aus dem Dorfe Lužec), Jakob Boura, Sohn des Johann Boura, Magdalena Bourin, Tochter des Johann Boura, Thomas Veselý, Anna Bulkin, Wenzel Vejr, Magdalena Vackin (aus Königstädtl), Johann Vaníček, Johann Pšenička, Katharina Polákin, Gattin des Wenzel Polák (aus dem Dorfe Lužec), Rosalie Černá, Witwe nach Martin Černý (aus dem Dorfe Lužec), Jakob Suchánek, Sohn des Georg Suchánek (aus dem Dorfe Lužec), Katharina Macháčkin, Witwe nach Wenzel Macháček (aus dem Dorfe Lužec), Matthias Louda und dessen Gattin Dorothea (aus dem Dorfe Lužec), Georg Šafařík und dessen Gattin Katharina (aus dem Dorfe Lužec), Wenzel Šafařík und dessen Gattin Magdalena (aus dem Dorfe Lužec), Johann Volejník, Schneider (aus dem Dorfe Lužec), Matthias Macura, Schneider (aus dem Dorfe Skochovic), Matthias Midloch und dessen Gattin Anna (aus dem Dorfe Slibovic), Katharina Dohnalin, Witwe nach Johann Dohnal (aus dem Dorfe Slibovic), Magdalena Dohnalin, Tochter der Katharina Dohnalin, Matthias Dohnal, Sohn der Katharina Dohnalin, Georg Lehký (aus dem Dorfe Slibovic), Jakob Černý (aus dem Dorfe Lužec), Georg Louda (aus dem Dorfe Lužec), Matthias Kocián (aus dem Dorfe Lužec), Johann Petrovický und dessen Gattin Elisabeth (aus dem Dorfe Lužec) und Wenzel Louda (aus dem Dorfe Slibovic). Damit erhöht sich die Zahl der untersuchten Gesinnungsgenossen Pitas, bzw. derjenigen Personen, die man der Parteigängerschaft verdächtigte, um weitere fünfundvierzig Personen.

Dazu kommen noch weitere dreizehn Personen, die im Urteil vom 12. Jänner 1748 genannt werden:[27] Georg Smetana, Georg Mikulášek, Dorothea Holoubkin, Tochter des Georg Holoubek, Wenzel Veselý, Anna Vackin, Gattin des Johann Vacek, Josef Venclík, Johann Schwab (Šváb), Katharina Vlk(in), Matthias Turek, Wenzel Černík, Martin

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Otava und Josef Hájek. Die Gesamtzahl der Personen, die im Jahre 1747 wegen Zugehörigkeit zur Sekte der sog. Bidschower Israeliten untersucht wurden, betrug daher, wenigstens soweit man es heute feststellen kann, gegen 120.

Die Listen, die unserer Übersicht zu Grunde liegen, führen leider nicht immer die Zuständigkeit der einzelnen Mitglieder der Sekte an. Nichtsdestoweniger ergibt sich auch so, daß das Zentrum der Sekte auf der Herrschaft Bidschow und der Nachbarherrschaft Chlumetz war, und zwar insbesondere in den Dörfern, die verhältnismäßig unweit der Stadt Bidschow lagen, wie Lužec und Skochovice. Auf der Herrschaft Dymokur, Smidar, Königgrätz und Přím war die Zahl der Sektierer offenbar gering, nur einige Personen, die vermutlich nähere (zum Teil wenigstens direkt verwandtschaftliche) Beziehungen zu den Anhängern der Sekte auf dem Bidschower oder auf dem Chlumetzer Gebiet hatten. Man sieht also, daß der territoriale Umfang der Sekte nicht groß war und daß es sich im Wesen nur um einige Dörfer handelte, welche in der Nachbarschaft oder doch wenigstens nahe beieinander lagen. Endlich läßt sich aus den angeführten Namen der Parteigänger der Sekte schließen, daß Pitas Anschauungen besonders in gewissen Familien oder Sippen Gehör gefunden hatten.

Eine Analyse der erhaltenen Sektiererlisten zeigt auch, daß Sváteks Behauptung von einer Verbreitung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten auch in der Umgebung von Königinhof[28] offenbar unrichtig ist. Seine Quelle kann man übrigens leicht feststellen. Es ist dies die Dislokation der mit Urteil vom 12. Jänner 1748 mit Gefängnisstrafen geahndeten Sektierer, welche ihrer großen Zahl halber auf die Stadtgefängnisse im Königgrätzer Gebiet verteilt wurden, darunter auch auf das Gefängnis zu Königinhof. Die in Beilage III abgedruckte Liste der Verurteilten spricht dafür, daß die verurteilten Sektierer aus dem Bidschower Gebiet in Neubidschow, Königgrätz, Jitschin, Poděbrad und Jaroměř eingekerkert waren und ähnlich waren auch die übrigen Verurteilten aufgeteilt. In Jitschin, Poděbrad, Jaroměř und Königinhof waren also nicht etwa Anhänger der Sekte aus diesen Orten eingesperrt, sondern ganz vereinzelte Anhänger derselben von den Herrschaften Dymokur, Königgrätz, Přím und Smidar und zahlreiche Gesinnungsgenossen von den Herrschaften Bidschow und Chlumetz, wo sich der Hauptmittelpunkt der Sekte befand, von dem aus sie nur wenig ausgestrahlt war. Daraus sieht man ferner, daß von einer ausgedehnten „Agitation" des Rabbiners Mendl, bzw. des Johann Pita, von der Svátek[29] spricht, keine Rede sein kann. Ebensowenig findet sich in den Quellen ein Anhaltspunkt für die Behauptung Sváteks, Rabbiner Mendl habe für die „böhmische Judensekte" *Hunderte* von Anhängern gewonnen. Wie wir

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

kennengelernt haben, wurden wegen Zugehörigkeit zu unserer Sekte gegen 120 Personen untersucht und es gibt keine Stütze für die Vermutung, daß die wirkliche Zahl der Sektierer wesentlich höher gewesen wäre, sondern es hat im Gegenteil den Anschein, als wären im Jahre 1747 bis auf geringfügige Ausnahmen so gut wie alle verraten worden.

Mit den angeführten Namen ist allerdings die Zahl der im Jahre 1747 untersuchten Personen nicht erschöpft. Wir haben bereits gesehen, daß Johann Pita bei dem vorläufigen Verhör schließlich die Urheberschaft seiner Anschauungen auf die Bidschower Juden abwälzte und daß drei derselben sofort festgenommen wurden. Die Namen dieser Verhafteten werden nicht genannt; wiewohl die Zahl stimmt, waren es wohl kaum Salomon (Samuel) Caspar, Bernard Vlček und Rabbiner Mendl. Denn diese wurden, wie bereits bemerkt, vom Königgrätzer Kreisamt für den 20. April 1747 zum Verhör vor die Appellationskommission mit dem ausdrücklichen Zusatz vorgeladen, sie könnten „libero pede" geschickt werden, falls nicht etwa zu besorgen sei, sie könnten fliehen. In der Tat war dann die Zahl der untersuchten Juden zweifellos größer, mag sich dies auch aus den Quellen, die mir zur Hand waren, nicht genau bestimmen lassen. Das über die Sektierer am 12. Jänner 1748 gefällte Urteil[30] führt im ganzen zehn Juden an: Mendl Götzl, Jakob Götzl, Jakob Moyses, Isaak Moyses, Bernard Vlček, Salomon (Samuel) Caspar, Elias Schick, Löwl (Jakob) Tausik, Samuel Veith und Enoch. Daran ist noch ein Name anzuschließen, der zwar in dem Urteil vom 12. Jänner 1748 nicht genannt wird, an den sich aber ein tragisches Geschick knüpft, der Name des Bidschower Rabbiners Mendl.

Es scheint jedoch, daß sich unter den drei gleich nach dem ersten Verhöre Pitas verhafteten Bidschower Juden Jakob Götzl befand, der sehr bald nach Prag geschickt und hier gefangen gehalten worden sein dürfte. Und es war wohl auch am wahrscheinlichsten eben dieser Jakob Götzl, der besonders mit Johann Pita, bzw. auch mit anderen Sektierern vertraulichere Beziehungen unterhielt und dem deshalb eine sehr schwere Strafe drohte. Sonst könnte man sich wohl kaum erklären, daß sich Jakob Götzl im April 1747 zu einem für einen Juden jener Zeit außerordentlich schweren Opfer entschloß, zum Übertritt zum katholischen Glauben, worin ihm auch seine beiden Söhne folgen sollten.[31]

Die Appellationskommission verhörte in Königgrätz 86 Personen und beendete ihre Untersuchung etwa in der letzten Aprilwoche des Jahres 1747. Ein Teil der untersuchten Anhänger der Sekte blieb in Haft[32] und wurde in die Stadtgefängnisse im Königgrätzer Kreise und nach Prag verschickt; unter denen, die in Bidschow gefangengehalten wurden, waren namentlich die Untertanen der Chlumetzer Herrschaft, die Brüder

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Volný, Lukas, Karl und Georg, welche ursprünglich gegen Kaution freigelassen werden sollten,[33] und der Bidschower Jude Bernard Vlček.[34]

Es besteht kein Zweifel, daß das Untersuchungsmaterial der Appellationskommission sehr umfangreich war, und man muß hier wiederholt das Bedauern aussprechen, daß es heute – hoffentlich nur vorübergehend – verschollen ist. Und dasselbe gilt auch von dem Gesamtbericht der Appellationskommission d. d. 27. Juni 1747, sowie von ihren Strafanträgen, die von Prag nach Wien zur Entscheidung gesandt wurden. Man sieht also, daß die Prager Appellationskommission rasch arbeitete. Das war bei Wien nicht der Fall. Es verstrich mehr als ein halbes Jahr, bevor das umfangreiche Reskript vom 12. Jänner 1748 über das Schicksal des Johann Pita, seiner Gesinnungsgenossen und der Bidschower Juden als Miturheber der „jüdischen Sekte" entschied. Die Entscheidung aber war sehr hart.[35]

An erster Stelle des Urteils liest man die Namen von vier Personen, drei Männern und einer Frau, die als die Haupturheber und -verbreiter des „jüdischen Irrglaubens" christlicherseits angesehen wurden: *Johann Pita*, *Wenzel Janeček*, *Johann Vacek* und *Ludmila Bourin*. Alle vier wurden entsprechend dem Antrag der Appellationskommission zur Todesstrafe verurteilt. Johann Pita sollte überdies zur Richtstätte geschleift werden und vor der Hinrichtung sollte ihm die Zunge ausgerissen werden. Bei Wenzel Janeček und Johann Vacek sollte von dem Schleifen zur Richtstätte abgesehen werden, dafür sollte der Ludmila Bourin die Strafe verschärft werden: sie sollte vor der Hinrichtung nicht bloß auf die Folter gespannt und es sollte ihr die Zunge ausgerissen werden, sondern sie sollte den furchtbaren Tod der Verbrennung bei lebendem Leibe finden. Das über Ludmila Bourin gefällte Urteil war vermutlich deshalb so grausam, weil es sich um eine Frau handelte. Dabei blieb den Verurteilten die Möglichkeit offen, ein Gnadengesuch einzureichen, das die Appellationskommission mit einem Gutachten einbegleiten sollte.

Dagegen fand in Wien die für die Juden *Mendl Götzl*, *Isaak* und *Jakob Moyses* und *Bernard Vlček* beantragte Strafe keine Bestätigung (im Urteil wird jedoch nicht gesagt, welche Strafe die Appellationskommission für sie beantragt hatte). Das Reskript vom 12. Jänner 1748 verwies darauf, daß diese Juden jede Schuld entschieden bestritten, und verschob das Urteil über sie mit dem Bemerken, es sollte abgewartet werden, ob die genannten vier christlichen Verurteilten nicht noch gegen sie aussagen würden, sei es bei dem ordentlichen Verhör, sei es auf der Richtstätte; die Appellationskommission solle dann entsprechend dem Ergebnis neuerdings die Qualifikation ihres Verbrechens erwägen und festsetzen und ihren Antrag nach Wien zur Entscheidung einsenden. Ebensowenig bestätigte Maria Theresia den Antrag der Appellations-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

kommission auf Bestrafung der christlichen Sektierer *Georg Chaloupka vulgo Krčmařík*, *Lukas Volný* und *Georg Pšenička* und entschied, diese seien mit der gewöhnlichen Strafe zu bestrafen, die für Lästerer festgesetzt sei, wobei ihnen das Gnadengesuch zugebilligt wurde, das ebenso wie bei den Obgenannten mit einem Gutachten der Appellationskommission einbegleitet werden sollte.

Dagegen bestätigte das Reskript den Antrag der Appellationskommission, den *Karl Volný*, *Georg Volný*, *Georg Smetana* und *Georg Mikulášek* mit einem Jahre, den *Wenzel Černý* aber und die *Anna Zimkin* mit einem halben Jahre Zwangsarbeit zu bestrafen, wobei alle bei Beginn und Beendigung der Arbeit je zwanzig Peitschenhiebe verabfolgt erhalten sollten. Die Appellationskommission sollte noch vor Kundmachung dieses Urteils entsprechend dem größeren oder geringeren Verschulden der genannten Verurteilten ihnen die Arbeit entweder im Prager Zuchthaus oder bei der Straßenreparatur anweisen. Vor ihrer Entlassung nach Abbüßung der Strafe sollten die Verurteilten das katholische Glaubensbekenntnis ablegen. Ebenso bestätigte dann das Urteil den Antrag der Appellationskommission, dem Sloupner Jäger *Matthias Švejda* und *Matthias Hušek* sowie dem Juden *Jakob Götzl* die Untersuchungshaft in die Strafe einzurechnen und sie demnach freizulassen; Švejda und Hušek hatten jedoch vor ihrer Freilassung das katholische Glaubensbekenntnis abzulegen.

Ebenso bestätigte das Urteil vom 12. Jänner 1748 den Antrag der Appellationskommission auf die Bestrafung von Sektierern, die auf freiem Fuße belassen worden waren. Von diesen wurden verurteilt: *Katharina Janečkin*, Gattin des Wenzel Janeček, *Martin Vacek*, *Magdalena Vaníček* aus Levín, *Wenzel Veyr*, *Jakob Janeček*, *Wenzel Šebek* und *Matthias Šebek* zu einjähriger Zwangsarbeit bei der Straßenherstellung und zu zwanzig Karabatschenstreichen bei Beginn und Beendigung der Arbeit, *Dorothea Chaloupkin*, Gattin des Georg Chaloupka vulgo Krčmařík, *Johann Vrbický*, *Georg Veselý*, *Anna Bartouškin*, *Magdalena Zimkin*, *Elisabeth Pitin*, *Matthias Hladík*, *Magdalena Vaníčkin* aus Neustadt (bei Chlumetz), *Johann Janeček* und *Georg Vacek* zu halbjähriger Zwangsarbeit bei der Straßenherstellung. Alle diese Verurteilten sollten vorher das katholische Glaubensbekenntnis ablegen. Dem Juden *Enoch* sollte die Strafe nachträglich je nach dem Untersuchungsergebnis bemessen werden.

Die leichteste Bestrafung bestand aus der Ablegung des katholischen Glaubensbekenntnisses. Diese wurde im Urteile vom 12. Jänner 1748 nach dem Antrage der Appellationskommission für folgende Personen festgesetzt: *Dorothea Holoubkin*, Tochter des Georg Holoubek, *Anna Šebkin*, *Anna Midlochin*, *Elisabeth Sýkorkin* (Sejkorin), *Anna Sýkorkin* (Sejkorin), *Ludmila Černý*, Gattin des Wenzel Černý, *Johann Krejčí*,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

alias Školník, *Karl Hroneš*, *Georg Polický*, *Johann Košťál*, *Anton Boura*, *Wenzel Veselý*, *Johann Veselý*, *Johann Neumann* (Naiman), *Georg Vrbický*, *Johann Šourek*, *Matthias Vlk*, *Johann Kvasnička*, *Matthias Dohnal*, *Johann Kněz*, *Matthias Kopecký*, *Johann Vyletal*, *Paul Janeček*, *Jakob Holmann* und dessen Gattin *Magdalena Holmannin*, *Georg Litman* (Littmann), *die Tochter des Johann Boura*, *Thomas Veselý*, *Wenzel Polák und Anna Bulkin*. Dabei bestimmte das Urteil, diese Verurteilten hätten nach einiger Zeit, bis sie von den Geistlichen in der katholischen Religion entsprechend befestigt wären, besonders gegen den Judaismus, vor dem weltlichen Gerichte den Eid ablegen, am Katholizismus festzuhalten, und allen „Irrlehren" abschwören, namentlich der jüdischen.

Gänzlich freigesprochen wurden: *Anna Vackin*, Gattin des Johann Vacek, *Josef Venclík*, *Johann Šváb* (Schwab), *Johann Veselý* aus Třesic, *Katharina Vlkin*, *Thomas Veselý* und *Wenzel Veselý* aus Lovčic, *Matthias Turek*, *Wenzel Černík* und *Martin Otava*. Endlich bestätigte das Urteil die Freilassung von vier Juden: *Samuel Caspar*, *Elias Schik*, *Löwl* oder *Jakob Tausik* und *Samuel Veith*. Ungelöst blieb der Fall des *Josef Hájek*, bezüglich dessen das Urteil bemerkte, er würde sicherlich auch vor dem weltlichen Gerichte untersucht werden.

Im ganzen verurteilte also das Reskript vom 12. Jänner 1748: 4 Personen zum Tode, 11 Personen zu einjährigem Kerker, bzw. zu Zwangsarbeit, 12 Personen zu halbjährigem Kerker, bzw. Zwangsarbeit, 30 Personen zur Ablegung des katholischen Glaubensbekenntnisses, wobei es sich durchwegs um Christen handelte; zwei Christen und einem Juden wurde die Untersuchungshaft als Strafe angerechnet. Nachträglich sollten sechs Christen und sechs Juden abgeurteilt werden. Schließlich gingen straflos aus 10 Christen und 4 Juden. Man sieht, der Prozeß mit der Sekte der sogen. Bidschower Israeliten war, gemessen an der Zahl der untersuchten Personen sowohl als auch der Verurteilungen, ein richtiger Monstreprozeß.

Das Urteil vom 12. Jänner 1748 wurde vom Prager Appellationsgericht wahrscheinlich am 30. Jänner 1748 kundgemacht.[36] Die Todesurteile wurden jedoch nicht augenblicklich vollstreckt, da die Verurteilten das Recht auf ein Gnadengesuch hatten und vermutlich auch davon Gebrauch machten. Übrigens schlossen sich den am 12. Jänner 1748 gefällten Todesurteilen bald noch drei weitere an. Nach der Weisung des Reskriptes vom 12. Jänner 1748 verurteilte das Prager Appellationsgericht noch nachträglich zum Tode den *Georg Chaloupka* vulgo Krčmařík, *Lukas Volný* und *Georg Pšenička*.[37] Von den zum Tode Verurteilten war, soviel bekannt, Johann Pita in Bidschow eingesperrt, Lukas Volný und Johann Vacek in Königgrätz, Georg Pšenička und Georg Chaloupka

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vulgo Krčmařík in Königinhof und Wenzel Janeček in Jaroměř; in Königgrätz war vielleicht auch Ludmila Bourin eingesperrt.

Wie bereits wiederholt bemerkt, sind die Akten der Prager Appellationskommission über die Untersuchung des Johann Pita und dessen Gesinnungsgenossen heute verschollen und so ist der Forschung eine Hauptquelle zur Kenntnis ihrer Anschauungen entzogen. Weder die Quellen, die hier zur Rekonstruktion des Prozesses mit der Sekte benützt wurden, noch das Urteil vom 18. Jänner 1748 bieten in dieser Hinsicht irgend etwas. Nichtsdestoweniger sind wir doch nicht ganz ohne Quellen und für die vermißten Akten des Appellationsgerichtes bieten einen gewissen Ersatz die Ergebnisse der kirchlichen Untersuchung, die sich in den Protokollen des Königgrätzer Konsistoriums verzeichnet finden.

Zu der angedeuteten Untersuchung kam es im April und Mai 1748 und den Anstoß dazu gab der Bidschower Dechant Escherich. Dieser zeigte dem Königgrätzer Konsistorium an, Johann Pita habe sich schon so weit bekehrt, daß er Christus als rechten Messias und Gott ansehe und daß er in dieser Hinsicht das glaube, was die katholische Kirche lehre. Escherich fragte, wie er gegen Pita und die übrigen Sektierer, die zu Zwangsarbeit oder zur Ablegung des Glaubensbekenntnisses verurteilt worden waren, vorgehen solle. Die Anfrage des Bidschower Dechants bildete den Verhandlungsgegenstand in der Sitzung des Königgrätzer Konsistoriums am 7. März 1748. Sie zeitigte die Instruktion für Dechant Escherich: Johann Pita sollte zu einem umfassenden Geständnis seines Irrtums veranlaßt werden und zu einer reumütigen Rückkehr zur katholischen Kirche. Pitas Verhör, welches der Dechant entweder mit dem ihm zur Seelsorge zugeteilten Pater Missionär oder einem Nachbarpfarrer „als Richter" vornehmen sollten, sollte in ein ordentliches Protokoll gebracht und dem Konsistorium zur Entscheidung eingesandt werden. Hinsichtlich der übrigen abgeurteilten Sektierer sollte der Dechant eifrig über ihren Handel und Wandel wachen und sollte keinen von ihnen zum Sakramentenempfang zulassen, auch nicht zu den bevorstehenden Osterfeiertagen, es wäre denn, er hätte bei ihnen Zeichen wahrhaftiger Buße und des Verlangens nach Versöhnung mit der Kirche wahrgenommen, wiewohl sich das Konsistorium auch für diesen Fall endgültige Entscheidung vorbehielt.[38] Dechant Escherich nahm Pitas Verhör mit dem Pater Missionär Dobřenovský im Sinne dieser Instruktion ab. Doch das Königgrätzer Konsistorium, das sich mit der Sache in seiner Sitzung vom 18. März 1748 befaßte, war damit nicht zufrieden und trug dem Bidschower Dechant auf, das Verhör zu ergänzen und Pita zu einem vollkommenen und aufrichtigen Geständnis zu bringen.[39]

Was Pita bei den ersten Verhören des Dechanten Escherich und ebenso bei der protokollarischen Einvernahme ausgesagt hat, das erfahren wir

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

leider aus unserer Quelle nicht. Es scheint jedoch, daß das Konsistorium auch mit der nachträglichen Einvernahme Pitas nicht zufrieden war und sich durch die Einvernahme der übrigen eingesperrten und zum Tode verurteilten Sektierer genauere Nachricht zu verschaffen versuchte. In erster Linie waren es die in Königgrätz eingekerkerten Sektierer Lukas Volný und Johann Vacek.[40] Mit ihrer Einvernahme wurden von dem Königgrätzer Konsistorium dessen Sekretär Kanonikus Johann Franz Michálek und dessen Beisitzer der Seminarrektor P. Anton Andrys S. J. betraut. Diese erstatteten dem Konsistorium über das Verhör am 9. Mai 1748 Bericht. Man hatte den genannten beiden Verurteilten vier Fragen gestellt: 1. ob Pita gelehrt habe, daß es zwar einen einigen Gott gebe, nicht aber eine hl. Dreifaltigkeit? 2. ob Pita gelehrt habe, daß Christus nicht Gottes Sohn, sondern ein bloßer Mensch gewesen? 3. ob Pita gelehrt habe, man solle auf jüdische Weise den Sabbat heiligen und kein Schweinefleisch essen? 4. ob Pita gelehrt habe, daß die Jungfrau Maria ein ehrloses Frauenzimmer und Christus ein uneheliches Kind gewesen? Die erste Frage beantworteten die beiden Inquisiten negativ („davon wissen wir nichts"), die übrigen Fragen aber beantworteten sie positiv.

Trotzdem nun aus der positiven Antwort Lukas Volnýs und Johann Vaceks auf die zweite Frage hervorging, daß Johann Pita an eine hl. Dreifaltigkeit in christlichem, bzw. katholischem Sinne nicht glaubte, suchte sich das Konsistorium darüber durch die Einvernahme der in Königinhof eingesperrten Georg Pšenička und Georg Chaloupka und des in Jaroměř eingesperrten Wenzel Janeček Gewißheit zu verschaffen.[41] Ihre Einvernahme erfolgte sehr rasch, so daß das Konsistorium bereits am 13. Mai die Antwort erhielt, und zwar in dem erwarteten Sinne. Sowohl Georg Pšenička als auch Georg Chaloupka (Krčmařík) sagten aus, Johann Pita habe gelehrt, es gebe keine göttliche Dreieinigkeit, Jesus sei nicht Christus und Gottes Sohn gewesen, sondern ein bloßer Mensch, die Jungfrau Maria sei eine gewöhnliche Frau gewesen, man solle auf jüdische Art den Sabbat heiligen und kein Schweinefleisch essen. Georg Pšenička bemerkte hiezu, er sei in diesen Grundsätzen von Pita unterwiesen worden, und Georg Chaloupka bezeichnete wieder als seinen Instruktor den Johann Vacek; dabei erklärten die beiden Inquisiten, sie selbst hätten an die zitierten Artikel nicht geglaubt. In gleicher Weise sagte in der Sache auch der alte Wenzel Janeček aus, doch erklärte dieser im Gegensatze zu Georg Pšenička und Georg Chaloupka, er glaube an diese Grundsätze; als seine Lehrer bezeichnete er den Pita und den Rabbiner Mendl...[42]

Zweifellos reichten wenigstens einige der Verurteilten nach Kundmachung des Urteiles vom 12. Jänner 1748, bzw. des Nachtragsurteiles des Prager Appellationsgerichtes ein Gnadengesuch an die Landesfürstin

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ein, das vom Appellationsgericht mit dem Bericht d. d. 22. April 1748 einbegleitet wurde mit der Fürsprache um Nachsicht, bzw. Milderung der Strafen.[43] Es dauerte jedoch wieder länger denn ein halbes Jahr, bevor Wien entschied. Erst am 7. November 1748 fiel die definitive Entscheidung über die Strafen für Johann Pita und Genossen. Der genaue Inhalt ist mir leider wiederum nicht bekannt, sicher aber war die Fürsprache des Prager Appellationsgerichtes auf Milderung der Strafen nicht zwecklos gewesen.[44] Insbesondere wurde die Todesstrafe dem nachträglich verurteilten Dreiblatt Georg Pšenička, Georg Chaloupka vulgo Krčmařík und Lukas Volný erlassen und die Genannten zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.[45]

Das Endurteil über Pita und Genossen hatte – wie wir bereits gesehen haben – die Härte des Ersturteiles nicht unwesentlich gemildert. Gleichzeitig damit erschien ein Reskript Maria Theresias an den Prager Erzbischof, das die Antwort auf das der Herrscherin eingesandte Memorandum des Erzbischofs vom 29. Mai 1748 darstellte; es gestattet uns zugleich einen tieferen Einblick in die formale Seite des Prozesses mit der Sekte der sog. Bidschower Israeliten.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, wie der Prozeß begonnen hatte: der Bidschower Dechant Escherich wurde vom Bidschower Ökonomieverwalter auf die religiöse Bedenklichkeit des Prasker Schäfers Johann Vacek aufmerksam gemacht und von diesem führte die Spur unmittelbar zur Hauptperson der Sekte, Johann Pita. Bevor jedoch Dechant Escherich die Untersuchung durchgeführt hatte, kam ihm der Königgrätzer Kreishauptmann Vančura von Řehnitz zuvor. Wir haben auch daran erinnert, daß der Kreishauptmann Vančura auf die Sache nicht vom Dechant Escherich aufmerksam gemacht wurde, wie dies der Dechant vor dem Königgrätzer Konsistorium am 9. Jänner 1747 ausdrücklich festgestellt hat, und daß daher die gegenteilige Behauptung Sváteks nicht auf Wahrheit beruht. So entzog sich gleich von allem Anfang die Untersuchung mit Pita und Genossen den kirchlichen Händen und gelangte in die Hände der weltlichen Macht.

In der Relation des Königgrätzer Konsistoriums an den Bischof vom 10. Jänner 1747, die auf die Meldung des Bidschower Dechants Escherich hin erstattet wurde, findet sich die Bemerkung, es sei nicht bekannt, wie der Kreishauptmann Vančura von der Sekte erfahren habe;[46] das ist sicher nicht belanglos, sondern muß als Entschuldigung aufgefaßt werden. Zweifellos empfand das Königgrätzer Konsistorium den augenblicklichen Zugriff des Königgrätzer Kreishauptmannes als Repräsentanten der weltlichen Macht in die Untersuchung mit Ausschluß der kirchlichen Administrative peinlich, ja drückend, denn die kirchliche Macht sah sich auf diese Weise entgegen ihren ursprünglichen Absichten gleich von Anfang

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

an ausgeschaltet, ganz abgesehen davon, daß es ihr auch nicht gegönnt war, als erste die weltliche Macht auf diese Sekte aufmerksam zu machen und zum Einschreiten zu veranlassen.

Die Aufdeckung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten war überhaupt für die kirchliche Macht in Böhmen und speziell in der Königgrätzer Diözese sicherlich eine sehr unangenehme Angelegenheit. Sie zeigte, daß die langjährige intensive Missionstätigkeit, ihren scheinbaren äußeren Erfolgen zum Trotz, die sich in Meldungen über Konfiskationen akatholischer Bücher und in Übertritten bzw. Abmeldungen geheimer Akatholiken von „Häresien" kundgaben, das Aufkommen einer neuen Sekte nicht zu verhindern vermochte; die ganze Tätigkeit erschien dadurch kompromittiert. Wir haben bereits gehört, wie scharf Wien in dem an den Königgrätzer Bischof gerichteten Excitatorium vom 12. Jänner 1748 es der kirchlichen Administrative verwies, daß die aufgedeckte Sekte schon jahrelang bestehen konnte, ohne daß das Königgrätzer Konsistorium und die geistlichen Faktoren an den Orten, wo die Sekte zum Vorschein kam, überhaupt eine Ahnung hatten; Wien fand dies geradezu unglaublich. Und noch nach mehr als einem halben Jahre konnte sich die Wiener Regierung in ihrem Reskript vom 27. August 1748 an den Prager Erzbischof sowie an die Bischöfe von Königgrätz und Leitmeritz, als sie ihnen die Erneuerung der Religionskommission anzeigte, nicht den neuerlichen, wenn auch etwas gemilderten Tadel an die kirchliche Administrative in Böhmen ersparen, daß sie die Sekte weder wahrgenommen noch angezeigt.[47] In dem Excitatorium vom 12. Jänner 1748 ersuchte dann Maria Theresia den Königgrätzer Bischof, erheben zu lassen, ob die Schuld daran, daß die Sekte ungehindert jahrelang bestehen konnte, etwa das Königgrätzer Konsistorium, den Bidschower Dechanten oder andere Pfarrer treffe, und im Bejahungsfalle ersuchte sie, die Schuldigen bestrafen zu lassen.[48] All das war eine unverhohlene, ja schroffe Mißtrauenskundgebung an die Kirchenadministrative Böhmens.

Es muß aber hinzugefügt werden, daß dieses Mißtrauensvotum der Wiener Regierung gegen die böhmische Kirchenverwaltung ohne Zweifel ungerecht war. Das Königgrätzer Konsistorium entfaltete seit Jahren wirklich eine umfassende Tätigkeit, um in der Diözese die akatholische „Ketzerei" auszurotten, und sein Mißerfolg in diesem Punkte war nicht etwa auf die Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit der kirchlichen Organe zurückzuführen, sondern auf die allgemeinen Verhältnisse und die zu diesem Zwecke angewandten Mittel. Es ist nicht bekannt, ob der Königgrätzer Bischof die im Excitatorium vom 12. Jänner 1748 anbefohlene Untersuchung durchführen ließ; man kann daran mit gutem Grunde zweifeln. Der Bidschower Dechant Escherich, in dessen Dekanats- und Vikariatssprengel der Haupturheber der Sekte lebte und wo auch ihr

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Hauptmittelpunkt war, verblieb zumindest auf seinem Posten; und doch hatte wohl das sicherlich in erster Linie mit seinem hohen Alter zusammenhängende Zögern, das er bei der ersten Aufdeckung der Sekte an den Tag gelegt hatte, dem Königgrätzer Konsistorium die Möglichkeit benommen, die Initiative in der Untersuchung und Bestrafung der Sektierer zu ergreifen.

Dem Königgrätzer Konsistorium und der kirchlichen Administrative in Böhmen überhaupt war es damals jedenfalls um mehr zu tun. Wie schon angedeutet, war die kirchliche Macht gleich anfangs durch den Königgrätzer Kreishauptmann von der Untersuchung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten ausgeschlossen und blieb es auch entgegen ihrem Bestreben auch fürderhin, bis zum Endurteil vom 7. November 1748. Es war dies allerdings kein Novum, sondern die weltliche Macht ging hier genau nach dem bekannten Reskript Kaiser Karls VI. vom 27. August 1721 vor (der sog. Pragmatik), demzufolge der Akatholizismus als „crimen contra statum" von der weltlichen Macht untersucht und gerichtet werden sollte, und zwar vom Prager Appellationsgericht, welchem allein auch das Recht zustand, Verdächtige in Glaubenssachen gefangen zu setzen. Die kirchlichen Behörden sollten lediglich als „beratende Organe" fungieren und sich nur auf die Einvernahme in jenen zweifelhaften Fällen beschränken, in welchen die Ketzerei erst erwiesen werden sollte. In klaren Fällen sollten die kirchlichen Behörden die Untersuchungsakten erst nach der Entscheidung der weltlichen Macht erhalten, so daß sich das kirchliche Urteil einzig und allein auf das geistliche Gebiet beschränkte.[49]

Es ist bekannt, daß sich die kirchliche Administrative in Böhmen gegen diese Exemtion der Akatholikenprozesse von der geistlichen Machtbefugnis wehrte, doch die Wiener Regierung wies mit Entschiedenheit selbst den Protest des Prager Erzbischofs Grafen Khünburg zurück und befahl dem Prager Appellationsgerichte, die Prozesse gegen die Akatholiken durchzuführen ohne Rücksicht darauf, ob die kirchliche Macht daran Anteil haben wolle oder nicht. Der Konflikt zwischen der weltlichen und der geistlichen Macht in Böhmen ging damals so weit, daß der Prager Erzbischof erklärte, die Hauptursache für das Umsichgreifen des Akatholikentums in Böhmen sei in der Herausgabe der Pragmatik vom 27. August 1721 zu suchen, welche der kirchlichen Administrative die Teilnahme an der Verfolgung und Ahndung der Akatholiken entziehe, worauf die Wiener Regierung dem Erzbischof den schweren Vorwurf ins Gesicht schleuderte, an dem Anwachsen des Akatholizismus sei vor allem er selbst schuld. Es handelte sich gewiß um einen Prinzipienstreit, und in diesem unterlag, wie sonst in vielen Fällen während der nachweißenbergischen Zeit, die Kirche: über persönliches Einschreiten Kaiser Karls VI. mußte Erzbischof Khünburg kapitulieren.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die kirchliche Macht in Böhmen vermochte sich freilich mit dieser Niederlage nicht abzufinden, da ihr so ein wesentliches Stück ihrer Machtbefugnis zugunsten der weltlichen Macht entzogen wurde. Eine Gelegenheit zum Versuche, wenigstens ein Stück der verlorenen Position wiederzugewinnen, bot ihr eben der Prozeß mit der Sekte der sog. Bidschower Israeliten. Dazu führte zweifellos die Hoffnung, die neue Landesfürstin, erzogen in streng und kompromißlos katholischem Geiste, werde sich der Kirche gegenüber nachgiebiger zeigen als ihr Vater, der auf Kosten der kirchlichen Machtbefugnis die Vorrechte der weltlichen Macht erweiterte. Doch diese Hoffnungen schlugen völlig fehl. Einmal hatte die böhmische Kirchenadministrative ihre Restitutionsansprüche zu einer Zeit geltend gemacht, die alles andere als günstig war, denn sie konnte sich nicht einmal auf ein Verdienst bei der Aufdeckung der Sekte berufen, und abgesehen davon erwies sich Maria Theresia bei der Verteidigung ihrer Vorrechte mindestens ebenso zähe wie ihr Vater. Und so erlitt die kirchliche Macht in Böhmen in den Jahren 1747 und 1748 mit ihren Ansprüchen eine ebenso empfindliche Niederlage wie zur Zeit des Erzbischofs Khünburg.

Und auch der scharfe Verweis, den, wie wir bereits gehört haben, das Excitatorium Maria Theresias der kirchlichen Verwaltung der Königgrätzer Diözese ausgesprochen hat, unterschied sich gar nicht sonderlich von dem Vorwurf, den weiland Karl VI. in seinem Schreiben vom 28. Dezember 1725 dem Erzbischof Khünburg gemacht hat,[50] und dieser Tadel kam dann, wenn auch in einer etwas abgeschwächten Form, in dem Reskript Maria Theresias an den Prager Erzbischof vom 27. August 1748 wieder zum Vorschein. Die weltliche Macht bürdete die moralische Schuld für das bedeutende Anwachsen der Sekte der kirchlichen Administrative in der Königgrätzer Diözese auf und forderte sogar in befehlendem Tone von dem Königgrätzer Bischof die Bestrafung jener, auf welche nach ihrer Überzeugung die Verantwortung fiel, des Königgrätzer Konsistoriums, des Bidschower Dechanten und anderer Pfarrherren, in deren Sprengel die Sekte vorgekommen war. So beantwortete die weltliche Macht den Versuch der kirchlichen Administrative in Böhmen, ihre Anteilnahme an den Prozessen mit Akatholiken zu erneuern, mit einem heftigen Gegenangriff, dem die kirchliche Macht nicht mit Erfolg entgegentreten konnte.

Es verdient Beachtung, daß der angedeutete Restitutionsversuch der kirchlichen Administrative in Böhmen nicht von dem Königgrätzer Konsistorium ausging, sondern von dem Konsistorium zu Prag. Dieses ersuchte am 15. Juni 1747 das Prager Appellationsgericht, ihm sämtliche Untersuchungsakten mit den Anhängern der „jüdischen Sekte" zu dem Zwecke zu übersenden, damit die kirchliche Administrative ihre Unter-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

suchung pflegen und nach ihren Grundsätzen das Urteil schöpfen könne.[51] Doch dieses grundsätzliche Ersuchen fand eine entschiedene Abweisung im Reskript Maria Theresias an den Prager Erzbischof d. d. 12. Jänner 1748, unter Hinweis auf die Bestimmung der Pragmatik vom 27. August 1721, daß der kirchlichen Macht eine Einvernahme in Prozessen mit Nichtkatholiken nur dann zustehe, falls man bei den Erhebungen durch das weltliche Gericht Ketzerei nicht mit Sicherheit feststellen könne, was jedoch bei dem Prozeß mit der „jüdischen Sekte" nicht vorgekommen war; dabei wurde auch auf das Schreiben Kaiser Karls VI. an den Erzbischof Khünburg vom 28. Dezember 1725 erinnert. Dessenungeachtet erhielt das erzbischöfliche Konsistorium vom Prager Appellationsgerichte nicht bloß eine Abschrift von dem Verhörsummar, sondern auch von den Einzeleinvernahmen der Hauptsektierer. Auf Grund dieser Akten erklärte dann das Konsistorium, es handle sich um keine neue Ketzerei, sondern um wirklichen Judaismus, also um ganz offenkundige „Ketzerei". Der Prager Erzbischof unternahm zwar noch einen Versuch durch sein Memorandum vom 29. Mai 1748, das er Maria Theresia vorlegte, um für die Ansprüche der kirchlichen Macht einige Zugeständnisse zu erlangen, doch sein Anspruch wurde abgewiesen mit Reskript vom 7. November 1748, das, wie gesagt, gleichzeitig mit dem Endurteil über Johannes Pita und Genossen erlassen wurde.[52]

Das Urteil vom 7. November 1748 bedeutete im Wesen den Schluß des Monstreprozesses mit der Sekte der sog. Bidschower Israeliten; seine Ergänzung fand es durch das vom Königgrätzer Konsistorium gefällte geistliche Urteil vom 3. Dezember 1748, demzufolge Pita samt Genossen aus der katholischen Kirche exkommuniziert wurde.[53] Den düsteren Abschluß des Prozesses bildete die Vollziehung der Todesstrafen, deren Zahl – wie wir bereits gesehen haben – dem Ersturteil gegenüber von sieben auf vier herabgesetzt worden war. In Wirklichkeit wurden dann nur drei Hinrichtungen vollstreckt, denn der alte, achtzigjährige Wenzel Janeček aus Zadražan, der in Jaroměř eingesperrt war, starb vor der Durchführung des Urteils am 8. Juli 1748. Er hatte zwar vor dem Tode die kirchliche Lossprechung erlangt, doch wurde sein Leichnam, angeblich zum abschreckenden Beispiele, auf dem Jaroměřer Schindanger verbrannt.[54] Am 18. Dezember 1748 wurde in Bidschow der Haupturheber und Führer der Sekte, der Chudonitzer Schneider Johann Pita, hingerichtet; am Tage vor der Hinrichtung soll es den Missionären gelungen sein, Pita seinem „Irrtum" abspenstig zu machen,[55] doch vermochte dies sein Schicksal nicht aufzuhalten: tags darauf wurde er, in einer Kuhhaut eingenäht, aus der Stadt auf die Richtstätte geschleift und dort verbrannt.[56] Die beiden anderen Verurteilten wurden jedoch, unbekannt wann genau, in Königgrätz hingerichtet: der Prasker Schäfer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Johann Vacek,[57] mit dem die Untersuchung begonnen, wurde enthauptet und sein Leichnam dann auf dem Scheiterhaufen verbrannt, der Ludmila Bourin aus Lužec, der Gattin des Johann Boura, die sich nicht bewegen ließ, ihren „Irrtum" zu widerrufen, wurde das Genick gebrochen und ihr Leichnam ebenfalls verbrannt...[58]

Schließlich wäre noch über das Schicksal der inquirierten Bidschower Juden zu sprechen, welche gleich zu Beginn der Untersuchung von Johann Pita als Urheber seiner judaistischen Anschauungen bezeichnet worden waren. Leider geben aber die Quellen, die ich in der Lage war zusammenzubringen, auf diese Frage keinerlei Antwort. Wir haben erfahren, daß mit dem Urteil vom 12. Jänner 1748 keiner der untersuchten Juden verurteilt wurde – vier Juden sollten ihm zufolge sogar in Freiheit gesetzt werden und bei den übrigen war abzuwarten, was etwa gegen sie noch die verurteilten Sektierer aussagen würden, insbesondere in loco supplicii. Ob jedoch die Verurteilten gegen die Juden aussagten und was sie aussagten, ist mir unbekannt; fest steht jedoch, daß die ganze umfassende Untersuchung keinen hinreichenden Beweis für ihre Verurteilung erbrachte. Es scheint, daß wegen seines Verkehres mit den Sektierern unter allen am meisten Jakob Götzl kompromittiert war, doch dieser entzog sich – wie man dafürhalten muß – einer strengeren Strafe durch seinen Übertritt zum Katholizismus. Von den übrigen kann man jedoch mit Grund bezweifeln, daß sie den Sektierern als Instruktoren gedient hätten, am wenigsten dem Johann Pita, sei es auch nur in der Form, daß sie ihnen ihre religiösen Bücher geliehen hätten, besonders das Alte Testament. Übrigens ist meines Erachtens diese letztere Voraussetzung zu einem Großteil a priori absurd, da die jüdischen Religionsbücher zweifellos (das Alte Testament etwa ausgenommen) nur hebräisch waren, so daß es völlig ausgeschlossen ist, daß sich die Sektierer ihrer hätten bedienen können. Aus dem Urteil vom 12. Jänner 1748 sieht man also, daß Pitas Beschuldigung, als ob die Bidschower Juden die Urheber seiner religiösen Anschauungen gewesen wären, trotz der in die Dutzende gehenden Aussagen der untersuchten Sektierer nicht erwiesen werden konnte, wiewohl man nicht daran zweifeln kann, daß die Untersuchungskommission des Prager Appellationsgerichtes bemüht war, gerade in dieser Hinsicht völlige Klarheit zu schaffen.

Man muß sich vorstellen, daß das negative Untersuchungsergebnis mit den Bidschower Juden für ihre Richter verblüffend, ja geradezu unerklärlich war. Denn die Anschauungen der Sektierer trugen doch unstreitbar judaistischen Charakter. Und man muß sich auch die allgemein antisemitische Stimmung der behördlichen Kreise und der höheren Gesellschaftsschichten jener Zeit vor Augen halten, welche die Juden jeder Schlechtigkeit für fähig erachtet hätten. Endlich gelang es aber doch,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

eine Person zu finden, auf die man, wiewohl vermutlich erst nach langer Anstrengung, die Urheberschaft an der Sekte der sog. Bidschower Israeliten abwälzen konnte: den Bidschower Rabbiner Mendl.

Mendls Namen sind wir in unseren Quellen zweimal begegnet. Am 20. April 1747 wurde er mit noch zwei anderen Glaubensgenossen vom Königgrätzer Kreisamt für den 21. April vor die Appellationskommission nach Königgrätz vorgeladen, wobei ausdrücklich bemerkt wurde, der Bidschower Magistrat könne die Vorgeladenen ohne Geleit schicken, vorausgesetzt, daß nicht etwa ihre Flucht zu befürchten stehe. Daraus sieht man, daß Rabbiner Mendl bis dahin auf freiem Fuß war und daß die Appellationskommission keinen Grund hatte, sich seiner besonders zu vergewissern. Zum zweitenmal erschien der Name des Rabbiners Mendl bei der kirchlichen Einvernahme im Mai 1748, als Wenzel Janeček im Jaroměřer Gefängnis aussagte, er sei in seinen judaistischen Grundsätzen von Johann Pita und dem Juden Mendl unterwiesen worden. Dazu kommt noch eine Anmerkung im Eintrage des Gedenkbuches der Bidschower Dechantei über unsere Sekte, der im Jahre 1835 in das Stadtgedenkbuch von Neubidschow übergegangen ist: der Chudonitzer Schneider Johann Pita, von seinen Eltern im katholischen Glauben erzogen, habe die Grundlagen in der jüdischen Religion von dem Neubidschower Rabbiner Mendl empfangen und habe mit zahlreichen Gesinnungsgenossen sowohl aus dem Dorfe Chudonitz als auch aus den Nachbardörfern mit den Juden gemeinsame Sache gemacht, ihre Synagoge besucht und ganz die jüdische Religion angenommen.[59]

Der Eintrag im Gedenkbuche des Bidschower Dekanalamtes klingt wirklich sehr bestimmt. Doch wurde er zweifellos nicht gleichzeitig mit den Ereignissen gemacht, sondern frühestens erst nach der Hinrichtung Pitas, Johann Vaceks und der Ludmila Bourin. Immerhin scheint es, daß hier eher die allgemeine Überzeugung festgehalten wurde als eine erwiesene Tatsache. Denn bei der Lage der Juden und ihrem Verhältnis zur christlichen Bevölkerung und umgekehrt und namentlich bei ihrer Lage in den Jahren 1745–1748 läßt sich sehr schwer vorstellen, daß irgendeiner der Bidschower Juden, geschweige denn der Rabbiner Mendl, so weit gegangen wäre, wie dies der Eintrag im Gedenkbuche des Dekanalamtes behauptet. Sicher aber ist, daß der Rabbiner Mendl, obwohl er anfangs beiseite stand, zum Schlusse doch kompromittiert wurde. Vielleicht gerade durch Wenzel Janeček, dessen Aussage bei der kirchlichen Untersuchung – und man muß annehmen, daß Wenzel Janeček schon vorher vor der Appellationskommission ganz gleich ausgesagt hat – ganz eindeutig und für Mendl sehr belastend war. Und doch ist es auffallend, daß das Urteil vom 12. Jänner 1748 von dem Rabbiner Mendl schweigt, wiewohl wir nach den erwähnten Nachrichten seine Nennung erwarten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

würden. Soviel ist aber sicher, daß der Prozeß mit Rabbiner Mendl für sich geführt wurde und daß die Entscheidung über sein Schicksal – und auch das ist auffallend – ziemlich spät fiel. Erst am 7. März 1750 wurde der alte Rabbiner Mendl in Prag hingerichtet: er wurde auf dem Scheiterhaufen an einen Pfahl geschmiedet und so verbrannt...[60]

Die Darstellung des in den Jahren 1747–1748 mit der Sekte der sog. Bidschower Israeliten durchgeführten Prozesses nach den heute zugänglichen amtlichen Dokumenten zeigt, wenn auch merkliche Lücken bleiben, sicherlich völlig verläßlich, daß die Behauptung von P. Svoboda und insbesondere die Behauptung von J. Svátek, als ob unsere Sekte die Frucht jüdischer Proselytenmacherei, ein Ergebnis planmäßiger jüdischer Agitation sei, durch welche die christliche Bevölkerung für das Judentum hätte gewonnen werden sollen, in den Quellen keine beweiskräftige Stütze findet und daß man sie für eine rein willkürliche Konstruktion halten muß, mag sie nun einem platten Antisemitismus entspringen (P. Svoboda) oder der Neigung nach schaler Sensation (J. Svátek). Ebenso bleibt unbewiesen die gleichfalls schon erwähnte Behauptung Helferts von „geheimen" Zusammenkünften der Christen und Juden an unterschiedlichen Orten des Bidschower Kreises, bei denen das Gesetz Mosis verkündet und die gewonnenen Sektierer sogar durch die Beschneidung dem Judentum einverleibt worden sein sollen, sowie die Bemerkung von Adámek, die von Josef Svátek phantastisch ausgeschmückt wurde, über den berüchtigten jüdischen Agitator Mendl, der das gemeine Volk zum Übertritt zu den Israeliten mit beredten Worten angeeifert haben soll. Ebensowenig findet eine quellenmäßige Stütze die Vermutung Helferts, unter den Sektierern hätten sich vielleicht auch vereinzelt gebürtige Juden befunden, die sich um weltlicher Vorteile willen oder um Bedrückungen auszuweichen zum Christentum gemeldet hätten. Unbelegt ist schließlich auch die Behauptung Svobodas, Pita sei „zum israelitischen Glauben durch den Rabbiner Mendl *verführt* worden". Übrigens ließ sich aus den vorausgeschickten Andeutungen bereits hinreichend klar ersehen, daß von irgendeiner gänzlichen Rezeption der jüdischen Religionsanschauungen, Vorstellungen und Gebräuche durch Pita und seine Gesinnungsgenossen keine Rede sein kann. Man darf also weder die moralische noch die intellektuelle Urheberschaft der Sekte der sog. Bidschower Israeliten im jüdischen Ghetto suchen, sondern muß sie *in der christlichen Umwelt* suchen. Die Bidschower Juden spielten bei der Entstehung der Sekte sicherlich nur eine passive Rolle, Initiator und Schöpfer der Sekte war ohne jeden Zweifel der Chudonitzer Schneider Johann Pita, wie das auch in dem Urteil des Königgrätzer Konsistoriums d. d. 23. März 1752 über die Magdalena Ročkin aus Neubidschow zum Ausdruck kommt.[61] Übrigens ist nicht einmal die Bezeichnung „Bid-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schower Israeliten" für Pita und Genossen belegt; sie stammt ebenso wie die Bezeichnung „Abrahamiten" erst aus den Achtzigerjahren des XVIII. Jahrhunderts (das oben Anm. 12 zu Kap. II zitierte Dekret des Königgrätzer Konsistoriums vom 23. März 1752 spricht von der sog. jüdischen Sekte).

Josef Svátek in seiner keineswegs wählerischen Phantasie gibt allerdings Pita nur für den agilsten Mitarbeiter Mendls aus. Ebenso phantastisch ist auch die Erklärung Sváteks, der hauptsächlichste Entstehungsgrund der Sekte sei die Ausweisung der Juden aus Prag und Böhmen durch Maria Theresia im Jahre 1745 gewesen, worauf viele Stadtjuden in den Dörfern ihre Zuflucht gesucht und die jüdischen Eiferer dort, ähnlich wie im Jahre 1689, ihre proselytenmacherischen Bestrebungen entfaltet haben sollen. Ich hatte schon vor einiger Zeit Gelegenheit darauf hinzuweisen,[62] daß die Behauptung, die Prager Juden hätten sich, als sie nach Vernichtung ihres Ghettos durch den katastrophalen Brand des Jahres 1689 vorübergehend in Christenhäusern untergebracht waren, unter der christlichen Bevölkerung Prags proselytenmacherisch betätigt, als unerwiesen betrachtet werden müsse, denn der Prager Erzbischof, der diese Pauschalbeschuldigung gegen die Juden erhoben hatte, vermochte sie, trotz zweimaliger Aufforderung der Regierung, konkrete Fälle anzuführen, nicht zu beweisen. Die Anschuldigung wegen proselytenmacherischer Absichten unter dem christlichen Volke bildete überhaupt eine Hauptwaffe im Arsenal des nachweißenbergischen Antisemitismus, immer handelte es sich jedoch um allgemeine Anschuldigungen, für die man nicht einen einzigen Beweis beizubringen vermochte und die man daher in das Gebiet des antisemitischen Aberglaubens jener Zeit verweisen muß. Sváteks Hinweis auf angebliche proselytenmacherische Bestrebungen der Prager Juden vom Jahre 1689 hat also nicht das geringste Gewicht; viel eher dürfte man umgekehrt argumentieren: falls man die proselytenmacherischen Bestrebungen der Juden vom Jahre 1689 nicht erweisen kann, so hat man für sie auch keinen Beweis bei der Entstehung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten.

Ebenso unbelegt und unzutreffend erscheint die weitere grundsätzliche Voraussetzung von Sváteks Behauptung, die Prager Juden, vertrieben durch die Edikte Maria Theresias vom Jahre 1744 und 1745, hätten sich in größerer Zahl auf den Dörfern der Bidschower und der Chlumetzer Herrschaft angesiedelt, wo, wie wir erfahren haben, ohne allen Zweifel das Zentrum der Sekte war. Die jüngst erschienene gründliche Studie von Dr. Josef Bergl hat uns eingehend darüber unterrichtet,[63] daß ein Großteil der ausgewiesenen Prager Juden in der näheren oder ferneren Umgebung von Prag[64] verblieb und daß sich nur etwa tausend Juden über das Land zerstreuten, keineswegs aber über die Dörfer, sondern über die alten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Judengemeinden, soweit sie freilich seitens der Obrigkeit eingelassen wurden. Eine gewisse Zahl dieser Exulanten fand in der Tat eine vorübergehende Unterkunft auch im Neubidschower Ghetto und einige derselben wurden im Sinne des Reskripts vom 7. September 1745[65] sogar in Christenhäuser aufgenommen, doch darüber, daß man diese Exulanten auch auf den Dörfern der Bidschower oder der Chlumetzer Herrschaft angesiedelt hätte, insbesondere in jenen, in welchen Gesinnungsgenossen des „jüdischen Irrtums" vorkamen, ist nicht der geringste Beleg vorhanden.[66] Schließlich hat die Untersuchungskommission des Prager Appellationsgerichtes im Jahre 1747 festgestellt, die Sekte habe schon im Jahre 1742 angefangen, bzw. existiert, und so ist sonnenklar, daß zwischen ihrer Entstehung und der Ausweisung der Juden aus Prag durch die Edikte aus den Jahren 1744 und 1745 keinerlei Zusammenhang bestehen kann.

Reichen die angedeuteten Argumente völlig dazu hin, um die Behauptung über die Entstehung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten als einer Frucht proselytenmacherischer Bestrebungen mit vollem Recht unter den antisemitischen Aberglauben einzureihen, so kann man ihr Gewicht noch durch innere Gründe erhöhen, auf die schon vor einiger Zeit Ant. Rezek hingewiesen hat.[67] Man kann sich, ich wiederhole es, nicht vorstellen, daß die Juden, deren Tun und Lassen von der Öffentlichkeit unausgesetzt aufmerksam verfolgt und strenge kritisiert wurde und die sich der schweren Folgen für sich bewußt waren, wenn sie außerhalb der wirtschaftlichen Sphäre intime, besonders aber geistige Beziehungen mit einem Teile der christlichen Bevölkerung oder nur mit christlichen Einzelpersonen angeknüpft hätten, ihre proselytenmacherischen Bestrebungen gerade in einem für sie wirklich außerordentlich gefährlichen und kritischen Augenblick angeknüpft hätten, als ihre Existenz in Böhmen wirklich nur an einem Haare hing. Man muß bei der bekannten judenfeindlichen Gesinnung Maria Theresias in dieser Zeit annehmen, erwiesene proselytenmacherische Bestrebungen hätten den Juden das Genick gebrochen, in Wirklichkeit aber hatte – von der Hinrichtung des Rabbiners Mendl abgesehen –, die Aufdeckung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten für die Juden keine schwereren Folgen. Ebenso muß man ferner auch jene schier unübersteigbaren Schranken in Betracht ziehen, welche nicht bloß die religiösen Anschauungen, sondern alle Gewohnheiten im Bereiche des Geistigen, in der Gesittung und in der gesamten Lebensart und -haltung (als Ergebnis der ganz verschiedenen Herkunft, Überlieferung und Lebenserfahrungen) zwischen dem christlichen und dem jüdischen Element aufgetürmt haben. So wie der getaufte Jude unter der christlichen Gesellschaft jahre-, ja hie und da generationenlang das Stigma seiner Herkunft trug, das ihn gesellschaftlich und gewissermaßen auch moralisch minderwertig und minderangesehen in der neuen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sphäre machte, eine ähnliche oder vielleicht noch stärkere Abneigung kann man auch im entgegengesetzten Falle wahrnehmen. Die Juden wurden an der Proselytenmacherei nicht bloß durch die Furcht vor den schweren Folgen, die ihnen in diesem Falle seitens der Obrigkeit drohten, sondern auch durch den elementaren, bewußten, bzw. instinktiven Separatismus dem christlichen Milieu gegenüber gehindert, der sich noch um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts in voller Stärke geltend machte.

Die Entstehung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten zeigt allerdings eine gewisse Annäherung zwischen den christlichen und den jüdischen Religionsanschauungen, doch war sie nur auf einige Dutzend Personen beschränkt und überschritt nicht ein gewisses Maß, hinter dem die sonstigen grundsätzlichen Unterschiede geistiger und anderer Art unberührt in voller Geltung blieben. Es genügt auf Pitas Einstellung zur Beschneidung hinzuweisen, die sich mit der jüdischen Orthodoxie nicht vereinigen läßt, und man muß annehmen, daß Pitas Standpunkt auch von den übrigen Sektierern geteilt wurde. Die Behauptungen in der Literatur, insbesondere bei Svátek, daß auf den geheimen Zusammenkünften der Sektierer sowohl an Kindern als auch an Erwachsenen die Beschneidung vollzogen wurde, erscheinen, wie wir gesehen haben, in unseren Quellen nicht belegt und gehören vermutlich entweder in das Reich irriger Voraussetzungen (Rezek) oder sensationslüsterner Erfindungen.

Für die Erklärung des Ursprungs der Sekte der sog. Bidschower Israeliten verdient sicherlich Beachtung der bereits wiederholt zitierte Ausspruch des Königgrätzer Konsistoriums vom 23. März 1752 gegen Magdalena Ročkin,[68] worin die Verteidigung der Pitaschen Sekte unter die Kennzeichen hussitischer oder lutherischer Irrlehren eingereiht wird.[69] Es wird wohl in der Tat kaum zu bestreiten sein, daß unsere Sekte der *Umwelt des geheimen Akatholikentums* im Gebiete von Bidschow und Chlumetz entsprungen ist, mit dessen bescheiden erhaltenen Resten wir uns im vorigen Kapitel vertraut gemacht haben, des geheimen Akatholikentums, das zersetzt war durch eine langdauernde religiöse Verfolgung, durch den Mangel an religiöser Unterweisung, durch die Abbröckelung fester religiöser Vorstellungen und zugleich durch das fast krankhafte Verlangen, neue sichere Wege zum Heile der Seele aufzufinden.

Daß die Sekte der sog. Bidschower Israeliten im Milieu des geheimen Akatholikentums auf dem Gebiete von Bidschow und Chlumetz entstanden ist, ist allerdings nur eine Voraussetzung, für welche zwar alle inneren Gründe sprechen, die man aber nicht durch quellenmäßige Belege beweisen kann. Unter den inquirierten Gesinnungsgenossen Johann Pitas, deren Namen wir kennengelernt haben, kann man bei dem heutigen Stande der Quellenkenntnis nur bezüglich der Söhne des Číharer Schäfers Lukas Volný aus dem Chlumetzischen behaupten, daß sie vermutlich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geheime Akatholiken waren.[70] Von dem Stifter der Sekte, dem Chudonitzer Schneider Johann Pita, behaupten dagegen die Quellen ausdrücklich, daß er im katholischen Glauben erzogen und – bis auf den Umstand, daß er kein Schweinefleisch aß – in religiöser Hinsicht (vom katholischen Standpunkt aus) nicht verdächtig war.[71] Und doch wäre es in der Tat nicht leicht, den Vorgang aufzuklären, wie Pita innerlich von den christkatholischen Religionsbegriffen zu den jüdischen Anschauungen gekommen, falls wir dabei nicht das Zugeständnis machen wollten, es handle sich um einen durch individuelle Voraussetzungen bedingten Ausnahmefall; solche Voraussetzungen sind sicherlich nicht völlig außer Diskussion zu stellen, doch heute ist davon nichts bekannt.

Die Unsicherheit, auf welchem inneren Wege Pita dazukam, die Ruhe seiner Seele auf dem Gebiete jüdisch-religiöser Vorstellungen und Anschauungen zu suchen, wird m. E. auch durch die Herkunft Pitas gesteigert. Oben wurde darauf hingewiesen, daß Pitas Großvater ein Mährer war[72] und schon Ant. Rezek hat mit vollem Rechte entgegen der Behauptung Svobodas von der ausschlaggebenden Bedeutung der jüdischen Proselytenmacherei bei der Entstehung unserer Sekte aufmerksam gemacht, daß in Mähren Anschauungen von der Art der Pitaschen viel früher hervorgetreten sind als in Böhmen.[73] Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß in der aus Mähren nach Chudonitz kommenden Familie Pita dieser mährische „Judaismus" im Unterbewußten schlummerte und daß er in Johann Pita zum Bewußtsein erwachte, als er seine religiösen Anschauungen preisgab und neue im Alten Testamente und bei den Bidschower Juden zu suchen begann.

Es kann sicherlich kein Zweifel darüber bestehen, daß die Initiative zu Pitas Beziehungen zu den Bidschower Juden von Pita ausgegangen ist. Unsere Quellen unterrichten uns leider nicht, welchen Charakter dieser Verkehr hatte und ob ihm die Informationen, die ihm von einzelnen Bidschower Juden (Rabbiner Mendl, Jakob Götzl) zuteil wurden, ohne bestimmte Absicht gegeben wurden, oder ob sich die Juden dabei der Tragweite der Sache bewußt waren. Soviel jedoch darf man annehmen, daß die Bidschower jüdischen Informatoren Pita oder dessen Gesinnungsgenossen wohl kaum ihre Religionsbücher zur Verfügung gestellt haben, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß diese hebräisch waren, so daß die Sektierer sie nicht verstehen und gebrauchen konnten (und auch die deutschen Bücher waren vermutlich den Sektierern sprachlich unverständlich). Die Stelle in der Relation des Bidschower Dechanten Escherich darüber, daß der Prasker Kantor beim Schäfer Johann Vacek im Tische ein Buch gefunden habe, in welchem er die Auslassung über eine außereheliche Empfängnis Christi las, ist so allgemein, daß sie zum Beweise, es habe sich in der Tat um ein Buch jüdischer Herkunft gehandelt, nicht ausreicht.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Trotzdem nun der Urheber und Hauptapostel der Sekte Johann Pita war, ergibt sich aus der verhältnismäßig bedeutenden Zahl seiner Anhänger, daß seine religiösen Anschauungen, mögen sie auch im christlichen Milieu absonderlich erscheinen, einen bedeutenden Widerhall hatten und einer gewissen Menschengruppe entsprachen, deren bisherige religiöse Anschauungen offenbar zerrüttet waren und keinerlei Befriedigung gewährten. Die Sekte der sog. Bidschower Israeliten ist daher die Frucht einer Kollektivbewegung, eine Teilerscheinung jener religiösen Strömung, die dem geheimen böhmischen Akatholikentum der nachweißenbergischen Zeit entspringt und die im Hinblick auf die klarformulierte katholische Lehre oder auf die klarformulierten unkatholischen Lehren christlicher Grundlage als böhmische Religionsschwärmerei bezeichnet wird. Zweifellos wird diese Bewegung vom Standpunkt der kirchlich-christlichen Orthodoxie mit Recht so bezeichnet. Wir haben kennengelernt, daß ernste historische Arbeiter, wie Helfert, Rezek u. a., den Grund zur Entstehung der böhmischen Religionsschwärmerei (und auch der Sekte der sog. Bidschower Israeliten) in der nachweißenbergischen Akatholikenverfolgung suchen, die mit Entziehung der Religionsbücher verbunden war und eine unzureichende Katechese und mithin den Verfall fester Religionsanschauungen vom kirchlichen Standpunkt zur Folge hatte. Diese Erklärung beruht allerdings auf der Überzeugung der Aufklärungszeit; diese erblickte, wie schon erwähnt, die Ursache zur Entstehung des sog. israelitischen und deistischen Sektenunwesens unter den geheimen böhmischen Akatholiken „in der Intoleranz der Priester und Gesetze".

Es ist sicherlich nicht zu bezweifeln, daß die angedeutete Erklärung im Wesen zutrifft, ich glaube jedoch, daß sie einer Ergänzung bedarf. Es ist bekannt, daß sich die Religionsschwärmerei im XVIII. Jahrhundert nur in bestimmten Gebieten Böhmens zeigte, insbesondere im Bidschower, Chlumetzer und Pardubitzer, bzw. Chrudimer Ländchen, nicht aber in anderen Gebieten mit geheimem Akatholikentum in Böhmen. Die Erklärung, es handle sich um Landstriche, wo wegen ihrer größeren Entfernung von der schlesischen Grenze sich der Einfluß der akatholischen Emissäre nicht so intensiv auswirken konnte, wie z. B. im Adlergebirge, und wo daher der Verfall fester religiöser Anschauungen viel durchgreifender war, vermag m. E. nicht alles zu erklären, denn anderswo in gleicher Entfernung von der Grenze, wie z. B. auf der Herrschaft Poděbrad, verfiel das geheime Akatholikentum nicht oder zumindest nicht in solchem Umfange der Religionsschwärmerei. Es ist also nicht zu zweifeln, daß die Religionsschwärmerei nicht allein durch die allgemeinen Folgen der Religionsverfolgung hervorgerufen wurde, sondern auch durch psychologische Sonderursachen, die sich freilich von der historischen Forschung von heute sehr schwer fassen und formulieren lassen. Auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hier ist anzumerken, wenn auch mit anderem Tonfall als dies ehedem P. Svoboda getan hat, daß die Religionsschwärmerei fruchtbaren Boden in den niederen Schichten der damaligen Gesellschaft fand, in den Kreisen des Landvolkes, eines armen und durch seine soziale Stellung zermürbten Volkes. Auch das ist kennzeichnend, daß wir unter den Gesinnungsgenossen Pitas einer bedeutenden Anzahl Schäfer begegnet sind, die bei ihrer Arbeit hinreichend Zeit und Ruhe zum Spekulieren hatten. Man kann vielleicht darin auch eine bestimmte Form von Rebellion und Protest mit religiösem, aber auch sozialem Einschlag erblicken: die Annahme des Glaubens an einen neuen Messias, der die Welt umgestalten sollte...

Wenn die Untersuchungskommission des Prager Appellationsgerichtes auf Grund ihres umfangreichen Materiales zum Schlusse gelangte, der Anfang der Sekte der sog. Bidschower Israeliten falle in das Jahr 1742, so darf man annehmen, daß dieses Datum in der Tat der Wirklichkeit entsprach, wenigstens was den Ursprung der Kollektivbewegung betrifft. Die Frage, wann Johann Pita zu seinen bekannten „jüdischen" Anschauungen kam, die in der Folge zum Grundsatze der Sekte wurden, wird wohl für immer ungelöst bleiben. Die ersten zwei – drei Regierungsjahre Maria Theresias boten besonders günstige äußere Bedingungen für die Verbreitung des Sektenunwesens in Böhmen, da das Land zum Großteil von bayrischem, französischem und preußischem Militär besetzt war und die politische Administrative andere, wichtigere Sorgen hatte, als das geheime Akatholikentum zu überwachen und zu verfolgen. An dem preußischen Militär hatte der geheime Akatholizismus in Nordostböhmen zwar einen moralischen Rückhalt, der jedoch für Pita nicht in Betracht kam, da seine Grundsätze ebenso wesentlich von der katholischen wie von der protestantischen Lehre abwichen. Pita dürfte aber wohl das Nachlassen des bisherigen zähen Druckes in geistlichen Dingen ausgenützt haben, um auf dem Gebiete von Bidschow und Chlumetz eine eigenwillige Religionsbewegung zu organisieren, für die der Boden offenbar vorbereitet war. Trotzdem dann Pitas Anschauungen in einem verhältnismäßig engen Umkreis eine bedeutende Zahl Gesinnungsgenossen gefunden hatten, hat sich die Sekte, gewiß auch dank der außerordentlichen Zeitumstände, gute vier Jahre verborgen gehalten, bevor sie aufgedeckt wurde.

Die Aufdeckung der Sekte rief in Wien offenbar einen erschütternden Eindruck hervor. Maria Theresia, nach ihrer religiösen Gesinnung die echte Tochter ihres Vaters Karls VI., der ein entschiedener, folgerichtiger und unnachgiebiger Feind alles Unkatholischen war, war entschlossen, auch nicht im geringsten von dem bisherigen gesetzlichen Zustand abzuweichen, der jede Abkehr vom Katholizismus als schweres Ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

brechen gegen den Staat qualifizierte, und nicht gesonnen, die bisherige strenge und vielfach sogar grausame Persekutionspraxis zu ändern. Erst später, nach dem Siebenjährigen Kriege, stellte sich bei Maria Theresia in dieser Hinsicht infolge ungünstiger politischer Erfahrungen, unter dem Einfluß aufgeklärter Berater und bei abnehmender Lebensenergie eine gewisse Milderung der gegenreformatorischen Praxis ein. Im Jahre 1747 aber bestand die junge Königin unerbittlich auf den hergebrachten strengen Grundsätzen und die Aufdeckung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten gab ihr den Anlaß, energisch gegen den geheimen Akatholizismus jeglicher Art in Böhmen einzuschreiten; denn über die Verbreitung desselben während des Krieges um die böhmischen Länder waren der Wiener Regierung auch noch andere beunruhigende Nachrichten zugekommen.

In den Tagen, da Maria Theresia über das Schicksal des Johann Pita und Genossen entschied, am 8. Jänner 1748, wurde der Prager Statthalterei die Republizierung der Patente Karls VI. gegen die Ketzer[74] anbefohlen und vier Tage später, am 12. Jänner 1748, gleichzeitig mit dem Urteil über Pita und Genossen, wurde an die Prager Statthalterei und an den Erzbischof ein Reskript erlassen, das ihnen zur Pflicht machte, sich über die Mittel zu einigen, wie in Böhmen die „jüdische" und andere Ketzerei auszurotten wäre und was zur Förderung der katholichen Religion zu unternehmen sei.[75] Und an demselben Tage wurde in dem uns bereits bekannten Excitatorium und ebenfalls mit dem Hinweis auf die Aufdeckung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten auch der Königgrätzer Bischof aufgefordert, für die Ausforschung und Ausrottung der Sektierer in seiner Diözese Sorge zu tragen, besonders unter dem Bauernvolke, das dem „Irrtum" sehr zugeneigt sei; und die geistlichen Verweser sollten entsprechend auf die religiöse Unterweisung bedacht sein, namentlich an jenen Orten, wo Sektierer aufgetaucht waren.[76] Mit dem Reskript vom 19. April 1748 wurde dann die Religionskommission erneuert, die von Karl VI. im Jahre 1733 errichtet worden war; zu ihrem Vorsitzenden wurde der Obristlandhofmeister Graf Philipp Josef Gallas ernannt und zu Beisitzern der oberste Lehensrichter Graf Karl Gotthard Schaffgotsch, der Burggraf des Königgrätzer Kreises Josef Joachim Vančura von Řehnitz, der Prager Erzbischof Graf Manderscheid, der Generalvikar des Prager Erzbischofs, Ant. Vokoun, und der Strahower Abt Gabriel Wenzel Caspar.[77] Mit Reskript vom 27. August 1748 wurde aber die Zusammensetzung der Religionskommission wesentlich geändert, und zwar so, daß zum Vorsitzenden der Oberstlandrichter Graf Philipp Kolowrat ernannt wurde, zu Beisitzern Graf Ernst Wilhelm Schaffgotsch, der Vizepräsident des Prager Appellationsgerichtes Graf Franz Karl Wratislaw, der Burggraf des Königgrätzer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kreises Josef Joachim Vančura von Řehnitz, der Prager Erzbischof Graf Manderscheid und dessen Generalvikar.[78]

Von der Erneuerung der Religionskommission und von der Religionsverfolgung, zu der es unter dem Eindruck der Aufdeckung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten kam, wurde die böhmische Judenschaft nur insoweit berührt, als sich das alte Bemühen um eine völlige Separierung der christlichen und der jüdischen Bevölkerung wieder bemerkbar machte. Es äußerte sich zunächst in der Anlegung einer bezüglichen Konsignation,[79] sowie darin, daß hie und da neue Verhaltungsmaßnahmen für die Juden (Judenordnungen) erlassen wurden, wie dies z. B. in der Nachbarschaft von Bidschow, in der Stadt Hořitz der Fall war...[80]

Mit Jahresende 1750 wurden die drei Pitaschen Parteigänger Georg Pšenička, Georg Krčmařík und Lukas Volný in Freiheit gesetzt, denen die ursprüngliche Todesstrafe in dreijähriges Zuchthaus umgewandelt worden war; dadurch wurde der Prozeß mit den sog. Bidschower Israeliten aus dem Jahre 1747–1748 völlig liquidiert.[81] Die Sekte selbst war aber dadurch nicht aus der Welt geschafft; trotz der strengen Befehle Maria Theresias, trotz der Maßnahmen der Religionskommission und trotz der erhöhten Wachsamkeit der dem Königgrätzer Konsistorium unterstehenden Seelsorger war die Sekte der sog. Bidschower Israeliten nicht unterdrückt. Die strengen Blutstrafen, welche die Rädelsführer ereilt hatten, hatten die Gesinnungsgenossen nicht abgeschreckt. Die Sekte lebte unterirdisch weiter, hielt sich vermutlich vorsichtig verborgen, und erhob besonders nach der Kundmachung des Toleranzpatentes im Jahre 1781 wieder ihr Haupt. Ihr Zentrum war freilich nach dem Tode Pitas vom Bidschower auf Chlumetzer Gebiet übergegangen, wo sie sich besonders fest im Städtchen Žiželitz in der Familie Vrbický einwurzelte; einzelne Mitglieder dieser Familie waren bereits im Jahre 1747 in Untersuchung wegen Gesinnungsgenossenschaft mit Pita.

Ein Beweis dafür, daß die im Jahre 1748 über Pitas Gesinnungsgenossen gefällten Strafen nicht eingeschüchtert haben, ist einmal der uns bereits bekannte Fall der Magdalena Ročkin aus Neu-Bidschow, die durch das kirchliche Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 23. März 1752 als der Ketzerei stark verdächtig erklärt wurde, unter anderem auch aus dem Grunde, daß sie Pitas Sekte verteidigt hatte;[82] ferner das bereits angeführte Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 18. Dezember 1758 über den Žiželitzer Johann Vrbický,[83] der im Prozeß mit der Sekte der sog. Bidschower Israeliten durch Urteil vom 12. Jänner 1748 zur Ablegung des katholischen Glaubensbekenntnisses verurteilt worden war. Und um die Jahresmitte 1774, vermutlich im Zusammenhange mit der steigenden Gärung unter den geheimen Akatholiken Böhmens und in der Atmosphäre des vorbereiteten Bauernaufstandes, tauchten „jüdi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sche", bzw. „arianische" Anschauungen unter den Chlumetzer Untertanen wieder in größerem Umfange auf, was neue Untersuchungen veranlaßte. Auch diesmal versuchte der Bidschower Dechant Johann Franz Mach die „jüdischen" Anschauungen der Sektierer mit den Bidschower Juden in Verbindung zu bringen,[84] doch es ist nicht zu zweifeln, daß es sich nicht um neuentwickelte Anschauungen handelte, sondern um das Erbe Johann Pitas, das sich auf dem Gebiete von Chlumetz zäh erhalten hatte und von der älteren auf die jüngere Generation übergegangen war.

Die Untersuchung mit den Chlumetzer „Israeliten" im Jahre 1774 bildet ein umfangreiches Kapitel in der Geschichte der Sekte der sog. Bidschower Israeliten. Doch liegt dies bereits außerhalb des Programms dieser Studie,[85] die sich auf den Versuch beschränkt, mehr Licht über die Anfänge der Sekte und den ersten Prozeß mit ihr in den Jahren 1747–1748 zu verbreiten. Hoffentlich wird es der kommenden Forschung gegönnt sein, noch weitere neue Quellen heranzuziehen, die mir leider unzugänglich blieben, und ihr so möglich sein, mit ihrer Hilfe die Lücken meiner Arbeit auszufüllen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN ZUR EINLEITUNG.

[1] *Ephemeriden der Menschheit* l. c., S. 458. — *Riegger* l. c., S. 425, weicht nur an einer einzigen Stelle im Ausdruck ab: „ohngefähr vor 40 Jahren". — Im Artikel „Von den sogenannten Abrahamiten, Adamiten oder Deisten in Böhmen" (Ephemeriden der Menschheit l. c., S. 69—84) findet sich keine Anspielung auf die Sekte der sog. Bidschower Israeliten; der Artikel betrifft lediglich jene Israeliten, die nach Kundmachung des Toleranzpatentes im Chrudimer Kreise auf der Herrschaft Pardubitz auftraten.

[2] *Ephemeriden der Menschheit* l. c., S. 458—460: „Nicht ohne Grund kann man die Hauptursache dieses Abfalls *auf die alte Intoleranz der Priester und der Gesetze*, und auf die vormalige trockene Lehrart der Seelsorger zurückführen. Gut organisierte Menschen lassen sich nicht Dummheit, Aberglauben, Mirakel erzählen, Walfahrtenempfehlungen, Brüderschaftskrämereien und was dergleichen Mönchslehre mehr ist, worunter über das noch Eigennutz aller Arten hervorgeguckt hat, für Gottes und Väterlehre verkaufen. Diese Lehre wird ihnen um so verdächtiger, wenn lieblose Hirten, welche mehr nach der Wolle ihrer Schaafe, als nach ihrem Heil und Glücke dürsten, einen jeden Verdacht mit wilden Feuer nützen, um ihre Kinder zu quälen, zu verketzern, mit dem Bannfluch zu brandmarken und mit ihnen schaudervolle Kerker auszufüllen. Ist wohl in den Ferdinandeischen Zeiten mit unsern armen böhmischen Landsleuten anders vorgegangen worden? war es nicht die größte Ehre, mit dem Namen des Seelsorgers den Namen des Ketzerhammers zu verbinden? hörte man nicht von allen Kanzeln wider die Unglücklichen Verdammung donnern, die sich unterstanden haben, gegen die Meinung des Pfarrers einen auch nur geheimen Zweifel aufzuwerfen? Gab nicht oft eine lutherische Bibel, ein unschuldiges Gebet- oder Gesangbuch zu den härtesten Untersuchungen und Verfolgungen Gelegenheit; zahlte man nicht wildeifrige Priester, deren Amt es war, im Lande herum zu laufen, alle erdenkliche Kunstgriffe anzuwenden, um Ketzer und Hussiten ausfindig zu machen und sie den peinlichen Gerichten zu überantworten? Alle unsere böhmischen Archive sind voll von dergleichen Inquisitionsakten, wie unsere Kerker von den Seufzern und Thränen so vieler geplagten Mitbürger voll waren... Man kann also mit gutem Grunde den Abfall von dem Christengesetze der gereizten Abneigung mancher Landleute von ihren Priestern, von ihrer oft unkatholischen Lehre zuschreiben. Wenn man die Verfassung des Menschenherzens genau überlegt; so ist dieser Übergang vom vernachlässigten oder ungefälligem Unterrichte zur Lauigkeit im Gottesdienste, von der Lauigkeit zum Zweifel und von beiden zum Unglauben oder sonst einem irrigen System ganz natürlich" (vgl. auch *Riegger* l. c., S. 426—427). Vgl. auch die Erklärung in dem Artikel „Von den sogenannten Abrahamiten, Adamiten oder Deisten in Böhmen" in den Ephemeriden der Menschheit l. c., S. 69 f.

[3] Hieher gehört auch die Erwähnung in der Schrift von *Cornova* „Staat von Böhmen", Band VI (1801), S. 170.

[4] *Čel. Říha*, Místopis a dějiny král. věnného města Nového Bydžova. Prag 1868, S. 64.

[5] Das älteste Bidschower Stadtbuch „Liber conscientiae" aus der Zeit 1311—1470 gab *J. Kapras* heraus („Kniha svědomí města Nového Bydžova. N. Bydžov 1907), der in der Einleitung (S. LXV—LXVI) auch die übrigen Bidschower Stadt-, bzw. Gedenkbücher verzeichnet.

[6] Místopis a dějiny král. věnného města Nového Bydžova, S. 51—52.

[7] Dieses Bidschower Gedenkbuch wird als „*Liber memorabilium III*" bezeichnet (nach dem Titel auf dem Vorsatzblatt; auf dem Rücken ist das 393 Blätter zählende Buch deutsch als „Memorabilienbuch" bezeichnet); es ist eine Stadtchronik und verdankt seine Entstehung der bekannten Verordnung des Oberst-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

burggrafen Gf. K. Chotek vom 31. August 1835, demzufolge den Gemeinden die Führung von Gedenkbüchern ab 1. Jänner 1836 aufgetragen wurde (vgl. *Fr. Roubík*, Ke vzniku prvního nařízení o obecních kronikách v Čechách z r. 1835 — Zur Entstehung der ersten Verordnung über die Gemeindechroniken in Böhmen aus dem Jahre 1835, Časopis pro dějiny venkova, Jg. XVI, 1929, S. 157—160). Die Chronik enthält eine Übersicht der Stadtobrigkeiten der Stadt N.-Bidschow seit den ältesten Zeiten sowie der zur Stadt gehörigen Dörfer, Abschriften der Akten über die Stadtablösung, Abschriften der älteren Denkwürdigkeiten zur Rebellion 1619 und der Akten über den Verkauf der Sloupner Wiesen an die Gf. Schlick, Denkwürdigkeiten betreffs der Kirchen, der Statue und des Spitals, Eintragungen über Kriegsereignisse, Protokolle der Stadtvertretungssitzungen seit dem Ende des Jahres 1851 bis zum Jahre 1861; die letzten Einträge beziehen sich auf das Jahr 1863. Der Vermerk über Pita, über den noch gesprochen werden wird (er ist in Beilage V abgedruckt), findet sich auf S. 45—47 eingetragen mit der Überschrift: „Anno domini 1748 Joannes Pita" und es ist hinzugefügt, der Bericht sei geschöpft „ex archivio decanali" (in Wirklichkeit handelt es sich um das I. Gedenkbuch der Bidschower Dechantei, wo die Nachricht über Pita auf Seite 187 steht; vgl. auch *Jos. Kašpar*, Paměti o věcech duchovních v král. věnném městě Novém Bydžově, Dvacátá osmá výroční zpráva c. k. reál. a vyššího gymn. stát. v Novém Bydžově za škol. rok 1901/02, N. Bydžov 1902, S. 6).

[8] „O tak řečených blouznivcích náboženských v Čechách a na Moravě za císaře Josefa II.", Časopis musea král. Českého, Jg. LI (1877), S. 201—227, 533—557.

[9] „... asi v polou XVIII. věku na rozličných místech v kraji bydžovském křesťané mívali potajemní schůze, kdež se hlásal zákon Mojžíšův a obrácenci i obřízkou připojeni bývali k židovstvu". L. c., S. 205, Anm. 2. Wenn sich freilich Helfert auf die Ephemeriden II, S. 74 beruft, so ist dies ein Irrtum, denn eine Erwähnung der Bidschower Israeliten kann man dort erst auf S. 458 finden (vgl. oben Anm. 1).

[10] L. c., S. 204—205. „Ale mnozí (z tajných nekatolíků) pronásledováním na jiné cesty se dostali. Pobráno jim knihy, písma svatá nového zákona, ale oni viděli, kterak zákon starý židům bez překážky byl ponechován. Proč bychom se tedy i my nepřidrželi starého zákona? Vždyť i ten jest slovem božím. I jali se seznamovati s židy, tajně s nimi obcovati, do svých schůzí je přivabovati, aby se od nich naučili starému zákonu. Ano ledacos přijali i z obyčejův židovských, přestali požívati vepřového masa, sobotu světili co sabbat, poněvadž prý i sám Pán Bůh sedmý den po stvoření světa odpočíval. Není nemožné, že mezi nimi byli i jednotliví původní židé, kteří k vůli výhodám světským anebo pro uvarování rozličných útiskův zevnitřně byli se přiznali ke křesťanstvu, ale v mysli a domácnosti své zděděných názorův odříci se nechtěli. Jen jedna věc se novým vyznavačům nechtěla líbiti při staré víře, totiž obřízka. I počali pátrati v knihách starozákonných, zdali obřízka vždy byla zachovávána, i našli, že Abraham byl mužem Bohu libým prvé, nežli obřad ten zákonem byl zaveden, a tudíž pravili k sobě: Proč bychom i my tak se nezachovali?

[11] „O tak řečených blouznivcích náboženských v Čechách za císaře Josefa II.", Časopis katolického duchovenstva, Jg. XIX. (1878), S. 21—38.

[12] L. c., S. 23—44. Svoboda sagt wörtlich: „1. židé nadržovali každému rozkolu a každé vzpouře proti sv. katolické církvi; 2. židé nadržovali každému vojsku nepřátelskému, které do Čech vtrhlo, hlavně, když válka ta spolu čelila na utlačení církve katolické, tak nepřátelskému vojsku saskému r. 1631, vojsku švédskému a vojsku pruskému za Bedřicha II.; při tom vydělali mnoho peněz a chlubili se křesťanům, ‚jak veliké odměny plnitelům zákona Mojžíšova Bůh byl přislíbil'; 3. židé sváděli křesťany katolické rouhavými knihami a řečmi, chlípností, krádeží, krčmami; 4. z lidu svedeného nenadělali vlastních israelitův či židů věrných, nýbrž dosti jim bylo, když je svedli k rouhání a nenávisti proti Kristu Pánu, Marii Panně a vůbec proti svatým řádům katolickým. Ta nenávisť a rouhání jich bylo někdy právě jako satanské".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[13] Erschienen Prag 1898; ein weiteres Zitat ist auf S. 82 und 83. „Na Bydžovsku scházívali se již r. 1743 tajní nekatolíci se židy, jimž čtení starého zákona bráněno nebylo a klonili se k řádům israelským, ano mnozí prý se dali i obřezati. Pověstný židovský agitátor Mendl, kterýž lid obecný k přestupování k israelitům výmluvně pobádal, byl jat a v Praze upálen. Blouznivci tito ‚israelité' a také ‚Abrahamité' zvaní, nevěřili v sv. Trojici, věřili v nesmrtelnost duše, uznávali desatero, modlili se otče náš, věřili v proroctví Mojžíšova a v příchod mesiášův, světili sobotu a j."

[14] „Reformace katolická v Čechách 1650—1781" (Časopis musea král. Českého, Jg. LV, 1881, S. 424. Seine Anschauung über die Entstehung der Religionsschwärmerei und somit auch der Sekte der Israeliten formuliert Bílek folgendermaßen: Dadurch, daß man in der Zeit der Gegenreformation den Akatholiken die religiösen Bücher entzog, kam es dazu, daß viele unkatholische Familien lange Zeit ohne jede Unterweisung blieben, und da sie weder Bücher noch irgendwelche Verbindung untereinander besaßen, blieben sie in ihrer Religion lediglich auf die mündliche Überlieferung seitens des Familienoberhauptes angewiesen, doch trübte sich diese Überlieferung immer mehr, so daß in jeder Familie ein eigener Glaube oder eigentlich Unglaube und Gottlosigkeit platzgriff, wie das die evangelischen Fürsten und Stände in ihrem Begehren im Jahre 1735 vorausgesagt hatten („...mnohé rodiny nekatolické zůstávaly drahný čas beze všeho vyučování, a nemajíce ani knih ani nějakého spojení mezi sebou, obmezeny byly v náboženství svém toliko na ústní podání hlavy rodiny, kteréž však časem vždy víc a více se zatemňovalo tak, že v každé rodině zvláštní víra neb vlastně nevěra a bezbožnost povstala, jak to knížata a stavové evangeličtí ve své žádosti l. 1735 předpověděli").

[15] Rezeks Sborník historický, Jg. III (1885), S. 43. „7. Martii byl u Prahy upálen žid, rabín, starý, ale malý asi $1^1/_2$ lokte výšky. Ten okolo Jičína ovčáky a jiný lid sprostý na židovskou víru vábil a vyučoval. Ti, kteří víru jeho přijali, v Hradci Králové odpraveni před tím byli."

[16] Von Rezeks Schrift ist nur der erste Teil erschienen, der die Einleitung zum eigentlichen Thema bildet, zu dessen Bearbeitung der Autor nicht mehr kam.

[17] L. c., S. 116. „Vysvětlovati věc *pouze a jedině* vlivem židů, jako učinil J. Svoboda, nezdá se mi býti dostatečné. Vedloť se židům právě tehdáž velmi zle. Marie Terezie nepřála jim z přesvědčení; a když pak vlastizrádné počínání židů, zejména pražských ve válce s Friedrichem II. příliš bylo očividno, Marie Terezie rychle se odhodlala, a vypověděla je z Čech vůbec. Židé pak měli co dělati, aby tento zákon byl odvolán. Vystoupení rabína Mendla na Bydžovsku a zakládání sekty „Israelitů" židům tehdáž jistě přišlo velice nevhod, poněvadž se tím postavení jich zhoršovalo. A na druhé pak straně nebyl by Mendl, ani kterýkoliv jiný žid u lidu co do náboženství ničehož pořídil, kdyby okolnosti jiného druhu nebyly k tomu přispěly".

[18] L. c., S. 117—118. „Pro tyto a jim podobné zjevy zdá se mi mnohem bližším býti výklad, že příčinu k nim především... hledati sluší v náboženském pronásledování, a co s tím tehdáž souviselo vůbec. Velikou chybou bylo také systematické odnímání a hubení Nového zákona, nebylo-li jiného s dostatek dle úpravy katolické. Obecně je známa chuť a touha lidu našeho, aby četl; a zejména mezi luterány a Bratřími bylo tak zvané „písmáctví" vyvinuto. Bral-li se jim Nový zákon, sáhli ke Starému, který i židům byl dovolen a u nichž bylo možno ho dosíci. To svedlo tajné nekatolíky k prvním stykům se židy."

[19] L. c., S. 114. „Členové sekty byli chudí lidé, chalupníci, ovčáci a vdovy z okolí Bydžovského a Jičínského."

[20] Denkwürdigkeiten der kgl. Leibgedingstadt Jaroměř an der Elbe, Jaroměř 1887, S. 154. („Václav Janeček, stařec 80ti letý ze vsi Zadražan, poddaný obci města Bydžova. Člověk ten patřil do počtu oněch náboženských blouznivců, toho času zvlášť v okolí Bydžovském se vyskytujícím, kteří odpadše od víry katolické, přidávali se k židovství. Jsa zde pro toto odpadlictví uvězněn činil pokání; byl také církevně rozhřešen a přece když 8. července t. l. zemřel, bylo tělo jeho, prý po postrach jiným, 12. t. m. na mršníku upáleno.")

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[21] I. Teil, Prag 1897, S. 376f. Sváteк gibt zwar nirgends seine Quelle an, aber aus seiner Schilderung ergibt sich mit Sicherheit, daß er das erwähnte Einschreibebuch benützt hat.

[22] L. c., S. 376. „Vlastní původ této židovsko-křesťanské sekty zůstával ovšem novějším badatelům neznám, poněvadž nebrali zření k událostem, jež po vypovězení českých židů ze země r. 1745 následovaly. Tímto rokem je také určitě zjištěna doba původu „israelitův českých", o nichž se badatelé dosud taktéž shodnouti nemohli, hádajíce na léta od r. 1743 do roku 1750, ba ještě později. *Výsledky badání vlastního* jak o příčině vzniku této sekty tak i o době vzniku v následujícím doložíme." (Der eigentliche Ursprung dieser jüdisch-christlichen Sekte blieb den neueren Forschern allerdings unbekannt, weil sie die Ereignisse unberücksichtigt ließen, die der Ausweisung der böhmischen Juden aus dem Lande im Jahre 1745 folgten. Mit diesem Jahre ist auch genau die Ursprungszeit der „böhmischen Israeliten" festgestellt, über die sich die Forscher bisher ebenfalls nicht einigen konnten, indem sie auf die Jahre von 1743 bis 1750, ja drüber hinaus rieten. *Die Ergebnisse der eigenen Nachforschung* sowohl über die Entstehungsursachen dieser Sekte als auch über die Zeit ihrer Entstehung sollen im folgenden dargelegt werden.)

[23] L. c., S. 376 und 377. „Nekatoličtí blouznivci čeští, po více než celé století o biblí a jiné knihy náboženské odíraní, což za Marie Terezie v letech 1743 a 1744 s novým úsilím od misionářů prováděno bylo, spatřovali při tom, že židům ponechává se bez závady Starý zákon, který taktéž jsa slovem Božím, musil též od nich za písmo svaté jako Nový zákon pokládán býti. Z toho povstal první styk blouznivců náboženských se židy, že nemajíce vlastních písem svatých, vypůjčovali se od židů Starý zákon, v něm hloubali a v tajných schůzích svých z něho předčítali. Že mezi židy od jakživa jest dosti horlivcův, kteří pro vyznání své mezi křesťany rádi proselyty dělají, seznali jsme již r. 1689, když Pražští židé směli po vyhoření města svého mezi křesťanskými rodinami přebývati, jež pak ku přestoupení na víru israelitskou přemlouvali, takže proti tomu i tehdejší arcibiskup pražský i úřad král. místodržících důrazně zakročiti musili. Rovněž počali též roku 1743 a 1744 mnozí židé na nevzdělané nekatolíky české přemlouváním působiti, aby ne-li dokonce k židovství přestoupili, tož přece aspoň některé obřady víry židovské za své přijali. Řeči takové nezůstaly u lidí obmezeného ducha, kteří tehdáž největší část všech náboženských blouznivců v Čechách tvořili, bez účinku, takže prosťáčkové tito za nedlouho skutečně mnohé obyčeje židovské zachovávati počali; nepožívali totiž vepřového masa, světili místo neděle sobotu jakožto sabbat, poněvadž i Bůh sedmého dne po stvoření světa odpočíval, ano nedávali dítky své více křtíti, a přidružovali se k židovským obyčejům vždy více."

[24] L. c., S. 377—378. „Přední příčinu ku vzniku israelitské sekty české zavdala Marie Terezie sama, když r. 1745 veškeré židy z Prahy i země české vypověděla. Vyličili jsme již, kterak nedůsledně bylo při vykonávání rozkazu tohoto postupováno, jak s počátku byl židům pobyt na venkově povolen, jak se později zase mohli do Prahy a do měst vrátiti a jak za krátko musili je zase vykliditi. Tím se stalo, že množství židů městských uchýlilo se do vesnic, kde jim lid vesnický přístřeší poskytl a za dobrý plat jim všecky potřeby životní obstarával. Tyto přímé osobní styky židů s prostým lidem vesnickým, počaté od jara r. 1745, daly horlivcům židovským zase podnět k proselytství jako r. 1689, že křesťany k víře židovské přivábiti se snažili. Jelikož, jak řečeno, mezi prostými blouznivci nekatolíky byl Starý zákon nyní horlivě čten, naklonili se titíž snadno ku starozákonnímu výroku, že není Boha kromě Jehovy, čímž popíráno božství Ježíše Krista a vůbec víra v nejsv. Trojici, tak že popletení tím lidé již dokona všeho spojenství s křesťanstvím se zhostili. Jen obřad obřízky dělil je ještě od židovství, ale i příkaz téhož vyhledali si v knihách starozákonních a začali se témuž nejen na novorozených dítkách svých, ale též sami na sobě podrobovati. Bylo to již přímo šílenství náboženské, způsobené bezohlednou protireformací, jejíž neblahé účinky nyní též fanatikové židovští pro sebe vykořisťovati dovedli."

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[25] L. c., S. 378—379. „...hlavním takovýmto agitátorem byl rabín v Novém Bydžově Mendl (Mendel), který v působení svém na tajné nekatolíky v okolí Bydžova, Chlumce, Králové Hradce i Králové Dvora tak horlivě si počínal, že na sta přívržencŭ pro „českou sektu židovskou" získal. Ti konali tajné schůze, v nichž byla jak na nekřtěných pacholatech tak na nedospělých obřízka vykonávána a jiné obřady židovské prováděny. Nejčilejším spolupracovníkem Mendlovým byl *Jan Pita*, krejčí ze vsi Chudonic, poddaný města Nového Bydžova, který mezi prostým lidem venkovským nejvíce přívržencŭ pro novou sektu židovskou získal a v zásadách jejích je vyučoval. Působení toto dálo se již za vpádu Prusŭ r. 1744, kdy úřadové zemští a státní nemohli řádění toto již v zárodku utlumovati, a pokračovalo se v něm ještě více r. 1745, kdy vypovězení z Prahy židé po venkově co nejvydatněji v něm se účastnili. Tu vzrůstala sekta, vůbec již „českou sektou židovskou" nazývaná, do tisícŭ a nemohla tudíž ujíti pozornosti úřadŭ duchovenských, neboť mnoho novorozených dítek nebylo ke křtu přinášeno a docházely zprávy, kterak mnoho lidí požívání masa vepřového se zdržuje, sobotu světí i jiné obřady a obyčeje židovské zachovává."

[26] L. c., S. 379—381.

[27] „Náboženská hnutí na Dymokursku a Chlumecku", Český lid, Jg. X (1901), S. 341. („V dobách nejtěžší persekuce lidu selského objevovaly se po Čechách tajné sekty náboženské. Na Bydžovsku a Chlumecku založil v polovici XVIII. věku bydžovský rabín Mendl náboženskou sektu Abrahamitŭ či Israelitŭ. Chudí lidé z dalekého okolí hojně k ní přistupovali. V roce 1747 nebo počátkem r. 1748 byly schůze, které tajně a v noci se konaly, prozrazeny, členové přísně trestáni a náčelníci k smrti odsouzeni. Ale výstraha neúčinkovala, sektáři scházeli se dále, ovšem že s větší opatrností a doma horlivě písma čítali. Proto vykonal hejtman Dymokurský r. 1780 s rychtáři přísnou „vizitaci" po staveních a hledal zapovězené kacířské knihy.")

[28] „Paměti o věcech duchovních v král. věnném městě Novém Bydžově". Die Studie erschien in vier Folgen in den Jahresberichten des Real- und Obergymnasiums in N. B. (Výroční zprávy reál. a vyššího gymnasia v Novém Bydžově za škol. rok 1899/1900, 1900/1901, 1901/1902, 1902/1903, Nový Bydžov 1900, 1901, 1902, 1903. Jos. Kašpar benützte zu seiner Studie neben den Dokumenten des Bidschower Stadt- und Dekanalarchives auch die Archivalien des Prager ehem. Statthaltereiarchives (vgl. auch Jar. Prokeš, Archiv ministerstva vnitra a vědecké badání — Das Archiv des Ministeriums des Innern und die wissenschaftliche Forschung, Sborník archivu min. vnitra, Jg. IX, 1936, S. 38), doch die in dem letzteren Archive erliegenden Nachrichten über die Sekte der Israeliten hat er nicht benützt und offenbar hier auch gar nicht gesucht.

[29] Výroční zpráva reál. a vyššího gymnasia v Novém Bydžově za školní rok 1901/1902 (N. Bydžov 1902), S. 5. „Lid, zvláště venkovský, selský, zůstával stále, z valné ještě části, když ne zřejmě, aspoň skrytě nekatolickým. Nemaje pak správného poučení i v náboženství, v němž se zrodil, nechť luterském či bratrském, a náboženství katolického přijímati nechtěje, lid obecný propadal náboženskému blouznění, tvořil si sám svoje věroučné soustavy, zvláštní svoje náboženství, a lpěl na něm s obdivuhodnou houževnatostí bez ohledu na těžké následky, jestliže věc státním úřadům se prozradila. Takovým způsobem vznikl též tak zvaný Israelitismus čili Abrahamitství na Bydžovsku, kdy děkan Escherich působil při městě. Bližších, určitých zpráv o vzniku a vývoji této náboženské sekty nemáme; s určitostí víme jen tolik, že v krajině bydžovské na počátku let čtyřicátých osmnáctého století židé počali se scházeti s křesťany k společným náboženským schůzkám. Ze které strany vyšel popud, nelze přesně stanoviti, ale možno míti za to, že od křesťanů, totiž od tajných dosud nekatolíkŭ v této krajině, jimž po rozkazu vládním Nový zákon byl odnímán a pálen, kdežto židům Starého zákona užívati dovoleno. I jali se tajní nekatolíci choditi mezi židy a četli v tom, co bylo dovoleno. V těchto schůzkách se židy počala se vyvíjeti zvláštní věrouka starozákonní s některými přívěsky novozákonními. Předně nedávali křesťané, schůzky ty navštěvující,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

svých dětí křtíti a sami, jak se velmi pravdě podobno zdá, podrobili se obřízce. Pak dle starozákonního výroku, že není Boha kromě Boha, popíráno božství Ježíše Krista a vůbec víra v Trojici boží a dle proroctví Mojžíšových věřeno v příští Messiáše a zavedeno svěcení soboty. Z Nového zákona zůstala jako vůbec u sekt víra v proroctví Apokalypse a pak modlitba Otčenáš."

30 Erschien in zwei Teilen (erster Teil bis zum Jahre 1810, zweiter Teil vom Jahre 1811 bis zum Jahre 1907) in Prag 1907 und 1934 im Verlage der Česká akademie věd a umění als Nr. 46 und 49 des Historický archiv, der von dieser Akademie herausgegeben wird.

31 L. c., I. Teil, S. 1, Nr. 2.

32 Vgl. die dem zweiten Teile der erwähnten Edition vorangestellte Einleitung von *Šimák*.

—

ANMERKUNGEN ZUM I. KAPITEL.

1 Vgl. *Cel. Říha*, Místopis a dějiny král. věnného města Nového Bydžova, Prag 1868, S. 9.

2 Den Untergang des Bidschower Minoritenstifts schildert, wenn auch mit einer gewissen Reserve, noch *J. Kašpar*, Paměti o věcech duchovních v král. věnném městě Novém Bydžově n. Cidlinou od dob nejstarších až do r. 1850 (Dvacátá šestá výroční zpráva c. k. reál. a vyššího gymnasia v N. Bydžově za školní rok 1899/1900, N. Bydžov, S. 17) nach Frind und Balbin so, daß das Kloster im Jahre 1420 niedergebrannt oder von den Hussiten i. J. 1421 zerstört worden sei, wiewohl schon *Říha* l. c. S. 9 angeführt hatte, daß dem Bidschower Kloster Nikolaus Kotlevec noch am 14. November 1444 60 Schock Groschen vermacht hat, was beweist, daß das Stift damals noch bestand. Dazu läßt sich ergänzend bemerken, daß zum 24. November 1427 im ältesten Bidschower Stadtbuch eine „domus Nicolai molendinatoris *contra claustrum*" erwähnt wird (*J. Kapras*, Kniha svědomí města Nového Bydžova z let 1311—1470, N. Bydžov 1907, S. 235).

3 Der Anfang des Liedes lautet:

A ševcič jsú zúfalí
na klášter v Bydžově běhali,
chtěli sě ukázati,
mnichy z kláštera vyhnati,
tuť jsú byli biti . . .

Ton und Stimmung lassen sich folgendermaßen wiedergeben:

Und die Schuster, wutentbrannt,
Kamen zum Bidschower Stift gerannt,
Waren sicher ihres Sieg's,
Mönch pro Schuster, das ist doch nix—
Doch sie kriegten Wichse . . .

Das Lied entstand wohl bald nach dem Tode Hussens, vielleicht noch i. J. 1415; abgedruckt von W. Hanka im Časopis Čes. Musea 1858, S. 392f., von Feifalik in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie der Wissenschaften XXXIX, S. 291—294, und von *J. Kašpar*, Paměti o věcech duchovních etc. (Výroční zpráva reál. gymnasia v N. Bydžově za škol. rok 1899/1900, S. 16); Analyse des Liedes bei *Zd. Nejedlý*, Počátky husitského zpěvu, S. 431—432.

4 So schlossen noch im Jahre 1531, am Montage vor St. Longinus (13. III.), Bürgermeister und Ratsherren der Stadt Neu-Bidschow einen Vertrag mit dem Juden Izáček „von der Klosterflur", demzufolge ihm ein Stück Gemeindegrund zu seinem Hausplatz hier auf der Klosterflur zugegeben wurde, den er mit einem lebenden Zaun umgeben hat, und er soll von dem Platze jährlich zinsen 4 Groschen meiß. in zwei Raten, zu St. Georgi nächstkünftig soll er 2 Groschen geben und zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

St. Galli auch 2 Groschen meiß., und so soll er alle künftige Zeiten fortwährend zahlen (Liber memorabilium I, pag. 151, im Bidschower Stadtarchiv: přidáno jest kus obce k městišti anebolito domu jemu tu na klášteřišti, které sobě ohradil plotem trsovým, a má z toho místa platiti ouroku ročního IIII groše míš. rozdílně, při sv. Jiřím příštím dáti má II groše a při sv. Havle též II groše míš., a tak vždycky platiti má na budúcí časy). Vgl. auch *Říha* l. c., S. 15, wo es jedoch unrichtig heißt, die Gemeinde hätte dem Izáček den Grund „geschenkt".

[5] Vgl. die Eintragung im Liber memorabilium I, pag. 81, im Bidschower Stadtarchiv: Der Juden Verschreibung über einen Garten. Im Jahre 1520 wurde das Stück Gemeindegrund hinter dem Štěchischen Garten verpachtet, damit sie hier *beigesetzt und bestattet würden*, und dafür sollen sie zinsen und zahlen jährlich 10 Groschen meiß. auf zwei Termine, auf St. Georgi die eine Hälfte und auf St. Galli die andere, und auch für jeden auswärtigen toten Juden, der hier begraben würde, sollen sie zur Gemeinde je 10 Groschen meiß. zahlen. („Židuov zápis o zahradu. Léta XV^{c} XX^{o} pronajat jest ten kus obce za Štechovú zahradú, aby se tu *kladli a svuoj pohřeb měli*, a z toho ouroka dáti a platiti mají ročního X gr. míš. rozděleně, na sv. Havle polovici a na sv. Jiří též polovici, a také za každého přespolního umrlého žida, který by pochován tu byl, ku obci platiti mají po X gr. míš.") Vgl. *Říha* l. c., S. 14.

[6] Vgl. den Eintrag im Liber memorabilium I, pag. 140, im Bidschower Stadtarchiv: Verschreibung zwischen der Gemeinde und den Juden über den Garten, wo sie begraben werden. Im Jahre 1530 unter dem Verwalter Martin dem Schneider wurde den Juden mit Willen der ganzen Gemeinde genehmigt, daß sie sich einen Garten in der Gasse gemacht haben, die zwischen den Gärten des Štěch, Churan und Konečný ist, und zwar, daß sie sich zwei Querzäune zu diesen Gärten machen sollen so, wie es ihnen ausgemessen wurde, in diesen beiden Zäunen sollen sie zwei Türen machen, damit man dort gehen könne, wie dies von altersher üblich war, und davon sollen sie künftig zahlen zu jedem Zinstermin sowohl zu St. Georgi wie zu St. Galli je 16 Groschen meiß. („Zápis mezi obcí a židy o tu zahradu, kde se pochovávají. Léta MV^{C}XXX za hospodáře Martina Krajčího dopuštěno jest s vólí vší obce židóm, že sobě zahradu udělali v té ulici, která jest mezi zahradú Štěchovú, Churanovú a Konečného tak, že sobě mají dva ploty příční udělati k týmž zahradám tak, pokud jim jest vyměřeno, v těch plotech obou mají udělati dvoje dvéře, aby chozíno bylo tudy, jakž jest od starodávna, a z toho budúcně platiti mají každého ouroku jak svatojiřského tak svatohavelského po XVI gr. míš.) Vgl. *Říha* l. c. S. 14.

[7] Vgl. Archiv Český Bd. XVII, S. 230, und *J. Kapras*, Kniha svědomí města Nového Bydžova z l. 1311—1470, S. XVII.

[8] So schlichtet z. B. i. J. 1514 der Bidschower Stadtrat den Streit zwischen Pešek (Bešek) und dem Juden Lazar um ein verlorenes Fäßchen mit Waren, welches Lazar in Kuttenberg dem Pešek zum Transport übergeben hatte; als Lazar den Offenbarungseid über den Wert der Ware ablehnte, entschied der Stadtrat, Pešek sei ihm nicht verpflichtet den Schaden zu ersetzen; Liber memorabilium I, pag. 14, im Bidschower Stadtarchiv.

[9] Die Verfügungen der Bidschower Gemeinde zwecks Hintanhaltung von Feuerschäden sind eingetragen im Liber memorabilium I, pag. 154—155, im Bidschower Stadtarchiv; in der Einleitung findet sich eine Nachricht über die Feuersbrunst: Über den Brand zu Bidschow. Im Jahre 1531 zu St. Wenzeslai (28. IX.) wurde dieser Gemeindebeschluß eingetragen und für künftige Zeiten festgehalten: Wir Bürgermeister und Rat ut supra geben mit diesem Eintrag bekannt allen, sowohl den Jetzigen als auch unseren Nachkommenden auf künftige Zeiten, wie dieses obgeschriebene Jahr etc. den Montag nach St. Aegidi (d. i. 4. IX.) eine halbe Stunde vor Abend aus der Zulassung Gottes bei der Marta Bělejší aus dem Schweinestalle Feuer auskam. Man hat zwar nicht sicher ermitteln können, wie es entstanden, doch vermuteten die Leute, man habe geschnittene Schweine gewärmt, eine andere Vermutung der Leute war, der Bierbrauer habe unvorsichtig Kohle über den Hof getragen und so das Feuer angesteckt. Und dieser Brand hat so großen Schaden

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

verursacht, daß das Hintergebäude bei der Bělejší abbrannte und die Brauerei, das Haus des Tuchmachers Paštěk, sämtliche Fleischbänke samt zwei Häusern, in welchen der Seiler Jíra (Georg) und der *Jude Rouchal* wohnten, und die Hirtenhäuschen gegenüber dem Hause Čeňkovs, und wäre nicht Gott gnädig gewesen, was wäre da nicht daraus geworden! Deshalb hat zu künftiger Warnung und Gedächtnis die ganze Gemeinde folgendes beschlossen ... – („O ohni bydžovském. Léta 1531 při sv. Václavě (t. j. 28. IX.) toto svolení obecní jest zapsáno a utvrzeno budúcně: My purgmistr a radda ut supra oznamujem tiemto zápisem všem, tak nynějším jako i budúcím našim na potomní čas, kterak tohoto léta nadepsaného etc. v ten pondělí po sv. Jiljí (t. j. 4. IX.) na puol hodiny před večerem z božieho dopuštění vyšel jest oheň od Marty Bělejší z krmníkuov svinských. Toho za jistú věc nemohúc se toho (!) dověděti, jakú přičinú ten oheň se zňal, než toto domnění od lidí bylo, že jsou prasata řezaná podkuřovali, a druhé domnění bylo lidské, že by pivovarník, nesa uhlí přes dvuor, nešetrně a tak, že by zapálení učinil a z toho ohně škoda takováto se znamenitá stala, že ti zadkové od Bělejší domu vyhořali i pivovar, duom Paštěka soukeníka, mastní krámové všickni se dvěma domy, v kterém byl Jíra provazník a *Rouchal žid*, i pastuší chalupy proti domu Čeňkova, a když by tak toho nebylo na boží milosti, jak by se bylo stalo! A protož pro budúcí vajstrahu a pamět všecka obec na tom se svolila ...") Es folgen nun die einzelnen Anordnungen, an erster Stelle, daß man in der Bierbrauerei vorsichtig mit der glühenden Kohle umgehen solle. Die im Text erwähnte Bestimmung, daß niemand unter Strafe ein Haus am Ringplatz einem Juden oder Böhmischen Bruder verkaufen dürfe (také na tom obec zuostala a svolili se, aby v rinku žádnému z židuov ani z Bratří domuov nedopouštěli prodávati pod pokutú půl kopy grošů míšenských), ist erst zum Schluß zu lesen und steht, wie bereits erwähnt, mit dem Brande in keinem sachlichen Zusammenhange. *Říha* l. c., S. 15, konnte wohl den schwer leserlichen Eintrag nicht genau lesen und folgerte daraus zu Unrecht, der Verdacht wegen Brandstiftung wäre auf einen unvorsichtigen Juden gefallen, weshalb der Stadtrat gleich nach dem Brande den Befehl gegen die Juden erlassen habe; diese Bestimmung war in Wirklichkeit ein Befehl Johanns von Pernstein, von dem gleich die Rede sein wird, und wurde erst i. J. 1536 erlassen, ohne den mindesten Zusammenhang mit dem Brande v. J. 1531. Den zitierten Eintrag über die Juden und die Böhmischen Brüder v. J. 1531 hat bereits *J. Kašpar* abgedruckt l. c., Výroční zpráva reál. gymnasia v N. Bydžově za škol. rok. 1899/1900, S. 27.

[10] Die Bidschower Judenverordnung Johanns von Pernstein ist am besten abgedruckt im Archiv Český, Bd. XX, S. 390–391, Nr. 343 (nach der Eintragung im Liber memorabilium I, pag. 43, im Bidschower Stadtarchiv); weitere Drucke: *Bondy-Dvorský*, Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien, Bd. I, S. 299, Nr. 422, und *J. Kapras*, Kniha svědomí města Nového Bydžova v l. 1311–1470, Einleitung S. XLI–XLII (nach einem mangelhaften Text, der sich in der Konfirmation der Neubidschower Stadtprivilegien durch Josef II. findet).

[11] Das Original der Konfirmation erliegt im Bidschower Stadtarchiv; ihren Text hat *J. Kapras* abgedruckt l. c., Einleitung S. XLVIII–XLIX.

[12] Das genaue Gründungsdatum der Neubidschower Synagoge ist zwar nicht bekannt, doch ist kaum daran zu zweifeln, daß die Behauptung der Bidschower Juden v. J. 1660, ihre – damals schon sehr mitgenommene – Synagoge stehe 110 Jahre (vgl. weiter unten Anm. [29]), wenigstens annähernd richtig war. Zur Befreiung der Synagoge (es ist dies auch die erste direkte Nachricht über dieselbe) vgl. die Eintragung im Liber memorabilium I, pag. 291, im Bidschower Stadtarchiv (vgl. auch *Říha* l. c., S. 20): Im Jahre etc. (15)69 am Montag dem Tage St. Timothei (d. i. 24. Jänner) befreien der Herr Bürgermeister, die Ratsherren den jetzigen und zukünftigen Juden, welche bei und in der Stadt sind und sein werden, *die Schule, in welcher sie sich versammeln, und gestatten ihnen ein Gäßchen von zwei Ellen Breite, damit sie freien Durchgang haben könnten*, gelegen neben der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wand des Thobias Srostlík einerseits und des Juden Littmann anderseits, unbehindert von den jetzigen und zukünftigen Nachbaren, und lassen ihnen Juden zu und *sie Juden sollen sich auf ihre eigenen Kosten dieses Gäßchen in diesem Grundstück einfrieden* und dieselben Juden, sowohl die jetzigen als auch ihre Nachkömmlinge, sollen zum St. Georgi- und St. Gallitermin eines jeden Jahres je acht Groschen zahlen. Im Originaltext heißt es: „Léta etc. 69 v pondělí v den sv. Timothea (t. j. 24. ledna) pan purgmistr, páni, židům nynějším i budoucím, kteříž při městě tomto jsou i budou, *školu, do kteréž se scházejí, osvobozují* a *uličku dvou loket šíře, aby svobodný průchod míti mohli*, ležící podle stěny Thobiáše Srostlíka s jedné a Littmanna žida strany druhé, bez překážky sousedův těch i budoucích *propouštějí* a jim židům svobodno činí a *oni židé na svůj náklad sobě tu uličku ohraditi v týmž gruntě mají* a též židé, jak nynější tak budoucí jich, při času sv. Jiří a sv. Havla jednoho každého roku po osmi grošich platiti mají." Den Zusammenhang der Synagoge mit dem Hause des Juden Littmann zeigt auch eine fast gleichzeitige Eintragung eines Vertrages zwischen Viktorin aus Nimburg und dem Juden Littmann über eine Schuld von 58 Schock für Leder d. d. 25. Juli 1569 im Liber memorabilium I, pag. 287, demzufolge der Jude Littmann einen Vertrag abgeschlossen hat mit Viktorin von Nimburg wegen einer diesem zuständigen Schulforderung, und zwar 58 Schock, die er ihm für Häute schuldig war, und zwar so, daß er ihm jedes Jahr je 6 Schock zu St. Bartholomäi zahlen soll, nächst künftigen beginnend, bis zur Abzahlung der ganzen Summe, und anstatt einer Bürgschaft versichert er sie ihm auf dem Hause, anders Schule, in welchem er jetzt ist... („Littmann žid učinil smlouvu s Viktorinem z Nymburka o dluh jemu povinný, a to o LVIII kop, které jemu za kůže povinovat byl, a to tak, že jednoho každého roku má mu platiti po VI kopách při času sv. Bartholoměje, nejprv přístího počínaje, až do vyplnění vší sumy a místo rukojmí *na domě, jinak školc, v kterým nyni jest*, zastavuje...") In einer Verschreibung vom 3. Mai 1569 (Liber memorabilium I, pag. 287) wird dann von Littmanns Hause gesagt, daß es neben dem Hause Srostlíks liege.

[13] Der Vermerk darüber steht im Liber memorabilium I, pag. 291, im Stadtarchiv zu Bidschow: An obgeschriebenen Tag und Jahr (d. i. am 24. Jänner 1569) *befreien ihnen Juden*, jetzigen und zukünftigen, auch der Herr Bürgermeister und die Ratsherren *den Garten, in welchem sie begraben werden*, der neben dem Hohenbrucker Hofe und dem Andreas Lauda gelegen ist, *mitsamt dem Gäßchen*, wie es abgeteilt und ausgemessen ist, daß ihnen ohne jemandes jetziger oder zukünftiger Verhinderung kein Eingriff geschehen und das Gäßchen und der Garten ihnen nicht entzogen werden soll, solange sie bei dieser Stadt ihre Wohnung haben werden... Sie Juden sollen auch zum St. Georgi- und St. Gallitermin eines jeden Jahres je 40 Groschen meiß. zinsen. („Téhož dne a léta svrchupsaného [t. j. 24. I. 1569] *zahradu tu, v kteréž se pochovávají*, ležící podle dvoru humburskýho a Vondřeje Loudy, i *s tou uličkou*, jakž jest rozdělena a vyměřena, *jim židům*, nynějším i budoucím jich, též pan purgmistr a páni *osvobozují*, že bez překážky všech, jak nynějších tak budoucích, nemá jim v to vkračováno býti a té uličky i zahrady odjímáno potud, pokudž by při městě tomto byt svůj měli, býti... Oni židé též při času sv. Jiří a sv. Havla jednoho každého roku úroku platiti mají po 40 groš. míš.")

[14] Vgl. *J. Kapras* l. c. S. XVIII–XX.

[15] Das Verzeichnis abgedruckt bei *Bondy-Dvorský*, Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien, Bd. I (Prag 1906), S. 530, Nr. 729. Wie bereits der Herausgeber bemerkt hat, ist die Liste nicht vollständig; es fehlt darin vor allem Kolin, dessen Judengemeinde jedenfalls umfangreicher war als jene von Bidschow, die wiederum mit den Koliner (und auch Jungbunzlauer) Juden regen Verkehr unterhielt. Des Interesses halber führe ich an, daß die größte Zahl jüdischer Steuereinheiten in unserem Verzeichnisse bei Raudnitz angeführt ist (23), dem sich Teplitz anschließt (22½); die Jungbunzlauer Judengemeinde erscheint hier mit 16½ Steuereinheiten. In der näheren Umgebung von Bidschow sind jüdische

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Kontribuenten angegeben in Rožďalovitz (1½), Chlumetz (2) und Hořitz (3); die Pilsner Judengemeinde war nur mit 4 Steuereinheiten aufgenommen.

[16] Neu-Bidschow hatte i. J. 1598 in der Stadt 118 Häuser und auf der Vorstadt 53, demnach 171 Häuser, vgl. Liber memorabilium I, pag. 636, im Bidschower Stadtarchiv, und *Říha* l. c., S. 23.

[17] Dafür zeugt der Auftrag der Böhmischen Kammer an die Bidschower d. d. 28. Juli 1570 (Konzept im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/23), der auf Grund einer Beschwerde der Bidschower Juden erlassen worden war (daß Ihr sie angeblich aus der Stadt ausweiset und anderweitig plaget — že byšte je z města vypovídati a jinými příčinami sužovati měli); den Bidschowern wurde befohlen: weil Euch das, daß Ihr sie, namentlich aber ohne Wissen und Willen SKM von dort ausweisen solltet, keineswegs zustehet, so befehlen wir Euch anstelle SKM, sie darin in Ruhe zu lassen ... und nicht zu beschweren ... („poněvadž vám to, abyste vy je, zvláště pak bez jisté vuole a poručení JMK, odtud vypovídati měli, nenáleží, protož vám na místě JMK poroučíme, abyšte jim v tom pokoj dali a... neztěžovali..."). Im Zusammenhang damit, was wir über das Verhältnis der Stadt zur Judengemeinde v. J. 1569 wissen, steht es außer Zweifel, daß sich die Verfügung der Bidschower, gegen die sich die Juden beschwert hatten, nicht auf die ansässige Judenschaft bezog.

[18] Vgl. den Vertrag zwischen den Juden Joachim und Markus v. J. 1604, eingetragen im Liber memorabilium I, pag. 601, im Bidschower Stadtarchiv, der auch durch seine Einzelheiten interessiert: Vertrag über den Neubau des Hinterhauses im Hause des Joachim, Schuljuden, das von Markus dem Juden aufgebaut worden ist, dem Herrn Bürgermeister und den Ratsherren überreicht. Im Jahre 1604 hat Markus der Jude das Gebäude angefangen machen zu lassen gleich von dem Kämmerlein Joachims des Juden bis neben der jüdischen Schule mit dem Gäßchen abschneidend, das von der anderen Seite neben dem Garten des Juden Isaak Lazars liegt. Da ist nun zwischen ihnen Juden dieser Vergleich abgeschlossen worden, wie folgt: Wie jetzt das Gebäude aufgebaut ist und Fenster von allen Seiten hat, so sollen diejenigen, die vorhanden sind, erhalten werden ohne Verhinderung, und man soll durch diese Fenster kein Kehricht werfen noch etwas gießen, ferner so, falls der Jude Isaak in seinem Garten ein Gebäude bauen wollte, dann soll er ein Gäßchen durchwegs eine Elle breit zwischen dem Gebäude lassen; item sollen sie aus dem neugebauten Hause eine Türe zum Brunnen zwecks Wasserschöpfens lassen und den Brunnen gemeinsam erhalten. Wofern aber weiter der Jude Isaak einen Brunnen haben wollte, so sollen sie sich darüber untereinander einigen mit Ausnahme der Wage, die wird der Jude Isaak wohin immer zu wenden durch mich Markus ungehindert Macht haben. Auch der Graben, der von dem Brunnen läuft, in den soll ich durch eine Rinne aus meinem Hause frei Wasser gießen können und diesen Graben soll ich Marek auf meine Unkosten instand halten. Und falls der Jude Isaak bei dem Brunnen das Wasser stauen wollte, so soll er mir einen Stehplatz zum Wasserschöpfen lassen. Was aber den Juden Joachim betrifft, so soll durch seinen Hof freie Durchfahrt und Durchgang ungehindert möglich sein, aus dem Keller Wasser zu holen, und dafür soll wieder ihm Joachim und... dem Besitzer des Grundes — salva venia — zu dem bei dem neuen Gebäude vorhandenen Abort freier Zugang sogar durch den Marstall möglich sein. Und SKM Haussteuer wird der Jude Markus zu dem Vordergebäude ein Drittel beizutragen verpflichtet sein. Und das haben einander dieselben Juden auf künftige Zeiten zu beobachten zugesagt und um die Verfassung und Eintragung dieses Vertrages in diese Bücher gebeten, was ihnen vom Herrn Bürgermeister und den Herren Räten bewilligt worden. So geschehen am Montag nach dem Sonntage Oculi (d. i. 22. März) unter dem Bürgermeister Jakob Kožíšek. („Smlouva o vystavení v nově stavení zadního v domě Joachyma žida školskýho od Marka žida vystavenýho, před pana purgmistra a pány na spisu podaná. Léta 1604 počnouce Marek žid to stavení dáti dělati hned od komůrky Joachyma žida až podle školy židovský zároveň do ouličky, ležící s druhé strany podle zahrady Izáka Lazarova

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

žida, mezi nimi židy toto porovnání se stalo a to takové: Jakž nyní to stavení vystaveno jest a okna se všech stran, kteráž jsou, ta bez překážky zachovati mají, kterejmižto okny žádnejch smetí sypati a nic lejti se nemá; i tím způsobem, jestliže by Izák žid v své zahradě stavení stavěti chtěl, tehdy oulička naskrze lokte zšíři mezi stavením zanechati má; item dveří k studnici z domu u nově vystaveného k vážení vody zanechati a na studnici společně nakládati mají. Jestliže by pak dáleji studnici Izák žid jmíti chtěl, tehdy společně o to se snésti mají kromě váhy, tu Izák žid, kam by koliv obrátiti chtěl, to mně Markovi beze škody učiniti moci bude. I též strouha, která běží od studnice, do té litím vody po žlábku z stavení mého volně činiti a tu strouhu já Marek vypravovati na svůj groš mám. A jestliže by Izák žid u studnice hraditi chtěl, tehdy místo na nohu k vážení vody mně zanechati má. Co se pak Joachyma žida dotýče, tu skrze dvůr jeho průjezd, průchod a vodu ze sklepa bráti volnej bez překážky býti má a na to zase jemu Joachymovi a.. držiteli gruntu (s odpuštěním) k záchodu, kteryž při novém stavení jest, volnej býti i skrze marštal má. A J M C berni domovní Marek žid k přednímu stavení třetí díl nápomocen dáti povinen bude. A to sobě též židé na časy budoucí zdržeti připověděli a za seznamenání a vepsání té smlouvy v tyto knihy prosili, k čemuž jim od ppp. povoleno. Stalo se v pondělí po neděli Oculi [t. j. 22. III.] za purgmistra Jakuba Kožíška.") Das Haus des Juden Joachim, Černý zubenannt, lag neben der Roßmühle einerseits und dem des Andreas Škola Kolínec anderseits, wie sich aus einer Verschreibung über 29 Schock 23 Groschen 3 Denare meiß. Schuld für Kramwaren ergibt, die i. J. 1574 der Jude Joachim dem Prag-Altstädter Bürger Paul Mejzl auf seinem Hause versicherte (Liber memorabilium I, pag. 322).

19 Interessant ist in dieser Hinsicht der Vertrag v. J. 1530 zwischen Johann Svíčníkův und dem Juden Žalman über die Abtretung einer Grundparzelle, eingetragen im Liber memorabilium I, pag. 141, im Bidschower Stadtarchiv, demzufolge Žalman dem Johann von seinem Hofe zu dem Hause Johanns einen Platz in der Breite 2½ Ellen von der Wand des Johann, die zwischen ihnen steht, zugegeben hat, so und mitsamt dem Zaune, der in den Hofraum des Žalman gemacht werden soll, und diese Hingabe ist in der Weise geschehen, daß Johann und dessen Nachfolger verpflichtet sein sollen und werden, dem Žalman und dessen Nachfolgern das Abfallwasser aus dem Hofe Žalmans durch ihren Garten in einem Graben bis in denjenigen Graben laufen zu lassen, der um die Stadeln fließt gegen Račan, und Žalman und dessen Nachkommen sollen mit diesem Graben, der durch Johanns Garten geht, hinsichtlich Reparatur und Erhaltung nichts zu tun haben, nur Johann selbst oder seine Nachfolger, und er Johann und andere Besitzer dieses Hauses sollen diesen Graben stets reinmachen neben der Wand im Hofe Žalmans... („Žalman Janovi přidal od svého dvoru k Janovu domu místa zš. od stěny Janovy na 2½ lokte, která v mezi stojí tak i s tím plotem, který má udělán býti do dvora Žalmanova, a to oddání jest učiněno na tento zpuosob, že Jan má a povinen bude i jeho potomci, držitelé toho domu, Žalmanovi a jeho budúcím pouštěti vodu z dvoru Žalmanova vopadní a to skrze svú zahradu struhou až do té struhy, která jde okolo humen, k račanám, a Žalman a jeho potomci nemají s tou strouhou, která skrze Janovu zahradu jde, nic jmíti činiti opravú a nákladem než sám Jan aneb jeho potomní a také Jan má i jiní držitelé toho domu struhu dělávati podle té stěny ve dvoře Žalmanově...").

20 Ein besonders bemerkenswerter Beleg dafür ist die Beschwerde der Neubidschower Juden („židé obyvatelé všickni města Nového Bydžova") an die Böhmische Kammer v. J. 1605 (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, J 4/70; s. d., präsentiert 11. März 1605), „wasmaßen wir arme Juden, die Handel treiben und um unseren Lebenserwerb unser Leben in Gefahr bringen und als SKM starke Steuerzahler uns mühsam durchschlagen, so daß wir zeitweise mit unseren Frauen und Kindern das Stück Brot behaupten können. Aber wenn wir dann unserer Verrichtung wegen hier in Böhmen *uns in die Städte und Städtchen verlieren und insbesondere in das Städtchen Hořitz*, da exequieren uns die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Christen wegen Christenschulden und stürzen uns so in großen Schaden und Ruin. Zwar ist in dieser Hinsicht bereits von Euer Gnaden auf unser untertäniges Supplizieren den Hořitzern in diesen Dingen befohlen, da von SKM vor einigen Jahren eine gewisse Verordnung und Instruktion erlassen worden, daß kein Christ wegen eines Juden noch auch ein Jude wegen eines Christen schuldenhalber oder anderweitig bei irgendeinem Recht exequiert werden solle. Doch wenn wir uns auf diesen Befehl Euer Gnaden an die Herren von Hořitz berufen und danach behandelt zu werden begehren, so behaupten sie, nichts davon zu wissen, und so kommen wir schonungslos oft zu großem Schaden. Und damit wir nun, unglückliche arme Juden, bei der obgedachten SKM Konfirmation belassen und von solchen Bedrükkungen befreit sein könnten, bitten wir Euer Gnaden als erstens vor Gott dem Herrn und dann nach SKM erster Obrigkeit und Herrschaft um Gottes Barmherzigkeit willen, uns arme untertänige Leute vor solchen Bedrückungen gnädig zu schützen und den Herren Bürgermeister und Rat der Stadt Neu-Bidschow Euern gnädigen Befehl im Namen und anstatt SKM tun zu wollen, daß uns vor allem das Recht der Stadt Neu-Bidschow, und wenn wir dann unserm armen Erwerb nachgehen, kraft solchen gnädigen Befehls Euer Gnaden gegen derartige Bedrückungen und Exekutionen dienen und nützen könnte, damit wir nicht mehr dem Ruin ausgesetzt werden... („Kterak my, chudí židé, handlujíce a po živnosti své pracujíce hrdla svého opovážiti se musíme, a jsouc lidé JMC velice poplatní, pracně se živíme, takže sobě časem s manželkami a s dítkami ten kus chleba obhájiti můžeme. Ale že pak, když tak kde za takovými potřebami našimi zde v Čechách *do měst a městeček se zahodíme a vzvláště do městečka Hořic*, tehdy křesťané pro dluhy křesťanské nás právem obstavují a tudy k velikým škodám a záhubě nás přivozují. An o tom předešle od vašich milostí na ponížené suplikování naše pánům hořickým v těch příčinách, poněvadž od JMC před některými lety jisté. nařízení a instrukcí vydána jest byla, aby žádný z křesťanův pro žida, ani žid pro křesťana za příčinou dluhův a jiných podobných příčin při žádném právě obstavováni nebyli, na kteréžto milostivé Vašich Milostí jim pánům Hořickým poručení když se potahujíc, při něm zůstaveni býti žádáme, praví, že o něm nevědí, a tak bez ušetření velice ke škodám přivozováni bývá me. I abychom my, nebozí chudí židé, při výš oznámené JMC. confirmatí zůstaveni a takových outisků osvobozeni býti mohli, Vašich Milostí jakožto po Pánu Bohu předně a potom po JMC nejpřednější vrchnosti a pánův svých pro milosrdenství boží, že nás chudé a ponížené lidi před takovými nátisky milostivě ochrániti a pánům purgmistru a raddě města Nového Bydžova své milostivé poručení jménem a na místě JMC učiniti ráčíte, aby jak předně právo města Bydžova Nového, tak i odtud skrze takové milostivé poručení vašich milostí nám, kdež bychom po chudých svých živnůstkách jdouce, proti takovým outiskům a obstavunkům sloužiti a prospěti mohlo tak, abychom již více u záhubě přivozováni nebyli...“

[21] Diese „Správa i dobré zdání komisařův k přijímání počtův zemských z strany domu židovského, skoupeného při městě Novém Bydžově, mají-li se z něho berně domové dávati čili nic“ d. d. 23. August 1605, ein äußerst wertvolles Dokument für die Geschichte der Bidschower Juden in vorweißenbergischer Zeit, hat sich im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag erhalten, S M, B 20/30, und lautet: „Na suplikací starších židův i na místě vší obce židovské v městě Novém Bydžově tato se správa Vašim Milostem činí. Kderak za předešlých let podle sněmovních snešení purkmistr a konšelé města Bydžova Nového vždycky podle listu svého přiznávacího z 11 hlav židovských po 2 dukátích a po 1 dukátu ze 3 hlav židův mladších, též z domův židovských 6 po 4 kopách míš. sou odvozovali. Kdež pak toho též židé starší i na místě vší obce židovské v témž Novém Bydžově dokládají a oznamují, kderak by z týchž domův jich jeden dům mezi sebou k obci pro špitál a v něm chudých almužníkův k chování skoupiti měli, žádajíce toho, aby z téhož domu tak skoupeného jakožto špitálu příkladem zdejších pražských židův již více berně domové neplatili ani v to od purkmistra a konšelův téhož města Bydžova Nového potahováni nebyli. I ačkoliv zdejším pražským

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

i jiným židům, že ze škol, špitálův, vobecních domů, kdež se chudí lidé almužníci chovají, nic neplatí, nýbrž jim to vše od Vašich Milostí podle oučtův s nimi pasírováno jest, však že se dokonale věděti nemůže, jak by mnoho domův svých židovských v témž městě Bydžově měli a mnoho-li tam židův starších i mladších jest, proto, pokudž by (toliko) tak bylo, že sou týž dům sobě za touž příčinou pro špitál koupili a jiného handle v něm neprovozují a purkmistr a konšelé téhož města Nového Bydžova, kolik domův svých mají a jak jich mnoho v městě jich jest, i že sou týž dům pro špitál skoupili, jím to vysvědčí, naše zdání jest, že by příkladem zdejších i jinších židův také toho užíti mohli, aby z téhož domu berní domových nedávali..." (Auf die Supplikation der Judenältesten, auch anstelle der ganzen Judengemeinde in der Stadt Neu-Bidschow wird Euer Gnaden dieser Bericht erstattet: in den verflossenen Jahren haben laut Landtagsbeschluß Bürgermeister und Rat der Stadt Neu-Bidschow stets nach ihrem Bekenntnisbogen von 11 jüdischen Köpfen je 2 Dukaten und je 1 Dukaten von 3 jüngeren Judenköpfen, auch von 6 Judenhäusern je 4 Schock meiß. abgeführt. Wie nun besagte Judenälteste, auch anstelle einer ganzen Judengemeinde ebenda in Neu-Bidschow nachweisen und anzeigen, haben sie von denselben Judenhäusern untereinander ein Haus zur Gemeinde für ein Spital angekauft, um darin arme Pfründler zu verpflegen, und ersuchen, von diesem so für ein Spital angekauften Hause nach dem Beispiel der hiesigen Prager Juden keine Haussteuer mehr zahlen zu müssen und von Bürgermeister und Rat dieser Stadt Neu-Bidschow nicht mehr dazu herangezogen zu werden. Wiewohl nun die hiesigen Prager und anderen Juden von den Schulen, Spitälern, Gemeindehäusern, wo die armen Pfründler verpflegt werden, nichts zahlen, sondern ihnen dieses alles von Euer Gnaden nach ihrer Rechnungslegung nachgesehen ist, doch da man nicht genau wissen kann, wieviel eigene Judenhäuser sie in dieser Stadt Bidschow haben und wieviel ältere und jüngere Juden dort wohnen, darum geht unser Gutachten dahin: falls es sich so verhält, daß sie sich dasselbe Haus zu diesem Zwecke für ein Spital gekauft haben und sonst keinen Handel darin betreiben, und wenn Bürgermeister und Rat derselben Stadt Neu-Bidschow ihnen das bestätigen, wieviel eigene Häuser sie besitzen und wieviel ihrer in der Stadt sind sowie daß sie dieses Haus zu einem Spital gekauft haben, so könnten sie wohl nach dem Beispiel der hiesigen und anderer Juden auch die Wohltat genießen und müßten von diesem Hause keine Haussteuer zahlen ...)

22 Die angegebenen Daten sind enthalten in dem „Vyznamenání židovstva v městě Novém Bydžově nad Cidlinou" (Verzeichnis der Judenschaft in der Stadt N.-B. an der Cidlina) d. d. 12. Mai 1650, Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, N M, J 7/8.

23 Eine Abschrift des am 14. Dezember 1633 zu Neu-Bidschow unter dem Bürgermeister Christoph Šternberský zwischen Richter und Rat der Stadt Neu-Bidschow einerseits und den Judenältesten (Jakob Leybl Bydžovský und Jakob Leybl Boleslavský) des Neubidschower Ghettos anderseits abgeschlossenen Vertrages hat sich erhalten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6. Zum Abschluß dieses Vertrages waren die Juden durch die Drohung im Rezeß der Prager Statthalter d. d. 12. Feber 1631 gezwungen worden, falls die Juden nicht freiwillig die von altersher versessenen als auch die neuen unterschiedlichen Beiträge und Kontributionen samt und sonders ordentlich ohne Verzug und Ausflüchte entrichten sollten, und mit ihren Mitnachbaren nicht die Lasten tragen wollten, so sollten sie dazu nicht bloß durch wirkliche Arrestierung verhalten werden, sondern es sollte dies auch auf allerhand Beweglichem und Unbeweglichem, auf ihren Gründen, Beilaß und Gerät, soweit diese reichen, eingebracht und durch Verbot und Einstellung ihrer Geschäfts- und Handelstätigkeit eingetrieben werden. *Řítha* l. c., S. 17, sagt mit Unrecht, die Juden hätten in den Jahren 1634—1654 zur Bidschower Gemeinde *jährlich* 300 fl. rh. Schutzgeld gezahlt; 300 fl. war die Gesamtsumme ihres Schuldrestes (nach dem Vertrage verpflichteten sich die Juden, für die rückständigen verflossenen Kontributionen zu dieser Gemeinde dreihundert Gulden rheinisch, jeden zu 60 Kreuzern gerechnet, alljährlich mit 15 fl., der erste

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Termin mit nächstkünftigem Mitfasten beginnend... bis zur Erfüllung dieser vereinbarten Summe geben und abführen zu wollen — na zadržalé předešlé kontribuce k obci této tři sta zlatých rejn., každý po 60 kr. počítaje, každoročně po 15 zl., počnouc první termin o středopostí nejprve příští... až do vyplnění té svolené summy dávati a odváděti chtějí), und — wie ersichtlich — handelte es sich um kein „Schutzgeld".

[24] Über die Reduktions- und Exstirpationsbestrebungen in nachweißenbergischer Zeit, insbesondere im Hinblick auf das Prager Ghetto, vgl. *Jar. Prokeš*, Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit, Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Rep., Jg. I (1929), S. 41—262.

[25] Vgl. *Jar. Prokeš* l. c., S. 72—73.

[26] Es handelt sich um das in Anm. 22 zitierte „Vyznamenání".

[27] Ihre Namen waren: Simon Kaufmann, Samuel Žid, Simon Muzikář, Pinkas Žid, Salomon, Jakob Kozel, Jakob Košer, Wilim Žid, Buličeli (Bulyeželi), Abraham Kozel, zwei verheiratete Totengräber, Salomon Žid, Markus Žid, eine verwitwete (alleinstehende) Jüdin, der jüdische Rektor; außerdem zwei verwitwete Pfründlerinnen und ein Pfründler. — Tatsächlich war freilich die Zahl der jüdischen Einwohner in den einzelnen Judenhäusern sehr verschieden: in dem ersten Hause wohnten bloß zwei Personen (Simon Kaufmann samt Frau), im zweiten Hause 7 Personen, im dritten Hause 21, im vierten Hause 10, im fünften 11, im sechsten 7, im Häuschen bei der Synagoge 9 und im Spitale 6. — Im Verzeichnis fehlt der Name des Lebl Stumb, der sich zwar im Jahre 1649 im Bidschower Ghetto niederlassen wollte, aber vom Rate der Stadt Bidschow, dem das Ersuchen Stumbs von der Böhmischen Kammer zu freiem Ermessen anheimgestellt worden war, abgewiesen wurde (Konzept der Zuschrift der Böhmischen Kammer dd. 11. August 1649 an Richter und Rat der Stadt Neu-Bidschow im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/10: Wir haben uns eure Nachricht, die ihr uns in Sr. kön. Maj. Böhmische Kammer in Sachen des Juden Lebl Štumb, der sich hier bei der Stadt Bidschow unter anderen bei euch wohnende Juden niederlassen will, produzieren lassen und haben daraus entnommen, daß derselbe Lebl Jude ein unordentlicher Mensch sein soll; Sr. kön. Maj. Böhmische Kammer begehrt nun keineswegs, euch diesen Juden mit Gewalt in die Stadt aufzuzwingen, sondern wenn ihr ihn selbst ungedrungen aufnehmen wollt, so bleibt das euerm Willen überlassen. Ihr werdet daher in dieser Sache zu tun wissen, was auch am besten dünkt. („Dali jsme sobě správu vaši, kterou jste nám na komoru JMC českou v příčině Leble Štumba žida, který se tu při městě Bidžově mezi jiné židé u vás zůstávající usaditi chce, předvésti, z kteréžto správy porozumívajíce, že by týž Lebl žid nezbedný člověk býti měl: nežádajíce pak JMC komora česká vám téhož žida mocí do města vnutkati, nýbrž jestliže vy jeho sami dobrovolně přijíti chcete, to při vaší vůli zůstane. Pročež v té příčině budete věděti, co se vám za nejlepší vidí činit).i")

[28] Der diesbezügliche Vermerk mit der Überschrift „O hradbu židovskou" (Betreffs der Judenmauer) steht im Liber memorabilium I, pag. 1145 und 1146, im Bidschower Stadtarchiv, und lautet: Im Jahre 1659, am 29. April. Wie dies eigentlich ein hochnotwendiges Bedürfnis zeigt, daß diese Stadt, welche an vielen Stellen, insbesondere über den Wällen und Stadtgräben, sehr häufig offen und an Mauern verfallen ist, wieder zwecks Vermeidung unterschiedlicher Unzukömmlichkeiten entsprechend abgeschlossen und befestigt werde, daher wurde auf Beschluß Sr. kön. Maj. Herrn Richters, Herrn Bürgermeisters und der Herren Räte angeordnet, daß entweder die ganz offene Stelle im Judenviertel auf den Wällen gegenüber der Kirche zur hl. Dreifaltigkeit von der Ecke der Stadtmauern auf die Judenschule zu entweder von der Judengemeinde auf ihre eigenen Unkosten entsprechend, wie man dies an anderen bereits befestigten Orten sieht, befestigt werde, und wofern die Judenältesten anstelle ihrer Gemeindegenossen darauf nicht eingehen und die Befestigung nicht entsprechend herstellen wollten, daß in diesem Falle die Gemeinde selbst die Befestigung herstellen werde, wogegen dann von dem Augenblick an der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ganze Platz, wo ehedem ein Judenhaus war, nicht mehr den Juden, sondern der Gemeinde angehören werde. Doch die Judenältesten erwogen die Umstände, und da sie nicht um diesen Platz kommen wollten, ließen sie sichs gefallen und führten aus ihrer Judengemeinde 6 fl. rhein. und eintausend Schindelnägel den Herren Verwaltern ab mit der gleichzeitigen Abmachung, daß ihnen solche Stelle sowie die Stelle neben Jörg Bid gelegen ihnen fürderhin gehören werde und wofern hier jemand irgendein Gebäude (wie vordem gewesen) auferbauen wollte, daß ihnen hierin keinerlei Hindernis in den Weg gelegt werden solle, was zu künftiger Festhaltung in dieses Buch eingetragen worden. — (Léta 1659, 29. Aprilis, tak, jakož toho vlastně sama důležitá potřeba ukazuje, aby město toto, jsouce v mnoha místech, zvláště nad valy a příkopy městskými, velmi zhusta otevřené a v hradbách spustlé, zase pro uvarování všelijakých nepříležitostí k zavření a ohražení náležitému přivedeno býti mohlo, protož z snešení JMC pana rychtáře pppánův totéž nařízeno jest, aby buď to místo v osadě židovské na valech proti kostelu sv. Trojice od rohu zdí městských k škole židovské jdoucí dokonce otevřené buď od osady židovské na jejich vlastní náklad náležitě, jakž se v jiných místech, již ohražených spatřuje, ohraženo bylo, a pokud by k tomu starší židé na místě svých osadních přistoupiti a, jakž sluší, hraditi nechtěli, že obec sama na svůj náklad hraditi, potom pak od té chvíle to všecko místo, kdež někdy stavení židovské bylo, ne víceji židům, ale obci náležeti bude. Však starší židé v tom se rozmyslíce, nechtějíc o též místo přijíti raději to oblíbili a na touž hradbu z osady své židovské 6 fl. rejnských a hřebíkův šindelních jeden tisíc pánům správcům odvedli s tím při tom jich opatřením, že takové místo jako i místo podle Jiříka Bída ležící jim předce náležeti bude, a kdyby tu kdo kdy stavení ňáké vyzdvihovati (jako předešle bývalo) chtěl, že jim v tom žádná překážka činěna býti nemá, což pro budoucí paměť do knih těchto vypsáno jest.") Vgl. auch *Říha* l. c., S. 35.

29 Die Verbücherung im Liber memorabilium I, pag. 1159, im Bidschower Stadtarchiv, hat folgenden Wortlaut: Im Jahre des Herrn 1660, am 21. Tag des Monats Juni, ersuchten die Judenältesten anstelle der ganzen Judengemeinde dieser Stadt Neu-Bidschow in aller Form um Zutritt in den vollen Rat und trugen auch anstelle ihrer Gemeinde schriftlich Sr. kön. Maj. Herrn Richter, Herrn Bürgermeister und Herren Räten ein Gesuch vor, indem sie anzeigten, daß ihre Synagoge oder Schule (welche nach ihrer Überlieferung und Nachricht einhundert und zehn Jahre gestanden) in ihrem Bauzustand sehr verfallen, gemindert und geradezu baufällig sei, so daß sie nicht mehr hineingehen könnten, um dort ihre Pflichten zu verrichten. Darum trügen sie Sorge, daß sie dieselbe durch gewisse Mittel nach ihrer höchsten Möglichkeit wieder neu aufrichten und aufbauen könnten, und suchten darum bei Sr. kön. Maj. Herrn Richter, Herrn Bürgermeister und Herren Räten bescheiden nach und ersuchten um die bezügliche Bewilligung (da sie selbst vorwitzig nichts dergleichen vornehmen wollten). Sr. kön. Maj. Herr Richter, Herr Bürgermeister und die Herren Räte erkannten ihr Gesuch an sich als billig an und wählten zunächst aus ihrer Mitte gewisse Personen, namentlich den Herrn Jakob Černohorský, Herrn Johann Polák und Herrn Samuel Wenzel Michaeus, betrauten sie mit dem Lokalaugenschein und geruhten auf ihre Relation hin ihrem Ersuchen stattzugeben und schlugen zu dem ersteren Gebäude gegen Sonnenaufgang ein gewisses eigenes und zu ihrer Gemeinde gehöriges Teilgrundstück ohne Nachteil und Abbruch der Gemeinde zu, damit sie sich solches Gebäude ohne irgendwelches Menschen Verhinderung aufbauen und aufrichten könnten. Das wurde zu künftiger Festhaltung auf ihr Ersuchen in dieses Gedenkbuch einverleibt. Actum ut supra unter dem Bürgermeister Herrn Jakob Černohorský und dem Stadtprimator Herrn Andreas Unčovský, unter den Ältesten derselben Judengemeinde Enoch Schick, Isaak Král und Salomon Markus Mesner. — („Léta Páně 1660, 21. dne měsíce junii, starší židé na místě vší osady židovské města tohoto Nového Bydžova vyžádavše sobě pořádně vstoupení do plné raddy, žádost svou na místě též vší osady skrze spis svůj JMC panu rychtáři, panu purkmistru, pánům přednesli oznamujíce, kterak synagoga nebo škola jejich [kteráž vedle paměti a zprávy jich jedno sto a deset let

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

stála] v stavení tak velice sešla, ztenčena a na samém rozboření zůstává, takže již do ní vcházeti a tam povinnosti své vykonávati nemohou. Protož starajíce se o to, aby skrze jisté prostředky dle nejvyšší možnosti své ji z gruntu zase novou vyzdvihnouti a vystavěti mohli, šetrně toho při JMC panu rychtáři, panu purkmistru, páních vyhledávali a aby jim v tom [nechtíc sami všetečně nic takového před sebe bráti] povoleno bylo, snažně žádali. Kdež JMC pan rychtář, pan purkmistr, páni žádost jejich samou v sobě slušnou býti uznávajíce a nejprve z prostředku svého jisté osoby, zejména pana Jakuba Černohorského, pana Jana Poláka a pana Samuele Václava Michaeusa k vyšetření místa vyšlíce po učiněné od nich relatí žádosti jejich místo dáti a připojíc k prvnějšímu stavení k vejchodu slunce jistý díl místa jejich vlastního a k osadě jejich patřícího beze škody a újmy obce, aby takové stavení sobě bez překážky jednoho každého člověka vystavěti a vyzdvihnouti mohli, tomu povoliti ráčili. Což pro budoucí památku k žádosti jejich do knih těchto pamětných zapsáno jest. Actum uts. za purkmistra pana Jakuba Černohorskýho a primátora města pana Ondřeje Unčovskýho, za starších toho času též židovské osady Enocha Šika, Izáka Krále a Šalomouna Marka kostelníka".) Vgl. auch Říha l. c., S. 35–36.

30 Die diesbezüglichen Nachrichten hängen mit dem Bidschower Ghettobrande vom Jahre 1718 zusammen, von dem weiter unten die Rede sein wird.

31 Diese Separation des Bidschower Ghettos wurde um das Jahr 1708 durchgeführt. Früher besaßen die Juden noch 2–3 Häuser außerhalb des Ghettos beim Stadttor (vermutlich dem Metličaner Tor, das auch als Königgrätzer Tor bezeichnet wurde) und umgekehrt über dem Graben bei der Friedhofsmauer der Kirche zur hl. Dreifaltigkeit in der Nachbarschaft des Ghettos standen einige Christenhäuser. Etwa um das Jahr 1708 wurde ein Umtausch dieser Häuser durchgeführt und dadurch gewann das Ghetto wieder geschlossenen Charakter, wie er augenfällig auf dem Plane vom Jahre 1718 zutage tritt. Den angedeuteten Tausch erwähnten die Bidschower Juden in ihrer Supplik an die Prager Statthalter d. d. präs. 26. September 1718 (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6; vgl. auch weiter unten Anm. 54): „... ist förderist billich zu reflectiren, daß 2 oder 3 jüdische Häuser beym Thore gestanden, welche aber denen Juden vor etwa 10 Jahren weggenommen und ihnen darvor... etwelche auf dem Graben befindliche christliche Häuser, damit also... die Judenschaft totaliter separirt wäre, eingeraumbet..."

32 In ihrer Beschwerde gegen die Juden (vgl. weiter unten Anm. 39) aus der ersten Hälfte des Jahres 1718 führten zwar die Bidschower an, die Juden hätten sich auf 600 Personen vermehrt, aber diese Zahl ist etwa um ein Drittel zu hoch, denn noch in demselben Jahre bemerkt der Neubidschower Stadtrat, in 24 Judenhäusern seien 70 Wirte ansässig (neben Weibern, Kindern und dem Gesinde), was zur angeführten abgerundeten Zahl von 400 Personen führt (vgl. das Verhältnis 16 : 73 vom Jahre 1650, — für das Jahr 1718 muß man allerdings eine etwas höhere Verhältniszahl voraussetzen, da das Nachkriegsjahr 1650 offenbar etwas unter dem Normalwert lag).

33 Es scheint, daß der Hauptgrund zur Aufrollung des Streites in der Verordnung der Böhmischen Kammer an den Bidschower Königsrichter d. d. 29. Juli 1671 zu suchen ist (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/21); dort wird zum erstenmal die Nachricht erwähnt, daß unter den Bidschower Juden unterschiedliche Unregelmäßigkeiten eingerissen seien, und zwar nur deshalb, „weilen sie Juden untereinander nach eigenen Belieben, wehm sie wollen, zum Judenältisten wählen und ersetzen". Die Besetzung der Judenämter in Bidschow solle ebenso durchgeführt werden wie in anderen königlichen Städten (d. h. nach der Ratifizierung der Böhmischen Kammer) und es solle daher der Königsrichter die jetzigen Judenältesten und sonstigen jüdischen Amtleute zum Magistrat vorladen und ihnen namens der Böhmischen Kammer auftragen, künftig müßten die ordentlich erwählten Personen im Wege der Königsrichter und des Magistrates und mit ihrem Gutachten der Böhmischen Kammer zur Bestätigung vorgelegt werden. In der Tat wurden dann die nächsten Wahlen nach diesem Auftrag vorgenommen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

und die Böhmische Kammer stellte am 11. Jänner 1672 (l. c.) dem Bidschower Königsrichter die genehmigte Liste der gewählten Personen mit dem Bemerken zurück, ihre Installierung vorzunehmen und sie zu vereidigen.

[34] Das Original des Gutachtens hat sich erhalten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/10.

[35] Quoad effectum dominii utilis nebst denen darzu gehörigen Jurisdictionalien.

[36] Auch zue jener Zeit, da die nunmehrige Leibgedingstadt Neubidzow denen Bernsteinen zugehörig ware, alldorten (wie ein solches aus den alten und dem königl. Untercammerambt selbst bekandten Actis klar zu ersehen [— heute sind allerdings alle diese Akten verloren —]) gar wenige Juden sich befunden haben, mithin damahlen ebenfalls ob paucitatem derley jüdische Wahlen nicht wohl haben können vorgenohmen werden.

[37] Eine Abschrift dieses Vergleiches („Narovnání mezi řezníky a židy o bití dobytka") steht im Liber memorabilium I, pag. 1380—1383. im Bidschower Stadtarchiv. Die Hauptpunkte lauten folgendermaßen: Im Jahre des Herrn 1691, den 15. Monatstag Januarii... wurde zwischen den Zunftmeistern und den Meistern des Handwerks der Fleischhauer in der kgl. Leibgedingstadt N. Bidschow an der Cidlina einerseits und den Judenältesten, auch anstatt einer ganzen Judengemeinde bei ebengenannter Stadt andererseits dieses freiwillige und unabänderliche Übereinkommen abgeschlossen, und zwar: Da schon seit vielen Jahren her zwischen ihnen christlichen Fleischern und den Juden in der Frage des Schlachtens von Groß- und Kleinvieh Erörterungen und Mißverständnisse schwebten und durch wiederholte in dieser Angelegenheit vom Magistrate der obgeschriebenen Stadt angesetzte Kommissionen zu keinem Ende und Ziel und beiderseitigem freiwilligen Vergleich gebracht werden konnten, deshalb um weitere Beschwerden und Behelligungen, ebenso auch überflüssige Kosten und Auslagen von beiden Seiten vollkommen abzustellen, willigten die oftgeschriebenen Zunftmeister und Meister des Handwerks der Fleischhauer freiwillig ein... ihnen Juden zu ihrem eigenen Bedarf von dato an bis auf künftige Zeiten, doch mit den weiter unten protokollierten beiderseits ausbedungenen und beschlossenen Ausnahmen und Zusicherungen jede Woche zwei Stück Großvieh und zwölf Stück Kleinvieh gegen Entrichtung der gewöhnlichen Zahlung in die Gemeinderenten zu schlachten zu gestatten, daß nämlich sie Juden solche obvermerkte Anzahl Vieh, nämlich zwei Stück Rindvieh, auf Einer Stelle, die 12 Stück Kleinvich aber an zwei zu diesem Zwecke bestimmten Stellen der Judenstadt wöchentlich sich schlachten und koschern zu lassen bestrebt seien, und sie sollten keineswegs berechtigt sein, die eine Woche weniger und die andere dafür mehr zu schlachten, denn mögen sie nun wöchentlich die ausgesetzte Zahl schlachten oder nicht, so soll es doch stets dabei bleiben und niemals ihnen eine Kompensierung zugestanden werden, unter Verlust der Mehrschlachtung. Sollte sich aber ereignen, daß sie mit den obenausgesetzten Stücken Vieh und dementsprechenden Fleisch (ausgenommen die Fastenzeit, während welcher die Christen kein Vich schlachten und ihnen Juden da, wo es ihnen am besten passen würde, das Fleisch zu nehmen bewilligt wird, doch sollen sie solches ohne Wissen der Zunft nicht an Christen verkaufen) das Auslangen nicht fänden, dann werden sie verpflichtet sein, bei christlichen Fleischern, die in der Stadt angesessen sind, Vieh zu koschern und von ihnen gegen rechtschaffene Bezahlung das Fleisch zu kaufen. Zweitens sind die Juden verpflichtet, wie sie auch eingewilligt haben, solches Vich für die ganze Judenschaft nur durch einen zu diesem Zwecke bestimmten Juden nur so, wie oben angesetzt, an diesen Stellen und nicht wie vorher an mehr Stellen koschern und schlachten zu lassen. Sollte es sich aber wider Verhoffen ereignen, daß sich irgend ein anderer Jude entweder bei sich zu Hause oder in der Stadt bei irgendeinem Nachbarn oder auch auf den zur Stadt gehörigen Dörfern oder anderen naheliegenden Ortschaften irgendwelches Vieh zu koschern oder wieder aus der Stadt in die Dörfer und aus den Dörfern in die Stadt das Fleisch zu tragen und zu verkaufen unterstünde, dann wird sooftmal, als dies gegen den einen oder andern Juden entgegen dieser Über-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

einkunft — durch welche alle und jede dergleichen Kniffe und ungehöriger Mißbrauch jetzt und auf künftige Zeiten vollkommen kassiert, aufgehoben und beseitigt werden — nachgewiesen wird, ein solcher Jude verpflichtet sein, für eine solche Übertretung und wegen einer solchen Tat und wegen Brechung dieser Übereinkunft jedesmal in die städtische Kontributionskasse 20 Schock meiß. an Geldbuße ohne Verzug oder irgendwelche Widerrede ordentlich zu erlegen; betreffs dieser Buße soll man sich an die Judenältesten wenden und es mit ihnen verabreden und sie werden verpflichtet sein und verbinden sich, zu solcher Buße bei dem, der sich einer solcher Übertretung schuldig gemacht hätte, wirklich zu verhelfen. Und weil drittens laut den unterm Datum Prag, den 14. Monatstag Novembris 1647 von Sr. Kais. Maj. ergangenen allergnädigsten Resolution keinem Juden unter den Christen seine Fleischbank zu haben erlaubt wird, deshalb sollen auch diese Juden das Recht nicht haben und sollen und sind verpflichtet, ihr Fleisch in ihrem eigenen untereinander habenden Laden oder in ihren Häusern zu verkaufen, jedoch mit dem Zusatz viertens, daß sie sich ein jedesmal, sooft sie ein kleines oder großes Stück Vieh koschern lassen wollten, vorher bei der Fleischhauerzunft anzumelden trachten, worauf die genannte Zunft aus ihrer Mitte einen Meister zur Beschau solchen Viches, ob es tauglich und gesund sei, auch ob außer der oben ausgesetzten Zahl solchen Viches von ihnen Juden nicht mehr gekoschert oder geschlachtet wird, entsenden als auch dabei ihre Läden in der Hinsicht, damit sie von anderswo Fleisch abzunehmen und so etwa einen Unterschleif zu verüben keinen Anlaß bekämen, desto öfter visitieren soll; zwecks Vermeidung von Ärgernis und irgendwelcher Rache wird es auch Pflicht dieses von der Zunft zur Besichtigung solchen jüdischen Viches entsandten Meisters sein, sich bei dem christlichen Inspector, der den Fleischhauern das Vieh besichtigt, das Fleisch schätzt und taxiert, anzumelden und vorzutragen, daß er unter die Juden zu diesem Zwecke zu gehen gesonnen, und dieser Inspector soll mit ihm dort die Arbeit gemeinsam tun und sie Juden sollen sich ihm entsprechend dankbar erweisen. Fünftens wird ihnen Juden unter wirklicher Ahndung fürderhin eingestellt, irgendein Stück Vieh wegzukaufen und zu überzahlen, wenn es ein christlicher Fleischhauer bereits handelseinig angekauft hat, doch was sie zum eigenen Bedarf nach dem obengemachten Ansatz brauchen, das wird den Juden in der Stadt und auf der Vorstadt... zu kaufen nicht verwehrt, nichtsdestoweniger aber wird durch dieses Übereinkommen den Juden untersagt, in der Stadt und auf der Vorstadt Vieh anzukaufen, um darin zu handeln und es durch solchen ihren Handel den einheimischen Fleischern zu verteuern und anderswohin zu verkaufen; sonst wird ihnen auswärts Handel und Kauf nicht verwehrt. Sechstens soll es dabei bleiben, daß kein Bidschower Jude eine Fleischbank in den um die Stadt liegenden Dörfern zum Nachteil der städtischen Fleischer pachte; sollte dies aber ein auswärtiger Jude tun, so soll den Bidschower Juden untersagt sein, von einem solchen Fleisch zu kaufen und es soll unter wirklicher Strafe verboten sein und wird hiermit verboten, es anderswohin zur Verkürzung der Fleischhauer zu tragen... („Léta Páně 1691, 15. dne měsíce januarii... stalo se mezi cechmistry a mistry řemesla řeznického král. věnného města N. Bydžova nad Cidlinou s jedné a staršími židy, též na místě celé obce židovské při teď řečeném městě s strany druhé toto dobrovolné a nezměnitedlné narovnání, a to takové: poněvadž již od mnoha let mezi nimi křesťany řezníky a židmi v příčině bití jak velkého tak i malého dobytka velký disputát a nedorozumění trvalo a skrz kolikerou v té případnosti od magistrátu nadepsaného města předsevzatou komisí k místu, konci a z obojí strany dobrovolnému narovnání přivedeno býti nemohlo, pročež aby z toho též z dalších stížností a zanášení, neméně i zbytečných škod a outrat obojí strany dokonale sešlo, podvolili se často psaní cechmistři a mistři řemesla řeznického dobrovolně... že jim židům k vlastní potřebě jich od datum tohoto nyní i na časy budoucí, s těmi však níž položenými z obojí strany oblíbenými i zavřenými vejminkami a zaopatřeními, každotéhodně dvou kusů velkého a dvanácte drobného dobytka proti odvádění z každého kusu obyčejného platu do důchodu obecního bíti povolují, aby totiž pro I^mo oni židé takový nadpoložený počet dobytka, totiž dva kusy hovězího

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

na jednom místě, těch pak 12 kusův drobného na dvouch k tomu cíli obraných místách židovských každotéhodně sobě poražeti a košerovati dáti hleděli a nikoliv jeden téhoden méněji býti a druhým téhodnem o tolik víceji sobě vynahražovati sobě moci neměli, neb buď že takový počet každotéhodně vybijí aneb ne, tehdy vždy předce při tom pozůstaveno býti má a žádná náhrada pod propadením toho, oč by činiti bylo, jim následovati nemá. Pak-li by se ale trefilo, že by s tímto nadpoloženým počtem dobytka a s zapotřebným masem (vynímajíce z toho čas postní, kdežto křesťané dobytka nebijí a jim židům tu, kde nejlép vidí, maso, však aby takového bez vědomí cechu křesťanům neprodávali, bráti se povoluje) vystačiti nemohli, tehdy povinni budou u křesťanských při městě obyvatel řezníkův dobytky košerovati a od nich proti slušné záplatě maso kupovati. Pro 2^mo též jsou povinni oni židé, jakož také k tomu přistoupili, že takový dobytek pro celé židovstvo toliko skrz jednoho k tomu cíli obraného žida toliko tak, jakož svrchu položeno, na těch a ne jako předešle na kolika místech zkošerován a poražen býti má; pak-li by se ale mimo nadálost stalo, že by některý jiný žid buď u sebe v domě aneb v městě u některého souseda aneb také v vesnicích k městu patřících i jiných na blízce ležících jakýkoliv dobytek košerovati aneb zase z města do vesnic a z vesnic do města maso nositi a je prodávati se opovážil, tehdy tolikrát, kolikrát by to na jednoho neb druhého žida proti tomuto narovnání — kterýmžto všechny a všelijaké takové ouskoky a nenáležitý abusus nyní i na časy budoucí se dokonale kasírují, ruší a zdvihají — provedeno bylo, bude povinen každý takový žid na místě takového vejstupku pro takový oučinek a pro trhnutí toho narovnání pokaždé do kasy kontribuční městské 20 kop míš. pokuty peněžité bez prodlení aneb nějaké vejmluvy náležitě složiti, o kteroužto pokutu k starším židům se hleděti a domlouvati má a oni k takové na tom, který se toho vejstupu dočinil, skutečně dopomáhati povinni budou a se zavazují. A poněvadž pro 3° podle té pod datum v Praze 14. dne měsíce Novembris léta 1647 od JMC prošlé nejmilostivější resolutí žádnému židu mezi křesťany svůj masný krám míti se nedovoluje, pročež také i tito židé prázdni býti a maso své v svém vlastním, mezi sebou majícím krámě neb v domích svých, jakož nahoře doloženo, odprodávati mají a povinni jsou, s tím však doložením pro 4°, aby pokaždé, když malý neb velký dobytek košerovati dáti chtějí, dřívěji při cechu řeznickém se ohlásiti hleděli, což když učiní, bude povinen teďřečený cech z prostředku svého jednoho mistra k zhlídnutí takového dobytka, zdaliž hodný a zdravý jest, též zdaliž mimo nadpoloženého počtu téhož dobytka od nich židův víceji se nekošeruje neb neporáží, vypravovati, jako i při tom jejich krámy tak, aby odjinud masa bráti a tudy nějak nevěry se dopustiti příčiny nedostali, tím častěji visitírovati: pro uvarování pak pohoršení a nějaké vejmsty bude také povinnost téhož mistra od cechu k vyhlídnutí takového židovského dobytka vyslaného při inspectoru křesťanským, který jim řezníkům dobytek přehlíží, maso šacuje a sází, opovědíti a že mezi židy k tomu cíli jíti chce, přednésti, kterýžto inspector s ním tam prací vážiti a oni židé za takovou práci jemu jakž takž vděčni ukázati se mají. Pro 5° toto při nich židech pod skutečnou pokutou zamezeno jest, aby, když který z křesťanských řezníkův nějaký dobytek již zamluvený a strčený má, víceji se nepředkupovali a nenadsazovali, však co se jich k vlastní potřebě židovské vedle počtu svrchupsaného dotýče, toho i židům koupě v městě i na předměstí... se nezbraňuje, nicméně ale, aby v městě i na předměstí židé dobytek kupovati, v něm handlovati a pro své handle takový domácím řezníkům zdražovati a jinam prodávati moc měli, to se tímto porovnáním zapovídá; přes pole jinde handl a koupě se jim nezbraňuje. Pro 6^to (aby) žádný žid bydžovský žádného krámu masného ve vsi(ch) vůkol města ležících na zhoubu městských řezníkův nepronajímal, na tom zůstáno; jestliže by pak některý žid odjinud to učinil, tehdy židům bydžovským od téhož maso kupování, jinam na skrácení řezníkův donášení skutečně pod pokutou zapovědíno býti má a se zapovídá..." Wie im Texte angedeutet, war die ursprüngliche Entscheidung in diesem Streite für die Juden ungünstig ausgefallen. Das entsprechende Dekret des Unterkämmereramtes der kgl. Leibgedingstädte d. d. 4. September 1681 ist eingetragen im Liber memorabilium I,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

pag. 1311—1514, im Stadtarchiv zu Bidschow („Dekret... poctivému cechu řeznickému při městě Novém Bydžově, kterým se zapovídá židům bydžovským bití všelijakého velkého i malého dobytka" = Dekret... an die ehrsame Fleischhauerzunft bei der Stadt Neu-Bidschow, kraft dessen den Bidschower Juden verboten wird, irgendwelches Groß- oder Kleinvieh zu schlachten); dabei war auch der vorherige Zustand zur Sprache gekommen: „Demnach nach reifer Erwägung pro et contra von Czechmeistern des Fleischhacker-Handtwerks und denen Eltisten Juden auch anstatt der gantzen jüdischen Gemeinde gedachter Stadt New Bydtschow in puncto des von ihnen Juden schlachtenden groß- undt kleinen Viehes einkommenen Schrieften befunden worden, daß erw. Juden zwahr damahls, wie die Stadt Newbidtschow unterthänig wahr, von denen Georgi von Pernstein auf eine Zeith unter gewiessen Bedingnüssen und Conditionen daselbsten angenommen worden, jedoch benebenst zu solchen Viehschlachten oder einiges anderes Handtwerg zu treiben nicht die geringste Erlaub- und Verwilligung gehabt, dahero dan, wie zu Zeithen ermelter Herrn von Pernstein, also auch nach geschehener Auskauffung aus der Unterthänigkeith dieser Stadt Newbidtschow solches unterschiedliches, absonderlich großes Vieh niemahls (ge)schlachtet, sondern von denen Bidtschowern zu der Zunft gehörig. Fleischhacker vor sie das Fleisch zu ihrer Notturft gekoschert, bis hernach der beym Leben zue dato bleibende Jud nahmens Jozyfek mit dem verstorbenen Juden Marks genandt umb die Einwilligung großeres Vich gegen Erlegung von jeden großen Stuck 4 Kreuzer. 4 den. und kleinen Stuck 7 d., bies lötzlich überhaupt Jahr vor alles 7 fl., wie es in den Judenschrift gemeldet wirdt zu geben tractiret haben sollen undt dergestaldt ohne Ihro k. und k. Maj. a. g. Erlaubnuß gedachte zwey Juden das Vich zu schlachten ungültigerweiß angefangen undt bis dato der Jud Jozyfek zu schlachten sich unterstehen will." Das Dekret des Unterkämmereramtes verbot dann für die Zukunft den Juden das Schlachten von Vieh, das nunmehr (freilich in ritueller Weise) die christlichen Fleischhauer besorgen sollten.

[38] Über die Tätigkeit der Visitationskommissionen, ihren Ursprung und das Ergebnis ihrer Arbeiten vgl. *Jos. Pekař*, České katastry 1654—1789 = Die böhmischen Kataster 1654—1789, Prag 1915, S. 101 f., über die Juden S. 114.

[39] Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

[40] Abschrift im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

[41] Über den großen Bidschower Stadtbrand vom Jahre 1718 vgl. Liber memorabilium III, f. 52, im Neubidschower Stadtarchive; auf diese Eintragung stützt sich auch *C. Říha*, l. c., S. 42, und *Ed. Malý*, Požáry v městě Novém Bydžově = Die Neubidschower Stadtbrände. Der zitierte Eintrag im Liber memorabilium, der allerdings erst einige Jahre nach der Feuersbrunst gemacht wurde, besagt: Im Jahre 1718 am 6. Juli, bei großem Wind brach ein Feuer aus, welches ex post, aus welchen Gründen und auf welche Beweise hin, ist mir nicht bewußt, bei H. Wenzel Čisteckỳ entstanden sein sollte, weshalb er als Buße zu der auf dem St. Laurenzifriedhofe erbauten Martersäule 150 fl. geben sollte, wiewohl nach einiger Zeit herumgesprochen wurde, es sei bei seinem Nachbar Keller oder vulgo Hodr genannt ausgekommen. Durch dieses Feuer wurde gleich vom Hause des H. Wilhelm von Proseč unweit der Fleischbänke angefangen ein Viertel dieser Stadt *mitsamt der Judenstadt*, dem Metličaner Tore, dann hinter dem Tore mit einem Teile der Niederstadt bis zu den Brücken in einer kleinen Weile in Asche gelegt, was große Not und Armut zur Folge hatte, die man bis heute nicht vergessen hat. Nichtsdestoweniger, da damals die Gemeinderenten unter der Verwaltung des damaligen Inspectors H. Wilhelm von Proseč und des Primators H. Martin Kezlar gut gestellt waren, so leisteten sie den Abbrändlern sowohl mit Geld als auch mit Robotfuhren und Holz große Hilfe, so daß mit Gottes Hilfe binnen einigen Jahren der ausgebrannte Stadtteil zum Aufbau gelangte... („V l. 1718 dne 6. julii, u velikém větru vyskytl se oheň, který ex post, z jakých argumentův a důkazův, mně povědomo nejní, na p. Václava Čisteckýho vynalezen býti a on proto pokutu na boží muka na krchově sv. Vavřince vystavené 150 fl. dáti měl, ačkoliv po nějakým čase se poví-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

dalo, že by ten oheň od vedlejšího souseda Kellera neb vulgo řečeného Hodra povstati měl. Skrze který oheň hned od domu p. Vilíma z Proseče nedaleko masných krámův začínaje toho čtvrt města i *s židovským městem*, branou Metlickou, i pak za branou dílem podměstí až k mostům v popel v malý chvíli obrátil, načež velká bída a chudoba následovala, která až podnes se pamatuje, nic však méně, poněvadž tehdáž důchod obecní za spravování tehdejšího inspectora p. Vilíma z Proseče a primátora p. Martina Kezlara dobře stál, veliký pomoci těm pohořelým jak s penězma, tak taky s forma robotníma a dřívím činil, takže s pomocí boží v několika letech zasej ten shořenej díl do vystavenýho stavu přišel...") — In der Eintragung über die Vermessung der neuen Synagoge dd. 19. Juni 1719 (Neubidschower Liber Hebraeorum I aus den Jahren 1719—1800, pag. 1, im Archive des Landes Böhmen, Sammlung der Stadtbücher Nr. 3139) wird zwar gesagt: wo vordem die jüdische Schule oder Synagoge stand, im Jahre 1718, am *10. Juli* ist sie verbrannt („kdež prv škola neb synagoga židovská stávala, v létu 1718, dne *10. Julii* zhořela), doch ist dieses Datum offenbar falsch. Das Dekret der Böhmischen Kanzlei vom 12. Juli 1718 (vgl. weiter unten Anm. 48) nennt das Datum 6. Juli und auch das Datum dieses Dekretes selbst zeigt, daß der Brand nicht erst am 10. Juli entstanden sein kann.

42 Vgl. das Dekret der Böhmischen Kanzlei vom 12. Juli 1718: „... wie daß zu Neu Bitschof verwichenen Mitwoch den 6. dieses Monats Julii bey einem Christen eine Feuersbrunst entstanden, durch welche auch die aldasige jüdische Heüser mit allen Mobilien dergestalten eingeäschert worden, daß sie anjetzo *unter freyen Himmel auf der Gassen* liegen müsten."

43 Die Supplik der jüdischen Landesdeputierten hat sich zwar unter den Bezugsakten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag (S M, B 20/6) nicht erhalten, doch wird ihr Inhalt in dem zitierten Dekret (vgl. Anm. 44) dd. 12. Juli 1718 reproduziert. Die Deputierten ersuchten demnach, daß die Bidschower jüdischen Abbrändler „unter denen Christen gegen der Verzünsung, bieß wiederumben unter das Tach ihre abgebrente Wohnung bringen möchten, wohnen konten..."

44 Die Entscheidung der Prager Regierung lautete wörtlich (Konzept und Abschrift im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6): „... daß dieses ihr Petitum (vgl. Anm. 43) zwischen denen Christen in einem Hause und unter einem Tach zu wohnen, khein statt finde, weilen es verbothen. Indeme aber die Juden unter freyen Himmel mit ihren Kindern und Sachen nicht bleiben können, als solle der H. Creyßhaubtman correspondendo mit dem Neu Bitschower Magistrat unverlängt dahin bedacht seyn, daß einige separirte Wohnungen entweder in der Stadt oder vor der Stadt oder aber auch unweith der Stadt gegen Abstattung von denen Juden eines billigen Zinses ihnen allein ohne Beywohnung der Christen einige Heüsser assigniret werden könnten, mithin auch das königl. Creyß Ambt sambt den alldortigen Magistrat sollen daran seyn, damit bey der Auferbauung ihrer Wohnungen zumahlen höchst erforderlich, auf daß die bishero vermischte Gründe der Christen und Juden von denen christlichen Heüssern separiret und gegen billiger Vertauschung die Christen in einen separirten Orth und auch die Juden absonderlich ihre Wohnungen und ihre Heüsser haben möchten, aus bewöglichen Ursachen dahin zue reflectiren kommet, daß gegen Vertauschung der vermischten Haüsser die Christen separatim und die Juden auch separatim wohnen und ihre Haüsser bauen sollen, es also veranstalten und den Erfolg berichten solle.."

45 Diese „Specifikací křesťanských gruntův, které židovstvu o samotě k bydlení do jednoho roku toliko pronajaté jsou" = Spezifikation der christlichen Grundstücke, welche der Judenschaft zu separatem Wohnen nur auf die Dauer eines Jahres vermietet worden sind, enthält die vermieteten Häuser mit dem Namen ihrer Eigentümer gekennzeichnet und gleichzeitig die Zahl der Judenfamilien in jedem Hause; sie bildete die Beilage 1 zum Berichte des Hauptmanns Dobřenský d. d. 15. September 1718, der sich originaliter im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag erhalten hat (S M, B 20/6). Was die Zinsbedingungen anlangt, so meldete der

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Bidschower Magistrat nur allgemein, die Verpachtung sei unter recht bescheidenem Zins erfolgt („pod dosti skrovnou činží").

[46] Dieser wertvolle Plan von der Größe 35 × 27 cm hat sich im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag erhalten (S M, B 20/6, übertragen in die Sammlung der Karten und Pläne, Inv. Nr. 2382) und erscheint in der Beilage abgedruckt.

[47] Es handelt sich zweifellos um die Pest vom Jahre 1715; damals wurden die Juden aus der Stadt in der Richtung gegen das Dorf Libeň unter den Stadtwald Chlum ausquartiert, doch ging die Seuche ohne großes Sterben ab. Ein ausführlicher Bericht über diese Pest findet sich im Liber memorabilium III, fol. 50—51, im Bidschower Stadtarchiv eingetragen und lautet: Nach der Prager Pest, die im Jahre 1714 gewütet hat, schlich sich eine ähnliche Pestplage auch in andere Städte im Königreich Böhmen ein, so auch nach Bidschow, und zwar im Jahre 1715. Gleich am 9. Juni ging das Geschrei aus, und zwar *durch die Judenschaft*, worauf die in solch bedrängter Lage schwebende Stadt am 10. Juni auf statthalterischen Befehl gleich abgeschlossen und durch die Soldaten des damals in Quartier zu Bölmen liegenden Sanctamorschen Regiments umzingelt und bewacht wurde unter dem Kommando eines gewissen Kapitänleutnants Andreas Schwendt, eines getauften Juden, so daß auch Baracken hinter der Stadt für dieselben Dragoner, wo die Pferde stehen könnten, gebaut wurden, und man ließ niemanden weder in die Stadt noch aus der Stadt, nur während der Schnittzeit, um die liebe Gottesgabe einernten zu können, ließ man das Volk hinaus, doch abends wurde geläutet und da mußten alle wiederum in die Stadt zurückkehren. Auch wurde von Ihrer Exz. den kgl. Herren Statthaltern ein Doktor der Medizin aus Prag hieher gesandt, ein gewisser von Vobisch; der Feldscher von Kral und der einheimische Feldscher Johann Vogl ließ sich gegen Bezahlung auch dazu gebrauchen. Die visitierten alle Tage zweimal und mußten aus den Stadtrenten bezahlt werden. Während die Stadt abgesperrt war, erhielt sie Hilfe an Viktualien und Geld von der umliegenden Nachbarschaft, nämlich von Sr. Exz. dem Herrn Grafen Kinsky von Chlumetz und dem Herrn Prälaten von Braunau als auch aus der kgl. Leibgedingstadt Trautenau. *Die Juden, die mußten aus der Stadt ausziehen und hielten sich bei dem Dorfe Libeň unter dem Walde Chlum in der sog. Röste (močidla) auf.* In dieser Pestkontagion sind nicht viel Leute gestorben; man behauptete im Gegenteil, daß noch am ehesten die gestorben seien, denen der erwähnte Doktor eine Medizin verabreicht habe. Übrigens hielten es die Leute, die irgendeine Ansteckung spürten, bei häuslicher Pflege geheim, um nicht in das Lazarett (das damals im Scharfrichterhäuschen in der Ziegelei oder im Ziegelmacherhäuschen eingerichtet war) zu kommen und kurierten sich mit Hausmitteln, auf die Beulen legten sie warme Zwiebel auf und wurden eher gesund... Mit Gottes Hilfe legte sich die Kontagion um St. Martin (11. November) dieses Jahres... („Po pražském, v létu 1714 vykonaném moru, vloudila se taky podobná morová rána jak do jinších měst v království Českém, tak taky do Bydžova, a to v létu 1715 hned dne 9 Junii se křik učinil, a sice *skrze židovstvo*, načež v ty těžkosti postavené dne 19 Junii město skrze místodržické (sic) poručení hned zavřeno a od vojáků tenkráte in hyberniis v Čechách ležícího dragounského Sanctamorského regmentu obklíčeno a vartováno bylo pod komendou jistého kapitána leitenandta Ondřeje Schwendt, křtěného žida, takže i baráky za městem pro tíž dragouny, kde by koně státi mohli, se stavěly a žádného do města ani z města nepouštěli, toliko, když právě žně trefily, aby to boží obilí skliditi se mohlo, ven se propouštěli, na večer ale se zazvonilo, tu všichni do města zasceji jíti museli. Podobně od J. Exc. král. místodržících byl sem doktor medicinae poslanej z Prahy nějakej von Vobisch, feldtscher von Kral a domácí feldtschar Jan Vogl se taky naproti záplatě k tomu potřebovati dal. Ti každý den dvakráte visitirovali a museli z důchodu placeni být. Město, jsouce zavřený, pomoci na viktuálních jak i na penězích dostalo od okolních sousedstva, totiž od J. Exc. pana hraběte Kinskýho z Chlumce a pana preláta broumovskýho i z královského věnného města Trutnova. *Židé ti se z města vystěhovati museli a byli u vsi Libeň pod lesem Chlumem v tak řečených močidlách.* V tom morovým nakažení mnoho lidu neumřelo, anobrž

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

tak, jak se povídalo, že ten, komu ten doktor užívati dával, nejspíš umřel. Ostatně domácně lidi, když nějaké nakažení cítili, to skrývali, by se do lazaretu (který tenkráte u katovně v cihelně neb v domku cihláře vykázanej byl) nedostali, domácně se kurýrovali, na ty hlízy cibule teplý přikládali a spíše od toho vysvobozeni byli... S pomocí boží ta nakaženina okolo sv. Martina (11. XI.) téhož roku pominula...") *C. Řiha* l. c., S. 40, führt auch an, am Anfange der Seuche habe auch der Prager Arzt Sebastian Čechy die Juden untersucht und habe dabei bei einem gewissen Simon Schick eine Beule gefunden und angeordnet, ihn in die Judenhütte (es handelte sich wohl um die Hütte auf dem Judenfriedhof und nicht um das Judenspital, das im Ghetto lag) bei Seite zu schaffen; der Landesphysikus und auch die übrigen Ärzte erkannten diese Beule in der Tat als eine Pestbeule, worauf die Juden auf Befehl der Statthalter am Tage Johanns des Täufers (24. Juni) die Stadt verlassen und unter den Chlum bei Libeň zu einem Brünnlein ausziehen mußten. Die Nachricht über Schick findet sich in dem zitierten Bericht des Liber memorabilium nicht und es ist mir nicht gelungen festzustellen, wo sie Řiha hergenommen.

48 Es handelt sich um den Plan, welchen nebst seinem Bericht vom 15. September 1718 der Königgrätzer Kreishauptmann Karl Ferdinand Dobřenský den Statthaltern nach Prag eingesandt hatte (vgl. oben Anm. 46). Die Antwort des Magistrats besagte: der Ghettoplan zeigt, daß sich auf den in der Judengemeinde mappierten 24 Grundstücken nicht bloß 24, sondern allein 70 Wirte befinden (außer Weibern, Kindern, Dienstboten und Inleuten), und zwar aus dem Grunde, daß in einer jeden Behausung oder Stube 2, 3, 4, 5, auch 6 Wirte sind, und zwar in der Weise, daß mancher Wirt auf ½ oder ¼ oder irgendeinem recht kleinen Bruchteil der Stube Herr ist und schon behauptet ein Haus zu haben, in welchem er Wirt ist, und so wohnen in einer Stube 10, 12, 15 und auch mehr Seelen („že se v těch, v židovskej osadě vymapírovaných 24 gruntech, nejenom 24, ale do 70 [mimo dětí, žen, čeládky a podruhův] samých toliko hospodářův vynachází, a to proto, že v jednom každém gruntě neb setnici 2, 3, 4, 5, i 6 hospodářův jest a to tím způsobem, že některej jest hospodářem na ½ neb ¼ aneb ňákým dosti malým dílem setnice pánem a již se praví míti dům, v kterém hospodářem jest, a tak v jedny setnici 10, 12, 15 i více duší přebývá"). Dieses Teilbesitzrecht an den Judenhäusern war in den Ghettos in Böhmen eine regelmäßige Erscheinung der nachweißenbergischen Zeit, das einerseits daher entsprang, daß die Zahl der Judenhäuser mangels Baugrund nicht in dem gleichen Verhältnis wachsen konnte, wie die rasch zunehmende Zahl der Juden in den böhmischen Städten nach dem Dreißigjährigen Kriege wuchs, anderseits hing die Erscheinung damit zusammen, daß die angesessenen Juden, die eine Realität (Haus) ihr eigen nannten, als Kontribuenten (Wirte) bei den Reduktionsbestrebungen und -plänen größeren Schutz genossen als diejenigen Juden, die keine Immobilien (Häuser) besaßen; aus diesen Gründen erwarben die Juden von ihren Glaubensgenossen wenigstens einen Hausteil und wurden so Partialpossessoren. Durch diesen Vorgang wurde das Eigentum an Judenhäusern in besitzrechtlicher Beziehung ein so kompliziertes Problem, daß die Hoffnungslosigkeit, es zu lösen, vor durchgreifenderen Veränderungen ihres Besitzbestandes schützte.

49 Es handelte sich um die auf dem beigeschlossenen Plane mit den Buchstaben V W X Y Z bezeichneten Häuser. — Das Konsistorium wies einerseits darauf hin, daß aus dem Graben hinter diesen Häusern die Juden angeblich, besonders während des Gottesdienstes, leicht in die Kirche zur Hl. Dreifaltigkeit hineinsehen könnten, ja sogar auf den Altar (das war aber nicht wahr, da der Haupteingang der Kirche nicht den jüdischen Häusern zugekehrt war), anderseits machte es auf die Feuersgefahr aufmerksam, die der Kirche von diesen Judenhäusern erwachsen könnte (in der Tat waren i. J. 1718 diese Häuschen abgebrannt, während die Kirche keinen Schaden nahm).

50 Diese Verschiebung betraf neun Häuser, die auf dem Plane mit den Buchstaben D E F G H I K L M bezeichnet sind und die durch diese Vorschiebung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

in die gleiche Front zu stehen gekommen wären wie die Häuser A B C; dabei wäre die Gassenbreite 30 Ellen geblieben.

[51] Originaläußerung des Bidschower Magistrates im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

[52] Es handelte sich um die auf dem Platze mit den Buchstaben A B C und I bezeichneten Häuser.

[53] Der Originalbericht des Kreishauptmannes Dobřenský im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

[54] Die undatierte deutsche Supplik der Bidschower Juden (Präsentierungsdatum der Böhmischen Kanzlei 26. September 1718), unterschrieben von Abraham Schikh, Chaska Cantor und Jakob Götzl als Vorstehern der unschuldig verbrannten Bidschower jüdischen Religionsgemeinde, hat sich erhalten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

[55] Vgl. oben Anm. 31.

[56] „...zu geschweigen, daß wegen dieser entwelchen vertauschten Wohnungen in der k. Contribution auf die Judenschaft 3 bies viermahl soviel, als sonsten wegen der Stadt Contribution auf sie käme geschlagen und geleget worden, so sie jederzeit abstatten muß und also genugsamb graviret ist, benebens muß man doch alle Jahr 60 fl Schutzgeld und 30 fl Aurokh, Schoßgeld etc., mithin zusamben 90 fl ohne andere das gantze Jahr hindurch absonderlich zue denen Feyertagen, wie man wohl weiß, und die Judenschaft solcher nicht entpehren kan, vorfallende Auslaagen dem löbl. Magistrat entrichten, folglich wir nicht ermessen mögen, welcher gestalten wir bey jetzigen Umständen unsers unschuldigen Unglücks mit einer solchen schädlichen, stadtbücherischen Gerechtigkeit zuwider lauffenden Novitaet beschweret werden mögen."

[57] Die jüdischen Heurathen concerniret, ist je und allezeit bräuchlich gewesen, daß man das jus incolatus vom löbl. Magistrat erhalten habe, wie dann auch von alters wegen aller und jeder jüdischen Hochzeiten, auch wegen des quanti, so der löbl. Magistrat abzuheischen haben solle, zwischen demselben und der Judenschaft daselbsten mit Interposition des löbl. Unter Cammerers ein ordentlicher Vergleich aufgerichtet worden..."

[58] Vgl. dazu *Jar. Prokeš*, Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit, Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik, Jg. I (1929), S. 111f., besonders aber S. 135.

[59] Der jüdische Protest führte aus: „So viel die *Chaluppe* aufm jüd. Begrabnus concerniret, ist gleichfalls mit stadtbücherischer Verschreibung bestätiget, auch zur Zeit mit selbstiger Ausweisung einer löbl. magistratischen Commission *gäntzlich auferbauet*, doch niemahlen einem burgerlichen Hauss, worvon eine Contribution gebührete, zu vergleichen, weil es nur wegen des unbemauerten jüd. Begrabnus, maßen man die Mittel nicht hat eine Mauer darumb zu führen, zu dessen besserer Verwahrung und Abwendung ein und andern schon geschehenen Zufahls, e. g. damit die Grabstein nicht abgebrochen oder doch die Cadavera von denen Hunden oder andern Thieren nicht ausgewühlet werden, geschiehet und also blos allein ein guttes Werkh, gleich es zu Colin, Jungbuntzlau und andern Judengemeinden also brauchlich ist, daß derley Örther zu einiger Contribuirung nicht mögen gehalten werden."

[60] Konzept des Dekrets der Böhmischen Kanzlei dd. 26. September 1718 an den Königgrätzer Kreishauptmann Dobřenský im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

[61] „...und zumahlen die Juden auf die vorige Grunde das jus quaesitum haben, hierüber billich zu reflectiren kommet und dahero auf die vorige fundamenta ihre Stelle oder Häuser bauen zu können ihnen frey stehet."

[62] „...so sehen wir nicht, wie sie universaliter aus allen ihren Haüsern a parte die Contributionen und andere onera abzuführen angehalten werden konten, wohl aber aus denen Haüsern und sonsten possedirenden burgerlichen Realitäten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

welche sie Juden possediren und bey der Visitation a. 1654 ad contribuendum gezogen und sich in der Rolla des königl. Obersteuerambts in contribuendo befinden, pro rata der onera abzuführen schuldig seyn werden, welche Anstände der Herr von Dobrzenitz genau untersuchen, sodan hierüber, wie auch ob die aldortige Juden vorhero und bies zu dieser Fewerbrunst für Contributionen und von welchen Haüsern, auch wie viel entrichtet haben, sich verläßlich erkhundigen, folgends denen Juden, daß sie diejenige Schuldigkheiten, zu welchen dieselbe vorhero zu concurriren schuldig gewesen und solche prestirt haben, weiter zu prestiren und darmit zu continuiren ihnen auferlegen und auf die obrecensirte Anstände seine Relation erstatten solle."

63 „Gleichwie aber ratio politica mit sich bringet, damit in einer Stuben nicht mehr als nur ein eintziger Würth oder possessor sein solle, also auch erkönnen, daß in einer Stuben oder unter ihnen so genanten Hause nicht mehr Possessoren als ein eintziger mit seinem Weib und Kindern khünftighin wohnen und die aldortige Judenschaft kheinen frembden Juden ohne Bewilligung des Magistrats annehmen, viel weniger aber einige verdächtige Juden beherbergen sollen, die new aufzubauen kommende Haüser nicht höher als mit einer Contignation undt wie dieselbe vor der Fewerbrunst auferbauter gewesen undt zwar auf denen alten Fundamenten laut der Mappa zu bauen befuegt, der Magistrat auch nicht mehr Familien undt possessoren, als so viel in anno 1654 alda gewesen, zu leiden schuldig, stehet auch in des Magistrats Wüllkhür, denen frembden undt sich dahin verheüraten wollenden Juden die Possessionen einzuraumen undt in die Stadtbücher einzuschreiben".

64 „Damit aber auch nach bester (!) die Separation der Juden von denen Christen beobachten (!) wurde, so solle eine Fewermawer zwischen denen Judenhaüsern lit. A, B, C undt T undt den Christenhaüsern mit der Zeit auf gleiche Unkosten aufgeführet werden, in übrigen die letztere auf 40 Ehlen von der Kirchen entfernte Haüssel eben nur mit einer Contignation ohne allen Fenstern gegen der Kirchen, auch gahr mit kheiner Thür gebauet werden sollen."

65 In dem uns bereits bekannten Bericht d. d. 15. September 1718 (vgl. oben Anm. 53) referierte Dobřenský nach Prag über den jüdischen Standpunkt, daß ihr Hauptargument gegen die beantragte Vorschiebung der Judenhäuser das sei, es würde unter ihnen Verwirrung stiften, „daß so gar die alte Verschreibungen vernichtet und wiederumb neue nicht ohne Confusion aufgerichtet werden müsten".

66 Dieser Bidschower *Liber Hebraeorum N. I.*, wie die Aufschrift auf dem Buchrücken lautet, ist erhalten im Archiv des Landes Böhmen, Nr. 3139 (vgl. auch *J. Kapras*, Kniha svědomí města Nového Bydžova z l. 1311—1470, S. LXVI).

67 Fol. 2b—396b. Erwähnung verdient, daß bis zur Mitte des XVIII. Jahrhundertes der größte Teil der Eintragungen noch tschechisch ist, von der Mitte des XVIII. Jahrh. an aber deutsch.

68 L. c. fol. 2a.

69 Beide Berichte erliegen im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

70 Weil angeordnet war, daß die neuen Judenhäuser nicht höher als mit einem Stockwerk und so, wie sie vor dem unglücklichen Feuersfall standen, auch auf ihren vormaligen Grundstücken aufgebaut würden, und daher haben wir auch einen jeden Wirt, der entweder ein hohes Gebäude aufgeführt oder irgendwie anders gebaut hat, einige Tage mit Arrest bestraft (aby nové židovské domy „ne vejše než s jednou contignatí a tak, jak před tím nešťastným pádem ohně stály, též na jich předešlých gruntech vystavené byly, a proto také jednoho každého hospodáře, který buďto vysoké stavení postavil aneb v něčem přestavil, po několik dní jsme arestem potrestali").

71 Dieses Haus ist auf dem Plane mit dem Buchstaben A bezeichnet.

72 „...daß die Juden... ihre forder und mittlere Häuser auf denen alten Fundamenten mit einer Contignation, so wie dieselbe vor der Feuersbrunst gestan-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

den, und die hinterste nur mit einem Stock aufgebauet und fast überall 3, 4 auch 5 Stueben aufgericht..."

[73] „...Das gemeine Haus (auf dem Plane mit M bezeichnet) aber, worinnen diejenigen, welche die particular Verschreibungen nicht gehabt, miteingenästert waren, bishero nicht eingeleget, sondern für diese Innleüthe an der Stadtmaur absonderliche Haüssel gemacht..."

[74] Konzept im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

[75] Vgl. das Dekret des Unterkämmereramtes der kgl. böhmischen Leibgedingstädte an die Stadt Neu-Bidschow d. d. Cerekvice, 10. Feber 1722 (Bidschower Stadtarchiv): Was Ihr d. d. 7. Februar...anher eingegeben und, weil Eure Judenschaft schon geraume Zeit weder den pflichtigen Schoß noch auch die Schutzgelder zahlt, wiewohl sie schon wiederholt scharf gemahnt worden ist, ersucht habt, daß Euch gestattet werde, sie zu requirieren... und da wir Euch jetzt (den Versuch), der auf aller *Billigkeit beruht, nicht* abzuschlagen vermögen, deshalb wird Euch hiemit Eure Judenschaft in puncto des restierenden Schosses und der Schutzgelder quoquomodo zu exequieren gestattet („Co tak Vy dd° 7. Februarii... poněvadž židovstvo Vaše již tak drahný čas ani povinnej šos ani schutzgelder, ačkoliv již častěji ostře napomínáno bylo, neplatí, je rekvírovati (aby se Vám) povolilo sem jste podali a žádali... a poněvadž nyní (ten pokus), jenž na všeliké slušnosti pozůstávaje, Vám odepříti nemůžeme, pročež... židovstvo Vaše in puncto restírujícího šosu a schutzgeldern quoquomodo exekvírovati Vám tímto se povoluje").

[76] Eine Abschrift des Dekretes des Unterkämmereramtes der kgl. böhmischen Leibgedingstädte d. d. Cerekvice, 9. Mai 1722, ist erhalten im Stadtarchiv zu Bidschow (Sign. I A III, 1722); darin heißt es: Was Ihr uns so bei der jüngst gehaltenen Untersuchungskommission mündlich vorgebracht, daß sich bei Euch viel fremde Juden befinden (welche Ihr weder dulden wollt noch könnt), auch um Assistenz gebeten, um ihrer ledig werden zu können, so haben wir dieses Euer Anbringen nicht bloß sorgfältig überlegt und erwogen, sondern auch Eure Judenschaft vorher diesbezüglich angehört. Und da wir erkannt haben, daß es wahr ist, daß bei den Juden sowohl unter dem Vorwand eines Dienstverhältnisses als auch unter anderem Vorwande fremde Juden in großer Zahl schon seit langer Zeit sich in die Stadt eingeschlichen und hier zur größten Last und Beschwernis ohne die gewöhnliche Aufnahme Wohnung genommen haben, daher wollen wir und ordnen an und geben Euch auch die Macht, daß Ihr trachtet, alle fremden Juden nach einer uns vorgelegten Spezifikation in einer gewissen kurzen und knappbefristeten Zeit aus der Stadt zu bringen und loszuwerden, ohne daß der Vorwand, sie seien bloß bei einheimischen Juden als Dienstboten beschäftigt, aufrechterhalten werden kann, da sie zur Bewältigung ihres Handels und Geschäftes genug einheimische Juden zur Verfügung haben, die gerne dienen wollten und auswärts dienen müssen.

Ferner haben wir gefunden, daß durch verschiedene Eheschließungen in kurzer Zeit fremde Juden in so großer Menge, daß sie an Zahl die Christen zum größten Ruin ihres Lebensunterhaltes überholen könnten, in die Stadt sich einpraktiziert haben und... da wir um so weniger die fremden Juden heiraten und sich vermehren lassen dürfen, so sind wir gezwungen ohne Arglist *folgende Ordnung* einzuführen, anzuordnen und festzusetzen, und zwar so, damit sie Juden nicht sagen können, man wolle sie unterdrücken und aus der Stadt vertreiben und ausrotten. Daher sollen

I. alle Häuser so, wie sie jetzt in ihrem Wesen sind, bleiben, d. h. wofern irgendein Haus einem einzigen oder zweien oder dreien oder mehr Juden die Stuben desselben nach Maßgabe der Gelegenheit in die Bücher zugeschrieben und einverleibt wäre, so soll es dabei, wie es sich jetzt verhält, verbleiben und gelassen werden und es soll kein Besitzer entweder eines ganzen, halben, Drittel- oder Viertelhauses künftig Macht haben, das ganze, halbe, Drittel- oder Viertelhaus auf irgendwelche erdenkliche Weise auf mehr Teile zu teilen, sei es durch Vermächtnis oder Schenkung, Kauf oder Verkauf, Hypothek oder sonstwie durch Cession oder Translation.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

II. soll auch der Vater oder die Mutter oder überhaupt der Besitzer des ganzen Hauses oder nach Proportion seines Teiles Macht haben, seinen Posseß, wenn er mehr Kinder hat, allen zu vermachen oder unter sie alle quoquomodo zu transferieren, und auch die Kinder sollen nicht die Macht haben, solches nachgelassene Haus oder Posseß auf mehr Teile aufzuteilen, sondern, wenn ein Vater Söhne und Töchter hätte, so wird er verpflichtet sein, sein Haus je nach seinem Posseß nur einem oder einer als künftigem Eigenbesitzer und Possessor zu hinterlassen, er künftiger Besitzer und Possessor aber soll seinen andern Brüdern und Schwestern nach Verordnung und Bestimmung des Testierenden einem jeden seine Portion oder Teil in Geld oder wie sie sich vergleichen würden, nicht aber NB in Grundstücken ausfolgen, damit auf diese Weise der gegenwärtige Status (wie sich die Häuser jetzt vel in totum vel pro parte mit den Stadtbüchern verhalten) nicht auf mehr verbotene Teile dismembriert werde. Was aber

III. die Eheschließungen betrifft, so kann er oder sie, wer die Realität, d. h. das Haus entweder ganz oder zum Teil mit den Stadtbüchern verschrieben hat, von anderswo gegen Erlag des gewöhnlichen Aufnahmsgeldes den Mann (und die Frau) nehmen, wofern sie nur ehrlich und wohlverhalten sind. Was aber die andern, die keine Realität besitzen, betrifft, männlichen und weiblichen Geschlechts, die sollen an anderen Orten durch Eheschließung oder anderswie ihr Obdach suchen oder sich mit Bidschowern verheiraten und als Inleute nach jüdischer Art wie in anderen Städten leben.

IV. die gegenwärtigen Inleute, die von auswärts gekommen sind und den gewöhnlichen Aufnahmeschein haben, sollen so lange, als sie leben werden, ungehindert bei der Stadt verbleiben. Dagegen soll aber

V. kein Bürgermeister die Macht haben, einen fremden Juden oder Jüdin aufzunehmen und ihm oder ihr den Aufnahmeschein, was viel Unterschleif verursacht hat, zu erteilen, sondern, falls etwa der eine oder die eine in Bidschow Angesessene von anderswo mit einem oder einer in den Ehestand treten wollte, so sollen sie fremden Juden vorher glaubwürdige Attestata ihres guten Verhaltens produzieren, der Magistrat aber soll in corpore et plena sessione die genannten fremden Juden (indem er die einheimische Judenschaft um Kundschaft befragt) sorgfältig examinieren, dann darauf hin nach Befund ex pleno senatus die Aufnahme erteilen und von ihnen nicht mehr, als dies vorher üblich war, taxae vel discretionis nomine verlangen und nehmen. Was aber alia politica betrifft, sollen künftig endlich

VI. sie Juden nicht unter den Christen, sondern in ihrer Judenstadt ihre Läden aufschlagen und ihre Waren verkaufen, damit der allhiesige Herr Dechant keine Ursache haben könne, sich aus unterschiedlichen Gründen, wie sich wiederholt ereignet hat, zu beschweren. Keller aber und Warenlager dürfen sie allezeit bei den Christen haben, sie dürfen darin nur nicht feilhalten.

VII. sollen sie Juden weder am Sonn- und Feiertage, noch an ihrem Sabbat ihre Judenstadt auf irgendwelche Weise verlassen, sondern darin bleiben; sollte aber der eine oder andere ohne Arglist ausgehen müssen, so soll er beim Kaiserrichter die Erlaubnis nachsuchen und erbitten. Ähnlich

VIII. sollen sich die Juden auch nicht an den Tagen, wenn die Christen ihre Prozessionen und Andachten bei der jetzt auferbauten Statue verrichten, solange die Andacht oder die Prozession dauert, draußen in der Christenstadt sehen lassen, damit dadurch die Christen in ihrer Andacht nicht gehindert würden, die Juden aber darüber kein Gelächter oder Spott oder anderen Mutwillen treiben könnten.

IX. der Magistrat soll darauf ein wachsames Auge haben, die Judenschaft (womöglich) durch eine Mauer oder doch wenigstens durch Planken einzufrieden und mit einem entsprechenden Tor zu versehen, damit so ihr unterschiedliches Umherstreifen, auch unterschiedliche Unterschleife eingestellt werden könnten.

X. sollen sie Bidschower Juden bei sich keinerlei fremde umherziehende Juden, insbesondere aus Polen, Ungarn oder von weit herkommende ausländische Juden über Nacht beherbergen, sondern, falls irgendwelche arme und bettelnde

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Juden zu ihnen kommen, so sollen sie dieselben nach ihrer Gewohnheit mit einem Almosen versehen und wieder fortschicken, damit auf diese Weise alle Krankheiten und andere furchtbare und schädliche Zufälle, die man nicht hinreichend voraussehen kann, abgewandt werden könnten.

Da wir nun wollen, daß diese unsere höchst nützliche Ordnung und Regelung auf alle Weise, ja heilig gehalten und beobachtet werde, da sie einzig und allein zu größerer Glorie und Ehre Gottes, zur Förderung des Christentums, zur Erhaltung des ansässigen Judentums und zur Ausrottung des dahin eingeschlichenen verwerflichen jüdischen Unkrauts abzielt, das in contribuendo Sr. Kais. Maj. wenig oder gar nichts beiträgt, die Christen auf das höchste belästigt und die angesessene Judenschaft nur plagt, behelligt und versäumt, daher wird Euch vom kgl. Unterkämmereramt hiemit streng anbefohlen, daß Ihr diese unsere höchstnützliche Ordnung und Regelung Eurer Judenschaft nicht nur publizieret, danach de puncto ad punctum vorgehet, sondern auch darüber als zur Förderung des Christentums, zur Erhaltung der ansässigen Juden und zur Ausrottung des jüdischen Unkrauts abzielenden Bestimmungen eine starke und mächtige Hand haltet, das auf alle Weise zu manutenieren, und damit nichts in abusum et contrarium einreiße, nach Eurer höchsten Möglichkeit zu invigilieren und sorgfältig zu beobachten, ja in casum der Zuwiderhandlung unter besonders großer Strafe alle Inkumbenz und Sorge zu tragen und zu haben trachtet.

Der Originalwortlaut lautet: „Co tak nám vy při nedávno držané inkvisitorní komisi, kterak u vás mnoho cizích židů [které vy ani trpěti chcete ani můžete] se vynachází, oustně ste přednášeli, též abyste jich sproštěni býti mohli vo assistentí žádali, kteroužto propositi vaši my také nejenom bedlivě jsme považili a ponderírovali, anobrž též na to dříve židovstvo vaše jsme slyšeli. A poněvadž my v tom pravdu býti sme znali, že jak pod praetextem čeledi židovské, tak také pod jiným praetextem cizí židé u velikém množství již od drahných časův do města se vloudili a tu obydlí své k největší křesťanstva tíži a břemenu bez obyčejného příjmu vzali, pro čež chceme a nařizujeme, vám též moc dáváme, abyste vy všechny dle nám dané specificati cizí židé v jistým krátkým a restringirovaným terminu z města ven vybejti a odbejti hleděli, aniž tu ten praetext, jako by oni u domácích židů jen toliko za čeledína v službě zůstávali, místo své míti může, an oni k obsáhnutí handle a jednání svého dost domácích židů, jenž by rádi sloužiti chtěli a jinde sloužiti musejí, před rukama mají.

Jakož také sme vynašli, že skrze rozličné sňatky manželské v krátkým čase cizí židé v tak velikém množství, jenž v počtu křesťané k té největší zhoubě jich živností převýšiti by mohli, do města se vpracticírovali a... tím méněj cizí židé ženit a rozmnožovat nechati nemůžeme, nýbrž bezelstně následující řád uvésti, ustanoviti a stabilirovati donuceni jsme, a to sice, aby oni židé říci nemohli, že dokonce se utlačovati a z města vypuditi a vykořeniti chtějí. Pročež

I. mají všichni domy tak, jak nyní v své podstatě jsou, pozůstávati, to jest, pokudž by některý dům jednomu samotnýmu aneb dvoum, třem aneb víc židům týchž seknice dle ukazující příležitosti do kněh připsán a vložen byl, má při tom tak, jak nyní se vynachází, pozůstaveno a zanecháno býti a nemá žádný držitel buďto celého, polovic, třetího nebo čtvrtého dílu domu budoucně moc míti svůj buďto celý, polovic, třetí nebo štvrtý díl domu žádným vymyšleným způsobem na více dílů, to jest, buďto kšaftem neb zadáním, koupí a prodají, hypothekou aneb jakoukoliv jinší cessí a translatí na víc dílů rozdělovati;

II. nemá také otec neb matka aneb řkouc držitel celého domu aneb dle proporti dílu svého tu moc míti svou possessi, když více dětí má, všem kšaftovati aneb mezi ně všechny quoquomodo transferirovati, aniž oni děti tu moc mají takový zanechaný dům aneb possess na více dílů rozdělovati, nýbrž jestli by otec syny a dcery měl, bude povinnen dům svůj dle possessu svého jen toliko jednomu aneb jedné jakožto budoucímu vlastnímu držiteli a possessoru zanechati, on pak budoucí držitel a possessor má svejm druhejm bratrům a sestrám dle nařízení a ordinatí kšaftujícího jednomu každému portí neb díl jeho na penězích aneb jak by se urov-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

nali, ne však N B na gruntech, vydati, by tím prostředkem nynější status (jak domy nyní vel in totum vel pro parte s knihama městskejma se držejí) na víc zapověděných dílů dismembrirován nebyl. Co ale

III. ženění a vdávání se dotýče, může on neb ona, jenž grunt, to jest dům buďto celý aneb na díle s knihami městskýma utvrzený má, sobě odjinad naproti složení obyčejnýho příjmu (pokudž jen poctivě a zachovalé jsou) manželku (a manžela) pojíti. Co ale druhejch, jenž grunty nemají, obojího pohlaví se dotýče, ty mají v jiných místech buďto skrze mandželstva aneb jináče obydlí svého hledat i aneb s Bydžovskými v mandželstva vjíti a jako podruzi dle židovského v jiných městech obyčeje živu býti;

IV. nynější podruzi, jenž odjinud přišli a s obyčejným příjmem zaopatřeni jsou, mají tak dlouho, jak dlouho živi budou, bez překážky při městě zůstávati. Naproti tomu pak nemá budoucně za

V. žádný purkmistr tu moc míti cizího žida neb židovku přijímati a jemu neb jí příj(e)m, skrze což mnoho unterschleichen se stalo, udělovati, nýbrž jestili by jeden nebo jedna v Bydžově usedlý neb usedlá odjinud s jedním neb s jednou v stav mandželský vkráčeti chěli, mají oni cizí dřívě pravdivé attestata jejich dobrého chování producirovati, magistrát ale má in corpore et plena sessione pravené cizí židé (vyptaje se domácího židovstva na ně jakožto jich povědomé) bedlivě examinirovati, pak na to dle nálezu ex pleno senatus příjem udělovati a od nich nic více, než jak předešlé obyčej byl, taxae vel discretionis nomine žádati a bráti. Co ale alia politica concerniruje, mají budoucně do konce za

VI. oni židé ne mezi křesťany, nýbrž v jejich židovským městě své krámy vybíjeti a zboží své prodávati, aby tu pozůstávající pan děkan příčinu míti nemohl z rozličných příčin, jak kolikráte se dálo, sobě stěžovati. Sklepy pak a sklad zbožích svých můžou oni po všechny časy u křesťanů míti, jen toliko v nich neprodávati. Za

VII. nemají oni židé den nedělní a sváteční, též ani na jejich sabath z svýho židovskýho města žádným způsobem ven vycházeti, nýbrž v něm zůstati; pakli by jeden neb druhý z nich bezelstně vyjíti muscl, má dovolení od cís. rychtáře žádati a vyžádati. Nápodobně za

VIII. nemají ani židé ty dni, jenž křesťané processi a pobožnosti své při teď vystavené statui konají, tak dlouho jak pobožnost neb processi trvá, venku v křesťanském městě dát se viděti, aby oni tudy křesťané v pobožnosti své hyndrováni nebyli, židé pak z toho smích a posměch aneb sice jinou svývolnost neprováděli. Za

IX. magistrát má na to bedlivé zření míti, židovstvo (pokudž za možné) zdí aneb aspoň s plaňkama obehnat a s náležitejma vraty zaopatřit dáti, aby tudy to jich rozličné sem tam potulování, též rozličné unterschleify zamezené býti mohly. Za

X. nemají oni židé bydžovský u sebe žádné cizí toulavý obzvlúště pak polský, uherský aneb z daleka přicházející cizozemské židé přes noc přechovávati, nýbrž jestili by někteří chudí a žebraví židé k nim přišli, mají je ihned dle jich obyčeje s almužnou zaopatřiti a od sebe zasej vybejti, tak aby tudy všechny nemoce a jiné strašlivé a škodlivé náhody, jenž dosti vyskoumati se nemůžou, odvráceni býti mohli.

Poněvadž pak my, aby tento náš nejvejš prospěšný řád a ustanovení vším způsobem, ano svatě držán a zachován byl, tomu chceme, an jedině to vše k větší cti a slávě boží, rozmnožení křesťanstva, ku conservati usedlého židovstva a k vykořenění toho tam vlouzeného ničemného židovského neřádu, jenžto in contribuendo J M C málo anebo dokonce nic přikládá, křesťané ale nanejvejše obtěžuje a usedlé židovstvo jen sužuje, potlačuje a zaneprazdňuje, cíl svůj má a směřuje. Pročež od král. ouřadu podkomorského vám tímto přísně se poroučí, abyste vy tento náš nejvejš prospěšný řád a nařízení židovstvu vašemu nejenom publicirovati, dle toho de puncto ad punctum pokračovati, anobrž také nad tím jakožto k vzrůstu křesťanstva ku conservati usedlých židův a k vykořenění židovského neřádu směřujícím ustanovením silnou a mocnou ruku držeti, to na všechen způsob manteniro-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vati, a aby nic in abusum et contrarium se nevloudilo, dle vaší největší možnosti invigilirovati a bedlivě pozorovati, ano in casum naproti činění pod obzvláštně velikým trestem všechnu incumbenti a starost nésti a míti hleděti."

[77] Am 29. August 1722 schrieb der Königgrätzer Kreishauptmann Karl Dobřenský von Dobřenitz aus Nedělíště dem Bidschower Rate, er könne zu der Kommission über die Beschwerden der Bidschower Juden nicht erscheinen, die er auf den 2. September angesetzt hatte, und gab bekannt, er werde in kürzester Zeit die Bidschower Juden zu sich vorladen (Bidschower Stadtarchiv I A III, 1722, Orig.).

[78] Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, B 20/6.

[79] Dazu kam es am 20. Juni 1735; der Eintragung über die Entscheidung im Liber memorabilium III, pag. 67—69, im Bidschower Stadtarchiv (Orig.-Entschließung vom 20. Juni 1735 dortselbst erhalten I A III, 1735) ist die Bemerkung vorausgeschickt: Die hier schon sehr zum äußersten Ruin angewachsene Judenschaft ersuchte im Jahre 1735 um Erweiterung ihres Friedhofes, dem aber widersetzte sich ein löbl. Magistrat und wollte ihnen aus folgenden Gründen eine Erweiterung nicht bewilligen, weil sie mit gutem Nutzen aus den umliegenden Ortschaften die Judenschaft hieher begraben. Die hartnäckige Judenschaft hat daher die Sache beschwerdeweise vor das kgl. Unterkämmereramt gebracht und dabei auch auf die von der Aufnahme, bzw. dem Inkolat zu entrichtende angeblich hohe Taxe hingewiesen. Das hochlöbl. kgl. Unterkämmereramt ... geruhte die Sache beizulegen und noch dazu zu bewilligen, daß sie sich rückwärts noch ein Stück Grund zu dem Friedhof zukaufen dürften, was dem bezüglich der Juden von der Inquisitionskommission belassenen Provisorium, wo ihnen nirgends der Ankauf irgendwelcher Realität geduldet werden soll, zuwiderläuft. Doch die Judenschaft im Königreich Böhmen hat so viel bei Sr. Kais. u. Kön. Maj. durchgesetzt, daß trotz des im Jahre 1726 betreffs Herabsetzung der Judenschaft ergangenen allergnädigsten Patents (kraft dessen nur der erstgeborene Sohn an dem Ort, wo er geboren ist, sich verheiraten und das Inkolat erwerben darf und die übrigen Söhne eo ipso pro extraneis gehalten werden sollen) gestattet worden ist, daß noch in jedem Kreise neun Personen per modum dispensationis erlaubt werden solle sich zu verehelichen, wobei solche Heiratswerber bei der kgl. Böhmischen Kammer den Konsens hiezu erheben müssen... („To zdeť již tuze k samý zhoubě rozmnožené židovstvo v l. 1735 žádalo rozšířený míti jejich krchov, proti čemuž se vzác. magistrát opřel a z těch příčin jim rozšíření povoliti nechtěl, poněvadž oni s dobrým užitkem z okolních míst židovstvo sem pochovávají, pročež to tvrdošíjné židovstvo věc stížně na král. ouřad podkomořský zaneslo a při tom taky stran ty od nich od příjmu neb incolátu požadující veliký prej taxy připojilo, kterou věc vysoce slav. král. ouřad podkomořský... porounati a jim ještě k tomu povoliti ráčil, by na zad sobě kus místa k témuž krchovu přikoupiti mohli, co proti tomu stran židův od inquisitionis commissí zanechanému provisorio, kde se jim nikde nějaké reale koupiti připouštěti nemá, cílí, anobrž to židovstvo v království Českém tak mnoho při JC a král. M. vymohlo, že přes ten v l. 1726 stran stenčování židovstva prošlý nejmilostivější patent (mocí kterého jen novorozený syn v tom místě, kde zrozený jest, se oženiti a incolatum vzíti smí a ostatní synové eo ipso pro extraneis držané býti mají) povoleno jest, by se ještě v každém kraji devíti osobám oženiti per modum dispensationis povolilo, kdež podobní, kteří se ženiti chtějí, při král. komoře český povolující list vyzdvihnouti musejí...") Daran schließt sich noch die Verbücherung einer „Transacti mezi vzáctným magistrátem a židovstvem zdejším" (Transaktion zwischen einem ehrsamen Magistrat und der hiesigen Judenschaft), die wörtlich also lautet:

„Aº 1735 den 20 Junii durch die Interposition des hochgeb. H. H. Leopoldt des h. r. Reichs Grafen v. Rottal der R. K. undt k. C. Maj. würkl. geheimben Raths, Cammerern undt Erb Sielber Cammerern in Herzogthumb Steuer, wie auch Ihro regierenden R. K. M. Elisabethae Christinae über dero k. Leibgeding Städte in Königreich Böheimb Untercammerers ist die zwischen den allhiesigen Magistrat

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

an einen, dan der gesambten allhiesigen Judenschaft am andern Theils schwebende undt an Ihro hochgräfl. Exc. devolvirte differentz wegen der besagten Judenschaft eingeschränkten Ausbreitung des Friedhofs, Beerdigung der Frembden jüdischen Cörpern undt der von dem so genandten pržim oder incolat gebührenden Taxa nachgesetzter unveränderl. Vergleich getroffen undt beschlossen worden, daß (f. 87b) forderist die allhiesige Juden mit den fördern Zaum bey Ihren Friedthof herfür auf funf Ehlen zu diesen Ziehl undt Ende rucken können, umb willen die schon de priori daselbsten vor den jetzigen Zaum beerdigte Cörper einzeümen undt den Zaum quer hienüber gerade gegen dem Mates Leden führen, hinten aber bey dem Friedthof das daselbsten befindl. undt auf 60 Ehlen sich erstreckende Orth zur Beerdigung cum onere contribuendi kaufen zu können, jedoch mit ausdrückl. Verboth undt Beysatz, in dem nun aufs neue eingezeümbten, nembl. von dem Fridthof her für 5 von seithen des Mates Leden bis zu dem jetzt befindt. Freidthofs zaum quer niebr 31 Ehlen breith undt 24 Ehlen lang sich befindt. Erdtboden keine Cörper dessentwegen zu beerdigen, die weilen derselbe garten laut des Kaufcontracts nichts dergleichen in sich enthalten thuet undt zu keinen Freidthof gekaufet ist. Folgl. auch bey der ocular inspection in dem ausgewisenen Winkl eine Schuppen zu dem Ende aufbawen können, damit die todte Cörper daselbsten vor der Beerdigung sicher eingelegt werden könnten, jedoch auf ewige Zeiten aus der Schuppen keine Wohnung machen undt daselbsten niemanden wohnen lassen sollen. Herentwegen andertens: dieweilen in dem auf den Beerdigungsgarten mehr als vor hunderth Jahren getrofenen Kauf von dem damahligen Verkaufer einiger undt per injurias temporum in eine Vergessenheit gekommenen jährl. Zins vorbehalten ist, so stehet Ihnen Juden frey die frembde, jedoch auf keiner inficirenden Seüche gestorbene Juden auf den Ihrigen Freydthof mit nachgesetzten Zins beerdigen zu können, daß von einem Kindt, worunter von 8 tägen an bis in das 7 Jahr inclusive das Kindt verstanden wirdt, sie Juden 17 kr. 3 d., herentgegen von einer erwachsenen Mans oder Weibs Persohn, welche von sieben Jahr anzunehmen ist, 35 kr. geben, darvon, nembl. von Kinde 7 kr. undt von der erwachsenen Persohn 14 kr. dem jeweiligen Burgermeister gebühren undt das übrige, benandt. respective 10 kr. 3 d. undt 21 kr. in die Rendten flüssen solle. Gleichergestalten drittens: werden die allhiesige Juden verbunden seyn von dem so genandten Pržim oder aber incolats Zettl dem Magistrat von einem Reichen zehen undt dem syndico drey Gulden, von einem armen aber dem Magistrat fünf und dem syndico zwey Gulden reyn. zu geben taxae nomine schuldig seyn, damit aber einige Zwistigkeit in distinguirung des Reichen von den armen nicht vorfallen dörfte, so haben Ihro hochgräfl. Exc. nachgesetzte cynosur entworfen, daß derjenige, der da unter 250 fl. sein Vermögen hat, für einen armen, derselbte aber, der da 250 fl. undt darüber vermögl. ist, für einen Reichen zu achten undt zu schätzen seye, alles getreulich undt sonder gefährde. Zu Uhrkundt dessen haben sich nicht allein beede Parthen in diesem Duplicatinstrument unterschrieben und Ihre Pettschaften beygedrucket, sondern das vollige transactum der untercameramt. ratification unterworfen. So geschehen Neu Bidschow anno et die ut supra." Vgl. auch *C. Říha* l. c., S. 45–46. Die Ratifikation des Unterkämmereramtes dann ist datiert Prag, 1. Dezember 1736.

[80] Diese „Decisí od Jeho c. a k. Milosti, tejkající se věcí židovských neb jurisdictionalia et renovatio" (Entscheidung von Sr. Kais. u. Kön. Maj. betreffs der Judenangelegenheiten oder Jurisdictionalia et renovatio) ist eingetragen im Liber memorabilium III, pag. 90–91, im Bidschower Stadtarchiv: „Elisabetha Christina von Gottes Gnaden Röm. Kaiserin... Hoch und wohlgebohrner auch gestrenger, liebe getreue. Gleichwie wier über das von der zu Untersuchung unserer k. Leibgedingstädte angeordneten gehorsambsten Commission bey der Stadt New Bidschow hinterlassene Provisorium unsere allergnädigste Approbation bereits untern 10. Dezembris abgewichenen Jahrs ertheilet, euch aber unter einstens zu wissen gemacht haben, daß wier über den punct der alldasigen Judenschaft undt wegen derselben zwischen der k. böheimbischen Cammer undt unserm Untersammerambt von Zeit zu Zeit entstandenen Jurisdictionsstrittigkeit unsere gnädigste Resolution

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

euch weithershin anerinderen (f. 90a) wurden, also ist entzwischen bey der mit der k. Hofcammer undt k. böheimbischen hofcantzley veranlasten Zusammentretung, die sach auch dahin abgemacht worden, daß bey der ersetzung deren jüdischen Dienste die ansuchung lediglich bey unserem Untercammerambt beschehen, von diesem die Wahl mittelst derselben behörigen ausschreibung wie auch deputirung zweyer Subjectorum ex Magistratu, welche in Beysein des dortigen k. Richters den actui electionis beyzuwohnen haben, veranlasset, sodann nach vollzogener Wahl darüber anbesagtes unser Untercammerambt relationiret, von deme allein die Bestätigung deren Electorum anbegehret, folgends die Beaydigung deren confirmirten Beambten undt Bedienten wieder in gegenwarth des k. Richters undt deren zweyen Deputirten ex magistratu, welche dem actui electionis beygewohnet haben, vorgenommen werden solle, wo alsdann ihme k. Richter freystehen wird der k. böheimbischen Cammer von dem Verlauf nur ad statum notitiae die nachricht zu geben. Übrigens aber solle die Besorgung des contributionalis sambt allem deme, was dahin anschlaget, als da sind die einricht- undt verpachtung des so genenden jüdischen Pardons, dann die Einsehung deren jüdischen contributionsquittungen (gleich wie es mit all anderen Landjuden undt jüdischen Gemeinden gehalten wird) unter der Direction der k. böheimbischen Cammer verbleiben, wie es dann auch mit denen übrigen jurisdictionalibus in publicis undt civil, auch andern Sachen bey dem allgemeinen Landtsbrauch sein Bewenden hat. Solchem nach wirdt euch dieses alles zu dem Ende hiemit gnädigst anerindert, damit ihr darob veste Hand halten und die so oft angefochtene jurisdiction unsers Untercammerambts bestens zu erhalten gefliessen seyn sollet. Wo bey wier auf die anfangs berührte untern 10. Dezembris 1734 über das Provisorium der Stadt New Bidschow euch zugesandte gnädigste Ratification uns nochmahlen beziehen undt euch mit k. undt k. Gnaden wohl beygethan verbleiben. Geben Laxenburg den 1. junii ao 1735."

[81] Dieses Verzeichnis ist eingetragen im Liber memorabilium III, f. 107, im Bidschower Stadtarchiv; vgl. auch *C. Řiha*, l. c., S. 49.

[82] Über das entsprechende Reskript dd. 25. September 1726 vgl. *Jar. Prokeš*. Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit. Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik, Jg. I (1929), S. 242 ff.

—

ANMERKUNGEN ZUM II. KAPITEL

[1] Diese Konsignation beginnt mit der Erklärung: Wir Sr kais. Maj. Richter, Bürgermeister und Rat anstelle der Gemeindeältesten und einer ganzen Gemeinde der Stadt Neu-Bischow bekennen mit diesem unserem Attest vor jedermänniglich und besonders da, wo es vonnöten sein sollte, daß wir uns auf das gnädige Ihrer Exzellenzen und Gnaden Sr kais. Maj. Herren Herren Statthalter des Königreiches Böhmen (Titel), bzw. auf die Erinnerung und Verordnung Ihrer Gnaden der Herren Herren Hauptleute dieses Königgrätzer Kreises so gehorsam verhalten haben und alle Leute beiderlei Geschlechts, was Standes, Berufes und Alters die sind und wie lange sie zuvor katholisch gewesen, auch jetzt von neuem katholisch gemacht, gewonnen und darin bestärkt worden sind, sich in der Stadt und in unseren Dörflein befinden, sorgfältig besichtigt und fleißig untersucht und laut der uns von Sr kais. Maj. Herren Kreishauptleuten zugesandten Notul haben aufschreiben lassen... („My JMC rychtář, purkmistr a radda na místě starších obecních i vší obce města Nového Bydžova přiznání činíme touto attestatí naší všem vůbec a vzláště tu, kde by toho potřeba ukazovala, že jsme se na milostivé Jich Excellentií a Milostí JMC pánův pánův místodržících království Českého (titulo) anobrž na napomenutí a nařízení Jich Milostí pánův pánův hejtmanův kraje tohoto Hradeckého tak poslušně zachovali a lidi všecky obojího pohlaví, jakéhokoliv ti stavu, povolání a let jsou a jak dávno prve catholitští, taky teď v nově catholitští učinění, zejskáni a v tom utvrzeni, v městě i v vesničkách našich se nacházejí, bedlivě

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

v to vhlédli a s pilností vyšetřili i dle notule nám od JMC pánův hejtmanův krajských odeslané sepsati dali...") Das Verzeichnis ist datiert vom 25. Mai 1651, und erliegt im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, R 109/45, Hradecko-Bydžovsko čís. 8. — Des Interesses halber soll hinzugefügt werden, daß die analogen Listen vom Jahre 1651 von den Herrschaften Dymokur und Poděbrad (das Verzeichnis von der Herrschaft Chlumetz hat sich leider nicht erhalten) im Vergleich mit der Bidschower Konsignation ein ganz anderes Bild bieten: Das Verzeichnis der Herrschaft Poděbrad (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, R 109/45, Hradecko-Bydžovsko čís. 46) führt die Mehrzahl der Einwohnerschaft in der Rubrik Nichtkatholisch an, freilich durchwegs mit dem Zusatze, daß diese Nichtkatholiken für den katholischen Glauben „gewonnen" worden seien, während die Liste der Herrschaft Dymokur (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, S M, R 109/45, Hradecko-Bydžovsko čís. 18) zwar die Einwohnerschaft ebenfalls überwiegend in der Rubrik Nichtkatholisch anführt, aber fast durchwegs hinzufügt, es sei keine Hoffnung sie zum katholischen Glauben zu bekehren. Vgl. auch *J. Čečetka*, Náboženské hnutí na Dymokursku a Chlumecku, Český lid, Jg. X, Seite 341.

[2] Vgl. *Ant. Rezek*, Dějiny Čech a Moravy nové doby, Bd. I., S. 185, und *J. Kašpar*, Paměti o věcech duchovních v král. věnném městě Novém Bydžově, Výroční zpráva reál. a vyššího gymn. v N. Bydžově za škol. rok 1900/1901, S. 27.

[3] Vgl. *J. Kašpar* l. c. (vgl. Anm. 2), S. 31.

[4] Einige Berichte über die Missionstätigkeit im Bidschower Ländchen aus dem Königgrätzer Konsistorialarchive hat *P. Augustin Neumann OSA.* abgedruckt in dem Buche „Prostonárodní náboženské hnutí dle dokladů konsistoře královéhradecké" (Die volkstümliche Religionsbewegung nach den Quellen des Königgrätzer Konsistorialarchives), I. Teil, Doba t. zv. Temna do r. 1740 (die Zeit der sog. Finsternis bis zum Jahre 1740), Hradec Králové 1931. Das Buch wird leider in ausgedehntem Maße dadurch entwertet, daß sich der Autor in zahlreichen Fällen ganz unfähig erwiesen hat, die von ihm benützten und teilweise auch abgedruckten Quellen richtig zu lesen (vgl. das gründliche Referat von *J. V. Šimák* im Český Časopis Historický XXXIX, S. 151—165; aus der Bidschower Umgebung führe ich wenigstens einen Beleg unter sehr vielen unrichtigen Lesungen des Autors an: das Dorf „Mničnik", l. c., S. 208, existiert nirgends in ganz Böhmen, es handelt sich jedoch um das Dorf Měník-Mniěnik, das zur Herrschaft Bidschow gehörte und eine Filialkirche zu St. Wenzel und St. Stanislaw besaß). — Die m. E. letzte Mission unter der Regierungszeit Karls VI. fand in Bidschow im Jahre 1737 statt und das Bidschower Stadtgedenkbuch (Liber memorabilium III, f. 1036, im Bidschower Stadtarchiv) bemerkt darüber nach dem Bidschower Dekanalgedenkbuche: In diesem 1737. Jahre im Monate oder Ende Februar kamen hieher, so wie sie nach kaiserlicher Verordnung schon im Königreich Böhmen da und dort ihre Visitation gehalten hatten, drei Herren Patres Soc. Jesu, nämlich Pater Konias, P. Nachbur und P. Promněn, die auf einem Gerüste in der Kirche eine Bußpredigt und Exerzitien zwei Wochen lang hielten und zunächst mit den Männern, dann mit den Weibern, dann mit den Jünglingen und schließlich mit den Jungfrauen, an den Seelen sicherlich eine große Wirkung taten, denn viele Verstockte taten Buße, viele versöhnten sich, in Summa der Seele alles Gute taten und dann zum Zeichen der abgehaltenen Mission in der Gasse vor der Kirche St. Laurentii unweit des Alexiusischen und Pacovskýschen Hauses just vorn am Ringplatze ein heiliges Kreuz aufstellten und die Aufschrift darauf setzten: Crux missionis. Doch, wie die menschliche Bosheit sich stets über das Gute überhebt und es unterdrückt, so haben viele auf diese Mission vergessen; es würde nicht schaden, wenn sie jedes Jahr erneuert würde. (In der Originalfassung: „V tom 1737 roce v měsíci neb na konci februarii přišli sem tak, jak dle nařízení císařského již v království Českém sem tam svý visitati konali, tři páni páteři Soc. Jesu, totiž pater Koniáš, P. Nachbur a P. Promněn, kteří na lešení v kostele kající kázání a cvičení skrze 2 neděle drželi a předně s mužma, pak s ženma, potom s mládenci a posléz s panama, na dušech jistě velký oučinek působili, nebo mnozí

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

zatvrzelí pokání činili, mnozí se smířili, v summě vše dobré duši působili, a pak na znamení té vykonané missí v ulici před chrámem Páně sv. Vavřince nedaleko domu Alexiusovského a Pacovského právě do čela rynku svatý kříž postavili, na něj nápis dali: Crux missionis. Však ale jak zlost lidská vždy dobré převyšuje a utlačuje, mnozí na túž missí zapomněli; neškodilo by, aby každej rok se obnovovala." (Vgl. auch *J. Kašpar* l. c., Výroční zpráva reál. a vyššího gymn. v N. Bydžově za škol. rok 1901/1902, N. Bydžov 1902, S. 4—5).

[5] Vgl. auch *J. Kašpar* l. c., Výroční zpráva reál. a vyššího gymn. v N. Bydžově za škol. rok 1901/1902, N. Bydžov 1902, S. 4.

[6] Die Originale der Appellationsgerichtsurteile d. d. 10. Mai 1729 und 12. April 1731, adressiert an das Stadtgericht zu Bidschow, erliegen im Bidschower Stadtarchiv, wo sich auch weitere Akten über Řehounek befinden (von der Begnadigung Řehounecks verständigte das Appellationsgericht das Bidschower Stadtgericht mit Zuschrift vom 3. August 1731).

[7] Vgl. *J. Kašpar*, l. c., Výroční zpráva reál. a vyššího gymnasia v N. Bydžově za škol. rok 1901/1902, N. Bydžov 1902, S. 7.

[8] Die Verhörsprotokolle mit Lukas Volný, dessen Gattin Katharina und dessen Sohn Karl haben sich, wie bereits erwähnt, abschriftlich im Bidschower Dekanalarchive erhalten, Fasc. I, Nr. 1, 2, 3. Wegen ihrer Wichtigkeit für die Sekte der Israeliten drucke ich sie hier wörtlich ab:

I. Verhör des Lukas Wolny am 16. April 1732.

Examen Lucae Wolny ex ovili dominicali Czihar dominii Chlumecensis, institutum die 16. Aprilis in parochia Lauczicensi in puncto librorum haereticorum in foeno reconditorum.

Originalverhör.

Int.: Jak vám říkají, jak starý a čí poddaný jste? — Resp.: Lukáš Volnej, 78 let, poddanej panství chlumeckého.

Int.: Jak dávno jste ženatý, kolik dětí máte? — Resp.: 40 let minulo, 7 dítek mám živejch, 2 v Pánu usnuly.

Int.: Kde jsou a jaký obchod vedou? Resp.: Nejstarší je Jan, mistr polný na zarybnickým ovčínci panství opočenského; 2. Lukáš je u mne s ženou svou; 3. Václav za hammelknechta v Chlumci, ženatej; 4. Karel neženatej u mne slouží; 5. Jiřík, neženatej, taky je doma; 6. dcera nejstarší Kateřina, vdaná za Václava Šreyera, mistra polního na panství císařským na Vysokým Veselí; 7. Veronika, vdaná za Jiříka Tuhého, mistra polního v Zdechovicích.

Int.: Jaký víry byli vaši rodičové? — Resp.: katolický.

Int.: Jaký víře vás vyučili? — Resp.: katolický víře.

Übersetzung.

Int.: Wie heißt Ihr, wie alt seid Ihr und wem seid Ihr untertan? — Resp.: Lukas Wolnej, 78 Jahre, Untertan der Herrschaft Chlumetz.

Int.: Wie lang seid Ihr verheiratet, wieviel Kinder habt Ihr? — Resp.: Schon über 40 Jahre, 7 Kinder habe ich am Leben, 2 sind im Herrn entschlafen.

Int.: Wo sind sie und was für Hantierung betreiben sie? — Resp.: Der älteste ist Johann, Feldmeister auf der Zarybnitzer Schäferei der Herrschaft Opotschno; 2. Lukas ist bei mir samt seinem Weibe; 3. Wenzel ist als Hammelknecht in Chlumetz, verheiratet; 4. Karl, ledig, dient bei mir; 5. Georg, ledig, ist auch daheim; 6. die älteste Tochter Katharina ist mit Wenzel Schreyer, Feldmeister auf der kaiserlichen Herrschaft Hoch-Wessell, verheiratet; 7. Veronika, mit Georg Tuhý, Feldmeister in Zdechowitz, verheiratet.

Int.: Welchem Glauben waren Eure Eltern zugetan? — Resp.: dem katholischen.

Int.: In welchem Glauben haben sie Euch unterwiesen? — Resp.: im katholischen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Int.: Kdo pak vás svedl od víry katolický, poněvadž jste byl vychován v ní? Resp.: Žádnej.

Int.: Jestli jste dobrej katolík, proč jste pak knihy lutriánský musil skrýti v seně na chudeřským ovčíně, který syn Matějů nalezl, když s robotiři seno překládal, a bylo jich půl pytle; a on Matějů syn z ní [sic] jednu velikou míti chtěl, ale váš syn Karel jemu tu velkou dáti nechtěl, než jen mu dával jednu menší, která vašim jménem byla podepsána? — Resp.: Nevím o nich, snad děti mý dobrý knihy z přístrachu na seno zanesly.

Int.: Pan Páter Mateřovský, missionarius, letos vo Hromnicích v Žiželicích nalezli tu knihu od vás podepsanou, a ta nebyla dobrá, než byla zlá, kacířská. Taky se vám to věřiti nemůže, že vy jste o těch knihách nevěděl? — Resp.: Snad se v ní místo mně neb na můj šlak podepsal někdo jiný.

Int.: Váš vlastní syn Jan se vymlouval (dle svědectví pana obrregenta), že knihy zlý dostal od vás? — Resp.: Já odporuju tomu, že nedostal nic.

Int.: Vaše vlastní manželka se přiznala v svým examenu, že knihy od Matěje Ganíře [= Janíře], svodníka kacířskeho zlý paměti, asi pět kusů v chlívě schovaný měla? — Resp.: Já jsem jich neviděl, ani nevěděl o tom.

Int.: Já jsem sám u vás letos viděl jednu velkou knihu, která mimo Adamovýho života, který by se corrigovati mohl, dvě velmi škodný knihy téhož Mikoláše Konáče a druhou arcikacířskou Stibora z Cimburku a Tovačova připojeny měla? — Resp.: Já jsem v ní málo četl. Můj syn Karel ji sobě vypůjčil od Petra Matějky aneb Vávry, šafáře vlkovského.

Int.: Wer hat Euch vom katholischen Glauben verführt, wenn ihr darin erzogen worden seid? — Resp.: Niemand.

Int.: Wenn Ihr ein guter Katholik seid, warum habt Ihr dann luthrianische Bücher im Heu in der Chudeřitzer Schäferei verbergen müssen, die Matthias' Sohn gefunden hat, als er mit den Robotern das Heu umgeschlichtet hat, und es war ein halber Sack voll; und er Matthias' Sohn hat davon ein großes haben wollen, aber Euer Sohn Karl hat ihm das große nicht geben wollen, sondern bot ihm nur ein kleineres an, das mit Eurem Namen unterschrieben war? Resp.: Ich weiß von diesen Büchern nicht, vielleicht haben die Kinder meine guten Bücher aus Angst aufs Heu vertragen.

Int.: Herr Pater Mateřovský, Missionär, hat heuer zu Lichtmeß in Žiželitz ein Buch mit Eurer Unterschrift gefunden, und das war kein gutes Buch, das war ein schlechtes Buch, ein ketzerisches. Man kann Euch daher nicht glauben, daß Ihr von den Büchern nicht gewußt. — Resp.: Vielleicht hat sich darin anstatt meiner oder mir zum Schaden jemand anderer unterschrieben.

Int.: Euer eigener Sohn Johann hat sich ausgeredet (nach dem Zeugnis des Herrn Oberregenten), daß er von Euch schlechte Bücher bekommen habe. — Resp.: Dem widerspreche ich, nichts hat er bekommen.

Int.: Eure eigene Gattin hat in ihrem Examen gestanden, daß sie von Matthias Ganíř (= Janíř), einem ketzerischen Verführer unseligen Andenkens, etwa fünf Stück im Stall versteckt gehalten? — Resp.: Ich habe diese Bücher nicht gesehen und auch nicht davon gewußt.

Int.: Ich habe selbst heuer bei Euch ein großes Buch gesehen, das neben dem Leben Adams, das korrigiert werden könnte, zwei sehr schädliche Bücher desselben Nikolaus Konáč und ein anderes erzketzerisches des Stibor von Cimburg und Tobitschau beigebunden hatte. — Resp.: Ich habe darin wenig gelesen. Mein Sohn Karl hat sichs von Peter Matějka oder Vávra, dem Wlkower Schaffer, ausgeliehen.

Plura ab illo rescire non licuit, proinde petitur gratiosa resolutio, quid ulterius cum illo et uxore et filio Carolo faciendum.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Examen Catharinae, uxoris *Lucae Wolny*, ex ovili Czihar in parochia Lauczicensi, institutum in puncto asservationis librorum haereticorum.

Int.: Jak ti říkají? — Resp.: Kateřina.

Int.: Kde jsi zrozená? — Resp.: V Smidařích ve mlejně me[d]řickým.

Int.: Čí poddaná? — Resp.: K panství chlumeckému.

Int.: Jak stará jste? — Resp.: Šedesáte jeden rok.

Int.: Kolik máš bratrů a sester? — Resp.: Jednoho bratra Tobiáše Černýho blíž Barchova v Bydžovský Lhotě, řemesla řeznického. Sestry mám čtyři. Jedna je v Bydžově, Mařena, ta chodí na Sv. Horu a měla za manžela Fridricha Patzla. Druhá, Alžběta jménem, vdaná za Jana Poláka, v Bydžovský Lhotě obytná. Třetí Rozina, nevdaná, zůstává v podruží u Jana Poláka taky tam. Čtvrtá Anna, žena Ondřeje Pšeničky, taky ve Lhotě.

Int.: Jak dávno si vdaná? — Resp.: 40 let již minulo.

Int.: Koho si sobě pojala? — Resp.: Lukáše Volnýho.

Int.: Kolik dítek si s ním splodila? — Resp.: Devět, 2 z nich umřely.

Int.: Kde jest jich ostatních sedum? Resp.: Nejstarší je Kateřina, vdaná na panství pardubském za Václ. Šreyera, polního mistra na Vysokým Veselí; 2. Jan Volný, mistr polní na opočenským panství v zárybnickým ovčíně; 3. Václav, ženatý, v chlumeckým hammelhofu; 4. Veruna, dcera, je vdaná za Jiříka Tichýho v Zdechovicích, mistra polního; 5. Lukáš, má ženu z Puchlovic, zůstává se mnou. 6. a 7mý, totiž Karel a Jiřík, oba neženatí, jsou doma.

Int.: Jaký víry byli tvoji rodičové? — Resp.: Oniť jsou byli pravě katoličtí.

Int.: V jaký víře tě vychovali? — Resp.: V katolický víře.

Int.: Poněvadž rodičové tví byli víry katolický a tebe v tý víře vychovali,

Int.: Wie heißt du? — Resp.: Katharina.

Int.: Wo bist du geboren? — Resp.: In Smidar in der Medřitzer Mühle.

Int.: Wem untertan? — Resp.: Zur Herrschaft Chlumetz.

Int.: Wie alt seid Ihr? — Resp.: Einundsechzig Jahre.

Int.: Wieviel Brüder und Schwestern hast du? — Resp.: Einen Bruder Thobias Černý bei Barchow in der Bidschower Lhota, seines Zeichens ein Fleischer. Schwestern habe ich 4. Eine ist in Bidschow, Mařena, die geht auf den Hl. Berg und hatte zum Gatten Friedrich Patzl. Die zweite, namens Elisabeth, verheiratet mit Johann Polák, ist in der Bidschower Lhota wohnhaft. Die dritte, Rosina, ledig, wohnt zur Miete bei Johann Polák ebendort. Die vierte, Anna, Gattin des Andreas Pšenička, — auch in Lhota.

Int.: Wielange bist du verheiratet? — Resp.: Schon über 40 Jahre.

Int.: Wen hast du dir genommen? Resp.: Den Lukas Wolny.

Int.: Wieviel Kinder hast du mit ihm gehabt? — Resp.: Neun, 2 davon sind gestorben.

Int.: Wo sind die restlichen sieben? — Resp.: Die älteste ist die Katharina, verheiratet auf der Herrschaft Pardubitz mit Wenzel Schreyer, Feldmeister auf Hoch-Wesseli; 2. Johann Wolny, Feldmeister auf der Opotschner Herrschaft in der Zarybnitzer Schäferei; 3. Wenzel, verheiratet, im Chlumetzer Hammelhof; 4. die Tochter Veruna ist mit dem Feldmeister Georg Tichý in Zdechowitz verheiratet; 5. Lukas hat sein Weib aus Puchlowitz, wohnt bei mir. Der 6. und 7., nämlich Karl und Georg, beide ledig, sind daheim.

Int.: Welchem Glauben waren deine Eltern zugetan? — Resp.: Sie waren recht katholisch.

Int.: In welchem Glauben haben sie dich erzogen? — Resp.: Im katholischen Glauben.

Int.: Wenn deine Eltern katholischen Glaubens waren und dich in diesem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

kdo pak tě svedl od tý víry? — Resp.: Žádnej.

Int.: Kterak pak Matěj Janíř zlý paměti, známej v kraji kacířský svodník, mohl k tobě důvěrnost míti a takový knihy tobě svěřiti, nebo dobrý katolický osobě by takových knich schovati nedal, musel tehdy vědomost míti, že ty taky taková jseš? — Resp.: Ach Vašnosti, to všecko známost dělala, že jsem někdy od něho plátno kupovala. On, když šel na jarmark do Pardubic, nechal uzlík knih u mně.

Int.: Rozvázali jste ten uzlík ty, nebo tvůj manžel? — Resp.: Nerozvázali, ani on jich v ruce neměl.

Int.: Z toho se nevyvadíš, on Matěj Ganíř [= Janíř] byl taky známej jiným dobrým katolíkům; ta známost nemůže tebe vymluviti, nýbrž dokazuje, že jsi mu známá býti musela také podle víry? Resp.: Zachovejž Pán Bůh.

Int.: Kolik kusů bylo těch knih? — Resp.: Na mou duši, nevím.

Int.: Máme svědectví, že jsi ty takové knihy skryla v chlívě? — Resp.: Já se k tomu znám, že v chlívě byly.

Int.: Když jsi je do chlíva nosila, musilas vidět, kolik jich bylo kusů? — Resp.: Nevím, bylo-li jich 4 nebo 5 kusů.

Int.: Poněvadž si je sama v chlívě ukrejvala, musilas vědět, kolik jich bylo kusů? — Resp.: On mně Janíř pravil, abych je schovala.

Int.: Dlouho-li tam byly? — Resp.: Jen asi pět dní. Co on se z Pardubic navrátil, tu je zase vzal.

Int.: Kolik let je již, co se to stalo? — Resp.: Asi 5 let.

Int.: Ty si věděla, že jsou zlý, proč si to jakožto dobrá katolická křesťanka nepřednesla veleb. panu děkanovi? — Resp.: Nepověděla jsem žádnýmu.

Int.: My tobě to věřiti nemůžem, že jsi mu je všecky navrátila? — Resp.: Mým vědomím všecky.

Glauben erzogen haben, wer hat dich von diesem Glauben verführt? — Resp.: Niemand.

Int.: Wie konnte dann Matthias Janíř unseligen Andenkens, ein landbekannter ketzerischer Verführer, zu dir das Zutrauen haben und dir solche Bücher anvertrauen, denn einer gutkatholischen Person würde er solche Bücher nicht aufzubewahren geben, er mußte also Wissenschaft haben, daß du auch so bist? — Resp.: Ach, Euer Gnaden, das machte alles die Bekanntschaft, daß ich einmal von ihm Leinwand gekauft habe. Als er auf den Jahrmarkt nach Pardubitz zog, ließ er den Pack Bücher bei mir.

Int.: Habt ihr, du oder dein Mann, den Pack aufgemacht? — Resp.: Wir haben ihn nicht aufgebunden, auch er hat sie nicht in der Hand gehabt.

Int.: Du ziehst dich nicht heraus: er Matthias Janíř war auch mit andern guten Katholiken bekannt; diese Bekanntschaft kann dir nicht heraushelfen, sondern sie beweist, daß du ihm auch deinem Glauben nach bekannt sein mußtest. — Resp.: Gott bewahre!

Int.: Wieviel Stück Bücher waren es? Resp.: Meiner Seel', ich weiß es nicht.

Int.: Wir haben ein Zeugnis, daß du ebendiese Bücher im Stall verborgen hast. — Resp.: Das gestehe ich, daß sie im Stalle gewesen sind.

Int.: Wenn du sie in den Stall getragen hast, so mußtest du sehen, wieviel Stück es waren. — Resp.: Ich weiß nicht, waren es 4 oder 5 Stück.

Int.: Wenn du sie im Stalle versteckt hast, so mußtest du wissen, wieviel Stück es waren. — Resp.: Janíř hat mir gesagt, ich solle sie aufheben.

Int.: Wie lange waren sie dort? — Resp.: Nur etwa fünf Tage. Als er von Pardubitz zurückkam, hat er sie wieder genommen.

Int.: Wieviel Jahre sind seitdem verflossen? — Resp.: Etwa 5 Jahre.

Int.: Du hast gewußt, daß es schlechte Bücher waren, weshalb hast du das als gute Christin nicht dem hochw. Herrn Dechanten angezeigt? — Resp.: Ich habe es niemandem gesagt.

Int.: Wir können dir es nicht glauben, daß du ihm alle wieder zurückgegeben hast. — Resp.: Soviel ich weiß: alle.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Int.: Poněvadž pravíš, že žádný vědomosti nemáš, aby která kniha za tebou zůstala, nýbrž žes je všechny z domu vydala; žádáš-li na to tělesnou přísahu složiti, že z nich ani tvůj muž, ani kdo jiný jedinkou knihu s vědomím tvým nedostal krom Matěje Janíře, kterej takové knihy tobě schovati dal? Resp.: Žádám ne přiměřeně, ale svobodně.

Int.: My toho správu máme, že syn tvůj Jan, opočenský mistr polní, ve svém examenu se vyznal, že některé knihy od svých rodičů dostal; pověz tehdy pravdu, zda-li si jemu taky některou dala? — Resp.: Nedala, na svou duši.

Int.: Odkud pak syn tvůj Karel tu knihu vzal, totiž Adamů život a druhou k ní připojenou Mikoláše Konáče a třetí v týž svázanou: Stibora z Cimburka a Tovačova? — Resp.: Od Petra Matějky, nyní šafáře vlkovského.

Int.: Weil du sagst, daß du nichts davon weißt, daß irgendwelches Buch bei dir geblieben sei, sondern daß du wieder alle aus dem Hause gegeben, verlangst du darauf einen körperlichen Eid abzulegen, daß davon weder dein Mann noch irgendjemand ein einziges Buch mit deinem Wissen bekommen hat außer Matthias Janír, der dir solche Bücher zum Aufbewahren gegeben? — Resp.: Ich verlange es ungedrungen, freiwillig.

Int.: Wir haben Nachricht, daß dein Sohn Johann, Feldmeister zu Opotschno, in seinem Examen bekannt hat, einige Bücher von seinen Eltern bekommen zu haben; sprich also die Wahrheit, ob du ihm auch irgendeines gegeben hast? Resp.: Ich habe ihm keins gegeben, meiner Seel'.

Int.: Wo hat denn dein Sohn Karl das Buch hergenommen, nämlich das Leben Adams, und das zweite beigebundene von Nikolaus Konáč und auch das dritte beigebundene von Stibor von Cimburg und Tobitschau? — Resp.: Von Peter Matějka, jetzt Schaffer zu Wlkow.

Examen des Carl Wolny, eines Sohns des Lukas Wolny, [am 20. September 1732] in puncto librorum haereticorum, wie folget:

Int.: Wie heißt du? Wie alt bist du? — Resp.: Carl Wolny, alt 23 Jahr.

Int.: Höre du, Carl Wolny, du weißt dich zu entsinnen, daß dein Vater nacher Lautschitz wegen seiner lutherischen Büchern, so die Robother in Heü gefunden, citiret worden, worbei du gewesen, wie die Robother solche gefunden, dahero sage die Wahrheit, wer hat diese Bücher gefunden und wie viel, auch was vor Bücher seind es gewesen? — Resp.: Ich weis von nichten. Ich habe keine Bücher gesehen, auch niemanden einige gegeben.

Int.: In des H. Pfarrers von Žiželitz von sich gegebenen Attestato ist klar enthalten, das des Mathes Tichy sein verstorbener Sohn darbei gewesen, ein Buch darvon genohmen, wo die Kinder eingeschrieben, und des Caspar Modrschitzsky von Süttau gewesen, und er auch noch ein größeres von dier verlanget hat, du aber ihme solches nicht geben wollen, sage also die Wahrheit, ist es dem also? Und wo hast du das große Buch hingethan, so du ihme nicht geben wollen, auch wo sein die andere hingekommen? — Resp.: Ich habe diesen Sohn des Tichy gekennet, wie er Oberknecht zu Chuderschitz gewesen, damahlen ich aber nur ein kleiner Bueb war, und bin ich niemallen mit ihme auf keinen Heu gewesen, auch niemahlen keine Bücher gesehen, noch davon gehöret.

Int.: Was hast du vor Bücher von Wlkower Schaffer bekommen, zu was Endt hast du dir solche ausgeborget und wie lang bei dir gehabt und wo sein sie hingekommen? — Resp.: Ich habe nur eines von Schaffer bekommen, welches bei mir gegen 9 Wochen gehabt, worinnen halt lächerliche Possen gewesen, so ich durch 8 Tagen in etwa s zu lesen angefangen, sodann aber krank worden und hat solches der Wickleker Würtschaftsbereüther von uns wieder ausgeborget. Von anderen 2 Büchern ist mir nichts bekannt.

Hierauf ist der Würtschaftsbereiter Chlad befraget worden, welcher aussaget, das er dieses Buch sich ausgeborget, aber nicht darinne gelesen habe, solches er alsdann auf Begehren dem Lautschitzer Pfarrer behändiget häthe.

Actum Chlumetzer Ambtscantzlei den 20. Sept. 1732.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

9 Im Bidschower Stadtarchiv hat sich lediglich die Zuschrift des Prager Appellationsgerichtes d. d. 16. Sept. 1732 erhalten, dem das Urteil beigeschlossen war (das heute fehlt) und in welchem dem Bürgermeister und Rat der Stadt Neu-Bidschow anbefohlen wird, dem Delinquenten, der bei Euerm Gericht wegen Ketzerei verhaftet ist („při právě vašem strany kacířstva vězením zjištěným") das Urteil bekanntzugeben und es zu vollstrecken nach Abbüßung des Scharwerks und vor seiner Entlassung aus dem Arrest uns wahrhaften Bericht zu erstatten, wie er Wenzel Souček sich während des Scharwerks verhalten und ob er das Bekenntnis des alleinseligmachenden katholischen Glaubens abgelegt hat, anzuzeigen, vorläufig aber, daß er Wenzel Souček aus der Haft nicht etwa entweichen könne, unfehlbar möglichst strenge Überwachung anzuordnen („po vykonaným obecním díle a dříve, nežli z arestu propuštěn bude, nám neomylnou zprávu, jak on Václav Souček čas trvajícího obecního díla se choval a zdaliž vyznání samospasitedlné víry katolické učinil, oznámiti, zatim ale, aby on Václav Souček z vazby nikoliv vyniknouti nemohl, všemožný pozor zaopatřiti dáti neopominete").

10 Über *Matthias Koupilek* vgl. die Zuschrift des Königgrätzer Konsistoriums an den Bidschower Dechant vom 20. April 1747 (Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. III, Nr. 1, die auch anderweitig interessant ist: Mathias *Koupilek* de haeresi et seductione vehementer gravatus ulterius in carcere tenendus et brachio saeculari secundum patentes caesareo-regias in materia haeresis emanatas tradendus ac regiae appellationi denuntiandus est. In hoc autem taliter procedetis: Primo salutabitis illustrissimum dominum comitem patronum vestrum et loci dominum aut in ejus absentia capitaneum Chlumecensem et requiretis, ut dictus Mathias Koupilek alicui magistratui jus judicaturae criminalis habenti tradatur praeliminariter examinandus, qui magistratus deinde examen suum transmittat Pragam supradictae regiae appellationi, quod demum inde nobis communicabitur et nos ad inquisitionem formalem procedemus. Talis est praxis et stylus in puncto haeresis contra suspectos procedendi, jam a longo tempore usitatus et altefatis caesareo-regiis patentibus conformis. Quodsi, uti non speramus, hic loci id, quod postulabitis, non obtineueritis, recurrendum ad illustrissimum dominum capitaneum districtus et ab eo id ipsum requirendum erit. Caeteri vero cum ad casum haeresis aut arianae, ut dicitis, blasphemiae vel tanquam rei vel tanquam testes in-et concurrant, et ii, qui hac in parte insimulantur, jam regiae commissioni appellatoriae denuntiati sunt, ne jurisdictio cum jurisdictione misceatur et confundatur, interim relinquendi sunt.

Mit Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 18. Dezember 1758 (Bidschower Dekanalarchivs, Fasz. XI, Nr. 2) wurde dann Matthias Koupílek zugleich mit seinem Bruder Georg als Ketzer erkannt und als Lästerer gegen Johann von Nepomuk.

In causa inquisitionis super pravitate haeretica contra Mathiam Koupilek, oppidanum Žiželicensem, dominio Chlumecensi subditum et Chlumecii apud judicium saeculare incarceratum pro foro ecclesiastico legaliter institutae... Audito per deputatos commissarios nostros dicto inquisito nec non actis inquisitionis hujus consistorialiter relatis, mature ponderatis ac discussis comperientes, quod ipse, quanquam omnia percinatiter negans post fidei orthodoxae profesionem *ob vehementissimam suspicionem de retentione librorum, scientifica haeresi ejusque disseminatione*, semel emissam, duorum testium singularium *de diversis sermonibus haereticis et blasphemis in S*tum *Joannem Nepomucenum* ab eo prolatis deponentium testimoniis, nec non fama in oppido Žiželicensi publica per novissimum attestatum magistratus confirmata gravetur, quodque juxta attestationem curati sui, et Patris missionarii contra fidem datam de frequentandis in loco assignato divinis ea dominicis et festivis diebus non frequentaverit, catecheses neglexerit, et ne quidem paschaliter secundum morem in hac dioecesi receptum catechizari se fecerit, *cum suspectis de fide familiariter egerit, characteres quasi haebraicos suorum schediasmatum nullo modo explicare voluerit*, imo supra dictos commissarios nostros, consequenter

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

et authoritatem ecclesiasticam in respondendo super interrogatoriis sibi propositis pro more suo proterve ac frivole plerumque eluserit. Eundem iterato de haeresi vehementer suspectum esse dicimus et sententionando declaramus, ipsi ad se ab hac vehementi suspicione purgandum rursus professionem fidei orthodoxae publice emittendam injungentes per hanc sententiam nostram definitivam latam, lectam, et servatis servandis de jure publicatam in curia episcopali Reginae-Hradecii die 18. Decembris A. 1758.

Mit Dekret des Grafen Leopold Kinsky vom 13. Aug. 1759 (Abschrift im Bidschower Dekanalarchive, Fasz. XII, Nr. 3) wurde er von der Chlumetzer Herrschaft verwiesen. Das bemerkenswerte Ausweisungsdekret lautet: Nechdeme bey meiner Majoratlherrschaft Chlumetz und zwahr *unter meinen Unterthanen in Religionssachen solche Glaubensirthum hervorgekommen, daß in einer kurtzen Zeit bies 20 Personhnen* in die geistliche, folgends appelatorische Inquisition verfallen; nach genauer Untersuchung aber hervorkommen, daß der Mathes Koupilek aus Žiželitz als ein ketzerischer Verführer alle diese und vielleicht noch viele mehrere meine Unterthannere von der wahren Religion verführet und ins ketzerische Thun verleüthet; weillen nun diese ketzerische Verführung nicht allein wieder die hierlands eingeführte röm. cathol. Religion streitet, nebst dessen mir zum größten Schaden gereichet, sintemahlen diese Leuth, welche sich an eine frembde Religion binden, mir gemeiniglich untreu werden, folglich auf die mir verbundene erbunterthänige Treü vergessen, weithers in allen ihrigen Schuldigkeiten saumselig erzeigen. Dahero und umb dieses Übel zu steuern, habe nicht allein diesen obangeführten *Mathes Koupilek als einen überwiesenen ketzerischen emisari von meiner Herrschaft verwiesen*, sondern auch anbefehlen wollen, daß allen bey meiner Herrschaft Chlumetz befindlichen Unterthannern bey erst erfolgenden Amtstag bedeuthet werden solle, in Fahl und da wieder Verhoffen ein oder anderer von allen auf meiner Herrschaft Chlumetz und incorporirten Güthern befündlichen Unterthannern sich ein oder anderer von Zeit dieser Publication in Irthum fünden lassen sollte und diesfalls überwiesen wurde, derselbe in genere seines Vermögens nicht allein verlustiget, sondern auch, wie oft ermelter Mathes Koupilek auf ewig sammt Weib und Kindern meiner Herrschaft verwiesen seyn sollen...

Über Georg Koupílek hat sich im Bidschower Dekanalarchive (Fasz. IX, Nr. 1, Fasz. XI., Nr. 1) zunächst das Protokoll über seine Einvernahme in Chlumetz am 4. März 1756 erhalten, bei der Georg Koupílek diesen inkriminierten Ausspruch, der Papst sei der Antichrist, bestritt. Er habe es in der Dennice gelesen, welche die Herren Patres Missionäre herausgaben, und er habe den Ausspruch so aufgefaßt, daß die Ketzer damit den Papst lästern. Er bestritt weiter, daß sein Schwiegervater religiös verdächtig sei. Laut Protokoll hatte der Bruder des Georg Koupílek, der uns bereits bekannte Matthias, gesagt: „Durch Eure Ehe (nämlich des Georg Koupílek) mit dem Geschlechte Ždánský wird die Ketzerei um sich greifen" („skrze sňatek váš s rodem Ždánským učiněnej kacířstvo se rozmáhat bude"). Darauf erklärte Georg Koupílek: „Ich habe dort keine Bücher gesehen, auch keine ketzerische Reden gehört, habe auch niemals von den Leuten gehört, daß sie dieses Geschlecht etwa für ketzerisch hielten" („žádný knihy sem tam neviděl, ani řeči kacířské neslyšel, ani od lidí sem nikda neslyšel, aby rod ten za podezřelý vedli"). Die Anzeige des Bruders erklärte er für einen Racheakt dafür, daß er ihm das Häuschen auf seinem Garten nicht habe lassen wollen („že jsem jemu chaloupku na zahradě mé popustiti nechtěl"). Dann ist hier das Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 18. Dezember 1758. („Cum ex actis inquisitionis in puncto pravitatis haereticae contra Georgium Kaupilek, oppidanum Žiželicensem dominio Chlumecensi subditum, Chlumecii apud judicium saeculare propterea incarceratum legaliter pro foro ecclesiastico institutae relatis mature ponderatis ac discussis prodeat, quod modo dictus inquisitus juxta propriam fassionem suam haereticos sermones in praememoratis actis inquisitionalibus ad interrogatorium 4tum notatos, et a defuncta sorore sua *Catharina Kaupilkiana* prolatos audiverit et *per eandem sororem suam haeresim disseminari* sciverit, neque tamen unquam illam prodiderit et secundum

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

dicta testium *Romanum pontificem Antichristum nominare* non erubuerit, fratrem suum *Mathiam Kaupilek*, cum propter pravitatem haereticam antehac incarceratus esset, eum propter testimonium Domini Jesu incarceratum dixerit, ac praeterea testimonio *Joannis Popelka de malitiosa cavillatione sacramenti confirmationis gravetur.* Idcirco nos... praefatum inquisitum *tanquam fautorem haereticorum* in omnes poenas a sacris canonibus et aliis constitutionibus ecclesiasticis contra hujus modi fautores latas et promulgatas incidisse, ac insuper de *haeresi graviter suspectum* esse dicimus, et sententionando declaramus...") Weil das Ausweisungsdekret gegen Matthias Koupílek den Georg Koupílek nicht erwähnt, so läßt sich daraus schließen, daß er von der Chlumetzer Herrschaft nicht ausgewiesen wurde.

[11] Vgl. die Zuschrift des Königgrätzer Konsistoriums an den Bisdchower Dechant d. d. 8. März 1752 (Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. V, Nr. 1): „Tradidit nobis regium appellationum tribunal ad inquirendum suspectum de pravitate haeretica *Georgium Wlastnik* apud judicium Neo-Bidžoviense propterea incarceratum. Nos non valentes igitur inquisitionem hanc per nos ipsos tractare eam tractandam vobis et *curato Kniežicensi Joanni Dobrženiowsky* committimus et in hunc etiam finem modo dicto curato examen praeliminare apud magistratum Neo-Bidžoviensem cum dicto inquirendo habitum, ut interim praeviae quaestiones convenientes apponat communicavimus. Quapropter cum iterato dicto de die, qua inquisitionem hanc constituere possetis, correspondebitis et convenientes adinvicem in domo decanali vestra praefatum inquirendum Georgium Wlastnik coram vobis comparere jubebitis, comparentem examinabitis et alia quaeque, quae ad expediendam inquisitionem hanc opportuna fore videbuntur, advocato etiam ad id missionario Patre *Joanne Mach*, utpote inquisiti hujus bonam notitiam habente, instituetis ac tandem acta inquisitionis hujus — quae tamen modo dictus missionarius non subscribet — nobis in authentico sine mora cum restitutione communicati ad sententionandum transmittetis..."

[12] Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 23. März 1752 im Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. V, Nr. 2: „Instituta pro foro ecclesiastico *contra Magdalenam Rocžkianam, incolam Neo-Bidžoviensem*, ex puncto suspicionis de haeresi denuntiatam et propterea ibidem apud saeculare judicium carcere detentam, legali inquisitione eaque per provicarium *nostrum decanum Hniewczowessensem Henricum Redinger et loci decanum Carolum Michalek* audita et aliis, quos audiri opportuit, viris relatis mature ponderatis ac dicsussis ejusdem inquisitionis actis, solum deum et sanctam ejus justitiam prae oculis habentes et pro tribunali sedentes, praefatam inquisitam Magdalenam Rocžkianam ex eo, *quod ad scandalum domesticorum se contra articulum fidei orthodoxae de efficaci invocatione sanctorum, tum de processionibus in ecclesia catholica usitatis contumeliose et cultu sanctarum reliquiarum tepide locutam fuisse confiteatur et de defensione illius abominabilis blasphemiae Judaicae sic nuncupatae sectae paulo ante in vicinia Neo-Bidczoviensi proditae et in suo authore Joanne Pita castigatae, quae potissimum eos, qui errori seu Hussitarum seu Lutheranorum addicti fuerunt, corripuit*, per suam nurum Magdalenam jurato auditam gravatur, de haeresi vehementer suspectam sententionando dicimus et pronuntiamus, ipsi ad purgandum se contra suspicionem hanc professionem fidei orthodoxae cum promissione de in futurum non committendo talia, quae similem suspicionem inducere possent, publice emittendam, injungentes per hanc nostram sententiam definitivam latam, lectam et servatis de jure servandis publicatam in curia episcopali Reginae-Hradecii die 23. martii anno 1752."

[13] Vgl. die Zuschrift des Königgrätzer Konsistoriums an den Bidschower Dechanten d. d. 26. November 1753 (Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. VI., Nr. 4): „Tradidit nobis rursus regium appellationum tribunal ad inquirendum pro foro ecclesiastico *in puncto pravitatis haereticae Dorotheam Wolegnikianam*, apud saeculare judicium Neo-Bidzovii incarceratam. Hanc inquisitionem vobis assistente patre missionario *Joanne Mach* a paritate prioris instruendam seric praesentium committimus et in hunc finem acclusa hic acta praeliminaria communicamus mandantes, ut ipsam praefatam inquirendam coram vobis constituatis, examinetis,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

testes audiatis, confrontetis et acta omnia diligenter annotata ac in scripturam redacta et nominibus manu propria cum sigillorum appressione debito loco subscripta nobis ad sententionandum cum restitutione communicatorum quantocius transmittatis..."

[14] Der Name wird in den Quellen unterschiedlich geschrieben: Volouna, Vollouna, Volany, Vollany, Volani, Valani. Zu seiner Einvernahme vgl. 1. die Zuschrift des Königgrätzer Konsistoriums an den Bidschower Dechanten vom 28. Mai 1753 (Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. VI, Nr. 1): „Mira nobis accidit vestra relatio sub praesentato 26. mensis hujus accepta, in qua retulistis, quod magistratus Neo-Bidžoviensis *Mathiam Valani* non possit deferre ad regiam appellationem *ex defectu instrumenti delicti et plenae probae*. Sane non intelligimus, quid dictus magistratus intelligat per instrumentum delicti, et altera pars rationis prorsus inanis est. Siquidem sicut ad magistratum non pertinet cognoscere super crimine haereseos, ita ad eum non pertinet cognoscere super plenitudine aut defectu probationis. Haec est enim inter regiam appellationem et hocce episcopale dicasterium in materia haereseos continua praxis, conformis legibus et statutis caesareo-regiis, quod postquam judex saecularis aliquem de haeresi suspectum, qualis omnino est dictus Mathias Valani, apprehendit prout audito vel tantum tenui iudicio apprehendere debet, formatum cum eo examen, quod primae apprehensionis vocamus, transmittit repetite dictae regiae appellationi petitque informari, quid cum tali suspecto ulterius agendum foret. Hoc facto idem regium appellationum tribunal examen illud judicis saecularis communicat consistorio, quod praemissa pro foro ecclesiastico inquisitione desuper sententiam fert eamque una cum actis inquisitionis eidem regio appellationum tribunali transmittit, quod pro parte sua ulterius disponit et pro foro saeculari, in quantum inquisitus reus judicatus est, poenas decernit, ut ita magistratum nulla tangere debeat solicitudo de plena vel semiplena probatione, sed solum ipsi incumbat suspectos denuntiare et postea dictatas pro foro saeculari poenas exequi. Unde quemadmodum apud praefatum magistratum pro practica denuntiatione antedicti Mathiae Volani (sic) ad saepe dictam regiam appellationem facienda instabilis ita circa *Čžapek*, pariter de haeresi et ejus disseminatione suspectum rationem dimissionis suae rescire conabimini et nos plenius informabitis, ut data opportuna occasione in suis locis qualiter in puncto haeresis ex parte ejusdem saepe dicti magistratus procedatur et periculosis haereseon disseminatoribus, quales tum Mathias Volani (sic), tum Čžapek, *uterque vagabundus*, merito censeri possunt non sine dispendio sanctae religionis Romano-catholicae faveatur et tales forsan ex intuitu alimentationis inquisitioni subtrahantur referre valeamus. Caeterum *Georgium Niemecz* habeatis semper suspectum et actionibus ejus diligenter invigiletis..." 2. Zuschrift des Königgrätzer Konsistoriums an den Bidschower Dechanten vom 21. August 1753 (l. c. Fasz. VI, Nr. 2), derzufolge der Bidschower Dechant und der P. J. Mach mit der Einvernahme des Matthias Voloun betraut werden, der beschuldigt war, „super pravitate haeretica et ejus disseminatione", wobei man als Zeuginnen einvernehmen sollte „Dorotheam Palowska et Marianam Roczkowa easque, cum ad invicem non concordent, ut una ad memoriam reducat alteram, confrontetis". Zum Schluß stellte das Königgrätzer Konsistorium am 6. Oktober 1753 (Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. VI, Nr. 3) dem Bidschower Dechanten das eingesandte Verhörsprotokoll zurück — es hat sich leider im Bidschower Dekanalarchiv nicht erhalten —; es entsprach nicht aus Gründen der äußeren Form: „Deformastis examen inquisitorium Mathiae Wolany eo, quod in medio ejus appresso sigillo vos subscripseritis. Cum autem examen hoc de stylo curiae nostrae regiae appellationi veniat communicandum et taliter deformatum cum honore communicari nequeat, idcirco vobis examen hujusmodi remittimus cum mandato, ut illud in mundum describi curetis ac tandem in fine et non in medio a vobis et missionario subscriptum et sigillis roboratum nobis idque intra triduum remittatis."

[15] Vgl. die Zuschrift des Königgrätzer Konsistoriums an den Bidschower Dechant vom 7. Juni 1757, Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. X, Nr. 1: Recurrit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ad suam illustrissimam archiepiscopalem Excellentiam jam sub praesentato 24. Martii a. c. *Georgius Wrbiczky* parochianus Zizelicensis, Neo-Bidžovii ex capite suspectae haereseos apud judicium saeculare incarceratus et ex carcere intuitu uxoris et prolium labore manuali alendarum erga cautionem de judicio sisti dimitti humiliter supplicavit. Cum igitur alte memorata illustrissima archepiscopalis Excellentia praefatas preces ad consistorium suum episcopale remiserit, scire volumus, quando et cujus mandato dictus Georgius Wrbicky Neo-Bidžovii incarceratus sit? uti et an, quando et per quem ad regium appellationum tribunal sit delatus, et quae ratio sit, cur, si ad tribunal illud delatus est, tam diu nihil circa eum ex parte fori saecularis disponatur? Super quibus accepta a magistratu opportuna notitia nos quantocius informabitis, qui de reliquo vobis benevoli manemus", und das Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 18. Dezember 1758 (Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. XI, Nr. 5: „Cum ex actis inquisitionis in puncto pravitatis haereticae contra *Georgium Wrbiczky oppidanum Žiželicensem*, dominio Chlumecensi subditum et propterea Neo-Bidžovii incarceratum, pro foro ecclesiastico legaliter institutae, relatis mature ponderatis ac discussis prodeat, quod modo dictus inquisitus post fidei orthodoxae professionem ob suspicionem de haeresi inde manantem, *quia cum homine haeretico familiariter conversatus* est, semel emissam dicto unius testis de *diversis sermonibus haereticis ac blasphemis in s. Joannem Nepomucenum ab eo cum Mathia Kaupilek prolatis* aliisque indiciis gravetur. Idcirco nos... praefatum inquisitum iterato de haeresi suspectum esse declaramus, ipsi ad purgandum se contra hujusmodi suspicionem rursus professionem fidei orthodoxae publice emittendam injungentes vigore hujus sententiae nostrae difinitivae latae et servatis de jure servandis publicatae in curia episcopali Reginae-Hradecii die 18. decembris anno 1758."

16 Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 18. Dezember 1758 im Dekanalarchive zu Bidschow, Fasz. XI, Nr. 4: „In causa inquisitionis contra *Josephum Ždansky*, oppidanum Žiželicensem, dominio Chlumecensi subditum de blasphemia accusatum et propterea Neo-Bidžovii apud judicium saeculare incarceratum pro foro ecclesiastico institutae... Auditis per deputatos commissarios nostros tum inquisito tum testibus iliusque ad interrogata responsis et eorum testimoniis relatis mature ponderatis ac discussis comperientes probatum esse, quod *dictus inquisitus* postposito dei timore *contra sanctissimum eucharistiae sacramentum*, in quo vere realiter et substantialiter corpus et sanguinem una cum anima et divinitate domini nostri Jesu Christi adesse fide divina credimus, *linguam suam maledicam scandalose laxaverit* impie, contumeliose asseverando, quod sacerdotes asserant ibi esse deum, sit autem ibi etc., ut in actis, sententionando dicimus et pronuntiamus praefatum inquisitum Josephum Ždansky *haereticalis blasphemiae reum et de haeresi vehementissime suspectum esse* ac consequenter in omnes poenas a sacris canonibus et aliis constitutionibus ecclesiasticis contra blasphemos latas et promulgatas incidisse..."

17 Vgl. oben Anm. 10.

18 Freisprechendes Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 18. Dezember 1758 im Dekanalarchive zu Bidschow, Fasz. XI, Nr. 3.

19 Zuschrift des Königgrätzer Konsistoriums vom 16. November 1759 im Dekanalarchive zu Bidschow, Fasz. XIII, Nr. 7.

20 Protokoll über das Verhör der Katharina Polická vom 5. Juli 1759 und Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 22. Juli 1759 im Dekanalarchive zu Bidschow, Fasz. XII, Nr. 1 und 2.

21 Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 6. März 1760 im Bidschower Dekanalarchive, Fasz. XIII, Nr. 2: „Instituta pro foro ecclesiastico in puncto pravitatis haereticae legali inquisitione contra *Joannem Klečzka, parochianum et oppidanum Žiželicensem*, dominio Chlumecensi subditum et apud judicium saeculare Žiželicii propterea incarceratum, visisque relatis ac mature ponderatis ejusdem inquisitionis actis comperientes, quod modo dictus inquisitus post sufficientem promulgationem anathematis contra retentores et lectores librorum haereticorum

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lati nihilominus *libros haereticos longo tempore* cum notitia juris et facti *retinuerit, legerit*, ac insuper *errores* a sancta matre ecclesia rejectos et anathematizatos nimirum: *Sacramenta esse duntaxat duo, purgatorium non dari, sanctos pro nobis intercedere non posse, indulgentias rem esse fictitiam et alios in actis Art. 18. specificatos crediderit*, eundem inquisitum Joannem Kleczka in haeresim formalem, excommunicationem majorem et poenas a sacris canonibus et aliis constitutionibus ecclesiasticis contra haereticos librorum haereticorum retentores ac lectores latas et promulgatas incidisse..."

[22] Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 6. März 1760 im Bidschower Dekanalarchive, Fasz. XIII, Nr. 6: „Cum ex actis inquisitionis in puncto pravitatis haereticae contra *Joannem Janauch ex pago Laukonos*, parochianum Žiželicensem et dominio Chlumecensi subditum ibidemque propterea apud judicium saeculare incarceratum pro foro canonico legaliter institutae relatis mature ponderatis ac discussis prodeat, quod modo dictus inquisitus post sufficientem promulgationem anathematis in retentores ac lectores librorum haereticorum de jure lati *complures libros haereticos* cum notitia juris et facti *longiori tempore servaverit, legerit, patrem missionarium, cum ab eo ad inquisitionem traheretur, corrumpere tentaverit*, imo et *testimonio Martini Horak de diversis sermonibus haereticis prolatis gravetur*. Idcirco... praefatum inquisitum Joannem Janauch de haeresi vehementissime suspectum et omnibus poenis ecclesiasticis contra retentores ac lectores librorum haereticorum latis et promulgatis subjectum esse dicimus et pronunciamus..."

[23] Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 6. März 1760 im Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. XIII, Nr. 3: „In causa inquisitionis super pravitate haeretica contra *Danielem Kubanek ex pago Magno Wiklek, parochianum Regio Miestecensem, subditum dominio Chlumecensi* et ibidem propterea apud judicium saeculare incarceratum pro foro ecclesiastico legaliter instituta... Quandoquidem inquisitionis hujus actis consistorialiter relatis mature ponderatis ac discussis, ex propria inquisiti confessione comperimus, quod ipse post professionem fidei, quam antehac ob suspicionem de haeresi ex retentione ac lectione librorum haereticorum provenientem semel emiserat, nihilominus *iterato ejusmodi libros haereticos, inter quos catechismus Lutheri sciens esse, tales longiori tempore studiose occultaverit, retinuerit ac legerit*. Idcirco nos vicarius generalis et officialis totumque episcopale consistorium, solum Deum et sanctam ejus justitiam prae oculis habentes et pro tribunali sedentes, antedictum inquisitum Danielem Kubanek Deo et sanctae matri ecclesiae perfidum iterata vice de haeresi suspectum in omnes poenas a sacris canonibus et aliis constitutionibus ecclesiasticis contra librorum haereticorum retentores et lectores latas ac promulgatas reincidisse sententionando dicimus, pronuntiamus et declaramus..." Mit Zuschrift des Königgrätzer Konsistoriums vom 29. Jänner 1760 (l. c. Fasc. XIII, Nr. 1) wurde der Bidschower Dechant aufgefordert, mit dem Missionär P. Mach den Kubanek einzuvernehmen.

[24] Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 6. März 1760 im Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. XIII, Nr. 4: „Quandoquidem ex actis inquisitionis in puncto pravitatis haereticae contra *Mariam, conjugem Wenceslai Haltuff ex pago Zehun, dominio Chlumecensi* subditam legaliter pro foro ecclesiastico institutae relatis, mature ponderatis ac discussis prodeat, quod modo dicta inquisita post sufficientem promulgationem anathematis contra retentores librorum haereticorum et inde manantis suspicionis de haeresi in juventute sua semel emissam nihilominus librum precatorium ab haeretico editum commodato acceperit, in eo oraverit, cantilenam de communione sub utraque specie non solum frequenter cecinerit, verum etiam coenam domini sub utraque sumendam esse crediderit. Idcirco nos... praefatam inquisitam tanquam haereticam formalem ex eo, quod contra manifestum sensum ecclesiae coenam Domini sub utraque sumendam esse crediderit, in omnes poenas a sacris canonibus et aliis constitutionibus ecclesiasticis tam generalibus quam particularibus contra haereticos latas et promulgatas incidisse, nec ab iis prius quam agnito errore suo verae poenitentiae signa dederit, et reversales juratas de non

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

relabendo dederit, absolvendam declaramus vigore hujus sententiae nostrae definitivae..."

25 Urteil des Königgrätzer Konsistoriums vom 6. März 1760 im Bidschower Dekanalarchiv, Fasz. XIII, Nr. 5: „In causa inquisitionis super pravitate haeretica contra *Martinum Horak, alias etiam Joannem Hlava nuncupatum, inquilinum et parochianum Žehunensem* et Žiželicii propterea apud judicium sacculare incarceratum, pro foro canonico legaliter institutae... Quandoquidem inquisitionis hujus actis consistorialiter relatis, mature ponderatis ac discussis ex propria inquisiti confessione comperimus, quod ipse post sufficientem promulgationem anathematis in retentores et lectores librorum haereticorum de jure lati, complures ejusmodi *libros haereticos* cum notitia juris et facti *longo tempore servaverit, legerit ac insuper dogmata manifeste haeretica nimirum: Sacramenta esse tantum duo, sanctos non posse pro nobis intercedere, purgatorium non dari et alia in actis art. 30 specificata protulerit*, et uti praesumitur, crediderit. Idcirco solum Deum et sanctam ejus justitiam prae oculis habentes et pro tribunali sedentes antedictum inquisitum Martinum Horak alias etiam Joannem Hlawa nuncupatum tanquam formalem haereticum ac librorum haereticorum retentorem et lectorem in excommunicationem, omnes poenas a sacris canonibus et aliis constitutionibus ecclesiasticis tam generalibus quam particularibus contra haereticos et librorum haereticorum retentores ac lectores latas et promulgatas incidisse nec ab iis prius, quam agnito errore suo majora verae poenitentiae ac resipiscentiae *signa* dederit, professionem fidei orthodoxae publice emiserit et reversales juratas de non relabendo dederit, absolvendum declaramus vigore hujus sententiae nostrae definitivae..."

—

ANMERKUNGEN ZUM III. KAPITEL

1 Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách od vydání tolerančního patentu až na naše časy, I. Teil, Prag 1887, S. 114, Anm. 58.

2 Vgl. oben die Einleitung.

3 Excitatorium an den Bischofen zu Königgrätz d. d. Wien 12. Jänner 1748, Abschr. im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag ČG, Publ. 1/1 (vgl. unten Beilage VII): Es hat unsere königliche Appellationscammer zu Prag über die Vollführte inquisition wieder die occasione der in dem Königratzer Creys in Unserem Erbkönigreich Böheimb hervorgebrochenen jüdischen Sectae in Verhaft gezogene Sectarios und Anhängere den allerunterthänigsten Bericht anhero erstattet. Nun haben Wir aus sothanen Bericht nicht ohne Befremdung wahrgenohmen, was massen *diese Secta schon vor mehr als 5 Jahren in der Deiner Andacht anvertrauten Dioeces eingerissen* und ist nicht zu glauben, daß wo dieses Übel schon *durch so viele Jahre gedauert* und es in der dorthigen Gegend gantz ruchbahr gewesen, nicht auch Ihr Consistorium, die Pfarrer und Seelsorgere, besonders in jenen Orthen, wo dieses Unweesen sich ausgebreithet, solches nicht solten erfahren haben, mithin dieses Gift, wann deme bey Zeithen entgegen gegangen worden wäre, gleich in der ersten Geburth gar leicht hätte ersticket werden können und nicht soweith sich ausgebreitet hätte.

4 Časopis katolického duchovenstva XIX (1878), S. 22–24.

5 Časopis musea král. Českého LV (1881), S. 424.

6 Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách etc. S. 114.

7 Český lid X (1901), S. 341.

8 Výroční zpráva reál. a vyššího gymnasia v N. Bydžově za škol. rok 1901/1902, S. 6.

9 Dějiny panování Marie Terezie I. (1897), S. 380.

10 Eine Abschrift dieser Protokolle erliegt im Dekanalarchive zu Bidschow ohne Aufschrift und ohne Signatur; soweit sich die Protokolle auf die Sekte der sog. Bidschower Israeliten beziehen, wird ihr Text in der Beilage I abgedruckt. In ihrer Gesamtheit geben die Abschriften die Protokolle von Sitzungen des König-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

grätzer Konsistoriums aus den Jahren 1747—1754 wieder, in welchen Angelegenheiten der Bidschower Seelsorge verhandelt wurden. Auf die Sekte der sog. Bidschower Israeliten beziehen sich die Sitzungsprotokolle vom 9. Jänner 1747, 14. April 1747, 7. März 1748, 18. März 1748, 9. Mai 1748, 13. Mai 1748 und 1. Dezember 1750.

[11] Postquam ... decanus Neobidžoviensis a directore ejus loci occonomico audivisset opilionem quendam in pago Prasek ... de superstitione haebraica videri suspectum, convenit cum so, ut *proxime futuro die veneris* sub crepusculo, dum Haebreis sabbatum incipit, habitaculum dicti opilionis visitetur ... Interim, dum decanus inquisitionem differt *ob instantes sacras ferias*...

[12] J. J. Escherich wurde Dechant von Bidschow im Jahre 1725 und starb siebzigjährig am 21. März 1749; vgl. über ihn einige Angaben bei *J. Kašpar*, Paměti o věcech duchovních v král. věnném městě N. Bydžově, Výroční zpráva reál. a vyššího gymnasia v N. Bydžově za škol. rok 1901/02, S. 3—7.

[13] Interim, dum decanus inquisitionem differt ob instantes sacras ferias, *nescitur, qua via res haec* pervenit ad notitiam capitanei districtus illustrissimi domini baronis de Wanžura, qui sine mora manus inquisitioni imposuit... *Sváteks* Behauptung (Dějiny panování Marie Terezie I., S. 379), die Anzeige habe dem Königgrätzer Kreishauptmanne Wanczura der Dechant Escherich erstattet, ist demnach nicht richtig.

[14] Vgl. Beilage I.

[15] „Přes jehlu chtěje rozuměti, s Písmem se tak zapletl, že se poradív s židy do židovského bludu sám vpadl a několik jiných do něho zavedl." Vgl. die Eintragung im Liber memorabilium III., S. 45—47, im Stadtarchiv zu Bidschow, abgedruckt hier in Beilage II; vgl. auch *C. Řiha*, Místopis a dějiny král. věnného města Nového Bydžova S. 51, *J. Svátek*, Dějiny panování Marie Terezie I., S. 380 Anm., und *J. Kašpar* in Výroční zpráva reál. a vyššího gymnasia v N. Bydžově za škol. rok 1901/02, S. 6.

[16] Vgl. auch die Einträge in der Tauf-, Trauungs- und Sterbematrik des Neubidschower Dekanalamtes aus den Jahren 1679—1708, litt. C, im Bidschower Dekanalarchiv: 1. über die Eheschließung des Vaters Pitas l. c. S. 459: Am 17. Jänner 1700 wurden im hl. Ehestande bestätigt: Johann, *Sohn des Matthäus Pita, gebürtig aus der Markgrafschaft Mähren*, bedienstet auf den Gründen der Stadt Bidschow, und Maria, Tochter des Matthias Klos, Nachbars aus Chudonitz; Zeugen: Macháček, Nachbar aus Zachrašťan, und Ursula, Tochter des Burian Lhota, Nachbars aus Chudonitz („17. ledna 1700 v stavu sv. manželství potvrzeni jsou: Jan, *syn Matouše Pity, rodilého z markrabství Moravského*, služebný na gruntech města Bydžova, a Marie, dcera Matěje Kloze, souseda z Chudonic; svědkové: Macháček, soused ze Zachraštan, a Voršila, dcera Buriana Lhoty, souseda z Chudonic"). 2. Über die Geburt, bzw. die Taufe des Johann Pita, l. c. S. 239: Am 31. X. 1701 wurde getauft Johann, der Sohn des in Chudonitz wohnhaften Johann Pita und dessen Gattin Maria Magdalena; Pate Michael Leiffer, Schmied aus Alt-Bidschow, Patin Dorothea, Gattin des Michael Šimák, Nachbars aus Chudonitz („31. X. 1701 pokřtěn jest Jan, syn Jana Pity, obytného z Chudonic, a Marie Magdaleny manželky jeho; kmotr Michal Leiffer, kovář ze Starého Bydžova, kmotra Dorota, manželka Michala Šimáka, souseda z Chudonic"). Johann Pita hatte noch zwei Brüder, Matthias, getauft am 11. Feber 1705 (l. c. S. 273 — Paten waren zwei der angesehensten Bidschower Bürger jener Zeit, Daniel Broumovský und Frau Ludmila, Gattin des Lukas Čistecký, was darauf deuten würde, daß sich Johann Pita d. Ä. ein gewisses Ansehen in der Stadt errungen hätte) und Jakob, getauft 25. Juli 1707 (l. c. S. 332; er starb jedoch mit siebzehn Jahren im März 1725 — Matrik der Taufen, Trauungen und Todesfälle des Dekanalamtes der Stadt Neu-Bidschow aus den Jahren 1708—1728, litt. D, S. 484). Johann Pita d. Ä. starb im April 1727, gegen 50 Jahre alt (l. c. S. 503). Johann Pita d. J. war verheiratet; seine Gattin hieß Elisabeth (vgl. das Verzeichnis in Beilage IV) und wurde im Jahre 1747 ebenfalls zur Untersuchung gezogen; es ist mir jedoch nicht gelungen, den Eintrag über

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ihre Eheschließung mit Johann Pita in der Neubidschower Dekanalmatrik aufzufinden.

17 Dekret des Königgrätzer Kreisamtes an Neu-Bidschow im Bidschower Stadtarchiv ohne Sign. Die Namen der Arrestanten sind in einer eigenen Konsignation d. d. Barchuwek 10. Jänner 1747 angeführt, die dem Dekret vom 15. Jänner 1747 beigeschlossen ist. Die Personen sind mit deutschen Taufnamen angegeben: Carl Wolney, Georg Wolney, Georg Wessely, Johan Wrbiczky und Johanna Bura (sic; es handelt sich aber, wie aus dem Vergleich mit anderen Listen mit Sektierernamen hervorgeht, zweifellos um Johann Baur (Bour).

18 Bidschower Stadtarchiv I A III 1747: Da wir es für nöthig zu seyn erachtet den zu Smydar arrestirten Johan Waczek, Prasker Schafmeister (dieweilen derselbe verschiedene und dato nicht verhörte Complices entdeket) umb ihn der Fall der nothigen Confrontation, dann auch respectu seiner Alimentation und auf das demselben wegen Erhaltung seiner Gesundheit hülfbittende Handt gereichet werden können, nächer zu haben, wiederumben nachher Neu Bidschow ad custodiam carceris, wie diessertwegen an den Smidarer Rendtschreiber das Behörige ergehet, bringen zu lassen. Solchemnach verordnen wir von obhabenden königl. Creysambts wegen, daß selbte wegen des gleich oben gedachten Johan Waczeks sicherer und separater Verwahrung, auf das sich niemandt de Complicibus mit ihme unterreden könne so wohl, als auch wegen seiner Gesundheitsconservation das Erforderliche veranstalten und genau auf ihn invigiliren lassen sollen.

19 Diesen Vorgang kann man aus der Einleitung des Reskripts Maria Theressia d. d. 12. Jänner 1748 rekonstruieren, der in Beilage VI abgedruckt ist. In dem erhaltenen Expeditionsprotokolle Publicorum der Böhmischen Hofkanzlei vom Jahre 1747 (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag), S. 26, Nr. 80, ist das Regest des Befehls eingetragen: Der königl. Statthalterey wird per Recepisse ernstlich anbefohlen, daß wider die in dem Königgratzer Creyss sich hervorthuende abscheuliche Sect auf das schärfleste alsogleich inquiriret und darüber weithers berichtet werden solle. 26. Januarii 1747.

20 Zu der allda befündlichen hochlöbl. königl. Appellations-Commission...

21 Bidschower Stadtarchiv I A III 1747.

22 Dekret des Königgrätzer Kreisamtes vom 8. April 1747 im Bidschower Stadtarchiv I A III 1747.

23 ...Mathias Hladik Leinweber, der beym königl. Richter Herrn Bergmann in Diensten oder Herbernus gewesen...

24 Nachdeme die löbl. so genandte jüdischen Sectae denominirte königl. appellatorische und dermahlen zu Königgrätz anwesende Commission bey uns die Ansuchung gethann, womit wir ohne Zeitverlust die Verfügung thuen thätten, auf daß des Prasker Schafer Johann Waczek Eheweib und der Bydtschower Judt Salomon Caspar, Wlczek und daselbstige Rabiner nachher Königgrätz alsogleich gestellet wurden, dahero die Herren obgedachte benandte Persohnen morgen umb 7 Uhr fruhe, soferne solche de fuga nicht verdächtig wären, auch libero pede nacher Königgratz gantz gewies gestellen, welche sich bey erwähnter löbl. Commission anzumelden haben werden. Bidschower Stadtarchiv I A III 1747. Das Dekret langte nach der auf der Adreßseite angebrachten Bemerkung „um die 7. Stunde zur Nacht" in Bidschow ein.

25 Abgedruckt in Beilage I. Mit dieser Liste stimmt fast völlig das Verzeichnis überein, das im Bidschower Dekanalarchiv Fasz. XIII. Nr. 10 erhalten (in Beil. II), aber deutsch abgefaßt ist.

26 Es handelt sich um ein Verzeichnis mit dem Titel „Consignatio personarum de pravitate haeretica suspectarum", das im Bidschower Dekanalarchiv erliegt (Fasz. XIII, Nr. 10) und sich fast völlig mit dem Konsistorialverzeichnis deckt (vgl. die vorangehende Anm.), ferner um das Verzeichnis mit dem Titel „Poznamenání poddaných zdejších, kteří za příčinou secty židovské k sententí do Král. Hradce dostaviti se museli" (in dorso: „Consignatio personarum de secta Judaica suspectarum"), erhalten im Bidschower Dekanalarchiv Fasz. XIII, Nr. 8, und um

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

das Verzeichnis mit der Aufschrift „Consignatio personarum, quae ob sectam judaicam professionem fidei emiserunt", erhalten im Bidschower Dekanalarchiv Fasz. XIII, Nr. 9. Die erwähnten Listen werden weiter unten als Beil. II–IV abgedruckt. Einige Namen enthält auch der Liber memorabilium III, S. 45–47, im Bidschower Stadtarchiv, abgedruckt in Beil. V.

[27] Vgl. Beil. Nr. VI.

[28] Dějiny panování Marie Terezie I., S. 378.

[29] L. c., S. 378–379.

[30] Abgedruckt in Beil. VI.

[31] Über die Sache unterrichtet uns das Dekret des Königgrätzer Kreisamtes d. d. 22. April 1747, adressiert an den Neubidschower Richter und Stadtrat, Bidschower Stadtarchiv I A III 1747: „Nachdeme eine hochlöbl. königl. Statthalterey lauth einer sub hodierno praes. erhaltenen gnädigen Missiv uns zu vernehmen gegeben, welcher gestalten der *ex complicitate der jüdischen Sect zu Prag insitzende Juedt Götzl von Judenthumb abzuweichen und zu der alleinseeligmachenden cathol. Religion sich zu wenden erkläret* und dabey unter anderen auf das angelegentlichste gebetten hette das behörige provisorium dahin zu ergehen zu lassen, auf daß seine *zwey Söhne* durch die Juden nicht etwan heimblich außer Landes geschaffet wurden, mithin hocherwehnte königl. Statthalterey uns gnädig anzubefehlen geruhet hat obgedachten Judens Götzl zwey Söhne mit aller Behutsambkeit alsogleich aufheben und nacher Prag *in das alldasige Neophytenhaus* sicher überliefern zu lassen. Solchemnach werden die Herren zu Folge abgezogenen gnädigen Missivae des mehr gedachten Judens Götzl seine zwey Söhne mit aller Behutsamb- und Verschwiegenheit sogleich bey Erhalt dessen aufheben und solche nacher Prag in das Neophytenhaus sicher überliefern zu lassen.." Daß es sich um den *Jakob* Götzl handelt, das beweist das in der Bidschower Stadtkanzlei auf den Akt gesetzte Regest: „Missiva král. ouřadu kraj. tejkaje zaopatření synův Gotzla *Jakuba* v Praze sedícího" (Missiv des kgl. Kreisamtes betreffs der Versorgung der Söhne des in Prag sitzenden Gotzl *Jakob*).

[32] Laut Reskript d. d. 12. Jänner 1748 (abgedr. Beil. VI) handelte es sich um 22 Personen.

[33] Über die Verarrestierung der Brüder Volný in Bidschow vgl. das Dekret des Königgrätzer Kreisamtes d. d. Holovousy 15. April 1747 nach Bidschow, das aber dem Bidschower Rate erst am 27. April d. J. zugestellt wurde (Bidschower Stadtarchiv I A III 1747): Obwohlen eine löbl. denominirte königl. appellatorische Commission die ex capite complicitatis judaicae sectae gravirte 3 Gebrüder Wolny, benandtl. Lucas, Carl und Georg, fahls ihre Arrestesentlassung das Chlumetzer Würtschaftsambt ansuchen möchte, selbte erga cautionem de judicio sisti toties, quoties opus fuerit auf freyen Fuß zu stellen erachtet und uns dießerthalben die Anzeuge gethan hat, wiezumahlen aber gemäs des jetzt gleich erhaltenen Schreybens in decursu ulterioris inquisitionis sich dießfahls ein wichtiger Anstandt geaüßert hatte, mithin uns ersuchet das nöthige dahin zu veranlassen, womit obbemeldte 3 Gebrüder Wolny in nechst angelegenen wohl verwahrten frohnwesten bies auf weithere Resolution aufbehalten wurden. Da nun aber wir obberührte complices mittelst des Chlumetzer Würtschaftsambt aufhöben und solche in die Bydschower frohnveste verwahren zu lassen resolviret haben, dahero die Herren obbenandte drey Brüder Wolny behörig zu übernehmen und dieselbe dem dasigen Stadtgericht zu übergeben, folgl. sie (worzu zu ihrer Unterhaltung und anderen Unkosten das Chlumetzer Würtschaftsambt von ihrem Vermögen das nöthige abfolgen wird) allda bies auf weithere Resolution wohlverwahrter beyzubehalten unermanglen werden.

[34] Dekret des Königgrätzer Kreisamtes d. d. Königgrätz 3. Mai 1747 nach Bidschow (Bidschower Stadtarchiv I A III 1747): Demnach resolvirt worden den *Juden Wlczek* nacher Bydschow in die gerichtl. Verwahrung bringen zu lassen, als werden die Herrn gleich erdeüten Juden nicht nur bey Angesicht dieses zu übernehmen, sondern auch auf das allersicherste unter ihrer schwerer Verandtworthung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

verwahren zu lassen bez. alle Colloquia mit Christen und Juden zu untersagen und zu unterbrechen wissen.

35 Das Reskript vom 12. Jänner 1748 ist abgedruckt in Beil. VI. Vgl. auch den Eintrag in dem Expeditionsprotokolle Publicorum der Böhmischen Hofkanzlei vom Jahre 1748 (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag) S. 14, Nr. 40: „Königl. Appellationsbericht d. d. 27. Junii 1747 wegen Bestraffung deren in puncto Judaismi im Königgrätzer Creyß innsitzenden Delinquenten. Den 12. Januari 1748."

36 Dieses Datum, das sehr wahrscheinlich klingt, gibt wenigstens *J. Svátek*, Dějiny panování Marie Terezie I., S. 380 an.

37 Das Urteil über die angeführten drei Sektierer ist mir zwar nicht bekannt, aber es ergibt sich aus den Protokollniederschriften des Königgrätzer Konsistoriums vom 9. und 13. Mai 1748 (s. Beil. I). Im Protokoll vom 9. Mai 1748 ist zwar unter den zum Tode Verurteilten auch Johann Janeček angeführt, doch ist das zweifellos ein Irrtum, denn — wie wir bereits kennengelernt haben — wurde Johann Janeček durch Reskript vom 12. Jänner 1748 nur zu einem halben Jahre Zwangsarbeit verurteilt; der Vermerk des Konsistorialprotokolls vom 9. Mai 1748 bezieht sich vermutlich auf Johann Vacek. Unter den zum Tode Verurteilten führt der Liber memorabilium III, S. 45—47, im Stadtarchiv Bidschow, auch Karl Volný und Georg Volný an, die in Wirklichkeit, wie wir ebenfalls schon gesehen haben, durch Reskript vom 12. Jänner 1748 nur mit einem Jahre Gefängnis bestraft worden sind.

38 Vgl. Beil. I.

39 Vgl. Beil. I.

40 Das Protokoll führt zwar den Johann Janeček an (vgl. Beil. I), doch wurde bereits oben in Anm. 37 darauf verwiesen, daß es sich um Johann Vacek handelt.

41 Im Sitzungsprotokolle des Königgrätzer Konsistoriums vom 18. März 1748 liest man einen Hinweis auf das Verhör des Wenzel Wolny, der eingestanden haben soll, Johann Pita habe gelehrt, es gebe keine göttliche Dreieinigkeit. Bezüglich des Taufnamens des Wolny handelt es sich vermutlich um einen Irrtum; wie wir bereits erfahren haben, wurde im Jahre 1747 kein *Wenzel* Volný untersucht, sondern (neben Lukas Volný, der jedoch in diesem Falle nicht in Betracht kommt) Karl Volný und Georg Volný, so daß es sich wohl um einen der letztgenannten handelt.

42 Vgl. Beil. I., Protokoll zum 13. Mai 1748.

43 Der Bericht des Appellationsgerichtes ist derzeit verschollen, wir erfahren jedoch davon aus dem Eintrag des Expeditionsprotokolles Publicorum der Böhmischen Hofkanzlei vom Jahre 1748 (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag), S. 354, Nr. 27: „Die königl. Appellationscammer in Böhmen eröfnet sub dato 22. apr. 1748 ihre allerunterthänigste Gemüthsmeynung, wie denen in Königgrätzer Creys ex capite blasphemiae et sectae judaicae innsitzenden verschiedenen Complicibus *zu Verhütung einiger Verzweiflung die über sie verhängte Urtheile theils nachgesehen, theils gelinderet werden könnten.*"

44 Das Datum der Entscheidung (7. November 1748) erfahren wir aus der (vgl. vorangehende Anm.) angeführten Eintragung im Expeditionsprotokoll Publicorum der Böhm. Hofkanzlei vom Jahre 1748, S. 354, Nr. 27, wo bei dem Regest des Berichtes des Prager Appellationsgerichtes, das in Anm. 43 zitiert wurde, angemerkt ist: Exped. 7. Novembris 1748.

45 Wie bereits bemerkt, ist mir der Wortlaut der Entscheidung Maria Theresias vom 7. November 1748 nicht bekannt. Die Nachsicht der Todesstrafe für Georg Pšenička, Georg Chaloupka und Lukas Volný ergibt sich aus der Protokollierung des Königgrätzer Konsistoriums vom 1. Dezember 1750 (s. Beil. I) betreffend die Freilassung der genannten Sektierer aus dem Zuchthaus (vgl. auch das Konsistorialdekret an den Bidschower Dechant vom 1. Dezember 1750, weiter unten Anm. 81). Daß drei Chlumetzer Untertanen, die zum Tode verurteilt worden waren, Begnadigung zuteil wurde, besagt auch die Eintragung im Liber memorabilium III im Bidschower Stadtarchive (s. Beil. V), doch ist dort unrichtig angegeben, daß es

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main UB DFG

sich um die Brüder Lukas, Karl und Georg Wolny handelte (vgl. oben Anm. 37): es wird auch angemerkt, daß sie zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

46 Interim dum decanus inquisitionem differt ob instantes sacras ferias, nescitur, qua via res haec pervenit ad notitiam capitanei districtus illustrissimi domini baronis de Wanžura, qui sine mora manus inquisitioni imposuit, opilionem et dictum ludirectorem plane tunc ad decanum vocatum citavit et confrontavit. Den Kontext s. Beilage I.

47 Es ergeben sich aber auch die Exempla, daß in denen jüngeren Jahren und Zeiten dieses ketzerische Übel hie und dorth weithers umb sich zu greiffen nicht aufgehöret habe, sonderheitlich lieget *der ganz neuerliche Casus in der Stadt Bidschow* dem ganzen Lande vor Augen, allwo *ein ordentlicher Judaismus* einzureißen und die Inwohnere demselben offentlich anzuhangen angefangen, *ohne daß solches die dasige Geistlichkeit vermereket oder angezeiget habe*. Über das Reskript vom 27. August 1748 wird noch weiter unten die Rede sein.

48 Ob die fahrlässigkeit wegen der eingangs bemelten eingeschlichenen und durch so viele Jahr ohne Entgegengehung gedauerten jüdischen Sectae an Seithen ihres Consistorii, oder aber des Bidschower und anderer Pfarern seye, mithin, weme solches zu schulden gehe, genau inquiriren lassen und die daran Schuld Habende in die behörige Bestrafung ziehen." Den Kontext s. Beil. VII.

49 Darüber, wie es zur Veröffentlichung der Pragmatik vom 29. August 1721 kam, vgl. *A. Rezek*, Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách, S. 64–65 (Rezek gibt jedoch das unrichtige Datum 27. VIII. 1721), und *J. Svátek*, Panování Josefa I. a Karla VI. (Prag 1895), S. 274f.

50 *Rezek*, Dějiny prostonárodního hnutí etc., S. 64, führt zwar nach dem Sborník hist. III, S. 72, und *Wolf*, Historische Skizzen aus Österreich-Ungarn, S. 117, das Datum des Briefes als 28. November 1725 an, während es richtig lautet: 28. Dezember 1725.

51 Von dem erwähnten Gesuch an das Prager Konsistorium erfahren wir aus dem Reskript Maria Theresias an den Prager Erzbischof vom 12. Jänner 1748, das wir in Beil. VIII abdrucken.

52 Das Reskript vom 7. November 1748 an den Prager Erzbischof ist abgedruckt in Beilage IX.

53 Den Exkommunikationstext siehe Beilage V.

54 Vgl. *Ant. Knapp*, Paměti král. věnného města Jaroměře, S. 154.

55 *Rezek*, Dějiny prostonárodního hnutí etc., S. 114, nach ihm dann *J. Svátek*, Dějiny panování Marie Terezie I., S. 380, und *J. Kašpar*, Paměti o věcech duchovních v král. věnném městě N. Bydžově (Výroční zpráva reál. gymn. v Novém Bydžově za škol. rok 1901/02, S. 6) behaupten nach einer mir unbekannten Quelle, die Bekehrung Pitas vor dem Tode sei ein Erfolg des bekannten Ant. Konias. Die Eintragung im Liber memorabilium III im Bidschower Stadtarchiv, abgedr. in Beilage V, wo m. W. die einzige Erwähnung von diesem Umstande geschieht, nennt Konias nicht und konstatiert: Cum magno labore *reverendorum patrum missionariorum* episcopalium praefatus Joannes Pita prior poenitens quidem factus pridie suplicii...

56 Über den Ort der Justifizierung Pitas wird manchmal (vgl. z. B. *Rezek*, l. c. S. 115, und *J. Kašpar*, l. c. S. 6) nach den Denkwürdigkeiten *Paroubeks* (Sborník historický, Jg. III, 1885, S. 43) angeführt, daß es Königgrätz war. Aus der Eintragung im Liber memorabilium III im Bidschower Stadtarchiv, die in Beilage V abgedruckt ist, sowie auch (indirekt) aus dem Umstande, daß Pita vorher in Bidschow arrestiert wurde, geht jedoch hervor, daß er (unzweifelhaft auch zum abschreckenden Beispiel) in Bidschow hingerichtet wurde.

57 Der Eintrag im Liber memorabilium III im Bidschower Stadtarchiv (abgedruckt in Beilage V) spricht unzutreffend von *Wenzel* Vacek.

58 Vgl. Beilage V.

59 Dazu muß man auch bemerken, daß sich die Eintragung keineswegs durch Genauigkeit auszeichnet.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[60] Vgl. *Paroubeks* Paměti, Sborník historický, Jg. III, 1885, S. 43, und *S. H. Lieben*, Handschriftliches zur Geschichte der Juden in Prag in den Jahren 1744–1754, II (Frankfurt a. M. 1906), S. 31–32 (Nachricht einer in einer Breslauer Handschrift erhaltenen Chronik): „Am Sabbath Pekude (d. i. 7. März 1750) wurde ein Greis namens R. Mendel aus Neubydschow hingerichtet, weil er angeblich um Proselyten zu machen, Christen in den Lehren des Judentums unterwies. Er erlitt den Tod standhaft für die öffentliche Heilung des göttlichen Namens. Man hatte ihn auf einen Scheiterhaufen gestellt, mit einem eisernen Halsband an einen Pfahl gekettet und so gedrosselt und dann den Scheiterhaufen angezündet; der Pfahl mit der Leiche des Märtyrers fiel ins Feuer und verbrannte".

[61] Vgl. oben Anm. 12 zu Kap. II.

[62] In der Studie „Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit", Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik, Jg. I (1929), S. 127–130.

[63] Das Exil der Prager Judenschaft von 1745–1748, Jahrbuch der Gesellschaft f. Gesch. d. Juden i. d. Tschsl. Republ., Jg. I (1929), S. 263–331.

[64] Anfangs Oktober 1745 wies der Vorsitzende der jüdischen Ausweisungskommission Gf. Philipp Kolowrat in einem Memorandum an die Prager Statthalterei darauf hin, die Juden hätten von der Erlaubnis, sich im Lande zu zerstreuen, kaum Gebrauch gemacht und die Mehrzahl jener, die doch davon Gebrauch gemacht hätten, wären wieder in die Umgebung von Prag zurückgekehrt; vgl. *Bergl* l. c. S. 278f.

[65] Vgl. *Bergl*, l. c. S. 274f.

[66] Eine wertvolle Quelle hierfür ist die Konsignation der Orte mit jüdischer Bevölkerung in der Königgrätzer Diözese, die i. J. 1748 angelegt wurde; wir kommen weiter unten noch darauf zurück. Über Bidschow heißt es dort: „zu Bidtschow befindet sich *die größte Judengemein* (nämlich: in der Königgrätzer Diözese), welche zwar von denen Christen separiret, doch seynd vielle von denen in letzteren Jahren aus Prag gegangenen Juden in Christenhäusser aufgenohmen worden" (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG. Publ. G 1/1); die Dörfer der Bidschower bzw. Chlumetzer Herrschaft, in denen Sektierer auftraten, werden im Verzeichnis nicht erwähnt bis auf Žiželitz: hier „wohnen die Juden und Christen unter einem Dach, obschon separirter, und Winterzeith gebrauchen sie sich eines Christenweibs zum Einheitzen" — es handelte sich also wohl nur um *eine* Judenfamilie.

[67] Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách etc. I., S. 116.

[68] Vgl. oben Anm. 12 zu Kap. II.

[69] ...quae potissimum eos, qui errori seu Hussitarum seu Lutheranorum addicti fuerunt, corripuit...

[70] Vgl. oben Anm. 8 zu Kap. II.

[71] Vgl. die Eintragung im Liber memorabilium III, im Stadtarchiv zu Bidschow, abgedruckt in Beilage V.

[72] Vgl. Anm. 16 zu Kap. III.

[73] Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách I, S. 116.

[74] Vgl. *Ant. Rezek*, Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách I, S. 122.

[75] Reskript d. d. 12. Jänner 1748 an den Prager Erzbischof, siehe Beilage VIII.

[76] Siehe Beilage VII.

[77] Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG. Publ. G 1/1; die Statthalterei intimierte den Inhalt des Reskriptes den genannten Kommissionsmitgliedern am 25. April 1748.

[78] Dies zur Ergänzung, bzw. Richtigstellung von *Ant. Rezek*, Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách, S. 122. Gleichzeitig erschienen die Reskripte an den Prager Erzbischof und den Bischof von Leitmeritz und von Königgrätz. Der Text des Reskripts an den Prager Erzbischof hatte folgenden Wortlaut (Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG. Publ. G 1/1):

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

„Es seynd die Exempla von vorigen Zeiten und Jahren überreichlich vorhanden, wie leicht die ketzerische Irrthümber in ein und andere Örther Unseres Erb-Königreichs Böheimb eingeschlichen und wie schwer es hingegen hergegangen seye, das einmahl eingewurtzelte Übel hinwiederumb auszurotten.

Von Seithen Unserer glorreichesten Vorfahrern hat es zu Steuerung dessen an heylsahmen Anordnungen niemahlen ermanglet, sondern seynd dieselbe allemahl dahin eyffrig besorget gewesen, damit nach denen Landesfundamentalgesätzen die allein-seeligmachende wahre Catholische Religion nicht nur in ihrem Ansehen erhalten, sondern auch zu einem noch mehreren Wachsthumb gebracht, dahingegen die Ketzereyen gänzlich getilget und behoben werden mögen.

Es ergeben sich aber auch die Exempla, daß in denen jüngeren Jahren und Zeiten dieses ketzerische Übel hie und dorth weithers umb sich zu greiffen nicht aufgehöret habe, sonderheitlich lieget *der ganz neüerliche Casus in der Stadt Bidschow* dem ganzen Land vor Augen, *allwo ein ordentlicher Judaismus einzureißen* und die Inwohnere demselben offentlich anzuhangen angefangen, ohne daß solches die dasige Geistlichkeit vermercket oder angezeiget habe.

Ganz kürtzlich kommet der fernere Casus hervor, daß der Besitzer des Guth Schönbach Carl Freyh. von Selb ganz irrige und abscheülige principia von der alleinseeligmachenden Catholischen Religion führe und obwohlen dasiger Pfarrer solche vielmahlen selbsten angehöret, selber die denunciation darvon dannoch nicht gemachet habe.

Uns, die Wir ex supremo munere Regio auch vermög des Uns zukommenden Juris Supremae Advocatiae et Protectionis Ecclesiae zu Handhabung der allein seeligmachenden Catholischen Religion eben so eyffrig, als Unsere glorreicheste Vorfahrere am Reich gesinnet seyn, gehen diese vorberührte beyderley Casus umb so mehr höchst betrüblich zu, als daraus wahrzunehmen ist, daß die Seel-Sorge von dem Clero rurali fast mit keiner, oder gar geringen Aufmercksambkeit beobachtet, noch weniger aber, wann gleichwohlen einige Verkehr- und Verführungen ihrer Pfarrkinder vermercket werden, solche so gleich und zu einer solchen Zeith, wo dem kleinen Übel zu Vorbiegung eines größeren leichtlich vorzukommen wäre, behörig angezeiget werden.

Je weniger nun derley Fahrlässigkeit bey dem allerhöchsten Richter aller Menschen zu verantworten, desto mehr finden wir Uns als dermahlen Regierende Königin aus Gewissensantrieb bewogen, deine Andacht dahin gnädigst anzuermahnen, wie Wir Uns dann auch zu dero bekannten besonderen Religionseyffer gänzlich versehen, es werden dieselbe an dero gasambten untergebenen Clerum wegen besserer Seelsorgung und Invigilirung auf die einschleichende Irrthümber, sonderlich aber wegen derselben zeitlicher Anzeigung ein geschärftes Exhortatorium alsogleich erlassen, auf derselben exemplarische Lebensführung ein wachtsahmes Aug tragen, dieselbe zu mehreren Eyffer in Cura animarum aufrischen, wider die jenige aber, so sich diesfalls fahrlässig bezeigeten, oder sonsten vergehen solten, eine schleünige und ausgebige Straf verhängen, ansonsten aber die Visitation Ihrer Ertzdioeces, so viel immer möglich, öfters selbsten vornehmen, oder doch selbige im Fall einer Unvermögenheit oder sonstiger Verhinderung durch Ihren Vicarium Generalem und die vicarios foraneos mit genüglicher Instruirung, damit nicht die Untersuchung zum bloß alleinigen Vorwurf circa purum apparatum ecclesiae et administrationem divinorum, sondern auch quoad curam animarum, als wohin die fleißige Catechisirung, Examinirung junger und alten Leüthen, Heimsuchung deren Krancken und Invigilirung auf verdächtige Leüthe sonderlich einschlaget, verrichten lassen, einfolglichen pro re nata in ein oder anderen sogleich die erforderliche remedur vorkehren.

Und wie Wir zu mehrerer Ausrottung der Ketzerey die vorhin angestellt geweste *Religions-Commission hinwiederumb zu ersetzen* und hiervon das Praesidium Unserm Obristen Landrichter *Philipp Grafen von Kollowrath* aufzutragen und hierzu den *Ernst Wilhelm Grafen von Schafgotsch*, dann den Vice-Appellations-Praesidenten *Frantz Carl Grafen von Wratislaw*, wie auch den *Joseph Joachim*

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Wanczura von Rzehnitz, wie dann auch *Deine Andacht* nebst Ihrem *Vicario Generali* beyzuziehen, und Sie gesambte Commission auf die vorige Instruction zu verweisen befunden.

Also setzen Wir zu Deiner Andacht das gnädigste Vertrauen, dieselbe werden unitis viribus et consiliis alles eyffrig beytragen, was zu mehrerer Forthpflantzung der Catholischen Religion und zwar in Conformität berührter Instruction ersprießlich seyn kan, Hieran etc. Und Wir verbleiben etc. Wienn den 27ten Augusti 1748."

79 Die Konsignation aus dem Sprengel der Königgrätzer Diözese ist abgedruckt in Beilage X.

80 Die Hořitzer Judenordnung ist abgedruckt in Beilage XI.

81 Über die Freilassung des Georg Pšenička, Georg Krčmařík und Lukas Volný aus dem Zuchthaus vgl. das Dekret des Königgrätzer Konsistoriums vom 1. Dezember 1750, erhalten in einer Abschrift im Neubidschower Dekanalarchiv, Fasz. VI, Nr. 5: „Venerabilibus decanis Neo-Bidžoviensi et Chlumeczensi et cuicunque alteri necesse foret. Intimatur, quod augustissima imperatrix et regina nostra condemnatos prius ad labores domus castigatoriae ex capite blasphemiae et sectae Judaicae sic nuncupatae Georgium Pseniczka, Georgium Krczmarzik et Lukam Wolny clementissime aggratiasse eosque ex dicta domo castigatoria dimitti jussisse dignata fuerit. Qui cum absque dubio ad suos priores lares et parochias redituri sint, idcirco committitur et demandatur praetactis decanis aut iis etiam, sub quorum jurisdictione in hac dioecesi praefati aggratiati victuri sunt, ut eorum vitae et actibus attentissime invigilent, et si quid minimum, quod priorem blasphemiam et sectam saperet, in iis aut uno eorum observaverint, id sine mora ad officium episcopale deferre non omittant. Praesens decretum decanus Neobidžoviensis decano Chlumecensi et is alii curato, cujus jurisdictioni parochiali in hac dioecesi unus eorum subiectus foret, communicabit. Datum in cancellaria consistoriali Reginae Hradecii die 1. decembris (1750)". Vgl. auch das Protokoll über die Sitzung des Königgrätzer Konsistoriums vom 1. Dezember 1750 in Beilage I.

82 Vgl. die Anm. 12 zu Kap. II.

83 Vgl. die Anm. 15 zu Kap. II.

84 Indem der Dechant Mach den Třesitzer Schäfer Franz Veselý und dessen Gattin als „im jüdischen Glauben" verdächtig dem Neubidschower Stadtgericht schickte, bemerkte er in seinem Begleitbericht vom 8. August 1774 (Konzept im Neubidschower Dekanalarchiv), Veselý habe Juden und anderen in diesem jüdischen Irrglauben Verdächtigen, namentlich dem Bidschower Juden Davídek Nachtquartier und Unterkunft gegeben („židům a jiným v tom židovským bludu podezřelým, jmenovitě bičovskýmu Davídkovi židovi noclehy a přeležení dával"), seine Lästerungen aus dem Talmud, den er oder seine Kameraden und Freunde *ins Tschechische übersetzt* besitzen müssen, bewiesen, und sie müßten deshalb entweder am Leibe oder am Geiste beschnitten sein („z dalmuthu — kterej na česko přeložený nebo on anebo jeho kamarádi a přátelé míti musí — vokazoval"; „pro to samé nebo na těle anebo na mysli obřezaný býti musí").

85 Zur Untersuchung mit den Chlumetzer „Israeliten" ist es mir ebenfalls gelungen, einige neue Quellen aufzufinden, welche ich in kurzer Zeit veröffentlichen zu können hoffe.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

BEILAGEN.

I.

Abschriften von Protokollen über die Sitzungen des Königgrätzer Konsistoriums aus den Jahren 1747—1750 in Angelegenheit der Sekte der sog. Bidschower Israeliten.

(Dekanalarchiv in Nový Bydžov.)[1]

[*I.*] *Sessio 9. Januarii 1747.*

Comparuit in consistorio vicarius foraneus et decanus Neobidžoviensis *Joannes Josephus Escherich*[2] auditusque super causa, quod *in vicariatu Neobidžoviensi et Chlumecensi aliqua secta* prodeat et desuper ex parte officii districtus[3] acerrima inquisitio contra suspectos fiat retulitque sequentia, quae infra continentur in relatione desuper ad suam episcopalem excellentiam[4] a consistorio die 10. mensis hujus data.

Relatio: Postquam dictus decanus Neobidžoviensis a directore ejus loci oeconomico audivisset *opilionem quendam*[5] *in pago Prasek*, civitati Neobidžoviensi subdito[6] ac vicino, *de superstitione haebraica videri suspectum*, convenit cum eo, ut proxime futuro die veneris[7] sub crepusculo, dum Haebreis sabbatum incipit, habitaculum dicti opilionis visitetur et videatur, num in exercitio aliquo superstitionis hujus haebraicae deprehendi aut saltem aliqua indicia, quae inquisitionem contra ipsum fundarent, reperiri possent. Quod etiam factum est et habitaculum ejusdem opilionis per quatuor judices visitatum, sed nihil simile repertum. Contigerat autem, quod ludirector pagi illius visitando dein solus habitaculum opilionis inciderit in librum in mensa jacentem, in quo legerat blasphemiam Christum esse ex fornicatione conceptum, et hoc ipsum nuntiavit directori oeconomiae, is vero decano confidit. Interim, dum decanus inquisitionem differt ob instantes sacras ferias, nescitur, qua via res haec pervenit *ad notitiam capitanei districtus* illustrissimi domini *baronis de Wanžura*,[8] qui sine mora manus inquisitioni imposuit, opilionem et dictum ludirectorem plane tunc ad decanum vocatum citavit et confrontavit. Et quamvis opilio ab initio pertinaciter omnia negaverit, tandem confessus est se tali haebraica superstitione esse infectum, culpa conjecta in quendam *Joannem Pita, casarium pagi Chudonitz prope Bidžovium*,[9] a quo dicebat se in hac secta

---

[1] Die im Bidschower Dekanalarchive erliegenden Abschriften von Protokollen über die Sitzungen des Königgrätzer Konsistoriums weisen keine Überschrift und keine Signatur auf. Sie beziehen sich nicht allein auf die Sekte der sog. Bidschower Israeliten, sondern betreffen auch den abergläubischen Lokalkult der Muttergottesstatue zu Mlékosrby (Sitzung vom 27. Mai 1748) und die Streitigkeiten des Bidschower Dechants mit seinen Kaplänen (Sitzung vom 30. August 1751 bis 14. November 1754). Hier werden natürlich nur die Protokolle abgedruckt, die sich auf die Sekte der sog. Bidschower Israeliten beziehen.

[2] J. J. Escherich war Dekan in Neubidschow in den Jahren 1725—1749 (vgl. *Jos. Kašpar*, Paměti o věcech duchovních v král. věnném městě N. Bydžově, Výroční zpráva reál. a vyššího gymnasia v N. Bydžově za škol. rok 1901/2, N. Bydžov 1902, S. 3—7).

[3] D. h. des Königgrätzer Kreisamtes; vgl. auch weiter unten.

[4] Bischof von Königgrätz war damals (1733—1753) Graf Johann Josef Wratislaw von Mitrowitz.

[5] Johann Vacek.

[6] Das Dorf Prasek (Prask) wurde seitens der Stadt Bidschow im Jahre 1549 und 1611 angekauft.

[7] D. h. wahrscheinlich am 23. Dezember 1746.

[8] Freiherr Wenzel Wanczura von Rzehnitz, Besitzer des Gutes Klein Barchowek (Barchůvky), Kreishauptmann von Königgrätz.

[9] Das Dorf Chudonice, von altersher der Stadt Neubidschow zugehörig, lag in der Nachbarschaft der Stadt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

fuisse instructum. Is modo dictus *Pita* alias in nihilo alio suspectus, quam quod suillas carnes non manducaverit praetexendo, quod a commestione carnis natura sua abhorceat. Postquam pariter in inquisitionem tractus, pariter confessus esse dicitur se in hac superstitione judaica esse constitutum libere profitendo carnes suillas non esse manducandas, sabbata observanda ex dei praecepto. Et dum interrogaretur, an more Judaeorum se circumcidi permisisset, respondit per textum 1 Pauli: Non in sola circumcisione, sed etiam in praepucio filii Abrahae esse possumus per fidem.[10] Tandem se *ad Haebreos Neobidžovienses*, a quibus superstitionem hanc se hausisse asseruit, revocavit et *cum eorum tribus statim captivatis* numerosam aliorum putativorum Christianorum catervam, inter quos *Wenceslaus Wanieček*[11] et *Watzek*,[12] uterque *ex pago Zadražan*,[13] unus *Prasecensis*,[14] unus vel duo *Wisoczanenses*[15] et venator *Slaupensis* territorii decanalis Neobidžoviensis,[16] octo alii *ex vicariatu Chlumecensi*, qui sciuntur, in eandem inquisitionem traxit.

*

[*II.*] *Sessio 14. aprilis* [*1747*].

Consignatio personarum ob proditam sic dictam judaicam superstitionem gravatarum.[17]

Subditi Bidžovienses: Jan Wacek, Matěj Hussek, Jakub Ssmidrkal, Jakub Janeček, Jan Janeček, Matěj Ssebek, Václav Ssebek, Jiří Pssenička, Matěj Hladík, Jiří Policky, Martin Wacek, Jiří Wacek, Jiří Krčmařík vulgo Chalaupka, Václav Janeček, Jakub Holman, Jan Pyta z Chudonic.

Chlumecenses: Karel Wolny, Lukas Wolny, Jiří Wolny, Jan Baura, Jiří Weselý, Jan Wrbický, Anna Zymka, Magdalena dto., Anna Bartausskowa, Jan Ssaurek, Jan Wlk, Jan Kwasnička, Jan Mikulássek, Jan Wesely, Václav dto., Žiželicensis[18] pastoris filius, Magdalena Waničkowa villica Levinensis,[19] villicus Chlumecensis, Magdalena Waničkowa pastrix, duae viduae Sykorka, Jan Wesely famulus Hammelknecht Tresicii,[20] Václav Polak Lužecii,[21] Antonín Baura Lischicii,[22] Mydlářka ex Zligow (sic),[23] Matěj Dohnal miles invalidus, ejus patruelis Martin Otawa una cum ancilla, Jozef Hágek Pržibeischoviensis[24] miles inval., opilio Chuderžicensis,[25] opilio Hradischtiensis,[26] opilissa, quae prius fuerat Levinii, nunc Žiželicii.

---

[10] Vgl. den Brief des hl. Paulus an die Römer 4, 10.

[11] Im Namen liegt offenbar ein Irrtum vor, in Wirklichkeit handelt es sich um Wenzel *Janeček*, nicht: Vaněček; (vgl. auch *Ant. Knapp*, Paměti král. věnného města Jaroměře nad Labem (= Denkwürdigkeiten der kgl. Leibgedingstadt Jaroměř a. d. E.) S. 154.

[12] Aus Zadražan waren später wegen Anhängerschaft der Sekte arrestiert (vgl. Beilage III) zwei Männer namens Vacek, Martin und Georg; es läßt sich nicht entscheiden, welcher hier gemeint ist.

[13] Das Dorf *Zadražany* gehörte zur Herrschaft Bidschow.

[14] Es handelte sich wohl um Jakob Holman aus dem Dorfe Prask.

[15] Das Dorf *Vysočany*, Bestandteil der Herrschaft Bidschow.

[16] Er hieß Matthäus Švejda; vgl. weiter unten.

[17] Vgl. auch die Beilagen II–IV.

[18] *Žiželice*, Städtchen auf der Herrschaft Chlumetz.

[19] *Levín*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

[20] Dorf und Meierhof *Třesice*, Bestandteil der Herrschaft Chlumetz, heute Ortsteil des Dorfes Kosice (G. B. Chlumec n. Cidlinou).

[21] *Lužec*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

[22] *Lišice*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

[23] Es handelt sich wohl um das Dorf *Zvíkov*, heute im G. B. Nechanice.

[24] Es handelt sich um das zur Herrschaft Chlumetz gehörige Dorf *Převýšov* (Přivýšov, Přebeyšov, vgl. *Palacký*, Popis král. Českého, S. 114).

[25] *Chudeřice*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

[26] *Hradišťko*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Smidarienses et Dimokurienses: Václav Černý, Jan Kniez, Jan Wyletial, Václav Čerstwý, pastor; Matěj Kopeckey, Jan Hawranek Chotielicenses.[27]

Reginaehradecenses: Karel Hroncš, Jan Kreyčí.

Pržimenses: Jan Kosstial, Jan Naiman, Matěj Ssweyda venator Slaupensis, Jiří Litman, Lidmila Wackowa, Kateřina Kaklowa.

*

[*III. Sessio*] *7. martii 1748.*

Decanus Neobidžoviensis refert, quod *Joannem Pita* eousque flexerit, ut credat Jesum Christum esse verum Messiam, verum et vivum deum, patri et spiritui consubstantialem profiteaturque omnia, quae a deo revelata sunt et ut talia nobis per ecclesiam christiano-catholicam credenda proponuntur. Filiariter vero quaerit, qualiter cum ipso ac caeteris, qui de secta ejusmodi suspecti seu ad publicos labores condemnati seu libertati post emissam fidei professionem in manus laicorum[28] restituti, procedere debeat?

Rescriptum, quod quidquid hucusque cum dicto sectario Joanne Pita egit, egerit tanquam pastor cum ovicula errante et tanquam pater cum filio, qui deserendo veram fidem patrimonium Christi prodegit, nunc nihil aliud supersit, ut ipsum non solum ad sanctam constantiam, perseverantiam et poenitentiam disponat, verum etiam assumpto patre missionario vel aliquo curato vicino tanquam judex, cujus officium ipsi hac in parte delegatur, accedat ad confitendum (extra tribunal sacrum) suos errores disponat, quid et an eas blasphemias, quas seu contra Christum, seu contra b. V. Mariam effutivisse fertur, crediderit, quid credendum non crediderit, unde et ex quibus libris (quos si hucusque habet, ad restituendum obligandus) suam perfidiam hauserit? inter quos eam seminaverit? et quos ad eam pertraxerit, an suos errores agnoscat eosque detestetur et palam detestari paratus sit? ac s. matri ecclesiae Romano-catholicae reconciliari sincere velit? examinet examenque illud in formam authenticam redactum officio episcopali transmittat, ubi demum cognito ejus perfidiae statu, quid cum eo ex parte fori ecclesiastici faciendum erit, definietur. Caeterum, quod concernit alios hac secta maculatos, qui ad mortem non condemnati, sed seu in carceribus, seu publicis laboribus detinentur, seu libertati restituti sunt, eorum vitae et actionibus vigilantissime attendat, nec tamen ullum eorum ad usum sacramentorum, etiam hoc paschali tempore, admittat, nisi in iis signa poenitentiae et resipiscentiae ac verum desiderium reconciliationis cum s. matre ecclesia observaverit. Ubi demum habitis ab ipso circa singulos relationibus, quid pariter faciendum erit, disponetur.

*

[*IV. Sessio*] *18. martii 1748.*

Relatum *examen Joannis Pita* decano Neobidž. et P. missionario Joanni Dobrženausky 9[a] martii commissum. Quo relato censuit episcopale consistorium confessionem dicti examinati non esse plenam, maxime si reflectatur tam ad priores decani relationes, quam etiam generales consistorii quaestiones sub dicto dato 9 martii ipsi communicatas. Unde cum hae ad particularitatem reducendae fuerint et quaerendum, an crediderit Christum tantum fuisse prophetam sicut caeteri, non fuisse Messiam, non fuisse filium dei etc., idcirco ulteriorem ipsi dandam instructionem cum mandato, ut omnia suppleat dictumque Pita ad genuinam, sinceram et plenam confessionem disponat.

---

[27] *Chotělice*, Dorf auf der Herrschaft Dymokur (heute G. B. Nový Bydžov).
[28] Vgl. das Urteil vom 12. Jänner 1748 in der Beilage VI.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[*V. Sessio*] *9. maji* [*1748*].

Cum ad cognoscendum statum sectae paulo ante proditae *Judaicae nuncupatae* ego secretarius[29] cum eximio P. assessore Antonio Andrys e S. Jesu deputatus fuerim, feci desuper *relationem: Lucae Wolny* et *Joanni Janeczek* hic[30] ex capite sectae illius incarceratis et ad mortem condemnatis propositas quaestiones et responsa accepta fuisse sequentia:

1. Je-li tomu tak, že vás *Pyta* učil aneb vám aspoň povídal, že sice je jediný Pán Bůh, ale svatá Trojice že není? — My o tom nevíme.

2. Je-li tomu tak, že *Pyta* vás učil anebo aspoň povídal, že P. Ježíš není Kristus, není syn Boží, ale jen jako jinší člověk? — To povídal.

3. Je-li tomu tak, že vás *Pyta* učil aneb aspoň povídal, že sobota dle způsobu židovského se má světiti a maso vepřové že se nemá jísti? — To také povídal.

4. Je-li tomu tak, že vás *Pyta* učil aneb aspoň povídal, že Panna Maria byla nepočestná žena a Pán Ježíš panchart? — To také povídal.

Quod hic ad notam accipitur, quia vero primum articulum confessus est *Wenceslaus Wolny*, de quo hi examinati scire nolunt, idcirco conclusum: super his adhuc audiendos esse eos, qui *Jaromirii*[31] et *Aulae Regiae*[32] ex eodem capite incarcerati et ad mortem condemnati sunt.

Das tschechische Verhör lautet in Übersetzung:

1. Trifft es zu, daß euch Pyta gelehrt oder euch zumindest gesagt hat, daß es zwar einen einigen Gott gebe, aber keine heilige Dreifaltigkeit? — Davon wissen wir nicht.

2. Trifft es zu, daß Pyta euch gelehrt oder euch zumindest gesagt hat, daß der Herr Jesus nicht Christus, nicht Gottes Sohn ist, sondern nur ein Mensch wie andere Menschen? — Das hat er gesagt.

3. Trifft es zu, daß euch Pyta gelehrt oder euch wenigstens gesagt hat, daß man den Sabbat nach jüdischer Art feiern solle und kein Schweinefleisch essen dürfe? — Das hat er auch gesagt.

4. Trifft es zu, daß euch Pyta gelehrt oder euch wenigstens gesagt hat, daß die Jungfrau Maria ein liederliches Frauenzimmer und der Herr Jesus ein Bankert gewesen sei? — Das hat er auch gesagt.

Vgl. oben S. 215.

*

[*VI. Sessio*] *13. maji 1748.*

Relata *examina Georgii Pssenička* et *Georgii Chalaupka Aulae Regiae* ex capite sectae judaicae incarceratorum et ad mortem condemnatorum, quorum primus dicit se in secta hac a *Pyta*, alter vero a *Joanne Watzek* instructum fuisse utrumque autem audivisse 1. sanctam Trinitatem non dari, 2. Jesum non fuisse Christum nec filium dei, sed sicut caeteri homines, 3. beatam Virginem fuisse sicut aliae foeminae, 4. sabbatha more Judaeorum sanctificanda esse et carnes suillas comedi non debere. Negat autem uterque se id credidisse.

Similiter relatum *examen Wenceslai Janeczek* ex eodem capite *Jaromirii* incarcerati et ad mortem condemnati, qui super iisdem punctis interrogatus respondit se in hac secta instructum fuisse a *Joanne Pyta* et *Judaeo Mändel* 1. non esse sanctam Trinitatem, 2. Jesum non fuisse filium dei, 3. beatam Virginem Mariam

---

[29] Sekretär des Königgrätzer Konsistoriums war damals der Kanonikus Johann Franz *Michálek*.

[30] D. h. in Königgrätz.

[31] Jaroměř.

[32] Königinhof (Králové Dvůr); die normale lateinische Form lautet: A. Reginae.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

fuisse mulierem inhonestam et spuriam, 4. sabbatha more Judaeorum esse sanctificanda et carnes porcinas non esse comedendas. Et haec omnia se credidisse.

Quod hic ad notam accipitur.

*

[*VII.*] *Sessio 1ª decembris 1750.*

Ad insinuationem regiae appellationis expeditum est decretum ad decanum Neobidž. et Chlumecensem, tenore cujus ipsis aut aliis, ad quos spectaret, demandatur, ut, cum Sua Majestas *condemnatos* prius ad labores domus castigatoriae ex capite blasphemiae et sectae judaicae sic nuncupatae *Georgium Pssenička*, *Georgium Krčmarzik* et *Lucam Wolný* clementissime *aggratiaverit* eosque ex dicta domo castigatoria dimitti jusserit. Ipsi decani aut alii, sub quorum jurisdictione degerint, ipsorum dimissorum vitae et actionibus attentissime invigilent, et si quid minimum, quod priorem blasphemam sectam saperet, in iis, aut uno eorum observaverint, id sine mora ad officium episcopale deferre non omittant.[33]

II.

Verzeichnis derjenigen Personen, die verdächtig waren, mit der Sekte der sog. Bidschower Israeliten gemeinsame Sache gemacht zu haben.

(Dekanalarchiv in Nový Bydžov, Fasz. XIII, Nr. 10.)[1]

Sub[diti] Bitzov.: Johannes Waczek, Mat. Hussek, Jacob. Smidrkal, Jacob. Janeczek, Johannes Janeczek, Mat. Shöbek, Wenceslaus Shöbek, Georg Pssenizka, Mat. Hladik, Georg Policzkej, Martin Waczek, Georg Waczek, Georg Krtzmarzik v. Chalaupka, Wenc. Janetzek, Paulus Janetzek,[2] Jacob. Holman, Johannes Pita in pago Chudonitz.

Chlumecenses: Carolus Wolni, Lukáš Wolni, Georg Wolni, Johannes Baura, Georg Wesseli, Johannes Wrbiczky, Anna Zimkin, Mag. Zimkin, Anna Bartausskin, Johannes Schaurek, Johannes Wlk, Johannes Kwasniczka, Johannes Mikulassek, Johannes Wesseli, Wenc. Wesseli, Zizelicensis pastoris filius, Magd. Waniczkin villica Levinensis, villicus Chlumecensis, Magdalena Waniczkin pastrix, duae viduae Sikorkin, Johannes Wesseli famulus Hammelknecht Tressicii, Wenceslaus Polak Luzecii, Ant. Baura Lischitzii, Mydlarzkin ex Zlikow [sic], Mathias Dohnal miles invalidus, ejus patruelis Martinus Ottawa una cum ancilla, Josephus Hagek ex Neo pago miles invalidus, opilio Chuderziensis, opilionissa, quae prius fuerat Levinii, nunc Zizelicii, opilio Hradistiensis.

Smidarenses et Dimocurenses: Wencesl. Czerny, Johannes Kniez, Johannes Wiletial, Wenceslaus Czerstwi pastor; Mathias Kopeczkeg, Johannes Hawranek Chotielicenses.

Reginae-Hradecenses: Carolus Hroness, Johannes Kregczi.

Przimenses: Johannes Kosstial, Johannes Naiman, Mathias Swegda venator Slaupensis, Georgius Litman, Ludimila Waczkin, Catharina Kaklin.[3]

---

[33] Eine Abschrift des Dekretes des Königgrätzer Konsistoriums an den Dechant von Neubidschow und Chlumetz d. d. 1. Dezember [1750] hat sich im Neubidschower Dekanalarchiv, Fasz. VI, Nr. 5 erhalten.

[1] Dieses Verzeichnis hängt offenbar eng zusammen mit dem Verzeichnis, das im Sitzungsprotokoll des Königgrätzer Konsistoriums d. d. 14. April 1747 enthalten ist (vgl. oben Beil. I).

[2] Dieser Paul Janeček kommt zwar im Protokoll des Königgrätzer Konsistoriums d. d. 14. April 1747 (vgl. die vorangehende Anm.) nicht vor, wird jedoch unter denjenigen angeführt, die das Glaubensbekenntnis abgelegt haben (vgl. Beilage IV).

[3] In dorso des Aktes steht das Regest: Consignatio personarum de pravitate haeretica suspectarum.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

III.

Verzeichnis der Neubidschower Untertanen, welche in Königgrätz wegen Zugehörigkeit zur Sekte der sog. Bidschower Israeliten untersucht wurden.

(Dekanalarchiv in Nový Bydžov, Fasz. XIII, Nr. 8.)

Poznamenání poddaných zdejších, kteří se za příčinou secty židovské k sententí do Král. Hradce dostaviti se museli, totiž:

z Chudonic: Jana Pyty žena, dána do arrestu jitčínského;

z Vysočan: Jakub Janeček, Matěj Šebek, v poděbradským [arestu]; Jan Janeček, v hradeckým; Jakub Šmidrkal, v bydžovským;

ze Zadražan: Václav Šebek v Poděbradech má arrest; Matěj Hladík, v Jičíně; Martin Vacek v Jaroměři; Kateřina žena jeho, v Bydžově, haec sola omisit professionem fidei Bidžowii; Jiří Vacek, v Hradci; stará Janečková, v Bydžově, Kateřina Václawa Janečka;

ze Zachrašťan: Jiří Polický, propuštěný;

z Prasku: Holman Jakub; jeho žena Alžběta, Anna Šebková, dcera nebošt. Matěje Šebka z Prasku, propuštění;[1]

při městě:[2] Pawel Janeček, propuštěný. Hic alias fuit incola pagi Zadražan, item illico oriundus;

z panství chlumeckýho: Zimová, v Jitčíně;

Matěj Švejda ze Sloupna myslivec, dimissus; Dorota Chaloupková, v Poděbradech, manželka Jiřího Chaloupky, jinak Krčmařika.

Omnes emiserunt professionem fidei et abjurationem sectae Reginae Hradecii praeter Cathar. Waczkianam.[3]

[3] In dorso ist das Regest: Consignatio personarum de secta judaica suspectarum.

(Aufzeichnung der hiesigen Untertanen, die aus Anlaß der jüdischen Sekte sich zur Sentenz nach Königgrätz verfügen mußten, und zwar:

aus Chudonic: des Johann Pyta Frau, in den Jičíner Arrest gegeben;

aus Vysočan: Jakob Janeček, Matthäus Šebek, im Poděbrader [Arrest]; Johann Janeček, im Königgrätzer; Jakob Šmidrkal, im Bidschower;

aus Zadražan: Wenzel Šebek hat in Poděbrad Arrest; Matthäus Hladík, in Jičín; Martin Vacek in Jaroměř; Katharina dessen Frau, in Bidschow, haec sola omisit professionem fidei Bidžovii; Georg Vacek, in Königgrätz; die alte Janečkin, in Bidschow, Katharina des Wenzel Janeček;

aus Zachrašťan: Georg Polický, entlassen;

aus Prasek: Jakob Holman; dessen Frau Elisabeth, Anna Šebkin, Tochter des verst. Matthäus Šebek aus Prasek, entlassen;

bei der Stadt [Bidschow]: Paul Janeček, freigelassen. Hic alias fuit incola pagi Zadražan, item illico oriundus;

von der Herrschaft Clumetz: die Zimin, in Jičín;

Matthäus Švejda aus Sloupno, Jäger, dimissus; Dorothea Chaloupkin, in Poděbrad, Gattin des Georg Chaloupka alias Krčmařík...)

---

[1] Es folgt der gestrichene Vermerk: Anna Vacková, nyní Drábková, na tý byla chyba (= Anna Vackin, nunmehrige Drábkin, bei der war ein Fehler).

[2] D. h.: z Nového Bydžova.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

IV.

Verzeichnis der Anhänger der Sekte der sog. Bidschower Israeliten, die das katholische Glaubensbekenntnis abgelegt haben.

(Dekanalarchiv in Nový Bydžov, Fasz. XIII, Nr. 9, Abschrift.)

Consignatio personarum, quae ob sectam judaicam professionem fidei emiserunt:[1]

Dorothea Georgii Chalaupka filia, Anna Schebkin, Anna Midloschkin, Elisabetha et Anna Sykorin,[2] Ludmilla Wenceslai Czerny uxor, Joannes Kregczi alias Schkolnik dictus, Carolus Hronek,[3] Georgius Policzky, Joannes Koschtial, Antonius Baura, Wenceslaus et Joannes Wessely, Joannes Neümann, Georgius Wrbiczky, Joannes Schaurek, Mathias Wlk, Joannes Kwasniczka, Mathias Dohnal, Joannes Kniez, Mathias Koppeczky, Johannes Wiletial, Paulus Czanieczek,[4] Jacobus Holman et uxor Magdalena, Georgius Littman, Joannis Baura filia, Thomas Wessely, Wenceslaus Polak, Anna Bulkin Krattenarii,[5] Catharina Watzkin, Jacobus Schnitczal,[6] Catharina uxor Wenceslai Janeczek, Martinus Watzek, Magdalena Waniczkin ex Levin, Wenceslaus Weir, Wenceslaus Schebek, Jacobus Janeczek ex Wissoczan, Dorothea Georgii Chalaupka uxor, Joannes Wrbiczky, Georgius Wessely, Anna Bartatzkin,[7] Magdalena Zimkin, Elisabetha Pitin, Mathias Hladik, Magdalena Watzkin Miestetz,[8] Joannes Waniczek, Georgius Watzek, Joannes Wrbitzky quondam caupo Lauczicziensis,[9] Georgius Wessely ibidem opilio.

V.

Johann Pita im Neubidschower Stadtgedenkbuch.

(Liber memorabilium Nr. III, S. 45—7, im Stadtarchiv zu Nový Bydžov).

Anno domini 1748. Joannes Pita.

Ex archivio decanali.

Corriphaeus *Joannes Pita*, sartor ex pago *Chudonitz*, subditus regio-dotali civitati Neo-Bydžoviensi, a parentibus suis in religione catholica educatus, accepit fundamenta in religione israelitica ab haebreo *Mendl*, rabbino synagogae Neo-Bydžoviensis, demum cum plurimis ipsi adhaerentibus tum ex praefato pago Chudoniz, tum vicinis ex pagis rem communem cum Judaeis habuit, synagogam illorum frenquentavit, religioni israeliticae penitus adhaesit.

Relatione de ipso ipsisque adhaerentibus ad reverendissimum ac amplissimum episcopale consistorium Reginaehradecense facta, *excommunicatio* illius advenit tenoris sequentis:

---

[1] Dieselbe Aufschrift auf der Rückseite des Aktes.

[2] Anderswo (vgl. die Liste in Beil. I und II) werden sie mit dem Namen Sýkorka (-innen) angeführt.

[3] An anderer Stelle (vgl. das Verzeichnis in Beil. I und II) wird er mit dem Namen Hroneš angeführt.

[4] Es handelt sich um Paul *Janeček*.

[5] *Kratonohy*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

[6] Es handelt sich offenbar um Jakob *Šmidrkal*.

[7] Es handelt sich um Anna *Bartouškin*.

[8] *Králové Městec* (Königstadtel).

[9] *Lovčice*, Dorf auf der Chlumetzer Herrschaft.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

In nomine domini amen. In causa religionis adversus Joannem Pita, dioecesis hujus Reginae-Hradecensis et parochiae Neo-Bydžoviensis de secta quadam Judaica vulgo appellata diffamatum pro foro ecclesiastico, ut infra examinata. Nos reverendissimi, illustrissimi ac excellentissimi domini domini Joannis Josephi, dei et apostolicae sedis gratia episcopi Reginae-Hradecensis, s. Romani imperii comitis Wratislaw de Mitrowitz (tit.) vicarius in spiritualibus generalis et officialis Joannes Josephus Sax, cathedralis ecclesiae Reginae-Hradecensis canonicus residentialis, archidiaconus totumque episcopale consistorium Reginae-Hradecense. Audito per vicarium nostrum foraneum Joannem Josephum Escherich, decanum Neo-Bydžoviensem, cui hac in parte vices nostra delegavimus, praefato Joanne Pita, ex ejus ad interrogata responsis in authentico receptis, relatis, mature ponderatis ac discussis indeque comperto, quod ipse dictus Johannes Pita in varios errores, perfidiam haebraicam redolentes, in Jesum Christum verum Messiam et filium dei blasphemos et fidem Christi in fundamento evertentes inciderit eosque inter alios, uti in specie coram *Luca Wolny* et *Anna Zimkiana* sparserit, invocato prius divino nomine, pro tribunali sedentes, ipsum repetite dictum Joannem Pita perfidae a sancta catholica religione apostasiae reum, consequenter omnibus poenis ac censuris per bullam Coenae § I. et sacros canones ac alias constitutiones canonicas contra ejusmodi perfidos apostatas et quoscunque alios sectarios ac haereticos perfidiae ac haeresum disseminatores latas et promulgatas, in specie et nominetenus saepe dictum Joannem Pita, generaliter autem alios quoscunque, qui novo huic perverso dogmati adhaeserunt, excommunicationi majori subjectum et subjectos, alios vero, qui de secta hac suspecti et in foro ecclesiastico inquisiti non fuerunt, donec causa eorum canonice cognoscatur, pro excommunicatis habendos declaramus. Quia vero sancta ecclesia catholica benigna mater est, quae etiam rebelles filios revertentes ac errores agnoscentes, vere poenitentes, in sinum suum benigne recipit, idcirco, si saepe dictus *Joannes Pita* cum aliis sibi adhaerentibus suos errores agnoverit, verae poenitentiae et resipiscentiae signa in se ostenderit, prout de *Luca Wolny*, *Wenceslao Waczek* et *Lidmilla Bauriana* de signis verae poenitentiae fide digna testimonia accepimus, praestita fidei orthodoxae professione ab apostasia et quacunque haeresi per parochos locorum, in quibus ejusmodi sectarii reperiuntur, in forma ecclesiae consveta absolvendum et absolvendos, in gremium sanctae matris ecclesiae recipiendos et usui sacramentorum restituendos mandantes pronuntiamus tenore hujus sententiae definitivae, quam in scriptis tulimus, legi ac publicari fecimus in curia episcopali Reginae-Hradecii die 3. decembris anno 1748.

Joannes Josephus Sax, vicarius in spirit. generalis et officialis.
Joannes Franciscus Michalek, consist. assessor et secretarius.[1]

Cum magno labore reverendorum patrum missionariorum episcopalium praefatus Joannes Pita prior poenitens quidem factus pridie suplicii, die vero sequente[2] ad locum suplicii in corio tractus et in rogo combustus est. Effigies ejus veram poenitentiam ostendens, ast cum barba, tamen in una manu librum, in dextera rosarium tenens asservatur hucusque in cancellaria magistratuali[3] haece cum inscriptione: „Jan Pita, krejčí, věku svého 45 let, ze vsi Chudonic, poddaný královského města věnného Bydžova, přes jehlu chtěje rozuměti s Písmem se tak zapletl, že se poradiv s židy, do židovského bludu sám vpadl a několik jiných do něho zavedl. Z této příčiny odsouzen, aby v kůži z města bydžovského vyváděn

---

[1] Eine Abschrift der Exkommunikation findet sich auch im Neubidschower Dekanalarchiv, Fasz. III, Nr. 2.

[2] D. i. 18. Dezember 1748.

[3] Nach dem Jahre 1847 kam das Bild in das Prager Nationalmuseum (vgl. *Cel. Říha*, Místopis a dějiny král. věnného města N. Bydžova, S. 51, und *J. Kašpar*, Paměti o věcech duchovních v král. věnném městě N. Bydžově n. C. (Výroční zpráva reál. a vyšš. gymnasia v N. Bydžově za škol. rok 1901/2, S. 6).

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

upálený byl. Před svou smrtí blud svůj oplakával a pokání činil, pak dle ortele všem k příkladu lkající umřel dne 18. decembris 1748".[3a]

Praefato Joanni Pita adhaerentes pariter poena capitali mulctati sunt, videlicet: *Wenceslaus Waczek*,[4] opilio civitati Neo-Bydžoviensi subditus, Reginae-Hradecii decapitatus et in rogo combustus est.

Joannes Baura ex pago Lužetz[5] rusticus, Pragae tempore inquisitionis mortuus, corpus demortuum ad locum suplicii in corio tractum ibique concrematum est. *Ludmilla*, uxor praedicti Joannis Baura, Reginae-Hradecii capite plexa et combusta est impoenitens.

Lucas Wolny, Carolus Wolny, Georgius Wolny[6], fratres subditi Chlumeczenses, opiliones ejusdem dominii digni supplicio capitali, sed gratia donati mutata poena in domum castigatoriam per triennium subeundam. Quibus adjecti: *Joannes Pscheniczka*[7] ex alieno dominio et *Anna Zimka* ex pago *Klamosch*[8] pari modo in domo castigatoria mulctati. Cum his connexionem habuere: *Jacobus*, *Joannes*, *Magdalena*, *filii et filia Joannis Baura* supradicti.

Consignatio nonnullorum de haeresi suspectorum: Wenceslaus Polak et Catharina uxor ejus, gazarius Lužeczensis;[9] Rosalia, vidua post defunctum Martinum Čžerny inquilinum Lužeczensem; Jacobus, filius Georgii Suchanek gazarii Lužeczii; Catharina, vidua post defunctum Wenceslaum Machaczek, inquilina Lužeczii; Mathias Lauda, Dorothea uxor, Lužeczii inquilinus; Georgius Schafaržik, Catharina uxor, gazarius Lužeczii; Wenceslaus Schafaržik, Magdalena uxor, rusticus Lužeczii; Joannes Wolegnik, sartor Lužeczii; Mathias Maczura, sartor ex pago Skochowitz;[10] Mathias Midloch, Anna uxor, ex pago Slibowitz;[11] Catharina, vidua post defunctum Joannem Dohnal ex Slibowitz; Magdalena, filia Catharinae Dohnal; Mathias, filius Catharinae Dohnal; Georgius Lechky, gazarius ex Sliwowitz.[11] Praeter hos proles parentum: Jacobus, Joannes, Magdalena Joannis Baura ex pago Lužecz rustici.[12]

Consignatio eorum, qui professionem fidei emiserunt: Jacobus Čžerny, rusticus Lužeczensis; Georgius Lauda, inquilinus dto.; Mathias Kotzian, gazarius dto.; Joannes Petrowiczky, Elisabetha uxor, Lužeczenses; Wenceslaus Lauda ex pago Slibowitz.

[3a] Die Inschrift lautet in Übersetzung etwa: Johann Pita, Schneider, seines Alters 45 Jahre, aus dem Dorfe Chudonitz, Untertan der königlichen Leibgedingstadt Bidschow, wollte mehr als die Nadel verstehen und hat sich mit der hl. Schrift so verstrickt, daß er mit den Juden zu Rate ging, selbst in den jüdischen Irrtum verfiel und einige andere dazu verführte. Aus diesem Grunde wurde er verurteilt, aus der Stadt Bidschow in einer (Kuh)haut geschleift und verbrannt zu werden. Vor seinem Tode hat er seinen Irrtum beweint und Buße getan und ist dann dem Urteil entsprechend allen zu einem Beispiel reumütig gestorben am 18. Dezember 1748.

[4] In Wirklichkeit handelte es sich um *Johann* Vacek.

[5] *Lužec*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

[6] Was *Karl* und *Georg Volný* betrifft, so handelt es sich um einen Irrtum, denn sie waren mit Urteil vom 12. Jänner 1748 (s. Beil. VI) zu einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt. In Wirklichkeit wurden (nachträglich) zum Tode verurteilt *Lukas Volný*, *Georg Chaloupka* vulgo *Krčmařik* und *Georg Pšenička*, die jedoch in der Folge begnadigt wurden.

[7] Vgl. die voranstehende Anm.

[8] *Klamoš*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

[9] *Lužec*, Dorf auf der Chlumetzer Herrschaft.

[10] *Skochovice*, Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.

[11] *Slibovice*, Dorf auf der Chlumetzer Herrschaft.

[12] Waren bereits im vorangehenden Absatz angeführt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

VI.

Urteil vom 12. Jänner 1748 über Johann Pita und dessen Anhänger.

Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1, Abschrift).

Maria Theresia, von Gottes Gnaden Römische Kayserin, in Germanien, zu Hungarn und Böheim Königin.

Hoch und Wohlgebohrner, Wohlgebohrner, Gestrenge und Gelehrte, liebe Getreüe. Uns hat Euer allergehorsambster Berücht vom siebenundzwantzigsten Junii des letzt abgewichenen siebenzehen hundert siebenundviertzigsten Jahrs[1] mit mehreren zu vernehmen gegeben, wasmaßen zufolge des an Unsere königliche Statthalterey occasione der *in dem königgratzer Creys in Unsern Erbkönigreich Böheimb hervorgebrochenen jüdischen Sectae* sub dato den sechsundzwantzigsten Januarii ejusdem anni erlassenen und von derselben Eüch zugekommenen *Rescripti*[2] durch eine von Eüch *aufgestellte Commission* sowohl wieder die in die Prager Frohnveste eingelieferte, dann bey verschiedenen Halsgerichten des Königgratzer Creyses inhaftirte Urhebrn und Disseminatores sothaner Sectae, als auch wieder die in besagten Creys zum Theil annoch gefänglich verwahrte übel vereigenschaften, zum theil aber des Arrests entlassene Complices die Inquisition angestrenget worden, was in der mit diesen *sechsundachtzig in der Anzahl verhörten Persohnen* vorgenohmenen Inquisition sich geaüßeret und was Uns Ihr *wegen Bestrafung dieser Sectariorum* und ihrer Anhängeren allerunterthänigst gutachtlich eingerathen habet.

Nun gestatten Wir *primo:* daß so viel es die in classe prima deren gefänglich Insitzenden *enthaltene vier christliche* respective *Haubturhebrn*, *Anstiftere*, *Disseminatores* und *Seductores diesses jüdischen Irrthumbs* und deren abscheülichen Lästerungen, nehmlichen den *Johann Pita*, *Wentzel Janeczek*, *Johann Waczek* und die *Ludmillam Baurin*, anbetrieft, das von Eüch respectu dieser vier christlichen Delinquenten vorgeschlagene *Urtheil*, vermög welchen dem *Johann Pita*, als ersteren *Urheber* nebst der Schleiffung zur Richtstatt und Zungenausreißung, dann den *Wentzl Janeczek* und *Johann Waczek* ohne der Schleiffung, jedoch gleichfalls mit vorhergehender Zungenausreißung und Zangenzwiken die lebendige Verbrennung zuerkennet worden, gewöhnlicher maßen publiciret werden könne.

Belangend aber *secundo* die in dieser ersten Claß gesetzte *zwey Juden*, benanntlichen *Mendl Götzl* und *Isaac Moyses*, da können Wir, nachdeme diese beyde jüdische Inquisiti in puris negativis verharren und noch nicht wissend ist, was die vorbenante vier christliche complices in banco juris et loco supplicii wider sie aussagen werden, hiernächst auch und weilen die Juden Christum Gottes Sohn und seine Mutter Mariam eines Gottes Gebährerin, und was in dem Neüen Testamento heylig ist, nicht erkennen, in noch mehrere Erwegung zu ziehen kommet, ob diese zwey jüdische Inquisiti, im Fall sie von gedachten christlichen complicibus convinciret würden, als blasphemi oder, wie es scheinet, vielmehr als Stöhrere der tranquillitatis publicae und Verführere des den alleinseeligmachenden catholischen Glauben, welcher in Unserm Erbkönigreich Böheimb vermög deren Fundamentalgesätzen nur gestattet wird, profitirenden Volks anzusehen seyen, *die von Euch vorgeschlagene Bestrafung dieser zweyen jüdischen Inquisiten* nicht approbiren, sondern Wir finden, daß vorhero die vier christlichen Deliquenten in banco juris et loco supplicii vorgenohmen, hierbey aber die diesfällige examina haubtsächlichen auf die Dissemination und Seduction ad Judaismum gerichtet und gefasset, mithin noch, was durch die hierüber in banco juris et loco suplicii vorzunehmen kommende Constituirung deren vier christlichen Deliquenten wieder diese zwey jüdische Inquisiten hervorkommen werde, abgewahrtet, sohin denen Rechten nach weiter

---

[1] Der Bericht des Prager Appellationsgerichtes vom 27. Juni 1747 ist mir leider nicht bekannt.

[2] Das Reskript vom 26. Jänner 1747 ist mir leider unbekannt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

verfahren, von Eüch aber, in was für ein crimen ihr Verbrechen einschlagen, wohl überleget, und ob diese zwey jüdische Inquisiti als disseminatores et Seductores convinciret, mithin des criminis contra statum publicum oder aber eines anderen und was für eines delicti rei wären, wohl erwogen, sondern hiernach das Urtheil denen Rechten und ergangenen Generalien gemäß von Euch verfasset, solches aber nicht publiciret, sondern vorher zu Unserer Ersehung und Approbation sambt denen actis inquisitionalibus zu Handen Unserer kayserl. königl. Böheimischen Hofcantzley eingesendet werde.

Tertio: Wegen deren in *secunda classe* deren Inhaftirten begriffenen *dreyen christlichen* Delinquenten *Georg Chalaupka* oder *Krczmarżik*, *Lucas Wolny* und *Georg Pseniczka* hat hier die cumulatio justitiae cum gratia, worzu Ihr schon eingerathet, keine Statt, sondern Wir finden, daß die Sach in dem Weeg der Rechten, in welcher selbige derzeit ist, zu lassen und diese als blasphemi anzusehen kommende drey christliche Delinquenten in die von Euch in via justitiae eingerathene poenam ordinariam blasphemiae zu condemniren und hiernach das Urtheil zu verfassen, auch solches denenselben bey der gewöhnlichen Gerichtstelle zu publiciren seye, und werden Wir Uns, wann dieße drey und die in prima classe gesetzte obbesagte vier christliche Delinquenten nach beschehener Publicirung umb Gnad recurrireten, in welchem Fall mit Vollziehung deren Urtheilen nicht vierzugehen, sondern ihr Gnadengesuch von Eüch gutachtlich anhero zu begleitten wäre, hierüber schon des weiteren entschließen.

Dahingegen wird ebenfalls *quarto:* respectu deren in hac classe secunda befindlichen *zweyen Juden*, Bernard *Wilczek* und *Jacob Moyses*, was die sie gravirende in banco juris et loco supplicii zu constituiren kommende christliche Delinquenten wider selbige aussagen werden, abzuwarthen, sodann weithers gegen diese zwey Juden denen Rechten nach zu verfahren und von Euch Beschaffenheit deren Umbständen das rechtliche Urtheil zu schöpfen und selbiges gleichfalls ad approbandum anhero einzuschicken seyn.

Quinto approbiren Wir zwar wegen deren in tertia classe deren gefänglich insitzenden benanten *christlichen Deliquenten*, unter welchen nach Anzeige Eueres oberwehnten Berichts der *Johann Baura* immittelst in denen Prager Neustädter Vrohnvesten gestorben, die von Euch eingerathene Bestrafung, daß nehmlichen der *Carl* und *Georg Wolny*, *Georg Smettana* und *Georg Mikulaschek* mit einer einjährigen, dann der *Wentzel Czerny* und die *Anna Zinkin*[3] mit einer halbjährigen Strafarbeith zu belegen und ein jeder dieser Delinquenten mit zwantzig Karwatschstreichen bey dem An- und Abzug der Arbeit zu züchtigen seye, dergestalten jedoch, daß, weilen unter diesen einige mehrers graviret seynd, mithin mit einer schärferen Bestrafung und besseren Correction angesehen zu werden verdienen, von Euch hierauf reflectiret, und welche auf die vorbenante Zeit in das Prager Zuchthaus zur Arbeith zu geben — und welche mit der Straßenreparationsarbeith zu belegen wären, überleget, hiernach sodann die diesfällige Sentenz verfasset und publiciret; von dießen Delinquenten aber noch vor Verrichtung der ihnen andictirten Strafarbeith die professio fidei abgeleget werde.[4]

Sexto lassen Wir es respectu deren, die quartam classem deren Inhaftirten ausmachenden *zweyen Christen*, *Mathes Schweyda*, und *Mathes Huschek*, dann eines *Judens*, nahmens *Jacob Götzl*, bey Eüerem diesfälligen Einrathen bewenden, daß denenselben der außgestandene Arrest in poenam imputiret, von denen erstbenanten zweyen Christen aber vor ihrer Entlassung aus dem Arrest die Glaubensbekanntnuß vollzogen werde.

Septimo die in prima classe deren nicht gefänglich Insitzenden enthaltenen Anhängern, da begnähmigen Wir Eüere gutachtliche Meynung, daß von denenselben vorhero die professio fidei abgeleget, sodann von diesen Anhängeren die *Catharina des Wentzel Janeczek* Eheweib, *Martin Watzek*, *Magdalena Wanitzkin*

---

[3] Es handelt sich um Anna *Zimka*.
[4] Vgl. Beilage IV.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aus Lewin, *Wentzel Weyr*, *Jacob Janeczek*, *Wentzl* und *Mathes Schebek* mit einer gantzjährigen Straßenreparationsarbeith und zwantzig Karwatschstreichen bey dem An- und Austritt der Arbeith, die *Dorothea des Georg Chalaupka* oder Krżimarczek[5] Eheweib aber, dann der *Johann Wrbitzky*, *Georg Wesseli*, *Anna Bartoczkin*[6], *Magdalena Zinkin*,[7] *Elisabeth Pitin*, *Mathes Hladik*, *Magdalena Waniczkin* aus Neustadtl, *Johann Janeczek* und *Georg Watzek* mit derley halbjährigen Arbeit bestraffet und wieder den *Juden Enoch* nach der mit ihme vollführten Inquisition befundenen Dingen nach pro qualitate delicti vermög der Rechten verfahren werde.

Octavo hat es wegen deren in classe secunda deren mit Arrest nicht Belegten begriffenen Personen bey Euerem Vorschlag sein Verbleiben, daß die in membro primo hujus classis enthaltene, benanntlichen die *Dorothea* des *Georg Holaubka Tochter*, *Anna Schebkin*, *Anna Midloschkin*,[8] *Elisabeth und Anna Seykorin*, *Ludmilla des Wentzl Czerny* Eheweib, *Johann Krczeczeczy*[9] sonst Schkolnik genannt, *Carl Hronesch*, *Georg Politzky*, *Johann Koschtial*, *Anton Baura*, *Wentzl und Johann Wessely*, *Johann Neumann*, *Georg Wrbitzky*, *Johann Schaurek*, *Mathes Wlk*, *Johann Kwasniczka*, *Mattes Dohnal*, *Johann Kniez*, *Mathes Kopetzky*, *Johann Wiletial*, *Paul Janeczek*, *Jacob und Magdalena Hollmannische* Eheleüthe, *Georg Littmann*, die *Johann Baurische* Tochter, *Thomas Wessely*, *Wentzl Polak* und *Anna Bulkin* zu Ablegung der Glaubensbekantnuß angehalten werden, die in membro secundo hujus classis Benannte aber, nemlichen die Anna des *Johann Watzek* Eheweib, *Joseph Wentzlik*, *Johann Schwab*, *Johann Wessely* aus Trżesitz,[10] *Catharina Wlkin*, *Thomas und Wentzl Wessely* aus Lauschitz[11] und *Mathes Turek*, weilen wider diese wegen eines verdächtigen Anhangs nichts hervorgekommen, von sothaner Ablegung befreyet bleiben sollen, unter welchen letzteren auch der *Wentzel Czernik*[12] und *Martin Ottawa*, die in Eüeren arbitrio übergangen worden, zu verstehen seynd.

Nono lassen Wir in hoc casu specifico geschehen, daß diejenige Inquisiti, welche jetzo gleich die professionem fidei abzulegen haben, auch zu seiner Zeit, wann selbige von der Geistlichkeit in der catholischen Relligion, und in specie contra Judaismum gründlich unterrichtet worden, coram judice saeculari ihre Beharrung in der catholischen Religion eydlich bestättigen und das Judenthum, auch alle Glaubensirrthumen abschwören sollen.

Decimo ist zwar in obigem Euerem Bericht angeführet, daß der in dieser letzteren Claß begriffene *Joseph Hagek* qua suspectus de haeresi in würklicher Inquisition stehe, nachdeme aber aus Euerem Bericht nicht hervorkommet, ob wider ihn in foro saeculari vel ecclesistico die Inquisition angestrenget worden, so zweyflen Wir gnädigst nicht, daß von Eüch, wann selbter sub inquisitione fori ecclesiastici und nicht saecularis stünde, auf die jura fori saecularis werde reflectiret werden.

Undecimo hat es bey der beschehenen Entlassung deren in eben dieser letzteren Claß enthaltenen *vier Juden*, nahmens *Samuel Caspar*, *Elias Schik*, *Löwl* oder *Jacob Taussik* und *Samuel Veith* sein Bewenden.

Duodecimo approbiren Wir Eüeren Vorschlag, womit *denen Juden die Einlassung deren Christen in ihre Synagogen*, *Schulen und Zusammenkünften* unter ansonst erfolgender schwerer, nach Gestalt der Sachen Leib- und Lebensstraf, untersaget werde, und ergehet solchemnach an Unsere königliche Statthalterey, wie es Euch der copeyliche Anschluß mit mehrern gezeiget,[13] nicht nur hierüber, sondern

---

[5] Sic, richtig *Krčmařik*.
[6] Es handelt sich um Anna *Bartoušek*.
[7] Es handelt sich um *Magd. Zimka*.
[8] Anna *Midloch*.
[9] Sic; richtig *Krejčí*.
[10] *Třesice*, ein Dorf auf der Herrschaft Chlumetz.
[11] *Lovčice*, Dorf auf der Chlumetzer Herrschaft.
[12] Es handelt sich offenbar um Wenzel *Černý*.
[13] Das erwähnte Reskript fehlt in den Akten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

auch, damit die in materia religionis et haereseos unterm achtundzwantzigsten Decembris siebenzehenhundert fünfundzwantzig emanirte Pragmatica[14] republiciret und von denen Güthern wegen deren ketzerischen und verdächtigen Büchern eine fleißige Individualvisitation in denen Dorfschaften von halb zu halben Jahr, besonders zur Winterszeit, wo das Bauerenvolk derley Bücher abends zu lesen pfleget, das Behörige vorgenohmen werde. Wie dann auch Wir durch den hochwürdigen Unsern Fürsten andächtigen und lieben Getreüen, Johann Moritz Ertzbischofen zu Prag und Primaten Unsers Erbkönigreichs Böheim, legatum natum, lauth der fernerweithigen copeylichen Anlage[15] desselben Consistorium wegen der von Euch anverlangten Communicirung deren verführten diesfälligen actorum inquisitionalium auf die untern neunundzwantzigsten Augusti siebenzehenhundert einundzwanzig ergangene Pragmaticam ejusque paragraphum quintum anweisen lassen. Es ist dahero unser gnädigster Befehl hiemit an Euch, daß Ihr, ohne dem Pragerischen Consistorio die acta inquisitionalia zu communiciren, wieder die obbenannte Delinquenten die Urtheil nach dieser Unßerer Resolution verfassen, und selbige, wie gewöhnlich, publiciren, auch sonsten in conformitate derselben in ein so anderen weiters verfahren und das Behörige veranlassen sollet.

Hieran wird allergehorsambst vollbracht Unser allergnädigster Willen und Meynung. Geben in Unserer Stadt Wien den zwölften Monathstag Jannuarii im siebenzehenhundert achtundviertzigsten, Unserer Reiche der Hungarisch- und Bömischen im achten Jahre.

VII.

Excitatorium Maria Theresias an den Königgrätzer Bischof vom 12. Jänner 1748 betreffs der Sekte der sog. Bidschower Israeliten.

(Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1, Abschrift.)

Maria Theresia. Lieber Getreüer. Es hat Unsere königliche Appellationscammer zu Prag über die vollführte Inquisition wieder die occasione der *in dem Königgratzer Creyß in Unserem Erbkönigreich Böheimb hervorgebrochenen jüdischen Sectae* in Verhaft gezohene Sectarios und Anhängere den allerunterthänigsten Bericht anhero erstattet.[1] Nun haben Wir aus sothanen Bericht nicht ohne Befremdung wahrgenohmen, wasmaßen *diese Secta schon vor mehr als 5 Jahren* in der Deiner Andacht anvertrauten Dioeces eingerissen, und ist nicht zu glauben, daß, wo dieses Übel schon durch so viele Jahre gedauret und es in der dorthigen Gegend gantz ruchbahr gewesen, nicht auch Ihr Consistorium, die Pfarrer und Seelsorgere, besonders in jenen Orthen, wo dieses Unweesen sich ausgebreithet, solches nicht solten erfahren haben, mithin dieses Gift, wann deme bey Zeithen entgegengegangen worden wäre, gleich in der ersten Geburth gar leicht hätte ersticket werden können und nicht so weith sich ausgebreittet hätte.

Wir versehen Uns dahero gegen Deiner Andacht gnädigst, es werden die selbe pro futuro alle gute praecautiones anwenden und solche heylsame Vorkehrungen, damit dieses Gift nicht mehr weiter gehe, sondern gäntzlichen vertilget werde, machen, hierbey auch auf die noch verborgene Sectarios und Anhängere eine genaue Nachforschung halten lassen, insonderheit aber und da das Baurenvolck in Ihrer Dioeces, wie es die Erfahrung zeithero gegeben, zu denen Glaubensirrthumen sehr geneigt ist, bey allen Pfarrern und Curatis, damit sie das vor Gott in der höchsten Verantworthung stehende munus pastorale des Seelenheyls sich eyfrigst angelegen seyn lassen, von denenselben die Catechisirung fleißig gehalten, mithin von ihnen

---

[14] Zum Reskript (Pragmatica) Karls VI. vom 28. Dezember 1725 vgl. *Ant. Rezek*, Dějiny prostonárodního hnutí nábož. v Čechách I, S. 65—66.

[15] Siehe Beilage VIII.

[1] Vgl. die Beilage Nr. VI.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

die denenselben anvertraute Seelen in denen principiis verae fidei wohl unterrichtet und darinnen gesteifet werden, ernstlich verfügen, dann auch ob die Catechisirung an allen, besonders jenen Orthen, wo diese Secta eingeschlichen, oder ein Verdacht davon obhanden ist, stetlis, eyfrig und embsig geschehe, durch die vicarios foraneos, wie auch durch andere Weege fleißig und beständig invigiliren lassen, Unserer königlichen Statthalterey aber, welcher eben auch untern heutigen dato,[2] weilen das ketzerische Übel in Unserem Erbkönigreich Böheimb noch immer einschleichet, mitgegeben wird, mit dem (tit.) Ertzbischoffen zu Prag zusammenzutretten und gemeinschaftlich zu überlegen, wie dieses und all anderes ketzerisches, höchst schädliches Unweesen aus Unserem Erbkönigreich Böheimb völlig ausgerottet und künftighin abgehalten werden könte und was pro bono religionis einzuführen wäre, an die Hand geben, was zu Erreich- und Beförderung dieses so heylsamen Wercks dien- und vorträglich seyn mag, quoad praeteritum aber, ob die Fahrlässigkeit wegen der eingangs bemelten eingeschlichenen und durch so viele Jahr ohne Entgegengehung gedauerten jüdischen Sectae an seithen Ihres Consistorii, oder aber des Bitschower und anderer Pfarern seye, mithin weme solches zu Schulden gehe, genau inquiriren lassen und die hieran Schuld Habende in die behörige Bestrafung ziehen.

Worüber Wir von Deiner Andacht, was durch die diesfällige Inquisition hervorgekommen und was wider die schuldig Befundene vorgekehret worden, einen Bericht zu Unserer Wissenschaft gnädigst gewärttigen. Hieran etc. Und Wir verbleiben etc. Wienn, den 12. Januarii 1748.

Excitatorium an den Bischofen zu Königgratz.

VIII.

Reskript an den Prager Erzbischof vom 12. Jänner 1748 betreffs der Sekte der sog. Bidschower Israeliten.

(Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1, Abschrift).

Maria Theresia etc. Lieber Getreüer. Deine Andacht werden aus Unserem an den (tit.) Bischofen zu Königgratz unterm heütigen Dato ergehenden, in copia hier angeschlossenen Rescripto[1] mit mehreren ersehen, was Wir an denselben auf den von Unserer königlichen Appellationscammer über die vollführte Inquisition wider die occasione der *in dem königgratzer Creyß in Unserem Erbkönigreich Boheim hervorgebrochenen jüdischen Sectae* in Verhaft gezogene Sectarios und Anhängere allerunterthänigst erstatteten Bericht zu erlassen gnädigst befunden. Da nun auch aus diesem Bericht zu entnehmen gewesen, was maßen dero Consistorium von Unserer königlichen Appellationscammer inhalt eines an dieselbe unterm 15ten Junii des letzt abgewichenen 1747 Jahrs erlassenen Zuschreibens[2] die Communicirung all und jeden verführten Actorum inquisitionalium anverlanget, um wieder die Individua mit der gewöhnlichen Inquisition zu verfahren und nach denen geistlichen Satzungen darüber zu erkennen, wo doch vermög der unterm 29ten Augusti 1721 ergangenen Pragmaticae § 5to gantz deutlich ausgemessen worden,[3] daß Ihrem Consistorio nur in jenen Fällen das Examen, wann die pro determinatione sectae erforderliche Umbstände nicht clar genug erhoben worden, communiciret werden solle, solches aber hier nicht unterwaltet und hiernächst auch Deiner An-

[2] Das erwähnte Reskript hat sich in den Akten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1, nicht erhalten.

[1] Vgl. Beilage VII.

[2] Der Bericht des Prager Appellationsgerichtes vom 15. Juni 1747 ist mir leider nicht bekannt.

[3] Zum Reskript (Pragmatica) vom 29. (nicht: 27.) August 1721 vgl. *Ant. Rezek*, Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách I, S. 64.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

dacht nicht unbekannt seyn wird, was von Unserem hochgeehrten Herrn Vatter wayl. Kaysers Carl des Sechsten Maj. glorreichsten Andenckens an Dero Vorfahrern im Ertzbisthum unterm 29ten Augusti 1721 und 28ten Decembris 1725[4] diesfalls ergangen.

So werden Dieselbe Ihr Consistorium auf die obgedachte Pragmaticam verweisen und ihme, damit sich dasselbe hiernach verhalte, einbinden.

Und nachdeme Unsere landesmütterliche Sorge auch dahin gerichtet ist, damit in Unserem Erbkönigreich Böheim der wahre alleinseeligmachende catholische Glauben durchaus rein gehalten werde, mithin nöthig seyn will dahin fürzudencken, damit das vorbemeldte Gieft gäntzlich vertilget, auch nicht mehr einschleichen, noch andere Ketzereyen einreißen mögen, so haben Wir Unserer königlichen Statthalterey mittelst eines eben auch unterm heütigen Dato an dieselbe ergehenden Rescripto[5] gnädigst mitgegeben, mit Deiner Andacht zusammenzutretten und mit deroselben, wie dieses und all anderes ketzerisches Unweesen aus Unserem Erbkönigreich Böheim völlig ausgerottet und künftighin abgehalten werden könnte und was pro bono religionis einzuführen wäre, gemeinschaftlich zu überlegen.

So setzen Wir in Deine Andacht das gnädigste Vertrauen, es werden dieselbe nach dero Uns bekannten Religionseyfer und Erfahrenheit Unserer königlichen Statthalterey, was zu Erreich- und Beförderung dieses so heylsamen Wercks dienund vorträglich seyn kann, an die Hand geben.

Hieran etc. und Wir verbleiben etc.

Geben Wienn, den 12ten Januarii 1748.

An den Ertzbischoffen zu Prag.

IX.

Reskript vom 7. November 1748 an den Prager Erzbischof betreffs Untersuchung der Sekte der sog. Bidschower Israeliten.

(Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1, Abschrift).

Maria Theresia etc. Lieber Getreüer. Wir haben aus der von Deiner Andacht sub praesentato den 29ten Maji dieses laufenden Jahrs hier eingekommenen Vorstellungsschrift mit mehreren ersehen, was massen dieselbe der Meynung seyen, daß das von Dero Consistorio an Unsere königliche Appellationscammer zu Prag wegen Communicirung aller und jeder, wider die occasione der in Unserem Erbkönigreich Böheimb *in dem Königgratzer Creyss hervorgebrochenen jüdischen Sectae* in Verhaft gezogene Sectarios und Anhängere verführten Examinum erlassene Zuschreiben vom 15ten Junii vorigen Jahrs[1] gar nicht contra, sondern vollkommentlich juxta tenorem §phi 5ti der unterm 29ten Augusti 1721 ergangenen Pragmaticae[2] eingerichtet worden und wienach Deine Andacht umb die allergnädigste Verordnung an besagte Unsere königliche Appellationscammer, damit

primo in conformitate sothaner Pragmaticae und der biesherigen Observanz die gesambte Examina dieser Sectariorum dero Consistorio communiciret, unterdessen aber

secundo mit Fällung der Sentenzien, oder da solche bereiths gefället worden, mit derenselben Execution in so lang, bies das forum ecclesiasticum sowohl das

---

[4] Zum Reskript vom 28. Dezember 1725 vgl. *Ant. Rezek* l. c. S. 65—66.

[5] Das zitierte Reskript fehlt in den Akten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1.

[1] Der Bericht des Prager Appellationsgerichtes vom 15. Juni 1747 ist mir leider nicht bekannt; vgl. auch Anm. 2 bei Beilage VIII.

[2] Vgl. *Ant. Rezek*, Dějiny prostonárodního hnutí náboženského v Čechách I, S. 64 (mit dem irrigen Datum: 27. August).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Examen mit diesen Sectariis vermög §phi 5ti vermelter Pragmaticae, als auch quoad medelam animae et reductionem ad meliorem frugem und poenam canonicam nach Inhalt des §phi 9ni dieser Pragmaticae das behörige vollzogen haben wird, supersediret, wie nicht minder

tertio und weilen die summarische Examina Dero Consistorio nicht in originali, sondern nur in copia ohne jemands Unterschrift communiciret worden, wo doch derenselben Communication vigore §phi 3tii der mehr gedachten Pragmaticae dem Consistorio schriftlich, wie selbige a judice saeculari geführet worden, geschehen solle, solches von Unserer königlichen Appellationscammer annoch befolget werden möchte, gebetten; und was ferners dieselbe

quarto im Nahmen des Bischofens zu Königgratz, daß auf den dasigen, dann Bidschower und Jaromirżer[3] Rathhaüsern unter Vorsitzung des königlichen Creyshaubtmanns des Königgratzer Creyßes Wentzel Ferdinand Wanczura Freyherrns von Rżehnitz in Gegenwart deren respective alldortigen Magistraten und größten Theil der Gemeinde ohne Vorwissen des Königgratzer Consistorii und ohne Beyseyn eines Geistlichen die Glaubensbekanntnus von einigen hierzu per sententiam angewiesenen Inquisitis, dann die Abschwörung alter Secten und aydliche Gelobung de non relabendo praestiret worden, beschwerführend angebracht haben.

Nun ist quoad passum primum wegen der von Dero Consistorio anverlangten Communicirung aller Examinum in dem §pho 5to der obangeführten Pragmaticae, worauf Dieselbe in dero Vorstellungschrift sich führnemblich gründen, nicht enthalten, daß auf Befund und Verlangen der Geistlichkeit dem Consistorio alle Examina communiciret werden sollen, sondern es erhellet aus diesem und dem vorhergehenden §pho 3° et 4° eben dieser Pragmaticae gantz deütlichen, daß der judex saecularis nicht weiter als nur auf die alleinige Communicirung des examinis summarii dem foro ecclesiastico angewiesen seye und zwar, wie es der erst angezogene §phus 4tus gantz klar besaget, umb hieraus, ob es ein novum dogma seye, sive aut sit haeresis et an reus sit haereticus, vel subversetur factum haereticum et quale, cognosciren zu können. Wie dann auch in dem §pho 7° erdeüter Pragmaticae und in der darauf unterm 28ten Decembris 1725 erfolgten Declaratoria[4] die fernere Ausmessung geschehen, daß in illo casu, wo es nicht de novo dogmate, sondern de exercitio haeretico jam prohibito zu thuen ist, das forum saeculare die weitere Inquisition privative und ohne der Geistlichkeit quoad statuendam poenam temporalem verführen und den Delinquenten bestrafen solle. Und nachdeme von Unserer königlichen Appellationscammer dero Consistorio nicht allein das Summarium, sondern so gar das vollständige Examen deren Haubtinquisiten communiciret und hierauf von dero Consistorio erkennet und erkläret worden, daß in praesenti casu kein neües ketzerisches Dogma, sondern ein wahrer Judaismus, mithin ein dogma jam definitum seye, so finden Wir, daß Unsere königliche Appellationscammer die Pragmaticam und Declaratoriam vollständig, ja überflüssig beobachtet habe, und in gegenwärtigen casu, wo es nicht de novo dogmate et de definienda haeresi, sondern de dogmate jam definito et prohibito, ejusdem exercitio und vielmehr de delicto blasphemiae zu thuen ist, wohl verfahren seye und ist das gravamen und petitum Dero Consistorii, damit demselben die gesambte Examina communiciret werden, nicht fundiret.

So viel es hiernächst den *passum secundum*, womit inmittelst mit Fällung deren Sentenzien des judicis saecularis oder mit der Execution derenselben bies zur Verführung des Examinis von seithen des fori ecclesiastici und Vorkehrung des Behörigen quoad medelam animae et executionem poenae canonicae supersediret werden möchte, anbetrifft, da ist bereiths von dem foro saeculari alles, was dem foro ecclesiastico vermög der mehr besagten Pragmaticae und Declaratoriae hat gebühren können, geschehen und hat auch Unsere königliche Appellationscammer die Geistlichkeit nicht gehindert, quoad medelam animae et reduc-

[3] Jaroměř.

[4] Vgl. *Ant. Rezek* l. c. S. 65–66.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

tionem ad meliorem frugem dieser Delinquenten, wie es auch denen von denen Pfarrern und Seelsorgeren denen umb Gnad Recurrirenden ertheilten und von selbten ihren Gnadengesuchen beygelegten attestatis zu entnehmen gewesen, das Ihrige zu verrichten. Es hat dahero dero Consistorium nicht Ursach sich diesfalls zu beschweren, noch ein mehreres zu praetendiren.

Belangend den *passum tertium* wegen der von unserer königlichen Appellationscammer dero Consistorio beschehenen Communicirung deren Examinum summariorum nur in bloßer Abschrift ohne jemands Unterschrift und nicht in originali, da gehet der Verstand des §phi 3tii Pragmaticae dahin, daß dem Consistorio derley Examina genuine, wie selbige a judice saeculari geführet worden, communiciret, nicht aber in originali gegeben werden sollen, mithin ist an deme genug geschehen, daß von Unserer königlichen Appellationscammer Dero Consistorio die diesfällige Examina summaria wahrhaftiglich communiciret worden, und wird ja dero Consistorium die fidem publicam Unserer königlichen Appellationscammer wohl nicht in Zweifel ziehen, wormit sich also dasselbe begnügen und ein mehreres nicht verlangen kan.

Ferners ad *passum quartum*, daß auf Anordnung Unserer königlichen Appellationscammer die Inquisiti zu aydlicher Bestättigung wegen ihrer Beharrung in der catholischen Religion und zu Abschwörung des Judaismi und alles Glaubensirrthumbs ohne Beyseyn der Geistlichkeit durch den königlichen Creyßhaubtmann des königgratzer Creyßes angehalten worden, hierinfalls hat Unsere königliche Appellationscammer nichts anderes gethan, als was derselben in Unserem sub dato den 12ten Januarii currentis anni an sie erlassenen Rescripto[5] mitgegeben worden. Und versehen Wir uns gnädigst, es werde die Geistlichkeit ihrerseiths nicht unterlassen haben, diejenige Inquisitos, welche nicht mehr in Verhaft seynd, ad solemnem professionem fidei in facie ecclesiae anzuhalten, da es aber etwa noch nicht geschehen wäre, in solchem Fall wird von diesen die professio fidei in facie ecclesiae annoch abzulegen, von denen zu exequiren Kommenden aber solche in der Gefängnus, wessentwegen an Unsere königliche Appellationscammer eben auch unterm heütigen dato das Behörige ergehet,[6] abzunehmen seyn.

Wann dann von Unserer königlichen Appellationscammer in allen nach Vorschrift der öfters gedachten Pragmaticae und Declaratoriae verfahren worden, die von Deiner Andacht nomine des Bischofens zu Königgratz und dero Consistorii angebrachte Beschwerde aber nicht gegründet seye, mithin auch die diesfällige Petita keine statt haben, so werden dieselbe beyde hiernach verbeschieden und setzen Wir in Deine Andacht das gnädigste Vertrauen, es werden Dieselbe nach Dero Uns bekannten Religionseyfer Unserer königlichen Statthalterey nach Inhalt Unseres Rescripti vom 12ten Januarii dieses Jahrs[7] bey denen ferneren Zusammentrettungen, was wegen Ausrott- und künftiger Abhaltung des in Unser Erbkönigreich Böheimb noch immer einschleichenden ketzerischen Übels dienund vorträglich seyn kan, noch weithers an die Hand geben, damit von ihr königlichen Statthalterey der hierüber abgeforderte gutachtliche Bericht baldigst anhero erstattet werden könne.

Übrigens aber werden Deiner Andacht, wann bey Uns Dieselbe in Religionssachen oder sonsten was anzubringen vermeinen, solches nicht in forma eines Briefs, sondern, wie es von dero Vorfahreren geschehen und beobachtet worden, memorialiter anbringen. Hieran etc. und Wir verbleiben. Wienn, den 7ten Novembris 1748.

An den Ertzbischofen zu Prag.

---

[5] Siehe Beilage VI.

[6] Das zitierte Reskript hat sich im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1 in den Akten nicht erhalten.

[7] Siehe Beilage Nr. VIII.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

X.

Verzeichnis derjenigen Orte der Königgrätzer Diözese vom Jahre 1748, wo die Juden in allzu großer Gemeinschaft mit den Christen wohnten.

(Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1, Abschrift).

Consignation, *an welchen Orthen die in der Königgratzer bischofl. Dioeces befindliche Judenschaft* mit denen Christen allzusehr vermischet, und was sonsten zu remedieren wäre:

Zu *Žiželitz*[1] wohnen die Juden und Christen unter einem Dach, obschon separirter, und Winterszeith gebrauchen sie sich eines Christenweibs zum Einheitzen;

zu *Liebtschan*[2] zur Winterszeith bedienen sie sich gleichfalls eines Christenweibs zum Einheitzen;

zu *Dobrženitz*[3] die jüdische seyndt allzunahe denen Christenhäusern und die Juden gebrauchen sich deren Christen in allerhand Dienstleistungen, so wohl am Sabbath, als sonsten;

zu *Radikowitz*[4] muß ingleichen ein Christenweib die Juden bedienen;

zu *Königstadtl*[5] seyndt deren Juden- mit denen Christenhäusern vermischt, woraus schädliche Conversationen folgen;

zu *Dymokur*[6] gebrauchen sich die Juden eben deren Christenweiber zu allerhand Diensten;

zu *Nachodt*[7] die allhiesige zahlreiche Judenschaft hat ihre Häuser unter denen Christenhäusern sehr vermischt, wannenhero auch die gefährliche Conversationen zwischen Christen und Juden, auch andere offentliche Ärgernussen schwehr zu vermeyden;

zu *Großbukh*[8] werden gleichfalls die Christen zu Bedienung deren Juden gebraucht;

zu *Reichenau*,[9] allhier ist eben eine zahlreiche jüdische Gemeinde und die Haüßer deren Christen und Juden seynd sehr vermischt, woraus dann auch allzuvielle schädliche Gemeinschaft zwischen Christen und Juden entstehet und bey offentlichen Processionen, oder wann der Prister mit dem hochwürdigen Guth zum Kranken gehet, große Verunehrung erfolget;

zu *Hodietschin in der Tschastolowitzer Pfarrerey*[10] wohnen Christen und Juden unter einem Dach, obschon in verschiedenen Zimmern oder Cammern, woraus eben nothwendig allzugroße Gemeinschaft folget;

zu *Skalka*[11] seynd die Juden zwar von denen Christen separirt, sie bedienen sich doch deren Christen ihrer Diensten am Sabbath und sonsten;

zu *Wamberg*[12], allda hat der jüdische Ledergärber einen Christen zum Gesellen und am Sabbath bedienen sich die Juden des Diensts deren Christenweiber;

zu *Kosteletz ob dem Adlerfluß*,[13] da seyndt im Jahr 1746 verschidene jüdische

---

1 *Žiželice*, Herrschaft Chlumetz, jetzt G. B. Chlumec n. Cidlinou.
2 *Libčany*, gleichnamige Herrschaft, heute G. B. Nechanice.
3 *Dobřenice*, gleichn. Herrschaft, heute G. B. Nechanice.
4 *Radikovice*, Herrsch. Stěžery, heute G. B. Nechanice.
5 *Králové Městec* (Königstadtel), Herrsch. Dymokury, heute G. B. Králové Městec.
6 *Dymokury*, gleichnam. Herrsch., heute G. B. Králové Městec.
7 *Náchod*, gleichnam. Herrschaft, heute G. B.
8 *Velká Bukovina* (Groß-Bok), Herrschaft Gradlitz, heute G. B. Königinhof an der Elbe.
9 *Reichenau an der Kněžna*, gleichnam. Herrschaft, bzw. heutiger G. B.
10 *Hodětín*, gleichnam. Herrschaft (Hodětín), heute G. B. Kostelec n. Orlicí.
11 Offenbar *Skalka* (Skalky), Herrschaft Skály, heute G. B. Wekelsdorf.
12 *Vamberk*, Herrschaft Reichenau, G. B. Reichenau a. d. Kněžna.
13 *Kostelec n. Orlicí*, Herrschaft Kostelec, heutiger G. B. gleichen Namens.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Personhen in das herrschaftliche Schloß aufgenohmen worden, wodurch gleichfalls gefährliche Gemeinschaft mit denen Christen und sonsten vielle Ärgernussen erfolgen;

zu *Gitschin*[14] bey einer zahlreichen Gemeinde werden auch Christenweiber zum jüdischen Dienst gebrauchet;

in der *Petzker Pfarrerey zu Držewenitz*[15] beschiehet durch den Brandtweinschankh von denen Juden an Sonn- und Feuertägen dem Dienst Gottes großer Nachtheil und die Juden werden dennoch, wenn etwas ungebührliches geklaget wirdt, geschützet;

zu *Horžitz*[16], hierorths ist eine große Vermischung deren Juden mit Christen, wo es dann ohne öffentliche Ärgernussen nicht ablauffen kann, wie anderwerths schon referiret worden;

zu *Roketnitz*,[17] allhier befindet sich dieses Übel ingleichen, die Christenweiber werden zum Dienst deren Juden gehalten, und weillen die Juden ihre Synagog nicht weith von der Pfarrkirchen, wie auch ihre Haüser und Fenster auf offenen Marckt haben, so können die öffentlichen Processionen, sonderlich an heyl. Frohnleichnambstage, nicht ohne Ärgernus vollbracht werden, an Sonn- und Feyertägen wirdt von Fruhe bies auf die Nacht das Brandtweintrincken bey denen Juden gestattet, worauf öfters in dem Gotteshaus höchst ärgerl. Ungebührlichkeiten erfolgen, und da am Sonntag unter der Octav sanctissimi corporis Christi Jahrmarkt gehalten wirdt, lassen sich die Juden wehrenden Gottesdienst vom freyen Herumbgehen vor der Kirchen und Auslegung ihrer Waaren vor Endigung desselben nicht abhalten, und obwohlen umb dessen Remedur innständigst gebethen worden, so wirdt dennoch durch den Würtschaftsbeambten die Judenschaft protegiret, der Pfarrer aber verfolget;

zu *Dobruschka*[18] die Juden haben ihre Haüser in der Stadt unter denen Christen, gebrauchen sich derenselben zu ihren Dienst, es gehen viele Ärgernus vor und selten sey eine Bestrafung;

zu *Senftenberg*,[19] dieweillen allhier die jüdische Synagog und einige Haüser gleichsamb mitten unter denen Christenhaüsern sich befinden, so ist die Vermischung deren Juden mit Christen fast nicht zu vermeyden, so werden auch die Christenweiber zum Dienst deren Juden gehalten und das Christenvolk wirdt durch offentlichen Schanck bey dem jüdischen Brandtweinbrenner vom Dienst Gottes abgehalten, ohne daß dessentwegen und anderer offentlichen Ärgernussen halber dem klagenden Pfarrern die erforderl. Assistenz geleystet wirdt;

zu *Oppotschno*[20] befindet sich, daß Juden und Christen unter einem Dach wohnen, die Christen zu jüdischen Diensten adhibiret werden und das Kaufen und Verkaufen an Sonn- und Feyertägen beschiehet nicht ohne Praejudiz dem Dienste Gottes;

zu *Tržebechowitz*[21] wirdt Jahrmarkt gehalten am Fest sactissimi corporis Christi, wo eine Menge deren Juden sich einfindet und also die feyerliche Procession nicht ohne offentliche Ärgernussen und Gotteslästerungen geschehen kann;

zu *Skržiwan*,[22] *Wegwanowitz*,[23] *Smiržitz*,[24] *Petrowitz*,[25] *Kniežitz*,[26] *Wellichow*,[27]

---

[14] *Jičín*, Herrschaft, gleichnam. G. B.

[15] *Dřevěnice*, Herrschaft Kumburk und Úlibice, heute G. B. Jičín.

[16] *Hořice v Podkrkonoší*, Herrschaft Hořice, heutiger G. B. Hořice v Podkrkonoší.

[17] *Rokitnitz im Adlergebirge*, gleichnam. Herrschaft und heutiger G. B.

[18] *Dobruška*, Herrschaft und heutiger G. B. Opočno.

[19] *Senftenberg*, Herrschaft, bzw. heutiger G. B. gleichen Namens.

[20] *Opočno* auf der gleichnamigen Herrschaft, bzw. heutigen G. B.

[21] *Třebechovice pod Orebem*, Herrschaft Opočno, heute G. B. Králové Hradec.

[22] *Skřivany*, gleichnamige Herrschaft, heute G. B. Nový Bydžov.

[23] *Vejvanovice*, Herrschaft Rosice, heute G. B. Chrudim.

[24] *Smiřice*, Herrschaft Smiřice und Hořiněves, heute G. B. Jaroměř.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Žlunitz,[28] *Horženiowes*:[29] obwohlen in diesen Ohrten die Juden von denen Christen separiret seyn, so bedienen sich selbige doch deren Christen, sonderlich am Sabbath, zu ihren verschiedenen Diensten;

zu *Biedtschow*[30] befindet sich die größte Judengemein, welche zwar von denen Christen separiret, doch seynd vielle von denen in letzteren Jahren aus Prag gegangenen Juden in Christenhäusern aufgenohmen worden, bedienen sich deren Christen zu ihrem Dienst.

XI.

Judenordnung der Stadt Hořitz (Hořice v Podkrkonoší) vom 5. September 1748.

(Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, ČG, Publ. G 1/1, Abschrift).

Tak, jakož proti hořickému židovstvu za příčinou od takového (sic) proti pravému katolickému svatému náboženství a jiným dobrým chvalitebným mravům čelící vejstupky přednešené jsou, pročež se takový židovstvo pro jejich budoucí správu a zachování následujícím přísným nařízením poděluje, a to sice:

Za 1^{mi}: v čas od velebného duchovenstva vedoucích veřejných proces [sic] v kterémkoliv čase takový se držejí, nemá se žádný žid opovážit ze svýho příbytku vycházet aneb skrz vokna a odkuďkolivěk vyhlížet a k nějaké nepočestnosti příčinu podati, kdež v nastalém příběhu a zastižení citedlný a příkladný trest následovati bude;

2de: nedělní a svátečního dne nemá se žádný žid opovážit na veřejným rynku a ulici štrikováním, šitím a jinou prací viděti dáti pod uvarováním skutečného arrestu;

3^{tiu}: nedělní a svátečního dne nemá se od křesťanův a jiných osob žádná voda přinášeti, dříví štípati a jiná řmotná práce konati;

4to: nemá se od křesťanův židům na jejich šabes žádná služebnost provozovati a skrze to zameziti, by křesťané skrze nějaké židovské krmě navnaděné nebyli ustanovené posty rušiti;

5to: dne nedělního a svátečního nemají židé křesťanským ženám špinavé šaty k praní vydati, což se i taky křesťanům přísně zapovídá takový od nich bráti;

6to: nedělního a svátečního dne v jejich kvelbích, domích a ulicích žádný handle provozovati mimo určité jedné hodiny, jenž se jim (však by svý krámy na venek neotvírali) až na další časy pro obživení přiti má;

7mo: dne nedělního a svátečního po vesnicích žádný tarmarčení dobytka a jiných victualií skupování, tím méně honění dobytka skrze město trpěti se nemá;

8vo: poněvadž některé židé blísko křesťanských domův zůstávají, pročež, když duchovní s velebnou svátostí oltářní k nemocnému jíti přinucen bývá, tak tehdy v znamení toho žádný žid z příbytku svého vycházeti, tím způsobem z voken aneb odkuďkoliv vyhlížeti nemá, kdež v nezachování toho na okna jejich plenty neb nepříjemný hradby, jako v jiných některých místech k patření jsou, jim zavěšené budou, ani taky v zastižení bitím se trestati mají;

---

[25] Um welchen Ort Petrovice es sich handelt, konnte ich nicht feststellen. Im Königgrätzer Kreise gab es Orte dieses Namens auf den Herrschaften Náchod, Reichenau a. d. Kněžna und Častolovice, im Bidschower Kreise auf der Herrschaft Sadová.

[26] Es handelt sich offenbar um Kněžice auf der ehem. Herrschaft Dymokur, heute G. B. Králové Městec.

[27] *Velichovky* (deutsch Welchowek) auf der ehem. Herrschaft Jaroměř, heute G. B. Jaroměř.

[28] *Žlunice*, Herrschaft Dymokur, heute G. B. Nový Bydžov.

[29] *Hořiněves*, Herrschaft Smiřice und Hořiněves, heute G. B. Jaroměř.

[30] Nový Bydžov, gleichnamige Herrschaft, bzw. heutiger G. B.

[31] Vgl. oben Anm. 66 zu Kapitel III.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

9ᵈ: společnost a služba židovských s křesťanskýma dětma, též jiná neslušná žádost od křesťanův se trpěti nemá;

10ᵈ: tak, jakož se ženám křesťanským dělání lázně a jiná neslušná a proti dobrým mravům čelící služebnost židům prokazovati zcela zapovídá, taktéž židovstvu to pro jejich správu a zdrželivost se s tímto v známost dává;

11ᵈ: vychází též na jevo, kterak některá křesťanská mládež pod židovský okna rozličné písně spívati chodějí, což jakož se takový mládeži přísně zapovídá, tak také židům, by toho netrpěli, se nařizuje;

12ᵈ: a jakož se křesťanským ženám, by vodu ze společné cisterny zbytečně nevybíraly, šetřily a čistotu zachovaly nařídití, tak taky židovstvo toho všeho s pozorností zachovati má;

13ᵈ: když židovstvo k velkému pohoršení mládeže s. v. ad exonerandam naturam na stranu jdouc, jak staří tak mladí hanebně a nečistě se odkrývají, pročež se při nich nařizuje k tomu patřící postraní místa zahraditi a ustanoviti, by spříčiněni nebyli na veřejný místo všemu oku ošklivost dělati;

14ᵈ: poněvadž židé jejich povinnou hradbu nedělají a skrze to k schůzce křesťanské s židovskou mládeží příčinu podávají, pročež se židovstvu nařizuje hradbu, kterou oni povinováni jsou, v náležitém stavu držeti a stále zachovati;

15ᵈ: a jakož dále taky židovstvo z nějaké pejchy a nadutosti proti křesťanům obviněný jest, tak i ono, by na budoucnost křesťanům slušnou uctivost obzvláštně jak personální respect pozorovati hledělo, tuto napomenutí se činí;

16ᵈ: na jevo též přichází, že v zapověděný čas v domích křesťanských od křesťanek židům koupele se připravují a i taky u velkonoční slavnosti židé v jednom domě křesťanským u přítomnosti jak starých tak mladých křesťanův před dvouma lety jejich ceremonie vykonati měli, pročež, jakož se to takovým vlažným křesťanům k jejich veliký chybě a provinění přičísti musí, tak taky jim a židům přísně a pod velikým trestem zapovídá na budoucnost se toho varovati;

17ᵈ: ta židům v jejich šábesu od křesťanův zděláním ohně, rozžeháním světel a jiná až posaváde z platu prokázaná služebnost až do dalšího gruntovnějšího vyjádření těch JMC prošlých patentův, jakž daleko taková služebnost by se povoliti mohla, a do vyzvědění, jak v jiných městech, kde se židovstvo vynachází, v ty případnosti se zachovává, scela a zouplna pozůstavuje;

18ᵈ: poněvadž separací židovstva od křesťanův a vystavení nových krámův pro židé oboje strana žádostiva, tak tehdy taky obouch stran povinnost jest, k patřící vysoce slavné instanci o to prosebně se ucházeti, do toho času však ve všem při pokojném obchodu pozůstávati;

19ᵈ: a konečně, poněvadž, ač sice s žádným gruntem a důkazem, v řeč přichází, že by židé z toho pod datum 29. Februarii běžícího roku prošlého JMC a král. patentu toliko smích a špás dělati měli, což se jim k veliké opovážlivosti a přečinění by přičísti muselo, a pokudž by to přeci in autentico prokázati se mohlo, nevyhnutedlný hrdelní trest by zasloužili.

A jakož vše to, co tak nadepsané puncta v sobě obsahují, také židovstvu k bedlivému zachování v němčině písebně vydané jest, pročež by magistrát o takovém nařízení netoliko jen vědomost měl, nýbrž také na to pozornost ustanoviti hleděl, aby na budoucnost nic takovýho, co by proti pravému katolickému náboženství čeliti mohlo, jak od křesťanův, tak od židův činěno nebylo, a pokudž by mimo nadálosti přeci něco protivnýho se vlouditi chtělo a na jevo vyšlo, to ihned tu, kde patří, v známost uvésti neopominul, tak aby všemu zlému časný zamezení zřízený býti mohlo.

Sign. na cancelláři hořickém, d. 5. septembris ao 1748.

Její vysoce hraběcí excell. general Sstroczy (tit.)
fundatorního panství Hořic ten čas zřízený hejtman
Eliáš V. Jos. Štěnička.

Počestnému magistrátu města Hořic nad Bystřicí.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Da sich der amtliche deutsche Originalwortlaut nicht erhalten hat, sei eine moderne Verdeutschung angeschlossen:

Da gegen die Hořitzer Judenschaft.. Verfehlungen gegen die wahre heilige katholische Religion und andere gute löbliche Sitten vorgetragen wurden,[1] so wird solche Judenschaft zu ihrer künftigen Richtschnur und Darnachachtung mit der folgenden strengen Verordnung beteilt, und zwar:

1. Zur Zeit, da von der hochwürdigen Geistlichkeit öffentliche Prozessionen wann immer geführt werden, soll sich kein Jude unterstehen seine Unterkunft zu verlassen oder durch die Fenster oder von sonstwoher herauszuschauen und zu irgendeiner Unzukömmlichkeit Anlaß zu geben; widrigenfalls wird bei Betretung empfindliche und exemplarische Strafe folgen.

2. Sonn- und Feiertags soll sich kein Jude unterstehen auf öffentlichem Ring oder auf der Gasse mit Stricken, Nähen oder anderer Arbeit sich sehen zu lassen unter Vermeidung wirklichen Arrests.

3. An Sonn- und Feiertagen soll von Christen und anderen Personen kein Wasser zugetragen, Holz gespalten oder andere lärmende Arbeit verrichtet werden.

4. Es soll von den Christen den Juden an ihrem Sabbat keinerlei Bedienung geleistet werden, um dadurch zu verhindern, daß die Christen etwa durch irgendwelche jüdische Speisen verlockt würden, die gebotene Faste zu brechen.

5. Sonn- und Feiertags sollen die Juden den Christenfrauen kein schmutziges Gewand zu waschen geben; es wird auch den Christen streng verboten, solches von ihnen zu übernehmen.

6. Sonn- und Feiertags (wird ihnen verboten) in ihren Gewölben, Häusern und Gassen irgendwelche Handelstätigkeit zu entfalten, ausgenommen eine bestimmte einzige Stunde, die man ihnen bis auf weiteres zu ihrem Lebensunterhalt gönnen soll (doch sollen sie hiebei ihre Läden geschlossen halten).

7. Sonn- und Feiertags soll auf den Dörfern keinerlei Viehhandel oder sonst Viktualienkauf, vielweniger Viehtrieb durch die Stadt geduldet werden.

8. Da einige Juden nahe an Christenhäusern wohnen, so soll, wenn der Geistliche mit dem allerheiligsten Altarssakrament zum Kranken zu gehen gezwungen ist, auf das entsprechende Zeichen kein Jude seine Unterkunft verlassen, aus den Fenstern oder von anderswo ausschauen; widrigenfalls werden ihnen auf die Fenster Blenden oder unangenehme Verschläge gehängt werden, wie sie an manchen anderen Orten zu sehen sind; Zuwiderhandelnde sollen im Betretungsfalle durch Schläge gestraft werden.

9. Christenkinder sollen den Juden keinerlei Gesellschaft und Dienst leisten, auch anderes ungehöriges Ansinnen soll von den Christen nicht geduldet werden.

10. Ebenso wird den Christenfrauen ganz und gar verboten, Juden das Bad zu bereiten, desgleichen andere ungehörige und gegen die guten Sitten verstoßende Dienstbarkeit, und dies wird auch der Judenschaft hiemit zu ihrer Kenntnis und Beobachtung kundgemacht.

11. Es kommt auch vor, daß Christenjugend unter die Judenfenster allerhand Lieder singen geht, was solcher Jugend streng untersagt, aber auch den Juden anbefohlen wird, es nicht zu dulden.

12. Und wie den Christenfrauen eingeschärft werden soll, das Wasser aus der gemeinsamen Zisterne nicht ohne Not auszuschöpfen, damit zu sparen und Reinlichkeit zu beobachten, so soll auch die Judenschaft dies alles sorgsam beobachten.

13. Wenn die Judenschaft zu großem Ärgernis der Jugend s. v. ad exonerandam naturam auf die Seite geht, zeigen sie jung und alt abscheulich und unverschämt ihre Blöße; es wird daher angeordnet, entsprechende eingefriedete Abtritte vorzusehen, damit sie keinen Anlaß haben, an öffentlichem Ort vor aller Augen Ekel zu erregen.

---

[1] Vgl. was bezüglich der Hořitzer Juden angemerkt ist in dem Verzeichnis derjenigen Orte der Königgrätzer Diözese vom Jahre 1748, wo die Juden in allzu enger Gemeinschaft mit den Christen wohnten, abgedruckt in Beilage X.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

14. Da die Juden ihre pflichtgemäße Stadtmauer nicht bauen und dadurch der Christen- und Judenjugend Anlaß zum Stelldichein geben, so wird der Judenschaft aufgetragen, die Scheidewand, wie sie verpflichtet sind, in gehörigen Stand zu setzen und so stets zu erhalten.

15. Und da ferner auch die Judenschaft einer gewissen Überhebung und Aufgeblasenheit den Christen gegenüber angeschuldigt wird, so geschieht hier die Erinnerung, daß sie inskünftig den Christen gegenüber gehörige Achtung, besonders persönlichen Respekt zu bezeigen trachten soll.

16. Es kommt auch an den Tag, daß zu verbotener Zeit in Christenhäusern von Christenfrauen den Juden Bäder bereitet werden und daß sie auch zu den Osterfeiertagen in einem Christenhause in Gegenwart von Christen jung und alt vor zwei Jahren ihre Zeremonien verrichtet haben sollen; dies muß solchen lauen Christen als große Verfehlung und Verschuldung angerechnet werden und es wird ihnen und den Juden unter schwerer Strafe verboten, und anbefohlen, sich dessen künftig zu enthalten.

17. Die Dienstbarkeit, die den Juden bisher von den Christen durch Feuermachen, Lichtanzünden und anderweitig gegen Entgelt geleistet wurde, bleibt bis auf weiteren gründlicheren Ausspruch Sr. Kais. Maj. ergangener Patente, inwiefern eine solche Dienstbarkeit gestattet werden könnte, und bis zur Erkundung, wie man sich in andern Städten, wo es Juden gibt, in diesem Falle verhält, voll und ganz auf sich beruhen.

18. Weil man eine Separierung der Judenschaft von der Christenheit und die Erbauung neuer Läden für die Juden beiderseits herbeiwünscht, so ist es auch Pflicht beider Parteien, bei der zuständigen hochlöblichen Instanz bittlich darum zu ersuchen, bis dahin aber in allem ruhig bei ihrem Handel zu verbleiben.

19. Und schließlich, da davon — wenn auch ohne schlagenden Beweis — gesprochen wird, daß die Juden mit dem unterm 29. Februar des laufenden Jahres ergangenen Sr. Kais. u. Kön. Maj. Patent nur Spott und Hohn treiben sollen, was man ihnen als große Überhebung und schwere Übertretung anrechnen müßte, und wofern man es doch in authentico nachweisen könnte, so würden sie unausweichlich am Hals gestraft zu werden verdienen.

Und da dies alles, was so die obgeschriebenen Puncta in sich enthalten, auch der Judenschaft zu sorgsamer Beobachtung in deutscher Sprache schriftlich kundgemacht worden ist,[2] so soll der Magistrat von solcher Anordnung nicht bloß Kenntnis haben, sondern auch bestrebt sein, ein wachsames Auge darauf zu richten, daß in Zukunft nichts derartiges, was gegen die wahre katholische Religion gerichtet sein könnte, weder von Christen noch von Juden getan werde, und wofern wider Erwarten doch etwas Gegenteiliges sich einschleichen wollte und an den Tag käme, das sofort da, wo es sich gehört, anzuzeigen nicht zu verabsäumen, damit allem Bösen rechtzeitig Einhalt getan werden könne.

Gez. in der Hořitzer Kanzlei, den 5. September 1748.

Seiner hochgräfl. Excellenz General Strozzi (tit.)
Stiftungsherrschaft Hořitz derzeit bestellter
Hauptmann

Elias W. Jos. Štenička.

Einem ehrsamen Magistrat der Stadt Hořitz an der Bystritz.

---

[2] Der deutsche Text der Hořitzer Judenordnung hat sich in den Akten im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag nicht erhalten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Eine Studie zur Entwicklung der jüdischen Personennamen in neuerer Zeit

von Dr. Wenzel Žáček,

deutsch von Oberfinanzrat i. R. Dr. jur. et phil. Friedrich Karl Pick.

—

Im heurigen Jahre feiern wir das Gedenken der in Vergessenheit geratenen hundertsten Wiederkehr der Herausgabe des Hofdekretes vom 20. Juli 1836, mit welchem den Juden die Gleichberechtigung mit der übrigen Bevölkerung der österreichischen Länder zuteil wurde, soweit es um die freie Auswahl deutscher und christlicher Namen bei der Wahl von Vornamen für die jüdischen Kinder ging. Hundert Jahre also erfreuen sich der Vorliebe in jüdischen Kreisen bereits die vielen Namen fremden und insbesondere christlichen Ursprungs, von denen die Juden der früheren Generationen auch nicht im Traume gedacht hätten, daß sich ihrer dereinst ihre Nachkommen bedienen würden. Sie ahnten auch nicht, daß dieses Eindringen nichtjüdischer Elemente bis in die Grundfesten jüdischer Rechtgläubigkeit hinein das Ergebnis einer eifrigen und bewunderungswürdigen Bemühung ihrer Nachfahren der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts werden würde, die gerade in der Gleichberechtigung der Juden mit den Christen bei der Vornamenwahl einen wichtigen Schritt zur vollkommenen rechtlich-politisch-kulturellen Erhebung der Juden auf das Niveau der übrigen Bevölkerung erblickten. Die fortschrittlichen Juden der Zwanziger- und Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts konnten dieses Streben um so eher entwickeln, als sie die Voraussetzungen dafür in der josefinischen Reform der Judennamen fanden, welche die Grundlage bildete, von der sie ausgingen, und die auch zum Gegenstand einer scharfen Kritik gemacht wurde, mit deren Hilfe sie schon Erfolg gehabt hatten. Die josefinische Reform der Judennamen ist so ein wichtiger Maßstab für die Beurteilung des Unterschiedes zwischen zwei Generationen, jener der Väter und der Söhne. Während den jüdischen Vätern der josefinischen Ära die Namenreform im ganzen als unliebsamer Eingriff der weltlichen Macht in ihr abgeschlossenes religiöses Leben erscheint, gegen den sie nur schüchterne Einwendungen erheben und mit dem sie sich zum Schluß ergeben abfinden, geht die Reform den besser vorgebildeten Söhnen nicht einmal genug weit, weil sie die Juden in der Auswahl ihrer Vornamen beschränkte und sie so von der übrigen Bevölkerung absonderte, was gegen ihre andersgerichtete, von der Judenemanzipation beherrschte Weltanschauung war.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Mit dieser Einleitung hätten wir die zeitliche Erstreckung unserer Studie, von der josefinischen Reform der Judennamen bis zur völligen Gleichberechtigung der Juden mit den Christen in der Wahl der Vornamen, umschrieben. Wir teilen daher unsere Darstellung in zwei Kapitel, indem wir so die Wünsche und Bestrebungen der Juden der josefinischen Ära von den Bemühungen der Juden der Zwanziger- und Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts scheiden.

I.

DIE JOSEFINISCHE REFORM DER JUDENNAMEN[1].

Der aufgeklärte Rationalismus der Regierungen Maria Theresias und Josefs II., der um die allseitige Hebung und Entwicklung der diesen anvertrauten Länder und ihrer Bewohnerschaft bemüht war, schreckte im Interesse des Staatsvorteiles und des Volkswohles nicht davor zurück, gegen alte Institutionen, Gewohnheiten und Vorurteile aufzutreten, deren Wirksamkeit und Einflüsse mit der aufgeklärten Anschauung über die Sendung eines modernen Staates im Widerspruche standen. Durch zahlreiche Reformverordnungen wurde viel Unrecht und Unterdrückung bei den Untertanen beseitigt, indem ihnen die Menschenwürde wiedergegeben wurde. Die Reformierungsleidenschaft Josefs kannte keine Hindernisse und fürchtete nicht einmal die alteingelebten, auf hundertjährige Tradition gegründeten Vorurteile der Untertanen. Und am meisten von diesen alten eingefleischten Vorurteilen und dieser Voreingenommenheit herrschte in dem bisherigen Verhältnis der Staatsverwaltung und der gesamten christlichen Bevölkerung zu der wegen ihrer religiösen Abgeschlossenheit und Leidenschaftlichkeit, sowie wegen ihrer großen Handels- und Unternehmertüchtigkeit verhaßten jüdischen Minderheit. Ziel der Reformbestrebungen Josefs war, die Juden, die bisher als geduldetes Element im Lande abseits von der übrigen Bevölkerung gestanden waren, unter die übrigen ordentlichen österreichischen Untertanen einzugliedern, sie für den Staat nutzbar zu machen, in ihnen das Menschengefühl zu erhöhen und sie durch die öffentlichen Rechte und Pflichten der übrigen Bevölkerung anzunähern. Vom Jahre 1781 an erließ Josef II. eine Menge von Verordnungen, mittels deren er die frühere unnatürliche und geduldete Stellung der Juden nach und nach abbaute und seine Emanzipationspläne zu verwirklichen trachtete. Viele davon nahmen die Juden mit Dank entgegen, aber es fehlte auch nicht an solchen Verordnungen — es waren dies namentlich solche, die irgendwie das jüdische Religionsleben berührten —, die bei den Juden auf stillen Widerstand stießen, dessen Ursprung in der damaligen gänzlichen Unwissenheit und religiösen Bigotterie der Juden zu suchen war.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Unter der Vielzahl der josefinischen Judenreformen nimmt einen wichtigen Platz die Regelung der jüdischen Personennamen vom Jahre 1787 ein. Für ihre Entstehung und Durchführung waren zwei Umstände entscheidend:

1. das Interesse der Staatsverwaltung, alle im Lande ansässigen Juden sicher zu erfassen, und die bisher so häufigen Irrtümer zu beseitigen, welche die Unorganisiertheit der Judennamen, in denen kein System war, der staatlichen Administration verursachte, und

2. das Bestreben, die Juden, soweit es um die äußerliche Namensregelung ging, der übrigen Bevölkerung im Lande formell anzunähern.

Ein drittes Moment, das als Begleiterscheinung mitwirkte, war der Germanisierungszweck, das Streben, aus den Juden durch die äußere Form ihrer Namen Deutsche zu machen. Entscheidend war allerdings das Interesse der Staatsverwaltung an der sicheren Beherrschung der Juden im Lande. In dieser Richtung hatte die josefinische Reform der Judennamen eine Vorgängerin in der verhältnismäßig kurz vorhergegangenen theresianischen Regelung der Namen der christlichen Untertanen. Diese Regelung war durch das Patent vom 3. Feber 1776 inauguriert worden, welches das öffentliche Interesse an der Regelung betonte. Von dieser Zeit an kommt es zur Teilung aller Namensverordnungen in zwei Gruppen. Die erste enthielt immer die Bestimmungen über die Führung der Matriken, die zweite die grundsätzlichen Normen, wie die Rechte erworben werden und wann und wie sie geändert werden können. Uns interessiert nun, wodurch sich die zweite Gruppe dieser gesetzlichen Verfügungen in Bezug auf die Angehörigen der jüdischen Nationalität auszeichnete und was sie diesbezüglich enthielt.

Bis zum Jahre 1787 hatte es keine festen Bestimmungen über die jüdischen Namen gegeben. Das Hauptmerkmal, das bisher zur Identifizierung des Juden beigetragen hatte, bildete der Name, den ihm sein Vater bei der Beschneidung beigelegt hatte. Aber dieser Name kam selten in der klassischen biblischen Form zur Erscheinung, er wurde vielmehr häufig verstümmelt, geändert und dem Geiste der anderen Sprachen angepaßt, so daß er von seiner ursprünglichen Form erheblich abwich. Diesem Namen wurde gewöhnlich der Name des Vaters, Großvaters oder ein in der betreffenden Judenfamilie beliebter Name beigefügt, wie z. B. Löbl Moyses, was bedeutete Löbl, Sohn des Moses. Mit der Zeit entwickelte sich jedoch hieraus in manchen Familien irgendein besonderer, ständiger Familienname, wie Abeles, Jeiteles, Karpeles u. a. Diese Namen waren die ständigsten. Zur Unterscheidung von anderen Juden half hiebei mit, daß man zum eigenen Namen seine Beschäftigung beifügte. So entstanden viele Familiennamen, wie: Cantor, Goldmann, Goldschmiedt, Goldstücker, Warter, Schnürdreher, Bierschenk u. ä., die jedoch nicht immer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

stabil waren und, je nachdem deren unternehmender Träger seine Beschäftigung wechselte, abgeändert werden konnten. Ihr Wert war für die Behörde nur ein zeitweiliger und darum Irrtümern unterworfen. Ähnlich verhielt es sich auch mit den Namen, die von der Bezeichnung des Herkunfts- oder Wohnortes des betreffenden Juden abgeleitet waren. Es war dies eine sehr beliebte Art der Namensbildung, die gewöhnlich bei der Übersiedlung eines Juden entstand; durch diese Namen unterschieden sich die Zugewanderten von den alteingesessenen Juden. Durch solche Namen wurde der Ort des Wohnsitzes oder der Herkunft des Juden zum Ausdruck gebracht, wie z. B. Bunzlau oder Bunzl, Bresslau oder Bresslauer, Eidlitz, Elbogen, Kobelentz, Kolin oder Koliner, Preßburg oder Preßburger u. ä. Auch in diesem Falle handelte es sich um Namen, die mit der Zeit geändert wurden, je nachdem deren Träger ihre Wirkungsstätte wechselten. Andere Namen wieder entstanden nach den Hauszeichen auf den Häusern jüdischer Hausbesitzer (Rotschild, Traube) oder nach den Bezeichnungen verschiedener Tiere (Fuchs, Löwe, Herz-Hirsch, Steinherz-Steinhirsch), mit deren Kennzeichen zuweilen die Schilder oder Türen einzelner jüdischer Häuser versehen waren. Wir können daher das behördliche Interesse verstehen, das erforderte, daß diesem willkürlichen Ändern und Durcheinander der Namen ein Ende bereitet und auch in die jüdische Verwaltung Einheitlichkeit und Ordnung eingeführt werde. Und es ist nun natürlich, daß sich zur Lösung dieser Aufgabe auch erst die Regierung der josefinischen Zeit entschloß, deren Bürokratismus nach Ordnungsherstellung in allen Zweigen der Staatsverwaltung, die Juden nicht ausgenommen, rief. Böhmen jedoch gebührt das Verdienst, daß von dort die erste Anregung unter Hinweis auf den Vorteil einer einheitlichen Organisation der Judennamen ausging, deren Wirksamkeit sodann auf alle österreichischen Länder ausgedehnt wurde.

Wenn wir die Entstehung der josefinischen Reform der Judennamen vom Gesichtspunkte der Priorität beurteilen, müssen wir Böhmen das Priorat zuerkennen, eigentlich dem böhmischen Gubernium, denn von dort aus kam die Hauptanregung, deren Folge die Reform war. Unsere Nachrichten darüber sind zwar recht lückenhaft,[2] aber sie genügen immerhin zum Beweise der böhmischen behördlichen Initiative. Den unmittelbaren Anstoß bildeten die Schwierigkeiten, die der Teplitzer Magistrat mit der volkreichen Teplitzer Judengemeinde hatte, in deren Namensgebung ein solches Wirrsal herrschte, daß es nach den bisherigen Namen gar nicht möglich war, eine gesuchte Einzelperson zu ermitteln. Das Chaos war so groß, daß z. B. in den städtischen Büchern ein Jude unter sechs verschiedenen Namen verzeichnet war. Dies führte dazu, daß der Teplitzer Magistrat dem kgl. Appellationsgericht eine Erklärung übermittelte, in der er u. a. beantragte, daß es gut und notwendig wäre,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wenn die Juden, ähnlich wie die Christen, verpflichtet wären, bestimmte und ständige Familiennamen anzunehmen. Das Appellationsgericht sendete den Vorschlag des Teplitzer Magistrates an das Gubernium ein, welches ihn nach sorgfältiger Prüfung als sehr vorteilhaft und nützlich erkannte. Auch ein spezielles Gutachten der Prager jüdischen Ältesten, um welches diese ersucht worden waren,[3] wurde in Erwägung gezogen. Die jüdischen Ältesten waren der Meinung, daß die Einführung ständiger Familiennamen neben den üblichen Vornamen[4] noch größere Irrtümer und Mißverständnisse zur Folge haben werde. Das Gubernium erkannte diese durch nichts begründeten Befürchtungen nicht an und verwarf sie mit dem Hinweise darauf, warum denn gerade bei den Juden die Einführung ständiger Familiennamen zu größeren Irrtümern als bei den Christen führen sollte. Es war vielmehr von der großen Nützlichkeit des Antrages überzeugt und sprach sich für dessen Verwirklichung aus, und zwar nicht nur in Böhmen, sondern auch in allen österreichischen Erbländern, in denen den Juden zu wohnen gestattet war.

Diese Überzeugung des böhmischen Guberniums war dafür entscheidend, daß es am 8. Juni 1787 der Vereinigten böhm.-öst. Hofkanzlei in Wien seinen Initiativantrag unterbreitete, es möge in allen österreichischen Erbländern den Juden aufgetragen werden, daß sie, ähnlich wie früher die Christen, ständige und bestimmte Familiennamen wählen sollen, die allein sie in Hinkunft zu gebrauchen hätten[5]: „Man trägt dahero kein Bedenken dahin gutachtlich anzutragen, womit hierwegen eine allgemeine Vorschrift erlassen werden möchte, daß die Juden beiderlei Geschlechts nebst dem, wie bishero üblichen Vornamen alleinig den Geschlechts-Namen ihrer Eltern, dann die Weiber den Geschlechts-Namen ihrer Männer um so mehr zu führen hätten, als solches nicht allein wegen Erhaltung der guten Ordnung in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Handlungen sehr dienlich, sondern auch für die Juden selbst wegen des in allen Geschäften erforderlichen Credits sehr vorteilhaft ist." Hieran schloß das Gubernium zwei Bemerkungen technischer Natur, wie die vorgeschlagene Reform nach seiner Vorstellung vervollkommnet werden könnte. In der ersten machte das Gubernium auf die Möglichkeit zahlreicher Fehler aufmerksam, die insbesondere unter der ländlichen Judenschaft entstehen könnten, wenn sich eine Mehrzahl von Juden die gleichen Vor- und Familiennamen wählen würde. In solchen Fällen würde es für gut erachtet, die Juden dazu zu verhalten, daß sie ihrer Unterschrift den Namen des Ortes (Stadt, Städtchen, Dorf) beifügen, von dem sie herstammen oder in welchem sie leben. Diese Maßnahme werde um so vorteilhafter sein, als mit ihrer Hilfe jeder Jude im Lande leicht zu finden sein werde. In der zweiten Anmerkung sprach sich das Gubernium dafür aus, daß für den Fall der Annahme des Vor-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

schlags sobald als möglich, etwa bei der nächsten Volkszählung, mit der Reform begonnen werde. Es empfahl, an alle jüdischen Väter Zettel auszuteilen, die von den jüdischen Kreisdeputierten und Rabbinern, in den Städten von den Oberrabbinern und zwei jüdischen Ältesten zu unterfertigen wären. Auf den Zettel hätte jeder selbständige Jude aufzuschreiben, welchen Namen er bisher führte, von welcher Familie er abstammte; ferner sollte er den Namen angeben, den er für sich und seine Kinder erwählt hatte. Der so ausgefüllte Meldungsschein solle dem Konskriptionsamte übergeben und danach sollten dann in den amtlichen Büchern die Aufzeichnungen vorgenommen werden. Im Interesse einer klaglosen Durchführung der Reform dachte das Gubernium auch an Zwangsmittel und Strafen, mit deren Androhung auf die Juden und auch auf die jüdischen Würdenträger eingewirkt werden solle, damit sie der Anordnung Verständnis entgegenbringen und sie ernsthaft und gewissenhaft durchführen. So sollte beispielsweise jeder Jude, der den Meldeschein nicht beim Konskriptionsamt abgeben würde, mit einer Geldbuße von 2 fl. bestraft werden. Armen Juden sollte diese Strafe in dreitägige Haft als Ersatzstrafe umgewandelt werden. Behördliche und geschäftliche Akten oder Schriftstücke, die der Jude nicht mit seinem ordentlichen Familiennamen unterzeichnen würde, sollten für ungültig erklärt und die Ungültigkeit dem Schuldigen zur Last gelegt werden. Ferner sollten die jüdischen Rabbiner aufgefordert werden, die Aufzeichnungen in ihren Amtsbüchern (z. B. Matriken) nur in deutscher Sprache vorzunehmen.

Mangels amtlicher Quellen können wir nicht feststellen,[6] wie die Vereinigte böhm.-öst. Hofkanzlei in Wien den Vorschlag des böhmischen Guberniums aufnahm, ob deren Meinung darüber einheitlich oder geteilt war. Wir wissen nur so viel, daß sie ihre Entschließung am 5. Juli 1787 an den Staatsrat abtrat,[7] dem sie ein Gutachten zusendete. Aus dem Vortrage der Vereinigten Hofkanzlei ersehen wir, daß sie mit dem Vorschlage, dem auch die „Oberste Justizstelle" ihre Zustimmung gab, einverstanden war; letztere versicherte die Hofkanzlei, „daß die Annahme des Geschlechtsnahmens bei Verträgen, Kontrakten, Wechseln etc. nicht das mindeste Hindernis verursache". Die Vereinigte Hofkanzlei gelangte zu der Überzeugung, daß es nötig wäre, die Juden in allen österreichischen Erbländern dazu zu verhalten, „*daß jeder seinen eigenen beständigen Vor- und Geschlechtsnahmen unabänderlich in deutscher Sprache führe, das weibliche Geschlecht aber in ledigen Stande den Geschlechtsnahmen ihres Vaters, verheurathet aber jenen ihres Mannes annehme, ihren Vornahmen aber Zeit Lebens nicht ändere*". Sie schloß dem auch den Vorschlag eines Patents an, mit dessen Publikation die Reform ins Leben zu treten hätte.

Der Vorschlag setzte sich aus sieben Artikeln zusammen, denen wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit widmen wollen. In dem ersten wurde be-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

antragt, daß jeder Jude oder jede Jüdin sich ein für allemal, spätestens vom 1. Jänner 1788 an, *einen bestimmten Familiennamen* (Geschlechtsnamen) wählen solle und daß ein Gleiches mit dem *Vornamen* zu geschehen habe, der *deutsch* sein müsse. Nach dem 2. Artikel sollte verboten werden, die Geschlechtsnamen nach dem Wohnorte zu bilden. Der 3. Artikel empfahl, daß jeder Jude bis längstens Ende November 1787 den lokalen Magistraten einen vom jüdischen Kreisdeputierten und dem Kreisrabbiner gemeinsam unterschriebenen Meldeschein abgeben solle. In der Anmeldung solle er seinen bisherigen und die neugewählten Namen angeben. Den Inhalt des 4. Artikels bildete der Antrag, daß die jüdischen Matriken deutsch geführt werden sollen und daß bei ihrer Aufzeichnung nur die deutschen Namensformen zu verwenden seien. Der 5. Artikel verlangte, daß die jüdischen Meldezettel dem Konskriptionsoffizier abgegeben werden sollen, der danach im Laufe des Jahres 1788 die alten und die neuen Judennamen in die nächsten Konskriptionsbogen einzutragen hätte. Nach dem 6. Artikel sollte die neue Verordnung über die Namen keinen Einfluß haben auf die Gültigkeit der bisherigen jüdischen Rechtsvorschriften, bei denen noch die alten Namen gebraucht worden waren. Der 7. Artikel enthielt einen Vorschlag über die Strafen für ungehorsame oder lässige Juden und Rabbiner.[8]

Der Staatsrat verhandelte über den Vorschlag der Ver. Hofkanzlei am 13. Juli 1787. Alle Staatsräte äußerten ihre Zustimmung zu dem Antrag, den sie für wünschenswert erklärten. Eine Erwähnung verdient nur die Bemerkung des Staatsrates Martini, daß den Kindern nicht erlaubt sein solle, nach dem Tode des Vaters ihre bisherigen Geschlechtsnamen zu ändern. Die Entscheidung brachte erst die Genehmigung des Kaisers zur Herausgabe des Patentes über die Regelung der Judennamen. Der Kaiser entschied auch, daß eine ähnliche Regelung auch in den ungarischen Ländern eingeführt werden solle.[9]

Nach der zustimmenden Entschließung des Kaisers schritten die zuständigen Behörden an die Publikation des Patentes über die Judennamen, das als weiteres Glied in der Kette der josefinischen Judenreformen am 23. Juli 1787 herausgegeben wurde.

Da das kaiserliche Patent vom 23. Juli 1787 auf lange Zeit hinaus zur grundlegenden Norm für die Rechte der Juden auf die Wahl ihrer Namen wurde, verdient es, wenn auch sein Inhalt dem Leser in groben Zügen bereits aus dem Vorschlage des Hofdekretes bekannt ist, daß ihm an dieser Stelle nähere Aufmerksamkeit geschenkt und der Leser mit seinem Inhalt eingehender bekannt gemacht werde. Es besteht aus einem allgemeinen, seine Herausgabe begründenden einleitenden Absatze und aus sieben, die kaiserlichen Entschließungen und die Strafen für deren Nichteinhaltung umfassenden Artikeln.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der allgemeine einleitende Absatz setzte auseinander, daß das Patent deshalb erlassen wurde, damit die Unordnung beseitigt werde, die im politischen und gerichtlichen Verfahren bei einer bestimmten Menschenklasse sowie in deren Privatleben entsteht, wenn die Familie keinen bestimmten Geschlechtsnamen und die Einzelpersonen noch dazu keinen bestimmten bekannten Vornamen haben. Darum ordnete der 1. Artikel des Patentes an, es seien die Juden in allen österreichischen Ländern dazu zu verhalten, daß jeder Vater für seine Familie, der Vormund für die ihm anvertraute Waise und jeder ledige Mann, der weder unter väterlicher Gewalt, noch in Obsorge eines Kurators steht, längstens bis zum 1. Jänner 1788 einen bestimmten Geschlechtsnamen festsetze, daß ledige Frauen den Geschlechtsnamen ihres Vaters, verheiratete jedoch den Namen ihres Mannes annehmen. Hiezu wurde beigefügt, daß jede Person ohne Unterschied des Geschlechtes zu ihrem Familiennamen einen ständigen deutschen Vornamen hinzufügen müsse, der für ihre ganze folgende Lebenszeit nicht geändert werden dürfe.

Der 2. Artikel des Patentes ordnete an, daß alle volkstümlichen jüdischen Personenbezeichnungen oder von dem Orte des sei es ständigen oder auch nur zeitweiligen Aufenthaltes abgeleiteten Namen (wie z. B. Saul Töplitz, Jochem Kolin u. dgl.) aufzuhören haben.

An diesen Artikel schloß sich der wichtige dritte an, der festsetzte, daß jeder jüdische Vater verpflichtet sein solle, dem Magistrat oder der Obrigkeit die angenommenen Vornamen und Familiennamen für sich und seine Familie schriftlich und deutsch, und zwar bis längstens Ende November 1787 bekanntzugeben. Eine solche Meldung, die vom jüdischen Kreisdeputierten und dem Kreis- oder Oberrabbiner gemeinsam zu unterfertigen sein würde, solle die Bescheinigung enthalten, „daß der dermal auf beständig den Familiennamen N. mit den für eine jede Person bestimmten besonderen teutschen Vornamen angenommen — jedoch von dem Geschlecht N. herstamme, und zuvor den Namen geführt habe".

Im Verfolge dieser neuen Bestimmungen schrieb der 4. Artikel des Patentes vor, daß ab 1. Jänner 1788 alle jüdischen Beschneidungs- und Geburtenbücher deutsch zu führen seien und alle amtlichen Aufzeichnungen über Geburten, Todesfälle und Eheschließungen eines jüdischen Angehörigen nur seinen deutschen Vornamen und seinen für allezeit unveränderlichen Geschlechtsnamen zu enthalten hätten.

Der 5. Artikel enthielt die Belehrung, wie mit den abgegebenen, auf dem obrigkeitlichen Amte wohl zu verwahrenden Meldezetteln zu verfahren sei, damit sie bei der nächsten Revision der Bevölkerungskonskription dem sie vornehmenden Offizier vorgelegt werden können, welcher verpflichtet sein solle, in die Konskriptionsbogen z. J. 1788 beide jüdischen Namen, die alten bisher gebrauchten und die neuen sich aus

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

den bestimmten und ständigen Vornamen und dem Geschlechtsnamen zusammensetzenden Namen einzutragen. In den folgenden Jahren sollen in die Konskriptionsbogen dann nurmehr die neuangenommenen Namen eingeschrieben werden. Alles dies habe nur in deutscher Sprache zu geschehen.

Der 6. Artikel enthielt die Zusicherung, daß alle bis Ende des Jahres 1787 von Juden getätigten und mit ihren bisherigen alten Namen gefertigten Urkunden und überhaupt rechtlichen Verfügungen durch die Erlassung des Namenspatentes nichts an ihrer Gültigkeit einbüßen sollten.

Der Abschluß, nämlich Artikel 7 des Patentes, gedachte der Zwangsmittel, um die Juden zur Einhaltung der neuen Namensverordnung zu verhalten. Ein Rabbiner, der vom 1. Jänner 1788 an die jüdischen Geburten, Trauungen und Sterbefälle in seine Bücher nicht deutsch eintragen und bei diesen Eintragungen die Verordnung über die neuen Namen nicht beachten würde, sei, sofern es sich um sein erstes Verschulden handelt, mit einer Geldbuße von 50 fl. zu bestrafen. Sollte er sich der gleichen Verfehlung ein zweitesmal schuldig machen, sei er seiner Stelle zu entheben und als ungeeignet zu erklären. Ein Jude ferner, ohne Unterschied des Geschlechtes, der in Hinkunft nicht ein für allemal einen deutschen Vor- und Familiennamen annehmen, vielmehr andere Namen gebrauchen würde, solle, falls er reich ist, mit einer Geldbuße von 50 fl. bestraft, wenn er vermögenslos ist, aus allen österreichischen Erbländern ausgewiesen werden. Sollte jemand den vorgeschriebenen Meldezettel nicht bis Ende November des Jahres 1787 abgeben, möge er mit einer Geldbuße von 10 fl., und im Falle der Armut mit achttägiger öffentlicher Arbeit bestraft werden. Die auf diese Weise an Geldstrafen eingehenden Gelder sollen in zwei Teile geteilt werden, von denen der eine den jüdischen Domestikalfonds der einzelnen Länder, der andere denjenigen zuzufallen habe, die auf die einzelnen Fälle der Nichteinhaltung des kaiserlichen Patentes aufmerksam gemacht hatten.

Die Anordnungen des Patentes waren klar. Die einzige Unklarheit, die sich erst in späteren Zeiten herausstellte, bestand darin, daß das Patent nicht genau festgesetzt hatte, was unter dem Begriffe „deutscher" Vorname zu verstehen sein sollte. Auch in den weiteren Verordnungen v. J. 1787 finden wir nirgends eine eingehendere Aufklärung dieses Terminus. Nach den einen hätte es den Anschein, als wäre mit dem Worte „deutscher" Vorname ein christlicher Name gemeint, wie es die Juden der folgenden Generation verstanden. Dieser Auslegung steht aber ein späteres Verzeichnis der den Juden gestatteten Namen entgegen, in welchem bloß einzelne christliche Namen enthalten sind. Soviel ist jedoch gewiß, daß alle zugelassenen Vornamen eine deutsche Form haben mußten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sollte die Verordnung vom 23. Juli in Wirksamkeit treten, so war es nötig, sie auch den Objekten, die sie betraf, also den Juden, bekanntzugeben. Die Vereinigte böhm.-öst. Hofkanzlei übernahm selbst die Sorge um eine ordentliche Veröffentlichung dieser Verordnung. Mit Hofdekret vom 17. August[10] sendete sie dem böhmischen Gubernium 600 Exemplare des gedruckten Patentes vom 23. Juli mit dem Auftrage zu, sich um deren Verbreitung zu kümmern, und brachte so die angeordnete Organisation der jüdischen Namen in Gang. Das Gubernium übermittelte sodann die ihm zugekommenen Exemplare allen Behörden, die mit der Administration der jüdischen Bevölkerung zu tun hatten, und wies sie an, die neuen Anordnungen genau zu beachten. Exemplare des Patentes wurden allen Kreisämtern und dem Prager Magistrat, den Prager jüdischen Ältesten und den jüdischen Landesdeputierten, dem Generalmilitärkommando,[11] dem Appellationsgericht und dem Fiskalamte zugeschickt, denn ein Zusammenarbeiten aller dieser Ämter war notwendig, wenn die neue Reform zu einem guten Ende geführt werden sollte.

Insbesondere erforderte die Durchführung der Verordnung eine enge Zusammenarbeit der landesfürstlichen Behörden mit den religiösen und autonomen jüdischen Würdenträgern. Sobald die jüdischen Landesdeputierten den ihnen zugemessenen Anteil an Abdrücken des Patentes vom 23. Juli erhalten hatten, sendeten sie sie sofort an die einzelnen jüdischen Kreisdeputierten aus, damit diese alle Juden ihrer Sprengel von dem Willen des Kaisers in Kenntnis setzen. Dabei zeigte sich aber, daß die Durchführung des Gesetzes nicht so einfach sein werde, daß allein die Verständigung aller Juden längere Zeit in Anspruch nehmen würde, als vorgesehen war. Die jüdischen Landesdeputierten, die am 4. September 1787[12] dem Gubernium den Empfang der ihnen zugesandten Exemplare bestätigten, machten es auf die technischen Schwierigkeiten aufmerksam, deren Ursache darin läge, daß die Judenschaft in den Kreisen einzelweis über die Dörfer verstreut lebe, so daß auch die jüdischen Kreisfunktionäre in absehbarer Zeit nicht imstande seien, alle Juden auf die neue Verordnung aufmerksam zu machen. Sie ersuchten deshalb, das Gubernium möge ihnen diese Arbeit dadurch erleichtern, daß es, ähnlich wie dies im Oktober 1783 bei der Herausgabe des Gesetzes über die jüdischen Matriken und deren Führung geschah, den Juden den Inhalt des Patentes selbst bekanntgebe und ihnen die vorgeschriebenen Meldezettel, die bei der Durchführung der Reform verwendet werden sollten, durch Vermittlung der obrigkeitlichen Behörden zustelle.

Das kurze Gesuch der Juden vom 4. September 1787 nahm zu den neuen Reformen noch nicht Stellung. Erst am 21. September übermittelten die Vorsteher der Prager und der Landesjudenschaft Gabriel I. Franckel und Joachim Popper dem Gubernium im Namen aller Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

eine ausführliche Äußerung zum Patent vom 23. Juli und ihre Bemerkungen und Bitten,[13] namentlich, daß den Juden gestattet sein solle, ihre bisherigen Vornamen, die sie von Geburt an führten, weiter zu gebrauchen. Es handelte sich ihnen nicht so sehr um die Familien- oder Zunamen als eben um die Vornamen und man darf mit Recht vermuten, daß hinter diesem Streben der jüdischen Vorsteher Bemühungen der Vertreter der jüdischen Orthodoxie zu suchen sind, die befürchtete, daß die jüdischen Gläubigen durch die Annahme sogenannter deutscher Namen irgendeine Einbuße an ihrem Glauben u. dgl. leiden könnten. Darum brachten die jüdischen Vorsteher mancherlei Gründe vor, mit denen sie ihr Gesuch zu unterstützen gedachten. Diesen wollen wir hier nun etwas mehr Aufmerksamkeit widmen.

Die jüdischen Vorsteher wiesen nach, daß die Juden verschiedene Vornamen gebrauchen, welche auch in der deutschen Sprache vorkommen, und in der sie auch ihre sachliche Bedeutung haben (z. B. Kaufmann, Selig, Wolf u. ä.). Diese Art von Vornamen wäre ihrer Meinung nach im Gebrauche zu belassen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß sie deutsch geschrieben und ausgesprochen werden. Als Motivenbericht fügten die jüdischen Vorsteher diesem Ansuchen bei: Es gibt ja auch christliche Vornamen, von denen man nicht sagen kann, was sie eigentlich im Deutschen bedeuten; alle jetzt gebrauchten deutschen Vornamen sind fremden Ursprungs und werden bloß deutsch ausgesprochen und geschrieben. Warum sollte es nicht möglich sein, ebenso mit den jüdischen Vornamen zu verfahren, die sich in der deutschen Sprache nicht ändern? Es würde genügen, wenn solche Namen nur nach dem Allerhöchsten Patent deutsch geschrieben und ausgesprochen, ansonsten aber ohne Änderung in Verwendung belassen würden.

Einen weiteren wichtigen Grund, den die Juden zur Unterstützung ihres Ansuchens um Belassung der jüdischen Vornamen hervorhoben, bildeten die wirtschaftlichen Rücksichten, namentlich jene auf den Handel. Sie wiesen nachdrücklich auf die ungünstige Tatsache und Möglichkeit zahlreicher Fehler und Unregelmäßigkeiten hin, die bei Durchführung einer vollständigen Änderung der jüdischen Vornamen in den jüdischen, hauptsächlich mit dem Ausland Handel treibenden Geschäftskreisen entstehen könnten, sobald ihre bisherige umfangreiche Geschäftskorrespondenz an gegen früher völlig geänderte Namen gerichtet werden sollte. Es sei doch bekannt, daß oft manche schon vom Urgroßvater begründete und sich guten Rufes und Kredites erfreuende Firma von Söhnen und Enkeln unter dem Namen des Begründers weitergeführt zu werden pflegt und sich ungeschmälerten Vertrauens erfreut. Wenn nun diese Firma ihren bisherigen, gut bekannten Namen ändern und durch einen anderen und unbekannten ersetzen würde, wäre eine Gefährdung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

oder ein Verlust des bisherigen Geschäftskredites zu befürchten. Verwirrungen könnten auch unter den heimischen Juden besonders in jenen Familien entstehen, von denen manche Glieder verstreut in entfernten Ländern leben. Darum sprächen sich die Gesuchsteller dafür aus, daß den Juden ihre bisherigen jüdischen Vornamen belassen und diese nur deutsch geschrieben und ausgesprochen werden sollen.

Den zweiten Teil der Äußerung der jüdischen Vorsteher bildete die Bitte, es möge, wenn dies das Bedürfnis erfordern sollte, zwischen den Vor- und Familiennamen ein zweiter Vorname oder sogenannter *Mittelname* gesetzt werden. Zur Begründung ihrer Forderung beriefen sie sich auf die Pietät gegen die Vorfahren, die in jüdischen Kreisen Veranlassung dazu sei, daß fast in jeder Familie sorgfältig darauf gehalten werde, daß der Name des Urgroßvaters, Großvaters und Vaters nicht aussterbe und vielen Kindern neben deren eigenem noch der Vorname des Vaters oder Großvaters gegeben werde, der immer zwischen Vor- und Geschlechtsnamen eingefügt wird. So z. B. laute, wenn der Vater Simon heißt und seine Söhne Isak und Jakob heißen, dann deren ganzer Name Isak Simon oder Jakob Simon. Deren Söhne würden sodann als zweiten Vornamen Isak und Jakob gebrauchen. Auf diese Weise wäre es nach ihrer Meinung möglich, viele Irrtümer und Mißverständnisse zu vermeiden, zu denen es sonst bei Postzustellungen, einer Gerichtsverhandlung, der Kontributionsrepartition und ähnlichen behördlichen Aktionen in jenen jüdischen Familien käme, bei denen es Gewohnheit ist, neben den ständigen und gleichen Familiennamen auch die gleichen Vornamen zu gebrauchen.

Das dritte Verlangen der Juden betraf die ständigen Familien- oder Zunamen. Die Juden ersuchten, daß Judenfamilien, die bereits durch viele Generationen ständige Familiennamen gebrauchen, sie in deutscher Form auch weiterhin verwenden dürfen. Hierher wären namentlich jene Familien zu rechnen, deren Geschlechtsname nach dem Namen ihres ständigen oder früheren Wohnsitzes gebildet wurde (z. B. Dawid Wiener, Jacob Neustadtl u. ä.). Dafür empfahlen sie aber, die neuen Anordnungen über die ständigen jüdischen Namen mit voller Schärfe gegen die Landjuden in Anwendung zu bringen, die ihren Aufenthalt häufig wechseln und ihre Familiennamen ändern je nach dem Orte, wo sie sich zur gegebenen Zeit gerade aufhalten. Gegen solche Juden, sowie gegen jene, die bisher keinen Familiennamen haben, wäre streng nach dem Patent vom 23. Juli vorzugehen, indem sie zur Wahl ständiger und unabänderlicher Familiennamen zu zwingen wären. Im weiteren erklärten sich die Gesuchsteller mit der Bestimmung einverstanden, daß die Söhne stets den Familiennamen ihres Vaters gebrauchen sollten ohne Rücksicht darauf, ob sie ledig oder verheiratet sind, bzw. ob sie gemeinsam oder getrennt,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

auf dem Lande oder in Prag wohnen. Im Falle des Ablebens des Vaters billigen sie die Entscheidung, daß die hinterbliebenen Kinder den Namen ihres Vaters gebrauchen sollen, wie wenn dieser noch lebte.

Der letzte Artikel des jüdischen Gesuches war mehr technischer Natur und schloß an den dritten Artikel des Patentes vom 23. Juli an, daß jeder jüdische Familienvater verpflichtet sein solle, einen ausgefüllten Meldeschein über die Wahl seines Namens und die Namen seiner Familienmitglieder abzugeben. Damit dieser wichtige Amtsakt gut und verläßlich durchgeführt werden könne, entschlossen sich die jüdischen Vorsteher, dem Gubernium auch den Entwurf dieses Meldezettels, mit dessen Hilfe die Reform verwirklicht werden sollte, vorzulegen. In dem Meldezettel, den jeder jüdische Familienvorstand ausfüllen sollte, waren folgende Rubriken vorgesehen: der bisherige Name des Familienoberhauptes, seine Abstammung, sein neuer Vor- und Geschlechtsname, der deutsche Vorname seiner Gattin, der Söhne und Töchter, der anwesenden und nichtanwesenden Kinder und zuletzt die Konskriptionsnummer des Hauses.[14] — Den Schluß des jüdischen Gesuches bildete die Bitte, die Juden nicht dafür zu bestrafen, wenn ihnen im Hinblick auf die Ausdehnung des Landes nicht möglich sein sollte, die Abgabe der Meldungen in der festgesetzten Zeit bis Ende November 1787 zu beenden.

Die jüdischen Vorsteher sprachen in ihrem Gesuche vom 21. September auch die Bitte aus, ihr Elaborat an die Vereinigte Hofkanzlei nach Wien zu senden, wo über die jüdische Frage entschieden werden sollte. Das Gubernium willfahrte ihrer Bitte und schickte das jüdische Gesuch bereits am 27. September 1787 nach Wien unter Beischluß eines Gutachtens, in welchem es alle vier Absätze des jüdischen Gesuches ergänzte und beleuchtete, wobei es hiezu und auch zum Patent vom 23. Juli Stellung nahm.

Schon im ersten Satze des sachlichen Teiles seines Gutachtens gab das Gubernium seiner Überzeugung Ausdruck, daß das Allerhöchste Patent über die Regelung der Judennamen so zu verstehen sei, daß jeder Jude, ganz gleich, ob er bisher zwei oder mehr Namen gebraucht hätte, verpflichtet sein solle, sich nur einen deutschen Vornamen zu wählen, und daß jeder solche Name in der deutschen Sprache bekannt sein müsse und nur in der deutschen Form gebraucht werden dürfe. So dürften z. B. die Namen Samuel und Salomon von den Juden nur in dieser Form gebraucht werden, in der sie auch im Deutschen erscheinen, und es sei verboten, die verschiedenen verballhornten, vulgären oder dialektischen Bildungen dieser Namen wie Scholem, Schaulem u. dgl., welche die Juden bisher mit großer Vorliebe verwendeten, weiterhin zu gebrauchen. Was ferner gewisse Arten von Vornamen angehe, die manche Juden schon früher gebraucht hätten und deren gedanklicher Inhalt sich in nichts von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

deutschen unterschiede, wie z. B. Kaufmann oder Zaudek, gestand das Gubernium zu, daß den Juden der Gebrauch von Namen dieser Art zu gestatten sei, allerdings mit der ausdrücklichen Beifügung und Anweisung, daß auch diese Namen nur in ihrer deutschen Form gestattet sein sollten und daß es absolut unzulässig sein solle, anstatt der richtigen deutschen Bildungen der Namen Kaufmann und Zaudek die bisher beliebten jüdischen Verzerrungen Kafman, Kofmen oder Zodek zu verwenden. Mit den Juden teilte das Gubernium die berechtigte Besorgnis vor möglichen Irrtümern und Mißverständnissen bei der Durchführung der Reform und suchte ihnen deshalb mit dem Vorschlage zu begegnen, daß diejenigen Juden, die nicht wüßten, wie ihr bisher gebrauchter Vorname deutsch laute, sich vor der Abgabe ihres Meldezettels an ihren gebildeteren und der deutschen Sprache eher mächtigen Rabbiner um Belehrung wenden sollten. Selber aber sei es bereit, die Sache dadurch zu erleichtern, daß es versprach, den amtlichen Translator der hebräischen Sprache aufzufordern, daß er ein Verzeichnis aller gebräuchlichen jüdischen Vornamen und ihrer deutschen Formen zusammenstelle. Durch die Drucklegung des Verzeichnisses wollte das Gubernium den Juden die Wahl der richtigen deutschen Vornamen erleichtern und auch den Beamten und Konskriptionskommissären auf dem Lande ihre Arbeit leichter machen.

Gegen das Begehren der Juden, ihnen den Gebrauch zweier Vornamen durch Einschaltung eines sogenannten Mittelnamens vor dem Familiennamen zu gestatten, hatte das Gubernium nichts einzuwenden. Es machte nur darauf aufmerksam, daß auch dieser zweite Name in der vorgeschriebenen deutschen Form geschrieben werden müsse, und brachte neuerlich in Erinnerung, daß es unzulässig wäre, wenn die Juden bei der Wahl des zweiten Vornamens volkstümliche Bildungen wie Scholem statt Salomon und Schimel oder Schimerl anstatt Simon gebrauchen würden.

Einen ähnlich zustimmenden Standpunkt nahm das Gubernium auch zu der jüdischen Forderung ein, daß ihnen die Geschlechtsnamen, die in manchen jüdischen Familien schon seit vielen Generationen gebraucht und nach den Namen ihrer Wohnsitze gebildet waren (wie z. B. Wiener, Neustatl, Bunzlau, Elbogen u. a.) belassen werden sollen. Dagegen empfahl es, wiederum in Übereinstimmung mit der Forderung der jüdischen Vorsteher, nicht die Bildung der neuen Familiennamen nach den Ortsbezeichnungen und nach der Berufstätigkeit bei jenen jüdischen Familien, die solche bisher gar nicht oder nur zeitweise gebraucht hatten, solange sie in einer bestimmten Stadt wohnten. So würde nur eine Menge gleicher Familiennamen entstehen, was nur Anlaß zu erheblichen Mißständen und Irrtümern gäbe. Daß die Söhne, ob nun ledig oder verheiratet, den Familiennamen ihres Vaters gebrauchen müssen, wie dies die jüdischen Vorsteher erwähnten, hielt das Gubernium für selbstverständ-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lich. Dagegen hielten sich die Statthalter bei einer anderen, von den jüdischen Vorstehern aufgeworfenen Frage auf, nämlich bei der Regelung der Familiennamen der Kinder im Falle des Ablebens des Vaters. Stirbt ein Vater, der sich bereits nach dem neuen Gesetz einen ständigen Familiennamen gewählt hatte, so seien alle seine Kinder verpflichtet, seinen Namen, den sie nach ihm erben, zu gebrauchen. Ein anderer Fall trete aber ein, wenn ein Vater stirbt, der bisher keinen ständigen Familiennamen, wie dies das neue Gesetz vorschreibt, hatte. In diesem Falle seien die hinterbliebenen Kinder nicht an den Namen ihres toten Vaters gebunden, sondern könnten sich ihren neuen ständigen Familiennamen nach Geschmack und Wahl beliebig bestimmen, ohne Rücksicht darauf, was für Namen die übrigen Geschwister wählen. Somit müsse auch in Gemäßheit des 1. Artikels des Patentes vom 23. Juli jeder verheiratete oder wenigstens erwachsene Sohn oder der Vormund minderjähriger Kinder die Meldung mit der Anführung des neuen Familiennamens abgeben.

Im Schlußsatze erwähnte das Gubernium den Vorschlag der jüdischen Vorsteher für ein Formular des Meldescheines, gegen dessen Form keine Einwendung erhoben würde, so daß es glaube, den Juden die Drucklegung dieser Formularien bewilligen zu können, und sie nur aufforderte, dem Gubernium nach deren Drucklegung die Abrechnung einzusenden.[15] Es machte auch die vorgesetzte Wiener Behörde aufmerksam, daß der vorgeschriebene Termin für die Beendigung der Reform allzu kurz sei, und befürwortete dessen Verlängerung. Gleichzeitig lud es auch den amtlichen Translator der hebräischen Sprache, P. Leopold Tirsch, ein, ein Verzeichnis aller in deutscher Sprache verwendeten jüdischen Vornamen abzufassen. Tirsch wurde aufmerksam gemacht, daß er dies deshalb tun solle, um den Juden eine Erleichterung zu schaffen, da sie häufig selbst nicht wüßten, wie die richtige Form ihrer abgekürzten Vornamen lautet und wie deren deutsche Form beschaffen ist. Diese Verfügung ist ein neuerlicher Beweis für die Initiative des böhmischen Guberniums.

In Wien ließ man nicht lange auf Antwort warten. Die Vereinigte Hofkanzlei nahm zu den jüdischen Forderungen vom 21. September und zu den Bemerkungen des Guberniums verhältnismäßig prompt Stellung und gab dem böhm. Gubernium ihre Entschließung mit Hofdekret vom 11. Oktober 1787 kund.[16] Da dieses Hofdekret eine Antwort auf die verhältnismäßig kurz vorher erfolgte Supplik der jüdischen Vorsteher war, behielt es auch deren formale Einteilung in vier Absätze bei und entgegnete nacheinander auf die einzelnen Forderungen, Bemerkungen und Anmerkungen des böhmischen Guberniums. Es enthielt eine wichtige Entscheidung, auf welche sich die Juden in der Folge bei ihren Bemühun-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

gen um die Gleichberechtigung der Vornamen sehr häufig beriefen, denn sie gestand den Juden fast vollständige Freiheit in der Wahl der Vornamen zu. Besonders wichtig war folgende Entscheidung: „Sei kein Anstand einer jeden einzelnen Person freizulassen, sich was immer für einen Vornamen beizulegen, wenn nur die Wahl auf einen solchen fällt, welcher in der deutschen Sprache üblich ist, oder deutsch gegeben werden kann, folglich wenn es nur ein deutscher bekannter Vorname ist, es mag die einzelne Person diesen Vornamen schon zuvor geführet haben, und solchen noch ferner beibehalten, oder sich denselben vom 1. Jänner 1788 an beilegen."[17] Dieser Bestimmung wurde noch beigefügt, es sei darauf zu achten, daß die einmal gewählten und angenommenen deutschen Vornamen von den Juden nicht willkürlich geändert werden, und daß vom 1. Jänner 1788 an niemand einen hebräischen oder jüdischen Vornamen führen dürfe, der nicht auch in der deutschen Sprache vorkomme. Daraus ersehen wir deutlich, daß es bei der josefinischen Reform der jüdischen Personen- und insbesondere Vornamen hauptsächlich darum ging, die Juden durch das Verbot des Gebrauches exotischer, alttestamentarischer und vulgär-jüdischer Namen, die in der deutschen Umgangssprache unbekannt sind, wieder um einen Schritt ihrer Gleichberechtigung näherzubringen, wie dies ja das Streben der Regierung Josefs auch bei seinen sonstigen Reformen war.

Auf das Begehren der Juden, zwei Vornamen gebrauchen zu dürfen, erwiderte das Hofdekret vom 11. Oktober in negativem Sinne, indem es die Forderung zurückwies, daß den Juden der Gebrauch sogenannter Mittelnamen gestattet werde. Es geschah dies mit der Begründung „denn, wenn eine jüdische Familie die Namen ihrer Väter und Großväter künftig als Mittelnamen beibehalten dürfte, wäre es nicht zu vermeiden, daß sie ganz hebräische, jüdische oder in der deutschen Sprache unbekannte Namen führen, was ja gerade dem Patent widerstreiten würde". Trotzdem gestattete jedoch das Hofdekret eine Ausnahme von diesem strengen Verbot: „Sollten aber mehrere Zweige irgendeines Geschlechtes schon jetzt einen und denselben Namen und Zunamen gebrauchen und dieser Name bereits deutsch sein, dann kann in einem solchen seltenen Falle zur Vermeidung jeglichen Irrtums gestattet werden, daß solche Geschlechterzweige, ein jeder für seine Person, außer dem ersten deutschen Namen, den sie mit den übrigen Zweigen gemeinsam gebrauchen, sich einen zweiten, vom ersten verschiedenen deutschen Namen beilegen. In Hinkunft jedoch hätten sie sich dessen zu befleißigen, daß nicht in einer Familie oder einem Geschlecht den neugeborenen Kindern gleiche Namen gegeben werden."[18]

Ähnlich gab das Hofdekret vom 11. Oktober 1787 auch den jüdischen Wünschen Folge, soweit sie die Wahl, bzw. Regelung der Familiennamen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

betrafen. Es gestattete den Juden, die von der Bezeichnung von Städten oder Gemeinden abgeleiteten Familiennamen zu gebrauchen, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diese Bewilligung nur für die alten (bisherigen) Familiennamen zu gelten habe, die einzelne Familien schon seit Generationen gebrauchten; die Bildung neuer derartiger Namen wurde untersagt. „Jenen Geschlechtern und Einzelpersonen jedoch, die erst vom 1. Jänner 1788 an bestimmte neue Zunamen wählen, wird nicht gestattet, die Namen irgendeiner Stadt oder eines Ortes anzunehmen, damit nicht mehrfache, unterschiedliche Geschlechter mit gleichen Zunamen entstehen, gleichwie nicht bewilligt werden kann, daß sie den Namen irgendeines Ortes nur deshalb annehmen, weil sie dort geboren wurden oder zuletzt dort gewohnt haben." Daß der einmal gewählte Familienname bei allen Männern und ledigen Frauen unabänderlich ist, hielt das Hofdekret für selbstverständlich.

Die Frage der Namenwahl jener erwachsenen Kinder, deren Vater gestorben war, ohne sich vorher einen ständigen Familiennamen gewählt zu haben, löste das Hofdekret nach dem Vorschlage des böhmischen Guberniums dahin, daß in einem solchen Falle alle hinterbliebenen Kinder, wenn sie sich nicht einigen, ganz selbständig und unabhängig voneinander zur Wahl ihres Zunamens schreiten können.

Außer diesen Anordnungen nahm das Hofdekret vom 11. Oktober zwei kleine Änderungen formaler Art in dem vorgeschlagenen Formular des Meldezettels vor, indem betont wurde, daß es sich um die Wahl deutscher Namen handle.

Das Gubernium gab den Inhalt und die Interpretation aller Anordnungen allen Juden, sowie allen Behörden, in deren Wirkungskreis die Regelung der Judennamen fiel, mit besonderem deutsch-tschechisch gedrucktem Rundschreiben vom 25. Oktober 1787 bekannt.

Die Anmerkungen und Einwendungen zum Grundpatente über die Judennamen, welche die Juden in ihrer Eingabe an das böhm. Gubernium vom 21. September zusammengefaßt hatten, blieben nicht die einzigen, vielmehr ergab sich im Verlauf der Durchführung der ganzen Aktion für die Juden noch mehrere Male Gelegenheit, mit ihrer Stimme in die Verhandlungen einzugreifen. So war es z. B. mit den Zuschriften der jüdischen Landesdeputierten an das Gubernium vom 21. und 23. Oktober 1787, in denen sie sich gegen einige Absätze des Grundpatentes wendeten und auf die Unmöglichkeit aufmerksam machten, die Aktion genau nach den Vorschriften zu vollziehen.[19] So hatten sie praktische Einwendungen gegen den 4. Artikel des Patentes, daß alle amtlichen Aufzeichnungen über die jüdischen Geburts-, Eheschließungs- und Sterbefälle nur unter Verwendung der ständigen und genauen Familiennamen zu geschehen hätten, und zum 7. Artikel, der für nachlässige oder un-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

gehorsame Rabbiner Strafen festsetzte. Sie betonten, daß diese Anordnungen nur in solchen Orten oder Gemeinden realisierbar seien, in denen sich Rabbiner befinden. Wie könnten denn die Rabbiner die Eintragungen in ihre amtlichen Bücher richtig und rechtzeitig vornehmen, wo es doch in vielen Fällen um Juden gehe, die sechs oder acht Meilen vom Sitze des Rabbiners entfernt oder einzelweis verstreut auf dem Lande wohnen? In der Erkenntnis dieser Schwierigkeiten schlugen die jüdischen Landesvorsteher eine geänderte Art und Weise der Durchführung dieser amtlichen rabbinischen Agenda vor. Sie beantragten, daß in Orten, in denen die Juden eine Gemeinde bilden, die Aufsicht über die jüdischen Geburts-, Trauungs- und Sterbebücher den örtlichen jüdischen Vorstehern anvertraut werde, die verpflichtet wären, dem Kreisrabbiner vierteljährige Berichte über den Stand der Bücher einzusenden. Bezüglich der einzelnen, über das Land verstreuten Juden jedoch empfahlen die jüdischen Landesvorsteher, daß die Aufzeichnungen über die Änderungen in der jüdischen Population von den obrigkeitlichen Behörden vorgenommen werden sollen, die ebenfalls vierteljährige Ausweise dem Kreisrabbiner zu übersenden hätten. Der Vorschlag, daß die obrigkeitlichen Behörden die Änderungen in der jüdischen Population und die betreffenden Bücher in Evidenz halten sollen, scheint den jüdischen Landesvorstehern sehr gefallen zu haben, denn sie empfahlen, diesen Vorgang bei der Evidenz aller, keine besondere Kultusgemeinde bildenden Juden einzuhalten. Sie machten auch auf die Vorteile und Erleichterungen aufmerksam, die den Konskriptionsämtern durch diese Praxis erwachsen würden.

Andere gewichtige praktische Einwände brachten die jüdischen Landesdeputierten gegen den 3. Artikel des Patentes vom 23. Juli vor, der anordnete, daß es Verpflichtung aller jüdischen Familienvorstände und selbständigen Juden sei, die ausgefüllten Meldungen mit der Anführung der alten und neuen Namen abzugeben.[20] Die jüdischen Deputierten sprachen die ernste Befürchtung aus, wie sich jene Juden ihrer Aufgabe entledigen könnten, die nicht schreiben können. Es wäre ja wohl möglich, daß für die jüdischen Analphabeten jemand anderer die Meldezettel ausfüllen könnte; dann könnten sich aber wieder manche damit ausreden, daß sie die Meldung nicht geschrieben hätten. Wie könnte hiernach der jüdische Kreisdeputierte oder Rabbiner mit seiner Unterschrift die Richtigkeit einer Meldung bestätigen, von der er wüßte, daß sie von dem sich meldenden Juden nicht eigenhändig ausgefüllt wurde? Und was für Schwierigkeiten würden den jüdischen Funktionären, Kreisdeputierten und Rabbinern erwachsen, verpflichtungsgemäß die Richtigkeit einzelner Meldungen dort zu bestätigen, wo sie mit den Juden nicht im selben Orte wohnen? Endlich machten die Gesuchsteller auch auf die Unmöglichkeit aufmerksam, die ganze Aktion in der bestimmten Frist,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wie sie das Patent vom 23. Juli festsetzte, durchzuführen. Um allen diesen Mißhelligkeiten vorzubeugen, empfahlen die jüdischen Landesdeputierten daß in den kleineren Kreisen die Kreisdeputierten irgendeinen ungefähr in der Mitte des Kreises gelegenen Ort bestimmen und dort durch Vermittlung des Kreisamtes alle Juden aus dem ganzen Kreise zusammenberufen dürfen, um die Meldungen dort von ihnen entgegenzunehmen und gemeinschaftlich zu bestätigen. In den größeren Kreisen werde es möglich sein, auf ähnliche Art die Juden in zwei oder mehrere größere Orte im Kreise einzuberufen. Zum Schlusse baten sie, das Gubernium möge ihnen im bejahenden Falle seinen Standpunkt zu ihren Vorschlägen bekanntgeben, damit man unter tätiger Mithilfe der Kreisämter an die Arbeit gehen könne.

Das Gubernium nahm zu den jüdischen Beschwerden und Anträgen im ganzen einen ablehnenden Standpunkt ein. Besonders entschieden wies es die Forderung zurück, mit der die Juden sich für eine Neuregelung bei der Führung der amtlichen jüdischen Bücher eingesetzt hatten. Es tat dies unter Hinweis auf das Patent vom 20. Feber 1784 (insbesondere auf Artikel 6), mit welchem die Führung dieser jüdischen Bücher angeordnet worden war. Das Patent vom 23. Juli habe nach Ansicht des Guberniums in dieser Sache keine Neuerung eingeführt.[21] Das Gubernium erklärte, daß an dieser Agenda keine Änderung zugelassen werden könne, und verwarf mit Entschiedenheit die jüdischen Vorschläge, daß ein Teil der Sorge um die Führung der jüdischen amtlichen Bücher auf die obrigkeitlichen Behörden übertragen werde. Es empfahl den Rabbinern nachdrücklich, in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich vor Bestrafung hüten wollten, alle bisherigen Vorschriften zu beachten. Auch die übrigen Vorschläge der jüdischen Landesdeputierten, welche das Vorgehen bei der Entgegennahme der jüdischen Meldezettel und deren Beglaubigung durch den jüdischen Kreisdeputierten und den Rabbiner betrafen, stießen beim Gubernium auf teilweise Ablehnung. Der Antrag, daß die Juden aus den ganzen Kreisen in eine oder zwei Städte zusammenberufen werden sollten, wo sie in Gegenwart des Kreisdeputierten und des Rabbiners die Meldescheine abzugeben hätten, wurde nur teilweise genehmigt, er bildete aber doch für das Gubernium eine Grundlage, nach welcher es die weiteren Verfügungen traf. Es empfahl und genehmigte den jüdischen Vorschlag nur für solche Fälle, in denen es sich um einzeln verstreut lebende Juden aus dem ganzen Sprengel oder einigen kleineren Kultusgemeinden handeln würde. In einem solchen Falle ließ es zu, daß die jüdischen Funktionäre die Juden auf einen bestimmten Tag an einen Ort zusammenberufen, von ihnen die Meldungen entgegennehmen und diese eigenhändig beglaubigen.[22] Aber für solche Kreise, in denen an Zahl reichere jüdische Gemeinden bestehen, machte es das Gubernium den jüdischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Kreisdeputierten und Rabbinern zur Pflicht, sich persönlich an den einzelnen Orten zur Beglaubigung der Meldungen einzufinden oder sich hiezu der örtlichen jüdischen Funktionäre zu bedienen, welche unter eigener Verantwortung von allen ihnen anvertrauten Glaubensgenossen die Meldezettel entgegenzunehmen und zusammen mit einem besonderen Verzeichnis den jüdischen Kreiswürdenträgern zuzusenden hätten, die sie ihnen nach der Beglaubigung mittels ihrer Unterschriften zurückstellen würden, damit die Einzelnen sie sodann bei den zuständigen Magistraten oder obrigkeitlichen Behörden abgeben könnten. Mit dieser Anordnung entschied das Gubernium endgültig und gab seine Entschließung außer den jüdischen Landesdeputierten auch allen Kreisämtern bekannt, damit diese den jüdischen Kreisfunktionären bei der Einberufung der Juden nach bestimmten Orten behilflich seien und die landesfürstliche Aufsicht über den Verlauf der ganzen Aktion ausüben.

Mit der Anordnung über die Art und Weise der technischen Durchführung der Reform war jedoch die ausgedehnte Amtstätigkeit der landesfürstlichen Behörden und der jüdischen Funktionäre nicht beendet. Der Kern der Sache blieb unberührt, nämlich die Wahl der Namen. Als Wegweiser dienten hier bereits zwei kaiserliche Verordnungen, das Patent vom 23. Juli und das Hofdekret vom 11. Oktober 1787, aber es sprach alles dafür, daß noch eine weitere Durchführungsverordnung würde herausgegeben werden müssen, um alle Zweifel zu beheben. Und es ist für die Reform bezeichnend, daß die Wahl der jüdischen Vor- und Familiennamen die Behörden nicht gleichmäßig beschäftigte, vielmehr die Wahl der einen weit glatter vor sich ging, als die der andern. Während bei der Wahl der ständigen Familiennamen oder Zunamen im ganzen keine Zweifel bestanden, so daß die bisherigen Vorschriften für die Belehrung der Behörden, wie der sich meldenden jüdischen Individuen genügten, verhielt es sich nicht so mit den Vornamen, bei denen u. a. auch mancherlei philologische Probleme (z. B. die deutschen Formen der hebräischen Namen), ebenso Fragen und Bedenken religiöser Natur, der konservative Standpunkt der jüdischen Orthodoxie, in die Wagschale fielen. Anders ließe sich auch nicht die Tatsache erklären, daß in dem uns erhaltenen Aktenmaterial gerade die, die Reform der jüdischen Vornamen umfassenden Akten die große Mehrzahl bilden, indes Akten über die sogenannten Geschlechtsnamen in viel geringerer Zahl erhalten und nicht einmal irgendwelche weiteren prinzipiellen Anordnungen über deren Regelung bekannt sind. Überhaupt blieb die Frage der jüdischen Zunamen ein ganzes weiteres Jahrzehnt hindurch unberührt. Für die jüdischen Familiennamen galten die gleichen Vorschriften wie für die Zunamen der sonstigen, christlichen Bevölkerung in Österreich. Erst mit dem Hofdekret vom 5. Juni 1826 wurden Ergänzungen herausgegeben,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und das Neue daran war eine Verfügung, welche die möglichen Änderungen der Familiennamen betraf und wie für die Christen so auch für die Juden Geltung hatte.

Mit dem als Ergänzung zum Grundpatent vom 23. Juli erlassenen Hofdekret vom 11. Oktober 1787 wurde den Juden gestattet, bei der Wahl ihrer Vornamen nach ihrem Dafürhalten alle Namen zu benützen, die in der deutschen Sprache bekannt waren oder ihr wenigstens angepaßt werden konnten. Aber auch diese Bestimmung war zu allgemein, und es bestanden begründete Bedenken, ob die Juden in ihrer Gesamtbildung wirklich so hoch ständen, um beurteilen zu können, ob der von ihnen gewählte Name der deutschen Sprache geläufig sei. Diesen Bedenken suchte das Gubernium dadurch zu begegnen, daß es dem Translator der hebräischen Sprache, P. Leopold Tirsch, auftrug, ein Verzeichnis der in Betracht kommenden Namen aufzustellen, damit deren deutsche Form von den Juden bei der Wahl ihrer Vornamen angewendet werden könne. Tirsch war mit seiner Aufgabe bereits Ende Oktober fertig. Das Gubernium ließ sein Verzeichnis drucken und schickte es an alle beteiligten Behörden aus.[23] Tirschs Verzeichnis wurde auch der Vereinigten Hofkanzlei zur nachträglichen Genehmigung eingesendet.

In Wien nahm man jedoch zu dem Verzeichnis des Tirsch einen streng kritischen Standpunkt ein. Das Ergebnis davon war die Feststellung, daß das Verzeichnis nach Ansicht der Vereinigten Hofkanzlei nicht richtig sei, da es zu einem großen Teil hebräische Namen enthalte, die für das Deutsche nicht verwendbar seien. Das Verzeichnis wurde deshalb einer Revision unterzogen, die ungeeigneten Namen wurden gestrichen, die passenden rot unterstrichen und das so korrigierte Verzeichnis mit Hofdekret vom 12. November 1787 dem böhmischen Gubernium übermittelt.[24] Gleichzeitig wurde jedoch in Wien ein besonderes Verzeichnis aller jüdischen Männer- und Frauennamen in Druck gelegt. Die Grundlage dafür war das schon erwähnte Verzeichnis des Tirsch, das hier zur Gänze abgedruckt wurde und in dem die bewilligten jüdischen Namen mit roter Farbe gedruckt waren. Es waren dies die gleichen Namen, die später als Beilage zum Gubernialzirkular vom 22. November 1787[25] wiederabgedruckt wurden.

Das Hofdekret vom 12. November betonte neuerlich, daß bei der Wahl der jüdischen Vornamen nur deutsche Namen in Betracht kämen, und machte darauf aufmerksam, daß die Juden aus dem Namensverzeichnisse, das die Hofkanzlei unter einem dem böhmischen Gubernium zurückstellte, als Vornamen nur die rot unterstrichenen wählen dürfen. Die Verwendung aller übrigen Namen wurde streng untersagt und den ungehorsamen Juden Strafen angedroht. Das Gubernium wurde angewiesen, für die schleunige Publikation dieser neuen Verordnung Sorge

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu tragen und den Juden zugleich die Verlängerung der Frist zur Abgabe der Meldungen bekanntzugeben.

Das Gubernium ging gemäß den Wiener Anordnungen vor. Mit besonderen gedruckten deutschen Rundschreiben vom 22. November 1787[26] gab es den Juden und allen Behörden den Inhalt des letzten Hofdekretes bekannt, das den Juden beträchtliche Beschränkungen in der Wahl ihrer Vornamen brachte und in erheblichem Maße mit den Bestimmungen des Hofdekretes vom 11. Oktober 1787 in Widerspruch stand. Den Rundschreiben war ein Verzeichnis der Namen angeschlossen, welche den Juden als geeignet für die Wahl ihrer Vornamen gestattet waren. Es war dies ein Auszug aus dem Verzeichnis des Tirsch und aus dem gleichzeitig in Wien herausgegebenen Verzeichnis, aus dem in Wien alle Namen ausgemerzt worden waren, die allzu hebräisch oder jüdisch schienen, so daß sie dem Geiste der ganzen Reform widersprochen hätten. Das Verzeichnis trug die deutsche Überschrift: „Verzeichniss der Namen, welche vermög Hofentschliessung vom 12ten November 1787 aus dem schon vorher zum Gebrauche der Juden gedruckten alphabetischen Verzeichnisse der Männer und Weibernamen ausgezeichnet wurden, und als Vornahmen gewählt werden können", und umfaßte folgende, den Juden erlaubte Vornamen:[27]

Abadias (Abadjo), Abel, Hevel, Abdiel, Abdon, Abdenago, Absolon (Abischolom), Abias (Abjo), Abiram (Abirom), Abadon, Abraham (Abrom, Abrohom), Achitophel, Adam, Odom, Alexander, Amminadab (Amminodob), Ananias (Ananjo), Andreas (Andreo), Angelus (Anschel), Ariel, Arnon, Aron (Aharon);

Balthasar (Baltschazar), Barnabas (Barnobi), Bartholomäus (Bartalmi), Beer, Beermann (Beermon), Benedikt (Bendet), Benesch, Benjamin (Binjomin), Bernard (Barnardi);

Damian (Dimjon), Dam (Don), Daniel (Doniel), David (Dovid);

Eleasar (Elosor), Elias (Eliohu), Eliacim (Eljokim), Elisäus (Elischa), Emanuel, Immonuel, Enos (Enosch), Ephraim (Ephroim), Ezechias (Eheskic, Jecheskio), Ezechiel (Jecheskiel);

Fridman;

Gabriel, Gedeon (Gidon), Gottlieb;

Havakuk (Chavakuk), Henoch (Chanoch), Hebron (Chebron);

Jakob (Jaakov), Japhet, Jason (Joschen), Jeremias (Jermejo), Joachim (Joakim), Joannes (Jochonon), Job (Ijobh), Jonas (Jono), Jonathan (Jonoson), Joram (Jorom), Josaphat (Joschophot), Joseph, Josias (Joschio), Josua (Jchoschua), Isaias (Jeschajo), Isaak (Izik, Jizchak), Ismael (Jischmoel), Israel (Isroel), Juda (Judo), Judas (Jchudo);

Kabriel, Koppelmann (Koppelmon);

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Laser, Lazar (Lozor), Levi, Lukas (Luko);
Mathes (Mattos), Mathias (Mattio, Mathio), Manasses (Menasche), Markus (Mordechai), Mathusalem (Mesuschelach), Michael (Michoel), Moises (Mosche);
Nabuchodonosor (Nebuchadnezer), Nathan (Noson), Nathaniel (Nesanel), Nchemias (Nchemjo), Nephtali (Naphtoli), Nikanor (Nikonor), Noe (Noach);
Ochosias (Ochasjo), Osias (Ossio);
Paul (Poul), Philip (Philibbo);
Raphael (Rophoel);
Salomon (Schlome), Samson (Schimschon), Samuel (Schmuel), Seligmann, Sem (Schem), Seth (Sches), Simeon (Schimon), Sisara, Sorobabel;
Thadäus (Tadio), Thomas (Tomio), Tobias (Tovio);
Wolf;
Zabulon, Zacharias (Secharjo), Zachäus (Sakai).

Weibliche Namen:

Abigail (Abigoil), Agatha (Tabitto), Agnes (Hagonos), Amalia (Amaljo), Anna (Channo), Aspasia (Haaspasio), Athalia (Othaljo);
Barbara (Barboro);
Cäzilia (Kekiljo);
Demuth (Demus), Dorothea (Doroseho);
Elisabeth (Elischeba), Esther, Eva (Chawo);
Joanna (Jochonno), Iphigenia (Jephigenno), Judith (Jehudis), Julia (Jeloljo);
Libuscha (Libuscho), Luzia (Luzjo);
Magdalena (Migdoleno), Maria (Mirjam), Martha (Martl);
Nikolaia (Niklosojo);
Paula (Peulo);
Rachel (Rechel), Rebecka (Rivko), Regina (Reginno), Rosa (Roscho), Rosalia (Roschaljo), Rosel (Roschel);
Sara (Sarai, Sarl), Semiramith (Schemiromis), Susanna (Schuschanno), Sybilla (Zoile).

Die Wahl der jüdischen Vornamen wurde so auf 110 erlaubte männliche und 35 weibliche Namen beschränkt. Es ist daher kein Wunder, daß die Juden den Versuch machten, diese Einschränkung der freien Wahl deutscher Vornamen rückgängig zu machen. Sie taten dies mit einer besonderen Supplik vom 4. Dezember 1787, die sie dem Kaiser direkt zusendeten. Das Gesuch hatte den Charakter einer Bitte der gesamten Prager und Landesjudenschaft und wurde deshalb außer mit den Unterschriften der jüdischen Würdenträger auch mit den Unterschriften einer Menge hervorragender jüdischer Persönlichkeiten ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schen.[28] Die Juden dankten dem Kaiser für alle ihnen bisher erwiesene Gnade und Wohltat, für das Patent vom 23. Juli 1787, versuchten aber auch, den Kaiser zu einer Milderung der Bestimmungen des Hofdekretes vom 12. November zu bewegen, indem sie baten, „bei der bevorstehenden Namens-Wahl allergnädigst zu erlauben, ihre Namen so wie selbe ihnen in der Bibel und deren 5 Bücher Moyses zugeeignet sind, und zwar gemäß allerhöchsten Vorschrift, lediglich nach dem üblichen allgemeinen deutschen Wortklang und Ausdruck auswählen und sich beilegen zu dürfen". Diese Bitte, deren Erfüllung die Aufhebung der Beschränkungen des Hofdekretes vom 12. November bedeutet hätte, suchten die Juden mit mancherlei Gründen zu unterstützen. Der wichtigste davon war der Hinweis, daß die Juden, ebenso wie die Anhänger anderer Religionsbekenntnisse, ihre Namen auch aus der Bibel haben, wogegen in die bewilligte Zahl von 110 männlichen und 35 weiblichen Namen etliche Namen eingereiht worden seien, die in der Bibel nicht vorkommen. Neben diesen zwei jüdisch-religiösen Gründen machten die gefertigten jüdischen Supplikanten darauf aufmerksam, daß die zugelassenen Namen im Hinblick auf die Gesamtzahl der jüdischen Landesbevölkerung allzugering an Zahl seien und daß darum viele Fehler und Mißverständnisse in den verschiedenen Zweigen der staatspolitischen und gerichtlichen Verwaltung zu befürchten wären. Damit wollten die Juden auf den hochentwickelten bürokratischen Sinn des Kaisers einwirken. Zum Schlusse baten sie um Verlängerung der Frist für die Abgabe der Meldungen. Fassen wir alle Forderungen zusammen, so ging es den Juden hauptsächlich darum, daß ihnen der Gebrauch aller biblischen Namen, allerdings in deren deutschen Formen, gestattet werde.[29]

Die jüdische Bitte hatte in Wien nur teilweisen Erfolg. Die Juden erzielten zwar nicht die Erfüllung ihrer Hauptforderung, daß ihnen gestattet werde, alle biblischen Namen zu verwenden, soferne sie der deutschen Sprache angepaßt werden können, aber sie erreichten doch wenigstens die Vermehrung der Anzahl gestatteter Namen, die sie auch bei der Wahl ihrer Vornamen verwenden konnten. Mit dem Hofdekret vom 13. Dezember 1787[30] wurde dem böhmischen Gubernium kundgetan, daß der Kaiser den Juden gnädigst weitere 10 männliche und 2 weibliche Namen bewilligt habe. Es waren dies:

männliche Vornamen:

Falkmann, Gutmann, Heilmann, Herz, Hirschmann, Liebermann, Lippmann, Löw, Simon und Veit;

weibliche Namen: Klara und Lea.

Zugleich gab der Kaiser der zweiten Bitte der Juden statt und verlängerte die Frist für die Abgabe der Meldungen bis zum 15. Januar 1788. Das Gubernium publizierte diese weitere Ergänzung zum Gesetz über

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

die Reform der jüdischen Namen mittels eigens gedruckter Rundschreiben vom 21. Dezember 1787.

Die Juden gaben sich mit einer solchen Erledigung ihres Gesuches zufrieden und verlangten nicht mehr, weder vom Gubernium, noch vom Kaiser. Damit war das grundsätzliche Verfahren über die Durchführung der jüdischen Namenreform, die auch in der festgesetzten Frist abgeschlossen wurde, beendet. Diese Aktion wurde, wie bereits bekannt, den niederen landesfürstlichen Behörden (Kreisämtern), Magistraten, obrigkeitlichen Ämtern und den jüdischen autonomen Faktoren anvertraut; in deren Registraturen wurden die Meldezettel der einzelnen Juden mit den Angaben über ihre alten und neuen Namen hinterlegt.

Es blieb nun noch übrig, einige begleitende Angelegenheiten, die sich an die Reform der jüdischen Namen anschlossen, zu erledigen, so z. B. die Reisediäten der jüdischen Kreisdeputierten und Kreisrabbiner. Allerdings sind die hierüber erhaltenen Nachrichten sehr lückenhaft und unvollständig. Wir wissen nur so viel, daß im Leitmeritzer Kreise die Registrierung der Juden nach ihren neuen Namen der Rabbiner Salomon Altschul aus Böhm. Leipa durchführte, dessen Gesamtauslagen 160 fl. 54 kr. betrugen.[31] Der Druck der jüdischen Meldungen, den die Schönfelder Druckerei in Prag besorgte, erforderte einen Gesamtaufwand von 337 fl.[32] Den jüdischen Kreisdeputierten und Rabbinern wurden an Reisediäten etwas über 1466 fl. ausbezahlt.[33] Eine Entlohnung von 20 fl. wurde den Juden Salomon Tauteles und Joachim Greger als Honorar für die Besorgung der Übersetzung der hebräischen Namen aller Juden ins Deutsche bezahlt.[34]

Einen letzten unmittelbaren Nachhall der josefinischen Reform der Judennamen bildete die nochmalige Publizierung des Grundpatentes vom 23. Juli 1787, zu der es im Dezember 1791 kam, als festgestellt wurde, daß sich in dem Verzeichnis der verstorbenen Prager Juden für die Zeit vom 1. April bis 15. November 1791, das der Prager Magistrat am 29. November 1791 dem Gubernium eingesendet hatte, mancherlei Fehler, sowohl in den Vornamen, wie in den Familiennamen einiger der verstorbenen Juden vorfanden. Das Gubernium stellte das Verzeichnis dem Magistrat am 4. Dezember 1791 zurück und forderte ihn auf, den jüdischen Buchführer nach Artikel 7 des Patentes vom 23. Juli 1787 zu bestrafen und das genannte Patent für die Juden neu zu publizieren.[35] Eine ähnliche Bedeutung hatte auch die Herausgabe der josefinischen Verordnungen über die jüdischen Namen in der Crammerschen Sammlung jüdischer Gesetze vom Jahre 1792, in die auch das ehemalige Verzeichnis des Tirsch aus dem Jahre 1787 aufgenommen wurde; es waren darin jedoch die den Juden gestatteten Namen mit größeren Schrifttypen und noch dazu unvollständig abgedruckt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Die josefinischen Verordnungen wurden ferner gekürzt in das wichtige jüdische Systemalpatent vom 3. August 1797 aufgenommen und in dem die Verordnungen über die Art der Führung der jüdischen Konskriptionsbücher und die Verwendung ständiger deutscher Vor- und Familiennamen enthaltenden Artikel 41 zusammengefaßt. Dieser lautete[36]: „Zur Erhaltung guter Ordnung in den Konskriptionsbüchern sowohl als in anderen bürgerlichen Geschäften ist bereits die Vorsehung getroffen worden, daß jeder jüdische Hausvater einen bestimmten Geschlechtsnamen führe; denselben hat er stets unverändert beizubehalten, und sind jene Kinder und Nachkömmlinge, solange sie in den Erbländern wohnen, danach immer auf gleiche Weise zu benennen, und nur durch verschiedene Vornamen zu unterscheiden. Derjenige, welcher irgendeine Schrift ohne diesen Geschlechtsnamen ausstellt, oder bei einer Behörde überreichet, ist nach Beschaffenheit der Umstände mit einer Arrest- oder Geldstrafe zu belegen."

Es erübrigt noch, hinzuzufügen, daß die Geltung des Patentes vom 23. Juli 1787 im Jahre 1805 auch auf Galizien ausgedehnt wurde. Es geschah so mit Patent vom 21. Feber 1805, das eigentlich eine Neuherausgabe des josefinischen Grundpatentes darstellte.[37]

II

DIE BEMÜHUNGEN DER JUDEN UM EINE FREIE VORNAMENWAHL.

Die josefinischen Verordnungen über die Judennamen wurden einige Jahrzehnte hindurch nach außen eingehalten. Sie traten allemal nach der Geburt eines jüdischen Kindes in Wirksamkeit, wobei es Pflicht eines jeden Vaters war, den Behörden (gewöhnlich der Prager Magistrat oder die obrigkeitliche Behörde) den Meldeschein des neugeborenen Kindes mit Anführung seines Vornamens abzugeben. Als Hilfsmittel für die Wahl und für die Kontrolle ihrer Richtigkeit diente den Behörden das Hofdekret vom 12. November 1787 mit dem ihm angeschlossenen Verzeichnisse der erlaubten jüdischen Vornamen. Vom Jahre 1800 an bildete den amtlichen Hauptbehelf für die Kontrolle der jüdischen Vornamen der im Rothschen Gesetzbuche[1] abgedruckte Text dieses Hofdekretes, der die ursprünglichen gedruckten Verzeichnisse der Gubernialzirkulare aus der josefinischen Zeit und das im Crammerschen Gesetzbuche abgedruckte Verzeichnis abgelöst hatte. Bei Roth suchte die jüngere Beamtengeneration, die das überstürzte Tempo der josefinischen Reformen nicht miterlebt hatte, Belehrung über das jüdische Vornamenrecht.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

In den jüdischen Kreisen herrschte nach dem Abschlusse der josefinischen Reformen eine Zeitlang Ruhe und Zufriedenheit. Die Juden hatten bei der Wahl der Vornamen ihrer Kinder die Möglichkeit, einen der bewilligten 120 männlichen und 87 weiblichen Namen zu wählen. Es waren dies zumeist biblische und ehedem unter den Juden gebräuchliche Namen, deren Verzeichnis den jüdischen Eiferern entsprach; sie hatten sich mit dem Verbote exotischer, weniger bekannter und ins Deutsche nicht übertragbarer Namen abgefunden. Allein diese Zufriedenheit dauerte nur so lange, als die Generation der josefinischen Ära am Leben war. Die junge Generation, die bereits auf dem Boden und Rechtsgrunde der josefinischen Reformen aufgewachsen und um die Verwirklichung einer weiteren Etappe zur Gleichberechtigung der Juden bemüht war, begann unzufrieden zu werden mit der Beschränkung der Juden auf eine bestimmte Zahl gestatteter Vornamen, von denen ihnen einige allzu jüdisch klangen und dem Streben der jungen Generation nach Angleichung der Namen an jene der übrigen Bevölkerung nicht entsprachen. Sie wurden darin durch ihre höhere Bildung und die Weltanschauung ihrer Wortführer unterstützt. Das Zentrum der Opposition war Prag, wo die Mehrheit der jüdischen Landesbevölkerung beisammen lebte und wo auch der Mittelpunkt der jüdischen fortschrittlichen Richtung sowie der Hauptsitz der wirtschaftlichen Unternehmertätigkeit lag. Der wirtschaftliche Aufschwung der Prager Juden, ihre ausgedehnten Manufakturen und Fabriken in Prag und dessen Nachbarschaft, ihr Reichtum und zahlreiche Begünstigungen, die ihnen ermöglichten, außerhalb des Prager Ghettos Realitäten zu erwerben und in christlichen Stadtvierteln zu wohnen, waren der Hauptantrieb für eine zahlreiche Gruppe von Prager fortschrittlichen Juden, daß sie begannen, nur mit Unwillen die durch das Hofdekret vom 12. November 1787 auferlegten Beschränkungen in der freien Wahl der jüdischen Vornamen zu tragen. Die Juden prüften zunächst die Wachsamkeit der Behörden, hauptsächlich des Prager Magistrates, daraufhin, ob sie die josefinischen Verordnungen einhalten. Anfangs, im ersten und zweiten Jahrzehnt des XIX. Jahrhunderts, gelang es ihnen einigemal, die wachsamen Prager Ämter zu täuschen, die es zum Schluß stillschweigend geschehen ließen, wenn einem neugeborenen jüdischen Kinde ein unerlaubter christlicher Name gegeben wurde. Dieses Entgegenkommen war am stärksten bei den obrigkeitlichen Behörden, deren Beamte die Vorschriften über die jüdischen Namen nicht recht beherrschten, am geringsten jedoch beim Prager Magistrat, der sich streng, ja allzu streng an das Gesetz hielt. In dieser allzugroßen Strenge war noch ein Rest des ehemaligen starken Antisemitismus des Prager Magistrates zu erkennen. Durch mehrjährige Erfahrungen kamen die Juden zu der Überzeugung, daß die Magistratsbeamten ebenso wie

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

die Beamten des militärischen Konskriptionsamtes die jüdischen Gesetze nur nach der Rothschen Ausgabe beherrschten. Die Prager Juden schrieben wiederholt in den Meldezettel ihres neugeborenen Kindes einen Namen ein, der nicht im Verzeichnisse der erlaubten Namen enthalten war. Jeder derartige Versuch schlug fehl; der Magistrat stellte dem jüdischen Vater die nicht richtig ausgefüllte Meldung stets zurück und forderte ihn auf, sie richtigzustellen. Auch mit einer anderen Methode versuchten es die Juden, indem sie für ihre neugeborenen Kinder zwar formell erlaubte Vornamen wählten, sie aber privat, zu Hause, anders, meist mit christlichen Namen nannten. Sie hofften, dadurch später die Behörden vor eine vollendete Tatsache zu stellen, so daß ihnen nichts übrigbliebe, als diese Umgehung des Gesetzes stillschweigend zu genehmigen. Es muß anerkannt werden, daß die Juden damit erhebliche Erfolge erzielten und schließlich manche Behörden, wenn sie ihnen Bescheinigungen (Schulzeugnisse, Gewerbeberechtigungen u. dgl.) ausstellten, dabei die illegal angenommenen Namen anwendeten. Wir stoßen, wenigstens später in den Dreißigerjahren, auf manche Fälle, in denen bereits erwachsene Juden um die Bewilligung einer Namensänderung ansuchten, wobei sie sich auf bestimmte alte Amtszeugnisse beriefen, in denen ihr Vornamen anders lautete als in der Matrik. Der Magistrat war aber auch da auf der Hut und vereitelte alle derartigen Versuche der Prager Juden. Es blieb nichts übrig, als die Frage der jüdischen Vornamenwahl aufs neue in Fluß zu bringen, und zwar durch öffentliches Auftreten, durch Bitten an das Gubernium und an den Kaiser, daß er eine Änderung in den bisherigen Vorschriften über die jüdischen Vornamen verfüge. Zu dieser Aktion kam es in den Dreißigerjahren des XIX. Jahrhunderts. Die Prager Juden bewiesen hiebei große Geduld und Zähigkeit, womit sie die anfänglichen Mißerfolge und Abweisungen über- wanden, bis sie schließlich ihr Ziel, d. h. die Bewilligung völlig freier Wahl der Vornamen für die neugeborenen Kinder, erreichten.

Im Jahre 1828 wurde dem Prager Juden Benjamin Katzau, einem leitenden Beamten in der Fabrik der Brüder Porges, ein Sohn geboren, den der Vater mit dem Namen Ludwig benannte.[2] Er füllte den Meldezettel des Neugeborenen ordentlich aus und gab ihn beim Konskriptionsamte zur Vidierung ab. Von diesem wurde ihm aber der Zettel mit dem Bedeuten zurückgestellt, daß die Meldung nicht angenommen werden könne, weil bei der Wahl des Vornamens für den Neugeborenen ein den Juden nicht gestatteter Name verwendet worden sei. Katzau beachtete dies nicht weiter und übergab den Meldeschein mit einer Beschwerde dem Prager Magistrat, der sich jedoch ebenso verhielt wie das Konskriptionsamt. Bei der Abweisung des Katzauschen Versuches berief sich der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Magistrat auf das Hofdekret vom 12. November 1787 und das ihm angeschlossene Verzeichnis der erlaubten jüdischen Vornamen, in dem er den Namen Ludwig vergeblich gesucht habe. Allein der selbstbewußte Katzau ließ sich auch durch diese Abweisung nicht abfertigen, sondern wandte sich mit einer Bitte vom 2. August 1828 an das böhmische Gubernium, bei dem er sich zugleich über das ungerechtfertigte Vorgehen des Prager Magistrates beschwerte.[3] Er begleitete sein Gesuch mit einer ausführlichen Begründung, die eine durch den persönlichen Eifer des Bittstellers verzeichnete Kompilation aller josefinischen Verordnungen über die Judennamen darstellte. Aus der Katzauschen Eingabe ersehen wir, wie die neue jüdische Generation die josefinischen Reformen für sich auslegte, was sie anstrebte und auch, wie das System der josefinischen Verordnungen scheinbar in sich widersprechend war und die Juden ebenso wie die landesfürstlichen Behörden in Zweifel stürzte. Da die Argumentation Katzaus zum Muster für zahlreiche spätere Gesuche der Juden wurde, werden wir nicht fehlgehen, wenn wir ihm hier etwas mehr Aufmerksamkeit widmen.

Katzau suchte vor allem nachzuweisen, daß die Berufung des Prager Magistrates auf das Hofdekret vom 12. November 1787 als unzulässige Interpretation des Gesetzes angesehen werden könne, eines Gesetzes, dessen Sinn und Tragweite nur im Zusammenhange mit allen übrigen Anordnungen über die Judennamen erfaßt werden könne. Unter diesen erblicke er im Patent von 23. Juli 1787 den deutlichsten Ausdruck der weisen gesetzgeberischen Entschließungen, wie durch die Annahme deutscher Namen alle Irrtümer und Unzuträglichkeiten beseitigt werden könnten, die durch die nichteinheitlichen jüdischen Namen in der politischen und gerichtlichen Administration der Juden und auch in deren Privatleben entstanden seien.[4] Die Verordnung vom 23. Juli 1787 sei noch durch das Gubernialdekret vom 25. Oktober 1787[5] bestätigt worden, in welchem es im ersten Absatze ausdrücklich heiße, „so sei kein Anstand, einer jeden einzelnen Person frei zu lassen, sich was immer für einen Vornahmen beizulegen, wenn nur die Wahl auf einen solchen fällt, welcher in der deutschen Sprache üblich ist, oder deutsch gegeben werden kann, folglich wenn es nur ein bekannter deutscher Vornahme ist". Ist bei dieser Norm eine andere Auslegung möglich? fragt sich Katzau. Er fügt hinzu: „Was das von dem löblichen Magistrate adcitirte Hofdekret vom 12. November 1787 anbetrifft, so ist dieses, wie aus der Geschichte der damaligen Gesetzgebung erhellt, lediglich über Reklamazionen der derzeit noch so häufig verstockten Juden, vorzüglich in Pohlen, erflossen, welche störrisch am alten klebend, dem Ansinnen, ihre Lieblingsbenennungen aufzugeben, so viel möglich widerstrebten, wesswegen die böhmische Censur zur Abfassung einer deutschen Nomenclatur von

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

altjüdischen Nahmen aufgefordert wurde, und diesem gemäß auch den Juden erstattet wurde, auch einige jüdische Nahmen, jedoch nur nach deutscher Aussprache beizubehalten." Daher sei nach Katzau in der Anordnung des Hofdekretes vom 12. November 1787 ein Ausfluß der Schonung jenen Juden gegenüber zu erblicken, denen es um die Bewahrung der uralten jüdischen Namen ging. Das Verzeichnis von Namen, das diesem Hofdekrete beigefügt wurde, enthalte übrigens zum größeren Teile verdeutschte alte jüdische Namen, so daß für die Wahl der Vornamen bloß etwa 40 rein deutsche Namen übrigblieben. Darum wiederholt Katzau seine Überzeugung, daß es sich hier zwar um eine drückende Beschränkung handle, wodurch aber die ursprüngliche generelle Anordnung vom 11. Oktober 1787 keineswegs ihre volle Gültigkeit verliere. Jede andere Interpretation widerspreche, nach Katzau, dem Sinn und Kontext aller josefinischen Gesetze über die Namen. Die Abweisung seines Gesuches durch den Prager Magistrat sei, wie er selbst behauptet, um so auffallender, wenn wir bedenken, daß den Juden bei der Wahl der Vornamen in keinem Teile der österreichischen Monarchie solche Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden seien, als gerade in Böhmen. Zum Schlusse seiner Eingabe erweiterte Katzau seine Bitte, indem er im Namen der gesamten Judenschaft ersuchte, daß das Gubernium dem Vorgehen des Prager Magistrates ein Ende bereite und allen Juden gestatte, deutsche Namen als ihre Vornamen frei zu gebrauchen. Für seinen Sohn behielt er sich den Namen Ludwig vor.

Katzaus Gesuch langte beim böhmischen Gubernium am 20. August 1828 ein. Referent darüber war der Gubernialrat Graf Thun. Das amtliche Verfahren, welches das Gubernium vornahm, wurde durch ein Ansuchen an den Prager Magistrat eingeleitet, sich über den Fall Katzau zu äußern.[6] Bei der Beratung des Magistrates kam es in der Beurteilung der Katzauschen Beschwerde zu keiner Einigung.[7] Drei Magistratsräte waren der Meinung, daß das Katzausche Gesuch abgewiesen werden müsse, weil es eine irrtümliche Auslegung des Patentes vom 23. Juli und des Hofdekretes vom 12. November 1787 beinhalte. Nach ihrer Ansicht habe das Patent vom 23. Juli den Juden nur allgemein die Verwendung von deutschen Namen gestattet, ohne näher zu bestimmen, welche Namen den Juden bewilligt sind; in dieser Richtung habe es das Hofdekret vom 12. November und das ihm beigefügte Verzeichnis der Namen, die die Juden einzig und allein als Vornamen benützen dürfen, ergänzt. Da nun der Name Ludwig weder in diesem Verzeichnisse, noch in dem Nachtrag zu demselben vom 13. Dezember 1787 vorkommt, habe der Magistrat das Katzausche Gesuch mit vollem Recht als einen Versuch zur Verletzung oder Umgehung der geltenden Vorschriften abgewiesen. Die Mehrheit der Magistratsmitglieder, d. i. der Bürgermeister Sporschil

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und vier Räte, sah jedoch die Einwendungen des Katzau freundlicher an und teilte, da es sich um die Meinung der Mehrheit handelte, den Standpunkt des Magistrates dem Gubernium mit: Das Patent vom 23. Juli 1787 sei darum erlassen worden, damit der Unordnung ein Ende bereitet werde, die unter den Juden durch den Gebrauch verschiedener unbekannter Vornamen hervorgerufen worden sei. Danach werde den Juden ohne Ausnahme gestattet, sich ein für allemal deutsche Vornamen zu wählen, und zwar ohne Rücksicht auf deren Ursprung. Diese freie Wahl deutscher Vornamen sei durch die Bestimmungen des Hofdekretes vom 11. Oktober 1787 von neuem bestätigt worden. „Diese freie Wahl dürfte durch den eigentlichen wahren Sinn des höchsten Hofdekrets vom 12. November 1787 *nicht beschränkt sein*, nachdem diese Norm ohne Zweifel nur Vornamen hebräischen Ursprungs gestattet, die auch im Deutschen mit oder ohne Veränderung gebraucht und verstanden werden können, ohne hiedurch die gesetzlich unbeschränkte Wahl anderer deutscher Vornahmen, die nicht jüdischen Ursprungs sind, gänzlich oder zum Theil zu beheben, somit ohne die früheren gesetzlichen Bestimmungen im wesentlichen abzuändern." Mit diesem seinem Standpunkte stellte sich der Magistrat allerdings seiner bisherigen Praxis entgegen, nach der er nicht richtig nach dem Verzeichnisse vom 12. November 1787 ausgefüllte Meldescheine zurückgewiesen hatte, und auch gegen die frühere Abweisung des Katzauschen Gesuches. Die Mehrheit der Mitglieder des Prager Magistrates gelangte zu der Überzeugung, „daß den Israeliten der Gebrauch deutscher Vornahmen ohne Unterschied, mit Einbegriff jener unterm 12. November 1787 spezifizirten, gestattet sei". Die Entscheidung aber überließ der Magistrat dem Gubernium, das er um Richtlinien ersuchte, nach denen er sich in Hinkunft richten könnte.[8]

Allein die Äußerung der Mitgliedermehrheit des Prager Magistrates war für die Juden wenig vorteilhaft. Auf der Beratung der Gubernialmitglieder vom 18. Dezember 1828 entschied der Wortlaut des Patentes und des Hofdekretes und der enge bürokratische Gesichtspunkt, der keine einigermaßen freiere Auslegung zuließ; das Resultat davon war, daß das Gubernium[9] den Katzau und mit ihm auch alle Juden nur auf die in den josefinischen Verzeichnissen enthaltenen Namen verwies. Damit war auch das Ansuchen Katzaus, daß sein Sohn sich Ludwig nennen dürfe, abgewiesen.

Der Versuch des Katzau war aber nur das Vorspiel zu einer umfangreichen und besser begründeten Kollektivaktion der Prager Juden, zu der es sogleich nach der Abweisung der Katzauschen Beschwerde kam. Diese unmittelbare Aufeinanderfolge nötigt die Vermutung auf, daß das Gesuch des Katzau eine Art Versuchsballon war, der die Situation und Stimmung ermitteln sollte, damit die Juden sodann geschlossen auf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

treten und auch das Gewicht ihrer Autoritäten geltend machen könnten. Am 26. Feber 1829 übersendeten zehn Prager Juden[10] dem Gubernium ein ausführliches Gesuch um Revision der Verordnungen über die jüdischen Vornamen. Auch sie gingen vom Allerhöchsten Patent vom 23. Juli 1787 aus, dessen wörtlichen Text sie aus der Crammerschen Sammlung jüdischer Verordnungen[11] kannten. Aus der gleichen Quelle schöpften sie auch ihre Kenntnisse der sonstigen Anordnungen über die jüdischen Namen. Ihr Streben ging dahin, die Entstehung der josefinischen Verordnungen vom jüdischen Gesichtspunkte aus zu beleuchten. Die Juden hätten angeblich nach der Herausgabe des Patentes vom 23. Juli 1787 verlangt, daß ihnen gestattet werde, außer den deutschen Vornamen auch die alten jüdischen Namen zu gebrauchen, allerdings, soferne sie dem Deutschen angepaßt werden können[12] und soweit sie sich in dem von dem seinerzeitigen hebräischen Translator verfaßten Verzeichnisse der zugelassenen jüdischen Vornamen vorfinden. Es sei ihnen darum zu tun gewesen, außer den angeordneten deutschen Vornamen auch ihre jüdischen Namen gebrauchen zu dürfen. Und dieses Ansuchen der Juden sei nach der Meinung der Gesuchsteller der Anlaß zur Herausgabe der Hofdekrete vom 11. Oktober und 12. November 1787 gewesen. Deren Tendenz besage ganz deutlich, „daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß das ursprüngliche Patent vom 23. Juli 1787 in seiner vollen Kraft erhalten werde, daß nehmlich nur bekannte deutsche Vornahmen zulässig seien und daß man jedoch nebst diesen auch jene Vornahmen aus dem Verzeichnisse des Translators beibehalten dürfe, welche deutsch gegeben werden können". Jedwede andere Auslegung der genannten zwei Patente, als ob durch sie die Bestimmungen des Patentes vom 23. Juli 1787 aufgehoben worden wären, würde nicht nur deren Geiste, sondern auch ihrem Wortlaute widersprechen.[13] Für ihre Behauptung, daß alle josefinischen Nachtragsverordnungen den Gebrauch der übrigen im Verzeichnisse nicht genannten deutschen Vornamen nicht ausschließen, brachten die jüdischen Gesuchsteller etliche gewichtige Gründe bei. So fragten sie, ob es möglich sei, das Patent vom 23. Juli als aufgehoben anzusehen, wenn das Hofdekret vom 11. Oktober 1787 den ausdrücklichen Ausspruch enthält, „diese Erläuterungen werden als ein Nachtrag zu der in dem Patente vom 23. Julius 1787 kundgemachten Vorschrift zur allgemeinen Wissenschaft und genauesten Befolgung u. s. w. bekannt gemacht". Eine ähnliche Anerkennung der Abhängigkeit vom Patente vom 23. Juli sei auch im Hofdekrete vom 12. November 1787 enthalten. Des weiteren wendeten die Juden sodann ein, wieso es komme, wenn den Juden schon nicht mehr alle Vornamen deutschen Ursprungs allgemein gestattet seien, daß dann im Verzeichnisse der bewilligten jüdischen Namen manche rein deutsche Namen, wie Gottlieb, enthalten seien,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

warum in das Verzeichnis die von den Deutschen häufig verwendeten Namen Johann, Mathias, Andreas, Bernhard und Benedikt aufgenommen, dagegen andere, ebenso häufig gebrauchte Namen, wie Ludwig, Leopold, Heinrich, Eduard u. ä., ausgelassen worden seien. Würden in dem Verzeichnisse der bewilligten Namen alle veralteten und schlechtklingenden jüdischen Namen, wie Abadias, Abdenago, Nabuchodonossor, Sorobabel u. dgl., abgerechnet, so verblieben für die Juden nur ungefähr 40 deutsche Vornamen, was eine durchaus ungenügende Zahl darstelle. Diese Tatsache mache eine strenge Einhaltung der Bestimmungen des Hofdekretes vom 11. Oktober 1787 unmöglich: „In Zukunft aber sei sorgfältig zu vermeiden, daß in einer Familie den neugeborenen Kindern gleiche Vornahmen ertheilt werden". Wie sei es denn möglich, bei den zahlreichen Prager Familien der Porges, Wehle und Bunzel mit bloßen 40 Arten von Vornamen auszukommen?

Eine weitere bitterliche Klage der jüdischen Bittsteller sei – wie sie behaupteten – durch den unrichtigen Abdruck des Verzeichnisses der erlaubten Namen in der Crammerschen Sammlung hervorgerufen worden, in welcher ein Teil der Namen mit großen, ein anderer Teil mit kleinen Lettern gedruckt worden sei.[14] Diese Tatsache sei die Ursache ernster Befürchtungen der Juden gewesen, ob sich nicht der freie Gebrauch der Vornamen nur auf die mit großen Lettern gedruckten Namen beziehe.[15] Daher sei der bittere Vorwurf der Juden zu begreifen, daß die Schärfe der eifervollen und eifersüchtigen Wahrung der unverstandenen josefinischen Verordnungen und des Verzeichnisses der Judennamen sich hauptsächlich gegen die deutschen Vornamen und auch gegen etliche biblische Namen, wie Salomon, David, Samuel u. ä. gewendet habe, die aus Versehen in dem Crammerschen Verzeichnisse nicht mit größeren Lettern abgedruckt seien, so daß auch diese als verboten angesehen werden könnten. „So würde man zu glauben versucht, man habe den Zweck ein moralisches Abzeichen zu erzwingen, wodurch man sogleich an seinem Nahmen den Juden erkenne, wie ehemals an den weiland gelben Lappen." Hieran schlossen die jüdischen Supplikanten eine Beschwerde gegen den Prager Magistrat an, welcher ihre Meldungen neugeborener Kinder, deren Vornamen in dem genannten Verzeichnisse nicht mit größeren Lettern oder überhaupt nicht verzeichnet waren, abgewiesen und sich dabei auf das Hofdekret vom 12. November 1787 berufen habe, dem er eine solche Auslegung gegeben habe, als ob das Verzeichnis der erlaubten jüdischen Vornamen alle Namen deutschen Ursprungs ausschlösse, ohne Rücksicht darauf, daß ihr Gebrauch mit dem Patente vom 23. Juli 1787 angeordnet wurde. Sie machten auch auf das ältere analoge Begehren des Katzau und auf seinen Rekurs gegen die Entscheidung des Magistrates, sowie auf dessen Abweisung durch das Gubernium aufmerksam, „weil die zu seinen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gunsten citirten Hofdekrete vom 23. Julii 1787 und 11./25 Oktobris desselben Jahres von älterem Datum als jenes vom 12. November 1787 sind".[16] Sie bäten deshalb, das Gubernium wolle ihre untertänige Bitte in Erwägung ziehen und ihre Beschwerde neuen Erhebungen unterwerfen.

Das Gubernium entschied aber in der Sache nicht ohne vorherige Befragung des Prager Magistrates,[17] dessen Antwort vom 7. Mai 1828[18] die Berufung auf Art. 41 des jüdischen Systemalpatentes vom 8. August 1797 und auf eine Verfügung enthielt, nach der, um willkürlichen Änderungen der Judennamen vorzubeugen, beim Konskriptionsamte ein eigenes Protokoll eingerichtet worden sei, wo die Vorsteher der jüdischen Kultusgemeinden bei der Geburt eines jeden jüdischen Knaben den Meldeschein mit der Angabe seines deutschen Vor- und seines Familiennamens abzugeben hätten. Diese Meldezettel seien nach ihrer Beglaubigung durch das Konskriptionsamt dem Gremium für die jüdischen Beschneidungen zurückgestellt worden. Diese Praxis sei ständig eingehalten worden, bis auf jene Fälle, in denen für den neugeborenen Knaben ein im Verzeichnisse der erlaubten Vornamen nicht enthaltener Namen angesucht wurde, wie dies z. B. im Falle des Katzauschen Sohnes Ludwig geschehen sei.

Um Äußerung wurde auch das Fiskalamt angegangen, dessen klarer Standpunkt für das jüdische Gesuch äußerst ungünstig lautete. Nach dessen Meinung seien den Juden nur die im Verzeichnisse vom 12. November 1787 enthaltenen Namen bewilligt worden.[19]

Erst nach Durchsicht der Gutachten des Prager Magistrates und des Fiskalamtes entschloß sich das Gubernium, das jüdische Gesuch in Verhandlung zu nehmen; es wurde ihm eine Beratung der hohen Gubernialbeamten vom 10. September 1829 gewidmet. Vorsitzender dieser Beratung war der Oberstburggraf Karl Chotek. Referent über das jüdische Gesuch war Fürst Rudolf Kinský.[20] Der Referent nahm zu der Frage der jüdischen Vornamen einen im ganzen zuwartenden Standpunkt ein. In seinem Vortrage bei der Beratung betonte er, es sei das Streben der Staatsverwaltung, die Juden so viel als möglich der übrigen Landesbevölkerung einzugliedern, und es sei auf diesem Gebiete bereits genug geleistet worden, insbesondere in der Ausbildung der Juden. Er sei im Interesse einer gänzlichen Vollendung des Juden-Emanzipationsprogrammes und auch, wie schon das Fiskalamt mit Recht hervorgehoben habe, zur Vermeidung möglicher Unzuträglichkeiten in der Staatsverwaltung der Meinung, daß die Frage dem Kaiser direkt zur Entscheidung vorgelegt werden solle, „damit bis zur Festsetzung der in Verhandlung stehenden Erweiterung der jüdischen Befugnisse das den Gebrauch jüdischer Vornamen beschränkende h. Hofdekret vom 12. November sowie

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

auch jenes vom 13. Dezember 1787 durch Aufnahme mehrerer, den gegenwärtigen Zeitumständen zusagenden deutschen Vornamen erweitert, und zu diesem Ende der Prager Magistrat angewiesen werde, die in dieses Verzeichnis aufzunehmenden neuen deutschen Vornamen binnen einer bestimmten Frist in Antrag zu bringen". Die Mehrheit der Teilnehmer an der Beratung stimmte dem Antrage des Referenten zu und beschloß, daß die hohe Landesstelle sich bei dem klaren Ausspruche der Gesetze nicht berufen halte, das vorliegende Gesuch höheren Orts zu unterstützen. Gegen die Entscheidung sprach sich nur der Gubernialrat Baron Margelik aus, dessen Separatvotum sich uns leider nicht erhalten hat. Noch am gleichen Tage gab das Gubernium dem Prager Magistrat seine Entscheidung bekannt, daß es sich nicht berufen fühle, über das Gesuch der Prager Juden zu entscheiden und daß es dasselbe der Vereinigten Hofkanzlei in Wien zur Entscheidung abtreten werde.

Es kam jedoch nicht zur Absendung des Berichtes nach Wien. Der Grund hiefür ist zwar aus dem uns erhalten gebliebenen amtlichen Material nicht gut zu ersehen, die wahrscheinlichste Erklärung wäre aber wohl, daß die Juden ihr Gesuch über Aufforderung des Guberniums selbst an den Kaiser sendeten und das Gubernium sich hernach nicht für berufen erachtete, einen besonderen Bericht nach Wien zu schicken. Ansonsten könnte auch die Ursache für die Nichtabsendung eines Gubernialberichtes nach Wien die damalige eingelebte Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Staatsverwaltung sein, bei der die Erledigung eines Aktes ein halbes Jahr und auch noch längere Zeit in Anspruch nahm. So konnte es wohl auch in unserem Falle sein, bis es sich dann schließlich herausstellen mochte, daß die Absendung des Berichtes über das jüdische Gesuch überflüssig geworden war, weil die ungeduldigen Juden inzwischen ihr Gesuch selbst an die höchsten Zentralbehörden abgeschickt hatten.

Es war dies eigentlich bereits das dritte jüdische Ansuchen, und wandte sich diesmal direkt an den Kaiser. Es war am 31. Jänner 1830 niedergeschrieben und von sechs Prager Juden unterfertigt: MUDr. Herrmann Wehle, Jacob Simon Wehle, Israel Mauthner, Jacob Lieben, Samuel Hirsch und Benjamin Katzau.[21] In dem Gesuche wurden die uns bereits bekannten Vorwürfe der Prager Juden gegen das Hofdekret vom 12. November 1787 wiederholt, ebenso die Beweise dafür, daß durch seine Herausgabe die ursprünglich verordnete freie Auswahl der deutschen Vornamen nicht eingeschränkt worden sei. Die jüdischen Supplikanten erläuterten dem Kaiser dessen Entstehung, schrieben davon, wie im Verfolge des Hofdekretes vom 11. Oktober 1787 der damalige Translator der hebräischen Sprache ein Verzeichnis der geeigneten jüdischen Namen verfaßt habe, das dann nach Wien zur Genehmigung gesendet worden sei. Das, was die Juden über das Schicksal des Tirsch'schen Verzeichnisses und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

über eine neue Sammlung erlaubter jüdischer Vornamen auseinandersetzten, ist abweichend von dem tatsächlichen Hergange der Begebenheiten, wie wir ihn nach den Gubernialakten im ersten Teile unserer Studie dargestellt haben. Das erhaltene amtliche Material bietet uns keinen Beleg, der für die Behauptungen der Juden zeugen würde. Nach den Gesuchstellern wurde mit dem Hofdekret vom 12. November 1787 angeordnet, „daß, da keine andere, als deutsche Vornamen gewählt werden dürfen, aus dem vorgelegten alphabetischen Verzeichnisse keine andere, als lediglich die in dem nachkommenden Verzeichnisse größer gedruckten deutschen Vornamen von männlichen sowohl als weiblichen Geschlechts gewählt werden, alle die übrigen aber, die nicht mit besonderen Lettern gedruckt sind, seien als verbotene Vornamen unter den ausgesetzten Strafen anzusehen". Im Original des Hofdekretes vom 12. November geschieht jedoch keine Erwähnung von einem mit zweierlei Schrifttypen gedruckten Verzeichnisse, es ist dort vielmehr im Gegenteil von den rot unterstrichenen Namen des Tirsch'schen Verzeichnisses die Rede. Es muß beigefügt werden, daß in den gedruckten Gubernialzirkularen vom 22. November 1787 und den ihnen angeschlossenen Verzeichnissen der bewilligten jüdischen Vornamen, wie sie allen interessierten Behörden und auch den Juden zugesendet worden waren, alle Namen mit den gleichen Schrifttypen gedruckt waren. Wie die Juden zu ihrer Version des Hofdekretes vom 12. November 1787 kamen, ist nicht zu erklären. Wahrscheinlich verwechselten sie das ursprüngliche Verzeichnis des Tirsch mit dem später in Wien hergestellten Abdruck davon, in dem die erlaubten Namen rot gedruckt waren, und mit dessen noch später erfolgtem Wiederabdruck in der Crammerschen Gesetzsammlung. Nach jüdischer Auslegung war es Absicht der Verordnung vom 12. November 1787, als deutsche Namen nur diejenigen anzuerkennen, die im Verzeichnisse mit größeren Typen gedruckt waren; die übrigen Namen sollten als undeutsch verboten sein. Das Verbot sollte sich auch auf die sonstigen deutschen Namen erstrecken, die ins Verzeichnis nicht aufgenommen waren. Die Juden jedoch — wie sie in ihrem Gesuche weiter schrieben — könnten nur das Grundpatent vom 23. Juli 1787 als maßgebend und gültig anerkennen. Darum hätten viele von ihnen ihren neugeborenen Kindern deutsche Namen gegeben, die in dem Verzeichnisse nicht angeführt waren. Diese Erscheinung sei namentlich bei den Prager Juden häufig gewesen. In der josefinischen Zeit sei es niemandem auch nur eingefallen, gegen eine solche Handlungsweise aufzutreten, weil der tatsächliche Inhalt und Sinn aller josefinischen Verordnungen noch in lebendiger Erinnerung gewesen sei. Erst durch den Ablauf einer so langen Zeit seien die Vorschriften in Vergessenheit geraten, ja hätten begonnen, unrichtig ausgelegt zu werden, insbesondere, wenn eine einzelne Anord-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

nung aus dem Zusammenhange mit den übrigen herausgerissen wurde. So sei es geschehen, daß die bekannte Rothsche Kompilation der politischen Gesetze, die nur Auszüge aus den Verordnungen enthalte, im 5. Teile auf Seite 96 die Verordnung vom Jahre 1787 in einem solchen Auszuge wiedergebe, als ob den Juden nur jene Namen gestattet worden wären, die in dem vom hebräischen Translator abgefaßten Verzeichnisse mit größeren Typen gedruckt erscheinen, während in Wirklichkeit das Patent vom 23. Juli und die Hofdekrete vom 11. Oktober und 12. November 1787 den Gebrauch aller deutschen Namen mit Ausnahme jener, die verboten wurden, zulassen und alle jüdischen Namen verwerfen, die nicht ins Deutsche übertragen werden können. So sei es gekommen, daß die jüngeren Beamten des Prager Magistrates und des Konskriptionsamtes, die als Hauptbehelf die Rothsche Kompilation benützen und aus eigener Erfahrung keinen Zusammenhang mehr unter den sämtlichen josefinischen Anordnungen kennen, das Ansuchen des Katzau, daß sein Sohn Ludwig genannt werden könne, abgewiesen hätten. Des weiteren berichteten dann die jüdischen Supplikanten von ihrem Ansuchen an das Gubernium vom 26. Feber 1829 und von der Anweisung, daß sie sich mit ihrem Gesuche direkt nach Wien an die Vereinigte Hofkanzlei wenden sollen. Wenn das Gubernium auf Katzaus Gesuch mit der Auslegung des Hofdekretes vom 12. November reagiert habe, daß den Juden nur die im Verzeichnisse enthaltenen Namen erlaubt worden seien, so erklären sie diese Interpretation für irrtümlich und unrichtig. Das Gubernium habe nur so dazu gelangen können, daß es die Anordnungen dieses Hofdekretes aus dem Zusammenhange mit den älteren Verordnungen riß, die Bestimmungen des Patentes vom 23. Juli und des Hofdekretes vom 11. Oktober 1787 nicht beachtete. Nach Ansicht der Gesuchsteller seien den Juden nur jene Namen untersagt, die in dem Verzeichnisse des Tirsch nicht mit großen (resp. roten) Buchstaben gedruckt erscheinen; allein jene Namen, die im Verzeichnisse überhaupt nicht vorkommen, müßten sie als zulässig und zum Gebrauche gestattet ansehen. Die Argumentation der Gesuchsteller ist die gleiche, wie in ihren früheren Gesuchen an das Gubernium: sie machen darauf aufmerksam, daß nach Abrechnung der alten, tatsächlich nicht verwendeten Namen von der Gesamtzahl bewilligter deutscher Namen etwa 40 übrigbleiben, was für die kopfreiche Prager Judenheit eine durchaus ungenügende Zahl darstelle. Sie berufen sich auf den Einleitungsartikel zum Systemalpatent vom Jahre 1797, in welchem die menschenfreundliche Entschließung des Kaisers zum Ausdruck gelangt sei, die volle Gleichberechtigung der Juden mit der übrigen, christlichen Bevölkerung durchzuführen. Sollten die Juden genötigt werden, nur bestimmte Namen zu gebrauchen, so würde das eine direkte Verletzung dieser humanen Absicht des Kaisers bedeuten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

da die Juden hiedurch von der übrigen Bevölkerung unterschieden würden. Sie fügten hinzu: „Unwillkührlich muß sich sonach jedem Israeliten das Besorgnis aufdringen, man wolle absichtlich schon in seinem Namen ein unzweideutiges Kennzeichen seines Religionsbekenntnisses feststellen, was doch gewiß und offenbar in jenem Verbote der Führung der vorgelegten Namen in dem ofterwähnten Verzeichnisse nicht beabsichtigt war; denn hätte man die Führung ursprünglich deutscher Vornamen nicht gestatten wollen, so hätte man auch Gottlieb, Johannes, Mathias, Bernhard, Benedikt unter die verbotenen stellen müssen, was doch der Fall nicht ist." Das Vorgehen der Behörden, das in einem der kaiserlichen Absicht entgegengesetzten Sinne wirke (das kulturelle Niveau der Juden zu heben und sie der christlichen Bevölkerung anzunähern), könne nicht anders bezeichnet werden als ein Auftreten gegen die wohltätigen Bestrebungen des Kaisers.[22] — Zum Schlusse faßten die jüdischen Gesuchsteller alle ihre Forderungen in dem Satze zusammen, der Kaiser geruhe, seinen Willen dahin auszusprechen, daß die Juden alle deutschen Vornamen gebrauchen dürften mit Ausnahme jener, die im Verzeichnisse vom 12. November als verboten erklärt wurden.

Der Vereinigten Hofkanzlei war jedoch die frühere Historie der Bemühungen der Prager Juden nicht bekannt, und sie sendete deshalb das jüdische Ansuchen am 14. Feber 1830 dem böhmischen Gubernium zur Äußerung zu. In Prag kam es nun abermals zu Verhandlungen des Guberniums mit dem Magistrat und dem Fiskalamt, und erst, nachdem diese ihren Standpunkt zu den jüdischen Bestrebungen wiederholt hatten, entschloß sich das Gubernium, der Vereinigten Hofkanzlei seinen Bericht einzusenden. Er war vom 28. Juli 1830 datiert und vom Gubernialrat Graf Philipp Hartmann nach vorgängiger Beratung der hohen Gubernialbeamten konzipiert worden.[23] Da der Beschluß der Beratungsteilnehmer ein einhelliger war, gab der Gubernialbericht dem Standpunkte des ganzen böhmischen Guberniums Ausdruck. Der Bericht beschränkte sich zwar auf die Zusammenfassung und Präzisierung des jüdischen Standpunktes und der uns bekannten Interpretation des Hofdekretes vom 12. November 1787, das nach Ansicht der Juden bis dahin unrichtig ausgelegt worden sei. Der Standpunkt des Guberniums zu den josefinischen Verordnungen über die jüdischen Namen war folgender: Mit dem Patente vom 23. Juli 1787 wurde den Juden untersagt, Vornamen zu gebrauchen, die dem Deutschen nicht angepaßt werden können, und es wurden Strafen festgesetzt für die ungehorsamen oder nachlässigen Rabbiner, die ihre Bücher nicht nach diesen Verordnungen führen würden. Das Gubernium ließ ein Verzeichnis von Judennamen anfertigen, von denen jedoch viele durch das Hofdekret vom 12. November ausgeschlos-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sen waren, da sie sich nicht in die deutsche Sprache übertragen ließen. Daraus folgte und wurde auch so vom Gubernium geglaubt, daß den Juden nur jene Namen zum Gebrauche gestattet wurden, die aus dem Verzeichnisse nicht ausgeschieden waren. Als dann die Juden ersuchten, daß die Zahl der erlaubten Vornamen vermehrt werde, wurde ihnen mit dem Hofdekrete vom 13. Dezember 1787 willfahrt, indem damit den Juden weitere 10 männliche und 2 weibliche Namen zugegeben wurden. Die Tatsache, daß die Juden um eine Vermehrung der Zahl der ihnen bewilligten Vornamen ersuchten, beweist, daß die Juden sich dessen bewußt waren, daß sie nur die im Verzeichnis eingetragenen Namen gebrauchen dürfen. Wenn sie überzeugt gewesen wären, daß ihnen möglich war, nach Belieben alle deutschen Namen zu verwenden, dann hätten sie sicherlich nicht um die Vermehrung der Zahl der bewilligten Vornamen angesucht. – Das Gubernium schloß seiner Äußerung alle Akten über das Verfahren wegen Vermehrung der Zahl der jüdischen Vornamen bei, vom Gesuche des Katzau angefangen, und beantragte, alle bisherigen Entscheidungen, mit denen das Gubernium auf die jüdischen Gesuche reagiert hatte, zu bestätigen,[24] und das jüdische Ansuchen abzuweisen, das so angesehen werden könne wie der Rekurs Katzaus an den Hof.

Die Vereinigte böhm.-österr. Hofkanzlei verhielt sich ganz nach dem Antrag des böhmischen Guberniums. Mittels Hofdekretes vom 26. August 1830 wurde die Entscheidung des Guberniums bestätigt, die dem Benjamin Katzau verbot, daß sein Sohn den Namen Ludwig als Vornamen gebrauche, und es wurden auch alle bisherigen Verfügungen des böhmischen Guberniums genehmigt. Dem Hofdekrete war ein Nachtrag beigefügt, der gegen fünf Prager Juden gerichtet war, welche das Gesuch an den Kaiser unterschrieben hatten: „In Ansehung der übrigen in dem Hofrekurse unterschriebenen fünf Juden, welche zur Ergreifung desselben nicht befugt waren, wird das Gubernium zur vorschriftsmäßigen Amtshandlung angewiesen." Durch Vermittlung des Prager Magistrates, dem diese Entscheidung mit Gubernialzuschrift vom 30. September 1830 zur Kenntnis gebracht worden war, gab das Gubernium den Gesuchstellern die gänzliche Abweisung ihres Gesuches bekannt.

Die Wiener höchste Stelle entschied also zu Ungunsten der Juden und genehmigte die bisherigen Interpretationen der josefinischen Anordnungen, gegen die die Juden ihre Hauptanstrengungen konzentriert hatten. Die Argumente der Juden waren nicht berücksichtigt, ihre Auslegung nicht anerkannt worden. Allein auch dieser Mißerfolg nahm den Juden nicht den Mut, im Gegenteil, er war für sie nur ein Ansporn, der ihren Eifer erweckte, in den angefangenen Bestrebungen bis zum endlichen Erfolge zu verharren. Diese Zähigkeit und Ausdauer, mit denen sie um die Gleichberechtigung ihrer Namen mit den Christen rangen, verdient

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Bewunderung und ist auch für den späteren Beobachter der Ereignisse ein Beweis dafür, daß die Beschränkung der jüdischen Freiheit in der Wahl der Vornamen wirklich sehr fühlbar war und es verdiente, daß sich die Juden in dem Bemühen, sie abzuschütteln, zu einem sich lang hinziehenden Kampfe mit einer voreingenommenen und allzusehr am Buchstaben des Gesetzes klebenden Bürokratie entschlossen. Erst nahmen den Kampf nur Einzelne auf, deren Zahl aber ständig wuchs, bis die offiziellen Repräsentanten der jüdischen Öffentlichkeit in Böhmen mobilisiert waren. Dadurch verloren die weiteren jüdischen Gesuche den Charakter privater Suppliken und wurden zu Protesten und Gesuchen der gesamten Prager und Landesjudenschaft.

Als die Prager Juden von der Vereitelung ihrer bisherigen Unternehmungen erfuhren, legten sie nicht passiv die Hände in den Schoß, sondern faßten am 13. Jänner 1831 ein neues Gesuch ab und entschieden sich dafür, es an die Vereinigte Hofkanzlei in Wien einzusenden. Zum Unterschiede von den früheren Gesuchen wurde diese ihre neue Bitte von einer großen Menge von Prager Juden unterschrieben, die so demonstrierten, daß sie hinter ihren Glaubensgenossen stehen, die schon früher um die Aufhebung der beschränkten Wahl der jüdischen Vornamen angesucht hatten.[25] Hauptinhalt des Gesuches war die Bitte, es möge angeordnet werden, daß die Juden in Gemäßheit des Patentes vom 23. Juli 1787 für ihre Kinder deutsche Vornamen ganz nach ihrem Gutdünken wählen dürfen. Auch in diesem Gesuche fingen die Juden von der josefinischen Reform an,[26] unter die auch die Anordnung gehört habe, daß die Juden verpflichtet seien, für ihre Kinder gleich nach deren Geburt gebräuchliche deutsche Vornamen zu wählen, und zwar deshalb, damit sich die jüdischen Kinder schon von Geburt an nicht von den christlichen unterscheiden, denen sie im Interesse von Fortschritt und Zivilisation gleichgestellt werden sollten. Die damaligen, im Ganzen noch wenig gebildeten Juden hätten jedoch die Wohltat des Patentes von 23. Juli 1787 noch nicht recht zu würdigen verstanden, auch seien unter den jüdischen Vorstehern gewisse Bedenken und Befürchtungen aufgetaucht, die in ihrer Bigotterie und Furcht vor Neuerungen ihre Quelle gehabt hätten, „und es erfolgte hierauf mit dem h. Hofdekret vom 12. November 1787 eine modifizirende Verordnung, nach welcher zur Beruhigung derjenigen, die damals ihren Kindern noch nicht ganz deutsche, d. i. christliche Vornamen beilegen wollten, aus einer großen Zahl nicht übersetzbarer, vom damaligen Translator vorgelegter Namen nur eine kleine Zahl ausgehoben wurde, die sich ins Deutsche übersetzen ließen und die nicht so fremdartig klangen, die also ausnahmsweise zu führen erlaubt wurden, nichtsdestoweniger blieb das Gesetz, daß jeder Familienvater seinem Kinde einen deutschen Vornamen nach beliebiger Wahl beilegen müsse,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in seiner vollen Kraft." Auch im Systemalpatente vom Jahre 1797 habe der Kaiser u. a. seinen Willen ausgesprochen, daß die jüdischen Untertanen mit den christlichen rechtlich gleichgestellt werden sollen, daß insbesondere alle jene äußeren Zeichen, welche die Juden von der übrigen Bevölkerung scheiden, wie die schlechte Sprache, ungeeignete Vor- und Familiennamen, beseitigt oder unterdrückt werden sollen. Lange Jahre hindurch seien diese Anordnungen ohne Hindernis eingehalten worden, und Tausende von Juden hätten von jener Zeit an ungehindert deutsche Namen angenommen. Erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit sei mit der Einschränkung der freien Wahl der deutschen Vornamen für die jüdischen Kinder begonnen worden, was gegen die weisen und humanen Anordnungen des Systemalpatentes verstoße. Die Behörden wollten den jüdischen Kindern jene deutschen Namen nicht gestatten, die in dem dem Hofdekrete gleichen Datums angeschlossenen Verzeichnisse der erlaubten jüdischen Namen vom 12. November 1787 nicht eingetragen sind, und sie nähmen dabei keinerlei Rücksicht auf die grundlegenden Anordnungen über die jüdischen Namen vom 23. Juli 1787, wodurch es zu großem Irrtume komme. Denn, wenn die weise josefinische Gesetzgebung im Sinne gehabt hätte, den Juden nur den Gebrauch der aus dem Hebräischen übersetzten Namen zu gestatten, dann sei nicht einzusehen, warum aus der großen Zahl von Namen, die der damalige Translator der hebräischen Sprache zur Auswahl vorgelegt hatte, nur jene 40 Namen herausgesucht und bewilligt worden wären, die im Verzeichnisse der Crammerschen Sammlung mit größeren Typen abgedruckt und die dann später in die Rothsche Sammlung übernommen worden waren, während die übrigen, als hebräisch erklärten Namen verboten worden wären, ohne Rücksicht darauf, daß es möglich war, auch diese nach gewissen Anpassungen ins Deutsche zu übersetzen. Daraus sei zu ersehen, so suchten die jüdischen Gesuchsteller nachzuweisen, daß damals niemand die jüdischen und hebräischen Namen verwenden wollte, und daß die mit dem späteren Hofdekrete bewilligten Namen nur deshalb erlaubt worden wären, um alle Bedenken der bigotten Juden zu zerstreuen. Wie hätte es auch der damaligen weisen Regierung einfallen können, zu glauben, daß fünfzigtausend böhmischen Juden die bloßen 40 bewilligten Namen genügen könnten? Sei es möglich, daß sie nicht gewußt hätte, was für Verwirrung und Unordnung daraus entstehen konnte? Sollte ferner in der gegenwärtigen Zeit der Beweggrund für die Anordnung, daß die Juden nur die aus der jüdischen Sprache geschöpften Namen gebrauchen dürfen, in dem Wunsche zu finden sein, irgendeinen sichtbaren Unterschied zwischen Juden und Christen weiterhin aufrecht zu erhalten, wäre darin ein offenkundiges Auftreten gegen das Systemalpatent zu erblicken, das angeordnet habe, daß alle die Juden von den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Christen trennenden Schranken niedergerissen werden sollen. Es könne ja vielleicht eingewendet werden, daß den Juden nicht zustehe, Namen von christlichen Heiligen, wie Marie, Josef, Johann, Mathias, Thomas, Bernhard, Bartholomäus, Anna, Cäcilie u. dgl. zu gebrauchen; dann aber hätten diese Namen in dem Verzeichnisse erlaubter Namen nicht erscheinen dürfen, dafür aber hätten darin Namen stehen sollen, wie Hugo, Eduard, Wilhelm, Eugen, Gustav, Arnold, Mathilde, Angela, Albertina, Aurelie, Klaudina, Emilie, Flora usw., die nicht Heiligennamen seien. Nach all dem Vorausgeschickten brachten die jüdischen Bittsteller ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß man den Juden eigentlich überlasse, nach ihrem Belieben irgendwelche deutschen Namen zu wählen, und daß eine Beschränkung nur für den Fall gelte, daß sie sich keinen deutschen Namen wählen wollten; in einem solchen Falle sollte ihnen das Verzeichnis erlaubter hebräischer Namen Berater sein. Um auch die Juden von der Nützlichkeit des Gebrauches christlicher Namen zu überzeugen, schreiben sie in ihrem Gesuche direkt: „Es kann für den Staat so wie für die christlichen Unterthanen unmöglich von dem mindesten Nachtheil sein, wenn die Juden sich christliche Vornamen beilegen dürfen, wohl aber ist das Verbot derselben von großem Nachtheil für den gesellschaftlichen Stand des Juden, denn noch ist bei dem gemeinen Manne das Vorurtheil gegen Juden nicht beseitigt, noch dient oft schon der Name, da er selbst ins Deutsche übersetzt, auffallend klingt, zum Spott und macht sich in Schulen, bei Lehrlingen und in so vielen anderen Gelegenheiten bemerkbar, weil schon der bloße Name bei der minder gebildeten Klasse das Vorurtheil rege macht, und auf den Besitzer desselben übel zurück wirkt." Wenn es des Kaisers Absicht gewesen wäre, die Juden auf eine kleine Zahl nichtdeutscher, aber einigermaßen verdeutschter jüdischer Namen zu beschränken, dann hätte es bis vor Kurzem nicht gestattet werden sollen, christliche Namen zu gebrauchen; es hätte in der ganzen Monarchie und in der Hauptstadt nicht geduldet werden sollen, daß den jüdischen Kindern allgemeine und ohne Beschwer auch christliche Namen gegeben wurden, so daß viele richtig jüdische Namen, wie Salomon, Moses, Isak, David usw., bereits zur Seltenheit geworden seien. Und es habe sich bisher noch kein Fall gezeigt, in welchem daraus jemandem irgendein Schaden entstanden wäre. Noch kürzlich, bei der Revision der jüdischen Familien in Böhmen, sei es niemandem auch nur eingefallen, gegen den jüdischen Gebrauch christlicher Namen aufzutreten. Das habe erst der Prager Magistrat durchzuführen begonnen, der die jüdischen Familienväter zu sich berufen und genötigt habe, die deutschen Vornamen ihrer Kinder, die diese schon viele Jahre von ihrer Geburt an getragen hätten, durch hebräische Namen zu ersetzen. Beschwerden an den Magistrat seien vergeblich gewesen. Nunmehr aber

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

hofften die Gesuchsteller dennoch, daß zu ihren Gunsten werde entschieden werden, indem die Vereinigte Hofkanzlei entscheiden werde, daß das Hofdekret vom 12. November 1787 einen bloßen Nachtrag zum Grundpatente über die Judennamen vom 23. Juli 1787 darstellt, und daß den jüdischen Vätern erlaubt werden wird, ihren Kindern nach Belieben deutsche Namen zu geben.

Das Schicksal dieses Gesuches war ein etwas anderes als das der früheren Gesuche; es wurde nämlich nicht für sich allein abgesendet, sondern von den Vorstehern der Prager Judengemeinde zurückgehalten, die sich an die Spitze der jüdischen Petition stellten und durch das Gewicht ihrer Autorität sich bemühten, eine günstigere Lösung der Frage der jüdischen Vornamen zu erzielen. So trat das Gesuch denn seine Reise nach Wien erst im Juni 1831 als Beilage zu einem ähnlichen ausführlichen Ansuchen der Vorsteher der Prager jüdischen Gemeinde vom 15. Juni 1831 an. Daher betraf das weitere Amtsverfahren beide Gesuche gemeinsam. Auch dieses Ansuchen[27] suchte nicht die Hauptstütze seiner Argumente nur in dem Nachweise der Unrichtigkeit der amtlichen Auslegung des Hofdekretes vom 12. November 1787, sondern benützte mit Erfolg einige Bestimmungen des jüdischen Systemalpatentes aus dem Jahre 1797, um damit die unrichtige Durchführung der josefinischen Verordnungen, die sich in den letzten Jahren zum Schaden der Juden breitgemacht habe, zunichte zu machen. In dieser Hinsicht hatte es viel Gemeinsames mit dem Gesuche vom 13. Jänner desselben Jahres. Beide verband auch die Forderung, daß die jüdischen Väter für ihre Kinder nach Belieben deutsche Namen wählen dürften. Die jüdischen Vorsteher erbrachten den Nachweis, *daß es keine Anordnung gebe, die die freie Wahl der Juden bei der Auswahl der Vornamen einschränken würde, daß eine solche früher gar nicht zustande kommen konnte und daß eine solche Verordnung nur unselige Folgen haben könnte.* Sie stützten die Bestreitung der Existenz einer die freie Wahl der jüdischen Vornamen beschränkenden Verordnung hauptsächlich auf den Hinweis auf den gesamten Geist der josefinischen Judenreformen, deren Zweck vor Allem die Annäherung und rechtliche Gleichstellung der Juden mit den Christen gewesen sei; es würde auch dem Geiste des Systemalpatentes widersprechen, in dessen Einleitungsabschnitte der Wille des Kaisers wiederholt werde, die Juden mit den Christen auf die gleiche Rechtsstufe zu stellen.[28] Die josefinischen Verordnungen und ihr Kampf gegen den jüdischen Jargon, dessen Einfluß sich in den Vornamenformen geltend gemacht habe, seien, obwohl sie von den edelsten Menschlichkeitsbestrebungen inspiriert gewesen seien, bei manchen jüdischen Zeitgenossen auf Widerstand und Unverständnis gestoßen, was dann den Anlaß zur Herausgabe des Verzeichnisses der Judennamen gegeben habe. „Verjährte Gewohnheiten und rabinische

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Orthodoxie aber kämpften mit allem Eifer gegen diese wohlthätige und weise Neuerung, und eine spätere Verordnung legte ihnen ein Verzeichnis aller Bibelnamen des alten und neuen Testaments, d. h. des Judenthums und des alten Christenthums nach der deutschen Aussprache oder nach ihrer deutschen Übersetzung zur beliebigen Auswahl vor." Aber infolge des allmählichen Aussterbens der alten jüdischen Generation und der wachsenden Bildung und Aufklärung unter den jüngeren Juden sei der anfängliche Widerstand der Juden gegen die deutschen Namen mehr und mehr gewichen, bis er ganz aufgehört habe, und die jüdischen Väter ihren Kindern besser klingende deutsche Vornamen ohne Rücksicht darauf, ob sie in dem Verzeichnisse der erlaubten Namen eingetragen waren, gegeben hätten. „Niemand fand irgend einen Anstoß gegen diese Namenbelegung, bis ein Mißverständnis der Redaktion der rothischen Gesetzsammlung diese ursprünglich humane Verordnung durch eine veränderte Textierung entstellte." Dieses *Mißverständnis der Redaktion der Rothschen Sammlung* erhelle deutlich nach Durchsicht des Verzeichnisses der bewilligten Namen. Das Verzeichnis jüdischer Namen von Tirsch sei durch Hofdekret vom 12. November 1787 zurückgewiesen worden, da es zum großen Teile jüdische Namen enthalten habe, die sich nicht ins Deutsche fügten und die nur von den Juden verstanden worden seien. Nach dieser Verordnung sei es unzweifelhaft, daß die Juden alle Namen gebrauchen dürfen, die nicht nur sie verstehen, d. h., daß sie alle rein deutschen, christlichen und nationalen Namen gebrauchen dürfen. Allein das Menschlichkeitsgefühl des Gesetzgebers habe den konservativen Juden, die noch an dem alten jüdischen Herkommen hangen, zeigen wollen, daß es nicht Zweck des Gesetzes war, sie in ihrem Gewissen einzuschränken und daß es ihnen möglich sei, auch die alten beliebten jüdischen, von den Vorfahren ererbten Namen zu gebrauchen, von denen eine deutsche Form gebildet werden könne. Diese Auswahl von Namen sei jedoch frei von jeglicher Engherzigkeit gewesen, die etwa hätte den Juden die Möglichkeit benehmen wollen, Namen von Kalenderheiligen zu wählen, denn sonst hätten doch in das Verzeichnis der erlaubten Namen nicht die Namen heiliger Evangelisten, der Apostel Andreas und Bartholomäus und des ursprünglich altdeutschen Heiligen Bernhard, aufgenommen werden können. Dem damaligen Translator lasse sich aber ausstellen, daß er vergessen habe, in seinem Verzeichnisvorschlag zahlreiche biblische Namen aufzunehmen, worauf die jüdischen Würdenträger mit Recht aufmerksam machten. So sei im Verzeichnisse der Name Gottlieb eingetragen, der seinem Klang und seiner Bedeutung nach deutschen Ursprungs sei, jedoch als freie deutsche Übersetzung des hebräischen Namens Jedidiach und des griechischen Theophilos angesehen werden könne. Dagegen sei im Verzeichnisse der Name Gottfried nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

enthalten, der die getreue Übersetzung des hebräischen Sebenjahu[29] sei. Sei es denn möglich, daß dieser Namen nun den Juden deshalb verboten sein soll, weil der seinerzeitige Translator der hebräischen Sprache an ihn vergessen hatte? „Aber die Aufnahme dieses Namens wird durch den Analogismus nunmehr überflüßig; denn, da die Namen der Evangelisten, der Apostel und einiger Heiligen im alphabetischen Namenschema als Cynosur schon verzeichnet sind, so kann nunmehr jeder andere deutsche Kalendername durch logischen Ähnlichkeitsschluß von den Israeliten angenommen werden. Noch beweislicher tritt dieser Schluß in dem Schema der Weibernamen hervor, wo solche christliche Namen wie Aspasia, Cäcilia, Dorothea, Iphigenia und mehrere vorkommen, die weder in den mosaischen noch evangelischen Zeiten herrschend, sondern ursprünglich heidnisch waren, und erst nach Verbreitung der Christuslehre und nach errungenen Märtyrerthume oder sonst verdienter Heiligsprechung zum Kalendernamen erhoben wurden."

In einem weiteren Teile ihres Gesuches machten die jüdischen Vorsteher auf die schädlichen und unheilvollen Folgen der bisherigen Verordnungen und ihrer Durchführung aufmerksam. Eine Beschränkung der Zahl der jüdischen Vornamen könnte vor Allem verheerend auf die Moral der christlichen Jugend wirken und den Anstoß zum Wiederaufleben der kaum vergessenen Parodien auf die biblischen Namen geben, wie Mauschel, Schmul u. ä., und in den niederen Volksschichten wieder den schädlichen Keim ansteckenden Hasses des Pöbels gegen die Juden hervorrufen. „Ebenso würde eine spätere Generation der Israeliten Trost in dem Wahne finden, daß das Verbot der Führung gewisser christlicher Namen sich von den Rabbinen aus den früheren finsteren Zeiten herschreibe, und das Vorurtheil erzeugen und nähren, daß jede rabbinische Anordnung von dem Schicksal selbst sanktioniert werde, und wie schädlich ein solcher Glaube, oder ein solches Vorurtheil auf das moralische Gefühl wirken könnte, bedarf wohl keiner Erörterung." Und was für Irrtümer und Verwirrungen könnten in den amtlichen Matriken und in den jüdischen Familienverzeichnissen entstehen, zu was für Wirren und Mißverständnissen könne es kommen, wenn alle jüdischen Familien in dem Bemühen, alle unhübsch klingenden jüdischen Namen zu vermeiden, nur die karge Zahl gestatteter deutscher Namen gebrauchen würden? Die Gefahr von Verwirrungen drohe am meisten jenen jüdischen Familien, deren Geschlechtsnamen in der jüdischen Bevölkerung bereits durch viele Familien und Geschlechter in Verwendung sei, wie z. B. die Namen Frankel, Wehle, Wertheim, Bondy u. a. Das Hauptargument zur Unterstützung ihres Standpunktes verlegten die Prager jüdischen Vorsteher in den Schlußabsatz ihres Gesuches, der um seiner Wichtigkeit willen verdient, im ursprünglichen Wortlaute zitiert zu werden: „Mögen diese

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

demüthigst gemachten Vorstellungen, so wie die in dem beiliegenden unterthänigsten Gesuche der ansehnlichsten Gemeindemitglieder aufgestellten Motive bei einer hohen k. k. Hofkanzlei Eingang finden, möge der seit Decenien eingeführte und fortgeführte Gebrauch endlich eine Sanktion erhalten, die er sich bei den Israeliten in Wien und den übrigen k. k. österreichischen Staaten bereits erworben hat, damit diese als Gesetz nicht existierende Namenseinschränkung nach den Grundsätzen der Humanität und der philanthropischen Gesinnung, welche die hohe k. k. Hofstelle jederzeit beurkundet, auch in Böhmen gänzlich aufgehoben, und die Berichtigung der von der Redaktion der rothischen Gesetzsammlung für Böhmen veränderten Textierung gnädigst veranlaßt werden."

Beide jüdischen Gesuche enthielten eine Menge gewichtiger Beweise zu Gunsten des freien Gebrauches aller deutschen Vornamen durch die Juden. Durch die Absendung des Gesuches nach Wien war nur der leichteste Teil der Aktion abgeschlossen worden, die auf ihre volle Beendigung noch einige Jahre warten ließ und noch durch mancherlei Enttäuschungen erkauft werden mußte. Die Schuld an der schleppenden und langwierigen Erledigungsweise des Gesuches trug das damalige langsame Amtstempo der landesfürstlichen Behörden. In Wien jedoch hielt sich das jüdische Ansuchen nicht lange auf; schon am 16. Juli wurde es dem böhmischen Gubernium nach Prag eingesendet, damit dieses sich dazu äußere.[30] So wurde denn die Verhandlung über die rechtliche Gleichstellung der Juden in der Frage der freien Vornamenwahl wiederum nach Prag zurückverlegt, wo ihm große Aufmerksamkeit geschenkt wurde, wenn auch nicht in so rascher und unmittelbarer Art, wie es bei einer so wichtigen Frage hätte vorausgesetzt werden können. Das Gubernium hätte wohl bereits am 4. August 1831 über das jüdische Gesuch verhandeln sollen, aber in Wirklichkeit widmete es sich ihm erst ein halbes Jahr später, Ende März (wahrscheinlich am 30. März 1832). Referent über das jüdische Gesuch war abermals der Gubernialrat Hartmann,[31] dessen den Juden zwar ungünstige Meinung dennoch die Art und Weise kennzeichnete, wie die jüdische Frage behandelt werden sollte. Hartmann ging in seinem Referate von dem ablehnenden Hofdekrete vom 26. August 1830 aus, mit welchem alle Auslegungen der Juden, als berechtige sie das Patent von 23. Juli 1787 zum Gebrauche aller deutschen Vornamen, abgewiesen worden seien. Hartmann stellte sich grundsätzlich gegen die jüdische Forderung, daß die Juden alle christlichen Namen führen dürfen. Sei es doch in keinem Lande gestattet, daß die Bekenner eines fremden, geduldeten Glaubens die Vornamen der herrschenden Religion annehmen dürfen. In Böhmen käme es zu Unruhen, wenn irgendein Jude als seinen Vornamen den Namen der Landespatrone Wenzel oder Johann, deren Andenken er nicht ehrt, annähme. Darum empfahl Hart-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

mann: „Um jedoch alles irgend zulässige zu gestatten, wäre hohen Orts für die Juden auf die höchste Ermächtigung anzutragen, alle jene deutsche Vornamen führen zu dürfen, welche entweder in sich einen Sinn tragen, oder wenn gleich auch Namen christlicher Heiligen, doch auch schon vor dem Christenthume den Juden eigen waren: deren Verzeichnis dann um hohe Genehmigung eingesendet werden würde." Die Beratung des Guberniums genehmigte den Hartmannschen Vorschlag nur mit Stimmenmehrheit und mit dem Beisatze, daß allsogleich mit den Arbeiten zur Abfassung eines neuen Verzeichnisses der jüdischen Namen begonnen werden solle. Vier Gubernialräte beantragten eine andere Lösung. Während Kronenfels empfahl, das jüdische Gesuch ganz abzuweisen, sprachen sich seine Kollegen Breinl und Pöting dafür aus, den Juden durchaus zu willfahren. Einen konservativen Standpunkt nahm der Baron Margelik ein, nämlich, daß den Juden nur die alten biblischen Namen gestattet werden sollen. Das Ergebnis der Beratung war, daß am 30. März 1832 eine Zuschrift des Guberniums an den Prager Magistrat konzipiert wurde, welch letzterem aufgetragen wurde, den Prager jüdischen Vorstehern zu verordnen, daß sie im Einverständnisse mit den jüdischen Oberjuristen ein Verzeichnis solcher deutscher Namen aufstellen sollen, die in sich irgendeinen Sinn enthalten oder irgendeine Bedeutung haben; sollten dies aber auch Namen christlicher Heiliger sein, wäre durch Belegstellen aus dem alten Testamente nachzuweisen, daß sie auch für die Juden einen Wert haben.

Der Magistrat verhielt sich nach den Anordnungen des Guberniums und gab die Gubernialverordnung den Prager jüdischen Vorstehern und dem jüdischen Oberjuristen Landau[32] bekannt, die alsbald begannen, an ihren Gutachten und den Verzeichnissen geeigneter deutscher Namen zu arbeiten. Der Oberjurist Landau war mit seinem Gutachten schon am 7. Juli fertig, an welchem Tage er es den jüdischen Vorstehern übergab. Es war unvollständig, da es kein Verzeichnis enthielt und sich bloß über einige Namen äußerte. Es ist dadurch bemerkenswert, daß es eine Auseinandersetzung darüber enthielt, auf welche Art die Juden bereits in den biblischen Zeiten ihre Personennamen gewählt hätten. So behauptete Landau nach dem alten Testamente, daß der Herr den ersten Menschen deshalb Adam genannt habe, weil er ihn aus Erde geformt habe (Adam = Erde) und dessen Genossin Eva (Chava) darum, weil sie die Mutter aller kommenden Generationen werden sollte. Über die Art der Wahl der jüdischen Namen in biblischen Zeiten schrieb Landau Folgendes: „Wir finden sodann ferner, daß die ersten Menschengeschlechter und hernach die Patriarchen immer ihren Kindern bei der Geburt Namen beilegten, die auf eine veranlassende Ursache, Gelegenheit und dergleichen sich gründeten, so daß der gegebene Namen mit dem Worte, welches die

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Veranlassung anzeugt, analog war, und wenn wir im alten Testamente ja Namen finden, wo ihre Bedeutung nicht angeführt ist, und daher solche nicht wissen, so muß wahrscheinlich dennoch immer eine Veranlassung dagewesen sein, warum man diesen oder jenen so oder so nannte." Aus dem alten Testamente erführen wir auch, daß die Juden, wenn sie unter fremden Völkern lebten und dort Würden und Ämter annahmen, auch die einheimischen Namen gebrauchten. („So gab der König Pharo Joseph den egyptischen Namen Zophnath Pancach u. dgl. m.") Als die Juden dann später als selbständiger Staat mit den übrigen Nationen in regen Verkehr traten, von denen sie später abhängig geworden seien, hätten sie auch die Namen dieser Völker verwendet. Viele hervorragende jüdische Männer und namhafte Rabbiner hätten mit Vorliebe babylonische, persische, arabische, griechische und lateinische Vornamen geführt. „Und als das Christenthum entstand, die Israeliten keinen Anstand nahmen, ihren Kindern den Namen des Stifters und dessen Aposteln zu geben, so wie damals noch heute sich viele Israeliten Jesu, Johann, Peter und dergleichen sich nannten und noch nennen." Aus dem Talmud und anderen späteren jüdischen Kirchenschriften sei zu ersehen, daß die Juden bei der Wahl ihrer Namen nie auf die biblischen Namen beschränkt gewesen seien, im Gegenteil, sie hätten auch die Namen anderer Völker und die Namen christlicher Heiliger gebraucht und gebrauchen können, und diese Namen seien auch von ihnen geschätzt worden.[33] Auf welche Art nichtjüdische Namen unter den Juden entstanden und welchen Ansehens sie sich bei ihnen erfreuten, weist Landau an dem Namen Alexander nach: Als nämlich Alexander der Große auf seinen großen Eroberungszügen gegen Jerusalem zog und sich anschickte, es einzunehmen, habe sich ein jüdischer Fürst, Juda der Gerechte, aus der Stadt zu ihm begeben, um ihn vom Angriffe auf Stadt und Tempel abzuhalten. Er wies ihm nach, daß die Einnahme der Stadt keineswegs zu seinem Ruhme ausschlagen werde; es würde vielmehr diesem eher förderlich sein, wenn er sich zu der bedrohten Stadt edelmütig verhielte und sie verschonte. Die Juden aber würden niemals dieser großmütigen und edlen Gesinnung vergessen, zu deren Gedächtnis alle in diesem Jahre in Jerusalem geborenen Knaben Alexander genannt werden würden. Der große Alexander habe sich der Stadt erbarmt, die angebotene Ehrung angenommen und sei weitergezogen. In jenem Jahre hätten alle in Jerusalem geborenen Knaben bei der Beschneidung den Namen Alexander erhalten. Landau fügte hinzu, daß dieser Name sich bis heute unter den Juden großer Beliebtheit und Achtung, besonders bei den Nachkommen des Stammes Aron, erfreue. Landau benützte das Beispiel des Namens Alexander, um darzutun, daß die Juden schon von urdenklichen Zeiten an nicht an den biblischen Namen festhielten, sondern daß sie in reichem Maße auch die Namen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

fremder Völker und fremder Heiliger gebrauchten, wovon es zahlreiche Belege an den Namen vieler hervorragender Mitglieder der jüdischen Nation gebe. Dadurch sei es auch begreiflich und erklärlich, daß sie nach der Entstehung des Christentums begonnen hätten, auch einzelne Namen von christlichen Heiligen, wie Johann, Peter, Thaddäus u. a. zu gebrauchen, die für sie den gleichen Wert gehabt und bei ihnen das gleiche Ansehen genossen hätten wie die alten biblischen Namen. So sei es auch noch bis jetzt. Darum sei in der Tatsache, daß ein Jude irgendeinen christlichen Namen als seinen Vornamen gebrauche oder gebrauchen werde, keinerlei Mißachtung oder Profanation des Andenkens des betreffenden Heiligen zu erblicken. Landau habe deshalb kein Verzeichnis von Namen nach den vom Gubernium gestellten Bedingungen abgefaßt, da er von seinem Standpunkte aus eine solche Zusammenstellung für unmöglich erachtet habe.

Landaus Gutachten, das durch Vermittlung der Prager jüdischen Vorsteher und des Prager Magistrates dem Gubernium übermittelt wurde, fand daselbst vollständige Ablehnung. Entscheidend hiefür war insbesondere die Behauptung Landaus, daß den Juden der Gebrauch aller christlichen Namen, den Namen Jesu nicht ausgenommen, gestattet werden könnte. Auch wirkte es unliebsam, daß Landau das verlangte Verzeichnis deutscher, auf dem alten Testamente basierender Namen oder solcher Namen, die irgendeine Bedeutung beinhalten, nicht beigestellt hatte. Landau wurde daher durch Vermittlung des Magistrates[34] aufgefordert, seiner Verpflichtung nachzukommen und dem Gubernium das verlangte Verzeichnis zu übersenden, gleichzeitig sich über jenes Verzeichnis zu äußern, das die Prager jüdischen Vorsteher aufgestellt und dem Gubernium am 12. Juni 1832 zugesendet hatten.[35]

Mit der Ausfertigung des Namensverzeichnisses entsprachen die Prager jüdischen Vorsteher der Anordnung des Guberniums vom 30. März 1832.[36] In dem begleitenden Gutachten, das sie dem Verzeichnisse anschlossen, sprachen sie sich über einzelne Probleme aus, die ihnen bei der Zusammenstellung des Verzeichnisses begegnet waren, und machten auf manche Fehler und Mängel des alten Verzeichnisses vom 12. November 1787 aufmerksam. Sie verwiesen z. B. darauf, daß in das Verzeichnis der Name Agnes aufgenommen wurde, ohne Rücksicht darauf, daß er heidnischen Ursprungs sei und die Etymologen seine Bedeutung nicht erklären könnten. Ähnlich sei in das Verzeichnis der Name des heiligen Paul aufgenommen worden, der sich vor der Taufe Saul genannt habe, während der biblische Name Saul ausgelassen worden sei. Es sei auch schwer zu erklären, warum den Juden der weibliche Name Nikolaja bewilligt und der männliche Name Nikolaus abgelehnt wurde. Ähnlich verhalte es sich mit dem männlichen Namen Angelus, der gestattet

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wurde, indes seine weibliche Form Angelika verboten worden sei. Aus diesen Beispielen sei zu ersehen, daß es Zweck der Aufstellung des Verzeichnisses erlaubter Namen gewesen sei „den damaligen Juden, die aus Vorurtheil und Gewohnheit an ihren verdorbenen Namen hingen, paradigmatisch eine Musterkarte von Namen in die Hände zu geben." Darum sei vorher ein alphabetisches Verzeichnis aller ihrer Entstellungen abgedruckt worden, die damit unter Strafe verboten worden seien. Erst dann sei für die des Deutschen unkundigen Juden das Verzeichnis der geeigneten und gestatteten Namen erstellt worden.[37] Erst nachdem die jüdischen Vorsteher diese Bemerkung vorausgeschickt hatten, gaben sie bekannt, daß sie entsprechend der Gubernialverordnung ein Verzeichnis männlicher und weiblicher Namen mit deren Erläuterung und einem Wörterverzeichnis einsenden, das sie nach Adelungs Wörterbuch (Grammatisch-kritisches Wörterbuch der hochdeutschen Mundart) und den Arbeiten anderer Etymologen zusammengestellt hätten. Zu den einzelnen Namen waren Analogien mit hebräischen Namen aus dem alten Testamente beigefügt, die mit einer genauen Zitierung der betreffenden Bücher, Kapitel und Verse belegt waren.[38] Zu dem Berichte aber fügten sie hinzu: „Diese alphabetische Verzeichnisse sind auch nur *paradigmatisch* verfaßt, weil sie sonst zu voluminös geworden wären; denn es dürfte kein Name in irgend einer Sprache vorhanden sein, dessen Wortbedeutung nicht in einem biblischen Namen des alten Testamentes gefunden werden sollte." Das Gutachten schloß mit der Bitte, den Juden den Gebrauch aller besser klingenden deutschen Namen als Vornamen zu gestatten, damit die böhmischen Juden so den Juden in den übrigen österreichischen Ländern gleichgestellt würden.

Landau, der aufgefordert worden war, sich über die von den Prager jüdischen Vorstehern verfaßten Namensverzeichnisse zu äußern, benützte diese Gelegenheit dazu, um seinen Standpunkt, den er in seinem ersten Gutachten vom 7. Juni 1832 ausgesprochen hatte, zu verteidigen. Er wiederholte, daß sich die nichtjüdischen Namen bisher bei den Juden der gleichen Achtung und Vorliebe erfreuten wie die biblischen Namen, und daß Beispiele hiefür bereits aus der ältesten jüdischen Urzeit bekannt seien und Belege dazu im Talmud gefunden werden könnten. Dabei betonte er neuerlich das Recht der Juden, alle Namen zu gebrauchen und wies abermals die Aufgabe zurück, ein Verzeichnis passender Namen, die die Juden sollten gebrauchen dürfen, zu verfassen. In einem weiteren Teile seines Berichtes brachte er sein Urteil über das von den Prager jüdischen Vorstehern abgefaßte Namensverzeichnis zum Ausdruck. Gleich zu Anfang seiner Beurteilung erklärte er im Sinne seiner früheren Behauptungen, daß er die Namen dieses Verzeichnisses nicht als irgendwelche, bei den Juden besonders geachtete und beliebte Namen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ansehen könne.[39] Trotzdem erklärte er das Verzeichnis für annehmbar, fügte aber bei, daß darin so manche Namen fehlen, die irgendeine Bedeutung hätten oder mit biblischen Namen analog sein könnten. So sei in dem Verzeichnisse der Prager jüdischen Vorsteher der Name Hieronymus nicht enthalten, der in der Bibel unter den Formen Jehonan oder Jonan auftrete und im Französischen Jerôme laute. Im Verzeichnisse fehlten ferner der Name Lucian, der nach Landau die gleiche Bedeutung und denselben Sinn hat wie der talmudische Name Meyr oder Meyer, weiter die Namen Lucie, Esther, Susanne, Rosa u. a. Er bemerkt daher, daß er zwar mit dem Verzeichnisse der Prager jüdischen Vorsteher übereinstimme, aber sogleich aufmerksam machen müsse, daß auch Namen, die nicht im Verzeichnisse stehen, für die Juden Wert und Bedeutung besitzen, und daß diese auch etymologisch nachgewiesen und erklärt werden könnten. Das Namensverzeichnis, zu dessen Abfassung er aufgefordert worden war, schicke er deshalb nicht ein, weil die Juden alle deutschen Namen gebrauchen dürften.

Landau und die Prager jüdischen Vorsteher unterhandelten mit dem Gubernium durch Vermittlung des Prager Magistrates, der am 8. Oktober 1832 dem Gubernium die zweite Äußerung Landaus übermittelte. Die Widersetzlichkeit und der Ungehorsam Landaus, die von dem korrekten Vorgehen der Prager jüdischen Vorsteher eigentümlich abstachen, riefen beim Gubernium starken Unwillen hervor, der sich in der strikten Anordnung kundgab, daß der Magistrat dem Landau eine scharfe Rüge wegen Ungehorsams erteilen und die beiden Prager Juristen auffordern solle, das verlangte Verzeichnis binnen 14 Tagen so aufzustellen, wie es die Gubernialverordnung vom 30. März 1832 verlangt hätte.

Die Gubernialverordnung war klar, und Landau getraute sich daher nicht zu protestieren und weiterhin an seinem Standpunkte festzuhalten; er stellte deshalb gemeinsam mit dem zweiten Juristen Samuel Freund ein umfangreiches Verzeichnis von Namen zusammen, bei denen eine Analogie mit biblischen Namen nachweisbar war oder die irgendeine Bedeutung oder einen Sinn hatten.[40] Allein die Unterwerfung Landaus war nur eine formelle; mit der Absendung zweier Verzeichnisse von männlichen und weiblichen Namen wurde nur demonstriert. Im Übrigen verharrte Landau auf seinen Behauptungen und wiederholte sie in dem Begleitberichte vom 13. Dezember 1832, „daß bei den Israeliten alle Namen ohne Unterschied in gleichem Werthe und in gleicher Achtung stehen und kein Vorzug zwischen einem biblischen oder einem anderen Namen stattfinde." Landau brachte auch wieder vor, daß die Juden ganze zwei Jahrtausende hindurch die Namen fremder Völker und Religionen verwenden, wofür in den jüdischen Religionsbüchern (Talmud, Midrasch, Sohar) Belege zu finden seien. Er fügte bei, „daß kein Israelite

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

bei der Beilegung eines Namens seines Kindes jemals auf den Sinn oder die Bedeutung, welche dieser Namen hat oder haben könnte, vielweniger aber auf eine ethymologische Herhohlung desselben denkt oder beachtet, als auch endlich alle Namen, welche sie auch sein mögen, eine ethymologische Analyse aushalten können, da das Feld der Ethymologie besonders in phylologischer Hinsicht so groß ist, und analoge Bedeutungen von einer Sprache zu einer andern hingeholt, den geübten Phylologen durch ethymologische Kunstgriffe anzugeben, immer zu Gebothe stehen." Landau erinnerte deshalb an die Uneinheitlichkeit der Auslegung mancher Namen bei verschiedenen Etymologen und Philologen, die er bei Herstellung des Verzeichnisses benützt hätte (Luther, Beemann, Scaleger, Alexander ab Alexandro, Reiner, Heinsius, Voss, Gesenius, Winer, De Wette, Wiarda, Adelung, Wolke, Schenk u. a.). Damit suchte er seinen früheren Ungehorsam zu entschuldigen, daß er nicht gleich die verlangten Verzeichnisse abgegeben hatte. Am Schlusse fügte er noch hinzu, daß seine Verzeichnisse nicht alle, von den Juden gebrauchten fremden Namen enthielten, weil er nicht Zeit gehabt habe, ein so eingehendes Verzeichnis herzustellen.

Mit der Abgabe der Verzeichnisse war aber die Frage der freien Wahl der jüdischen Vornamen noch nicht erledigt. Das Gubernium begnügte sich nicht mit den bloßen jüdischen Auslegungen über Etymologie, Sinn und Bedeutung der einzelnen Namen, sondern erbat sich noch eine Beurteilung durch den damaligen amtlichen Translator der hebräischen Sprache, Universitätskustos Karl Fischer.[41] Sein Urteil war günstig, enthielt eine Bewunderung für die Gelehrsamkeit der Autoren des Verzeichnisses und empfahl, daß den Juden der Gebrauch der besser klingenden deutschen Namen gestattet werde und daß ihnen die gleichen Rechte vergönnt werden mögen, wie sie ihre Glaubensgenossen in den übrigen österreichischen Ländern genössen.[42]

Dies geschah bereits zu einer Zeit, da die Juden, die vor Ungeduld brannten, wie ihr Gesuch vom 13. Jänner 1831 erledigt werden würde, am 29. April 1833 der Vereinigten Hofkanzlei in Wien ein Urgenzgesuch zusandten, in dem sie auf den Inhalt ihres alten Ansuchens, dessen Erledigung sie nicht erhalten könnten, aufmerksam machten. Sie baten von Neuem inständig, ihr erstes Gesuch und die darin enthaltenen Gründe wohlwollend anzusehen und ihnen bald die Entscheidung bekanntzugeben.[43] Natürlich trat die Vereinigte Hofkanzlei die jüdische Urgenz abermals dem böhmischen Gubernium ab und forderte es auf, einen Bericht zu erstatten. Damit gab sie ihm zu verstehen, es möge sich mit der Frage der jüdischen Vornamen intensiver beschäftigen, die bereits seit mehr als fünf Jahren Gegenstand behördlichen Verfahrens sei.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Unter dem Einflusse dieser Urgenz entwickelte das Gubernium eine erhöhte Tätigkeit. Im August 1833 unterwarf es insbesondere die Landauschen Verzeichnisse von Namen, von denen es einige ausschied, sorgfältiger Erwägung, gelangte aber zu keiner endgültigen Redaktion der Verzeichnisse.[44] Wichtig war es auch, daß das Gubernium es für passend hielt, auch das Prager erzbischöfliche Konsistorium in die Aktion einzuweihen, und es ersuchte, seinen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Es tat dies mit einer Zuschrift an das Konsistorium vom 28. November 1833, in dem es von den Bemühungen der Juden schrieb, christliche Namen gebrauchen zu dürfen, sowie von den Namensverzeichnissen, die die Juden zu diesem Zwecke ausgearbeitet hätten, und von den Richtlinien, nach welchen sie abgefaßt worden seien. Das Konsistorium wolle sich darüber äußern, wie es sich zu dem Vorschlage stelle, daß die Juden auch die Namen christlicher Heiliger als Vornamen gebrauchen dürften. Zugleich deutete ihm das Gubernium bereits an, daß es im Ganzen dem jüdischen Ansuchen nicht günstig gegenüberstehe.

„Es war schon lang ein Ärger für fromme Katholiken gewesen, die Namen der von ihnen hochgefeierten und verehrten Heiligen von den Juden dadurch profaniert zu sehen, daß dieselben sie ihren Kindern beilegen, und diese dem Namen nach Christen scheinen, aber Juden sind und bleiben." Mit diesen Worten begann die ausführliche Äußerung des Prager erzbischöflichen Konsistoriums vom 9. Jänner 1834, und damit war bereits der äußerst ablehnende Standpunkt der höchsten katholischen Institution in Böhmen gegenüber den gesteigerten Forderungen der Juden, auch die Namen der christlichen Heiligen als ihre Vornamen gebrauchen zu dürfen, gekennzeichnet. Mit diesem einleitenden Absatz ist der Inhalt der 11 enggeschriebenen Seiten der Konsistorialäußerung, die bedenklich in die jüdische Aktion eingreifen konnte, am besten charakterisiert. Das Konsistorium, so schrieb es in seinem Gutachten, begrüße mit Freuden diese Gelegenheit, um sich über die vorgelegte Frage öffentlich ungünstig äußern zu können, und das umsomehr, als das Gubernium selber die Unzulässigkeit einer absoluten Genehmigung der jüdischen Bitte anerkenne. Die Entrüstung des Konsistoriums steigerte sich noch bei der Erwähnung der jüdischen Namensverzeichnisse, die, anstatt Aufstellungen alttestamentarischer Namen zu enthalten, die Juden und Christen eigen wären, hauptsächlich nur Namen von Heiligen umfasse, die erst im neuen Testamente erscheinen, Namen von Märtyrern, die vom Judentum und Heidentum zur Lehre Christi übergetreten wären. Die jüdischen Namensverzeichnisse seien daher tendenziös, enthielten Namen erst kürzlich kanonisierter Heiliger, die sie mit willkürlicher Etymologie und Philologie analysierten, in dem Streben, deren Namen oder doch wenigstens eine Analogie zu ihnen schon im alten Testamente

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

zu finden usw. Die Juden stützten ihre Gesuche hauptsächlich auf zwei Argumente: Sie beriefen sich auf den Einleitungsartikel des Systemalpatentes aus dem Jahre 1797 und die daselbst grundsätzlich verkündete Gleichberechtigung der Juden, und sie machten auf die historische Tatsache aufmerksam, die sie aus ihren Religionsbüchern erweisen wollten, daß es niemals eine Verordnung gegeben habe, nach welcher die Juden verpflichtet gewesen wären, nur biblische Namen zu gebrauchen, daß vielmehr im Gegenteil viele hervorragende jüdische Männer persische, griechische, lateinische usw. Namen getragen und nach der Entstehung des Christentums auch christliche Namen verwendet hätten. Diese beiden Hauptgründe der jüdischen Gesuche waren auch Hauptgegenstand der Aufmerksamkeit des Prager erzbischöflichen Konsistoriums, welches den Hauptteil seiner Äußerung der Widerlegung jener Gründe widmete. So widerlegte das Konsistorium die jüdische Argumentation mit deren Berufung auf den einleitenden Absatz zum Systemalpatente durch den Hinweis, daß im Systemalpatente über die religiöse Stellung der Juden überhaupt nichts erwähnt wird, daß es vielmehr nur Bestimmungen über deren bürgerlichen Beruf enthalte.[45] Zwischen den Begriffen religiös und bürgerlich sei doch ein gewaltiger Unterschied![46] Und dabei behaupteten die Juden, daß sie sich nach dem Willen des Gesetzgebers richten, wenn sie den Kindern christliche Namen geben, weil sie sich damit den Christen annähern. Die christliche Kirche sei in ihren Dogmen fest und geschlossen. Wer ihr Mitglied sein will, müsse alle ihre Dogmen annehmen und aus vollem Herzen Christ werden. Die Kirche kenne kein Geschäftemachen und Handeln und könne auch nicht einen Buchstaben von ihren Grundsätzen, ihren Glaubenslehren, Einrichtungen und Heilmitteln nachlassen. „Sie kann auch eine Annäherung nicht annehmen, weder dulden, daß man dieses Wort im Verhältnisse zu ihr gebrauche, sondern sie muß streng von allen, die außer ihr sind, geschieden bleiben." Die Annäherung ist ihr ebenso ein Gräuel wie das Halbchristentum. Wenn ein Mensch etwas sein wolle, müsse er es wirklich sein und nicht nur den bloßen Anschein erwecken, denn das bedeute soviel wie nicht sein. Das Systemalpatent betreffe ferner, nach der Behauptung des Konsistoriums, nur die bürgerliche Gleichstellung der Juden und deren politischer Verhältnisse, während die religiösen Belange daraus vollständig ausgeschlossen seien. Ähnlich verhalte es sich auch mit dem Artikel 16 der deutschen Vereinsakte, die der Versammlung eines deutschen Vereines auferlegt habe, über die Reform der Judengesetze in Deutschland im Sinne der vollen Judenemanzipation Erwägungen anzustellen. Auch hier handle es sich – das Konsistorium betont dies besonders – um die Frage der bürgerlichen Besserstellung der Bekenner des jüdischen Glaubens. Der religiöse Standpunkt bleibe in der Vereinsakte bei Seite

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und werde darin überhaupt nicht erwähnt. Im Systemalpatente handle zwar dessen Artikel 41 von den jüdischen Namen, aber es werde dort überhaupt nicht behauptet, daß den Juden gestattet sei, christliche Namen als Vornamen zu gebrauchen. Im weiteren Verlauf seiner Äußerung widmet das Konsistorium den josefinischen Gesetzen aus dem Jahre 1787 seine Aufmerksamkeit im Ganzen in dem Sinne, wie ihn das Gubernium verstanden hatte, indem es mit den Behauptungen der jüdischen Ältesten polemisierte, wonach die Juden nach diesen Gesetzen nur deutsche, d. i. christliche Namen gebrauchen dürften, und daß es kein Gesetz gebe, das die freie Wahl ihrer Vornamen einschränken würde. Dieser Behauptung widerspreche jedoch der ausdrückliche Wortlaut der Gesetze, wie sie in der Rothschen Sammlung abgedruckt seien. Die Juden fechte das aber nicht an. Sie wendeten ein, daß die Rothschen Gesetzesauszüge unrichtig seien. Daß dem nicht so ist, bezeugte das Konsistorium durch den Hinweis darauf, daß in der Trattnerschen Sammlung von Gesetzen und Verordnungen Josefs II. (Band 7, S. 434, Z. 479) bei der Zitierung des Hofdekretes vom 12. November 1787 der Vorbehalt stehe, daß die Juden nur die in dem Verzeichnisse genannten Namen benützen dürften und daß der Gebrauch anderer Namen ihnen bei Strafe verboten sei. Es bemerkt, daß die Trattnersche Sammlung die vollständigste und halboffiziell sei; bei Roth sei die Verordnung ebenso abgedruckt. Eine Abweichung finde sich nur in der Zitierung der ersten zwei Zeilen des sachlichen Teiles im Text des Hofdekretes.[47] Aus den Bestimmungen des Hofdekretes vom 12. November 1787 sei doch klar zu ersehen, daß die Juden auf eine bestimmte Zahl von deutschen Namen beschränkt gewesen seien und daß ihnen sonach nicht erlaubt sei, alle christlichen Namen zu gebrauchen. Diese Beschränkung der freien Namenwahl sei auch in dem Hofdekrete vom 13. Dezember 1787, mit welchem die Zahl der erlaubten Namen vermehrt wurde, anerkannt und bestätigt worden. Sein Wortlaut habe notwendig die vorangegangene Einschränkung der freien Auswahl der Namen zur Voraussetzung, denn es könnte sonst nicht die Bestimmung enthalten, daß die Juden noch einige weitere deutsche Namen gebrauchen können. Der ablehnende Standpunkt des Konsistoriums ging so weit, daß es sich sogar gegen den Gebrauch jener christlichen Namen aussprach, die den Juden im Jahre 1787 bewilligt worden waren. Nach der kirchlichen Lehre würden solche Menschen Heilige, die in ihrem Leben eine große Beharrlichkeit im Glauben bekundet, in dem sie trotz aller Schwierigkeiten im Leben bis zum Ende verharrt hätten, bis sie zu dem Rechte gelangt wären, in das Reich Gottes einzugehen und an den ewigen Freuden Anteil zu nehmen. Wir bringen ihnen Verehrung entgegen, weil ihre Würde und Größe im Vergleich zu den gewöhnlichen Sterblichen eine

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu erhabene ist, und wir ehren sie deshalb, weil wir in ihnen Gott unsere Verehrung bezeugten, bei dem sie für uns bäten und fürsprächen. Die Kirche fordere ihre Verehrung, wovon einen Teil der Gebrauch der Namen der Heiligen durch die Gläubigen darstelle, die sich nach dem leuchtenden Beispiele ihrer Patrone zu richten hätten. Mit dieser, freilich sehr weit ausgesponnenen Begründung suchte das Konsistorium zu erweisen, wie unzulässig es sei, daß die Juden christliche Namen gebrauchen dürften, die ja für sie nicht den Wert haben könnten wie für die Christen. „Wozu die Beilegung der christlichen Heiligen-Namen von Seite der Juden benützt werden will: sagen die Judenvorsteher, sie wollen ihren Kindern Namen von großen weltberühmten Männern geben, und dabei sei es ihnen eins, ob diese Männer Heiden, Juden oder Christen seien, oder diese Namen von Eigenschaften entlehnen, die das Gemüth und die Lust aussprechen und Gefallen erregen, ohne sich etwas dabei zu denken." So wollten sie ihren Kindern den Namen des Perserkönigs Darius geben, den Namen des Welteroberers Alexander, die Namen Jesus und Maria, oder Namen wie Hadrian, der hebräisch „der Schöne" heiße, Agathon (der Gute), Alex (der Geflügelte), Adele (die Schöne, Edle), Aglaja (Glanz, Schönheit), Amalia (die Fleißige) u. dgl. Hier bestehe die ernstliche Gefahr einer Profanation Gottes und seiner Beleidigung. Schuld daran werde aber nicht nur derjenige tragen, der sich in sie einläßt, sondern auch der, welcher sie duldet und nicht unterdrückt. Dazu verkündete das Konsistorium noch feierlich: „So würde nach der eben dargestellten Blasphemie nicht bloß der Jude, der seinen Kindern christliche Heiligen-Namen gibt, sondern auch das Consistorium derselben schuldig werden, wenn es ein Gesetz durchgehen ließe, das eine Blasphemie vorbereitet, da wo es Gelegenheit hat, dieses zu verwehren, und aufgefordert ist, seinen Widerspruch dagegen einzulegen und das Fürsterzbischöfl. Capit. Consistorium thut dieses anmit auf das feierlichste, indem es vor Gott und seinem Gewissen erklärt, daß es bei den christlichen Heiligen schuldige Verehrung gegen jede abusive Namensbeilegung von denselben für Judenkinder durch seinen Einspruch verwahrt." (!) Allein auch daran hatte das Konsistorium noch nicht genug. Es machte darauf aufmerksam, daß in den Hofdekreten vom 12. November und 13. Dezember 1787 den Juden viele Namen christlicher Heiliger (Bernhard, Damian, Lukas, Markus, Veit, Agathe, Aspasia, Barbara, Cäcilie, Dorothea, Iphigenie, Julie, Lucie, Nikolaja, Regine, Rosa, Rosalie, Klara u. a.) bewilligt worden seien. Es sei bekannt, daß diese Hofdekrete zu einer Zeit herausgekommen wären, in welcher viel gegen die Interessen der Kirche unternommen worden sei, was später wieder aufgehoben worden sei oder an dessen Aufhebung man denke. Aber einer Änderung der Verordnungen über die Judennamen sei bisher auch nicht einmal

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Erwähnung getan worden. „Man darf bei den gegenwärtigen bedrängten Zeitverhältnissen, wo der irreligiöse Geist alles überfluthet, und die stärkste Kraft des Widerstandes demselben entgegengestellt werden muß, wie solche auch wirklich in keinem christlich-katholischen Staate mehr, als in unserem Österreich, entgegengestellt wird, als gewieß annehmen, daß diese Ansicht Billigung finden, und *die Heiligen-Namen von der Liste gestrichen würden*."

Ein weiterer Teil der Äußerung des Prager erzbischöflichen Konsistoriums wendete sich gegen die jüdischen Beweise und Hinweise, daß niemals in der jüdischen Vergangenheit irgendeine Verordnung bestanden hätte, die den Juden auferlegt haben würde, nur biblische Namen zu gebrauchen, und daß viele hervorragende Juden persische, griechische, lateinische und überhaupt fremde Namen getragen hätten. Vom kirchlichen Standpunkte sei ja gegen diese jüdischen Beweise nichts einzuwenden, da es dem Konsistorium lediglich um den Schutz der Namen der Kirchenheiligen gegen Profanation gehe. Die Juden könnten nach Belieben ihren Kindern die Namen persischer, griechischer und anderer Helden geben. Dazu bemerkte das Konsistorium ironisch: „So lächerlich es auch klingen mag, wenn Juden-Kinder solche Heldennamen führen werden, da man weiß, daß der Jud wohl zu allem, nur zu keinem Helden, nicht einmal zu einem herzhaften Soldaten sich schickt." Die Juden hätten ursprünglich ein Verzeichnis jüdischer biblischer Namen ausarbeiten und dem Gubernium vorlegen sollen. Da sie solches nicht getan, sondern im Gegenteil ein Verzeichnis christlicher Heiligennamen abgegeben hätten, übernehme das Konsistorium diese Arbeit für sie; es stellte auch selbst ein Verzeichnis jüdischer biblischer Namen auf, die in den Verzeichnissen vom Jahre 1787 vorkommen, und schickte es mit seinem Gutachten dem Gubernium zu. Es waren dies alles alte jüdische Namen, die fast unbekannt und exotisch waren (wie Abdemeluch, Abiathar, Baana, Dathan, Eglon u. a.), die sich für das XIX. Jahrhundert nicht eigneten und durch ihre Eigenart jeden aufmerksam machen mußten, daß ihr Träger ein Jude ist.[48] Und von diesen Namen verkündete das Konsistorium: „Alle diese Namen sind große Namen, weil sie in der Heil. Schrift für alle ewigen Zeiten aufbewahrt zu werden, wichtig befunden wurden; und durch die gesetzliche Verfügung zum Gebrauche derselben als Vornamen wird dem Bedürfnisse durchaus gesteuert, worüber sich die Judenvorsteher beschweren." So würde die Zahl der jüdischen Vornamen erheblich vermehrt, über deren ungenügende Anzahl sich die Juden bitter beschwert hätten, und das noch dazu um lauter alte, alttestamentarische Namen. Dafür aber verlangte das Konsistorium, daß aus den bisherigen Verzeichnissen alle christlichen Namen ausgeschieden werden sollten, die den Juden bereits in den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

josefinischen Zeiten bewilligt worden waren. Es wurde die Ausscheidung von 28 männlichen (Adam, Alexander, Angelus, Balthasar, Barnabas, Bartholomäus, Benedikt, Bernhard, Damian, Emanuel, Phillipp, Gabriel, Gottlieb, Joachim, Jakob, Johann, Josef, Lukas, Markus, Matthias, Michael, Andreas, Paul, Raffael, Thaddäus, Thomas, Veit und Zacharias) und von 25 weiblichen Namen (Agathe, Elisabeth, Amalie, Agnes, Anna, Asphasia (sic!), Barbara, Cäcilie, Dorothea, Eva, Iphigenie, Johanna, Julie, Klara, Lea, Lucie, Magdalena, Marie, Martha, Nikolaja, Paula, Regina, Rosalie, Rosa und Susanne) verlangt, deren weiterer Gebrauch den Juden untersagt werden solle. Durch Zusammenlegung des erübrigten Teiles von Namen der Verzeichnisse aus dem Jahre 1787 mit dem Verzeichnisse von Namen, die das Prager erzbischöfliche Konsistorium für die Juden ausgesucht habe, werde eine große Menge von Namen (342 männliche und 45 weibliche Namen) entstehen, welche die Juden bei der Wahl von Vornamen für ihre Kinder würden nach Belieben verwenden können. Dadurch werde auch der Hauptanlaß zu den Klagen über den Mangel an Namen und die Androhung von Unzukömmlichkeiten entfallen, die durch die geringe Zahl bewilligter und gebrauchter Vornamen angeblich entstehen könnten. Das Konsistorium empfahl, wenn auch diese so beträchtliche Zahl dem jüdischen Bedürfnisse nicht genügen sollte, sie um die persischen, griechischen und lateinischen Namen zu erweitern, die die Juden einst auch gebraucht hätten. Das lasse sich so durchführen, daß die Juden aufgefordert würden, ein derartiges Namenverzeichnis auszufertigen, das allerdings dem Konsistorium zur Genehmigung und auch zu dem Zwecke vorgelegt werden müßte, damit es feststelle, ob darin nicht irgendwelche christlichen Namen enthalten wären. Ferner könnten die weiblichen Namen auch noch so vermehrt werden, daß den männlichen Namen die weibliche Endung -a hinzugefügt würde (z. B. der Name Abdemeluch wäre die Grundlage für den weiblichen Namen Abdemelucha u. ä.). — Zum Schlusse beantragte das Konsistorium Strafen für die Nichteinhaltung dieser Anordnungen, ähnlich wie sie das Patent vom 23. Juli 1787 festgesetzt habe, und verlangte, daß dem Konsistorium die Verzeichnisse der geborenen jüdischen Kinder und die amtlichen Bücher über die jüdische Population von Zeit zu Zeit zur Kontrolle übermittelt werden sollen, damit festgestellt werden könne, wie die Gesetze über die Namen eingehalten werden.

Mit der Absendung der Konsistorialäußerung an das böhmische Gubernium und deren Annahme waren die vorbereitenden Arbeiten, die zur definitiven Erledigung der Frage der jüdischen Vornamen nötig waren, beendet. Das Gubernium hatte nunmehr Gutachten pro und contra zur Hand und konnte über die Berechtigung der jüdischen Be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

weise und die Einwendungen des Konsistoriums sein Urteil abgeben. Der Generalreferent Rat Hartmann prüfte gewissenhaft die einzelnen Beweise, die Einwände und alle eingelangten Namenverzeichnisse und faßte die bisherige Entwicklung aller Verhandlungen über die Regelung der Judennamen in dem von uns erörterten Sinne zusammen. Er sprach seine Überzeugung dahin aus, daß zwar nach den Gesetzen vom Jahre 1787 den Juden der Gebrauch hebräischer Namen verboten, daß aber ihre freie Wahl der Vornamen durch die Hofdekrete vom 12. November und 13. Dezember 1787, in denen ein Teil der von den Juden begehrten Namen gegeben sei, eingeschränkt worden sei. Nach seinem Dafürhalten sei die Befürchtung der Juden unbegründet, daß die Beschränkung der freien Wahl jüdischer Namen auf ihre Stellung im Lande ungünstig einwirken könnte, da die Achtung vor Leuten sich nicht auf ihre Namen, sondern auf ihre Eigenschaften gründe. Dem vom erzbischöflichen Konsistorium vorgeschlagenen Namenverzeichnisse gegenüber nahm Hartmann eine durchaus ablehnende Stellung ein, da es veraltete und unverständliche Namen enthalte und dadurch mit dem geltenden Gesetze vom 23. Juli 1787 im Widerspruche stehe. Er lehnte auch den Antrag des Konsistoriums ab, den Juden den Gebrauch christlicher Namen jüdischen Ursprungs überhaupt zu untersagen, weil dies unmöglich sei; im Übrigen habe der bisherige gemeinsame Gebrauch derselben durch Juden und Christen bislang in religiöser Beziehung keinerlei üble Folgen gehabt. Dagegen erkannte Hartmann an, daß bei dem Populationswachstum der jüdischen Bevölkerung im Lande die Anzahl der erlaubten jüdischen Namen wirklich eine unbedeutende sei, und daß deren Unzulänglichkeit besonders zu Tage trete, wenn wir bedenken, daß es eine große Menge jüdischer Familien gibt, welche gleiche Geschlechtsnamen tragen. Er beantragte deshalb, daß die Zahl der erlaubten Namen vermehrt und deren Verzeichnis dem Kaiser zur Genehmigung eingesendet werden möge. Er entnahm die Namen größtenteils den vorgelegten jüdischen Verzeichnissen. Im Ganzen empfahl er 81 neue männliche und 60 weibliche Namen, für welche möglich sei, eine Analogie im alten Testamente zu finden, oder die irgendeinen Sinn ausdrückten oder irgendeinen Inhalt hätten.[49] Der Beschluß des Guberniums über Hartmanns Antrag war ein einhelliger.[50] Der Bericht nach Wien wurde noch am gleichen Tage, dem 31. Juli 1834 (Z. 4973) niedergeschrieben. Die Antwort aus Wien langte erst im November 1834 ein und tat von dem neuen, vom Gubernium vorgeschlagenen Verzeichnisse jüdischer Namen überhaupt keine Erwähnung. Das Hofdekret vom 6. November 1834[51] erinnerte daran, daß das Patent vom 23. Juli 1787 ausdrücklich verbiete, daß die Juden fremde und unverständliche Namen gebrauchen, und daß es im Gegenteile ausdrücklich den Gebrauch deutscher Vornamen vorge-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

schrieben habe. Daher sei auf Grund dieses Patentes den Juden, ähnlich wie in den übrigen österreichischen Provinzen, gestattet, ihren neugeborenen Kindern nach Belieben deutsche Vornamen zu geben. Jedoch wird nicht erlaubt daß die Juden ihre einmal gewählten Namen ändern.

Das Hofdekret vom 6. November entschied somit zu Gunsten der Juden, aber sein Text war allzu knapp, so daß er zu gewissen Zweifeln Anlaß gab, deren Hauptquelle in der Erwähnung des Patentes vom 23. Juli 1787 lag. Dadurch kam es, daß die Frage der endgültigen Regelung der jüdischen Vornamen noch nicht ganz gelöst erschien und zum Gegenstande weiterer Erwägungen und Verhandlungen der interessierten Behörden wurde. Besondere Zweifel rief es hervor, daß in dem Hofdekrete keine Erwähnung der christlichen Namen geschah, vielmehr nur von deutschen Namen die Rede war, deren Gebrauch den Juden bewilligt wurde. Diese Zweifel gaben Anlaß zu einer neuen Beratung der Mitglieder des böhmischen Guberniums vom 3. Jänner 1835.[52] Der Referent Hartmann faßte von neuem die Entwicklung der ganzen Frage in einer kurzen Skizze zusammen und arbeitete eine neue Übersicht über die Entwicklung der josefinischen Verordnungen aus. Uns allerdings interessiert am meisten sein Schlußantrag, den ich eben um dieses Interesses willen im Originalwortlaute zitiere: „Referent glaubt hienach, daß die Landesstelle in der angeordneten Amtshandlung nach dem a. h. Patente vom 23. Juli 1787 nicht weiter gehen könne, als den hierländigen Israeliten die Annahme aller jener — in dem Hofberichte vom 31. Juli v. J. Z. 4973 genannten – Vornamen zu gestatten, welche sie entweder aus dem alten Testamente mit uns gemeinschaftlich ehren, oder welche in sich selbst eine Bedeutung in deutscher Sprache tragen." Über den Hartmannschen Antrag entspann sich auf der Beratung eine lebhafte Debatte, bei der die Räte Breinl und Kronenfels den Referenten unterstützten, während der Gubernialreferent in religiösen Angelegenheiten empfahl, daß der status quo beibehalten werde, und nachwies, daß auch das letzte Hofdekret so ausgelegt werden müsse. Der Gubernialrat Herget sprach sich für die Abweisung der jüdischen Gesuche aus. Das Ergebnis der Beratung war, daß das Gubernium den Prager Magistrat (am 3. Jänner 1835) aufforderte, den Juden den Inhalt des Hofdekretes vom 6. November 1834 mit dem Beifügen bekanntzugeben, daß ihr Ansuchen um freien Gebrauch christlicher Namen unter Hinweis auf die bisherigen Anordnungen vom 23. Juli 1787 abgewiesen worden sei.

Die Prager Juden hatten eine solche Erledigung ihres Gesuches nicht erwartet und waren deshalb unzufrieden. Ihnen genügte die Hervorhebung des Patentes vom 23. Juli 1787 nicht, sie wollten, daß ihnen eine ausdrückliche Bewilligung zum freien Gebrauche der christlichen Namen erteilt werde, und schritten deshalb in der begonnenen Aktion weiter fort.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Am 22. Feber 1835 übergaben 11 Prager Juden[53] dem böhmischen Gubernium ein neues Gesuch mit der Bitte, das Gubernium möge den Prager Magistrat belehren, daß den Juden der Gebrauch aller deutschen Namen als Vornamen gestattet sei. Es war dies eigentlich eine weitere Beschwerde über den Prager Magistrat, der seine Ablehnung von Anmeldungen jüdischer Neugeborener fortsetzte, soferne sie anders benannt wurden, als es die josefinischen Vorschriften gestatteten. In der Beschwerde wurden die uns bereits bekannten Argumente über die Zusammengehörigkeit aller Verordnungen aus dem Jahre 1787, die voneinander nicht zu trennen seien, wiederholt. Neu war nur, daß sich die Juden auf das verhältnismäßig nicht lange bestehende Hofdekret vom 6. November 1834 beriefen und daß sie dessen genauen Wortlaut kannten, den sie in ihrer Beschwerde zitierten. Der Zitierung fügten sie hinzu: „So scheint es, das der löbl. prager Magistrat diese a. h. Weisung mißverstehe oder gar nicht erhalten habe." Und sie fuhren fort: Da es ferner sehr wichtig sei, was für einen Namen der Mensch hat, und da es nicht der Wille des Kaisers sei, den Juden allgemein den Gebrauch deutscher Namen zu verbieten, ersuchten die Unterfertigten im Namen der gesamten Prager Judenschaft, daß das Gubernium den Magistrat über den wahren Sinn des Hofdekretes vom 6. November 1834 belehre, das den Juden den freien Gebrauch der deutschen Namen ähnlich wie sie die Juden in den übrigen Provinzen der österreichischen Monarchie gebrauchen, gestatte. Das Gubernium entsprach den Juden, obwohl es selbst gewisse Bedenken hatte, und erinnerte unterm 14. März 1835 den Prager Magistrat, daß er die Anordnungen des Hofdekretes vom 6. November 1834 zu beobachten habe.

Auf einmal erhielt aber das Gubernium eine neue Klage gegen den Prager Magistrat. Deren Autor war diesmal eine Einzelperson, der Prager Handelsmann Marcus Wiener, der sich am 12. April 1835 beschwerte, daß der Magistrat seinen Antrag, daß der ihm vor kurzem geborene Sohn Ferdinand heißen solle, abgewiesen habe. Der Magistrat ging in diesem Falle ebenso vor, wie vor Jahren im Falle des Katzauschen Sohnes Ludwig. Er lehnte es ab, die Anmeldung des Wiener entgegenzunehmen, wobei er aufmerksam machte, daß der Name Ferdinand in dem bislang geltenden Verzeichnisse erlaubter jüdischer Namen nicht vorkomme. Die Beweise der Wienerschen Beschwerde waren ähnlich den Beweisen aller früheren jüdischen Gesuche und Beschwerden, mit denen es auch den Hinweis gemein hatte, daß die Magistratsbeamten bei der Erledigung der jüdischen Meldungen über die Namen der jüdischen Neugeborenen nur die Rothsche Kompilation der politischen Gesetze benützen, die aber infolge ihrer Unvollständigkeit zu ganz unrichtigen Auslegungen Anlaß gebe. Wiener suchte auch das Beginnen des Prager

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Magistrates durch die Hervorhebung anzuschwärzen, daß in seinem Falle der Magistrat den Kaisernamen abgelehnt habe, und machte darauf aufmerksam, daß die frühere Benennung jüdischer Kinder mit den Namen herrschender Kaiser (Josef, Franz) ein Ausfluß der jüdischen Dankbarkeit für all deren segensreiche Verordnungen gewesen sei. Auch bei Wieners Beschwerde war es auffallend, daß er in seinen Argumentationen den Wortlaut des Hofdekretes vom 6. November 1834 benützte, was in Kreisen der Gubernialbeamten berechtigten Verdacht hervorrief.

Das Gubernium forderte, so wie es dies bei den früheren Gesuchen getan hatte, den Prager Magistrat auf, sich über die Beschwerde zu äußern. In der an den Magistrat gerichteten Zuschrift vom 28. April 1835 sprach es seinen Standpunkt zu den josefinischen Gesetzen über die jüdischen Vornamen dahin aus, daß eigentlich für die Wahl jüdischer Vornamen nur solche Namen in Betracht kämen, die in den Beilagen zu den Hofdekreten vom 12. November und 13. Dezember 1787 enthalten waren, und daß erst nach dem Hofdekrete vom 6. November 1834, das dem Magistrat am 3. Jänner intimiert worden sei, die Praxis nach dem Patente vom 23. Juli 1787 eingeführt werde. Dabei interessierte es das Gubernium am meisten, auf welche Weise die genaue Stilisierung des Beginnes des Hofdekretes vom 6. November in Wieners Hände gelangt war.

Der Magistrat leitete bereitwillig Erhebungen ein. Er verhörte den M. Wiener, der die Schuld auf Dr. Likawetz, den Schreiber seiner Beschwerde, schob. Auch Likawetz wurde einvernommen und ebenso die Tochter des vor kurzem verstorbenen Vorstehers der Prager jüdischen Gemeinde Pisslink, Esther, die angeben sollte, auf welche Weise der genaue Text des Hofdekretes vom 6. November 1834 in die Hände der Prager Juden gelangt sei, ob das nicht Schuld einer amtlichen Indiskretion ihres Vaters gewesen wäre. Die Nachforschungen waren aber vergeblich, ähnlich wie auch die Wienersche Beschwerde vergeblich blieb, die auf Empfehlung des Magistrates abgewiesen wurde.[54] Das ältere Gesuch der 11 Prager Juden vom 22. Feber 1835 wurde zwar nicht abgewiesen, es wurde ihm aber auch nicht stattgegeben; es blieb unerledigt.

Die Mißerfolge der Prager Juden, von denen ihre beim Gubernium eingebrachten Gesuche und Beschwerden begleitet waren, erschütterten nicht im geringsten die Zähigkeit und Ausdauer der Gesuchsteller, mit der sie das gesteckte Ziel verfolgten. Hatte der Weg zur Erledigung vermittels des böhmischen Guberniums fehlgeschlagen, so waren sie nicht verlegen und wandten sich direkt nach Wien an die Vereinigte Hofkanzlei, der sie am 16. November 1835 ein neues Gesuch zusendeten, in dem sie baten, im Geiste der Bestimmungen des Patentes vom

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

23. Juli 1787 ihren Kindern frei deutsche Namen geben zu dürfen. Das Gesuch war namens der gesamten Prager Judenschaft von 11 der ersten Prager Juden unterschrieben.[55] Sie setzten darin auseinander, was für eine Freude sie seinerzeit gehabt hätten, als ihnen der Inhalt des Hofdekretes vom 6. November 1834 gemeldet wurde, und was für eine Enttäuschung sie erfahren hätten, als das Prager Konskriptionsamt sein bisheriges Vorgehen gegen die Juden in nichts änderte, sondern in der Ablehnung von Meldungen solcher jüdischer Kinder, deren Namen nicht nach den josefinischen Verzeichnissen ausgewählt worden waren, fortfuhr. Sie schrieben von der Vergeblichkeit ihrer Interventionen beim Prager Magistrate und beim Gubernium, das sie gebeten hätten, den Magistrat zu belehren, wie nach dem Gesetze vorzugehen sei. Und wiederum kehrten sie zu den Beweisen aus dem Jahre 1787 zurück, die sie sorgfältig zu einer Kette anordneten, deren einzelne Glieder enge miteinander zusammenhingen, nur um nachzuweisen, daß durch die nachträglichen Verordnungen aus dem Jahre 1787 die grundsätzlich bewilligte freie Wahl der deutschen Vornamen in nichts eingeschränkt worden sei. Es ist bei der Tendenz des jüdischen Ansuchens selbstverständlich, daß sein Hauptstreben wiederum gegen die berühmten Namenverzeichnisse vom 12. November und 18. Dezember 1787 konzentriert war. Ihr Tenor ging dahin, die vereinigte Hofkanzlei wolle das böhmische Gubernium aufmerksam machen, daß es nach den Bestimmungen des Patentes vom 23. Juli 1787 dem Willen und der Wahl der Juden überlassen bleibe, welche deutschen Vornamen sie ihren Kindern geben wollen. Dabei vergaßen sie nicht, in das Schlußpetit den Passus einzufügen, daß es sich ihnen um die Bewilligung aller deutschen Namen handle.[56] In Wien jedoch begnügte man sich, ähnlich wie bei der Behandlung der früheren Gesuche, mit der bloßen Entgegennahme des jüdischen Ansuchens (es langte am 19. November 1835 ein), das fast postwendend dem böhmischen Gubernium zugesendet wurde, damit es dazu seinen Standpunkt einnehme.

Die Frage der Gleichberechtigung der Juden bei der Wahl der Vornamen trat in ihr Endstadium ein. Wie in Wien war man sich auch in Prag dessen bewußt, daß mit dem steten Hinausschieben kein Ausweg aus der schwierigen Situation gefunden werden könne, und daß es endlich einmal nötig sein werde, energisch einzugreifen, um allen Unklarheiten und Zweifeln, in denen alle bisherigen Gesetze über die jüdischen Vornamen herumgetappt waren, ein Ende zu bereiten. In Prag wurde auf einer Beratung des Guberniums vom 28. März 1836 über die Sache neuerlich verhandelt.[57] Referent war abermals der uns bereits bekannte Rat Hartmann, mit dessen Votum wir uns nunmehr näher bekanntmachen wollen. Hartmann legte wie gewöhnlich seinen Amtskollegen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

einen Auszug aus dem jüdischen Gesuche vor und machte unter dessen Argumenten namentlich auf die Behauptung aufmerksam, daß die Rothsche Gesetzeskompilation die Hauptveranlassung sei, warum der Prager Magistrat die Meldungen der jüdischen Neugeborenen mit beliebig ausgewählten deutschen Vornamen, ablehne. Bei der Verteidigung des bisherigen Gubernialstandpunktes wies er auf seine älteren Relationen und Gutachten hin,[58] und insbesondere auf das Hofdekret vom 6. November 1834, das er so interpretierte, daß sich die freie Verwendung von Vornamen nur auf die deutschen und nicht auch auf die christlichen Namen beziehe. Da jedoch eine zweifache Auslegung der letzteren Verordnung möglich sei, beantragte Hartmann, daß das Gubernium die Vereinigte Hofkanzlei um die Belehrung ersuchen möge, „ob selbe die a. h. Weisung, nach welcher die Juden, statt unverständlicher jüdischer, deutsche Vornamen anzunehmen haben, richtig dahin auslege, daß den Juden bei der Beschneidung wohl die Beilegung solcher Vornamen, welche wie Herrmann, deutschen Ursprungs sind, oder, wie Gottlieb, Gottfried, Fröhlich u. d. g. eine Bedeutung in sich tragen, gestattet sei, oder ob sie auch alle übrige christliche Taufnamen annehmen dürfen." Alle Gubernialmitglieder stimmten dem Referentenvorschlage zu, zu dessen Texte der Oberstburggraf Chotek einen Satz vermerkte, der eine vollständige Abwendung von der bisherigen ablehnenden Haltung des Guberniums zu den jüdischen Gesuchen bedeutete und den wir um seiner Bedeutung willen in Gänze hier zitieren. Chotek gab zu dem Schlußsatze der Hartmannschen Wohlmeinung, die zugleich das Konzept des Gutachtens des Guberniums an die Vereinigte Hofkanzlei bildete, folgende wichtigen Worte von sich: „Dieser letzten Meinung (d. h., das Recht der Juden, auch christliche Namen als Vornamen benützen zu dürfen) ist insbesondere der unterzeichnete Oberst Burggraf, weil man nicht wohl begreifen kann, warum, wenn die Juden die heiligsten Nahmen wie Maria, Joseph und die Nahmen der Aposteln tragen dürfen, ihnen die Nahmen anderer Heiligen untersagt sein sollen. Es liegt gewiß in der Absicht der Staats Verwaltung, die strengen Scheidewände, die zwischen Juden und Christen bestehen, verschwinden zu machen, und der Unterzeichnete ist überzeugt, daß diese an sich nicht bedeutende Begünstigung von der gesammten Judenschaft mit Dank erkannt werden würde." Und mit diesem warmen Beisatze Choteks wanderte der noch am selben Tage niedergeschriebene Bericht an die Vereinigte Hofkanzlei nach Wien, wo ebenfalls die Stimmung vorbereitet war, den jüdischen Gesuchen zu willfahren.

Dieser geänderten Sinnesweise gab sodann das wichtige Hofdekret vom 20. Juli 1836 Ausdruck, das ausdrücklich festsetzte, „*sind die Israeliten nicht zu beschränken, alle beliebigen deutschen Vornamen zu*

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

führen, ohne solche, deren sich auch Christen bedienen, davon auszunehmen, nur darf diesen Vornamen kein solcher Beisatz beigefügt werden, durch welchen diese Vornamen ausschließend die Bezeichnung eines christlichen Heiligen würde.[59]" Einen Nachtrag zu dieser Verordnung bildete das spätere Hofdekret vom 22. Dezember 1837,[60] das eine Belehrung über die Führung der jüdischen Matriken enthielt (bes. § 21), dahingehend, daß deren Verwalter keine anderen als deutsche Namen eintragen dürfen.

Die Juden hatten einen Erfolg errungen: die ausdrückliche Bewilligung, bei der Wahl ihrer Vornamen auch christliche Namen gebrauchen zu dürfen. Ihre Zähigkeit hatte die verdienten Früchte getragen. Die Entscheidung war deutlich und wurde auch in den folgenden Jahren gebührend beobachtet, so daß die Juden keine weitere Gelegenheit hatten, sich über Beschränkungen der Freiheit und über die Nichtbeachtung der Verordnungen zu beschweren. Nur in Jungbunzlau kam es zu einem gewissen Mißverständnisse, dessen Veranlassung eine Beschwerde des dortigen jüdischen Matrikenverwalters Simon Fischel gegen den Jungbunzlauer Magistrat war. Es handelte sich um eine verschiedentliche Auslegung der letzten Verordnung und eine verschiedene Auffassung über deren Verhältnis zu den alten josefinischen Vorschriften. In diesen Stritt griff das Gubernium mit seiner Entscheidung vom 27. Feber 1838 ein, womit es dem Jungbunzlauer Kreishauptmann zu verstehen gab, daß das frühere Hofdekret vom 12. November 1787, soweit es mit den späteren Anordnungen nicht in Einklang gebracht werden könne, als aufgehoben zu betrachten sei.[61]

Eine interessante Ergänzung zu diesen grundsätzlichen Entscheidungen bildeten einige vereinzelte Aktionen einzelner Juden, die um die Bewilligung der Änderung ihrer Vornamen ansuchten. Da es sich hier nicht mehr um eine Sache von grundlegender Bedeutung handelt, aber immerhin um eine solche, die für die Beurteilung der bisherigen Verhältnisse im Einzelnen charakteristisch ist, widmen wir auch ihr hier unsere Aufmerksamkeit. Der erste derartige Versuch war ein Gesuch des MUDr. Abraham vulgo Adolf Wehle (v. J. 1837), eines der zähesten jüdischen Supplikanten, der sich an allen früheren jüdischen Aktionen beteiligt hatte, nur den Namen Adolf anstatt des ihm amtlich zuerkannten Namens Abraham, der ihm bei der Beschneidung beigelegt worden sei, als seinen Vornamen gebrauchen zu dürfen. Er wies nach, daß er bei den Juden nur unter dem Vornamen Adolf bekannt sei und daß er sich auch nur durch diesen seinen Vornamen von einem anderen Prager Wehle unterscheide, der sich Abraham nenne. In diesem Falle ging es um die Änderung des gültigen Namens Abraham, der allein vom behördlichen Standpunkt aus der gültige war. Das Gubernium wies deshalb sein Ansuchen ab.[62] Im folgenden Jahre suchte Wehle von neuem an

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

und fügte zur Unterstützung des Gesuches bei, daß er als Adolf Wehle in Wien promoviert worden sei und unter diesem Namen Amtswürden bekleide. Diesmal erkannte das Gubernium seine Gründe an und bewilligte ihm die Änderung des Vornamens.[63] Im März 1837 suchte ein Juda Löw Zappert um die Bewilligung der Änderung des Vornamens seines Sohnes Sema (geboren im Jahre 1831) an, dem er einen neuen, diesmal den bereits erlaubten Namen Karl, geben wollte. Das Gubernium wies sein Gesuch als unzulässig ab.[64] Im November 1838 ersuchte Emanuel Winternitz, Inhaber einer Papierfabrik in Prag, daß sein Sohn Moses seinen Vornamen ändern und sich Moritz nennen dürfe. Er behauptete, daß er ihn so bereits bei der Geburt im Jahre 1827 habe nennen wollen, daß ihm dies damals aber nicht gestattet worden sei. Das Gubernium gab seinem Ansuchen statt.[65] Dagegen wurde ein Gesuch des Kaufmannes Ephraim Thorsch v. J. 1838, daß er seinen Sohn David auf Eduard umbenennen dürfe, einen Namen, den er im Privatleben ständig gebrauche, abgewiesen.[66] Ebenso wurde ein Ansuchen des Fabrikanten chemischer Artikel, Adalbert Abraham Metzel, sich nur Adalbert und nicht Abraham nennen zu dürfen, abgewiesen. Die Gründe für sein Ansuchen sind interessant: Er behauptete, daß ihn seine Eltern schon im Kindesalter Adalbert genannt hätten und dieser Name auch auf seinen Amtszeugnissen stehe. Ja, dieser Vorname sei ihm sogar von der Natscheradetzer obrigkeitlichen Behörde bewilligt und in seiner Bewilligung zur Fabrikserrichtung an erster Stelle vor dem zweiten Namen Abraham eingeschrieben worden. Metzels Beweise sind sicherlich charakteristisch für die Beurteilung der früheren Amtspraxis. Wir sehen, wieviel auf die Behörde ankam, die die jüdische Meldung entgegennahm. Das Gubernium beschied aber das Metzelsche Gesuch abweislich.[67] Abgewiesen wurde auch das Gesuch des Ludwig Löwenfeld aus Hroznětin vom Jahre 1846, daß seine Kinder Wolf und Julie ihre Vornamen in Wilhelm und Juliane ändern dürfen. Erst in Wien fiel die Entscheidung durch Hofdekret vom 4. August 1847, mit dem jegliche Änderung der einmal gewählten Vornamen untersagt wurde.[68]

Um der Vollständigkeit willen muß auch noch der jüdischen Familiennamen Erwähnung geschehen, deren Entwicklung weit einfacher und keinen Änderungen mehr unterworfen war. Außer den josefinischen Grundverordnungen können wir hier nur das Hofdekret vom 5. Juni 1826 nennen, das eine Bestimmung über die Änderung der Zunamen dahin enthielt, daß eine solche nur beim Übertritt von einem fremden Glauben zur christlichen Religion und bei der Erhebung in den Adelstand zugelassen würde.[69] Über sonstige Bewilligungen der Änderungen von Zunamen behielt sich der Kaiser selbst die Entscheidung vor. Die Bewilligung der Änderung eines Zunamens war somit eine Art Gnadenakt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wie diese Anordnung bei den Juden praktiziert wurde, erkennen wir am besten an dem Falle des Abraham Karpeles, der am 15. April 1849 um Änderung seines Namens auf Adolf Kerpal ansuchte.[70] Er begründete sein Gesuch damit, daß sein bisheriger Name mit den Namen anderer Juden verwechselt worden sei, daß für die Änderung seines Namens auch amtliche Interessen sprächen und schließlich, daß er den verlangten Vornamen Adolf in Familienkreisen schon von Geburt an führe. Bei der Amtshandlung über sein Gesuch wurden die Hofdekrete vom 5. Juni 1826 und 20. Juli 1836 in Berücksichtigung gezogen, die zwar gegen die Stattgebung des Ansuchens sprächen, für dessen günstige Erledigung aber die großen öffentlichen Verdienste des Gesuchstellers als Fürsprecher einträten. Und so entschied das Wiener Ministerium des Innern erst nach längerem Amtsverfahren, indem es mit Erlaß vom 24. September 1849 dem Karpeles die Änderung seines Namens in Adolf Kerpal ausnahmsweise gestattete.

Die organisch vollständige Beendigung der Entwicklungsgeschichte der jüdischen Personennamen trat mit der bedingungslosen rechtlichen Gleichstellung der gesamten österreichischen Bevölkerung, demnach auch der Juden, mit der übrigen Bevölkerung ein, wie dies mit dem Gesetze über die allgemeinen bürgerlichen Rechte vom 21. Dezember 1867 verkündet wurde.[71] Durch dieses wurde eigentlich die wichtige Verordnung über den Gebrauch christlicher Namen durch die Juden neuerlich bestätigt und in das System der bürgerlichen Grundrechte der österreichischen Staatsbürger einverleibt. Damals wurden auch endlich alle Beschränkungen grundsätzlich aufgehoben, welche die josefinische Ära und die nachfolgende antisemitische Voreingenommenheit einzelner Behörden den Juden in der Frage der freien Namenwahl auferlegt hatten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN

I.

Die josefinische Reform der Judennamen.

[1] Dieses Kapitel wurde zum größten Teile auf Grund bisher nicht benützten Originalarchivmaterials niedergeschrieben, von dem der überwiegende Teil in den reichen Fonden des Archivs des Ministeriums des Innern in Prag hinterlegt ist. Unser Thema betreffen hauptsächlich die Akten des böhmischen Guberniums aus den Jahren 1786—1795, Abt. publ. 43/1, 43/74, 45/1 u. a. Hier ist so eigentlich seit der Wiener Archivkatastrophe vom Jahre 1927 das einzige vollendete Material über unser Thema erhalten. Es mag dazu noch dem böhmischen Historiker schmeicheln, daß nicht nur die ganze josefinische Reform der Judennamen aus böhmischer behördlicher Initiative hervorging, sondern auch das böhmische Archiv die meisten Quellen für die Darstellung der Geschichte der Reform bewahrt hat, Quellen, die für alle Länder der ehemaligen österreichischen Monarchie wichtig sind. Die Wiener Archive vermochten nur wenig Nachrichten beizusteuern. Die für unser Thema wertvollsten Akten, die im Wiener Archiv des Ministeriums des Innern hinterlegten Akten der seinerzeitigen Vereinigten böhmisch-österreichischen Hofkanzlei in Wien, sind bei der schon erwähnten Archivkatastrophe zugrundegegangen (auf meine Anfrage in Wien erfolgte eine negative Antwort); von den im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien verwahrten Akten des vormaligen Staatsrates bezieht sich nur der Akt Z. 2899 aus dem Jahre 1787 auf unser Thema, während mir vom österreichischen Archiv des Unterrichtsministeriums nur die die Reform der Judennamen in Galizien aus den Jahren 1804—1805 betreffenden Akten zur Verfügung gestellt wurden. Einige, im ganzen wenig bedeutsame, korrespondierende Akten sind im Archiv der Hauptstadt Prag und im Archiv des Nationalmuseums, wo die Registratur der Landesjudenschaft verwahrt wird, niedergelegt. Zu der Gruppe der direkten Quellen zähle ich auch einige zeitgenössische und spätere Ausgaben der josefinischen Gesetze (v. Crammer, Roth, Kostetzky u. a.), deren ich bei anderer Gelegenheit Erwähnung tun werde.

Von der historischen Literatur, die unser Thema nur in kurzen Erwähnungen behandelt, verweise ich auf einige grundlegende Arbeiten über die Regierung Josefs II., wie z. B. J. V. Prášek: „Die Herrschaft Kaiser Josef II." (Prag 1903, Teil I), H. Meynert: „Kaiser Josef II." (Wien 1862), P. Mitrofanov (deutsche Übersetzung von V. Demelič) „Josef II. Seine politische und kulturelle Tätigkeit" (Wien 1916), und auf die die josefinische Judenemanzipation betreffenden Studien Ludwig Singers, wie „Zur Geschichte der Toleranzpatente in den Sudetenländern" (Jahrb. der Ges. f. Gesch. d. Juden in d. Tschech. Rep., V., 1933), „Zur Geschichte der Juden in Böhmen in den letzten Jahren Josephs II. und unter Leopold II." (ebenda, VI., 1934) u. a. Das Thema erforderte, daß auch die juristische Literatur über Namen berücksichtigt werde. Ich führe da nur an: Kaserer: „Über die Personennamen und deren Änderung nach österr. Gesetzen" (1870), K. Stern: „Über das Namenwesen nach österreichischem Rechte" (1894), Em. Adler: „Der Namen im deutschen und österreichischen Recht" (1921) und Stern, Mischler-Ulbrich: „Österr. Staatswörterbuch" (2. Aufl., B. III). Speziell über die Entwicklung der jüdischen Namen handeln die Studien: E. Nestle: „Die israel. Eigennamen" (Harlem 1877), G. B. Gray: „Studies in Hebrew proper names" (1896), M. Noth: „Die israel. Personennamen" (1928) und H. Loewe: „Namen der Juden" (Jüd. Lexikon, Bd. 4, 1930).

[2] Unsere Hauptquelle ist der Initiativantrag des böhmischen Guberniums an die Vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei in Wien vom 8. Juni 1787, Z. 15.894. Arch. d. Min. d. Innern, Z. G 1786—1795, Publ. 43/74.

[3] Dieses Gutachten wurde mit den übrigen Beilagen nach Wien gesendet.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[4] Ich werde geflissentlich den Terminus Vornamen für den Geburtsnamen gebrauchen, der dem Kinde gleich nach der Geburt (bei der Taufe oder Beschneidung) beigelegt wird, und Familiennamen (Geschlechtsname, Zuname) für jenen, den das Kind nach den Eltern ererbt.

[5] Der Regest dieses Initiativantrags lautete: „Nach Hof wird angetragen, in allen Erbländern die Juden zu verhalten, gleich den Christen einen bestimmten Geschlechts-Namen anzunehmen und zu führen."

[6] Es handelt sich nämlich um Akten, die im Jahre 1927 vernichtet wurden.

[7] Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien: Akten des Staatsrates, Z. 2899 ai 1787.

[8] Den Inhalt dieses Artikels erfährt der Leser bei der eingehenden Analyse des Patentes vom 23. Juli 1787.

[9] Die kaiserliche Entschließung, die der Kaiser wahrscheinlich diktierte, lautete: „Ich beangenehme das Einrathen der Kanzlei und wird sie der hungarischen Kanzlei seiner Zeit eine Abschrift des Patents Entwurfs mittheilen, damit ein gleiches auch auf die hung. siebenbürg. Landen angewendet werden möge, wovon Ich gedachte Kanzlei unter einem verständige."

Die Expedition der kaiserlichen Entschließung an die ungarische Hofkanzlei lautete: „Ich habe für die Judenschaft Meiner teutschen Erblanden anzuordnen befunden, daß jeder seinen eigenen beständigen Vor- und Geschlechts Namen unabänderlich in teutscher Sprache führen, das weibliche Geschlecht den Geschlechts Namen ihres Vaters, verheurathet aber jenen ihres Mannes annehmen, den Vornahmen jedoch beständig beibehalten solle. Eine gleiche Anordnung ist auch auf die hung. und siebenburgischen Landen zu erlassen, zu wessen Ende die B. O. Kanzlei unter einem den Auftrag erhält, daß sie seiner Zeit den Patents Entwurf ihr hungarischen Kanzlei in Abschrift mittheilen solle, welchen selben sodann auf die hung. und siebeburg. Landen anzuwenden hat."

[10] Deren Abschriften sich Publ. 1786—1795, 43/1, 45/1, 63/97.

[11] In der Gubernialzuschrift vom 27. August 1787 wird ausdrücklich erinnert, daß künftighin das Generalmilitärkommando darauf achten solle, „damit bei der Seelen-Beschreibungs-Revision von den Werb-Bezirks-Regimenten hierauf die Obsicht getragen werde."

[12] Publ. 1786—1795, 45/1.

[13] Publ. 1786—1795, 43/1.

[14] Der Meldezettel wurde in folgender Ausstattung vorgeschlagen:

Ortschaft: ..... Zeugnus Zettel ..... Kreises									
Ich bisher genannter	Stamme von dem Geschlecht	Werde mich in Zukunft nennen		Deutscher Vornamen			Sind		Wohnung in Nro.
		mit dem Vornamen	mit dem für mich und meine Familie gewählten Geschlechtsnamen	meines Eheweibs	meiner Söhne	meiner Töchter	anwesend	abwesend	

[15] Es tat dies mit einer Zuschrift an die beiden jüdischen Primatoren Franckel und Popper vom 27. September 1787.

[16] Publ. 1786—1795: 43/1, 45/1, 63/109.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[17] Als später der Inhalt dieses Hofdekretes den interessierten Behörden mit besonderen gedruckten deutschen und tschechischen Rundschreiben vom 25. Oktober 1787 bekanntgegeben wurde, wurde diese wichtige Bestimmung über die freie Wahl der Namen mit folgender komplizierter tschechischer Phrase definiert: „Jedné každé jednotlivé osobě svoboda nechati se má sobě jakékoliv jméno dáti, když jenom takové vyvolí, které v německé řeči obyčejné jest, anebo v německém jazyku dáti se může, následovně když ono jen německé známé jméno jest, nechť ta osoba takové jméno již prve měla, a na budaucí časy podržela, aneb teprv od 1ho ledna 1788 sobě dala." („Einer jeden einzelnen Person soll die Freiheit gelassen werden, sich irgendeinen Namen zu geben, wenn sie nur einen solchen wählt, der in der deutschen Sprache gebräuchlich ist oder deutsch gegeben werden kann, folglich wenn es nur ein deutscher bekannter Vorname ist, es mag die einzelne Person diesen Vornamen schon zuvor geführt haben, und solchen noch ferner beibehalten, oder sich denselben erst vom 1. Jänner 1788 an beilegen.")

[18] Nach dem tschechischen Text des Gubernialzirkulars vom 25. Oktober 1787.

[19] Publ. 1786–1795, 45/1.

[20] Die jüdischen Landesdeputierten an das Gubernium am 23. Oktober 1787. Publ. 1786–1795, 45/1.

[21] Sieh die Zuschrift des Guberniums an die jüdischen Landesdeputierten vom 25. Oktober 1787. Publ. 1786–1795, 45/1.

[22] Von der eigenhändigen Beglaubigung der jüdischen Meldungen war nur der Prager Oberrabbiner Jecheskel Landau befreit. Dies geschah über sein besonderes Ansuchen an das Gubernium vom 21. November 1787, daß er von dieser Verpflichtung befreit und ihm gestattet werde, an Stelle der eigenhändigen Unterschrift eine Stampiglie mit dem Facsimile seiner Unterschrift verwenden zu dürfen. Er argumentierte damit, daß er schon sehr alt sei, daß ihm die Hände zittern, und daß er nicht gut mit deutschen Buchstaben zu schreiben verstehe. Es würde für ihn eine schwere Arbeit bedeuten, in so kurzer Zeit, wie es die Vorschrift bestimmen, an 3–4 Tausend Meldezettel zu unterschreiben. Das Gubernium willfahrte seiner Bitte mit dem Erlasse vom 24. November 1787.

[23] Es ist mir nicht gelungen, das Originalelaborat des Tirsch aufzufinden, ebensowenig dessen erste gedruckte Exemplare. Die Verteilung der Druckexemplare des Verzeichnisses wurde folgendermaßen vorgenommen: Die Prager jüdischen Ältesten erhielten 10, die jüdischen Landesdeputierten 50 Exemplare (damit sie allen jüdischen Kreisdeputierten und den Rabbinern der größeren Judengemeinden zur Disposition wären), das Landesmilitärkommando 100 („für die Werbs-Bezirks-Regimenten zur beliebigen Wissenschaft und Gebrauch"); der Rest wurde unter Appellationsgericht, Prager Magistrat und Bankaladministration aufgeteilt. Eine bestimmte Menge von Exemplaren wurde auch allen Kreisämtern behufs Aussendung an alle Magistrate und obrigkeitlichen Behörden im Kreise zugeschickt.

[24] Es gelang mir leider nicht, in den Gubernialakten dieses ursprünglich korrigierte Verzeichnis des Tirsch zu finden, sondern nur irgendwelche Auszüge daraus, die bloß die in Wien für die Juden geeignet befundenen Namen enthalten.

[25] Das Verzeichnis wurde in Form einer kleinen Broschüre gedruckt, auf deren Titelseite geschrieben stand: „Alphabetisches Verzeichniss derjenigen Männer- und Weibernamen, welche zum Gebrauch der jüdischen Nazion vom ersten Jenner 1788 nur blos nach der deutschen, oder christlichen Aussprache zu führen gestattet sind. Nebst jenen Namen, welche für die Zukunft gänzlich zu unterbleiben haben (Wien, bei Joseph Edler von Kurzbeck, k. k. Hofdrucker Groß- und Buchhändler. 1787)." Das Verzeichnis umfaßte im ganzen 56 Seiten und wurde später in Crammers Sammlung jüdischer Gesetze (Gesetzsammlung für die Judenschaft in den k. k. Staaten, in chronologischer Ordnung. Herausgegeben von A. v. Crammer) im I. Bd., S. 262–310 (Prag 1792) nachgedruckt, allerdings mit dem Unterschied, daß die bewilligten jüdischen Namen hier nicht rot, sondern mit größeren Lettern gedruckt sind. Das Verzeichnis war so angeordnet, daß jeder Name darin in jüdischer und deutscher Aussprache zum Ausdruck kam, wie z. B. der erlaubte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Name Abadjo – Abadias, und der nicht gestattete Name Abigibon – Avigabaon. Das Verzeichnis ist als Anhang zu den Akten erhalten, welche die Verhandlungen über die Ausdehnung der Reform der Judennamen auch auf Galizien in den Jahren 1804 und 1805 betreffen und im Archiv des österreichischen Unterrichtsministeriums aufbewahrt sind.

[26] Publ. 1786–1795, 43/1, 63/117.

[27] Ich bringe wissentlich alle bewilligten Namen genau nach dem deutschen Original in ihren deutschen Formen zum Abdruck. Ich tue dies deshalb, weil die josefinische Reform den Juden nur deutsche Vornamen vorschrieb. In Klammern zitiere ich sodann den jüdischen Wortlaut der Namen, damit der Leser beurteilen könne, was für Veränderungen die jüdischen Namen bei ihrer Übertragung ins Deutsche unterworfen wurden. Als Behelf diente mir dabei das offizielle, gleichzeitig in Wien herausgegebene Verzeichnis der erlaubten Judennamen und dessen Nachdruck in der Crammerschen jüdischen Gesetzsammlung.

[28] Es waren dies: Israel Simon Franckel, Jecheskel Landau, der Prager Oberrabbiner, Joachim Popper, Marcus Eidlitz, Moises Itzeles, Löb Mayer Fischl, Pinckes Michl Jurist, Gabriel Löwy, Dawid M. Taussig, Löb Backoffen, Hersch Beer Wehli, Salomon Marcus Gumpertz, Michael Bachrach, Jacob Günzburg, Eleasar Fleckels, Wolf Simon Fantl, Samuel Lucka, Juda Ausch, Sussman Glogau, Samuel Landau, Hertz Bondi, Jonas Beer Wehli, Abraham Jacob Wiener, Dawid Illern (?), Samuel Nachodt, Herschl Ritzer, Berman Frank, Jacob Weyl, Gabriel Mayer Fischel, Wolf Moschels Löwi, Aron Beer Hirschl Wehle, Dawid Simon Neustadtl, Simon Eger, Dawid W. Raudnitz, Abraham Neustädtl, Salomon Hok, Sine Hok, Wolf Wiener, Abraham Poll, Anschl Tachau, Jacob M. Jerusalem, Salomon Jacob Wedeles, Lazar Duschenes, Dawid Lucka, Elias Lewi, Jontoff Bondi, Wolf Zappert u. a.

[29] Dieser Bitte der Juden ist ein besonderes Namenverzeichnis ohne nähere Bezeichnung angeschlossen. Im Texte des Gesuches geschieht davon keine Erwähnung und nur auf dem Rücken des Gesuches ist vermerkt, daß zu dem Ansuchen irgendeine Beilage gehört. Im Verzeichnisse sind im ganzen 137 männliche und weibliche Namen enthalten. Der größere Teil davon ist mit Rotstift unterstrichen. Durch Vergleichung mit den Namen im Gubernialrundschreiben vom 22. November habe ich festgestellt, daß es sich um die im Hofdekrete vom 12. November 1787 bewilligten Namen handelt. In unserem Verzeichnisse sind aber nicht alle bewilligten Namen eingetragen, wodurch die erste Vermutung hinfällig wird, ob es sich hier nicht etwa um eine eingelegte Abschrift des Tirsch'schen Verzeichnisses handelt. Manche der Namen sind mit Rotstift unterstrichen. Es sind das jene Namen, die den Juden nachträglich mit dem Hofdekret vom 13. Dezember 1787 bewilligt worden waren. Die übrigen Namen sind durchgestrichen; wir begegnen ihnen in keinem Verzeichnisse, sie waren also nach allem verboten. Vielleicht, und das ist das Wahrscheinlichste, geht es hier um das Verzeichnis, mit dem die jüdischen Supplikanten ihr Gesuch vom 4. Dezember 1787 ergänzt hatten und in welchem in Wien vor Herausgabe des Hofdekretes vom 13. Dezember 1787 durch Anstreichen mit rotem und gewöhnlichem Stift angemerkt wurde, welche Namen den Juden bereits bewilligt waren, welche ihnen neu gestattet wurden und schließlich, welche ihnen verboten wurden. Uns freilich werden hier am meisten die verbotenen Namen interessieren, deren alphabetisches Verzeichnis wir hier folgen lassen:

Männernamen: Anselmo, Ascher, Bezalel, Baruch, Evigdor, Gerson, Gumpelman, Kalman, Kasman, Kosman, Mayer, Meschulem, Perutz, Pinkas, Susman, Jecheskel;

Frauennamen: Bassia, Bela, Bilka, Buna, Bluma, Blimche, Dina, Devora, Elka, Edel, Ela, Fromet, Gela, Gutel, Hindel, Hanerle, Kela, Levita, Malka, Nachama, Pezel, Perl, Rachama, Suvia und Sirel. – Es ist dies freilich nur ein Teil der Namen des Tirsch'schen Verzeichnisses, die den Juden mit dem Hofdekrete vom 12. November 1787 untersagt worden waren.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[30] Publ. 1786–1795, 43/1, 63/126.

[31] Sieh d. Registratur der Landesjudenschaft im Archiv d. Nat.-Museums, K. d.; Abrechnung v. 18. Feber 1788.

[32] Registr. d. Landesjudenschaft; Zuschrift des Guberniums an die jüdischen Landesdeputierten vom 21. Feber 1788, Z. 4305.

[33] Publ. 1786–1795, 43/1; Verrechnung des böhmischen Guberniums an die Vereinigte Hofkanzlei in Wien vom 7. Mai 1789. Hofdekret vom 25. Mai 1789.

[34] Welcher Art deren Arbeit war, ersehen wir aus dem im Berichte der Prager jüdischen Ältesten an das Gubernium vom 29. Juni 1789 enthaltenen befürwortenden Satze: „Wie diese Supplicanten mühselige und langwierige Arbeit gehabt, aus so vielen eingereichten Zeugnuss-Zetteln ein Buch zu formiren..."

[35] Publ. 1786–1795, 44/301.

[36] Den Text des Systemalpatentes hat Dr. Simon Adler in der Studie „Das Judenpatent von 1797" (Jahrb. d. Ges. f. Gesch. d. Juden in d. Tschech. Rep., V., 1933) neu zum Abdruck gebracht.

[37] Erwähnung verdient nur der Zusatz: „Niemanden wird gestattet, die Namen eines adeligen oder sonst bekannten Geschlechts anzunehmen, und wofern sich einer etwa einschleichen sollte, soll der unbefugt angenommene Geschlechtsname sogleich abgeändert, und dafür... der jüdischen Familie ein anderer Familienname beigelegt werden. Eben dies hat in der Zukunft überall und jederzeit zu geschehen, so oft sich jemand darüber beschwert, daß ein Jude seinen Geschlechtsnamen führe." (Stern: Über das Namenwesen nach österr. Rechte, S. 10, Anm. Nr. 4.)

II.

Die Bemühungen der Juden um die freie Vornamenwahl.

[1] „Vollständiger Auszug aller im Königreiche Böheim am Ende des achtzehnten Jahrhunderts bestehenden Gesetze." Bd. V, Prag 1800.

[2] Alle Nachrichten über die jüdische Aktion für die rechtliche Gleichstellung der Juden mit den Christen bei der Wahl der Vornamen sind aus den reichen Fonden des Archivs des Ministeriums des Innern G 1826–1835, Camer. 13/109 und 1836–1840, Camer. 46/1/4 geschöpft.

[3] Camer. 1826–1835, 13/109, Z. 38.992 ai 1828.

[4] In dem Gesuche des Katzau lesen wir den interessanten Ergänzungsabsatz: „Abgesehen, daß die früher im Gebrauch gewesenen, einem verstümmelten Jargon angehörigen Nahmen zu manchen Neckereien im Allgemeinen Veranlassung gegeben, kann nicht unbeachtet bleiben, welche Nachtheile daraus für solche Individuen entstehen müssen, welche sich dem Studium oder sonstigen christlichen Gewerben insbesondere dem Handwerkerstande widmen so hin im steten Verkehr mit Christen stehen, offenbar wo die Klugheit die größte Sorgfalt gebiethet, alles zu vermeiden, was nur in der fernsten Beziehung anstößig sein kann. Ich glaube unverholen bemerken zu dürfen, daß: so wie selbst der höchste Grad der Bildung alles von sich entfernt, was den Schönheitssinn und den geregelten Geschmack beleidigt, eben so unwillkührlich erzeugen derlei Verstümmlungen und Mißtöne bei der minder gebildeten Volksklasse Spott und Verhöhnung die ihre nachtheilige Einwirkungen nicht verkennen lassen."

[5] Katzau spricht hier irrtümlich von einem Hofdekret. Es handelt sich hier bloß um ein Gubernialdekret, mit dem den Juden und den landesfürstlichen Behörden der Inhalt des Hofdekretes vom 11. Oktober 1787 bekanntgegeben wurde.

[6] Das Gubernium an den Prager Magistrat am 8. September 1828, Z. 38.992; der Magistrat wurde aufgefordert, längstens bis zum 25. September 1828 Bericht zu erstatten.

[7] An der Beratung beteiligten sich außer dem Prager Bürgermeister Sporschil die Magistratsräte: Kundratitz, Streker, Schütz, Jebanitzky, Borschitzky,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Schneider und David. Sieh den Bericht des Prager Magistrates an das Gubernium vom 13. November 1828 (Mag. Z. 41.885, pol. Gub.-Z. 56.201 publ.) und das Gubernialreferat über die Angelegenheit des Katzau zur Beratung der Gubernialmitglieder am 18. Dezember 1828 (Referent Gf. Thun). Sieh Camer. 13/109.

[8] Diesem Ansuchen um Belehrung fügte der Magistrat den interessanten Satz hinzu: „...kann er (d. i. der Magistrat) nicht unbemerkt lassen, daß hierorts mehrere Hundert Fälle von Untersuchungen wegen beanständeten deutschen Vornahmen der Juden anhängig sind, deren anstandsfreie Erledigung zur Vermeidung unangenehmer Beirrungen und Schreibereien sehr wünschenswerth ist."

[9] Es tat dies mit der Zuschrift an den Magistrat vom 18. Dezember 1828, Z. 56.201/3412.

[10] Es waren dies: Jacob Lieben, J. Mauthner, Benjamin Katzau, Samuel Hirsch, Dr. Wehle, David M. Bondi, Adam Wehle, Seligman Taussig und J. L. Taussig. Katzaus Unterschrift auf dem Gesuche überrascht nicht und bestätigt nur unsere Behauptung von einem Zusammenhange dieser Kollektivaktion der Prager Juden mit dem früheren Versuche der Einzelperson Katzau. Sieh Camer. 13/109, Z. 9752.

[11] Gesetzsammlung für die Judenschaft in den k. k. Staaten, herausgegeben von A. von Crammer mit k. k. Zensurgenehmigung. Prag 1793.

[12] Nach allem hatten die jüdischen Gesuchsteller das Gesuch der jüdischen Landesdeputierten vom 4. September 1787 im Sinne.

[13] Hiebei machten sie auf die Phrase im Hofdekrete vom 11. Oktober 1787 aufmerksam, welche lautete: „Diese Erläuterungen werden als ein Nachtrag zu der in dem Patente vom 23. Julius 1787 kundgemachten Vorschrift zur allgemeinen Wissenschaft und genauesten Befolgung usw. bekannt gemacht." In dem weiteren Texte ihres Gesuches schrieben sie: „Und da das Patent vom 27. August d. J. (d. i. 1787) — soll wahrscheinlich sein 23. Juli d. J. — ausdrücklich befiehlt, daß keine andere als deutsche Vornahmen gewählt werden dürfen, so können aus diesem alphabetischen Verzeichnisse keine andere als lediglich die in dem nachkommenden Verzeichnisse größer gedruckten deutschen Vornahmen, von männlichen sowohl weiblichen Geschlechte gewählt werden usw. dürften noch mehr den, keiner Widerlegung unterworfenen klaren Sinn dieser Verordnung darthun, daß nemlich deutsche Vornahmen anbefohlen seien, und daß auch jene jüdische aus diesem Verzeichnisse zu erlauben wären, welche sich deutsch geben lassen."

[14] Es muß aufmerksam gemacht werden, daß die in der Crammerschen Gesetzsammlung mit größeren Typen gedruckten Namen nicht mit allen, im Gubernialzirkulare vom 22. November 1787 enthaltenen Namen übereinstimmen, daß also die Beschuldigung der Crammerschen Edition wegen Unrichtigkeit nicht unberechtigt war.

[15] Die ursprünglichen gedruckten Zirkulare vom Jahre 1787 und die ihnen angeschlossenen Verzeichnisse der bewilligten jüdischen Namen wurden gleichmäßig gedruckt und machten keine Unterschiede zwischen den einzelnen Namen. Ähnlich verhielt es sich auch mit der späteren Rothschen Edition (Vollständiger Auszug aller im Königreiche Böheim am Ende des XVIII. Jahrhunderts bestehenden Gesetze. Prag 1800, Bd. V., S. 96—97) und mit der politischen Gesetzsammlung des Dominik Kostetzky (System der politischen Gesetze Böhmens, in XII Theilen, zum bequemen Gebrauch für den Geschäfts- und Privatmann. Prag 1816, Bd. I, S. 494—5). In diesen beiden Sammlungen handelte es sich jedoch um bloße Auszüge der Namen, deren Großteil bei Crammer mit größeren Lettern gedruckt war.

[16] Ihre Erwähnung des älteren, Katzauschen Gesuches leiteten die jüdischen Bittsteller mit der pathetischen Phrase ein: „Die daraus entstandenen Unannehmlichkeiten, und die angesonnenen in der 2 Tausendjährigen Leidensgeschichte der Israeliten, ganz neue, das Recht des Vaters, seinem Kinde einen beliebigen deutschen Vornahmen zu geben, kränkende Beschränkung, bewog den mitunterschriebenen Benjamin Katzau, nach fruchtloser Vorstellung an dem prager Magistrate, an der hohen Landesstelle zu rekurieren."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

17 Es tat dies mit der Zuschrift vom 23. März 1829 und forderte den Magistrat auf, seine Stellungnahme bis spätestens zum 6. Mai 1829 bekanntzugeben.

18 Mag. Z. 11.521. An der Beratung über die Anfrage des Guberniums nahmen außer dem Bürgermeister Sporschil die Räte Strecker, Koudelka, Borschitzky, Schneider und David teil.

19 Sieh die Zuschrift des Fiskalamtes an das böhmische Gubernium vom 27. Juli 1829.

20 Außer ihnen beteiligten sich an der Beratung: Gubernial-Vizepräsident Ritter von Prochazka und die Räte Breinl, Willmann, Margelik, Peche, Meisner und Janko.

21 Das Gesuch langte am 11. Feber 1830 in Wien ein.

22 Sie fügten hinzu: „Wenn gleich ein Vorname an und für sich gleichgiltig oder doch ganz unwichtig scheint, und in der Regel auch wirklich ist, muß er doch wenigstens dort wichtig werden, wo er seinem Klange nach eine besondere Glaubensgenossenschaft bezeichnet. Euerer k. k. Majestät allerhöchster deutlich ausgesprochener Wille ist es, jenen hohen Zweck herbeizuführen, jeden Unterschied zwischen Euerer k. k. Majestät Unterthanen, welchem Religionsbekänntnisse sie immer anhängen mögen, ganz aufzuheben, und sie alle so wie ein guter Vater seine Kinder um sich gleichsam in eine einzige Familie zu verschmelzen. Warum sollen diesem erhabenen die höchste Humanität bezeichnenden Streben Namen entgegen stehen, denen ein durch Jahrtausende eingewurzeltes Vorurtheil gehässig anklebt?"

23 Den Vorsitz in der Beratung führte in Vertretung des Oberstburggrafen Chotek der Gubernial-Vicepräsident Ritter von Prochazka, und es beteiligten sich die Räte: Breinl, Kronenfels, Herget, Willmann, Margelik, Peche, Meisner, Janko, Hanl, Hartmann und Cron.

24 Es waren dies die Gubernialzuschriften an den Prager Magistrat vom 9. Jänner und 10. September 1829, Z. 56.201 ai 1828 und 35.561 ai 1829.

25 Das Gesuch war unterschrieben von: Samuel Lippmann, Jacob M. Jerusalem, Samuel W. Wehli, Ernst Wehli, J. L. Zappert, J. Taussig, Joseph Polak, Salomon Schmelkes, Nathan Dormitzer, Isak Taussig, S. B. Hirsch, MUDr. Wehle, Jacob Lieben, Simon Brandeis, Ephraim Wiener, Leopold Dormitzer, Simon Wehle, J. Mauthner, Philipp Lippmann, David Bondi, E. X. Thorsch, Joseph W. Löw, W. Löwenfeld, Herrmann Wiener, Aron Dormitzer, Aron Rosenbaher (?), Phil. Dr. Ignatz Ledenz (?), E. Bondi Söhne, E. Kuh, Nathan Wedeles, Isaac G. Wehle, Emanuel Morawetz, Isidor Austerlitz, Moses E. Hönigsberg, S. G. Goldschmied, Joseph Teweles, Wiener et Söhne, Emanuel Winternitz, D. G. Fischel, S. Moscheles, M. S. Rosenberg, Gerson Karpeles, Benjamin Jeiteles und Samuel Keiteer (?). Katzau beteiligte sich an dieser Aktion nicht mehr.

26 Sie schrieben von ihnen in schmeichelnder Weise: „Als vor vierzig Jahren das Schicksal der früher so sehr gesunkenen Juden eine bessere Wendung nehmen sollte, als es ihnen leichter gemacht wurde, sich zu bessern Menschen und brauchbaren Mitgliedern des Staats zu bilden, wurden zu diesem Zwecke mehrere ersprießliche und wohlthätige Gesetze erlassen."

27 Diescs Gesuch unterschrieben Isaias Pissling, Wolf Flekeles und M. J. Landau.

28 Er lautete: „Um die Judenschaft in Böhmen nach den angenommenen Grundsätzen der Duldung zum Besten des Staates und ihrem selbsteigenen, der bürgerlichen Bestimmung immer näher zu bringen, damit die Gesetzgebung den Unterschied, den sie bisher zwischen den christlichen, und jüdischen Unterthanen zu beobachten genöthigt war, endlich ganz aufzuheben, in Stand gesetzt werde etc."

29 1. Buch Chronik 26, 14.

30 Der Bericht sollte bis längstens zum 20. September 1831 eingesendet werden.

31 Den Vorsitz der Beratung hatte Oberstburggraf Chotek, und es nahmen an ihr außer dem Gubernial-Vizepräsidenten Ritter v. Prochazka die Räte Breinl, Kronenfels, Herget, Pötting, Willmann, Margelik, Peche, Hanl, Kinský, Hartmann und Cron teil.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[32] Dekret des Prager Magistrates vom 16. April 1832.

[33] Landau erklärte dies mit den Worten: „...daß, wenn dieß nicht der Fall gewesen wäre, sie auch gewiß davon Gebrauch gemacht hätten, auch noch der Umstand, nachdem es bei den Israeliten bekannte Sitte ist, ihren Kindern den Namen ihrer verstorbenen Vorfahren, und öfters auch jene von großen, heiligen und ausgezeichneten Personen beizulegen, so stellt sich dadurch klar dar, daß auch jene bei den Israeliten vorkommende nichtbiblische Namen, sich dennoch immer auf eine gewisse Achtung, dankbares Andenken und ehrwürdige Erinnerung gründen müssen, und daß demnach der Namen desjenigen, wer es auch gewesen sein möge, wenn ihn ein Israelite führt, dadurch für ihn keine Profanisirung oder gar Herabwürdigung sein kann, sondern im Gegenteil die Tragung dieses Namens eine gewisse Achtung noch voraussetzt."

[34] Sieh die Zuschrift des Guberniums an den Magistrat vom 14. Juli 1832.

[35] Der Magistrat forderte den Landau am 6. August 1832 auf.

[36] Mit ihrem Verzeichnisse kann sich der Leser *in der Beilage* zu dieser Studie näher bekanntmachen. Er wird daselbst finden, wie die Prager jüdischen Vorsteher die einzelnen christlichen Namen, die die Juden als Vornamen für sich gebrauchen wollten, auslegten und erklärten. Ich habe das Verzeichnis mit dem späteren ausführlicheren Verzeichnisse Landaus zu einem Ganzen vereinigt. Aus der Beilage wird der Leser auch die Naivität mancher der etymologischen Auslegungen sowie die sachlichen Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen den beiden Verzeichnissen erkennen.

[37] Die Schreiber des Gutachtens fügten hinzu: „Der Hauptzweck konnte kein anderer sein als die Israeliten auch dieser Verachtung und Spott erweckenden Gewohnheit zu entziehen, und sie durch ächte deutsche Namen der öffentlichen Gesellschaft näher zu bringen, wie sich auch der Eingang des allerhöchsten Systemalpatentes vom Jahre 1797 kräftig ausspricht."

[38] Sieh die Beilage.

[39] Aus dem Texte der Landauschen Äußerung hebe ich hervor: „Was daher jene von den Gemeindevorstehern vorgelegten Verzeichnissen betrifft, so kann der Unterzeichnete aus den eben auseinandergesetzten Ursachen nicht zugestehen, daß diese Namen bei den Israeliten einen besonderen Werth gegen andere bei ihnen ebenfalls gebräuchliche deutsche Namen haben, so wie es überhaupt einleuchtend ist, daß solche ethymologische Hypothesen aus den Köpfen von Ethymologen und Alterthümlern, von denen sie entlehnt sind, an ihren Schreibepulten ausgeschwitzt werden können, aber keinen Israeliten, wer er auch sein möge, etwas ähnliches, wenn er seinem Kinde einen deutschen Namen gibt, jemals einfallen kann oder wird, und diese spitzfindigen Theorien in der Ausübung sich nicht bewähren können."

[40] Das Verzeichnis sieh in der Beilage, wo es mit dem Verzeichnisse der Prager jüdischen Vorsteher zu einem Ganzen vereinigt ist.

[41] Entscheidung des Guberniums vom 23. Juli 1833.

[42] Sieh die Äußerung des Fischer vom 12. August 1833. Wir lesen dort: „...daß nach seiner angestellten Prüfung die in einigen... Verzeichnissen der Oberjuristen und Gemeindevorstehern, vorzüglich in jenen, welche die letztern mit vieler Belesenheit und Umsicht verfaßt und zur hohen Einsicht vorgelegt haben, angeführten hebräischen Vornamen mit den beigesetzten Heiligen und übrigen Namen allerdings einerlei Bedeutung haben, und da die von den erwähnten Vorstehern erstattete Äußerung auf Wahrheit gegründet ist, so verdient insbesonder ihr ausgesprochener Wunsch, daß die Führung wohllautender deutscher Namen denen Israeliten im Königreiche Böhmen zur Gleichstellung mit ihren Glaubensgenossen in den andern österreichischen Staaten möchte gestattet werden, gewürdigt und berücksichtigt zu werden."

[43] Diese Urgenz unterfertigten 15 Prager Juden: Jacob M. Jerusalem, Joseph Taussig, G. Fischel, Gottlieb Wehle, M. Edler von Hönigsberg, Jos. Hirsch, I. Epstein, MUDr. Adolf Wehle, Wolfgang Löwenfeld, Salomon Schmelkes,

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Emanuel Winternitz, Philipp Lippmann, Jos. Mauthner, S. Lippmann, eine Unterschrift ist unleserlich.

[44] In unseren Gubernialakten (Camer. 13/109) ist irgendeine unvollständige amtliche Abschrift des Landauschen Verzeichnisses erhalten, in der einige Namen mit Tinte unterstrichen, andere mit Bleistift durchgestrichen sind. Diese Vermerke sind ein Beleg dafür, wie sorgfältig auf dem Gubernium das Verzeichnis des Landau durchgesehen wurde, bevor man an die Ausarbeitung des endgiltigen Vorschlages des Verzeichnisses jener Namen schritt, deren Gebrauch den Juden gestattet werden sollte.

[45] Um der Vollständigkeit willen bringe ich diesen wichtigen einleitenden Absatz zum Systemalpatente vom Jahre 1797 wörtlich zum Abdruck. Er lautete: „Um die Judenschaft in Böhmen nach den angenommenen Grundsätzen der Duldung zum Besten des Staates und ihrem selbsteigen, der bürgerlichen Bestimmung immer näher zu bringen, damit die Gesetzgebung den Unterschied, den sie bisher zwischen den christlichen und jüdischen Unterthanen zu beobachten genöthigt war, endlich ganz aufzuheben, in Stand gesetzt werde, ist erforderlich, den, in dieser Absicht getroffenen vorbereitenden Vorkehrungen nunmehr bestimmtere Vorschriften folgen zu lassen."

[46] Dazu fügte das Konsistorium hinzu, daß der Begriff „deutscher Name" nicht bedeute „christlicher Name".

[47] In Trattners Sammlung heißt es: „Da das Patent vom 23. Juli 1787 befiehlt, daß die Juden keine andere als deutsche Vornamen wählen dürfen, so wird angeordnet, ...etc. Bei Roth jedoch lesen wir „Da vermöge Patents vom 23. Juli d. J. die Juden keine andere als deutsche Vornamen wählen dürfen, so wird verordnet...etc."

[48] Der Vollständigkeit halber drucke ich das Verzeichnis der Namen ab, um welche die bisherige Zahl bewilligter jüdischer Vornamen vermehrt werden sollte. Die Überschrift lautete: „Verzeichniß der Namen von Juden, welche in dem alten Testamente, deutscher Auflage vorkommen."

Namen für Männer.

Abdemelech, Abdias, Abiam, Abiathar, Abida, Abinzer, Abigabaon, Abisail, Abimelech, Abinadab, Abiron, Abisai, Abiu, Abiud, Abner, Abobi, Abra, Absolon, Achab, Achan, Achaz, Achias, Achitob, Achimelech, Achior, Achis, Addo, Adonias, Adonibesech, Adramelech, Aduram, Aelam, Agag, Aggäus, Achia, Achicam, Ahimag, Ahira, Alcinus, Amalech, Amasa, Amasia, Amasias, Ammon, Amnon, Amon, Amori, Amri, Andronicus, Antiochus, Appolonius, Arad, Aram, Aran, Arphaxad, Arsazes, Asa, Asael, Asaph, Asarhaddon, Assecurus, Assur, Athenobius, Azaria.

Baana, Baasa, Bachides, Badad, Bagathan, Balaam, Balac, Banajas, Barac, Baruch, Bathuel, Benadad, Berzellai, Beselel, Booz.

Caath, Cain, Caleb, Cham, Chanaam, Charaan, Chus, Chusai, Chusan, Cis, Core.

Dathan, Demetrius, Dong.

Edan, Eglon, Elcana, Eldad, Eliab, Eliasaph, Eliasib, Eliezer, Elisama, Elisur, Enoch, Ephron, Esau, Esuras, Esron, Ethai, Eupator.

Gaal, Gabel, Gad, Gamaliel, Gerson, Giesi, Goliath.

Hanani, Hananias, Hanon, Hazael, Helcias, Heli, Heliodorus, Hemor, Herodes, Hezron, Hiram, Hobab, Holofernes, Hon.

Jabes, Jabin, Jair, Jasub, Johabod, Jechonias, Jehu, Jephone, Jephte, Jerobram, Jesse, Jehtro, Joab, Joachay, Joachaz, Joakim, Joas, Joel, Jojoda, Isaar, Isai, Isbosek, Issachar, Ithamar, Jubal.

Laban, Lamuch, Loth, Lysias.

Madian, Manachem, Mardocheus, Mathan, Mathania, Mathathias, Medad, Menelaus, Merari, Micha, Michäas, Miphiboseth, Misach, Moab.

Naaman, Naas, Nabal, Naboth, Nabuzardan, Nachor, Nadab, Nahasson, Nahum, Nemrod, Neri.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Obed, Og, Onias, Obreb, Osne, Othoniel, Oza.
Phacec, Phacnia, Phanuel, Pharao, Phassur, Phegiel, Phelet, Phinnes, Phut.
Rabsaces, Raguel, Rasin, Razias, Rechab, Roboam, Rodocus, Romelia, Ruben.
Salamiel, Salathiel, Salmana, Salmanasar, Salmon, Salphaad, Samgar, Sanaballat, Sarezer, Saul, Saura, Scera, Seba, Sedecias, Sehon, Selencus, Sellum, Semni, Semnia, Semerias, Senacherib, Siba, Sichem, Sissera, Sobna, Suchot.
Tabrimon, Talmas, Thare, Thebni, Thola, Tholomai, Tryphon.
Urias.
Zadse, Zambri, Zeb, Zorobabel.

Als Namen von Weibern kommen vor:

Achsa, Ada, Agar, Aseneth, Bala, Basemath, Bethsabe, Cetura, Daldo, Debora, Dina, Elimelech, Herodias, Holda, Jahel, Jezabel, Joabed, Lia, Maacha, Merob, Michol, Noemi, Phua, Rachab, Respha, Ruth, Salome, Sarai, Saraia, Sephora, Sunamittinn, Thamar, Vasthi.

[49] Das Gubernium empfahl nach dem Antrage des Referenten Hartmann, daß den Juden der Gebrauch dieser christlichen Namen, die er in ihren deutschen Formen zitiert, bewilligt werde:

Männliche Namen:

Adolph, Amadeus, Adrian, Alexis, Amatus, Agathon, Amandus, Albert, August, Anton, Aurel, Bertrand, Bertram, Caesar, Camills, Chrisostomus, Claudius, Clemens, Cornelius, Constantin, Cresveus, Dominik, Demetrius, Desiderius, Dietrich, Eberhard, Edward, Eduard, Emil, Engelbert, Ernst, Eugen, Ewald, Fabius, Faustin, Fidelis, Florentin, Florenz, Florian, Fortunat, Friedrich, Georg, Gottfried, Gotthelf, Gotthold, Gregor, Gustav, Heliodor, Hugo, Innoncens, Isidor, Julius, Kaspar, Leo, Leonhard, Leopold, Lucian, Max, Maximilian, Melchior, Moritz, Olivier, Oswald, Otto, Ottokar, Peter, Rudolph, Ruprecht, Robert, Scipio, Severus, Siegfried, Stephan, Theodor, Valentin, Valerian, Viktor, Wolfgang.

Weibliche Namen:

Adela, Adelhaid, Adeline, Adolphine, Alexandra, Alexa, Aglaja, Albertine, Angela, Angelica, Aurelia, Augusta, Bertha, Betty, Cylly, Clara, Clarisa, Claudina, Clementine, Constanze, Cölestine, Cornelia, Eleonora, Emma, Emmeline, Emilie, Elvire, Eulalia, Eugenie, Ernestine, Eveline, Flora, Georgia, Helena, Isabella, Isidora, Josephine, Justine, Katharina, Kunigunde, Laura, Leopoldine, Leonine, Margaritha, Mathilde, Minna, Nathalie, Ottilia, Petronelle, Pauline, Rosamunde, Rudolphine, Sydonie, Sophie, Seraphine, Theodora, Theresia, Urania, Valentine, Viktorine.

[50] Der Beratung vom 21. Juli 1834 präsidierte der Oberstburggraf Chotek und es beteiligten sich daran Gubernial-Vizepräsident Prochazka, Hofrat Lützow und die Gubernialräte Breinl, Kronenfels, Herget, Pötting, Willmann, Nadherny, Margelik, Peche, Janko, Hartmann, Cron und Waclawiczek.

[51] In Prag wurde es am 25. November dess. J. präsentiert.

[52] Unter dem Vorsitze des Oberstburggrafen Chotek nahmen daran alle uns bekannten Mitglieder des böhmischen Guberniums teil.

[53] Es waren dies: Ignaz Epstein, J. Mauthner, Hermann Wiener, Dr. Wehle, S. B. Hirsch, S. Dormitzer, N. Dormitzer, M. Porges, Simon Brandeis, Ignaz Lederer; eine Unterschrift unleserlich.

[54] Es geschah so mit der Zuschrift des böhmischen Guberniums an den Prager Magistrat vom 10. September 1835.

[55] Es war dies wahrhaft die Blüte der Prager Judenschaft, und ich bringe deshalb alle ihre Namen und Titel im deutschen Originalwortlaut hier zum Abdruck: Ad. Wehle, MUDr., Ignaz Epstein, k. k. priv. Cotton-Fabrik, Angelus Porges, Jacob Neustadtl, Med. Doctor, Brüder Porges, W. A. Taussig und Sohn, Kaufleute, Jos. Mauthner, Kaufmann, Josef Taussig, M. J. Schwab, J. J. Pissling, Joachim Epstein, k. k. priv. Großhändler."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[56] Hier muß beigefügt werden, daß die Juden die Wiener Behörden darauf aufmerksam machten, daß das Gubernium in seinen Dekreten oft unrichtige Zitate aus den Hofdekreten gebrauche, z. B. anstatt des Jahres 1787 1784 schreibe und sich auch in den Daten der Herausgabe der Hofdekrete irre. Es ist ein bedenkliches Zeugnis für die damalige Kanzleileitung des böhmischen Guberniums, daß es so nachlässig erledigte Expeditionen duldete.

[57] Den Vorsitz bei der Beratung hatte Burggraf Chotek, und es beteiligten sich an ihr außer dem Gubernialvizepräsidenten Prochazka die Gubernialräte Wallerstein, Herget, Pötting, Willmann, Nadherny, Peche, Meisner, Janko, Hartmann, Cron, Ambrosi und die beiden Hofräte Lützow und Kronenfels.

[58] Er zitierte insbesondere die Gubernialberichte vom 28. Juli 1830 und 31. Juli 1834.

[59] Arch. d. Min. d. Innern: Z. G Publ. 1836—1840, 46/1/4.

[60] Prov. G. S. Jahrg. 1838, S. 208, Nr. 107.

[61] Sieh Publ. 1836—1840, 46/1/4.

[62] Erlaß des Guberniums vom 6. April 1837. Publ. 1836—1840, 47/4/13.

[63] Erlaß des Guberniums vom 29. März 1839.

[64] Publ. 1836—1840, 47/4/14.

[65] Publ. 1836—1840, 47/4/21.

[66] Publ. 1836—1840, 47/4/24.

[67] Publ. 1836—1840, 47/4/23.

[68] Arch. d. Min. d. Innern, Z. G 1841—1855, 18/182/25.

[69] Das Hofdekret ordnete ausdrücklich an: „daß eine Veränderung des Geschlechtsnamens nur beim Übertritte zur christlichen Religion oder bei Adelsverleihung und im letzteren Falle auch nur mit ausdrücklicher allerhöchster Bewilligung und unter den erforderlichen Vorsichten stattfinden darf. Sollte außer diesen beiden Fällen eine Veränderung des Geschlechtsnamens angesucht werden, so behalten sich seine Majestät die Entscheidung solcher Gesuche in besonders rücksichtswürdigen Fällen vor."

[70] Z. G 1841—1855, 18/65/81.

[71] Reichsgesetzblatt Nr. 142/1867.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE

Die Vorschläge auf Erweiterung der Anzahl der erlaubten jüdischen Vornamen im Jahre 1832.

—

Am 30. März 1832 entschloß sich das böhmische Gubernium, die Prager jüdischen Vorsteher und den Oberjuristen Landau durch Vermittlung des Prager Magistrates aufzufordern, daß sie ein Verzeichnis der christlichen Namen ausarbeiten sollen, die sie als Vornamen für ihre Kinder zu gebrauchen gedächten. Es sollten das solche Namen sein, bei denen es möglich wäre, schon im alten Testamente einen analogen Wortlaut nachzuweisen, oder die schon an sich irgendeine Bedeutung beinhalten (z. B. eine Eigenschaft, eine Tugend u. dgl.). Die Anforderung eines solchen Verzeichnisses war die Folge zweier älterer Gesuche der Prager Juden (es waren dies die Ansuchen vom 13. Jänner und 15. Juni 1831) an die Vereinigte Hofkanzlei, daß den Juden bewilligt werde, die Namen christlicher Heiliger zu gebrauchen. Die Prager jüdischen Vorsteher entsprachen dem Ansinnen des Guberniums sofort und übergaben dem Magistrate die verlangten Verzeichnisse am 12. Juni 1832, indes der Oberjurist Landau sich weigerte, die gewünschten Verzeichnisse abzufassen und sie erst nach zweimaliger dringender Urgenz am 13. Dezember 1832 abgab. Das Verzeichnis der Prager jüdischen Vorsteher war kürzer und enthielt weniger Namen als das umfangreiche Verzeichnis Landaus.

In beiden Verzeichnissen waren die Namen der christlichen Heiligen zusammengestellt, deren Gebrauch die Juden auf Grund analogisierender Belege aus dem alten Testamente oder auf Grund zahlreicher etymologischer Beweise begehrten, wobei sie den sachlichen Inhalt der Namen auseinandersetzten. Diese Beweisführungen sind ein Ausdruck der damaligen Zeitvorliebe für das Etymologisieren. Manche ihrer Schlüsse waren genug zweifelhaft, ja komisch und rufen durch ihre Naivität beim späteren Leser wohl gar ein Lächeln hervor. Freilich, als Zeiterscheinung dürfen sie nicht übergangen werden, und das umso weniger, als sie einen Beweis bildeten, der die sehr ernstzunehmende Aktion um die Gleichberechtigung der Juden in der Wahl der Vornamen zu stützen bestimmt war.

Der Raumersparnis wegen habe ich in dieser Beilage die Namen der beiden Verzeichnisse zu einem Ganzen vereinigt. Bei einem jeden Namen charakterisiere ich kurz deren Auslegung nach den Prager jüdischen Vorstehern (abgekürzt P.) und nach Landau (abgekürzt L.) und weise in Klammern auf die entsprechenden Zitate aus dem alten Testamente (Zahl und Namen des Buches, Kapitel, Vers) und auch auf die etymologische Literatur hin.

Männliche Namen.

Adolf: Nach den jüdischen Vorstehern (im weiteren mit P. abgekürzt) bedeutet es „Hilfe Gottes", hebr. Asarja (2. Könige 14, 21). Landau (im weiteren mit L. abgekürzt) legt diesen Namen nach der gedanklichen Bedeutung aus als „der, dem Gott geholfen", analog mit dem bibl. Namen Esaria, Esriel (2. Könige 24, 21; 1. Chron. 5, 20).

Adrian, auch Hadrian: Nach P. abgeleitet vom Namen der Stadt Adria in Italien, auch von atri aus dem hebr. hadar — schön (1. Moses 36, 39). L. interpretiert ähnlich, empfiehlt aber noch die Analogie mit dem bibl. Namen Adar (1. Mos., 36, 39).

Agathon: Nach P. vom griechischen ἀγαδός, gut, hebr. Tob (2. Chron. 17, 8); auch mit dem Zusatze „gut ist Gott" — Tobia (2. Esra 2, 6); daher Tobias oder Tobel. L. fügt hinzu, daß alle Varianten Tob, Tobias und Tobel guten Sinn haben.

Albert: P. behaupten, daß die Wortbedeutung dieses Namens nach der Meinung der Mehrzahl der Etymologen dunkel ist. Es ist dies angeblich ein Name rein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

hebräischen Ursprungs, abgeleitet von Alpelet (1. Chron. 14, 5). Da jedoch in den meisten Sprachen die Buchstaben p und l oft vertauscht werden, habe sich mit der Zeit das zweite l in r gewandelt, woraus der Name Albert entstanden sei, der bedeute: Gott behütet. L. legt diesen Namen mit der Mehrheit der zeitgenössischen Etymologen als „edel, schön, würdig" aus, analog dem bibl. Namen Namon — schön, wohlgestaltet (2. Kön. 5). (Im übrigen stimmt er mit der Auslegung P. überein).

Albin: Bedeutet nach P. „weiß", hebr. Laban (1. Mos. 24, 29). L. hat für diesen Namen eine ähnliche Auslegung.

Alex, Alexius: P. erklären diesen Namen als „geflügelt", auch „Vogel", hebr. Zipor (4. Mos., 22, 2). L. aber sieht in diesem Namen mit Dolz (Die Moden in den Taufnamen) eine Abkürzung des Namens Alexander.

Alexander: Kommt bloß bei L. vor. Es ist das angeblich ein im Talmud sehr geschätzter Name. Auf Anordnung des Jerusalemer Oberpriesters Simons des Gerechten und zu Ehren Königs Alexanders des Großen und aus Dankbarkeit der Juden zu diesem dafür, daß er die Stadt verschonte, sei festgesetzt worden, daß alle in jenem Jahre in Jerusalem geborenen Knaben den Namen Alexander bekommen sollten. L. fügt hinzu, daß dieser Name nach seinem griechischen Ursprung bedeute „standhaft im Kampf gegen Männer", analog dem bibl. Namen Azum.

Alfred: Eine Erklärung des Namens hat nur L. Er bedeute „ruhig" und habe die gleiche Bedeutung wie der bibl. Name Salom, Salomo — Friede, Ruhe.

Alois, Aloisius: Stammt nach P. vom hebr. Namen Elusi, was bedeute „Gott ist mein Ruhm" (1. Chron., 12, 5). L. legt diesen Namen ähnlich wie P. aus und fügt hinzu, daß der Auslegung „Gott ist mein Ruhm" der Vorzug gebühre vor der Becmanschen Erklärung (De originibus latinae linguae — Wittenberg 1613), als ob der Name Alois bedeutete „alles zerstörend, zersetzend", da man ihm in den italienischen und französischen Wörterbüchern die gleiche Bedeutung zuschreibe wie dem französischen Namen Louis (deutsch Ludwig), was wiederum bedeute „Gott ist mein Ruhm". Sieh auch Ludwig.

Amadeus: Sieh Gottlieb.

Amandus: P. leitet diesen Namen vom lat. amando ab; analog dem hebr. Schelach (1. Mos. 10, 24). L. läßt außerdem noch eine zweite Möglichkeit wie beim Namen Amatus zu.

Amatus: Nach P. „der Geliebte", ähnlich wie der hebr. Name Jedida (2. Kön. 22, 1). L. sucht dafür auch eine Analogie in dem bibl. Namen Dodo (2. Sam. 19).

Ambrosius: Nach L. „göttlich", analog dem bibl. Namen Elias (1. Kön. 17, 1).

Andreas: Bedeutet nach L. „der Starke". Sieh Karl.

Angelus: Engel, bibl. Name Malachi, von Malach — Engel.

Anselm: P. legen diesen Namen aus als „Mann der Ruhe, des Friedens" vom hebr. Anosch und Salom.

Anton, Antonius: Nach P. kommt dieser lateinische Name im Talmud vor und wurde von den alten Rabbinern zum Andenken an Kaiser Antonius Pius, den Freund und Gönner des Rabbi Juda des Heiligen, eingeführt. L. hat dafür noch eine andere Erklärung: Bezüglich der Bedeutung des Wortes herrsche angeblich unter den Sprachforschern keine Übereinstimmung. Nach dem lateinischen Grammatiker Festus habe sich ein Sohn des Herkules so genannt; nach verschiedentlichen Erklärungen dieses Namens und unterschiedlichen Analogien (Schenk: Taufbuch für christl. Religionsverwandte) lasse sich der Name als „der Starke", bibl. Name Chaskia, erklären.

Augustinus, Gustav: Nach P. aus dem lat. Augustus, der Erhabene, Hervorragende; auch vom hebr. Namen Ram (Ruth 4, 19). L. legt diesen Namen aus als „glänzend, licht, majestätisch", und darum analog dem bibl. Namen Kum — erhaben, majestätisch. Ovid und mit ihm einige andere leiten diesen Namen von dem lateinischen Verbum augeo — vermehren ab; daher sei der ergänzende Teil des Titels der römisch-deutschen Kaiser „semper augustus" entstanden.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Somit wäre der Namen August, Gustav analog dem bibl. Namen Josef, abgeleitet vom hebr. vermehren. Sieh Ausonius Popoma: De different. verb., Dolz: Die Moden in den Taufnamen.

Aurelius: Den Namen führt nur L. an als Namen, der unter den Juden nicht allgemein angenommen sei, vom griech. Chrysogomus; nach Ciceros aures proles.

Balthazar: Bedeutet nach L. „Schatzwächter", gleich dem bibl. Namen Ozar — Schatzwächter. Sieh Kaspar.

Benignus: gutmütig, freundlich. Sieh Agathon.

Bernard, Bernhard: Ein altdeutscher Name, der nach Adelung (Grammatisch-kritisches Wörterbuch der hochdeutschen Mundart) „gepriesen", „berühmt" bedeutet und dem talmudistischen Namen Hillel (Richter 12, 13) analog ist. Nach Adelung haben die gleiche Bedeutung auch die Namen: Bertram, Adelbert, Edbert, Bertha, Bertrand. L. ordnet zu den hierher gehörigen Namen auch den Namen Benno ein. Der Name Bernard bedeute nach Luther (Aliquot nomina propria Germanorum ad priscam etymologiam restituta, ferner auch andere Ausgaben derselben Arbeit unter der Überschrift De nominibus propriis Germanorum. Wittenberg 1611) „die Kraft des Bären" und sei analog dem häufig gebrauchten jüdischen Namen Bär oder Bärmann (neuer Ber, Bermann), abgeleitet vom bibl. Namen Ihsachar, Dob — Bär.

Bertrand, Bertram, Bruno: Bedeutet nach L. „berühmt, gelobt" und ist analog dem bibl. Namen Hillel. Sieh Bernard.

Caesar: Den Namen erklärt nur L., und zwar als „behaart"; analog dem bibl. Namen Esau — behaart, struppig (1. Mos. 25, 25).

Camillo: Bezeichnet nach L. den Bediensteten bei Opfern und geheimen gottesdienstlichen Bräuchen; analog dem bibl. Namen Obadia — Diener Gottes.

Chrysostomus: Nur bei L. und bedeutet Goldmund; hat angeblich dieselbe Bedeutung wie Emil oder Eduard.

Claudius: Diesen Namen legt nur L. aus, und zwar nach Voss (De literarum permutatione) so, daß er „in Eisen eingeschlossen, eisern" bedeute; analog dem bibl. Namen Barsili, von Eisen — ברזל.

Cornelius: Nach P. ein lateinischer Name von cornu — Horn; im Talmud in der Form Corna gebraucht (Traktat Chetuboth 105, 1). Die Erklärung von L. sieh beim Namen Cornelie.

Coelestin: Der Name drückt nach P. „himmlisch" aus und ist analog dem hebr. Schammai, Semej (1. Chron. 2, 28). L. erklärt ähnlich.

Creszenz: P. und L. haben die gleiche Erklärung: „wachsend", analog dem bibl. Namen Zemach.

Damian: Nur bei L., nach dem es den „Sieger" bezeichnet. Sieh Siegmund.

Darius: Ein persischer Name, der öfter bei Daniel, Esra und Nehemia erscheint. Davon ist der weibliche Name Daria abgeleitet.

Demetrius, Demeter: Nach P. vom griechischen Land, ebenso wie Adam. L. hat eine ähnliche Erklärung.

Deodatus: Nach P. „Gott geschenkt", gleich dem bibl. Namen Mathathia (1. Esra 10, 43).

Desiderius: P. erklären diesen Namen inhaltlich als „Wunsch, Begehren"; ähnlich der hebr. Frauenname Abi oder Abija (2. Kön. 18, 2; 2. Chron. 29, 1). L. erklärt ihn als „der Ersehnte", analog dem bibl. Namen Saul — ersehnt, begehrt.

Dietrich: P. verweisen auf den Namen Theodorich. L. hält nach Benecke (Teuto oder Urnamen der Deutschen, Erlangen 1816) dafür, daß der Name den bezeichnet, „der überredet wurde", und die Analogie dazu sei in dem bibl. Namen Balschan (Esra 2) zu finden.

Dionys: Nach P. ein griechisches Wort, das soviel bedeutet wie Bacchus oder Wein, analog dem hebr. Namen Anub, Anob — Weintraube (1. Chron. 4, 8).

Dominicus: Erscheint bloß bei L., nach dem es „heroisch" bedeutet, bibl. Name Adamja von אדון — Herr (2. Sam. 3).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Eberhard: Nur bei L., nach dem es „sehr stark" bedeutet, bibl. Name Amatzia — sehr stark, göttlich stark.

Edmund: Nach P. wahrscheinlich Edelmund, analog dem hebr. Chupim oder Champhi (1. Mos. 46, 2) und nach Durchführung der üblichen Umstellung Chaphni (1. Sam. 1, 3). L. gibt für diesen Namen mit Benecke die Bedeutung „der edle Redner", was dem griechischen chrysostomos gleichkommt und deshalb dem bibl. Namen Balschan analog ist. Sieh Chrysostomus.

Eduard, Edvard: P. halten dessen Etymologie für dunkel. Dem Klang nach ähneln ihm zwei biblische Namen: Edu (2. Chron. 12, 15) und Ard (4. Mos. 26, 40), deren Bedeutung aber zweifelhaft ist. L. verwendet bei der Erklärung die Ansicht Beneckes, indem er dafürhält, daß Eduard „treu, edel" bedeutet, etwa wie das bibl. Mechahsja — der göttliche Beschützer; er fügt bei: „Auch scheint die etymologische Idee nicht verwerflich, daß dieser Namen von den biblischen Edu und Ard (zusammen Eduard) entstanden sein könnte."

Egidius: Den Namen erklärt nur L., und zwar nach Benecke als „Beschützer", abgeleitet von aegide — Schild, Wappen; daher die Analogie mit dem bibl. Namen des Priesters מגן — der göttliche Beschützer, wörtlich Gottesschild. Sieh auch Eduard.

Elogius: Bezeichnet nach L. „Lobredner, Prediger", analog dem bibl. Namen Koheleth-Prediger.

Emil: P. verweist auf den Namen Emilie. L. interpretiert nach Plutarch, daß das Wort Emil bedeute „der Beredte", ähnlich wie Edmund. Andere wieder leiten diesen Namen von dem Worte „fleißig" ab. Sieh Emilie.

Engelbert: Nach P. analog mit Malachi, dem Namen des Propheten. Bei L. ähnlich. Sieh Angelus.

Ernst: Sieh Severus.

Eugen: Nach P. vom griechischen „edel" und analog dem bibl. Nadab (2. Mos. 6, 23). L. erklärt ähnlich.

Eulogius: Eine Erklärung bringen nur P. und führen ihn auf das griechische „verständig, gescheit" zurück, analog dem bibl. Hachmoni — der Weise (1. Chron. 11, 11).

Ewald: Den Namen erklärt nur L. Nach den Einen bedeutet er angeblich dasselbe wie der Frauenname Eveline, der aus dem Namen Eva gebildet ist. Sieh Eveline. Nach Jean Paul (Dr. Katzenbergers Badereise) bedeutet der Name Ewald „mächtig, stark" und könnte den bibl. Namen Atzom, Amatzia u. ä. analog sein.

Fabian: Nach P. vom römischen Namen Fabius, ein im Talmud viel verwendeter Name, wie z. B. in den Wendungen: „Rabbi Elieser, Sohn des Fabius, Rabbi Ismael, Sohn des Fabius". L. leitet Fabian von Faba — Bohne ab. Über die Belegstellen dieses Namens im Talmud schreibt er dasselbe wie P. (Trakt. Beza).

Faustin, Faustus: Nach P. und nach L. „beglückt, glücklich". Sieh Felix.

Felicitus: Sieh Felix.

Felix: Der Glückliche, analog dem bibl. Namen Ascher (1. Mos. 30, 13).

Ferdinand: Auslegung nur bei L., der den Namen vom altdeutschen Fred (Friede), analog dem bibl. Namen Salom, Salomo — Friede ableitet.

Fidelis: Nach L. „treu", analog dem bibl. Amon (2. Sam. 3, 2).

Flavius: Nur bei P. Der Name des jüdischen Historikers Josefus Flavius, der unter der Herrschaft des Kaisers Titus lebte.

Florentin, Florian, Florinus, Florens: Bedeutet nach P. „Blüten, Blumen, aus Blumen bestehend", analog dem hebr. Namen Paruah. L. bringt eine ähnliche Auslegung, findet aber mehr analoger Beispiele an bibl. Namen: Ephraim, Perachia, Perach (1. Kön. 4, 17).

Fortunat: Der Glückliche. Sieh Felix.

Franz: Nach P. stammt er angeblich aus dem deutschen frei, analog dem hebr. Namen Pekach (2. Kön. 15, 22). L. fügt noch die Analogie mit dem bibl. Namen Japhet hinzu.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Friedrich: P. kennen für diesen Namen eine Analogie mit dem hebr. Schlomo (1. Chron. 22, 9). L. verweist auf den Namen Ferdinand.

Georg: Nach P. aus dem griechischen γεωργός — Landwirt, analog dem hebr. Namen Charscha und von charasch — ackern. L. erklärt ähnlich.

Germanicus: P. legen den Namen als Herrmann aus, analog mit Aschkenas (1. Mos. 10, 3).

Gottfried: Die Bedeutung desselben ist nach P. die gleiche wie die des hebr. Namens Schelemja (1. Chron. 26, 4). Nach L. bedeutet er dasselbe wie Salamja — Gottesfrieden.

Gotthelf: Dieser Name hat nach L. die gleiche Bedeutung wie das bibl. Jehosua — Hilfe Gottes.

Gotthold, Gottlieb: Hat nach L. dieselbe Bedeutung wie der bibl. Name Chananel, Chananja und der aus diesen gebildete Name Jochanan. Sieh Johann.

Gregor: P. erklären den Namen als „munter, viff" u. analog. mit Er (Mos. 1. 38, 3). Ähnlich auch bei L.

Gustav: Sieh August.

Heinrich: P. legen diesen Namen mit Adelung als „Waldreich" und als analog dem hebr. Namen Jaara (1. Chron. 9, 42) aus. L. erklärt diesen Namen gleichfalls nach Adelung und Benecke als „der Hainreiche, der Waldreiche" und meint, er sei analog dem bibl. Iaar, von יער — Wald.

Heliodor: Nach der Auslegung von P. bedeutet dieses griechische Wort „Geschenk der Sonne", was gleichbedeutend ist mit dem hebr. Namen Schemschai, zusammengesetzt aus Schemesch — Sonne und Schai — Geschenk (1. Esra 4, 8). L. erklärt ähnlich.

Hieronymus: Nach L. bedeute dieser griechische Name „der Heilige, Göttliche" und sei analog dem bibl. Namen Samuel. L. hält es aber für viel wahrscheinlicher, daß er dasselbe bedeute wie der bibl. Name Jehonan, Jonan, was wörtlich den „von Gott Erhöhten, Erhabenen" bedeute. Neben dieser sachlichen Analogie müsse auch berücksichtigt werden, daß die französische Analogie des Namens Hieronymus Jêrome ähnlich klingt wie der bibl. Name Joram (2. Kön. 8, 10).

Hugo: Nur L. legt den Namen aus; nach ihm hat er dieselbe Bedeutung wie der bibl. Name des Propheten Hagi, auch Hega.

Ignatz: P. leiten den Namen Ignatz von „feurig" ab, vom lat. ignis — Feuer, was dem bibl. Barak (Richter 4, 16) analog ist. Auch L. führt diesen Namen auf ignis zurück und fügt auch eine Analogie mit dem bibl. Namen Cham — heiß, feurig bei.

Innocenz: P. legen ihn als „unschuldig" aus und weisen auf die Analogie mit Sachai (Nehem 3, 20) hin. L. erklärt ihn ähnlich.

Isidor: Nach P. bezeichnet er „Geschenk der Isis" oder „Mondgeschenk"; analog dem hebr. Namen Jarrach (1. Chron. 5, 14). L.'s Auslegung ist umfangreicher: Nach den einen Forschern stamme er von Isis und Dore und bedeute „Geschenk der Isis" (ähnlich wie Heliodor Geschenk der Sonne bedeutet). In diesem Falle wäre eine Analogie mit dem bibl. Namen Jarrach gegeben. Nach Herrmann (I. G. I. Herrmann: De historiae Graecae primordiis) und auch anderen Forschern sei der Namen Isidor von dem weiblichen Namen Isidora abgeleitet, der „flüchtig, schnell, laufend" bedeute und eine Analogie mit dem bibl. Namen Jipora aufweise. Sieh Isidora.

Johann: Den Namen erklärt nur L., aus dem bekannten hebr. Namen Jochanan, der aus dem Namen Chananel, Chananja herausgebildet sei. Sieh Gottlieb.

Julianus, Julius: P. machen darauf aufmerksam, daß dieser lateinische Name im Talmud sehr verbreitet ist, so beispielsweise „Rabbi Julius" (Traktat Gittin, 59, 1). L. erinnert dazu noch an die gleiche Bedeutung des bibl. Namens Joel, aus dem der weibliche Name Julie, Juliana entstanden sei.

Justinus, Justus: Nach P. ein im Talmud häufig erscheinender lateinischer Name, analog dem hebr. Namen Zadok — der Gerechte (2. Kön. 15, 35).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Kajetan: Eine Auslegung nur bei L.: Der Name stamme von der Stadt Cajeta, der nachherigen berühmten neapolitanischen Festung Gaeta; nach Strabo „das krumme Seegebirge". Den weiteren Landauschen Exkurs bringe ich im vollen Wortlaut zum Abdruck: „Talmudischer Name Rabbi Catina, und nicht, wie der Verfasser der hebräischen Genealogie (ספר יוחסין) irrig angibt, daß dieser R. Catina der R. Zera wäre, und den man auch Catina, den kleinen von קטן heißt, weil dieser R. Zera sehr klein war, sondern, wie R. Jechiel Minsk in seinem berühmten Werke סדר הדורות Ordnung der Geschlechter beweiset, daß dieser R. Catina nicht R. Zera sei, und Catina der selbständige Vornahme dieses Rabbis war."

Karl: P. legen diesen Namen auf Grund des Adelungschen Wörterbuches als „tüchtig, standhaft" aus, analog dem hebr. Gibor (1. Esra 2, 20). L. dagegen leitet diesen Namen nach Wiarda (Tileman Dothias Wiarda: Über deutsche Vornamen und Geschlechtsnamen, 1800) „von dem altdeutschen Wort Keurl, Korrl, altus fontus, der starke Mann, analog dem bibl. Namen חזקי der göttlich Starke, Feste und גבור Gibor, der Starke".

Kaspar: Nach P. ist es ein persisches Wort, das „der Kassier, der Schatzmeister" bedeutet, analog Ezer (1. Mos. 36, 21). L. hält jedoch diese Etymologie für mehr als unwahrscheinlich, da der Name Balthasar, Mehrer des Schatzes (gleichfalls einer der drei Könige) aus dem Worte בעל Herr, Vorgesetzter und אוצר Azar, Schatz entstanden sei. Daher hätten die Erklärungen Beckmanns, Schencks, Meidengers und anderer mehr Berechtigung, daß der Name Kaspar Schreiber und nicht Schatzmeister bedeute, zumal auch die wörtliche Übersetzung des Namens Kaspar, abgeleitet von Kasab — Schreiben, und noch mehr von Sapar — Schreiber, dies unstreitig bestätige. L. fügt hinzu:. „Und daher dieser Name Saphar, der Schreiber nicht nur mit einem der 7 Namen, die nach dem Talmud und Midrasch auch Moses führte, sondern auch mit dem im Talmud sich oft findenden Namen des Rabbi Saphra (der Schreiber) vollkommen analog ist." Sieh auch Balthasar.

Kilian: Nach P. ist dieser Name aus dem hebr. Namen Chilion (Ruth 1, 2) entstanden.

Klemens: P. erklären diesen Namen als „gütig, gnädig", analog dem hebr. Namen Chen oder Chessed (Zachar. 6, 14; 1. Kön. 4, 10). Nach L. bedeutet er „göttlich, gnädig", analog dem griechischen „agathon". Sieh Agathon.

Konrad: Diesen Namen erklären nur P. aus dem altdeutschen „Rathkundige" (davon der Frauenname Konradine), analog dem hebr. Namen Milcha, Melcha (1. Mos. 11, 29), von molach — raten.

Konstantin: Bedeutet nach P. „standhaft, beständig", was dem hebr. Namen Amoz analog ist. L. erklärt ähnlich.

Leo: P. sind der Ansicht, daß der Name Leo in dem hebr. Namen Laisch (1. Sam. 25, 44) eine Analogie hat und daß davon auch der weibliche Name Leonore, Leontine kommt. L. legt im Zusammenhang mit Löwe — Leo auch die Namen Leonhard, Leopold, Leupold so aus, daß alle vom lat. leo und auch vom altdeutschen Leu herstammen. Er fügt hinzu: „Analog mit dem bibl. Namen, den auch Jehuda, einer der 12 Söhne des Patriarchen Jakob führte אריה Aria (der Löwe) und mit dem einfachen selbständigen Namen des Priesters Uria (1. Kön. 14) und dem Namen לישׁ (Laisch), welche beide Löwen heißen und von welchen auch der bibl. Name אריאל (der göttliche Löwe) geformt ist."

Leopold: Nach P. „Leopard der Tapfere, Muthige", analog zu Ariel (1. Esra 8, 19). L.'s Auslegung sieh bei Leo.

Ludwig: Eine Auslegung des Namens gibt nur L., und zwar als „sehr standhaft, stark, mutig", ebenso wie der bibl. Name Usia — der göttlich Starke.

Lukas, Lucian: Erklärung nur bei L., der diesen Namen nach Luther vom lat. lux — Licht ableitet. Analog dem bibl. Namen יאיר und dem daraus hervorgegangenen Namen Meyer und Nehuroi (4. Mos. 32).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Martin: Auch diesen Namen erklärt nur L., nach dem er aus dem Namen des Kriegsgottes Mars entstanden sei, was nach Herrmann (De mythologia Graecorum antiquissima 1817) auch „der Übelabwendende, Hilfreiche" bedeute. Er sei darum analog dem bibl. Namen Jehosua — der göttlich Hilfreiche und Hosen — Helfer.

Mathias: Auslegung des Namens nur bei L. Er bedeute „Geschenk Gottes" und klinge ähnlich und habe auch eine ähnliche Bedeutung wie das biblische Methassia und ein Name ähnlichen Inhalts, nämlich Nathaniel (2. Mos.).

Maximilian, Max: Nach L. von maximus — der Größte, analog dem bibl. Godal — groß; z. B. Rabbi Gidel.

Melchior: Eine Erklärung nur bei L., nach welchem dieser Name „König des Lichtes, göttlicher König" bedeutet und dem bibl. Namen Malchiaha — göttlicher König analog ist.

Moritz, Mauritius: Nach P. bezeichnet er „den Dunkelfarbigen" und sei analog dem bibl. Namen Kadar (1. Mos. 25, 13). L. fügt dem auch noch die Analogie mit dem bibl. Namen Kuschan — Ägypter, dunkelfarbig (2. Richter) hinzu.

Nikodemus, Nikolaus, Niklas, Klaus, Niklaus, Nikolas: P. erläutern diesen Namen als „Volksherrscher", analog dem hebr. Namen Meschulam, zusammengesetzt aus dem Worte Moschel-Herrscher, am — Nation, Volk. L. legt diesen Namen als „der Volksbekrieger" aus, analog dem hebr. Namen derselben Bedeutung.

Olivier, Ulfert: Nach L. bedeuten alle Varianten dieses Namens „der Gehilfe", analog dem bibl. Namen Hosen — Gehilfe. Sich auch Martin.

Oswald: Den Namen erklärt nur L., als „der Hausverwalter", „der Ausgeber", analog dem bibl. Namen Nathan (2. Sam. 12, 1).

Ottfried: Bedeutet nach P.: „Vater des Friedens", ähnlich wie der hebr. Name Absolom (2. Sam. 13, 19).

Otto, Ottokar: P. legen diesen Namen nach Adelung als „ein vorzüglicher Herr" aus, analog dem bibl. Adoniram — hoher Herr. L. wendet eine andere Auslegung an, nämlich, daß die Namen Otto, Ado, Udo, Hatto vom altdeutschen Od — der Reiche abgeleitet und dem bibl. Namen Asser (1. Mos. 30, 13) analog seien.

Paul: Auslegung nur bei L., nach welcher der Name Paul „klein, einfach" bedeutet, analog dem bibl. Namen Jaktan (1. Mos. 10, 25).

Peter: Bedeutet nach L. „Felsen, Stein", ähnlich dem hebr. Namen Zur (1. Chron. 8, 30). L. erklärt ähnlich.

Prokop: L. legt diesen Namen als „der Gute, Förderer des Guten" aus. Sieh Agathon.

Rudolf: Bedeutet nach P. „der Ratgeber", ähnlich wie der hebr. Name Maluch (1. Chron. 6, 29). L. erläutert mit dem Namen Rudolf auch die Bedeutung der Namen Ruprecht und Robert. Alle diese 3 Namen bedeuten nach Luther, dessen Anschauungen L. folgt, „der Rathhilf", analog dem bibl. Namen Jehojada (2. Sam. 12, 22) — von Gott eingesetzter, göttlicher Ratgeber, „nach der etymologischen Erklärung des Midrasch Rabbi 4 B. M. 23, nachdem er dem Könige Joasch mit seinem Rath beistand."

Scipio: Bedeutet nach L. „Unterstützung" oder „Vertrauen", analog dem bibl. Asaria — Gott ist meine Stütze.

Severin, Severus, Severinus: P. erklären als „ernsthaft" und weisen auf die Analogie mit dem hebr. Namen Nocha (1. Chron. 8, 2; Ruth 4, 17) hin. L. interpretiert ähnlich.

Sebastian: Erläuterung nur bei L., als „der Erhabene", analog den bibl. Namen Kum — erhaben, erhöht.

Siegmund: Bedeutet nach L. dasselbe wie Viktor. Sieh Viktor.

Stephan: Nur bei L., nach dem der Name Stefan „den Gekrönten, Königlichen" bezeichnet, und analog ist dem bibl. מלכי königlich und צדק gerecht (1. Mos. 14, 18).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Theodor: Bedeutet nach P. „Gottesgeschenk", ähnlich den hebr. Namen Sabdiel (Nehem 11, 14), Sebedjahu (1. Chron. 26, 2) und Mathathja (Esra 10, 43). L. interpretiert ähnlich als Gottesgeschenk und macht auf die Analogie mit den Namen Mathassia und Nathanael aufmerksam, die gleichfalls „Gottesgeschenk" bedeuten.

Theophil: Nur P. erläutern ihn ähnlich wie den Namen Gottlieb und verweisen auf die Ähnlichkeit mit dem hebr. Namen Jedidja (2. Sam. 12, 25).

Urban: Dieser Name bedeutet nach der einzigen Auslegung der P. „sittlich, ordentlich", ähnlich dem hebr. Namen Jescher (1. Chron. 14, 18).

Valentin, Valerian: Den Namen erklärt nur L. als „tapfer, mutig", analog dem bibl. Uriel — tapfer, mutig, wie Leo.

Viktor, Vincenz: Nach P. „der Sieger", ähnlich dem hebr. Namen Naziah (Esra 2, 54). L. erklärt die Namen ähnlich und setzt hinzu: Unter den Juden wird auch der Name Evigdor gebraucht, der manchmal auch in der geteilten Form evi — gdor erscheint. Ein Name, der „nach dem Talmud und Midrasch unter den 7, nach andern 10 Nahmen, welche Moses auch führte, ist."

Wenzel: Nur bei L., der über den Namen Wenzel schreibt: „Nach Beckmann (920) der Volksbekrieger gleich mit Nicolaus."

Wilhelm: Bedeutet nach P. „der mächtige Beschützer", analog dem hebr. Namen Machse-jah — Verteidigung Gottes (Jeremias 32, 12). L. erklärt ähnlich.

Wolf: Nur bei L., der in dem Namen Wolf den bibl. symbolischen Beisatz des Namens Benjamin sieht, von Seb זאב der Wolf (1. Mos. 49, 27). L. reiht hier auch die Namen Wolfgang und Wolfram an.

Zephyrin: P. verweisen auf den weiblichen Namen Zephyrine.

Weibliche Namen.

Adele (Adelheid, Adalbertine, Adeline): Bedeutet nach L. „die Schöne, Edle", analog dem bibl. Namen Namah, Nami (1. Mos. 4, 22) und Schifra (2. Mos. 1, 15) — die Verführerische, Angenehme, Adelige.

Adolfine: Sieh Adolf.

Agathe: L. legt diesen Namen als „die Gütige, Liebe" aus, analog dem bibl. Namen Channa. Sieh Agathon.

Aglaja: Hängt nach P. mit dem griechischen αγλαια — Glanz, Schönheit zusammen, der sich im Hebräischen als Männername Japhia, Noga — Glanz (1. Chron. 3, 7) vorfindet. L. weist außerdem noch auf den Namen Luzie hin.

Agnes: Lämmchen; L. findet eine Analogie mit dem bibl. Namen Rachel-Lämmchen.

Albertine: Sieh Albert.

Albine: Sieh Albin.

Alexandra, Alexa: Sieh Alexander.

Aloisia: Sieh Alois.

Amalie: L. legt ihn aus als „die Fleißige". Sieh Emilie.

Amanda: Sieh Amandus.

Angela, Angelika: Sieh Angelus.

Anna: Erklärung nur bei L., vom bibl. Namen Channa.

Antonie: Sieh Anton.

Augustine: Sieh Augustinus.

Aurelie: Nach L. „die Goldene, goldene Tochter", analog dem bibl. Abigail.

Beathe, Beatrix: „die Glückliche, Selige"; nach P. bedeutet es auch dasselbe wie der hebr. Name Sulamith (Lied der Lieder 7, 1).

Benigna: Sieh Benignus.

Bernhardine: Sieh Bernhard.

Bertha: P. verweisen auf den Namen Bernhard. L. erklärt diesen Namen mit Wiarda als „die Schöne".

Caecilia: Nach L. der bibl. Name Zilla.

Charlotte: Sieh Karoline.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Claudine: Sieh Claudius.
Coelestine: Sieh Coelestin.
Concordia: Nach P. analog dem hebr. Namen Ehud — Eintracht, Einheit (1. Chron. 8, 6).
Cornelie: P. verweisen auf den Namen Cornelius. L. leitet den Namen vom lat. cornu — Horn ab, bibl. Name Keren Hafuch (Hosea 2, 3). So erklärt er auch den Namen Cornelius. Nach L. sind überhaupt die vom lat. cornu abgeleiteten Namen im Talmud häufig gebraucht. Das Wort Horn habe übrigens im Lateinischen wie im Hebräischen einen ähnlichen Wortlaut: cornu — keren, koren.
Daria: Sieh Darius.
Demetria: Sieh Demetrius.
Deodata: Sieh Deodatus.
Desideria: Sieh Desiderius.
Dorothea, Doris: Bedeutet nach P. „Geschenk Gottes" wie Deodatus. L. dagegen verweist auf den weiblichen Namen Theodora.
Eleonore: P. legen ihn als „mitfühlend", analog dem hebr. Namen Ruchame (Osias 2, 3) aus. L. erklärt ähnlich.
Elisabeth, Elise: Nach P. ist dieser Name nach dem männlichen Namen Eliseus gebildet. L. jedoch macht auf einen Zusammenhang mit dem bibl. Eliseba — Gotteseid aufmerksam. Der Name Elise könne auch vom hebr. Namen Elisu herstammen.
Elvire: Erklärung nur bei L., der diesen Namen als „die Erhabene, Herrscherin", analog dem bibl. Namen Sara auslegt.
Emilie: Nach P. „die Liebe, Angenehme", analog dem bibl. Channa — die Angenehme, Liebliche (1. Sam. 1, 2). L., der bei dieser Gelegenheit auch die Namen Emma und Emmeline auslegt, ist der Ansicht, daß dieser Name dem Inhalt nach altdeutsch „die Biene, Fleißige" bedeute (nach Dolz), analog dem bibl. Namen Deborah — hebr. die Biene.
Ernestine: Sieh Severus.
Eugenie: Sieh Eugen.
Eulalie: Bedeutet nach P. „die Redende", analog dem hebr. Namen Imri (Nehem. 3, 2) und Dibri (3. Mos. 24, 11). L. erklärt ähnlich.
Euphrosine: Erklären nur P. als „Freude, Fröhlichkeit", analog dem bibl. Susi (4. Mos. 13, 12).
Eveline: Nach L. von Era (Dolz Seite 70).
Fabia: Sieh Fabian.
Fausta, Faustine: Sieh Faustus.
Ferdinanda: Sieh Ferdinand.
Flavia: Sieh Flavius.
Flora, Florentine: Sieh Florentin.
Franziska: Sieh Franz.
Friedericke: Wird nur von P. mit der Analogie zum hebr. Namen Schlomith (3. Mos. 24, 11) erklärt. Sieh auch Friedrich.
Georgia: Sieh Georg.
Germania: Sieh Germanicus.
Gustava: Sieh August.
Hedwig: P. legen diesen Namen nach Adelung als „des Vaters Zuflucht" aus, analog dem hebr. Namen Abischua — des Vaters Hilfe (1. Esra 7, 5). L. gebraucht für die Erklärung folgende Worte: „Nach Luther des Vaters Zuflucht, von Hatto, altdeutsch der Vater, und Wik — die Zuflucht, und wäre also mit Abischan analog; nach vielen andern Etymologen aber von Ed — glücklich, vortrefflich, und Wik — siegereich, wäre die glückliche Siegerin, und eben so wie Siegismunde." Sieh Siegismunde.
Helene: Kommt nach P. im Talmud häufig vor und wurde insbesondere oft in der jüdischen Volkssprache gebraucht. L. hat eine ganz andere Erklärung: „Nach

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dem Tragiker Aeschylus (im Trsp. Agamemnon) heißt Helena die Eroberin, mithin mit Siegismunde und andern angeführten W. N. gleich; nach Lenepp (Ethymologia ling. gr.) aber bedeutet Helena die Lichtvolle, die Leuchtende und sonach analog mit Lucia." Sieh Luzie.

Heliodora: Sieh Heliodor.

Henriette: Sieh Heinrich.

Isabella: Der spanische Name für Elisabeth.

Isidora: Sieh Isidor. Nach L. „die Flüchtende, Schnelle", analog dem bibl. Frauennamen Zipora — schnell wie ein Vogel.

Johanna: Sieh Johann.

Josefine: Sieh Josef.

Juliane: Sieh Julius.

Justine: Sieh Justinus.

Karoline: Sieh Karl.

Katharine: Nach L. „die Fromme, Gerechte."

Klara: Nach L. „die Helle, Glänzende". Sieh Luzie.

Klementine: Sieh Klemens.

Klotilde: P. erklären diesen Namen als „die Geneigte, Günstige", analog dem bibl. Channa — die Anmutige.

Konstanze: Sieh Konstantin.

Kunigunde: Nach L. vom altdeutschen Gund — „ein edles Frauenzimmer", demnach das Gleiche wie Adele. Sieh Adele.

Laura: Wir zitieren die Meinung von L. wörtlich: „Zwar nehmen Heyse (S. 323) u. a. Laura gleichbedeutend mit Eleonora. Einige andere glauben aber wahrscheinlicher Laura von Loorbeer wie der M. N. Laurentius herzuleiten, und wäre sonach analog mit dem bibl. W. N. הדסה, weil man das Symbol des Loorbeeres, der nur für den Mann paßt, bei den Frauen, mit mehr diesem Geschlechte zusagende Myrthe symbolisch ersetzt (Vide Hensius Synop. Ethymologia)."

Leonore: Sieh Leo und Leonhard.

Leopoldine: Sieh Leopold.

Ludovica, Luise: Sieh Ludwig.

Ludmila: Nach L. der verballhornte Name Ludwika.

Luzie: Sieh Lucian, Lukas.

Magdalene: Eine Auslegung nur bei L.: „Die Erhabene, die Erhöhte, und nicht, wie einige wollen, von Sen Maddala, zum Unterschiede der beiden anderen Marien; gleichbedeutend mit Elwire."

Marianne: Nach L. aus den beiden Namen Maria und Channa zusammengesetzt.

Margarethe: L. legt den Namen als „Perle" aus, analog dem bibl. Peninak — Perle.

Mathilde: P. halten dafür, daß der Name aus den Worten — Mädchen und Hild — günstig, liebenswürdig, geneigt (holdes Mädchen) zusammengesetzt ist, analog dem hebr. Namen Schifra (2. Mos. 1, 15). Nach L. bedeutet er „Die holde Maid, das holde, liebliche Mädchen", analog dem bibl. Namen Nama, Nami.

Minna: Sieh Wilhelmine.

Nathalie: Nach L. vom bibl. Namen Nathaniel.

Ottilie: Sieh Otto. Nach P. bedeutet es Herrin und sei analog dem Namen Sara — Herrscherin.

Pauline: Sieh Paul.

Petronella: Sieh Peter.

Regine: Bedeutet nach L. „Königin", analog dem bibl. Namen Milka — Königin.

Rosa, Rosamunde, Rosalie: Nach L. ist der Name gleichbedeutend mit dem bibl. Namen Susanne — Rose.

Rudolfine: Sieh Rudolf.

Seraphine: P. halten dafür, daß er analog sei dem männlichen Namen Seraph (1. Chron. 4, 22). L. hat eine ähnliche Erklärung.

Siegmunde: Sieh Siegmund.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Susanne: Sieh Rosa.
Sophie: Bedeutet nach P. „Weisheit", ähnl. dem hebr. Namen Buna (1. Chron. 2, 25). L. erklärt ähnlich.
Sidonie: Nach L. vom bibl. Namen Sidon.
Therese: Erklärung nur bei L., als „Ackerin", was dasselbe sei wie Georgia.
Theodora: Sieh Theodor.
Theophilia: Sieh Theophil.
Urbanie: Sieh Urban.
Uranie: Sieh Coelestine.
Valentine: Sieh Valentin.
Viktoria: Sieh Viktor.
Wilhelmine: Sieh Wilhelm.
Zephyrine: Bedeutet nach P. „die Liebenswürdige", sei analog mit Naemia (1. Mos. 4, 22) – die Süße, und Machlath – die Gute (1. Mos. 28, 9).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Aus einem jüdisch-deutschen Lehrbuche der Medizin.

Von Heinrich Flesch.

—

Die Papierhandschrift, nicht paginiert, 264 Quartseiten von mir gezählt, welche mir zur Beschreibung vorliegt, ist für die jüdische Volkskunde von großem Wert. Eine Überprüfung der Quellen, aus welchen der Abschreiber geschöpft, die genaue Kenntnis des Arzneischatzes- welchen er angewendet und zu welcher Zeit die Arzneimittel zur Anwen, dung gelangten, was für die Geschichte der Medizin sicher von Wert wäre, muß einem Fachmanne auf diesem Gebiete überlassen werden.

Das Manuskript stellt sich als Lehrbuch der Medizin dar, welches die Anatomie, Physiologie, Chirurgie und zum Teile auch die innere Medizin, sozusagen das ganze weite Gebiet der Heilkunde umfaßt. Nicht uninteressant ist die Katechismusform, in welcher das Manuskript abgefaßt ist. In 474 Fragen und Antworten — die Fragen sind mit laufenden arabischen Ziffern versehen, Nr. 1—30 fehlen, ebenso einige Blätter am Schlusse — wird der Lehrstoff der Heilkunde, soweit er Wundärzten, zum Teile auch den jüdischen Badern jener Zeit bekannt war, erschöpfend dargestellt. Die Handschrift ist als ein Nachschlagwerk für die Praxis eines jüdischen Wundarztes oder Baders gedacht, ist vielleicht auch Studienbehelf für jüdische Baderlehrlinge gewesen. — Das Lehrbuch hat ein jüdischer Wundarzt niedergeschrieben, nennt er sich ja an verschiedenen Stellen des Manuskriptes „Wundarzt". Ob er zur Führung dieses Titels berechtigt war, oder sich diesen selbst zugelegt, entzieht sich meiner Beurteilung. Es ist wahrscheinlich, daß der Verfasser des Manuskriptes aus alten medizinischen Werken und Kräuterbüchern abgeschrieben hat, mit vielen Fachausdrücken, die ihm sehr geläufig sind, auch mit den von Wundärzten getroffenen Anordnungen und Heilmethoden den Titel übernommen hat. Der Verfasser, besser gesagt, der Schreiber schildert am Ende des 2. Teiles in Nr. 273, wie der Wundarzt sich zu dem Patienten verhalten soll. Dort heißt es: *Frag:* Wie soll ein Wundarzt gegen sein Verwunden (seinen Verwundeten) sein Gesicht und wie soll er sich gegen ihn verhalten. *Antwort:* Er soll ihm freundlich zusprechen, ihm (ihn) auch unterrichten, wie er sich in der Kur verhalten soll, die Diät fleißig den Umständen zusprechen, ohne sein Wissen den (dem) Kranken nichts zulassen, so wird er in seinem Gewissen Ruh haben." Schrift und Stil des Manuskriptes verweisen auf die erste Hälfte des XVII. Jahrhunderts,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

für diese Zeitbestimmung spricht auch die Orthographie. Das stumme „h" nach k, r, der Gebrauch von „t" statt „d", das Fehlen von „d" und „t" am Ende des Wortes, welches ja im Judendeutsch jener Zeit üblich war, ferner der Gebrauch von „z" statt „t" verweist auf das XVII. Jahrhundert. Der Verfasser verordnet bei verschiedenen Krankheitsfällen die Wundsalbe des Herrn Doktor Minderer, als wenn dieser zu jener Zeit noch gelebt hätte. Raymund Minderer, in Augsburg geboren und dort als Arzt 1621 gestorben, führte das Ammoniumacetat als Spiritus oder Liquor Mindereri in den Arzneischatz ein. Außerdem schrieb er noch ein Alcodarum naerocostinum (1616), ferner De Chalcanto 1617 und eine Medicinae militaris 1619 und 1621 (diese Mitteilung danke ich Herrn Univ.-Prof. Dr. E. Starkenstein in Prag). Allein aus der Erwähnung der Mindererschen Wundsalbe ist nicht zu schließen, daß das Lehrbuch um 1620 geschrieben worden ist; der Verfasser hat aus älteren Quellen geschöpft, aus einem Werke abgeschrieben, welches um 1620, zu Lebzeiten Dr. Minderers, verfaßt wurde. Auch der Ausdruck[1] „Epich", welcher dem Sederritual des Passahfestes entnommen ist und in älterer Zeit für Sellerie gebräuchlich war, beweist nur, daß der Verfasser aus älteren Schriften abgeschrieben hat. Das zeigt auch die nicht einheitliche Schreibweise und Orthographie. In der einen Nummer werden die Dehnungszeichen weggelassen, in der andern erscheinen sie, bald wird „z" für „t" gebraucht, bald wieder nicht, daraus ist zu schließen, daß die einzelnen Beispiele verschiedenen Zeiten entstammen. Aber auch die angewendeten Medikamente stammen aus verschiedenen Quellen, erscheinen in dem einen Beispiele mit dem offizinellen Fachausdrucke, während sie in einem andern Beispiele im Judendeutsch wiedergegeben werden. Eine große Anzahl von Rezepten werden im Apothekergewichte, Unze, Drachme, Skrupel, Gran vorgeschrieben, andere wieder werden in Pfund, Lot und Quäntchen angeführt. Der Fachmann wird ja aus dem zur Verwendung verordneten Heilmittel die Abfassungszeit, den terminus a quo leicht erkennen, wissen, wann die einzelnen Medikamente in den Arzneischatz aufgenommen wurden. Aber auch der Historiker kann einen terminus a quo feststellen, der sich aus der Beschreibung der Bubonenpest ergibt. Die Beulenpest ist in Mähren — und die Handschrift ist mährischer Herkunft — im Jahre 1716 und 1719[2] epidemisch aufgetreten und das Manuskript dürfte wohl erst im ersten Viertel des XVIII. Jahrhunderts niedergeschrieben sein.

Das Lehrbuch ist mit hebräischen Buchstaben, Kursivschrift, in deutscher Sprache im sogenannten Judendeutsch niedergeschrieben.

Die Heilkunde als Wissenschaft lag zu jener Zeit noch im Argen. Wohl waren schon, zumal in den Städten, Doktoren der Heilkunde, Magister der Chirurgie, graduierte Wundärzte tätig, aber man braucht nur den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Prozeß des Judenbaders aus Gaya[3] zu lesen, dann kann man sich leicht ein Bild entwerfen von der Art und Weise, wie die Heilkunde zu jener Zeit gehandhabt wurde. Die Bader, Badhausbesitzer, oder Badhauspächter – bei den Juden waren es die Pächter des rituellen Tauchbades – waren nicht nur Bartscherer, sie setzten Schröpfköpfe, ließen zur Ader, extrahierten Zähne, richteten Herniän ein, schienten Frakturen, legten Verbände an, amputierten Gliedmaßen, rieben Salben, mischten Tränklein und verordneten Medikamente gegen verschiedene Beschwerden. Zuweilen waren es ja Roßkuren, denen sich leidende Menschen unterziehen mußten, die Kindersterblichkeit, die Sterblichkeit bei ernsten Erkrankungen war zu jener Zeit noch sehr groß. Ein solcher Judenbader-Wundarzt hat das medizinische Lehrbuch niedergeschrieben, aus welchem nicht nur er selbst, sondern auch Baderlehrlinge die Heilkunde erlernen sollten. Aber eines möchte ich bemerken, der Verfasser des Manuskriptes war nicht bar aller medizinischen Kenntnisse und überragte die Bader-Heilkünstler seiner Zeit turmhoch. Er war kein gewöhnlicher Judenbader, ihm waren die lateinischen Fachausdrücke geläufig, er verfügte über reiche pharmazeutische Kenntnisse, er ist in der Arzneivorschreibung und Zusammensetzung der Arzneimittel sehr bewandert. Auch die fremdsprachigen Namen der Medikamente sind ihm bekannt. Wohl haben sich dabei zahlreiche Irrtümer eingeschlichen, was ja zum Teile durch die Transskription in hebräische Buchstaben zu erklären ist; ausgeschlossen ist aber auch nicht, daß der Schreiber der Handschrift, wo er nicht selbst Autor ist, vieles nicht verstanden und dadurch auch nicht korrekt niederschreiben konnte.

Das Manuskript wurde viel benutzt, viel gelesen, ist an den untern Ecken vom häufigen Umblättern stark abgegriffen und dadurch auch an zahlreichen Stellen unleserlich.

Bei der Beschreibung der Handschrift habe ich mir die Aufgabe gestellt, die Leser über den Inhalt eingehend zu informieren. Der Schreiber des Lehrbuches verfügt über einen reichen Arzneischatz, ich zählte mehr als 400 Medikamente, einige Rezeptbeispiele will ich von seinen anführen. Auch die Indikationen sollen kurz und übersichtlich dargestellt werden. Eine Anzahl von Beispielen soll wortgetreu wiedergegeben werden. Ich will weder an der Stilistik noch an der Schreibweise der verordneten Arzneimittel Korrekturen vornehmen. Erklärungen von Worten oder Ausdrücken, die mir zum Verständnisse des Textes nötig erscheinen, setze ich in ( ) runde Klammern. Unleserliche verblaßte Worte und Sätze werden durch ..... Punkte bezeichnet. Wo sich Zweifel über die Lesung eines Wortes oder dessen Verständnis ergaben, st dies durch ein Fragezeichen (?) angedeutet.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Verfasser ist strenggläubiger Jude, er betont an verschiedenen Stellen, daß der Arzt Gott zu Hilfe nehmen muß, bei Amputierung von Gliedmaßen, Trepanierung der Hirnschale steht das Gelingen bei Gott, aber sympathetische Mittel, wie sie das Buch Mifalot Elokim[4] kennt, wendet er nicht an.

Das Buch diente ursprünglich als Einlegebuch[5] der Almosenkasse oder eines Wohltätigkeitsvereines, denn die hebräischen Namen der Gemeindemitglieder, welche an der Spitze der Blätter stehen, so z. B. Mose S G L (Abbreviatur für Segan Levojoh, Fürst der Leviten, Titulatur für Leviten), Mose Kazew (= Fleischhauer) sind noch erhalten, auch der Name einer Frau Sarel Sagendels wird überliefert, später wurden die noch unbeschriebenen Blätter zur Aufzeichnung von Fragen und Antworten verwendet, welche die Arzneikunde betreffen.

Das Manuskript ist schlecht erhalten, die Buchdeckel sowie die ersten und letzten Blätter fehlen; das Papier ist morsch und brüchig. Die Handschrift zerfällt in vier Teile. Die Überschrift zum ersten Teile von Nrn. 1 bis 81 sowie die ersten Seiten des Manuskriptes fehlen, dadurch ist uns auch der Titel des Buches sowie der Name des Autors unbekannt geblieben.

Die Überschrift des zweiten Teiles lautet: „Folgt der andere (zweite) Teil, Fragen samt dero Beantwortung betreffend die Wundarznei (Frage 82–273)." Die Überschrift des dritten Teiles lautet: „Folgt der dritte Teil von Beinbrüchen und Ausgewing (Ausgewöhnung, Ausrenkung der Glieder (Nrn. 274–336)." Die Überschrift des vierten Teiles lautet: „Der dritte Teil zu End, fangt der viert(e) Teil an von allerhand Schuß und Brand (337 ff)."

I.

Der erste Teil des Manuskriptes, wie es mir von Nr. 31 an vorliegt, ist mehr allgemeiner Natur. „Dem zur Ader lassen" wurde zu jener Zeit noch die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Der Autor beschäftigt sich mit dieser Frage sehr eingehend und berichtet folgendes: Der Jugend von 12 Jahren und dem Alter nach 60 Jahren mag man nich(t) lassen (zur Ader), denn es fordert solches (es sei denn es erfordert) die höchste Not sofort. Ist eine Frau in Argwohn, daß sie mit einem Kinde geht und wüßte es nicht für gewiß? Ich wollte fleißig erforschen, wie lange solche Zeit um sich wäre und so es halb um sich wäre, sie aber nicht spürt das sich was rührt und wäre der Mond im Zunehmen, so wollt ich ihr ein Luft „Lemi" (?) thun auf den rechten Arm, nämlich der Leberader. So einer schwangern Frau ihre Rechnung herbei von der Geburt komme, sie begehrt man soll ihr zur Ader lassen, wo ist ihr zu lassen und was

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nutzen schafft solches? Wollt ihr auf der rechten Hand eine Luft „Lemi" thun, zur Verhinderung vieler Hitz nach der Geburt; macht auch ein Geringerung dem Kind und der Mutter sonderlich bei dem, die viel Geblüt haben. – Es folgt die Frage, zu welchen Zeiten und an welchen Stellen zur Ader gelassen werden darf? Es gibt vier gute, vier mittlere und vier böse Zeiten. Die vier guten sind: Widder, Wage, Schütz und Wassermann (Sternbilder). Die vier mittleren sind: Krebs, Jungfrau, Skorpion und Fisch. Die vier bösen sind: Stier, Zwilling, Löwe und Steinbock. Ist der Mond im (Sternbild des) Widder, ist die Ader an der Stirne, unter der Zunge und alle andern (Adern) des Hauptes sind verboten zu lassen, das Zeichen ist heiß und trocken und ist ein Zeichen des März. Wenn der Mond im Zeichen des Stier, so ist es verboten die Adern des Halses zu lassen, das Zeichen ist kalt und trocken und ist ein Zeichen des Aprils. Wenn der Mond im Zeichen der Zwillinge, so ist verboten, die Adern des Arms und der Hände zu lassen, das Zeichen ist kalt und feucht und ist ein Zeichen des Brachmonates (Juni). Ist der Mond im Zeichen des Löwen, so ist verboten die Median-Adern an beiden Armen zu lassen, das Zeichen ist heiß und trocken, ein Zeichen des Heumonates (Juli). Ist der Mond im Zeichen der Jungfrau, so ist das Zeichen des Eingweide, ist bös Arznei geben, das Zeichen ist kalt und trocken, ein Zeichen des Augustmonates. Im Zeichen der Wage ist es verboten an beiden Händen Ader zu lassen, alle andern sind gut herinnen (in dieser Zeit) zu lassen, das Zeichen ist warm und feucht und ist ein Zeichen des Herbstmonates (September). Das Zeichen des Skorpions ist innen die Scham und ist verboten darin Ader zu lassen. Das Zeichen ist kalt und feucht und ist ein Zeichen des Weinmonates (Oktober). Ist der Mond im Zeichen des Schütz, so hat das Zeichen innen das ..... ist ein Zeichen des Wintermonates (November). Ist der Mond im (Sternbild des) Steinbock, dieses Zeichen hat innen das Knie und ist daran verboten Ader zu lassen. Das Zeichen ist kalt und trocken und ist ein Zeichen des Christmonates (Dezember). Der Wassermann hat innen die Waden und wenn der Mond im Zeichen des Wassermann, so ist es verboten die Brandader zu lassen, sonsten mag man wohl darin lassen. Das Zeichen ist warm und feucht, ein Zeichen des Januars. – Die weiteren Vorschriften über Aderlaß Nrn. 49–54 fehlen im Manuskript.

II.

Der ganze erste Teil des Manuskriptes ist mehr der Theorie gewidmet. Sind die Antworten von Nrn. 31–54, welche vom Aderlaß handeln, mehr prophylaktischer Art, weil sie von der Zeit zu welcher und von der Stelle an welcher das zur Ader lassen geschehen soll, sprechen, so gehören

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die folgenden Fragen, bis zum Schlusse des ersten Teiles in das Gebiet der Physiologie. Freilich kann man hier von einer auf wissenschaftlicher Basis beruhenden Physiologie nicht sprechen, aber die Beschreibung der Körperteile, Arterien usw., will von vornherein aufmerksam machen, daß ein krankhafter Prozeß, eine Störung der normalen Vorgänge ist, daß bei einer Krankheit eine Veränderung im menschlichen Körper vor sich geht. Es würde über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen, wenn ich die Beschreibung der Körperteile in extensa wiedergeben wollte, ich beschränke mich deshalb auf eine Probe in kurzem Auszuge, bediene mich aber der Namen und Bezeichnungen, wie sie der Autor überliefert. — Das Manuskript beginnt mit der Beschreibung des Mundes. Der Rachen hat 5 Knochen, das vierte Bein ist zu äußersten des Rachens, das fünfte Bein ist dünn, hart, fest, viereckt (viereckig) oberhalb der Nasen. Der Unterkiefer besteht „in zwei Teil", welche bei dem Kinn durch eine Kruspel zusammengesetzt, darin die Zähne gesetzt sind. Die Zähne aber sein (sind) das härteste Bein, eines mit Häutlein und Fleisch als Banden gebunden und werden bis 32 im Menschen gefunden.

Was seien (sind) die Beinbrüch, welches sind die sorglichsten Beinbrüche, was wäre seine Hilf, welches sind die Zeichen, daß ein Beinbruch recht gericht sei und wie lange muß ein Bruch Zeit haben bis er heil wird und an einem Schenkel gehen, oder an einem Arm arbeiten kann. Kommen Brand allein aus Überbindung der Beinbrüche. Erkennst du die Zeichen was heißer oder kalter Brand. Wenn dir einer zukäm, der heißen Brand hätte, wie willst du denselben löschen. Wie einen kalten Brand heilen? Wie kommt es, daß deren viel sterben nach dem das Glied abgenommen ist. — Von dem Beinbruch ins Gemein. Wenn die Gabel am Hals gebrochen. Bruch des Schulterblattes, Kniescheiben, Hüftbein zerbrochen, was ist deren Hilf. Was ist ein Kalkbruch, was sein dasselbige Signa, wie willst dergleichen Brüch heilen. — Nun wollen wir von Verrenkung und „Aus-geung" aller Glieder oder Gelenk reden, mit was Geschicklichkeit solche wider eingebracht, erhalten und vor Zufällen bewahrt, auch da solche herbeikommen, mit was Kur und Arznei ihm mag geholfen werden. So die Achsel aus (ausgerenkt) wäre. Verrenkung des Ellbogen, der Hand, der Finger; der Kiefer aus seiner Stat (Stelle) wäre. Wären einem die Sbandulen des Hals und Rückgrat verrückt, oder die Hüft aus, oder die Kniescheiben, oder der Knod(t)en aus seiner Stat (Stelle) ist. Wenn die Hand übergriffen, ein Fuß überstaucht, wie ist dem zu helfen. Was für Zufäll begegnen sich bei den Beinbrüchen und Verrückung der Glieder. — Wenn einer mit einem Pfeil geschossen in Leib worden und der Schaft abgebrochen und steckt hart zwischen den Bein, wie willst ihm thun? Wenn aber der Pfeil Widerhaken hätt (hätte)? Wenn aber solcher Pfeil[6] vergift (vergiftet) wäre. Wenn es aber klein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sachen wäre als Spreissen (Splitter), Dorn, Gläser? Da wollt ich Attractiva brauchen bis sie araus (heraus) kommen, dazu die Art und Nebenglieder defendiren vor Hitz und Geschwulst, danach mundificiren, incarniren und consoldiren (konsolidieren). — Damit wir aber wieder zu unserem heißen Brand gelangen, so wollen wir von Schüssen, die aus Büchsen geschehen anfangen, die einer geschossen, das ihm die Kugel durch den Leib, oder durch ein Glied hindurch geht, und andere Ding mit sich nemmt (nimmt) als ein Stück von einem Harnisch, Banzer (Panzer)-Ring, Holz und dergleichen, wie willst dich hirinnen halten? Wenn eine Muskete, oder ähnliches Rohr zuspringe (zerspringe), die Hand entzwei reißt. — Wenn einer vom Donner (Blitz) getroffen. Abbrühen mit heißem Wasser. — Wo es sich begebe, daß der Feind vergifte(te) Dampfkugeln in die Luft greben (?), die ein vergiften Rauch von sich geben, wie willst die Soldaten präserviren und denen, die schon angesteckt, Hilf tun.[7] Ursach warum geschossene Wund schwer geheilt werden und geraten oft in Brand und Faulung? Wie kommt es daß bei jetzigem Kriegswesen das mehrerteils tödtlich sein, da doch nichts vergiftet dabei gewesen?[8] Wie sollen die Meiseln in geschossene Wunden zugericht werden. Was Beschaffenheit hat es mit vergiften Wunden. Wenn einer von einem wütigen Hund gebissen, oder einem andern giftigen Tier gestochen. Woher kommen die Fisteln, wie werden sie erkannt; Erkennungszeichen der Fistel; Unterschied zwischen Fistel und Geschwür; welche Fistel sind nicht zu heilen. Was ist der Unterschied zwischen Krebs[9] und Fistel, zwischen Krebs und Aussatz. Es sind böse Blattern, welche man nennt Karfunkules, Antraxes; wie sind diese zu erkennen? Hast eine Erfahrung aus was Ursache solche „Apostem"[10] kommen, wie ist ihnen zu helfen; womit tut man solche maturirte Apostem auf (öffnet man diese). In welchen Orten mögen Apostem wachsen. Woraus entspringt der Sarbok (Skorbut), was ist hirinnen deine Hilf. Was ist der Schlir für ein Geschwür und was für Unterschied gegen andere Apostem. Die Pestilenz was ist für Krankheit, mag sie auch präservirt werden. Wenn aber die Präservirung nicht helfen will und also der Mensch schon mit der Pest angegriffen, was wär sein Hilf. Woher kommt die Bräune, wie ist hier zu helfen und was sind die Physikatoria, wie werden sie zugericht.

III.

Wörtliche Beispiele.

Frag 267: So sich zuträgt daß einer durch Mörder überfallen, oder Feldschlachten sonderlich in der Flucht sehr verwund(et) wär und Schwäche, auch weit abgelegen Orten halben nicht kannt verbunden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

werden und mußt ein Tag oder zwei varliegen bleiben in Luft, Säche (sachen, pissen), Kält, Näss und dergleichen, danach die Zeit nun wär die Wunden wären nun vertrocknet und von Blut zusammengebrochen und in hizer (jetziger) Zeit sein Leib sehr entzündet und umleidlich Dorst (Durst) hätte, er aber doch zu dir gebracht werd, ihn zu verbinden, wo wär hierin sein Hilf. *Antwort:* Ob dergleichen Zuständen bös seinen (sind) wollt ich nicht erschrecken, Gott zu Hilf nehmen und zu meinen Mitteln schreiten zu der vertrocknete Wunden, sofer(n) sie nicht gar dorch die Hirnschal geht, das Ungent. bereiten, wollte nehmen Salmiakwasser,[11] ℥ I, Rosenwasser ℥ III, weissen Augstein ℥ II, Rosenhonig ℥ ℈ I, sie kochen wie das Ungent. ägyptiacum und mit Schleissen einlegen damit ein Pflaster darüber, hernach folgendes Wasser bereiten, wohl warm um den Schaden schlagen. Dazu wollt ich nehmen Rosenessig, oder in Mangel dessen gemein Essig, ein wenig Saliter präparirten und solches alle Zeit erfrischen, so es kalt ist. Hätte er die Kräften, eine Ader öffnen, wäre die Wunden in Haupt, eine Öffnung unter die Zungen tun, ingleichen ein gut Wundtrunk bereiten von sinasue (?), Wintergrün, Naturworz, weisse Rosen *ana* ℥ I (*aa* = zugleichen Teilen), dies mit ein Maß Wasser sieden zwei Stund, hernach ein wenig präparirten Saliter drein tun, wie auch Krebsstein ℥ III unt (und) ihm des Tags viermal zu trinken geben. Den Patienten kühl halten, mit geringer wohlverdeiliche (verdaulicher) Speis versorgen, kein Durst lassen, ihm ein Gerstenwasser bereiten darnach auch ein ..... Wasser samt ein wenig Judenkirschen darin sieden und wollt also dies brauchen bis sich das Böse vom Guten scheidet, alsdann mit andern Kuren fortschreiten. – *Frag 382:* Mag die Pestilenz[12] auch präservirt werden. *Antwort:* Für das Präservativa, das geschwind flien (fliehen) und sbat (spät) wider zurück kommen. Die aber Amt und Flicht (Pflicht) haben nicht fliehen können noch mögen, sollen sich in solcher Zeit purgiren, oder Ader lassen, das Blut dünn zu machen, sich hüten viel baden, vor allen übelschmeckenden Orten, auch viel Leut zusammen-kumpt (Zusammenkunft), in ihre Gemach helle Feuer und Rauchwerk gebrauchen, sich hüten vor Umkeuschheit (Unkeuschheit) unt(d) Überfüllung des Leibes, nicht zu nüchtern (zu nüchtern Magens bleiben), gebrauchen das goldene Ei, zwei Erbsen gross Triax und medritat (?) ein Tag um den andern, oft in Mund halten Citronenschalen, Meisterwurz, Angelika, Zitwan und dergleichen, zuvor zwölf Stunden in Essig gebeizt und hernach trinken lassen an wohlschmeckende (wohlriechende) Sachen riechen, des Tags 3mal die Hand und Gesicht mit roten Essig waschen, so mit Camphor vermischt sei; so viel Kürze halber. – *Frag 383:* Wenn aber Präservirung nicht helfen will und also der Mensch schon von der Pest ergriffen, was wär sein Hilf. *Antwort:* So sich ein Apostem erzeigt mit grausamen Schmerzen, so man mit einem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Finger darauf drückt, also woll ich alsbald weich machende Kataplasma und Pflaster darüber legen, auch etliche Löcher in den Pflaster schneiden, damit der Dampf oder Schweiß darvon käme und zugleich alle acht Stunden dreimal ein Schweisstrunk eingeben, so einer von ihm stiess, alsbald ein andern richten, fleissig warm abtrocknen und nach dem Schweiss Herzstärkung gebrauchen. Hat er Durst wollt ich ihm von gebranntem Hirschkorn trinken lassen mit Spiritus Vitrioli, Zitronensaft, Erbsensaft, Sanct Johannisbeerlein - Saft u. dgl. vermischt. Klagt er grossen Hauptschmerzen, das Unguent. albastri mit Unguent. papav. und Veilöl vermischt auf ein Tüchlein streichen und über Stirn und Schläf legen. Äusserlich ein Herz und Pulz (Puls) Umschlag machen von Muskatblüh, Zimmt, Näglein *ana* ʒ I R, rote Rosen, Lavendl, Spika *ana* M R, weiss Rosen Wasser, Wein *ana* H^b R, ambra *ana* Gran I ϑ unter einander gemischt, mit ein Scharlach-Fleck über das Herz schlagen und über der Puls mit Tüchlein eingebunden, wofern sich aber die „pedetsin" (?) erzeigen, soll man nichts nätzen (naß machen) sondern stark schwitzen lassen, warem halten. Die Beulen belangt, so sich dieselben durch Pflaster und Kataplasma ziemlich erzeitigt mit einem Palitn (?) oder Carasiva öffnen, alsdann mundificiren, incarniren und endlich beschliessen. Hätte es aber nach der Heilung eine Härte und spannt übel, wollt ich solches schmieren mit Menschenschmalz, den Leib wohl lassen auspurgiren, alsdann in ein Zuber (Schaff) baden lassen, so wird das Geäder wider gelenk — und so viel von der Pest. — —

IV.

Rezeptbeispiele.

Der Arzneischatz, den der Autor des Compendiums in seiner Eigenschaft als Wundarzt – und in Ermangelung eines Medicus, wie er selbst sagt, auch als solcher – angewendet, überschreitet die Zahl 400. Wenn sich nun auch aus dem Abschnitte „wörtliche Beispiele" die Art und Weise der therapeutischen Anwendung der Arzneimittel von selbst ergibt, so will ich doch eine kleine Anzahl von Rezeptbeispielen in gedrängter Form anführen, die ein möglichst klares Bild der Arneizusammenstellung unseres Autors ergeben.

Wenn das Glied in Schwindung: Unguent. von Schöpsen-Inselt, Kalbsblut, venedische Seife, langen Pfeffer und Branntwein. Bei heftigen Schmerzen: Glied mit Schwebtüchlein umfangen, welches gemacht von gummi ammoniaca[13]..... Bibergeil, Kamillen, Menschenschmalz und rotes Schneckenöl.

Bei Wundbräune: Unguent: Honig ʒ III, Rosenessig, Holder-(Holunder)-Essig *aa* ʒ I, Phlegm. Vitriol ʒ R.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Bei entzündeten Wunden: Löschwasser: Essig ℈ I, Myrrhe ʒ II miteinander sieden, hernach dareintun Kamphora ʒ II, Saliter ʒ R ausgedrückt darüber legen.

Heisser Brand: Wasser von grünen Nüssen, lakude (?) Virginia, warm umschlagen.

Bei kaltem Brand: Bolus armeniae oriental., terra sigillata[14], Triax mit roten ... und Rosenessig zu Unguent. bereiten, damit anstreichen. Darüber noch folgendes Kataplasma: Bohnenmehl, Wickenmehl, Brunnenkress mit Essig gekocht, oft warm überschlagen, geht er auf, mit Loseisen ritzen, mit aqua part tupfen und darauf Ung. Aegyptiac., Meerzwiebelessig, Triax kochen. Bei Hartnäckigkeit warme Pappeln mit Faschen einlegen und mit Emplastr. verbinden.

Gegen Hunde oder giftigen Tierbiss. Roggenbrot in heisses Öl legen, den Biss damit ausbrennen, dann Knoblauch stossen, mit Salz und Rebenaschen verbinden und darüber legen. Ein Brod auf den Schaden legen bis es die Feuchtigkeit an sich gezogen, dann einer Henne oder anderem Tiere davon essen geben, stirbt es davon, war es wütig. Dann einen Trunk von Triax oder medritat geben, schwitzen lassen, purgiren mit Scorpionöl; Ung. Pflaster versorgen.

Gegen Brandwunden: Unguen. Dialtae ae ʒ ℈ I, Erdwurmöl, Kamillen, Dillenöl *ana* ʒ II, Terpentin ʒ I, Mehl von foenum graecum, rote Rosen, Heidelbeer ʒ I. Zum unguent. bereiten, damit schmieren. Franzosenholz, ʒ ℈ II, Alantwurz, Lilienwurz, Engelsüss, Cardobenedicten, Eisenkraut *ana* M R, Wasser bis auf halben Teil sieden lassen, acht Tage ungefähr ʒ b davon ihm geben und darauf schwitzen lassen.

Holzwasserbereitung: Sassafras ʒ III, Kine II, Sarsaparilla ʒ I, Franzosenholz ʒ I R, Diptam ʒ R, Erdrauch M R, Hirschenzünglein, Ochsenzünglein *ana* M R, Pimpinellen ʒ R, Lorbeer ʒ I, Süssholz, Kalmus, Ingwer ana ʒ II, Zimmt ʒ I, alles klein schneiden, 12 Mass Wasser daran giessen, vier Mass davon einsieden, den ersten Sud zum Schweisstrunk behalten, wieder anfüllen und absieden, wohl (gut) zugedeckt davon trinken lassen.

Augenwasser: Präp. tucia nix, Rittersporn, Augentrost, Fennichl, Rosenwasser, gesotten Ei, in Mörser gestossen, durch ein Tüchel gezwungen, in das Aug tropfen lassen. — — —

Es ist mir eine angenehme Pflicht, Herrn Univ. Prof. Dr. E. Starkenstein, Prag, meiner Nichte Magistra Pharm. Hilda Schay, Bratislava, und meinem Schwiegersohne Rabbiner Dr. J. Kahan, Pohořelice, die mir bei der Abfassung vorstehender Abhandlung ratend zur Seite standen, herzlichst zu danken.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN

[1] Von den Decisoren wird als „Epich" Petersilienwurzel oder Sellerie genannt, lat. apium, daraus wurde im Judendeutsch Apich, Epich, Epech.

[2] S. Der Judenbader zu Gaya, Flesch in Monatsschrift f. Gesch. u. Wissensch. des Judentums, 1929, S. 119ff.; Trapp, Die Juden und Judengemeinden Mährens in Vergangenheit und Gegenwart, S. 426.

[3] s. n 2.

[4] S. Flesch, Mitteilungen für jüd. Volkskunde, 15. Jg., Heft 2, S. 41ff.

[5] Einlegebuch, die an Sabbaten und Festtagen gelobten Toraspenden wurden auf Zettel mit den Ziffern der gespendeten Beiträge eingelegt; s. Wachstein, Urkunden zur Gesch. d. Juden in Eisenstadt, S. 766.

[6] Aus dieser Stelle könnte auf die Abfassungszeit des Manuskriptes geschlossen werden. Die Söldner waren zum Teile noch mit Pfeil und Bogen ausgerüstet. Kenner der Kriegswaffen könnten darüber Aufschluß geben.

[7] Nichts Neues unter der Sonne! Es gab also auch in jener Zeit schon Gaskriege durch vergiftete Dampfkugeln.

[8] Hier ist von einem Kriege die Rede, der sich in unsern Landen abgespielt. Bezieht sich diese Stelle auf den Dreißigjährigen Krieg, auf die Zeit der Türkenkriege unter Leopold I., oder noch eine spätere Zeit?

[9] An Carcinom, das Krebsgeschwür im Sinne unserer Zeit, kann hier nicht gedacht werden. Hier handelt es sich um ein äußerliches Geschwür, welches als stinkend und unsauber geschildert wird. Die Lefzen (Lippen, wenn ein solches Geschwür geöffnet, so gleichen die Teile den Lippen) sind grau und schwarz, es unterscheidet sich der Krebs durch gewisse Symptome von einer Fistel oder dem Aussatze.

[10] Apostem, beulenartiges Geschwür.

[11] ℥ = Unze, 1 Unze = 3 Drachmen. ʒ = Drachme, 1 Drachme = 3 Scrupel. ℈ = Scrupel, 1 Scrupel = 20 Gran.

[12] Gemeint ist die Bubonenpest, diese herrschte im Jahre 1715 und im Jahre 1719 besonders stark in Bisenz. Diese ansteckende Krankheit schildert der Physikus des Hradischer Kreises folgendermaßen: Es sind dies „mit substilla sanguinis per pares, os, pudenda muliebra, blaue, rote, schwarze Fleckbeulen"; s. Flesch in Monatsschrift f. Gesch. u. Wissensch. des Judentums, S. 119 und 123 n 1; s. oben n 2.

[13] Gummi resina ammoniacum.

[14] Im Manuskript terri siglata, auch terr. siglati.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Aus den Judizialakten des XVIII. Jahrhunderts.

BILDER AUS DEM TÄGLICHEN LEBEN DER JUDEN IN PRAG.

Von Dr. Simon Adler.

—

Die jüdischen Judizialakten, von denen schon einiges im Band III dieses Jahrbuches mitgeteilt worden ist, geben Aufschluß über das Leben der Juden im Ghetto. Es sollen hier einige Proben mitgeteilt werden, welche uns ein wahrheitsgetreues, wenn auch nicht immer schmeichelhaftes Bild geben. Das jüdische Gemeindearchiv in Prag besitzt 2504 fasz. Gerichtsakten von 1656 bis 1784. Außer diesem wohlgeordneten Aktenmaterial hat das Archiv noch 42 Bände Judizialprotokolle, 18 Bände Attestatenbücher und Testamentverzeichnisse aus den Jahren 1718 bis 1834. Aus diesem überaus reichhaltigen Materiale wurden einige Stücke ausgewählt, die Ehrenbeleidigungen zum Gegenstande haben und vor dem jüdischen Gerichte verhandelt wurden.

Die Verurteilung erfolgte auf Grund von Artikel V der „neuen Landesordnung des Königreiches Böhmen". Dieser Artikel lautet:

Von injurien, Ehrensachen und Schmähworten.

V. I.

So jemand den anderen wegen Jnjurien und Ehrensachen beschicken wollte, / so sol der Kläger oder Principal ausstrücklich und klar die Injurien, derentwegen er die Klage austellet / und Beklagten citieren lässt in die Klage mit Nahmen setzen / damit derjenige so citiert sich / mit seiner Gegennotturfft gefast machen können. / und sollen zur Erkäntniss und Ausspruch der Sachen sie beyderseits Kläger und Beklagter Persönlich erscheinen.

Wan aber einer oder der andere nicht erschine / so wird doch das Urteil ergehen / es auch sonst mit dem Erstandenen Recht / wie hieroben davon mit mehreren gemeldet gehalten werden.

V. II.

Es werden aber nachfolgende Sachen für Jnjurien und Ehrenhändel angezogen, nemblich / wan einer den anderen einen Verrätter hiess / oder ihm vorwürffe, dass er wieder seine Ehr gehandelt und etwas Schelm- und boshaftiger weise begangen hette / wie in gleichem auch / wan einer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

den anderen öffentlich für einen Hurensohn oder Banckhart / oder ein Weibesbild für eine Hur / Nichtsweniger wan einer den anderen öffentlich für einen Dieb / oder für einen / so etwas verfälscht und ein Crimen falsi begangen hatte / schelten thäte. Wan nun einer mit dergleichen injurien den anderen an seinen Ehren angetastet, dasselbe auf ihn nicht erwiesen / so sol derselbe es dem injurirten umb Gottes willen, dass ihm also obberührter massen unrecht und zuviel getan / abbitten / zu dem 14 Tag im Thurm sitzen / und aber dass alle Schäden und Unkosten / so wegen derselben Action auffgangen und erwiesen werden möchten / bezahlen.

Vernewerte Landts-Ordnung des Königreiches *Böhaimb.* (1690/ p. 479 ff.)

Man kann mit Sicherheit annehmen, daß es im Ghetto zu mehr Ehrenbeleidigungen gekommen ist, als die Judizialakten ausweisen, d. h. daß eine ganze Anzahl solcher Fälle nicht vor das Gericht gebracht worden sind. Das läßt sich zum guten Teil durch das Leben im Ghetto erklären. Die Zahl der Wohnungen war sehr gering – es gab nur 279 Häuser, von denen die meisten klein waren –, und in diesen Wohnungen lebten „in drangvoll fürchterlicher Enge" 6000 Menschen. Dazu kam noch der Kampf um das tägliche Brot, der manchmal die Gemüter erhitzte und verbitterte.

1

Sinai Hock, Prager Jude, klagt wegen injiuriuarum verbalium Wolf Berl Perls auch Prager Juden.

Der Beklagte hat dem Kläger Donnerstag den 21. Okt. 1756, zwischen 8 und 9 Uhr vormittags folgende Beleidigungen zugerufen. du Dieb, du hast in der grossen Serefe, id est in der grossen Feuersbrunst, den ganzen Platz bestohlen und hast dich durch diese Diebereien bereichert. Da der Kläger ein „wohlverhaltener Mann" und ein Contribuent ist, bittet er ihn zu schützen und den Beklagten nach A. V zu 14tägigen Arrest und zum Ersatz aller Schäden und Unkosten zu verurteilen.

2

Löbl Herschl Lichtenstadt Prager Jud, klagt wegen Ehrenbeleidigung den Löbl Jsacher Khue.

Am 6. April 1758 zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags in Gegenwart der Julia Seifensiederin, Kleinseitner Bürgerin, hat der Angeklagte folgendes gesagt: Mit einem solchen Filu soll die Frau nichts zu tun haben. Er sei ein Betrüger und habe schon über 2000 fl. andere Leute betrogen und sei auch im Rathaus eingesperrt gewesen. Dieselben Beleidigungen habe der Angeklagte im königl. Pfandamt am 26. April zwischen 3 und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

4 Uhr vor vielen Leuten wiederholt. Der Kläger bittet ihn in Schutz zu nehmen und den Angeklagten nach A V zu bestrafen.

3

Löbl Secher Khue klagt den Simche Freyberg, der ihm am 1. Juni 1758 zwischen 11 und 12 Uhr im jüdischen Badhause in Gegenwart vieler Leute ohne jede Ursache, zugerufen hat „du gaslen" id est Räuber.

„Du bist und bleibst ein gaslen". Da der Kläger ein einwandfreier Mensch ist, erhebt er bei dem Juden-Eltesten Klage dagegen und verlangt nach A. V. die Bestrafung.

4

6. Juni 1758.

Jakob Pesachje Buntzl erhebt beim Juden Eltesten Klage gegen die Frau Sorl, Frau des Jakob Samuel Hutter. Sie hat dem Kläger am 5. Juni zugerufen:

Du Moser d. h. Verräter und als sie von dem Vorsteher Jakob Zoref zurechtgewiesen, hat sie diese Zurufe wiederholt.

5

7. X. 1758.

Michel Abraham Jurist klagt die Ehefrau Mariem Gröger, weil sie in der Wohnung des Abraham Offner in Gegenwart der Familie Offner und anderer Leute ihm zugerufen: Du Säufer, du Verführer und ähnliche Beleidigungen. Da der Kläger derartige Beleidigungen nicht auf sich sitzen lassen kann, so ersucht er die Juden-Eltesten den Beklagten zu veranlassen, dass er öffentliche Abbitte leiste, alle Klagekosten ersetze und endlich nach § 5 bestraft werde.

6

Michl Abraham Jurist Gemeinde-Juden Altesten, klagt den Lazar Fuchs. Am 26. August 1759 nach ½6 Uhr Abends hat der Kläger den Beklagten aufmerksam gemacht seinen Wechsel über 4 fl 21 kr zu bezahlen, da er bereits bei Gericht durch Handschlag sich zur Bezahlung dieses Betrages verpflichtet hatte. Hierauf erwiderte der Beklagte: Bevor ich dir deine 35 Groschen zahlen ergeht an die 10mal eine bekannte Einladung. Er fügte noch eine Menge anderer Beleidigungen hinzu. Da die Strafe die im Stadtrecht A V vorgesehen ist, zu milde erscheint, da hier ein Gemeinde-Aeltester beleidigt wurde, so bittet der Kläger noch eine strengere Strafe über den Beklagten zu verhängen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

7

22. X. 1759.

Leb Elias Jeitteles klagt den David Mayer Jeitteles wegen Ehrenbeleidigung.

Als der Kläger dem Beklagten unauffällig ermahnte ihm seine Schuld zu bezahlen um eine Exekution überflüssig zu machen, schrie ihn der Beklagte an: Du Beitelschneider, du Dieb, du filu" Der Kläger ersucht das Gericht ihn vor solchen Beleidigungen zu schützen und den Beklagten entsprechend zu bestrafen.

8

Joachim Wolf Schulhof, Prager jüdischer Contribuent klagt gerichtlich in puncto injuriarum verbalium den Salomon Ratka, dermahlen Dienstjungen bei Abraham Weisseles und zwar aus folgenden Ursachen:

Der Angeklagte hat vergangenen Sonntag, am 20. Jänner 1760 vormittags zwischen 9–10 Uhr auf der königl. neuen Stadt im blauen Stiessel auf dem freien Hof, im Beisein christlicher Leute, ohne Ursache folgende Beleidigungen gegen mich ausgesprochen. Du filu, du Dieb, du und dein Vater haben den Galgen schon längst verdient. Du und dein Vater haben nicht so viel Haare auf dem Kopf als ihr Christen und Juden betrogen habet.

Es wird für Dich und Deinen Vater ein neuer Galgen errichtet, um Euch beide darauf zu hängen. Da sich derartige Beleidigungen eines hergelaufenen Burschen gegen einen Contribuenten nicht ziehmen, so wird eine 14tägige Arreststrafe so wie ein Schaden-Ersatz und Unkosten beantragt.

9

21./I. 1760.

Herschl Winternitz, Prager jüdischer Gasseninspektor, klagt wegen Ehrenbeleidigung den Lippmann Mendl Karpeles. Am 15. December 1759 hat der Angeklagte in einem Gebetzimmer, das zur Klaussynagoge gehört, während der Thora-Vorlesung dem Abraham Beer Schefteles mit Faustschlägen mißhandelt. Der Kläger als beeideter Jnspektor versuchte Ruhe zu schaffen hierauf wurden ihm vom Beklagten folgende Schimpfworte zugerufen: „Du filu, du Spieler, du hast mir nicht zu befehlen, ich lache dich aus. Mache als Jnspektor was du kannst, ich schere mich nicht um dich."

Ausser der üblichen Strafe, die für Beleidigungen verhängt wird, verlangt der Kläger noch eine besondere Strafe, weil die Beleidigung in der Synagoge, während des Gottesdienstes geschehen ist und eine körperliche Beschädigung erfolgte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

10

Löbl Modl Doktor klagt den Michl Löbl jüdischen Fleischhacker, der ihn bei dem Schenker Zacharias ohne Grund und Ursache einen Dieb genannt habe und behauptet habe, er und seine Frau hätten ihn bestohlen. Da diese Beleidigungen schwere Folgen nach sich ziehen können, so verlangt der Kläger, dass der Angeklagte ihm Abbitte leiste, ferner dass er für den verursachten Schaden aufkomme und die Unkosten trage.

11

Rösel, die Frau des Josel Lieben, klagt die Frau des Löbl Modl Doktor.

Am Dienstag, den 26. Juni des Jahres 1764 zwischen 10 und 11 Uhr vormittags sass die Klägerin bei ihrer Fleischkramstelle, da kam die Angeklagte und überhäufte die Klägerin ohne Grund und Ursache mit einer Fluth von Schimpf und Schmähworten. Die Klägerin bat sie, sie möge doch Ruhe geben, da sie sonst geklagt werden würde. Statt Ruhe zu geben nannte sie Löbl Modl Doktors Frau die grösste Furie. Diese Beleidigungen erfolgten in Gegenwart vieler Leute. Die Klägerin bittet nun den Juden Aeltesten sie vor solchen Beleidigungen zu schützen und die Geklagte entsprechend zu bestrafen.

Als Zeugen werden angeführt: Benjamin Joseph Strakonitz und Simon Herschl Brandeis.

12

Samson Thein klagt in punkto injuriarum verbalium den Samuel David Bischitz auch Marle genannt. Der Beklagte hatte am 12. August 1764 in Gegenwart der Juristen und anderer Leute den Kläger einen Filu und einen Taškař genannt und ihm zugerufen: So ein Taškař untersteht sich am Schabes einen Mantel zu tragen. Jch werde ihm denselben auf offener Strasse abreissen. Der Beklagte häufte noch viel Beleidigungen hiezu. Erst als die Juristen ihm mit Arrest drohten, hörte er mit seinen Schimpfereien auf. Der Kläger bittet ihn mit einer achttägigen Arreststrafe zu belegen und zum Ersatz der Unkosten zu verurteilen.

13

Jakob Osers klagt den Löbl Sochor Khue.

Am 28. Januar 1764 zwischen 4 und 5 Uhr abends hat Löbl Sochor in Jsrach Kopel Frankes Zimmer dem Kläger zugerufen:

„Du hast Wechsel gefälscht, dich hat man mit gebundenen Händen über die Gasse geführt."

Da der Kläger eines guten Leumundes sich erfreut und derartige Redensarten ihn schwer schädigen, bittet er, dass der Angeklagte entsprechend bestraft werde.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

14

Löbl Elbogen klagt in Vertretung seines minderjährigen Sohnes Notel, den Bezalel Meisterles wegen Ehrenbeleidigung.

Meisterles hat am 17. Feber 1766 vormittags zwischen 10 und 11 Uhr im Beisein von Zeugen dem wohlerzogenen Notel zugerufen: „Du Zelterganef, du hast dem Löbl Kuh 14 Zelter geganeft, id est Du Zelterdieb, du hast dem Löbl Kuh 14 Zelter (Zelt - Lebzelt - Lebkuchen) gestohlen." Der Kläger bittet um strenge Bestrafung.

Als Zeugen werden angeführt: Jakob Jeiteles, Abraham Taussig, Benjamin Brod.

15

Joachim Wolf Schulhof klagt den Samuel Porges wegen Ehrenbeleidigung.

Am 14. Oktober 1766 hat der Geklagte im Zimmer des Juristen Löbl Bunzl und in Gegenwart vieler Leute ihn und seinen seit lange verstorbenen Vater in grober Weise beschimpft. Da es sich um die Verunglimpfung eines Verstorbenen handelt, bittet der Kläger um strenge Bestrafung.

16

Josef Eisig Brainig, geprüfter jüdischer Chirurgus, klagt wegen Ehrenbeleidigung den Beer Joachim Joss.

Am 9. Oktober 1767, es war am Tage des Laubhüttenfestes, Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr im Hause des Oberrabbiners hat der Angeklagte dem Kläger mehrere Faustschläge versetzt und es wurden nur durch das Dazwischentreten der Anwesenden weitere Schlägereien verhindert.

Am selben Abend zwischen 5 und 6 Uhr wartete er aber vor dem Ausgange der Neu-Schul. Als er unter den Besuchern auch den Kläger bemerkte, so führte er gegen ihn beleidigende Reden und verfolgte ihn bis zur Goldenen Gasse und rief ihm zu, er werde ihm seinen seidenen Anzug herunterreissen.

Jnfolge der schweren Ehrenbeleidigungen am Festtage bittet der Kläger um strenge Bestrafung.

17

Wolf Hanne Busch und sein Sohn klagen wegen Ehrenbeleidigung die Sorl, Ehefrau des Markus Basch.

Busch, der einen Barbierladen hat, hatte am 1. Januar 1761 als gerade in seinem Laden mehrere Kunden anwesend waren, die Ladentür geöffnet und die Sorl rief laut hinein: Wolf leide an einer ansteckenden Krankheit und würde andere Leute damit anstecken.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Es handle sich hiebei nicht nur um eine Ehrenbeleidigung sondern auch um eine Störung des Gewerbes, da die Kunden ihn nicht mehr aufsuchen werden.

Der Kläger bittet, es möge neben der Strafe nach dem A. V noch auf Zuerkennung des Verursachten Schadens erkannt werden.

Als jüdische Zeugen sind unterschrieben: Nehemia Glaser, Markus Jochenes, Libnauer Jud.

18

Josef Preinig, Prager jüdischer Barbierer klagt wegen Ehrenbeleidigung den Abraham Karpeles, jüdischen Kaffesieder in Prag.

Am 6. Januar 1761 zwischen 9 und 10 Uhr vormittags hat der Beklagte dem Kläger vor der Altneu-Schul in Gegenwart zweier Judenältesten und mehreren anderen Leuten ohne Grund und Ursache Fluch und Schimpfwörter zugerufen, wie ganef d. h. Dieb.

Da der Kläger ein bekannt ehrsamer Mensch, ein examinierter Barbier und ein wohlverhaltener Mann ist, so bittet er nach den bestehenden Gesetzen den Beklagten zu bestrafen.

19

Jakob Eberl Jeiteles Prager Jud klagt die Malke, Ehefrau des Bezalel Meisterles.

Malke Meisterles hat den Kläger am 25. December 1761 in Gegenwart vieler Leute mit Fluchwörtern überhäuft, wie: „Du Jekef Jeiteles, du Filu, du Petitemacher. Man soll dich tot aus dem Hause tragen." Der Kläger bittet der Malke derartige Redensarten zu verbieten und sie dem Gesetze entsprechend zu bestrafen.

20

Herschl Anschl Jüppen klagt den Beer Notel Schütz, weil er ihm den 16. Dec. 1761 am Tandelmarkt ohne Grund und Ursache folgende Schimpfworte zugerufen hat: Du filu, du Taškař, du Beutelschneider, ich werde dir deine Perücke vom Kopfe reissen und sie in die Pfütze werfen. Der Kläger kann als ehrlicher und wohlverhaltener Mann, solche Beleidigungen nicht auf sich beruhen lassen und bittet um Bestrafung des Beklagten.

21

Kläger ist Simche Freiberger, Beklagter ist Wolf Sochor Khue. Gegenstand der Klage ist eine Ehrenbeleidigung.

Der Beklagte hat am 6. December 1761 bei Abraham Karpeles in Gegenwart vieler Zeugen dem Kläger einen Meineid vorgeworfen. Er

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

sagte zu ihm: „Du hast geschworen so wahr Gott der Allmächtige chay vekajom ist, d. h. so wahr Gott immer und ewig lebet und der Schwur war falsch." Ausser dieser Verleumdung hat der Beklagte noch eine Menge Beleidigungen durch Schimpfworte dem Kläger zugerufen.

Um gesetzliche Bestrafung wird gebeten.

22

Löbl Rubin Buntzel gegen Löbl Gröger.

Am 31. Mai 1768 hat Löbl Gröger am Altstädter Ring in Gegenwart vieler Handelsleute den Löbl Buntzel einen schlechten Menschen genannt und ohne den geringsten Anlass seine Ehre verletzt und ihn gekränkt. Der Kläger bittet den jüdischen Gerichtshof ihn zu schützen und den Geklagten zu bestrafen.

23

Samson Thein klagt den Elias Tuschka weil er ihn am 13. Juli 1768 zwischen 6 und 7 Uhr abends im Beisein vieler Leute folgende Beleidigungen zugerufen hat: Du Schinder, du Lump, warum tragst du einen Mantel, auf öffentlicher Gasse soll man ihn dir abreissen. Du Rosche id est, du Bösewicht, alle Teufel sollen dich zerreissen. Ein Ruach id est, ein böser Geist soll in dich hineinkommen. Obwohl der Kläger sich zurückgezogen fuhr der Beklagte in seinen Schmähungen noch weiter fort.

Da der Kläger überall als ehrlicher Mann bekannt und angesehen ist, so bittet er den Beleidiger dem Gesetze entsprechend zu bestrafen und ihn zur Wiedergutmachung zu verhalten.

24

Naphtale Brandeis klagt den Moses Löbl Marle der ihm am 28. Juli 1768 im Beisein der Juden Aeltesten und in Gegenwart des Lazar Sekeles und Schlome Neustädtl einen schlechten Kerl geheissen hat. Dadurch wurde der Kläger in seiner Ehre sehr gekränkt und sein guter Name wurde geschädigt.

Der Kläger bittet den Geklagten zum Schadenersatz zu verurteilen und über ihn die gesetzliche Strafe zu verhängen.

25

Jakob Fritsch klagt den Herschl Salkind Brandeis weil er ihn in Gegenwart mehrerer Zeugen beleidigt hatte indem er ihm zurief: „Du Dieb du hast dein Lebtag nichts anderes practiciert als Diebereien, auf diesen Bogen Papier ist die Dieberei, die du gemacht hast und noch machst nicht zu schreiben."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Da der Kläger ein ehrenhafter Mann ist und durch solche Schimpfworte in seinem Kredite arg geschädigt ist, bittet er den Beklagten zu bestrafen.

Als Zeugen werden genannt Salomon Taussig und Abraham Lowositz.

26

Josef Breinig jüdischer Barbier klagt seinen früheren Gesellen Schaje Kralowitz, jetzt Geselle bei Salomon Litten wegen Beleidigung. Am 1. August 1770 hat der Angeklagte in Gegenwart des Oberrabbiners, einiger Oberjuristen und vieler Leuten in der Juden-Schul seinem früheren Meister zugerufen:

„Du Dieb mit deinem unreinen Schweinsbauch." Als redlich und ehrlicher Mann, kann der Kläger als geprüfter Meister, solche Beleidigungen nicht dulden und ersucht um strenge Bestrafung.

27

Abraham Schreiber klagt den Löbl Sochor Khue wegen Ehrenbeleidigung.

Am Dienstag den 2. Mai des Jahres 1769 hat Löbl Khue im Kafehause des Löwy Caffesieder und in Gegenwart vieler Gäste dem Kläger mit großer Bosheit zugerufen:

„Du Elias Schreiber, du bist ein Lump vom Haus aus, du bist der schlechteste Mensch der Judenstadt und bist alle Tage ower eseres — hadibrus, d. h. du übertrittst alle Tage alle zehn Gebote Gottes."

Da in den Zehngeboten Stehlen, falsche Zeugenaussagen und andere Uebeltaten inbegriffen sind, so kann der Kläger als bekannter ehrlicher Mensch nicht derartige Beleidigungen sich gefallen lassen und bittet um strenge Bestrafung.

Als Zeugen werden angeführt: Salomon Neustadtl, Lippmann Kassowitz, Simche Freiberg, Markus Osers und Bezalel Meisterles.

Klage Beantwortung.

Der Beklagte äussert sich schriftl. Der Kläger hat seine Klage auf das geduldige Papier niedergeschrieben und die von mir angeblich geäusserte Beleidigung in keiner Weise bewiesen. Die Aeusserung „Du bist alle Tage ower alle esseres hadibrus" könne nicht als Beleidigung angesehen werden. Da weder der Kläger noch irgend ein Mensch sich rühmen kann, daß er kein Sünder gegen Gott sei und die Gebote Gottes nicht übertrete.

Der Kläger Elias Abraham Schreiber hat bis heute sicher nicht die Stufe der Frömmigkeit wie Moses, Isak, Abraham und anderer unserer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Väter, die auch Sünder waren, erreicht. Es ist eine allgemeine Wahrheit, daß wir alle täglich die göttlichen Gebote übertreten und in den Augen Gottes Sünder sind.

Der Geklagte bittet daher den Elias Abraham Schreiber mit seiner unbegründeten Klage abzuweisen und ihn zur Tragung der mutwillig verursachten Gerichtskosten zu verurteilen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ANHANG

Die Ziffer bezeichnet die Nummer des Aktenstückes.

Basch Sorel 17
Bischitz Samuel 12
Brainig Eisig 16
Brainig Josef 8, 26
Brandeis Herschl 25
Brandeis Naphtalie 24
Brandeis Simon 11
Brod Benjamin 14
Bunzel Jakob 4
Bunzel Löbl 22
Busch Wolf 7
Doktor Löbl, Modl 10
Ellbogen Löbl 14
Frankl Israel 13
Freiberg Simche 3, 21, 27
Fritsch Jakob 25
Fuchs Lazar 6
Glaser Nehemia 17
Gröger Löbl 22
Gröger Mariem 5
Hock Sinai 1
Hutter Sorl 4
Jeiteles David 7
Jeiteles Jakob 14, 19
Jeiteles Löb 7
Jochenes Markus 17
Joss Beer 16
Jüppner Herschl 20
Jurist Abraham 5
Jurist Michel 6
Karpeles Abraham 18
Karpeles Lipmann 9
Kassewits 27
Khue Lot 2, 3, 13, 27
Khue Wolf 21
Kralowits Schaje 26
Lichtenstadt Löb 2
Lieben Josel 11
Litten Salomon 26
Löbl Michl 10
Marle Löbl 24
Marle Samuel 12
Meisterles Bezalel 14, 27
Meisterles Malke 19
Neustädtl Schlome 24, 27
Osers Jakob 13
Osers Markus 27
Perls Wolf 1
Porges Samuel 15
Ratka Salomon 8
Schreiber Abraham 27
Sekeles Lazar 24
Strakonitz Benjamin 11
Schütz Berl 20
Schulhof Joachim 8, 15
Taussig Abraham 14
Thein Samson 12, 23
Tuschka Elias 23
Winternitz Elias 23

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Ein Steckbrief aus dem Ende des XVIII. Jahrhunderts.

Mitgeteilt von D. Herzog.

—

Herr Univ.-Prof. Dr. Fritz *Byloff* machte mich auf folgenden Steckbrief, den er in einem Faszikel über Räuberunwesen am Ende des XVIII. Jahrhunderts in Österreich gefunden hat, aufmerksam. Dieser Brief wirft nicht nur wieder ein grelles Licht auf die Unsicherheit der Straßen am nahen Ausgang des XVIII. Jahrhunderts, sondern gewährt uns gleichzeitig einen interessanten Einblick in die Kleidung (Trachten) und auch in die Vermögensverhältnisse einiger Juden der damaligen Zeit. Namentlich Isak *Jeiteles* aus *Prag* scheint ein für die damalige Zeit bedeutendes Vermögen besessen zu haben. Ob die Räuber ermittelt und der Strafe zugeführt worden sind, wissen wir ebensowenig, wie auch, ob das geraubte Gut aufgefunden worden ist. Selig Ascher, der aus Brody (Kleinpolen) stammte, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach nur einen Teil der Strecke bis nach Mähren zu fahren die Absicht gehabt haben und ist so auch das Opfer der Räuberbande geworden. Nicht uninteressant ist es auch, daß von Ritualien nur ein Tallith dem David *Koref* aus *Prag* gestohlen worden ist. Es ist aber immerhin anzunehmen, daß alle Gebetriemen und Gebetbücher mitgeführt haben, an welchen die Räuber allerdings kein Interesse hatten. Auf jeden Fall aber bietet uns dieses Schriftstück einen recht interessanten Einblick in Verhältnisse am nahen Ausgang des XVIII. Jahrhunderts.

BESCHREIBUNG

Deren den nachbenannten Juden durch eine aus 6 oder 7 Kerls bestandenen Räuber-Banda den 25. Oktober zwischen 11 und 12 Uhr Nachts auf der Prager Post Strasse an der mährischen Gränze ohnweit des sogenannten Haid-Wirtshauses auf der zur Herrschaft Haugstorf gehörigen Augenthaller-Landgerichts-Freyheit nach vorher begangenen Misshandlungen, und Verwundungen mittels Erbrechung der auf der Landkutsche befindlich gewesten Küste, entwendeten Effekten, und Geldes.

Dem Seelig Ascher aus Prody in Gallizien.

Ein schwarz pohlnisches ganz neues Kleid von Ratza-Waar mit schwarzen Samet-Bändern, und blau kutteüschen Unterfutter.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Ein deto von braunen Kamelot, und blau kutteüschen Unterfutter.
Zwey paar Beinkleider von weissen Piqueet.
Sechs Mannshemder.
Ein kleines Etuis mit grünen Leder überzogen.
Ein paar vergoldte Dresner Koffee-Tatzen.
Eine pohlnische Mütze.
Unterschiedliche Strümpfe.
35 Species-Thaller.

Dem Tütl Buntzl aus Prag.

Eine Mütze von Marder, der Boden mit Karmesin mit überschlungenen goldenen Quasten.
1 tafetenes zweyfärbiges Corsette mit Marder ausgeschlagen.
1 roth kottonenes neues Vortuch.
1 paar lederne Schlieffer.
1 grün tüchener Pekesch[1]) mit schwarzen Lammfellen.
115 fl. in Thallern und Zwanzigern.

Den Isaak Jaiteless aus Prag.

2610 fl. in Banko-Zetteln verschiedener Gattung von 50 fl. abwärts.
1200 fl. oder darüber in verschiedenen Goldmünzen, worunter 2 französische Carolins sind.
225 fl. in 20 kr. Stücken.
52 fl. in verschiedenen Silbermünzen.
8 oder mehrere Hemder.
1 grün melirter halbtüchener Rock.
2 paar schwarz zeugene Beinkleider.
2 paar Schuhe.
1 paar mittere silberne Schnallen fast glat, und an jeden Eck ein Rösl.
1 paar schwarz seidene Mannsstrümpfe.
1 paar wollene deto.
3 weissgestrikte Schlafhauben.
1 halb Duzend Schnopftücheln von verschiedenen Farben.
Einige glatte weisse Halsbindeln.
Wobei zu bemerken ist, dass jedes Wäsch-Stück mit zwey kleinen häbräischen Jota gemerket ist.
1 braun kottonener Schlafrock mit Leinwath gefüttert.
1 ganz feiner Hut.
1 braun manschestene Mütze.

---

[1]) Pelzrock (ung. bekes; poln. bekesza, vgl. JL. V, S. 1018.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dem David Koref von Prag.

6 Schock feine Leinwath.
8 Hemder.
1 weiss und blauer Talless.
1 neu und 1 alter feiner Hut.
1 schwarz sametene Mütze.
1 Tonister mit einem silbernen Schloss.

Wäre zu Ausfindigmachung der entfremdeten Sachen sowohl als der Thäter Fleiss anzukehren, diese bei Betretten anzuhalten, und der Erfolg an eine hochlöbliche n. ö. Landes-Regierung zu eröffnen.

Wien den 18. November 1785.

Franz Anton Beer,

n. ö. Regierungsrath und Oberpolizey-Direktor.

Anton Edler v. Dornfeld,

n. ö. Regierungssekretair und Oberpolizey-Direktors-Adjunkt.

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

Ludwig Singer.

Die Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik hat einen schweren Verlust zu beklagen. Am 28. September 1935 ist Dr. Ludwig Singer, Professor im Ruhestand und Regierungsrat, gestorben. Eben war der Druck des VII. Bandes des Jahrbuches beendet worden und Singer hatte noch die Freude, seine Abhandlung über das Judensystemalpatent von 1797 gedruckt zu sehen. Es war die dritte große Publikation Singers zur Geschichte der Juden in Böhmen zu Ausgang des XVIII. Jahrhunderts. Dieser Periode der Aufklärung, des Toleranzpatentes und der Emanzipation der Juden hatte er sich zugewandt, nachdem er viele Jahre als Lehrer der Geschichte an der Mittelschule (darunter auch in Prag) gewirkt hatte. Mit derselben Hingebung und mit demselben unermüdlichen Eifer, die ihn als Lehrer auszeichneten, hat er sich der wissenschaftlichen Forschung gewidmet. Seine Abhandlungen, die in Band V bis VII unseres Jahrbuches erschienen sind und verschiedene an anderen Orten gedruckte Aufsätze zeigen Singer als Forscher in den Archiven, ganz besonders als gründlichen Kenner der Akten des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchives. Aus ihnen wollte er noch mehr für die Geschichte der Juden in Österreich schaffen, so vor allem eine Schilderung der Tätigkeit der Familie Hönig, die in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte des XVIII. Jahrhunderts oft genannt wird, ferner eine Biographie von Herz-Homberg, der auf das Schul- und Erziehungswesen der Juden in Böhmen und Galizien zur Zeit des Kaisers Franz II. Einfluß übte und anderes mehr. Allen diesen Plänen machte sein Tod ein Ende.

Samuel Steinherz.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main